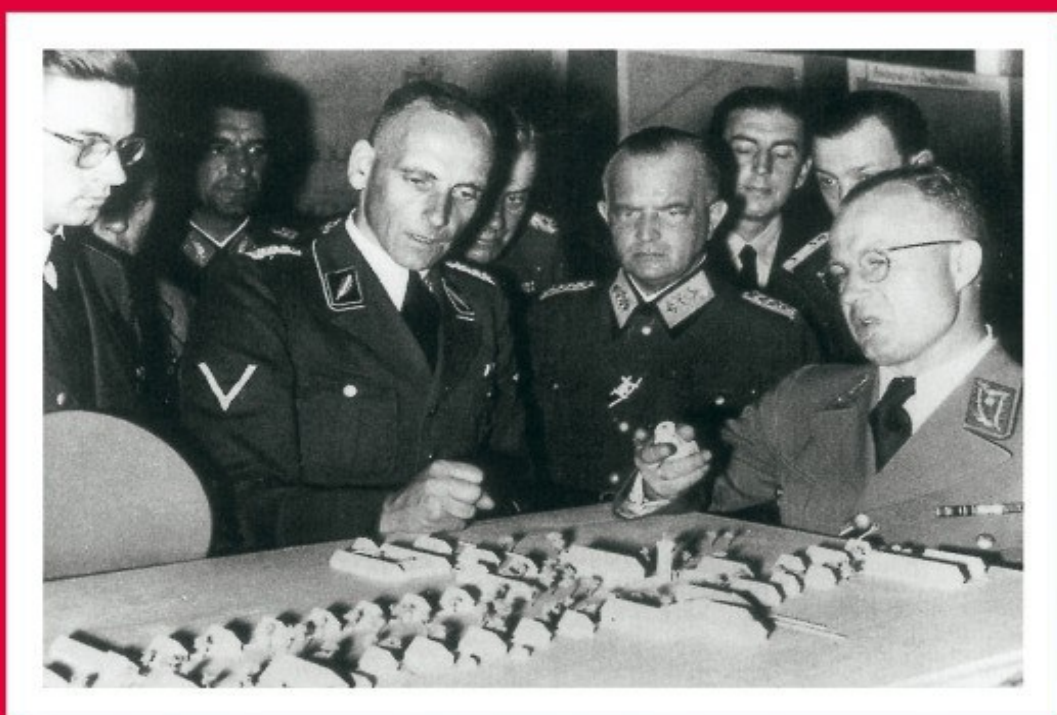


# GÖTZ ALY SUSANNE HEIM VORDENKER DER VERNICHTUNG



Auschwitz  
und die  
deutschen  
Pläne für  
eine neue  
europäische  
Ordnung



Götz Aly | Susanne Heim

## Vordenker der Vernichtung

*Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue  
europäische Ordnung*

⊠ | E-BOOKS

# Einleitung<sup>[1]</sup>

Obwohl viele Jahrzehnte vergangen sind, prägt das »Dritte Reich« die Gegenwart noch immer. Sein unblutiges Erbe gehört zu den Selbstverständlichkeiten des deutschen Alltags. Es reicht von der polizeilichen Meldegesetzgebung über den Volkswagen bis zur Marktordnung für landwirtschaftliche Produkte. Dazu gehören die Umbenennung der Hilfsschule in Sonderschule, die Abschaffung der Deutschen Schrift und die Erfindung des Massentourismus. Der nationalsozialistische Staat entwickelte beides: eine bis dahin in Deutschland nicht bekannte Dynamik der Modernisierung und zugleich eine – bis dahin nirgendwo bekannte – Systematik der Zerstörung und Ausrottung. Der Tod und das unsägliche Leid vieler Millionen Menschen sind das blutige Erbe jener zwölf Jahre.

Seit einiger Zeit geraten zwar die Modernisierungsdynamik des Nationalsozialismus und damit jene Institutionen und Personen, die diesen Prozess vorantrieben, ins Blickfeld der Geschichtsbetrachtung, doch macht die Analyse im Allgemeinen dort halt, wo Auschwitz beginnt. In diesem Buch versuchen wir, die Zusammenhänge zwischen der Politik der Modernisierung und der Politik der Vernichtung offenzulegen. Wir beschreiben die Wechselbeziehungen von bestimmten Plänen und Taten, die im damaligen Deutschland entwickelt und begangen wurden. Sie waren darauf gerichtet, dem Deutschen Reich und schließlich dem gesamten europäischen Kontinent neue politische, ökonomische und soziale Strukturen aufzuzwingen, und zwar binnen kürzester Frist. Dies setzte den Krieg ebenso voraus wie die Entrechtung und Enteignung von Millionen Menschen.

Diese Pläne verbanden sich mit der Ideologie des Nationalsozialismus und mündeten in politischer und militärischer Aggression; es folgten – immer schneller – radikalere Vorhaben für eine neue europäische Ordnung, für ein deutsches Europa: Blitzkriege, Strukturmodelle, Vernichtungsfeldzüge, Generalsiedlungspläne, Gaskammern. Das Jahr 1941 – das Jahr der Siegeserwartung und des Rausches, alles und jedes neu gestalten zu können – ist gleichzeitig das Jahr, in dem die deutsche Staatsführung über den Mord an vielen Millionen Menschen entschied.

Die Gründe dafür erschließen sich ausreichend weder aus der Person eines Hitler, Himmler oder Goebbels noch aus der Selbstverhetzung und Verhetztheit eines ganzen Volkes, auch nicht aus dem Automatismus einer einmal in Gang gesetzten Ausgrenzungsmaschinerie und ihrer hochgradig arbeitsteiligen, reibungslosen – eben deutschen – Funktionsweise. Das alles hatte seine Bedeutung und gehört zu den Voraussetzungen der von den Deutschen begangenen Massenmorde.

Darüber hinaus aber existierten im Hintergrund Denkmodelle, Konzepte für »Endlösungen«, die die staatlich gesteuerte Massenvernichtung von Menschen – zwar selten ausdrücklich, aber umso häufiger mit sterilen wissenschaftlichen Begriffen – als funktional im Sinne einer langfristigen Erneuerung der gesellschaftlichen Strukturen empfahlen. Sie sind unser Thema. In ihrer Abstraktheit stehen diese Denkmodelle in einem scheinbaren Gegensatz zum Wüten der Vollstrecker. Und doch verfügte das nationalsozialistische Deutschland nicht nur über eine Ideologie, die als minderwertig eingestuften Menschen die Ausrottung zudachte, sondern zugleich über bis ins Detail durchdachte Theorien, wie ganze gesellschaftliche Klassen, Minoritäten und Völker »umgeschichtet« und dezimiert werden sollten. Ideologie und Theorie mussten aufeinandertreffen und ineinandergreifen, um Hadamar, Chelmo, Leningrad, Stukenbrock, Treblinka und Auschwitz ins Werk zu setzen. Und: Mit jedem weiteren Jahr der Existenz des nationalsozialistischen Deutschland wären weitere Millionen von Menschen umgebracht worden: mit dem Instrumentarium des Hungers, der Vertreibung, der Gaskammer und der Vernichtung durch Arbeit.

Unsere Überlegungen und Ergebnisse widersprechen einer Meinung, die zum Beispiel Hannah Arendt so formuliert hat: Das Einzigartige am Mord an den europäischen Juden sei nicht die Zahl der Opfer, sondern das Fehlen jeder Nützlichkeits- und Interessenabwägung auf der Seite der Mörder. Die Dokumente, die wir in diesem Buch vorlegen und interpretieren, zeigen, dass diese These nicht aufrechterhalten werden kann. Ebenso wie bei den Massenmorden an deutschen Geisteskranken und an der polnischen, serbischen und sowjetischen Bevölkerung sind bei der Ermordung der europäischen Juden auch utilitaristische Ziele erkennbar. Das macht diese Mordtaten nicht weniger entsetzlich.

Im Zusammenhang mit Auschwitz ist vielfach die Rede von »irrationalstem Rassenhass«, von »Vernichtung um der Vernichtung willen«, vom »Selbstlauf« der deutschen Bürokratie, vom »Rückfall in die Barbarei« und vom »Zivilisationsbruch«. Meist einfach übergangen oder

doch relativiert wird dabei, dass die Vordenker der »Endlösung« die Ausrottungspolitik gegen andere Bevölkerungsgruppen, insbesondere in der Sowjetunion und Polen, in einer Linie mit dem Mord am europäischen Judentum sahen, als Bestandteil eines Gesamtkonzeptes negativer Bevölkerungspolitik.

Unsere Analyse zeigt, dass dabei Willkür und Selbstlauf eine untergeordnete Rolle spielten, dass im Gegenteil die Spitzen des damaligen Staates wissenschaftliche Politikberatung in hohem Maße förderten und deren Ergebnisse als wichtige Grundlage auch für die Entscheidungen über den Mord an Millionen Menschen nutzten.

Heinrich Himmler stand nicht nur im Sicherheitsdienst eine durchaus unorthodoxe und äußerst qualifizierte Denkfabrik mit entsprechender Datenbank zur Verfügung, sondern er berief zum Beispiel einen speziellen Inspekteur für Statistik, dessen wichtigste Aufgabe es war, ihn mit empirischem Grundlagenmaterial über die soziale Zusammensetzung der SS und für die Siedlungspläne im Osten zu versorgen. Um über das weitere Schicksal des Warschauer Ghettos zu entscheiden, gab Hans Frank ein Gutachten des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit (RKW) in Auftrag und machte sich dessen Empfehlungen zu eigen. Kurz zuvor hatte der Reichsfinanzminister, um sich ins Bild zu setzen und um für weitere Auseinandersetzungen gerüstet zu sein, das Lodzer Ghetto einer Wirtschaftlichkeitsprüfung durch den Reichsrechnungshof unterziehen lassen. Wehrmachtsführung und Ministerien ließen sich allein vom Kieler Institut für Weltwirtschaft mehr als 1600 Geheimgutachten erstellen, um die wirtschaftsstrategische Seite des Krieges abzusichern. Ein frühes Zeugnis dieser Art von Politikberatung im nationalsozialistischen Deutschland dokumentierte Hermann Rauschning aus dem Jahr 1934:

»Ich berichtete Hitler, was ich von der »Planungsstelle« Kochs (des Gauleiters von Ostpreußen) gesehen hatte. Ein junger Professor v. Grünberg hatte da phantastische »Planlandschaften« der Zukunft entwickelt. Er hatte in seinem Institut Karten entwerfen lassen mit Verkehrslinien, Kraftfeldern, Kraftlinien, Autostraßen, Bahnlinien, Kanalprojekten. Genau geplante Wirtschaftslandschaften erstreckten sich über den ganzen Osten bis zum Schwarzen Meer, bis zum Kaukasus. Auf diesen Plänen waren bereits Deutschland und Westrussland eine riesige wirtschaftliche und verkehrspolitische Einheit. Selbstverständlich nach Deutschland orientiert, von Deutschland geplant und geführt. Es gab in dieser »Planwirtschaft« kein Polen mehr, geschweige denn ein Litauen.«<sup>[21]</sup>

Die Führung des nationalsozialistischen Staats entschied in der Regel nicht einfach nach Gutdünken, sondern auf der Grundlage umfassender

Denkschriften. So bezeichnete sich etwa Hermann Göring bei der entscheidenden Konferenz vom 12. November 1938 »als nicht versiert genug«, um selbst die Konsequenzen einer »Entjudung der Wirtschaft« einzuschätzen. Er bat um Vorschläge, fand sie »wunderbar«, ließ sich Erlasse formulieren, setzte sie in Kraft. An der Konferenz nahmen mehr als 100 Leute teil. Sie repräsentierten ganz überwiegend den in Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen äußerst kompetenten Mitarbeiterstab Görings und eine die gesamte damalige Politik beratende Intelligenz, die, wenn von den nationalsozialistischen Verbrechen die Rede ist, allzu leicht im Schatten der prominenten, in zeitgenössischen und späteren Darstellungen schier allmächtig erscheinenden Naziführer verschwindet.

In seinem Buch »Behemoth«<sup>[3]</sup> spricht der Jurist und Politikwissenschaftler Franz Neumann von Industrie, Bürokratie, Partei und Militär als den vier Säulen der NS-Herrschaft. Diese Säulen konnten das immer monströser werdende imperiale Gebäude des damaligen deutschen Staates nicht zuletzt deshalb so lange tragen, weil sie durch ebendiese wissenschaftliche Beratung miteinander verstrebt und stabilisiert wurden.

Die Berater der Macht wirkten in verschiedenen organisierten und sich verändernden Gremien, die sich aus Staatssekretären, leitenden Ministerialbeamten und Experten unterschiedlichster Couleur und Fachrichtungen zusammensetzten. Später rühmten sich diese Männer selbst, »Krisenmanager im Dritten Reich« gewesen zu sein.<sup>[4]</sup>

Im Folgenden schildern wir die Arbeit dieser Wirtschafts- und Verwaltungsfachleute, der Raumplaner, Statistiker und Agronomen, Arbeitseinsatzspezialisten und Bevölkerungswissenschaftler. Wir versuchen, ihr Einwirken auf die zentralen Entscheidungen der Jahre 1940 und 1941 zu analysieren. Es geht dabei um konkrete Verantwortlichkeit, um den planend-vorantreibenden Anteil dieser Experten an millionenfachem Mord.

Viele dieser Fachleute standen den neuen Machthabern zunächst durchaus distanziert gegenüber und traten, wenn überhaupt, erst lange nach 1933 der NSDAP bei – weil sie ihre Karriere befördern wollten, aber auch im Bewusstsein, so die Politik besser mitgestalten und beeinflussen zu können. Erst allmählich und dann von 1938 an immer schneller gelangten diese Männer, die sich von den in den »Kampfjahren« geprägten Parteifunktionären gründlich unterschieden, in die politischen Entscheidungszentren, gewannen mehr planende Gewalt über das Schicksal von Tausenden und schließlich vieler Millionen Menschen. Ihr Einfluss wuchs bis Ende 1941 mit jedem Expansionsschritt. Jedes Mal konnten sie ihre Vorschläge und Alternativen weniger eingeschränkt formulieren, jedes



Mal brauchten sie weniger Rücksicht zu nehmen auf die widersprüchliche soziale Realität im Deutschen Reich und in den besetzten Ländern. Der Kompromiss galt als Zeichen geistiger Schlappheit, offenkundige Verbrechen wurden zur Notwendigkeit erhoben und »Spesen großer Zeiten« genannt. SS-Offiziere, Beamte, wissenschaftliche Assistenten, Wirtschaftsführer oder Ingenieure zeigten sich von den neu eroberten »Räumen« und scheinbar grenzenlosen Möglichkeiten ebenso beeindruckt wie von der Größe der Aufgabe und davon, ihre hochfliegenden Pläne ohne nennenswerte bürokratische Hindernisse exekutieren zu können.

Diese jungen aufstiegsorientierten Praktiker und Akademiker, deren Konzepte im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen, betrachteten das dicht bevölkerte, historisch kompliziert gewachsene Europa mit all seinen Unterschieden und Gegensätzen als Reißbrett für ihre Planung. Osteuropa war für sie ein einziges Brachland, das nach »Bereinigung« und »Neuaufbau« verlangte. Sie wollten rationellere Produktionsweisen durchsetzen, Produkte normieren, internationale Arbeitsteilung einführen, die sozialen Strukturen neu und übersichtlich gestalten, die Zahl der »unproduktiven« Menschen möglichst gering halten. Am Ende sollten weite Teile Europas an den Interessen der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Streben nach Vorherrschaft ausgerichtet sein. Dabei setzten die Vordenker dieser Politik, um möglichst billig und schnell zum Ziel zu gelangen, auf ein wissenschaftlich fundiertes Konzept: auf die Bevölkerungsökonomie. Mit Hilfe staatlicher Geburtenförderung und -kontrolle, Umsiedlung und Vernichtung sollten die Zahl und die qualitative Zusammensetzung der Bevölkerung fortlaufend gesteuert werden.

Im Verlauf des Krieges, in dem Nahrungsmittel, Rohstoffe und Kapital immer knapper wurden, war für diese Planer die Bevölkerung bald der einzige ökonomische Faktor, den sie wirklich noch verändern konnten. In ihrer Optik gab es 1941 im Deutschen Reich zwar ein bis zwei Millionen Arbeitskräfte zu wenig, gleichzeitig aber 30 bis 50 Millionen »unnütze Esser« in Europa, Menschen, deren Arbeitskraft nicht ausgenutzt war und sich ohne weitreichende sozialpolitische Eingriffe auch nicht ausnutzen ließ. Also arbeiteten die Vordenker der Neuordnung an einer Konzeption, die das Verhältnis zwischen produktiven und unproduktiven Bevölkerungsgruppen, zwischen arbeitenden und angeblich zu wenig, zu wenig effizient oder gar nicht arbeitenden Menschen korrigieren sollte. In Ost- und Südosteuropa fehlte in den Augen dieser deutschen Intelligenz ein Mittelstand, der stabile soziale Verhältnisse garantierte und den Binnenmarkt entwickelte. Zugleich aber herrschte dort nach diesen Maßstäben Überbevölkerung, lebten auf dem Land zig Millionen Menschen zu viel – arm, genügsam und ohne

Gewinnstreben: Sie standen einer modernen Wirtschaftsentwicklung nach deutschem Modell im Wege und mussten entfernt werden, wenn es gelingen sollte, die Verbleibenden ausbeutbar zu machen. So wurden »Umsiedlung«, »Arbeitseinsatz« und »Evakuierung« zu den zentralen Instrumenten deutscher Neuordnung.

Dabei planten die Konstrukteure des europäischen Großraums von vornherein wirtschaftliche Benachteiligung, Hunger und Mord an Minderheiten, später ganzen Völkern ein, um der Mehrheit, insbesondere der deutschen Mehrheit, Vorteile zu verschaffen oder doch wenigstens den sozialen Status quo zu garantieren. Ein Beispiel dafür ist die Tatsache, dass die Generation unserer Eltern und Großeltern davon berichtete, in Deutschland erst nach dem Krieg wirklich gehungert zu haben – als nämlich der Staat zusammengebrochen war, der ihre Ernährungs-, Bekleidungs- und Wohnungsprobleme mit Hilfe von Massenenteignung, Krieg und Gaskammern »gelöst« hatte.

In der konkreten Ausgestaltung dieser sozialen Hierarchie, die für viele Millionen Menschen Deportation und Tod bedeutete, ließen sich die strategischen Absichten der Planer und die rassistische Ideologie in Übereinstimmung bringen. Heinrich Himmler formulierte dieses mörderische Konzept einfach und unverhohlen: »Man (kann) die soziale Frage nur dadurch lösen, dass man die anderen totschießt, damit man ihre Äcker bekommt.«<sup>[51]</sup>

Den historischen Stoff unserer Darstellung haben wir in drei Komplexe unterteilt. Wir nehmen das Jahr 1938, also das Jahr der Annexion Österreichs und des Sudetenlands, zum Ausgangspunkt und zeigen, wie sich von nun an und im Zusammenhang mit der weiteren territorialen Expansion der Antisemitismus in ein Konzept der »Neuordnung« einfügte und in eine Politik systematischer »Entjudung« umgesetzt wurde. Als zweiter Komplex folgt der Krieg gegen Polen, die Zerschlagung des Landes. Wir stellen die deutschen Projekte dar, die der vollständigen Veränderung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur Polens dienen sollten. Die Planungsexperten benutzten das besetzte Land – die »eingegliederten Ostgebiete« und das Generalgouvernement – als Exerzierfeld: Die »Judenfrage« stellte sich ihnen hier erstmals »als bevölkerungspolitische Massenfrage«, die mit den bis dahin üblichen Mitteln des Terrors, der Enteignung und erzwungenen Auswanderung nicht mehr zu »lösen« war. Wichtig dabei ist, wie sich die Planungsstäbe der SS und der zivilen Verwaltungen auf eine gemeinsame Zielsetzung verständigten.

Als dritte Stufe stellen wir die Perspektiven des Jahres 1941 dar: Im besetzten Polen gerieten Siedlungspolitik einerseits und wirtschaftliche



Aufbaupläne andererseits immer mehr in Widerspruch zueinander. Mit dem Krieg gegen Südosteuropa sollten die militärischen Voraussetzungen für eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft unter nazistischen Vorzeichen geschaffen werden. Aber auch hier behinderte nach Ansicht deutscher Ökonomen die Überbevölkerung die Entwicklung einer neuen Wirtschaftsordnung, galten ihnen viele Millionen Menschen als unproduktiv und überzählig. Ebenso sahen die Pläne für die militärische und siedlungspolitische Eroberung der Sowjetunion vor, dort die Bevölkerung zu reduzieren – mit welchen Mitteln auch immer. Hinzu kam, dass sich Schwierigkeiten in der Nahrungsmittelversorgung abzeichneten, die die Stimmung an der Heimatfront gefährdeten: Um die Ernährung der Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, die nicht als minderwertig definiert wurden, sollten 30 Millionen sowjetische Kinder, Frauen und Männer verhungern. Diese Pläne standen nicht isoliert. Sie gehörten zum Entscheidungshintergrund der in der zweiten Jahreshälfte 1941 schrittweise beschlossenen »Endlösung der Judenfrage«. Diese Entscheidung förderten deutsche Wirtschaftsfachleute zusätzlich dadurch, dass sie Gutachten erstellten, denen zufolge aus den enteigneten, in den Ghettos hungernden Menschen kein Gewinn mehr herauszupressen war: Sie am Leben zu erhalten war demnach selbst bei härtester Zwangsarbeit unrentabel.

Zur Rekonstruktion des Geschehens gehören auch die Biographien der an diesen Planungen beteiligten Wissenschaftler und leitenden Ministerialbeamten. Individuelle Karrieren und personelle Verflechtungen machen sichtbar, wie Ideen und Vorschläge ihren Weg von unten nach oben nahmen, wie durchlässig der nationalsozialistische Staat in dieser Hinsicht war. Darüber hinaus spielen biographische Details und die Darstellung der mittleren Ebenen des institutionellen Gefüges eine wichtige Rolle, wenn es gilt, neue Dokumente ausfindig zu machen und Entscheidungsabläufen auf die Spur zu kommen. Denn zahlreiche Entscheidungen in den zentralen Institutionen wurden mündlich getroffen und angeordnet, aber nie schriftlich festgehalten. In vielen Bereichen des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates wurden die wichtigsten schriftlichen Unterlagen teils sofort (»Geheime Reichssache – nach Lektüre vernichten!«), teils in den letzten Monaten des Krieges verbrannt. So geschah es in den meisten Hauptämtern der SS und in den Dienststellen Görings; das gilt für die Meldungen der Sicherheitspolizei aus dem Generalgouvernement, Heydrichs Denkschrift über die »Endlösung der Judenfrage« und viele andere Dokumente. Es ist bezeichnend und gehört zu den spezifischen Schwierigkeiten einer solchen Untersuchung, dass die systematische Politik

des Massenmords offensichtlich selbst in den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes tabuisiert wurde.<sup>[6]</sup>

Nicht zuletzt lenken die biographischen Einzelheiten den Blick auf die Angehörigen einer Intelligenz, von der bislang auch deswegen so wenig die Rede war, weil die Bundesrepublik »beim Wiederaufbau in hohem Maße auf die alten Funktionseliten, die schon dem NS-Regime gedient hatten, zurückgriff«<sup>[7]</sup>. Die Angehörigen dieser Intelligenz mussten nach 1945 ein fundamentales Interesse daran haben, den Nationalsozialismus als eine Periode deutscher Politik hinzustellen, in der ihre Möglichkeiten der Einflussnahme immer wieder »an den Abgründen des Wahns und der Willkür« scheiterten.

Unser Thema sind hingegen die Abgründe eines planenden, praxisorientierten Rationalismus, dessen Vertreter von sich aus dazu tendierten, moralische Bindungen abzuschütteln und dafür im Nationalsozialismus ideale Bedingungen fanden.

# Die Politik der »Entjudung«

## Pogrom und Rationalisierung

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, der sogenannten Reichskristallnacht, fanden im ganzen Deutschen Reich Pogrome und Plünderungen statt. Als Vorwand dafür diente der Mord eines jungen Juden an einem deutschen Botschaftssekretär in Paris.

Die Ergebnisse des 9. November sind paradox: Der Höhepunkt des Radau-Antisemitismus war sein Ende und zugleich der Beginn von etwas Neuem, nämlich einer einheitlichen staatlichen Politik zur »Lösung der Judenfrage«. Mehr als 100 Tote, ungezählte Verletzte, 25000 Verhaftete, mehr als 1000 zerstörte Synagogen, 7500 zerschlagene und ausgeraubte Geschäfte markierten den Beginn einer neuen Ära. An die Stelle von Boykott und Pogrom trat nun eine Politik, die immer konsequenter auf die »Endlösung« zusteuerte: Verfolgung und Diskriminierung wurden zur Aufgabe staatlicher Institutionen. Drei Tage danach, am 12. November, erörterten in einer entscheidenden, von Göring in aller Eile einberufenen Sitzung etwa 100 Minister und Experten bereits wesentliche Elemente der späteren Vernichtungspolitik: Dazu gehörten Enteignung, gesteuerte Verarmung, Ghettoisierung, das Tragen des gelben Sterns, Hungerpolitik, Zwangsauswanderung, Zwangsarbeit – und am Ende verwies Göring auf die Möglichkeit »einer großen Abrechnung«. Das Ergebnis dieser Sitzung war die »Generallinie der künftig einzuschlagenden Politik«.<sup>[8]</sup> Der vorgeblich spontane Volkszorn, der sich eine Nacht lang in Zerstörungslust, Plünderi und Mord hatte austoben können, wurde in ein langfristiges staatliches Konzept transformiert.

Dass Göring diese Sitzung einberief, war kein Zufall. Seit 1936 oblag ihm als Beauftragtem für den Vierjahresplan die Koordination der wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung. Zu diesem Zweck hatte er die Vierjahresplanbehörde eingerichtet, die aus einem kleinen hochqualifizierten Stab von Mitarbeitern bestand und in den Jahren 1937 bis 1941 eines der wichtigsten Machtzentren des nationalsozialistischen Staates

war. Schon am 14. Oktober 1938 hatte Göring gefordert, »die Judenfrage müsse jetzt mit allen Mitteln angefasst werden, denn sie (die Juden) müssten aus der Wirtschaft raus«.<sup>[9]</sup>

Die Sitzung vom 12. November leitete er mit folgenden Worten ein: »Da das Problem in der Hauptsache ein umfangreiches wirtschaftliches Problem ist, wird hier der Hebel angesetzt werden müssen.« Weiteren Aufruhr und Krawall lehnte er ausdrücklich ab: »Meine Herren, diese Demonstrationen habe ich satt.« Schließlich würden sie nicht nur die Juden, sondern auch die Wirtschaft schädigen, die er – Göring – »in letzter Instanz« zusammenfasse.<sup>[10]</sup> Er und die anderen Teilnehmer wollten auf dieser Sitzung endlich Taten sehen. Die Phase der Kompetenzabgrenzung und des Zögerns hatte ihres Erachtens lange genug gedauert. Göring: »Ich bitte die Ressorts inständig, nun aber Schlag auf Schlag die notwendigen Maßnahmen zur Arisierung vorzunehmen.« Beginnen sollten die regionalen Wirtschaftsverwaltungen mit dem, was der Bevölkerung die Absichten der Regierung am deutlichsten vor Augen führte, mit der Stilllegung und Arisierung der Einzelhandelsgeschäfte: »Zunächst«, so Göring, »gibt der Wirtschaftsminister bekannt, welche Geschäfte er überhaupt stilllegen will.« Es waren die meisten. Sie sollten bei der Arisierung von vornherein »ausscheiden«, also liquidiert werden. Nach demselben Prinzip sollte auch bei den kleineren und mittleren Fabriken verfahren werden. Zunächst galt es, so forderte Göring, folgende Fragen zu beantworten: »Welche Fabrik brauche ich überhaupt nicht? Welche kann man stilllegen? Kann man nichts anderes daraus machen? – Dann wird sie möglichst rasch abgeschrottet.« Arisierung bestand nicht in erster Linie in der Zwangsübereignung jüdischer Firmen an profitsüchtige »arische« Kapitalisten, sondern wesentlich in staatlich gesteuerter Stilllegung und Rationalisierung.<sup>[11]</sup> So konnte die Krise dieser Jahre im mittelständischen Sektor der Wirtschaft – allein 1937 mussten im Deutschen Reich 90000 »arische« Handwerksbetriebe Bankrott anmelden oder wurden geschlossen<sup>[12]</sup> – in ihren sozialpolitischen Folgen abgemildert werden. Der Nutzen der »Arisierung« war so gesehen vor allem volkswirtschaftlich struktureller Natur. Göring forderte den Wirtschaftsminister denn auch auf, »in der Stilllegung der Geschäfte von vorneherein sehr weit, außerordentlich weit zu gehen«, denn es handele sich dabei um eine Aktion, die »sowieso« in der nächsten Zeit durchgeführt werden müsse, nämlich die »Umwandlung von nicht lebensnotwendigen Produktionsstätten in lebenswichtige«.

Das Stilllegungs- und Rationalisierungsprogramm verfolgte Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan mit dem alleinigen Ziel, die deutsche Wirtschaft für den kommenden Krieg vorzubereiten. Die Methoden

allerdings, wie das im Einzelnen geschehen sollte, entwickelten die zuständigen Experten. Sie hatten im vorangegangenen Halbjahr einschlägige Erfahrungen in Wien gesammelt. Dort war nämlich seit Mai 1938 – nach dem Anschluss Österreichs an Deutschland im März – die Rationalisierung der Wirtschaft unter ständiger Beteiligung der Vierjahresplanbehörde in Angriff genommen worden: Das wichtigste Mittel war die Enteignung Zigtausender Juden und deren Verdrängung aus nahezu allen Wirtschaftssektoren. Diesen Prozess lenkten nicht etwa aggressive Antisemiten, sondern etablierte Wirtschaftsprüfer.

Im Sommer 1938 hatten die Wirtschaftsfachleute in Wien ein Konzept entwickelt, das die massive Rationalisierung der »rückständigen« österreichischen Wirtschaft mit der Liquidierung jüdischer Unternehmen verband. Politischer Repräsentant dieser Linie war der Wiener Minister für Wirtschaft und Arbeit, Hans Fischböck. Göring hatte ihn in den hektischen Stunden vor dem Anschluss Österreichs am 11. März 1938 höchstpersönlich eingesetzt<sup>[13]</sup> und ebenfalls nach Berlin zitiert.

Dort entspann sich am 12. November der folgende, hier leicht gekürzte Gedankenaustausch:

»*Funk* (Reichswirtschaftsminister): Die entscheidende Frage ist: Sollen die jüdischen Geschäfte wieder aufgemacht werden müssen oder nicht?

*Göring*: Das hängt davon ab, wieweit diese jüdischen Geschäfte einen verhältnismäßig großen Verkehrsumsatz haben.

*Fischböck*: Wir haben darüber in Österreich schon einen genauen Plan, Herr Generalfeldmarschall (d.i. Göring)! Von den 12000 Handwerksbetrieben sollten 10000 endgültig gesperrt und 2000 aufrechterhalten werden. Von den 5000 Einzelhandelsgeschäften sollten 1000 aufrechterhalten, d.h. arisiert, und 4000 geschlossen werden. Das ist aufgrund von Untersuchungen für jede einzelne Branche nach den örtlichen Bedürfnissen abgestimmt, mit allen zuständigen Stellen erledigt und kann morgen hinausgehen, sobald wir das Gesetz bekommen, das wir im September erbeten haben, das uns ermächtigen soll, ganz allgemein ohne Zusammenhang mit der Judenfrage Gewerbeberechtigungen zu entziehen. Das wäre ein ganz kurzes Gesetz.

*Göring*: Die Verordnung werde ich heute machen!

*Fischböck*: Auf diese Weise könnten wir bis Ende des Jahres die gesamte nach außenhin sichtbare (jüdische) Geschäftswelt beseitigt haben.

*Göring*: Das wäre hervorragend!

*Fischböck*: Dann wären von 17000 Geschäften 12000 oder 14000 geschlossen und der Rest arisiert oder an die Treuhandstelle übertragen, die dem Staat gehört.

*Göring:* Ich muss sagen: Der Vorschlag ist wunderbar. Dann würde in Wien, einer der Hauptjudenstädte sozusagen, bis Weihnachten oder Ende des Jahres diese ganze Geschichte wirklich ausgeräumt sein.

*Funk:* Das können wir auch hier machen.«

Mit »hier« meinte der Reichswirtschaftsminister das Altreich, vor allem Berlin. Bereits sechs Tage später, am 18. November, tagten die Spitzen der Berliner Wirtschaft in der Industrie- und Handelskammer, »um zu dem vordringlichen Problem des Ausschlusses der Juden aus dem Berliner Einzelhandel Stellung zu nehmen«.<sup>[14]</sup>

Die von den in Wien tätigen Wirtschaftsexperten geforderte Verordnung erschien am 23. November 1938 im Reichsgesetzblatt. Titel: »Verordnung zur Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.« Absichtsvoll nannte der Text nicht die Arisierung als Ziel, sondern die Stilllegung. Paragraph 1, Absatz 1 lautete: »Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäfte oder Bestellkontore von Juden sind grundsätzlich aufzulösen und abzuwickeln.« Alle Ausnahmen bedurften besonderer Genehmigung.<sup>[15]</sup>

In der zweiten Phase der Konferenz vom 12. November 1938 setzten sich die Teilnehmer mit den sozialen Folgen auseinander, die das nun »verschärfte Tempo« der wirtschaftlichen Existenzvernichtung mit sich bringen würde. Hier erst griff Reinhard Heydrich in die Debatte ein. Auch er konnte auf Wiener Erfahrungen zurückgreifen, genauer: auf die seines Mitarbeiters Adolf Eichmann, der ebenfalls an der Konferenz teilnahm<sup>[16]</sup> und der es geschafft hatte, innerhalb von vier Monaten Zehntausende Wiener Jüdinnen und Juden zur Auswanderung zu zwingen:

»Heydrich: Bei allem Herausnehmen der Juden aus dem Wirtschaftsleben bleibt das Grundproblem letzten Endes immer, dass der Jude aus Deutschland herauskommt. Wir haben in Wien auf Weisung des Reichskommissars<sup>[17]</sup> eine Judenauswanderungszentrale eingerichtet, durch die wir in Österreich immerhin 50000 Juden herausgebracht haben, während im Altreich in der gleichen Zeit nur 19000 Juden herausgebracht werden konnten.

*Göring:* Wie war das möglich?

*Heydrich:* Wir haben das in der Form gemacht, dass wir den reichen Juden, die auswandern wollten, bei der jüdischen Kultusgemeinde eine gewisse Summe abgefordert haben. Mit dieser Summe und Devisenzuzahlungen konnte dann eine Anzahl der armen Juden herausgebracht werden. Das Problem war ja nicht, den reichen Juden



herauszukriegen, sondern den jüdischen Mob.

### Devisen

Um in anderen Staaten Aufnahme zu finden, brauchten diejenigen, die emigrieren wollten, Devisen, deren Ankauf aber streng begrenzt war. Obwohl die Auswanderung in dieser Phase staatlicherseits forciert wurde, war sie zugleich über die Devisenpolitik erschwert. Einer der Betroffenen schilderte dies so: »Die Geldfrage ist diese: für Kenia oder für Fidschi braucht man »nur fünfzig Pfund«. Der Kurs steht: Kenia zirka dreizehn, Fidschi zirka zehn. Man würde also »normal« zum Kauf der Devisen brauchen: 650 oder 500 Mark. Diese Beträge wären aufzubringen, aber wenn man in Deutschland keine Devisen kaufen kann, muss man den Auslandskurs der Reichsmark anlegen: acht Pfennig! Dann kommt heraus: Kenia fünftausendzweihundert, Fidschi viertausend. Und wenn man gar diesen entweder ersteren oder letzteren Kurs nicht anlegen kann, weil man von der Behörde den Betrag nicht freibekommt, so kann man damit rechnen, »nur acht Prozent vom Vermögen bewilligt« zu bekommen. Man kann also noch zweiundneunzig Prozent mehr rechnen, die der deutsche Staat einstreicht!!! Also: ohne ein Bankkonto im Ausland oder ohne ausländische Gönner mit fünfzig Pfund Sterling ist eine Auswanderung so gut wie ausgeschlossen.« (Walter Tausk, Breslauer Tagebuch 1933–1940, Berlin 1977<sup>2</sup>, S. 157f.) Die Möglichkeit, Devisen einzutauschen, wurde zusätzlich infolge Konferenz vom 12. November verringert, da dort beschlossen wurde, der jüdischen Bevölkerung Deutschlands eine »Sühneleistung« von einer Milliarde Mark aufzuerlegen. Das waren 15 Prozent des geschätzten Gesamtvermögens der deutschen Juden, bezogen auf das liquide Vermögen aber weit mehr.

*Göring:* Aber, Kinder, habt ihr euch das einmal überlegt? Es nützt doch auch nichts, dass wir vom jüdischen Mob Hunderttausende herauskriegen. Habt ihr euch überlegt, ob dieser Weg nicht letzten Endes so viele Devisen kostet, dass er auf die Dauer nicht gangbar ist?«

Heydrich schätzte daraufhin, dass die Zahl derer, die auf diese Weise noch zur Auswanderung gezwungen werden könnten, schnell auf maximal 8000 bis 10000 Menschen jährlich zurückgehen werde. »Es bleibt also«, fuhr er fort, »eine Unzahl Juden drin. Durch die Arisierungen und sonstigen Beschränkungen wird natürlich das Judentum arbeitslos. Wir erleben eine Verproletarisierung des zurückbleibenden Judentums.« Die Konferenzteilnehmer debattierten darüber, wie diese Menschen überhaupt leben sollten: ohne Existenzgrundlage und weitgehend isoliert, was »praktisch-organisatorisch zu einem Ghetto führen« und neue Probleme der Kontrolle und Ernährung aufwerfen würde. An diesem Punkt meldete sich der nationalkonservative Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk zu Wort:

»Das muss doch immer das Entscheidende sein, dass wir nicht das Gesellschaftsproletariat hierbehalten. Es wird immer eine Last sein, sie zu

behandeln, die fürchterlich ist. Infolgedessen muss das Ziel sein, was Heydrich gesagt hat: heraus, was herausgebracht werden kann.«

Zu diesem Zeitpunkt stand allerdings schon fest, dass die Devisen, mit denen die Auswanderung finanziert werden müsste, nie aufzubringen wären. Der deutsche Export deckte weder die militärisch erwünschten Einfuhren wichtiger Rohstoffe noch die Lebensmitteleinfuhren, die 17 Prozent des deutschen Bedarfs betrug. Um trotz dieser außenwirtschaftlichen Lage so viele Juden wie möglich aus Deutschland zu vertreiben, beauftragte Göring am 24. Januar 1939 Heydrich damit, die Reichszentrale für die jüdische Auswanderung zu bilden. Sie vereinigte alle beteiligten Behörden unter einem Dach und war nach Eichmanns Wiener Modell ein Instrument, das die Zwangsauswanderung verstärken und deren bürokratischen Ablauf steuern und vereinfachen sollte. Dabei war strikt auf »eine bevorzugte Auswanderung der ärmeren Juden« zu achten. Über die Arbeit der neuen Reichszentrale hatte Heydrich laufend an Göring zu berichten und »vor grundsätzlichen Maßnahmen« dessen Entscheidung einzuholen.<sup>[18]</sup>

Zu Beginn der Konferenz vom 12. November hatte Göring gesagt, es komme darauf an, »den Juden aus der Wirtschaft heraus und in das Schuldbuch hineinzubringen«. Damit meinte er, den Juden die Verfügungsgewalt über ihre Vermögen zu entziehen und diese – ohne formelle Enteignung – in deutschen Staatsanleihen anzulegen. Klar war auch, welche Probleme für den Sozialetat beziehungsweise die Devisenbilanz sich daraus ergaben, wenn mehreren hunderttausend Menschen jede wirtschaftliche Existenz entzogen würde. Mit der Formulierung ihrer Ziele waren die Teilnehmer der Konferenz zunächst in neue Schwierigkeiten geraten. In dieser Situation deutete Göring eine »Lösung« an, die Perspektive der späteren Vernichtung: Wenn es in absehbarer Zeit zu einem außenpolitischen Konflikt, also zum Krieg, komme, so sei dies auch die Zeit, um »eine große Abrechnung an den Juden zu vollziehen«.

Es ist nur scheinbar widersinnig, dass Göring sich noch einmal Demonstrationen und Pogrome verbat und die Konferenzteilnehmer darauf einschwor, »ein für alle Mal jede Sonderaktion endgültig (zu) beseitigen«. Die Alternative zur »Aktion der Straße« war beschlossen: denn nun habe »das Reich die Sache in die Hand genommen«. Anfang 1939 zog der Stadtpräsident von Berlin Bilanz: In der Reichshauptstadt sei die Arisierung des Einzelhandels »erfreulich flott« vorangegangen. Obwohl nach dem 12. November ein »verschärftes Tempo« in der Arisierung eingesetzt habe, sei es seiner Behörde gelungen, die Bewerber auf ihre fachliche Eignung hin zu überprüfen und branchenunkundige Nutznießer fernzuhalten. Die

Industrie- und Handelskammer habe ihn dabei beraten. »Wenigstens hoffe ich«, so heißt es in dem »Sonderbericht über die Entjudung des Einzelhandels in Berlin« weiter, »dass die Ausschaltung von  $\frac{2}{3}$  aller jüdischen Einzelhandelsgeschäfte (...) den alten deutschen Einzelhandel entlasten wird.«<sup>[19]</sup> Für jedes zur »Arisierung« zugelassene Geschäft habe es drei bis vier arische Bewerber gegeben. Auch in anderen Regionen des deutschen Reichs erzielten die zuständigen Wirtschaftsbehörden ähnliche Ergebnisse: In Düsseldorf wurden von 64 in Frage kommenden Geschäften zwei zur »Arisierung« zugelassen; von den 5822 Handwerksbetrieben, die im Altreich Juden gehörten, wechselten 345 den Besitzer: Alle anderen wurden geschlossen.<sup>[20]</sup>

Infolge von Enteignung und Berufsverboten und der Auswanderung jüngerer Familienangehöriger gerieten immer mehr Juden in die Abhängigkeit von öffentlicher Fürsorge. Das geschah auch deshalb, weil die jüdischen Wohlfahrtsvereine und -stiftungen ebenfalls enteignet wurden, also immer weniger in der Lage waren, für den Lebensunterhalt der zunehmend verarmten Menschen aufzukommen.

Drei Tage nach der Konferenz im Luftfahrtministerium kommentierte die Zeitung *Nieuwe Rotterdamsche Courant*: »Bei dem Mangel an Arbeitskräften dürfte es nicht lange dauern, bis man die auf Rente gesetzten Juden ›feiernde‹ Juden und Parasiten der deutschen Volksgemeinschaft nennt. (...) Nach dem Muster des russischen Bolschewismus werden dann die Feinde des herrschenden Regimes zu Zwangsarbeitern des Staates in besonderen Lagern gemacht werden.«<sup>[21]</sup>

In seinem Jahreslagebericht resümierte der SD: »Im Berichtsjahr 1938 fand die Judenfrage in Deutschland, soweit sie auf dem Gesetzes- und Verwaltungswege zu regeln ist, ihren Abschluss. (...) Den Juden (bleibt) zur Sicherung der Existenz nur die Auswanderung.«<sup>[22]</sup> Das Auswärtige Amt sprach vom »Schicksalsjahr«<sup>[23]</sup> für das deutsche und österreichische Judentum.

## Modell Wien

Als Beauftragter für den Vierjahresplan hatte Göring am 28. März 1938 für das annektierte Österreich angeordnet, »in aller Ruhe Maßnahmen zur sachgemäßen Umleitung der jüdischen Wirtschaft zu treffen«.<sup>[24]</sup> Die Betonung lag auf den Wörtern »Ruhe« und »sachgemäß« und war gegen österreichische Nazis und Antisemiten gerichtet, die sich im Durcheinander des Anschlusses rasch und unkompliziert bereichern wollten. Österreichs Wirtschaft lag darnieder, jedenfalls wenn man sie mit der im Rüstungsboom florierenden deutschen verglich: Die Produktionskapazitäten waren mangelhaft ausgelastet, die Arbeitslosigkeit betrug 30 Prozent,<sup>[25]</sup> die Arbeitsproduktivität war vergleichsweise gering. Nachdem die Zollschränken zwischen Deutschland und Österreich gefallen waren und die reichsdeutsche Konkurrenz massiv nach Südosten drängte, wurde die Wirtschaft des halb freiwillig, halb gezwungen angegliederten Landes weiter geschwächt. Deshalb sollte binnen kurzer Zeit gründlich rationalisiert und das allgemeine deutsche Produktionsniveau erreicht werden.

Am 23. April 1938 wurde der saarpfälzische Gauleiter Josef Bürckel zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich ernannt. Das geschah aus wirtschaftlichen Erwägungen, denn Bürckel hatte schon einmal, 1935 bei der »Rückgliederung« des Saarlandes, das bis dahin unter französischer Verwaltung gestanden hatte, erfolgreich die Aufgabe bewältigt, eine noch von der Weltwirtschaftskrise zerrüttete Region schnell und umstandslos auf das Niveau der im Aufschwung begriffenen Wirtschaft des Reiches zu heben. Die dafür notwendigen Rationalisierungspläne hatte ihm seinerzeit Dr. Rudolf Gater ausgearbeitet. Gater hatte 1935 in Zürich über die Konjunkturprognose des Harvard-Instituts promoviert und war gleich danach vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) nach Saarbrücken geschickt worden. Bürckel zeigte sich mit den Leistungen des jungen Rationalisierungsexperten zufrieden und nahm dessen Dienste in Wien abermals in Anspruch. Bereits Anfang Mai 1938 errichtete das RKW in der Wiener Handelskammer eine Dienststelle Österreich – wichtigster Mitarbeiter: Rudolf Gater.

Da sich Bürckel in allen wirtschaftlichen Fragen von seinem Freund, dem

Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann, beraten ließ, arbeiteten noch einige Hamburger Wirtschaftsfachleute an dem Programm mit. Darunter der Senatssyndikus Dr. Walter Emmerich, der in Bürckels Abteilung »Staat und Wirtschaft« Dienst tat. Über die »Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft«, so schrieb Emmerich, sollte für Hamburger Im- und Exportfirmen Wien als »Tor zu Südosteuropa« geöffnet werden. Als erklärter Vertreter hamburgischer Interessen organisierte er eine möglichst reibungslose Arisierung der Exportfirmen. Doch vorerst erschien Emmerich die gerade vereinnahmte Stadt als völlig rückständig. Seine Mitstreiter und er bemängelten einen Export »ohne die nötige Stoßkraft«, eine hoffnungslos veraltete Donau-Flotte, Zersplitterung von Handel, Gewerbe, Industrie und Bankwesen. Von Handelsfirmen war dort aus hanseatischer Sicht gar nicht zu reden, bestenfalls von »Vermittlern« für »die Einkäufer der großen angelsächsischen Warenhäuser«. »Groß war nur die Zahl kleiner und kleinster Handelsfirmen mit geringem Gelegenheitsexport in die Nachbarschaft.« Das alles lag »natürlich überwiegend in jüdischer Hand«. Diese Situation gründlich zu verändern schien Emmerich, Gater und vielen anderen eine zwar nicht einfache, aber lohnende Aufgabe.<sup>[26]</sup>

Im Juni 1938, einen Monat nach seiner Ankunft in Wien, verfasste Gater im Namen des RKW »Vorschläge für das Vorgehen bei der Arisierung der Schuheinzelhandelsgeschäfte«. Von 380 Geschäften in Wien waren etwa 250 im Besitz von Juden. Um den Schuheinzelhandel zu »bereinigen«, mussten nach Gaters vorläufiger Schätzung etwa 80 der jüdischen Geschäfte geschlossen werden. Die Zeit drängte. Die fraglichen Geschäfte wurden sowohl von Käufern als auch von Lieferanten boykottiert. »Arische« Österreicher bewarben sich mit »einer erheblichen Anzahl von Arisierungsanträgen« um den Besitz dieser Geschäfte. Also schlug Gater vor, die Anträge auf Übereignung »unter Federführung des RKW« zu bearbeiten. Nachdem er sich bereits Rückendeckung bei Fischböck und bei der Vierjahresplanbehörde geholt hatte, schrieb er an den Vertreter Bürckels: »Betrifft: Arisierung des Schuheinzelhandels (...). Sollten wir von Ihnen nichts Gegenteiliges hören, so werden wir die von uns vorgesehenen Arbeiten in dieser Richtung nunmehr unverzüglich in Angriff nehmen.«<sup>[27]</sup>

Die zur Stilllegung oder »Arisierung« vorgesehenen Geschäfte wurden dabei – und bald auch in allen anderen Branchen – vom RKW nach folgenden Gesichtspunkten geprüft: »a) Umsätze, Genre; b) Lebensfähigkeit, Lage, Konkurrenz; c) Gefolgschaft; d) Lageraufnahme, -bewertung; e) Status, Vermögen, Verbindlichkeiten (Lieferanten, Steuern, Mieten, Löhne, soziale Abgaben usw.); f) Kosten (jährliche Miete usf.); g) Verdienstspanne

(unter Beachtung der erfolgten oder noch erfolgenden Herabsetzung); h) Mindestumsätze für wirtschaftliches Arbeiten; i) Mindestkapital, das zur Führung des Geschäftes notwendig ist.«<sup>[28]</sup>

Auch der Interessent für ein Geschäft, das das RKW der Arisierung für würdig befand, musste sich eine eingehende Begutachtung seiner fachlichen Qualifikation und seiner finanziellen Möglichkeiten gefallen lassen.

Diese ersten Ansätze Gaters zur »Gesundschumpfung« des Wiener Einzelhandels und Handwerks mit Hilfe rassenpolitischer Methoden und eindeutiger volkswirtschaftlicher Ziele sind vor dem Hintergrund eines rapiden Zuwachses von Macht und Einfluss des RKW insgesamt zu verstehen. Am 9. Juni 1938 legte der Reichswirtschaftsminister einen Erlassentwurf »über den Einsatz des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit« vor, der quasi eine Verstaatlichung des bis dahin überwiegend privat von der Industrie getragenen Kuratoriums vorsah. Das RKW, hieß es in diesem Entwurf, werde vom Reichswirtschaftsministerium »stärker als bisher für eine zielhafte, planvolle Ausrichtung aller für die Leistungssteigerung der deutschen Wirtschaft wesentlichen Gemeinschaftsarbeiten herangezogen«. Ein Elf-Punkte-Programm legte die Richtung fest, in der die »Arbeitsbestgestaltung«, Ziele der Wehrwirtschaft und Rohstoffsteuerung erreicht werden sollten: Die »große Reserve menschlicher Arbeitskraft« liege »in der Vielzahl von Kleinbetrieben«; insbesondere sei zu überprüfen, wie gerade dort »weitere Leistungssteigerungen« durchgesetzt werden könnten.<sup>[29]</sup>

Mit Hilfe eines Erhebungsbogens verschaffte sich das RKW nicht nur die gewöhnlichen Betriebsdaten, sondern auch detaillierte Auskünfte über die Besitzverhältnisse und die »bevölkerungspolitische Lage«: die »rassische« und nationale Zusammensetzung der Belegschaft und der Eigentümer.<sup>[30]</sup> Gater war stolz darauf, dass entsprechend den Betriebs- und Branchenanalysen des RKW mehr als 80 Prozent der Betriebe von Juden stillgelegt worden waren und nur ein kleiner Rest – die wirtschaftlich gesündesten Unternehmen – an deutsche und österreichische Interessenten übereignet worden war.<sup>[31]</sup>

Das RKW überprüfte in Österreich alle wesentlichen Branchen in Handel, Gewerbe und Industrie. Schon Mitte Mai war es an der Gründung der sogenannten Vermögensverkehrsstelle beteiligt, einer Behörde, deren 460 Mitarbeiter die »Arisierung« beziehungsweise Liquidierung jüdischer Betriebe innerhalb der gesamtwirtschaftlichen Konzeption betrieben. Die Vermögensverkehrsstelle leitete der Ingenieur Walter Rafelsberger, der ein Jahr später stellvertretender Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft wurde.<sup>[32]</sup>



Die Zahl aller Einzelhandelsgeschäfte in Wien sank innerhalb weniger Monate auf die Hälfte. Im Handwerk wurden 83 Prozent der Betriebe, die Juden gehörten, stillgelegt, in der Industrie 26 Prozent, im Wirtschaftssektor Verkehr 82 Prozent. Von insgesamt 86 Banken blieben acht übrig. Bei den Stilllegungen berücksichtigten die Mitarbeiter der Vermögensverkehrsstelle, des RKW und der Revisions-Treuhand-Gesellschaft nicht nur die Rentabilität und die ökonomische Zukunft der einzelnen Branchen. Sie ermittelten auch Standortverdichtungen, berücksichtigten »künftige Änderungen des Stadtbildes« und geplante »Straßenführungsbereinigungen«. Darüber hinaus versuchte man, die Einzelhandelsgeschäfte und Handwerksbetriebe »verbrauchsorientiert (...) nach den Bevölkerungsdichten gleichmäßig im Raum zu verteilen«. [\[33\]](#)

Die »Entjudung« der österreichischen Wirtschaft ging schnell und plangemäß vonstatten. Von August 1938 an war es die Aufgabe Adolf Eichmanns, die um Arbeit, Besitz und soziale Rechte gebrachten Menschen möglichst umstandslos außer Landes zu treiben. Eichmann unterstand die neu geschaffene Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Hier begann seine Karriere als Experte für Deportationen.

Allerdings zeichnete sich nach kurzer Zeit ab, dass die ärmeren unter den sozial und ökonomisch ausgegrenzten Juden in der Stadt blieben – nicht zuletzt jene, die am wenigsten mobil waren, also alte Leute und Frauen mit Kindern. Sie blieben aus finanziellen Gründen oder aber weil sie die Einwanderungsbedingungen anderer Länder nicht erfüllen konnten oder aus lebensgeschichtlichen Motiven. So zählte Wien Mitte des Jahres 1939 noch 110000 jüdische Einwohner, mit denen sich die Vermögensverkehrsstelle befasste. Ihr oblag die Pflicht »zur Unterstützung des jüdischen Proletariats«, und zwar mit den Geldern aus den staatlichen Gewinnen der »Arisierung«. Aus diesem Fonds wurden auch »Darlehen an bewährte nationalsozialistische Kaufwerber« für jüdische Unternehmen gegeben, deklariert als Wiedergutmachung für die von den NS-Kämpfern in der »jüdisch-sozialistischen Zeit Wiens« angeblich erlittene Unbill. [\[34\]](#) Der Darlehensfonds fungierte als Instrument der Strukturpolitik, und natürlich wurde damit auch die Geldgier der nichtjüdischen Käufer befriedigt. Für beide Zwecke standen umso mehr Gelder zur Verfügung, je mehr man bei der Unterstützung der arm gemachten jüdischen Minderheit einsparte.

Also wurden Mittel und Wege gesucht, diejenigen, denen es an Geld fehlte oder die nicht auswandern wollten, möglichst billig loszuwerden. Dabei verfielen die Beteiligten auf ein zukunftsträchtiges Projekt – die Errichtung von Lagern. Im Namen des Beirats der Vermögensverkehrsstelle verfasste deren Leiter Rafelsberger im Oktober 1938 »Vorschläge für eine

wirkungsvolle Durchführung der Entjudung«. Er regte an, drei Lager für je 10000 Juden zu errichten.<sup>[35]</sup> Sie sollten die Baracken selbst bauen, weil so die Gesamtkosten bei rund 10 Millionen Mark gehalten und die »bereits vorhandenen etwa 10000 jüdischen Arbeitslosen« beschäftigt werden könnten. Die Barackenlager sollten in menschenleeren Regionen, Sand- oder Sumpfgebieten errichtet werden. Zuständig für die Realisierung dieser Pläne war Ernst Dürrfeld, der mit Bürckel aus der Saarpfalz gekommen war und wenig später Dezernent in der Stadtverwaltung von Warschau wurde. Schwierigkeiten bereitete vor allem die Beschaffung von Stacheldraht für die Umzäunung der Lager. »Die gesamte Leitung der Aktion« sollte der Vermögensverkehrsstelle obliegen. Rafelsberger dachte bereits an so etwas wie eine »Selbstverwaltung« der Lager, wie sie 1940 für die Ghettos im besetzten Polen eingeführt wurde: »Träger, d.h. Besitzer und Verwalter des Lagers selbst soll eine Genossenschaft werden, die aus den jüdischen Lagerinsassen besteht.« Auch der »Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk«, wie er später in Warschau amtierte, war schon erfunden, denn es hieß: »Die Leitung dieser Genossenschaft wird einem Kommissar unterstellt.« Rafelsberger wollte »die Arbeitskraft der Juden, solange sie im Lande sind, ausnutzen« und sie für »gemeinnützige Vorhaben« einsetzen. Für »die Beaufsichtigung der Insassen in Sammellagern« seien »im Einvernehmen mit der Gestapo Parteiformationen heranzuziehen«.

Aus diesen Plänen wurde fast nichts. Aber fünf Tage nach Kriegsbeginn wandte sich der Wiener Bürgermeister Hermann Neubacher an den Reichswirtschaftsminister und verlangte »einschneidende Maßnahmen« gegen die jüdischen Arbeitslosen in Wien. Er regte die Arbeitspflicht an, erklärte sich aber gleichzeitig außerstande, »diese Judenmassen einzusetzen«. Er schlug vor, dass sie »in Arbeitslagern über das ganze Reich verteilt werden müssen«. »Eine solche Aktion würde«, so fuhr er fort, »auch den besonders in Wien schwierigen Wohnungsmarkt entlasten«. Rafelsberger sekundierte am selben Tag mit einem Brief an Göring. Er verlangte das Gleiche, nur in schärferem Ton: Er sprach von »Zwangsarbeitslagern«, »Straßenbauten« und »Juden in geschlossenen Abteilungen«.<sup>[36]</sup> Dem waren bereits Verhandlungen zwischen der Direktion der Reichsautobahnen, der SS und dem Wirtschaftsministerium vorausgegangen, die sich ohne greifbares Ergebnis hinzogen.<sup>[37]</sup>

In Wien gelang es in kurzer Zeit, einen Planungs- und Rationalisierungsschub auf Kosten einer Minderheit durchzusetzen, um auf diese Weise die »arische« mittelständische Basis zu beruhigen und zu konsolidieren. Hatte diese auch nicht in dem Maße von der »Entjudung«

profitiert, wie sie sich das in Form von »Wiedergutmachung« erhofft hatte, so musste sie in dem Anpassungsprozess der österreichischen an die deutsche Wirtschaft doch nicht allzu viele Härten hinnehmen. Allerdings, so kündigte Rafelsberger fast drohend an, sollte sich die Rationalisierung nur »zunächst« auf den »jüdischen Sektor« beschränken. Später sollte »auch eine Planung und Bereinigung des arischen Sektors erfolgen«.<sup>[38]</sup> Als Ergebnis resümierte er am 1. Februar 1939: »Der große Liquidationsansatz und die Umlagerungen (Standortverlegungen im Zuge der Arisierung) beseitigten in vielen Sparten die Übersetzung<sup>[39]</sup> restlos und schafften in den übrigen bessere Bedingungen. Eine restlose Berufsbereinigung konnte nicht durchgeführt werden, da diese Planungen den arischen Sektor in der Wirtschaft nicht erfassen konnten.« Allerdings habe die »Entjudung der gewerblichen Wirtschaft in der Ostmark Voraussetzungen geschaffen, die (...) auch wesentlich zur Stärkung der ostmärkischen Wirtschaft beitragen« und damit die »wirtschaftliche Eingliederung« Österreichs »in den großdeutschen Raum« fördern würden.<sup>[40]</sup>

## Ein Modell macht Schule

Dass dieses Vorgehen als Modell für andere besetzte Länder begriffen und später angewandt wurde, zeigt sich zunächst an den Karrieren derjenigen, die das Konzept entwickelt hatten: Hans Fischböck avancierte im Juni 1940 zum Wirtschaftskommissar in den besetzten Niederlanden, Eichmann wurde – eben wegen seiner Wiener »Erfolge« – zur zentralen Figur des Sicherheitsdienstes für alle Angelegenheiten der Zwangsauswanderung, Umsiedlung und »Evakuierung«. Im Beirat der Vermögensverkehrsstelle saßen neben Rafelsberger der Gauleiter von Wien, Diplom-Ingenieur Odilo Globocnik, später SS- und Polizeiführer in Lublin; der Wiener Bürgermeister Hermann Neubacher, später Sonderbeauftragter für Wirtschaftsfragen in Südosteuropa; und Hans Kehrl, der sich selbst als Krisenmanager im Dritten Reich verstand und sowohl das Reichswirtschaftsministerium als auch Görings Vierjahresplanbehörde in dieser Runde vertrat.<sup>[41]</sup> Walter Emmerich wechselte im Mai 1940 als Wirtschaftsminister (»Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft«) ins Generalgouvernement, also ins besetzte Polen. Einen Monat später folgte ihm Gater: als Leiter der neu gegründeten Dienststelle Generalgouvernement des RKW. Im Februar 1941 beauftragte Emmerich das RKW mit einem Gutachten besonderer Art. Thema: »Die Wirtschaftsbilanz des jüdischen Wohnbezirks in Warschau.« Gater berechnete in diesem Gutachten, wie wir noch darstellen werden, »den Wert eines Juden«. Um die »Wirtschaftsbilanz« des Warschauer Ghettos auszugleichen, schlug er als eine Möglichkeit vor: »Es tritt Unterversorgung ein, ohne Rücksicht auf die Folgen.« Das RKW heißt heute: Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft, und Dr. Gater hatte bis zu seinem Tod 1989 als herausragender Rationalisierungsexperte der Bundesrepublik im *Who is Who* seinen Platz.

Am 10. Mai 1940 überfiel die deutsche Wehrmacht die Niederlande. In der kurz darauf installierten Besatzungsverwaltung arbeiteten überwiegend Österreicher, allen voran der Reichskommissar für die besetzten Niederlande Arthur Seyß-Inquart – zuvor Reichsstatthalter in Wien. Als Generalkommissar für Wirtschaft und Finanzen holte er sich Hans

Fischböck nach Amsterdam. Wie schon in Österreich, so trat Fischböck auch in den Niederlanden dafür ein, dass die »Entjudung der Wirtschaft« nicht in erster Linie der Bereicherung einzelner Deutscher diene, sondern eine ökonomische Ordnungsfunktion erfülle. Er wollte verhindern, dass – wie noch in Österreich geschehen – die Unternehmen von Juden primär nach politischen Kriterien, also an einheimische oder deutsche Nationalsozialisten, vergeben wurden. Die Interessenten sollten nicht nur einen angemessenen Preis für die Betriebe zahlen, sondern für deren Leitung auch qualifiziert sein. Kontrolliert wurde dies von einer eigens eingerichteten Wirtschaftsprüfstelle. Vom 22. Oktober 1940 an mussten dort alle jüdischen Betriebe angemeldet werden. Die »Arisierung« erfolgte dann – nach einiger Vorbereitung – vom März 1941 an.

Ebenfalls nach Wiener Vorbild richtete Erich Rajakowitsch, ein Mitarbeiter Eichmanns, eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung ein. Dennoch konnten nur wenige niederländische Juden emigrieren. Da die Deutschen bemüht waren, bei der »Arisierung« den Anschein von Legalität zu wahren, sollten vor allem jüdische Unternehmer auswandern, die man anders vorerst nicht zum Verkauf ihrer Betriebe zwingen konnte. Die SS schlug vor, Ausreisevisa speziell an die Inhaber jener Betriebe zu vergeben, an denen »im Rahmen der Wirtschaftsverflechtung der Vierjahresplan und die sonstigen beteiligten Stellen größtes Interesse haben«. <sup>[42]</sup>

Anders als in Österreich stand die niederländische Wirtschaftsproduktivität der deutschen nicht nach. Deshalb rückte bei der »Arisierung« das Interesse an der Kapitalverflechtung (also der Beteiligung deutschen Kapitals an niederländischen Unternehmen) in den Vordergrund, die Rationalisierung stand an zweiter Stelle. Zu diesem Zweck hatte Göring den »Befehl zur Kapitalverflechtung mit den besetzten Westgebieten« erlassen, um »sobald wie möglich im Hinblick auf die zu schließenden Friedensverträge vollendete Tatsachen zu schaffen«. <sup>[43]</sup> Das Reichswirtschaftsministerium richtete in der von Gustav Schlotterer geleiteten Sonderabteilung »Vorbereitung und Ordnung« ein spezielles Referat »Kapitalverflechtung« ein. <sup>[44]</sup> Sowohl für die Niederlande als auch vor allem für Belgien galt dabei die Devise, sich »auf wirklich interessante und volkswirtschaftlich lohnende Projekte (zu) konzentrieren«. <sup>[45]</sup> Dazu zählten in den Niederlanden vor allem die vier Weltkonzerne Shell, Philips, Unilever und die Algemeene Kunstzijde Unie, aber auch Schwerindustrie- und Rüstungskonzerne wie die Flugzeugwerke Fokker. <sup>[46]</sup>

Die »Arisierung« war nicht die einzige Methode zur »Durchdringung der holländischen Wirtschaft mit deutschem Kapital«, zumal von den genannten Konzernen nur Unilever als jüdisches Unternehmen galt. Aber sie diene –

ähnlich wie später im Protektorat Böhmen und Mähren und in Südosteuropa – deutschen Unternehmern als Einstieg in die niederländische Wirtschaft und bot die Möglichkeit zur »Durchdringung auf breiterer Grundlage« (durch »Arisierung« der mittleren Betriebe). Dem Reichswirtschaftsministerium war nämlich daran gelegen, dass niederländische und belgische Unternehmer einer Kapitalverflechtung positiv gegenüberstanden. Eine solche Stimmung ließe sich umso leichter erzeugen, wenn die »Durchdringung des Wirtschaftsraums«<sup>[47]</sup> auf Kosten jüdischer Unternehmer vonstattengehen würde.

Darüber hinaus wussten Fischböcks Fachleute die »Arisierung« selbst in den Niederlanden mit wirtschaftlicher Rationalisierung zu kombinieren. Von den 21000 Betrieben und Geschäften, die die Wirtschaftsprüfstelle erfasst hatte, wurden 11000 an neue Besitzer übereignet, 10000 aufgelöst, Inventar und Lagerbestände an »arische« Konkurrenten verkauft.

Die Einnahmen aus dem Verkauf der »arisierten« Firmen, Häuser und Grundstücke gingen zum überwiegenden Teil an die Vermögensverwaltungs- und Rentenanstalt (VVRA). Fischböck und Seyß-Inquart sahen die VVRA als den »großen Topf«<sup>[48]</sup> an, in dem das gesamte Vermögen der niederländischen Jüdinnen und Juden gesammelt werde – insgesamt 350 Millionen Gulden.<sup>[49]</sup> Aus diesem Etat stammten auch die Gelder, mit denen die Judenverfolgung finanziert wurde: Die VVRA erstattete der Sicherheitspolizei die Ausgaben für ihre »Arbeit auf dem Gebiet der Judenverfolgung«. Sie zahlte Kopfgelder für die Denunziation untergetauchter Verfolgter<sup>[50]</sup> und finanzierte den Ausbau des »Judendurchgangslagers« de Vught, des Lagers Westerbork und dessen Eisenbahnanschluss. Das Material dafür brauchte allerdings nur gemietet zu werden, denn schon als im Juli 1942 der Bauauftrag erteilt wurde, stand fest, dass die Schienen ein Jahr später, wenn voraussichtlich alle niederländischen Juden deportiert sein würden, wieder abgebrochen werden sollten.<sup>[51]</sup> Für die Einrichtung des KZ in Ommen zahlte das Bankhaus Lippmann & Rosenthal 150000 Gulden aus dem Vermögen der aufgelösten jüdischen Vereine und Stiftungen. Aus dem Fonds von 11 Millionen Gulden erhielt der Amsterdamer Judenrat Zuschüsse in Höhe von 40000 Gulden. Insgesamt wurde die Judenverfolgung in den Niederlanden »von Anfang bis Ende aus jüdischen Geldern finanziert«.<sup>[52]</sup>

Während jüdische Aktionäre und Unternehmer, Handwerker und Kaufleute durch die »Arisierung« ihrer Betriebe enteignet wurden, verloren die jüdischen Arbeiterinnen und Arbeiter in der Regel ihre Anstellung. Entweder wurden sie durch die Betriebsstilllegungen arbeitslos oder von



den neu eingesetzten Treuhändern entlassen. Im Oktober 1941 erließ Seyß-Inquart eine Verordnung, die die Beschäftigung jüdischer Arbeitskräfte generell nur mit Sondergenehmigung erlaubte.<sup>[53]</sup>

Zu diesem Zeitpunkt wurden die Deportationen deutscher, tschechischer, österreichischer und luxemburgischer Juden bereits organisiert.

## Der Vierjahresplan

Am 31. Juli 1941 erteilte Hermann Göring an Heydrich den Auftrag, eine »Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa« vorzubereiten. Das Schreiben trug den Briefkopf des Vorsitzenden des Reichsverteidigungsrates und des Beauftragten für den Vierjahresplan. Gewöhnlich wird darauf hingewiesen, Heydrich habe selbst die Initiative ergriffen, den Auftrag von Eichmann formulieren und von Göring unterschreiben lassen. Auch wenn sich dies laut Eichmanns späterer Aussage in Jerusalem so verhalten haben mag, so waren die Überlegungen zur »Endlösung der Judenfrage« auch in der Vierjahresplanbehörde Görings diskutiert worden. Die Vierjahresplanbehörde war in den Jahren 1938 bis 1941 an allen zentralen Entscheidungen über die antijüdische Politik, die Kriegführung, die Vertreibungs- und Vernichtungspolitik in Osteuropa beteiligt. Ihre Mitarbeiter verstanden sich als koordinierender Stab, als intelligentes Zentrum, als eine Elite, die Pläne entwarf, Impulse gab – die Ausführung der dort entwickelten Ideen und die Verwaltungstätigkeit aber möglichst an andere Behörden delegierte. Die Vierjahresplanbehörde war im Oktober 1936<sup>[54]</sup> mit dem Ziel gegründet worden, Deutschland militärisch und wirtschaftlich auf den Krieg vorzubereiten und damit »in die politische Auseinandersetzung über die Großraumlösung ein(zu)treten«. <sup>[55]</sup> Grundlage dafür war eine von Hitler 1936 eigenhändig ausgearbeitete Denkschrift, in der er »folgende Aufgabe« stellte: »I. Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein.«<sup>[56]</sup>

Den Kern des neu geschaffenen wirtschafts- und sozialpolitischen Führungsstabes Vierjahresplan bildete ein »kleines Zentralbüro« mit kaum mehr als hundert Planstellen. Von dort sollten die Arbeiten der einzelnen Wirtschaftsressorts beobachtet und Göring gegebenenfalls Vorschläge »zur Abstimmung der Einzelarbeiten, Beseitigung von Mangellagen und Gefahrenpunkten gemacht werden«. <sup>[57]</sup> Hier – und nicht etwa von Göring selbst – wurden die grundlegenden Erlasse für die deutsche Kriegswirtschaft formuliert. Göring war einer der mächtigsten Männer im nationalsozialistischen Staat und dennoch, so der Historiker Dietrich Eichholtz, »völlig abhängig von Rat und Politik der ›Fachleute‹ und

›Berater‹«. <sup>[58]</sup> Auf der Konferenz vom 12. November 1938 hatte er sich selbst als »nicht so versiert« bezeichnet, als es darum ging, wirtschaftliche Pläne im Detail zu beurteilen. <sup>[59]</sup>

Görings Funktion bestand darin, moralische Hemmungen und normativ-juristische Grenzen leichter überwindbar zu machen, um politische Ziele zu realisieren. Wie das im Einzelnen zu geschehen hatte, welche Prioritäten zu setzen und welche Verfahren anzuwenden waren, darüber entschieden seine Fachleute und Staatssekretäre aus verschiedenen Ressorts, die im Generalrat des Vierjahresplans zusammengeschlossen waren.

Der Vierjahresplan sollte die Voraussetzungen für »eine Ausdehnung des deutschen Einflussbereiches« schaffen, »um die eigenen Wirtschaftskräfte im notwendig bleibenden Umfang von außen her zu ergänzen«. <sup>[60]</sup> Die Vordenker der Vierjahresplanbehörde setzten dabei die den »Staatsraum vergrößernde politische Tat« voraus. Ihnen kam es nicht darauf an, »mit Zirkel und Lineal« Einzelentscheidungen zu treffen. Vielmehr koordinierten sie die großen Linien und garantierten bei den »oft sprunghaft wechselnden Anforderungen der obersten politischen Führung« die notwendige »Elastizität der Programme«. <sup>[61]</sup>

Die Vierjahresplanbehörde sollte die deutsche Wirtschaft auf den geplanten Krieg vorbereiten, sie entsprechend rationalisieren, für genügend Devisen und Arbeitskräfte sorgen und das Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen steuern. <sup>[62]</sup> Sie sollte die Zusammensetzung der Bevölkerung kontrollieren, und zwar hinsichtlich ihrer Berufsqualifikation und ihrer Fähigkeit zum Arbeitseinsatz. Schließlich hatte sie darauf zu achten, dass die »Soziallasten« nicht steigen, sondern fallen würden.

In der Vierjahresplanbehörde zählten Effizienz und Sachkenntnis mehr als Beamtenhierarchie und Dienstalter. So ist es nicht erstaunlich, dass viele der Manager im Zentrum der Macht noch sehr jung waren. Bei Kriegsende gerade 30 Jahre alt, gelang den meisten von ihnen mühelos der Sprung in die zweite Karriere. Sie begeisterten sich noch zehn Jahre nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschland derart für ihr gescheitertes Werk, dass einer von ihnen anlässlich eines nostalgischen Wochenendtreffens ehemaliger Mitarbeiter schwärmte: »Es beseelt mich nur der eine Wunsch, dass unseren nachfolgenden Generationen wieder solche Aufgaben gestellt werden, wie wir sie einstens mit aufrichtigem Herzen, mit beseeltem Schwung und in mühseligem Schaffen leisten durften. Es war für unser liebes, so arm gewordenes Volk. Wohl allen denen, die wieder dafür wirken dürfen.« <sup>[63]</sup>

Den meisten wurde dieser Wunsch, wieder für ihr »armes deutsches

Volk« zu wirken, rasch erfüllt. Teilnehmer des Veteranentreffens zu Pfingsten 1955 waren: Dr. Fritz Klare, zuständig für Ernährungsfragen im Planungsamt der Vierjahresplanbehörde, nach dem Krieg für die Einfuhr- und Vorratsstelle damit beschäftigt, durch staatliche Aufkäufe die Fleischpreise zu stützen und Lebensmittelreserven für Westberlin zu horten; Max Bergbohm, inzwischen tätig im Bundesrechnungshof, zuvor bei Göring Generalreferent für polnische Fragen, Empfänger der für Göring bestimmten Verschlussachen, zuständig für »Feindvermögen«, 1938 nach fünfjähriger Mitgliedschaft als »Vierteljude« aus der NSDAP ausgeschlossen, bei gleichzeitig ungebrochener Fortsetzung seiner Karriere als Berater Görings; <sup>[64]</sup> Robert Hallwachs, inzwischen im Niedersächsischen Landesamt für Ernährungswirtschaft, zuvor Verwaltungsdirektor des Vierjahresplans; Dr. Joachim Bergmann, unter anderem Leiter des Referats 6 (»Angelegenheiten der besetzten sowjetrussischen Gebiete«), nach dem Krieg Rechtsanwalt in Frankfurt am Main; Dr. Friedrich Gramsch, im Vierjahresplan als Ministerialdirektor zuständig für die Haupttreuhandstelle Ost, also für das enteignete jüdische und polnische Vermögen, Vertreter Görings bei wichtigen Sitzungen, war später Mitarbeiter des Ostministeriums unter Rosenberg. <sup>[65]</sup> Er starb 1955, noch nicht voll rehabilitiert, als Ministerialdirektor zur Wiederverwendung und Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages. Ins Bonner Auswärtige Amt gelangt war Dr. Otto E. Heipertz. Er arbeitete unter anderem als Legationsrat und Leiter der bundesdeutschen Handelsmission in Prag. Seine Stellenbeschreibung beim Vierjahresplan hatte gelautet: »zuständig für wirtschaftliche Fragen des Protektorats Böhmen und Mähren und des Generalgouvernements«. Dr. Wilhelm Marquart und Dr. Hans Langelütke, beide im Planungsamt des Vierjahresplans für Wirtschaftsstatistik zuständig, hatten in der Zwischenzeit zusammen das IFO-Institut für Wirtschaftsinformation und -forschung in München aufgebaut, das sich mit Wachstums- und Strukturforschung beschäftigt, »langfristige Projektionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« pflegt und dem es erklärtermaßen auf die Zusammenschau aller wirtschaftlichen Faktoren ankommt. In den 1960er-Jahren befasste sich das IFO-Institut im Interesse der deutschen Wirtschaft bereits wieder mit der Nutzung und Ausbeutung ökonomischer Ressourcen anderer Länder – diesmal via Entwicklungshilfe. Es baute eine Afrikastudienstelle auf und lud gelegentlich auch einen weiteren ehemaligen Mitarbeiter der Vierjahresplanbehörde als Vortragsredner ein: Professor Donner aus Washington.

Otto Donner, Jahrgang 1902, war am Berliner Institut für Konjunkturforschung und am Weltwirtschaftsinstitut in Kiel ausgebildet

worden. Von April 1940 bis 1943 arbeitete er als Persönlicher Referent und engster Vertrauter des Staatssekretärs Erich Neumann, des Mannes also, der als Stellvertreter Görings an der Wannseekonferenz teilnahm. Parallel dazu leitete Donner die Forschungsstelle für Wehrwirtschaft beim Vierjahresplan, von der noch die Rede sein wird. In dieser Funktion erarbeitete er unter anderem eine langfristig angelegte Strategie, mit deren Hilfe Südosteuropa in die ökonomische Abhängigkeit getrieben werden sollte. Donner war der wichtigste finanzwirtschaftliche Experte des Vierjahresplans. Spätestens im Oktober 1945 trat er in die Dienste der amerikanischen Besatzungsbehörden; er wurde dort Leiter der Personal- und Verwaltungsabteilung der Economic Division, 1947 Staatsbürger der USA und Professor in Washington. Von 1952 an war Donner stellvertretender Exekutivdirektor für die Bundesrepublik und Jugoslawien beim Internationalen Währungsfonds und von 1954 bis 1968 deutscher Exekutivdirektor bei der Weltbank.

Aufgaben und Bedeutung des Vierjahresplans wuchsen mit den Blitzkriegen bis zur Vorbereitung des Überfalls auf die Sowjetunion und versetzten die Großraumökonomien ins Schwärmen. So schrieb Donner 1941: »In überragendem Schwung hat uns die Wehrmacht Bewegungsfreiheit und Spielraum geschaffen und uns Verfügungsfreiheit über den größten Teil des europäischen Kontinents gegeben.« Allerdings sei daraus »teils eine Erleichterung, teils eine Erschwerung« der wirtschaftspolitischen Aufgaben erwachsen.<sup>[66]</sup>

Schwierigkeiten sahen die Experten – in diesem Fall Otto Donner – vor allem in einer Verschlechterung der Ernährungslage: Die deutschen Kriegsplaner rechneten von vornherein mit der britischen Seeblockade. Die Intensiv-Landwirtschaften Deutschlands, Dänemarks und der Niederlande waren stark von Futtermittelimporten aus Übersee abhängig. Gleichzeitig hielt es Donner für unmöglich, den Fehlbedarf mit Hilfe der rückständigen, unrationellen Landwirtschaft Südost- und Osteuropas zu decken. Die dort »rein theoretisch« vorhandenen Ernährungsreserven könnten im Krieg wegen des »erheblichen Arbeits- und Materialeinsatzes, dessen Früchte erst nach Jahren reifen« werden, nicht genutzt werden. Gleichzeitig zwingt der Krieg in den Regionen Europas mit intensiver Landwirtschaft zu einer immer extensiveren Wirtschaftsweise. Auf längere Sicht müssten so selbst aus Überschussgebieten zwangsläufig Zuschussgebiete werden.<sup>[67]</sup> Diese Analyse war, wie wir noch darstellen werden, eine der wirtschaftspolitischen Grundlagen für die Kriegspläne gegen die Sowjetunion.

Mit Beginn des Krieges weitete die Vierjahresplanbehörde ihre Macht aus und stützte die Kompetenzen des Reichswirtschaftsministeriums weiter. Damit aber war der Führungsanspruch der im Generalrat für den Vierjahresplan zusammengeschlossenen Staatssekretäre formuliert, wohlgemerkt Staatssekretäre aller wirtschafts- und sozialpolitisch wichtigen Ressorts, nicht Minister. Sie begründeten ihre Machterweiterung mit der Notwendigkeit, »alle Kräfte auf einen länger dauernden Krieg auszurichten«.<sup>[68]</sup> Dem Generalrat gehörten neben Göring acht Staatssekretäre an, der Reichskommissar für Preisbildung, Wehrwirtschaftsgeneral Georg Thomas für das Oberkommando der Wehrmacht und ein Vertreter für die NSDAP. Soweit nötig, konnten führende Experten und leitende Beamte aus dem Finanzministerium und der Reichsbank hinzugezogen werden. Diese Struktur etablierte die Herrschaft der Staatssekretäre, die sich, anders als die Mehrzahl ihrer vorgesetzten Minister, als sachbezogene Technokraten verstanden: Sie berichteten im Generalrat laufend über interne Vorgänge in ihren Ministerien und waren zugleich als Gremium ermächtigt, »erforderliche Maßnahmen« zu veranlassen. Als Mitglieder des Generalrates waren die Staatssekretäre ihren Ministern vorgesetzt.<sup>[69]</sup>

Dem Generalrat des Vierjahresplans gehörten folgende Staatssekretäre an: Herbert Backe (Ernährung und Landwirtschaft), Friedrich Landfried (Wirtschaftsministerium); Friedrich Syrup (Arbeitsministerium), Wilhelm Kleinmann (Verkehrsministerium), Friedrich Alpers (Reichsforstamt) und Wilhelm Stuckart (Innenministerium). Paul Körner und Erich Neumann vertraten als Staatssekretäre die Vierjahresplanbehörde selbst.

Backe, Landfried, Syrup, Kleinmann und Stuckart leiteten außerdem in der Vierjahresplanbehörde jeweils eine »Geschäftsgruppe«, die dem Arbeitsgebiet ihres Ministeriums entsprach. Auf diese Weise hatten sie sich in die Lage versetzt, unter ihren eigenen Ministerialbeamten Experten für die Vierjahresplaninteressen zu rekrutieren. Sie konnten so ihre Unabhängigkeit gegenüber den Ministern auch personell absichern und die ministerielle Hierarchie aushebeln.

Faktisch führte Paul Körner, der engste und vertrauteste Mitarbeiter Görings, den Vorsitz des Generalrats. Er wurde 1893 in Sachsen geboren und trat 1926 der NSDAP bei. Als Göring 1933 zum Preußischen Ministerpräsidenten ernannt wurde, folgte ihm Körner als Staatssekretär. Er amtierte seit dieser Zeit in allen wichtigen Funktionen als Stellvertreter Görings, als der eigentliche Moderator der Vierjahresplanbehörde und ihres Generalrats. Körner war es, der von Januar 1941 an auf die schnelle Modernisierung der deutschen Industrie drang. Schließlich, so argumentierte



er, sei die Zahl der Arbeitskräfte begrenzt und darum »in der weiteren Rationalisierung und Technisierung der deutschen Wirtschaft eine besonders wichtige Aufgabe zu sehen«. Das setzte Forschung und Schulung voraus, zugleich aber auch »eine großzügige neue Sozialpolitik (...), um die Arbeitskraft jedes einzelnen Deutschen zu erhalten und zu steigern«. Im Generalrat betrieb Körner die »verständnisvolle Abgleichung verschiedenartiger Interessen« mit Umsicht und Fleiß.<sup>[70]</sup>

Körner delegierte, was er irgend delegieren konnte, und war immer bereit, »die Ausführung der großen, den Gedanken Hermann Görings entsprungenen Pläne aber den einzelnen Ressorts selbst (zu) überlassen«. Vor allem jedoch stand er für die Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik. So heißt es in einem Artikel der Zeitschrift »Der Vierjahresplan«: »Stets auch hat er die sozialen Rückwirkungen aller Maßnahmen richtig erkannt und eingeschätzt. Ein tiefes Verständnis für die sozialen Zusammenhänge und die sozialpolitischen Notwendigkeiten haben ihn stets ausgezeichnet.« Nach 1939 nahmen Körners Aufgaben rasch »kontinentaleuropäische Ausmaße« an: »Seit dem Sommer 1941 erwuchsen dazu im Osten wirtschaftliche Aufgaben größten Stiles, an deren grundlegender Planung und Durchführung mit Hilfe des neu gebildeten Wirtschaftsstabes Ost der Staatssekretär maßgeblichen Anteil hatte.«<sup>[71]</sup> Unter Körners Leitung wurde dort von Februar 1941 an eine militärwirtschaftliche Strategie entworfen, die bewusst den Hungertod von vielen Millionen Menschen in der Sowjetunion anvisierte. Körner und nicht der eigentlich zuständige Arbeitsminister unterzeichnete am 3. Oktober 1941 – also wenige Tage vor den ersten Deportationen deutscher Juden »nach Osten« – jene im Reichsgesetzblatt veröffentlichte »Verordnung über die Beschäftigung von Juden«. Damit war all jenen, die zum Zweck der Zwangsarbeit und Vernichtung deportiert werden sollten, endgültig der Schutz des allgemeinen Arbeitsrechts entzogen worden.<sup>[72]</sup> 1943 besuchte Körner auch das Vernichtungslager Auschwitz.<sup>[73]</sup> Noch im Jahr 1944, als der Vierjahresplan längst an Bedeutung verloren hatte, nannte der in die USA emigrierte Politikwissenschaftler Franz Neumann »Paul Körner, Staatssekretär im Amt für den Vierjahresplan«, einen der Nationalsozialisten, die »ungeheure Macht besitzen, weil sie das Bindeglied zwischen der Partei und den übrigen Teilen der herrschenden Klasse darstellen«.<sup>[74]</sup> Das amerikanische Militärtribunal in Nürnberg verurteilte ihn zu 15 Jahren Haft. 1951 wurde er begnadigt und erhielt bis zu seinem Tod 1957 eine Pension ausbezahlt.

Der zweite Mann hinter Göring, der ihn auch am 20. Januar 1942 auf der Wannseekonferenz vertrat, war Staatssekretär Erich Neumann. Neumann

wurde 1892 geboren und trat 1933 sowohl der NSDAP als auch der SS bei. Von Hause aus Jurist und Volkswirt, hatte er im Preußischen Handelsministerium Erfahrungen gesammelt und galt als »zurückhaltender Arbeiter«. <sup>[75]</sup> 1938 zum Staatssekretär und Vertreter Körners ernannt, bearbeitete er innerhalb des Vierjahresplans Devisenangelegenheiten und »besondere Aufträge allgemeiner wirtschaftlicher Art«. Damit war auch seine spezielle Kompetenz für »Judenangelegenheiten« – also für alle Devisen- und Wirtschaftsfragen im Zusammenhang mit der erzwungenen Auswanderung – umschrieben.

Im März 1938 erteilte der Beauftragte für den Vierjahresplan für das annektierte Österreich die Weisung, dass »die Juden auch aus der Wirtschaft so schnell wie möglich ausgeschieden werden« sollten. <sup>[76]</sup> Am 26. April erließ Göring in derselben Funktion die Verordnung über die Anmeldung des Vermögens der Juden. <sup>[77]</sup> Am 16. Dezember 1938, fünf Wochen nach der bereits erwähnten Konferenz im Reichsluftfahrtministerium, fand im Innenministerium eine Sitzung »in Angelegenheit der Judenfrage« statt. Ihr Ziel war, alle Ebenen der deutschen Staatsverwaltung auf die Ergebnisse der Konferenz vom 12. November einzuschwören. Dazu wurde angemerkt, dass »der Beauftragte für den Vierjahresplan« die Judenpolitik nun »zentral angepackt«, die »Verdrängung der Juden aus der aktiven Wirtschaft und ihre Umwandlung in Rentenempfänger« und »die großzügige Förderung einer Auswanderungsaktion« in die Wege geleitet habe. <sup>[78]</sup>

Zwei Tage nach der Kapitulation Polens, am 19. September 1939, berieten der Ministerrat für die Reichsverteidigung und die Spitzenfunktionäre des Vierjahresplans, die Staatssekretäre, Heydrich und führende Vertreter der Reichsministerien unter Vorsitz von Göring »die Frage der Bevölkerung des zukünftigen polnischen Protektoratsgebietes und die Unterbringung in Deutschland lebender Juden«. <sup>[79]</sup> Wiederum zwei Tage später erließ Heydrich Richtlinien für die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei zur »Judenfrage im besetzten Gebiet«. Er nannte »als erste Voraussetzung für das Endziel (...) zunächst die Konzentrierung der Juden (...) in den größeren Städten«. Die Chefs der Einsatzgruppen hatten unter anderem über die »Arisierung« jüdischer Betriebe zu berichten und über eine mögliche »Umstellung des Betriebes zu wirklich lebenswichtigen bzw. kriegswichtigen oder für den Vierjahresplan wichtigen Betrieben«. Zu dem kleinen Kreis derer, denen diese Anordnung zugesandt wurde, gehörte auch Staatssekretär Neumann von der Vierjahresplanbehörde. <sup>[80]</sup>

Am 12. Februar 1940 fand bei Göring eine Chefbesprechung über die Aussiedlungspolitik in den neu eroberten Ostgebieten statt, an der unter

anderen »sämtliche maßgeblichen Persönlichkeiten des Vierjahresplans« teilnahmen. Bei dieser Besprechung kritisierte Göring die planlose, von Himmler verordnete, bei den zuständigen Behörden nicht angemeldete Abschiebung von Menschen aus den annektierten polnischen Gebieten ins Generalgouvernement, zumal »man die Polen als landwirtschaftliche Arbeiter« brauche.<sup>[81]</sup>

Am 23. März 1940 verbot Göring die Judendeportationen ins Generalgouvernement und verhalf damit den Argumenten der Wirtschaftsfachleute – zumindest zeitweilig – zum Durchbruch, die das Generalgouvernement anstatt zum Abschiebeterminium zum produktiven »Nebenland des Reiches« machen wollten. Zugleich hatte die Vierjahresplanbehörde eine eigene Organisation gegründet, die Haupttreuhandstelle Ost, die den gesamten jüdischen Besitz in den »eingegliederten Ostgebieten« mit exekutiver Amtshilfe der SS enteignete. Eine Folge von Görings Entscheidung war, dass die jüdische Minderheit im annektierten Warthegau von nun an in Ghettos gesperrt wurde. Kurz darauf suchten die Deportationsexperten nach anderen Abschiebeterminien: Im Zusammenhang mit der Eroberung Frankreichs erhielten die Pläne, die jüdische Bevölkerung nach Madagaskar zu deportieren, neuen Auftrieb.

Am 1. April 1940 hatte nämlich im Reichsinnenministerium eine Besprechung stattgefunden, auf der Vertreter des Vierjahresplans, des Finanz- und des Ernährungsministeriums sowie der Leiter der Haupttreuhandstelle Ost über die Ghettoegründung in Lodz berieten. Man einigte sich darauf, das Ghetto als eine vorübergehende Einrichtung zu betrachten, und darauf, »dass auf jeden Fall die Juden aus Lodz in erster Linie evakuiert werden«.<sup>[82]</sup> In den Sommermonaten entwickelte das Außenministerium in Zusammenarbeit mit dem Reichssicherheitshauptamt, dem Vierjahresplan und dem Propagandaministerium ein Konzept, dem zufolge die im deutschen Machtbereich lebenden Juden nach Madagaskar deportiert werden sollten. Der Vierjahresplan war für die wirtschaftliche Abwicklung dieses Projekts zuständig: und zwar von der Beschlagnahme der jüdischen Vermögen über die Gründung einer speziellen Bank bis hin zur Berechnung der Transportkosten.<sup>[83]</sup>

Im Zuge der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion legte Wehrwirtschaftsgeneral Thomas am 13. Februar 1941 eine Denkschrift über »die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen einer Operation im Osten« vor und besprach sie – vermutlich noch am selben Tag – mit Görings Staatssekretären Neumann und Körner.<sup>[84]</sup> Die drei Männer waren Mitglieder des Generalrats des Vierjahresplans. Auf den Antrag eines anderen Vierjahresplan-Mitarbeiters, des Generalbevollmächtigten für

Sonderfragen der chemischen Erzeugung, Carl Krauch, geht ein Befehl Görings vom 26. Februar 1941 an Himmler zurück. Danach sollte die jüdische Bevölkerung aus der Stadt Auschwitz ausgesiedelt werden. Gleichzeitig verbot Göring die Aussiedlung polnischer Bauarbeiter aus dieser Region,<sup>[85]</sup> denn es war geplant, dort ein vor den Bomben sicheres Industrieviertel aufzubauen, dessen Schwerpunkt die Chemieproduktion sein sollte. Im Mai und Juni befasste sich der Generalrat des Vierjahresplans mehrmals mit der Lebensmittelversorgung im besetzten Europa und plante dabei den Hungertod von »zig Millionen« Menschen in der Sowjetunion ein. Am 14. Juli forderte der Göring unterstellte und mit dem Vierjahresplan personell vielfach verflochtene Wirtschaftsstab Ost die »baldige Ghettoisierung« der Juden in den wenige Tage zuvor besetzten Gebieten der Sowjetunion, um »die zuverlässigen örtlichen Nichtjuden zum Zuge kommen« zu lassen.<sup>[86]</sup> Am 31. Juli 1941 konferierte Körner mit Thomas über die »Organisationsfrage in Russland«. Im Ergebnis gaben sie die Entscheidung Görings bekannt: »Juden kasernieren und in Form geschlossener Arbeitskolonnen einsetzen.«<sup>[87]</sup> Sechs Wochen später formulierte Göring eine Strategie des Aushungerns als Maxime für die Kriegführung: »Aus wirtschaftlichen Gründen ist die Eroberung großer Städte nicht erwünscht. Ihre Einschließung (Belagerung) ist vorteilhafter.«<sup>[88]</sup>

Nach dem Ende der Blitzkriege musste die Vierjahresplanbehörde im Frühjahr 1942 ihre Macht weitgehend an das Ministerium Speer abtreten, das nun angesichts der schwierigen militärischen Lage alle Wirtschaftskapazitäten auf die Rüstungs- und Kriegsproduktion konzentrieren sollte. Zuvor aber hatten Göring und seine Mannschaft die Weichen für eine noch effizientere Rationalisierung gestellt. Göring brachte dieses Ziel am 7. November 1941 auf den Punkt: »Leitgedanke ist: Die deutsche Industrie muss der amerikanischen bezüglich Rationalisierung gleich werden«. Einige der Vierjahresplanmanager übernahmen in der folgenden Zeit andere, nicht weniger bedeutungsvolle Ämter. Nicht zuletzt deshalb setzte sich ihre politische Linie in allen wichtigen Planungsinstanzen durch. Der im Speer-Ministerium neu gebildeten »Zentralen Planung« gehörten drei Männer an: der Reichsminister für Bewaffnung und Kriegsproduktion Albert Speer, Görings Luftwaffenstaatssekretär Erhard Milch und wiederum Paul Körner. Der Chef des Planungsamts der Vierjahresplanbehörde, Hans Kehrl, avancierte zum Chef des Speer'schen Planungsamts.

Im Unterschied zum traditionell bürokratischen und unflexiblen Ministerialbeamten zeigten sich diese Staatssekretäre und ihre Zuarbeiter

fähig, sehr unterschiedliche sozialpolitische und wirtschaftliche Gesichtspunkte mit den »Kriegsnotwendigkeiten« und weitschauender Strukturpolitik zu verbinden, also nicht ressortborniert zu denken. Kein Mittel war für sie tabu, es sei denn, es hätte die »Stimmung« im deutschen Volk gefährdet. Wegen ihrer Kompetenz und ihrer Fähigkeit zum interdisziplinären Denken waren sie auch in der Lage, die Differenz zwischen der planenden Intelligenz, also den Ideenproduzenten, und den eher weltanschaulich orientierten Naziführern so weit aus dem Weg zu räumen, dass sich beide miteinander arrangierten.

## Der Blick nach Osten

Seit der nationalsozialistischen Machtübernahme arbeiteten Wirtschaftsfachleute nicht nur an der »Entjudung« und Rationalisierung der deutschen Wirtschaft, sondern auch an einer neuen, von Deutschland her strukturierten Wirtschaftsordnung Europas. Unter der Parole der »Neuordnung« entwarfen sie Pläne, wie die Vormachtstellung Großbritanniens und der Einfluss Frankreichs gebrochen werden könnten. Es ging darum, die Ergebnisse des Ersten Weltkriegs auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu revidieren. Exemplarisch dafür sind die Arbeiten und Vorstellungen Anton Reithingers. Reithinger war Osteuropaexperte und Chef der Volkswirtschaftlichen Abteilung (Vowi) der I. G. Farben. Die Vowi war die größte Abteilung der I. G. Farben-Zentrale in Berlin. Dort wurden – weit über die unmittelbaren Interessen eines Chemiekonzerns hinaus – alle sozialen, politischen und ökonomischen Informationen gesammelt, die für die wirtschaftliche und politische Beherrschung anderer Länder von Bedeutung sein konnten. Die Daten und Berichte waren für deutsche Ministerien und Forschungsinstitute von großem Wert. Reithingers Abteilung fungierte spätestens von Kriegsbeginn an als eine Mischung aus Spionage- und politischer Informationszentrale, die sowohl den Konzerninteressen als auch verschiedenen Behörden und der Wehrmacht diente.<sup>[89]</sup>

Der Zusammenbruch des europäischen Außenhandelssystems in der Weltwirtschaftskrise habe, so schrieb Reithinger 1934, »das Problem einer allgemeinen Neuordnung der europäischen Handelsbeziehungen wieder in den Vordergrund gerückt«.<sup>[90]</sup> Dieser Aufsatz war der letzte einer dreiteiligen Serie. In zwei vorangegangenen Arbeiten hatte sich Reithinger mit dem Agrarsystem und mit der bevölkerungspolitischen Lage Europas beschäftigt. Wenn er darin von einer »Schicksalsgemeinschaft der europäischen Völker« und von der »weitgehenden Parallelschaltung der Lebensinteressen der im kontinentaleuropäischen Raum siedelnden Völker« sprach, ohne die eine politische und wirtschaftliche Konsolidierung Europas nicht möglich sei,<sup>[91]</sup> so meinte er die Entwicklung und Festigung einer Hierarchie: Die südosteuropäischen Länder sollten auf die Rolle der Lebensmittel- und Rohstofflieferanten für Deutschland festgelegt, eine



Industrialisierung nur in dem Maße zugelassen werden, wie sie nicht die Absatzchancen für deutsche Industrieprodukte beeinträchtigte. Um jedoch die europäischen Agrarstaaten zur »intensiven Produktion der (...) fehlenden Agrarerzeugnisse zu befähigen«, bedurfte es laut Reithinger zunächst der Bewältigung eines Problems: Erheblich schwerwiegender als die seit Jahren andauernde und ganz Europa betreffende Agrarkrise sei die »landwirtschaftliche Überbevölkerung der gesamten östlichen Hälfte Europas«. In Ost- und Südosteuropa sei die Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer landwirtschaftlicher Nutzfläche doppelt so hoch wie in West-, Mittel- und Nordeuropa. Obendrein seien Klima und Bodenverhältnisse dort wesentlich ungünstiger und die Bewirtschaftung extensiv. Daher werde in der Landwirtschaft Ost- und Südosteuropas je Flächeneinheit »nur etwa die Hälfte bis ein Drittel des entsprechenden Ertrags in den mittel- und westeuropäischen Ländern« produziert. Die Agrarproduktion pro Kopf der bäuerlichen Bevölkerung betrage rund ein Viertel bis ein Sechstel derjenigen Mittel- und Westeuropas. Demnach ergab sich folgendes Bild: »Unter diesen Umständen herrscht in der ganzen östlichen Hälfte Europas größtenteils außerordentliche Armut und eine für unsere Begriffe unvorstellbar niedrige Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die wiederum die Ursache dafür ist, dass sich hier ohne langfristige Kapitalhilfe des Auslandes die Industrie bisher nur schwach entwickeln konnte.«<sup>[92]</sup> Die Bestrebungen ausländischer Unternehmer, in Polen zu investieren oder der Regierung Kredite zu gewähren, wären jedoch unter anderem wegen der »ungelösten Verhältnisse im mitteleuropäischen Raum« – also der 1934 noch instabilen politischen Situation – stark eingeschränkt und würden durch den Bevölkerungszuwachs immer wieder aufs Neue zunichte gemacht.<sup>[93]</sup>

1932 hatte Reithinger Polen bereist und dort ebenfalls Überbevölkerung, mangelnde landwirtschaftliche Produktivität und Kaufkraft festgestellt.<sup>[94]</sup> In dem Bericht, den die Volkswirtschaftliche Abteilung der I. G. Farben dann 1938 über Polen erstellte, wurde ebenfalls bevölkerungspolitisch argumentiert. Die polnische Bevölkerung sei innerhalb von 17 Jahren um 27 Prozent gewachsen. Daraus ergäben sich »auf die Dauer unhaltbare Zustände« und die Gefahr einer schweren »wirtschaftlichen und sozialen Erschütterung«. »Die Möglichkeiten zur Lösung dieses Problems« sahen die Experten der Vowi »in einer Intensivierung der Agrarwirtschaft einerseits und einer Absaugung der überschüssigen erwerbslosen Arbeitskräfte in eine sich ausdehnende Industrie andererseits. Für die Durchführung eines solchen Programms ist nicht zuletzt die geringe Kapitalkraft Polens ein nur schwer zu überwindendes Hindernis.«<sup>[95]</sup>



Zwei Jahre später wiesen deutsche Planer dem »überbevölkerten« und »unterentwickelten« Polen mit Gewalt eine wichtige Rolle in den Konzepten für eine Neuordnung Europas zu. Von der Modernisierung und Rationalisierung der polnischen Wirtschaft, ihrer Anpassung an die Interessen des deutschen Kapitals, dem Ausbau der Verkehrswege, vor allem aber von der Beseitigung der agrarischen Überbevölkerung hing aus deutscher Sicht der Erfolg einer Großraumwirtschaft ab.

## Schwellenland Polen

»Poland – Key to Europe«, so heißt eine Studie des amerikanischen Regierungsberaters Raymond Leslie Buell. Sie erschien am Vorabend des Zweiten Weltkriegs.<sup>[96]</sup> Das »Schlüsselland« Polen stand an der Schwelle zur Industrialisierung. Der Bau von Infrastruktureinrichtungen und Industrieanlagen hätte für kapitalkräftige US-Unternehmen ein weites Betätigungsfeld geboten, wenn nicht die angespannte innenpolitische Situation und die zunehmende Bedrohung durch Deutschland und die Sowjetunion die wirtschaftliche Entwicklung immer ungewisser hätten erscheinen lassen. Polen stand nach Buells Analyse in der zweiten Hälfte der 1930er-Jahre kurz vor einem Bürgerkrieg. Das Dilemma könne, so folgerte der Ökonom, nur durch eine Neuordnung der europäischen Wirtschaft gelöst werden – auszugehen sei dabei von Polen, dem »Schlüssel zu Europa«.

Viele der von Buell ausgeführten Krisensymptome finden sich ähnlich formuliert in anderen zeitgenössischen Studien, ganz gleich, ob sie nun von britischen, französischen, deutschen oder polnischen Autoren verfasst wurden.<sup>[97]</sup> Besonders über einen Punkt herrschte dabei Einigkeit: Das größte Problem Polens sei die agrarische Überbevölkerung.

Nachdem Polen mehr als 100 Jahre lang von den Teilungsmächten Preußen, Österreich und Russland beherrscht worden war, konnte sich nach dem Ersten Weltkrieg ein polnischer Nationalstaat etablieren. Die einzelnen Regionen waren unterschiedlich weit entwickelt, das Land hatte keine in sich geschlossene Infrastruktur, die traditionellen Handelsbeziehungen zu Wien, St. Petersburg oder Berlin waren unterbrochen. Nur etwa zwei Drittel der Bevölkerung verstanden sich als polnisch, ein Drittel gehörte einer der Minderheiten an. 1919 hatte das polnische Parlament auf Druck der Bauern und um ein Übergreifen der russischen Revolution auf Polen zu verhindern, eine Landreform beschlossen. Aber die wurde in den folgenden Jahren nur ansatzweise in die Praxis umgesetzt und von vielen Großgrundbesitzern einfach unterlaufen.<sup>[98]</sup> So hielt sich ein Kleinbauerntum, das infolge der Erbteilung mit immer weniger Land auskommen musste. In den 1930er-Jahren galt polnischen Agrarplanern – wie ihren Kollegen in anderen osteuropäischen Staaten – das nationalsozialistische Erbhofgesetz als

Vorbild. Mit seiner Hilfe sollte die überkommene Agrarstruktur beseitigt und ein »gesunder bäuerlicher Mittelstand« geschaffen werden, eine loyale und vor allem produktive Basis des Regimes.<sup>[99]</sup> Das polnische Agrargesetz von 1937 stellte einen ersten Schritt in diese Richtung dar.<sup>[100]</sup> Als Buell seine Analyse veröffentlichte, lebten 70 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Nutzfläche befand sich zum einen Teil in den Händen weniger Großgrundbesitzer, zum anderen war sie in winzige Parzellen zersplittert. Ihre Besitzer Kleinbauern zu nennen wäre schon übertrieben. Oft mussten sie stundenlange Anfahrtswege in Kauf nehmen, um zu ihren Äckern zu gelangen.<sup>[101]</sup>

Laut Buell besaßen vier Millionen polnischer »Bauern« überhaupt kein eigenes Land. Für sie, ihre Frauen und Kinder war, zumal außerhalb der Erntezeiten, wenn Lohnarbeit kaum zu finden war, der Hunger alltäglich. Nach polnischen Berechnungen bestand vor dem Zweiten Weltkrieg in der Landwirtschaft eine hohe »verdeckte Arbeitslosigkeit«. Demnach hätten 8 bis 9 Millionen Menschen, also ein Drittel der Landbevölkerung (in manchen Gegenden sogar die Hälfte) in die Städte abwandern können, ohne dass die Agrarproduktion dadurch verringert worden wäre.<sup>[102]</sup>

Vor dem Ersten Weltkrieg waren aus den polnischen Dörfern viele Menschen nach Übersee oder als Wanderarbeiter ins europäische Ausland emigriert, insbesondere nach Deutschland und Frankreich. Die polnische Eigenstaatlichkeit und die nach dem Ersten Weltkrieg immer restriktiver gehandhabten Immigrationsbestimmungen der traditionellen Einwanderungsländer schränkten die Möglichkeiten der Emigration in den 1920er-Jahren rasch ein. Außerdem trugen die Gründung des polnischen Staats, nationalistische Abschottung, Rassismus und Wirtschaftskrisen dazu bei, dass viele polnische Emigrantenfamilien nach Polen zurückkehrten.<sup>[103]</sup> Zugleich aber wuchs die polnische Bevölkerung in weit stärkerem Maße als zuvor: nämlich in den Jahren 1921 bis 1937 von 27 auf 34 Millionen Menschen.

Die Mehrheit der Landbevölkerung erwirtschaftete gerade so viel, dass es für die Steuern und den Eigenbedarf reichte, allenfalls produzierte sie darüber hinaus für einen eng begrenzten regionalen Markt. Geld spielte in dieser Art von Subsistenzwirtschaft kaum eine Rolle. Die Menschen stellten die meisten Gebrauchsgegenstände entweder selbst her oder tauschten sie in der nächsten Kleinstadt ein.

Ein entscheidendes Hindernis für die Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft lag nach Ansicht Buells und anderer Ökonomen darin, dass die Bauern ihre Überschüsse, soweit sie überhaupt welche erwirtschafteten, nicht produktiv in den Betrieb investierten. Stattdessen konsumierten sie,

wie Buell beklagte, in »guten Zeiten« mehr, sie bewirteten Gäste oder verschenkten, was sie erübrigen konnten, an arme Leute.<sup>[104]</sup>

Die polnische Landbevölkerung trug weder zur Akkumulation von Kapital bei, das in die Industrie hätte investiert werden können, noch kaufte sie in nennenswertem Umfang Industrieprodukte. Aus der Perspektive der Ökonomen betrachtet, war ein großer Teil der Bevölkerung dem volkswirtschaftlichen Kreislauf praktisch entzogen – eine Situation, die nach übereinstimmender Meinung »gebieterisch einen Umbau der Wirtschaftsstruktur des Landes und Lösung der Bevölkerungsfrage«<sup>[105]</sup> erforderte.

Der Begriff »Bevölkerungsfrage« beschreibt kein objektives Faktum; es handelt sich vielmehr um einen wissenschaftlich aufgewerteten politischen Kampfbegriff, der darauf gerichtet ist, die wirtschaftlichen Krisen und Probleme der jeweiligen Gegenwart als ein Zuviel an Bevölkerung zu definieren. In Polen herrschten eine vergleichsweise dünne halbfeudale Oberschicht und ein aufgeblähter Militär- und Staatsapparat; sie finanzierten sich über Latifundien und vor allem über erdrückende indirekte und direkte Steuern und über aberwitzige Monopolpreise für Streichhölzer, Tabak, Zucker, Salz und Branntwein. Wenn die Landbevölkerung also als Konsument im Wirtschaftskreislauf nicht in Erscheinung trat, so lag dies auch daran, dass sie sich in Anbetracht der niedrigen Agrarpreise einen großen Teil der teuren Industriegüter ohnehin nicht leisten konnte. Insofern war das Verharren in der Subsistenzwirtschaft beziehungsweise der Rückzug in die Produktion für den Eigenbedarf auch eine Reaktion auf die infolge der staatlichen Finanzpolitik verschärfte Krise – eine Überlebensstrategie.

Es blieb jedoch nicht bei dieser passiven Reaktion auf die Verarmung. Die in Berlin erscheinende *Osteuropäische Korrespondenz* klagte bereits 1926 über die steigende Kriminalität als Folge der Armut und über die wachsende politische Unruhe in Polen: »Das Elend der Arbeitslosen ist unbeschreiblich. Nicht die vielgenannten kommunistischen Umtriebe, sondern der Hunger trieb die Erwerbslosenmassen zu Ausschreitungen in Stryi, Wilna und Lemberg, die erst im Blute der Aufrührer erstickt werden konnten. Allerdings bemächtigten sich der Führung dieser unzufriedenen Massen die Kommunisten.« Selbst Massenverhaftungen von Kommunisten könnten die Situation nicht unter Kontrolle bringen. Auch auf dem Lande wachse die Unruhe unaufhaltsam. Insbesondere in Ostpolen hätten die »unerträglichen Steuerlasten« das mittlere Bauerntum wirtschaftlich vernichtet. »Die Produktivität der Landwirtschaft sinkt (...) unaufhörlich. Dazu gesellt sich das ungelöste Problem des nichtpolnischen

Dorfproletariats in den Ostgebieten Polens, das infolge der Agrarreform seinen Erwerb bei dem Großgrundbesitz sehr oft verliert, ohne dagegen den Bodenbesitz zu erlangen, da die Güter unter die Ansiedler aus Stammpolen verteilt werden. Es sind also sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft Zustände vorhanden, die der Bolschewismus als »die objektiven Voraussetzungen der sozialen Revolution in einem wirtschaftlich rückständigen Lande« nennt.« In dieser Situation stünden der polnischen Wirtschaft nur noch zwei Wege offen: »Entweder der einer Inflation oder der einer Auslandsanleihe. Der erste Weg kann nur noch zum Ausbruch einer sozialen Revolution führen, der andere dagegen wird erst dann die inneren Wirren von Polen abwenden, wenn Polen sich dazu bequemt, sich nicht nur einem wirtschaftlichen, sondern auch einem politischen Diktat vom Ausland her zu fügen.«<sup>[106]</sup>

Die herrschende Klasse Polens entschied sich für den zweiten Weg. Im Mai 1926 gelangte Józef Piłsudski durch einen Putsch an die Macht. Schon 1927 nahm die neue Regierung in den USA einen Kredit in Höhe von 62 Millionen Dollar auf. Sie musste dafür Kreditzinsen akzeptieren, die »weit über den Rahmen des sonst Üblichen und Tragbaren« hinausgingen.<sup>[107]</sup>

Außerdem hatte sich die Regierung verpflichtet, die Verwendung der Kreditgelder »völlig unter die Kontrolle der amerikanischen Geldgeber zu stellen«. Die »Befugnisse des amerikanischen Kontrolleurs, der als Vertrauensmann des amerikanischen Bankenkonsortiums in den Aufsichtsrat der Bank Polski« eintrat, waren »sehr ausgedehnt«.<sup>[108]</sup> Auf der Basis wachsender Auslandsverschuldung erlebte die polnische Wirtschaft nun für zwei Jahre einen Boom, der dann 1929 durch den Sturz der Agrarpreise auf dem Weltmarkt jäh abbrach. Dagegen stiegen die Preise für Industriegüter in den folgenden Jahren weiter stark an.<sup>[109]</sup> Vor allem unter der polnischen Landbevölkerung wuchs in dieser Situation die Unzufriedenheit merklich an. Im Jahre 1931 ging die polnische Regierung zu einer rigiden Deflationspolitik über. Diese traf vor allen anderen das Kleinbauerntum und die Industriearbeiterschaft und ließ deren Lebensstandard weiter absinken.

1932 malte der populäre galizische Bauernpolitiker und frühere Ministerpräsident Wincenty Witos<sup>[110]</sup> die Situation in düsteren Farben: »Die Lebenshaltung des Dorfes hat sich verschlechtert. Selbst viele wohlhabende Wirtschaften können sich den Gebrauch von Zucker nicht mehr leisten. Man spart selbst an Salz. Die Zerlegung der Streichhölzer in mehrere Teile, das Feuerschlagen mit Hilfe des Feuersteins, die Überführung glühender Kohle im Topf von einem Dorfbewohner zum andern ist eine alltägliche und natürliche Erscheinung. (...) Unerhört wütet die

Schwindsucht. Die Bevölkerung geht trotz der kalten Jahreszeit ohne Stiefel; sie ist ohne notwendige Wäsche und verbraucht den Rest der Lumpen, der ihr aus besseren Zeiten übrigblieb. (...) Ein großer Teil der erwachsenen Jugend findet keine Beschäftigung mehr. Mit ihren Ansprüchen auf ein menschenwürdiges Leben werden sie für die Sippe eine Qual, für sich selbst eine Last und oft ein gefährlicher Keim der Zersetzung.«<sup>[111]</sup>

In den Städten war die Situation kaum besser. 1935 konnten sich rund 40 Prozent der Arbeiterfamilien von ihrem Einkommen nicht mehr ausreichend ernähren.<sup>[112]</sup> Obwohl in den folgenden Jahren in manchen Bereichen der Wirtschaft ein Aufwärtstrend zu verzeichnen war, nahm die Massenarmut in Polen zu. Im Frühjahr 1939 lebte nach Angaben Buells ein Viertel der polnischen Bevölkerung am Rande des Verhungerns.<sup>[113]</sup>

1936 beschloss die Regierung ein Sanierungsprogramm, dessen Kernstück der Aufbau eines neuen Industriegebiets in Zentralpolen, in der Gegend von Sandomierz, bildete.<sup>[114]</sup> Zwar hatte das Projekt einen deutlichen wehrpolitischen Aspekt, vor allem aber sollte es größere Teile der Bevölkerung aus der Landwirtschaft in industrielle Berufe überführen.<sup>[115]</sup> Der Versuch blieb in den Anfängen stecken. Um eine größere Zahl der in der Landwirtschaft als überschüssig definierten Menschen in der einheimischen Industrie zu beschäftigen, wären große Investitionen notwendig gewesen. Dafür fehlte das Kapital. Alle sonstigen Pläne, den ländlichen »Bevölkerungsüberschuss« in andere Berufszweige, das heißt in die Städte umzuleiten und dort produktiv einzusetzen, stießen auf ein weiteres strukturell bedingtes Hindernis: Handwerk und Handel in den Städten galten bereits als überbesetzt, das heißt, es gab mehr Händler und Handwerker als nach volkswirtschaftlichen Rationalitätskriterien zur Versorgung der städtischen Bevölkerung notwendig gewesen wären.

1936 kam es zu heftigen Protestaktionen der Landbevölkerung gegen die rapide um sich greifende Verarmung – zunächst in Galizien, dann in weiten Teilen Zentralpolens. An den Demonstrationen, denen sich bald auch Teile der städtischen Arbeiterschaft anschlossen, waren laut Zeitungsmeldungen 120000 Kleinbauern beteiligt.<sup>[116]</sup> Sie forderten, die Ländereien der Großgrundbesitzer neu zu verteilen. Als sich die Situation 1937 nach einer Missernte noch verschärfte, reagierten die galizischen Bauern mit einem zehntägigen Streik. Sie boykottierten die Nahrungsmittellieferungen in die Städte und versperrten die Zufahrtswege. In Krakau organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter Sympathiestreiks. Die autoritäre polnische Regierung reagierte auf ihre Weise. Sie ließ die Führer der Volkspartei verhaften<sup>[117]</sup> und die Unruhen in den Dörfern von der Polizei gewaltsam

unterdrücken: »Es gab eine Reihe von bewaffneten Zusammenstößen und sicherlich mehr Tote als die zweiundvierzig, die die Regierung zugab.«<sup>[118]</sup>



## Wirtschaftskrise und Antisemitismus

In der sozialen Krise gewann die politische Rechte in Polen zunehmend an Einfluss und mit ihr der Antisemitismus. Zwar galt den Ökonomen die Überbevölkerung auf dem Land als das Grundübel der polnischen Wirtschaft, doch breitete sich in der öffentlichen Meinung die Ansicht aus, dass vor allem die große jüdische Minderheit einer Lösung dieses Problems im Wege stehe. Sie wurde sowohl für die strukturelle Krise verantwortlich gemacht als auch für die soziale Unruhe – vermutete man unter den Juden doch besonders viele kommunistische oder dem Bund<sup>[119]</sup> zugehörige Agitatoren. Auf Initiative der rechten Parteien beschäftigte sich das polnische Parlament, der Sejm, Ende der 1930er-Jahre mehrmals mit diesem »Problem« und seinen »praktischen Lösungsmöglichkeiten«. Im Dezember 1938 unterzeichneten 117 Abgeordnete – das war mehr als ein Viertel aller Parlamentsmitglieder – eine entsprechende Erklärung. Die *Deutsche Allgemeine Zeitung* berichtete darüber: »Die radikale Verminderung der Zahl der Juden entspreche dem dringlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernis der polnischen Nation. Die Juden seien ein Element, das die normale Entwicklung der nationalen und staatlichen Kräfte Polens schwäche und hemme. Insbesondere hindere das Judentum die Schaffung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit der polnischen Bevölkerung in Stadt und Land.«<sup>[120]</sup> Solche und ähnliche Verlautbarungen grenzten die jüdische Minderheit, die seit Jahrhunderten in Polen ansässig war, aus der polnischen Bevölkerung aus.

In den 1930er-Jahren lebten rund drei Millionen Juden in Polen, etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung. Nur etwa sieben Prozent von ihnen wohnten auf dem Land<sup>[121]</sup> – ein Resultat der antijüdischen Diskriminierungspolitik, zu der selbst noch im 19. Jahrhundert das Verbot gehört hatte, dass Juden bäuerlichen Grundbesitz erwerben, pachten oder verwalten durften. Der neue polnische Staat hatte diese Situation noch verschärft, indem er der jüdischen Dorfbevölkerung – vor allem im Bereich des Handels – ihre Existenzgrundlagen entzog. »Durch die Schaffung der verschiedenen Staatsmonopole für Branntwein, Salz, Tabak sicherte sich der Staat die Auswahl der Verkäufer und benutzte diesen Einfluss zur

restlosen Verdrängung der Juden aus ihrem bisherigen Gewerbe.«<sup>[122]</sup> Um die Unruhe der Bauern zu besänftigen, verfügte die Regierung ein Schuldenmoratorium. Während die Banken, bei denen sich die Bauern verschuldet hatten, von der Regierungsbank entsprechende Sicherheiten erhielten, bedeutete dieser Erlass für Tausende der überwiegend jüdischen Händler den Ruin, weil sie ihre Außenstände bei den Bauern nicht eintreiben konnten. Mit dergleichen nur scheinbar neutralen, im Kern aber antisemitischen Maßnahmen versuchte die Regierung, die Interessengegensätze in der Bevölkerung zuzuspitzen und die Krise gegen die Juden zu wenden.<sup>[123]</sup>

Die meisten polnischen Juden arbeiteten in Handel oder Handwerk. Zumeist waren sie selbständig, oftmals mit winzigen Betrieben, Buden oder Werkstätten, die ihre Besitzer kaum ernähren konnten. Nach amtlichen Angaben waren 44,4 Prozent der arbeitenden jüdischen Bevölkerung in Handel und Verkehr und 33,8 Prozent in Handwerk und Industrie tätig. Die jüdischen Industriearbeiter waren überwiegend in Kleinbetrieben beschäftigt, und oft war dort die gesamte Belegschaft jüdisch, schon weil sonst zwei Feiertage pro Woche hätten respektiert werden müssen, der Sabbat und der Sonntag.<sup>[124]</sup> Die meisten jüdischen Händler boten ihre Waren nicht in Geschäften feil, wie sie der Reisende aus dem westlichen Ausland von zu Hause kannte, sondern von Handkarren, Bauchläden, an Marktständen, auf der Straße oder direkt aus der Manteltasche. Sie tauschten oder verkauften alle möglichen Gebrauchsgegenstände, ob alt oder neu, ganz oder unvollständig. Schuster, Schneider, Kesselflicker oder Scherenschleifer hatten ihre Werkstätten häufig entweder im einzigen Wohnraum einer vielköpfigen Familie eingerichtet oder trugen ihr Werkzeug mit sich herum. Die Not hatte viele – Kinder wie Erwachsene – erfinderisch gemacht und Berufe wiederbelebt, die in anderen Gegenden Europas längst verschwunden waren, wie beispielsweise den des Wasserträgers.

Zwar ließ sich mit derlei Geschäften nicht viel Geld verdienen; doch die Konzentration in bestimmten Wirtschaftsbereichen war Ausgangspunkt antisemitischer Hetzkampagnen im Polen der 1930er-Jahre. Handel und Handwerk, so hieß es, seien »verjudet«, die jüdische Minderheit diktiere über ihre monopolartige Stellung in diesen Bereichen dem Rest der Bevölkerung die Preise. Vor allem aber versperre sie der Landbevölkerung den Zugang in die Städte. Die Kontrolle der Juden über Handel und Handwerk hindere die polnische Jugend daran, ebenfalls dort Fuß zu fassen. Damit werde die Entwicklung eines polnischen Mittelstands unterbunden. Der aber sei für den Staat von größter Bedeutung – als »ein nationales und vaterländisch eingestelltes Element (...), jederzeit zur Abwehr aller dem

Staate drohenden Gefahren bereit«.<sup>[125]</sup>

Vor dem Hintergrund solcher Propaganda wurde 1936, unterstützt von Regierung und katholischer Kirche, ein Wirtschaftsboykott gegen die jüdische Bevölkerung organisiert; Christen, die sich nicht daran hielten, denunzierte die rechte Presse namentlich. Die Zahl der Läden im Besitz von Juden nahm daraufhin binnen Kurzem rapide ab.<sup>[126]</sup> Juden verloren ihre Arbeit und folglich häufig ihre Wohnungen. Insgesamt machte die materielle Not die Lage der jüdischen Gemeinden immer hoffnungsloser.

Der erwünschte polnische Mittelstand als »vaterländisch eingestelltes Element« kam allerdings auch durch die antijüdische Diskriminierungskampagne nicht zustande. Als Gründe dafür nannte eine Wiener Zeitung: »Da der Überschuss des polnischen Dorfes (gemeint ist der »Menschenüberschuss«) keine Auswanderungsmöglichkeiten wie früher besitzt und da bekanntlich die Industrie nicht aufnahmefähig genug ist, brachten gerade die antisemitischen Kreise die Parole auf, dass die Bauern den in Polen so weit verbreiteten Markthandel den Juden entwinden sollen. (...) Doch ist dies ein Handel mit mikroskopischen Umsätzen, der selbst kaum den bedürfnislosen polnischen Juden ernährt, und ein Kampf, der um ein sterbendes Objekt geführt wird.« Der polnische Markthandel sei, »ganz gleich, in welchen Händen er sich befindet, zum Untergang verurteilt, sobald die polnische Warenverkehrstechnik sich zu modernisieren beginnt«, der anachronistische Kampf um die »Polonisierung des Handels« daher lediglich ein Versuch, die »Agrarreform vermeidbar zu machen«.<sup>[127]</sup>

Jedoch ging es der polnischen Rechten nicht nur um die »Entjudung« des Markthandels, sondern ganz generell darum, die »Belastung durch die Juden als wirtschaftliches Element« zu beenden.<sup>[128]</sup> Die polnischen Universitäten entwickelten sich zu Hochburgen des Antisemitismus. »Die studierende Jugend ist rechts und antisemitisch organisiert. Da die Forderung nach einem Numerus clausus« – gemeint ist eine generelle Zulassungsbeschränkung für jüdische Studierende – »selbstverständlich auf den Widerstand der Regierung stößt, kam es zu vielfachen Krawallen. Die Bänke in den Hörsälen sind in christliche und jüdische geteilt worden.«<sup>[129]</sup> Zwar setzten sich ein Teil der Studentenschaft und auch einige nichtjüdische Professoren gegen diese Tendenz zur Wehr, dennoch existierte an den polnischen Hochschulen jahrelang ein inoffizieller Numerus clausus, der dazu führte, dass der Anteil der Juden an der Studentenschaft von 20,4 Prozent im Jahre 1928/29 bis 1937/38 auf 9,9 Prozent zurückging.<sup>[130]</sup> Die zunehmende Hetze führte schließlich auch zu zahlreichen Pogromen. Berichten polnischer Zeitungen zufolge gab es allein in den Jahren 1935 und

1936 in mehr als 150 polnischen Städten Judenpogrome mit Hunderten von Todesopfern.<sup>[131]</sup>

Ausgehend von der ökonomischen Funktion der jüdischen Bevölkerung wurde nach und nach deren Existenz generell zum Problem erhoben. Von 1936 an forderte die polnische Regierung, unterstützt von der äußerst aktiven polnischen See- und Kolonialliga, einen Zugang des Landes zu Kolonien in Übersee. Aus der Tatsache, dass der 1918 gegründete polnische Staat sich auch auf ehemals deutsches Territorium erstreckte, wurde der Anspruch auf einen entsprechenden Anteil an den deutschen Kolonialgebieten abgeleitet. Ferner machte die Regierung »Überbevölkerungsnot« und Rohstoffmangel geltend, um ihre Forderungen zu legitimieren, und trug diese zunehmend auch in Verhandlungen mit ausländischen Politikern sowie beim Völkerbund vor. Wenn Polen die entsprechenden Territorien besitze, so die Argumentation, »könne es diese Gebiete auch mit seiner ländlichen Überbevölkerung füllen, zu der aber in jedem Fall der dem Bevölkerungsdurchschnitt entsprechende Anteil von Juden gehören würde. Dadurch würde eine gesunde Wirtschaftsstruktur einschließlich der Möglichkeit geschaffen, dass Polen die Judenfrage im eigenen Land lösen könne.«<sup>[132]</sup>

Eine Kolonialherrschaft Polens im üblichen Sinne stand dabei allerdings nicht zur Debatte, sondern die Regierung forderte in neokolonialistischem Stil Konzessionsverträge und Nutzungsrechte für andere Länder als Rohstoffreservoir und Siedlungsraum. Die Kolonialmächte erkannten die polnischen Wünsche prinzipiell als berechtigt an – was aber nicht bedeutete, dass sie diese zu erfüllen gedachten. Allmählich gewann die Ansicht, dass es in Polen eine »Judenfrage« gebe, eine breitere Basis. Im Sommer 1937 reiste eine polnische Delegation in die damalige französische Kolonie Madagaskar, um zu prüfen, inwieweit dort polnische Juden angesiedelt werden könnten.<sup>[133]</sup> Im Dezember desselben Jahres verhandelte der polnische Außenminister Józef Beck mit seinem französischen Kollegen Yvon Delbos über das Madagaskarprojekt.<sup>[134]</sup> Die französische Regierung stand dem polnischen Anliegen reserviert, aber nicht verständnislos gegenüber.

Die polnische Regierung formulierte ihre Appelle an die Kolonialmächte und den Völkerbund immer dringlicher und aggressiver, fand jedoch kein Gehör. In der Diskussion um die jüdische Auswanderung verbanden sich populistischer Antisemitismus und ökonomische Grundsatzfragen. Die »Judenfrage« war bald Gegenstand von Haushaltsdebatten<sup>[135]</sup> und Außenwirtschaftsverhandlungen. Die größte Schwierigkeit bei einer

Ansiedlung der Juden in Übersee sei die Devisenfrage. Zwar sollten so viele Juden wie möglich auswandern, aber die wenigen reichen unter ihnen wollte man daran hindern, ihr Vermögen, also wertvolle Devisen, außer Landes zu bringen.

Im März 1937 hatte daher die polnische Regierung, ähnlich wie einige Jahre zuvor die deutsche,<sup>[136]</sup> mit der Jewish Agency for Palestine ein Transferabkommen abgeschlossen, das die Kapitalausfuhr von Polen nach Palästina erleichtern sollte. Als im April 1939 im Zusammenhang mit den deutschen Kriegsvorbereitungen die politischen Spannungen in Europa immer größer geworden waren, versuchten Großbritannien und Frankreich sich der Sympathie der polnischen Regierung zu versichern. Ein gemeinsamer Defensivpakt und ein Kredit für Polen in Höhe von 20 bis 30 Millionen englischen Pfund sollten dazu beitragen. Außerdem sicherte die britische Regierung der polnischen zu, jährlich 50000 Juden in die britischen Dominions einwandern zu lassen.<sup>[137]</sup> Bei einem Besuch des polnischen Außenministers Józef Beck in London wurde beschlossen, dass reiche auswanderungswillige Juden 80 Prozent ihres Vermögens bei einer gemeinwirtschaftlichen Nutzungsgesellschaft in Polen deponieren sollten. Die restlichen 20 Prozent waren die Zwangsabgabe dafür, dass sie überhaupt ausreisen durften. Aus diesem Fonds sollte dann später die Auswanderung der jüdischen Unterschicht finanziert werden. In dem Maße, in dem konkrete Auswanderungsmöglichkeiten aus machtpolitischen Erwägungen gedrosselt wurden, gewann die Fiktion von »leeren Räumen«, in die die »Menschenüberschüsse« abzuschieben seien, an propagandistischer Bedeutung.

So waren bis 1939 in der polnischen und internationalen Diskussion über Migration, Überbevölkerung und Menschenverschiebung alle wesentlichen sozialpolitischen und ökonomischen Argumente in die Debatte geworfen worden, die später auch die Entscheidungsprozesse der deutschen Besatzungsmacht in Polen beeinflussten.

## Deutsche Ostforschung, »Überbevölkerung« und »Judenfrage«

War das Polen der 1930er-Jahre für den US-Amerikaner Buell der »Schlüssel zu Europa« gewesen, so galt es dem deutschen intellektuellen Betrachter jener Zeit als Zone, die das »zivilisierte Westeuropa« vom »primitiven Osten« trennte. Kaum eine Reisebeschreibung, in der nicht angewidert »mangelhafte hygienische Zustände« beklagt wurden oder das angeblich »geringe Kulturniveau« und der verbreitete Analphabetismus.<sup>[138]</sup> Charakteristisch für die polnischen Kleinstädte sei »der überaus hohe Anteil der vorhandenen Holzhäuser, ja das Überwiegen derselben, selbst in städtischen Siedlungen«. Weiter seien »alle die Siedlungen schon durch den großen Anteil proletarischer, namentlich ostjüdischer Bevölkerung wenig geeignet, den kulturellen und politischen Aufgaben europäischer Städte nachzukommen«. <sup>[139]</sup> In Galizien stellte derselbe, von seinen Eindrücken »aufs Höchste überraschte, vielfach geradezu niedergeschlagene« Beobachter eine Analphabetenrate von 50 bis 60 Prozent fest und empfand das damalige Ostpolen als »noch prähistorisch primitiv«. <sup>[140]</sup>

Einem anderen deutschen Polenspezialisten erschienen polnische Dörfer und Städte grau und trüb, vermisste er doch die sauberen deutschen Vorgärten. »Vier Fünftel der polnischen Bevölkerung aber leben in diesen Dörfern, in diesen Städten. Sie kennen nichts anderes. (...) Jahrhundertlang Leibeigenschaft hat ihnen die Kraft geraubt, sich zum Herrn dieser Erde zu machen.«<sup>[141]</sup>

Je mehr sich am Vorabend des Zweiten Weltkriegs die deutsch-polnischen Beziehungen verschlechterten, desto gehässiger tönten deutsche Kommentare zu »polnischer Großmannssucht«, die sich in ehrgeizige Industrialisierungsprojekte und dreiste außenpolitische Forderungen verstiegen habe, aber nicht einmal in der Lage sei, die dringendsten Probleme des Landes zu lösen. Alles, was den deutschen Beobachtern, die sich in den 1930er- und frühen 1940er-Jahren zu Polen äußerten, an dem Land bewundernswert oder doch zumindest positiv erschien, führten sie auf deutschen oder, in früheren Jahrhunderten, germanischen Tatendrang zurück.

Abgesehen von einzelnen Autoren beschäftigten sich auch ganze Universitätsinstitute mit dem Thema Polen. Zu den wichtigsten Zentren



dieser Forschung gehörte das in Königsberg ansässige Institut für Osteuropäische Wirtschaft. Als Direktor arbeitete dort seit dem 1. März 1933 ein versierter Propagandist der deutschen Ostexpansion, der damals gerade 27-jährige Dr. Theodor Oberländer.<sup>[142]</sup>

Die Arbeiten, die das Institut unter seiner Leitung über Polen veröffentlichte, waren, dem wissenschaftlichen Anspruch gemäß, im Tonfall zunächst vergleichsweise moderat und daran orientiert, Fakten zusammenzustellen und sozioökonomische Strukturen zu analysieren. Diese Analysen verbanden die Wissenschaftler des Instituts aber zunehmend mit dem rassistischen Paradigma des Nationalsozialismus. Um ein Beispiel anzuführen: Nachdem die Deutschen die eigentliche Arbeit der »Ostkolonisation« geleistet hätten, so wird in dem von der polnischen Abteilung an Oberländers Institut 1937 veröffentlichten Gemeinschaftswerk »Polen und seine Wirtschaft« ausgeführt, seien sie von »den Juden« aus ihren Positionen verdrängt worden. Diese hätten, »vor allem im 13. und 14. Jahrhundert den aufblühenden Handelswegen (...) folgend, sich in den Städten festgesetzt (...) und, durch Königsprivilegien gestützt, schon frühzeitig einen bedeutenden wirtschaftlichen Einfluss ausgeübt. Stark sich vermehrend, drangen die Juden jetzt in die entdeutschen Städte ein, (...) tatsächlich das gesamte Wirtschaftsgefüge bestimmend«.<sup>[143]</sup> Herausgeber des Buches war der Leiter der Polenabteilung, Peter-Heinz Seraphim. Oberländer und er hatten die Idee zu dem Buch, das »mit wissenschaftlicher Objektivität (...) die wichtigsten Tatsachen über Polen zusammenfassen und nach leitenden Gesichtspunkten ordnen« sollte, gemeinsam entwickelt. Es besteht zu mehr als der Hälfte aus Landkarten und Schaubildern, in denen die Industriestandorte und Bodenschätze Polens eingezeichnet sind, aber auch die Bevölkerungsstrukturen: aufgegliedert nach Konfessionen und Volksgruppen und mit einer besonderen Karte über »die wichtigsten Judenstädte in Polen« ausgestattet.

### **Spezifisches Interesse**

Theodor Oberländer (1905–1998), geboren in Meiningen. Im November 1923 nahm er am Hitler-Putsch teil, machte dann eine Landwirtschaftslehre und studierte anschließend in München, Hamburg und Berlin zunächst Agrar- und später Staatswissenschaften. 1931 wurde er Assistent am Königsberger Institut, das damals noch »Institut für ostdeutsche Wirtschaft« hieß. 1932 unternahm Oberländer als Stipendiat der Ford-Foundation eine Weltreise »mit landwirtschaftlicher Praxis«, die ihn in die Sowjetunion, nach China, Japan, Kanada und in die USA führte. Nach seiner Rückkehr übernahm er – ein Jahr, bevor er 1934 Professor wurde – den Direktorenposten in Königsberg.

Oberländer war Gauamtsleiter im Gaustab Ostpreußen, Leiter des Bundes Deutscher Osten und des Landesverbandes Ostpreußen des Verbands der Auslandsdeutschen (VDA). 1938



wurde der junge Wissenschaftler, der es in Königsberg »mit außerordentlicher Energie und Tatkraft verstanden hatte, sich eine politische Stellung zu erobern«, an die Universität Greifswald berufen. Dort wurde er jedoch bald freigestellt, um stattdessen als Spionage-Offizier der Abteilung II der Abwehr beim Oberkommando der Wehrmacht zu arbeiten.

Als Universitätsprofessor, als Ostraumexperte der deutschen Wehrmacht und auch als Vertriebenenminister im Kabinett Adenauer erhielt Oberländer sich ein spezifisches Interesse für Bevölkerungsfragen. Das zeigen seine folgenden Veröffentlichungen:

Die Landflucht in Deutschland und ihre Bekämpfung durch agrarpolitische Maßnahmen, rechts- und staatswissenschaftliche Diss., Königsberg 1933;

Die agrarische Überbevölkerung Polens, Berlin 1935;

Die ländliche Bevölkerung in Polen, in: Ostraumberichte 5 (1939), Heft S, S. 43–67;

Die Bevölkerungsdichte im Generalgouvernement, in: Das Generalgouvernement 1 (1940), Heft 1 (Okt.), S. 47–52;

Von der Front des Volkstumskampfes, in: Neues Bauerntum 32 (1940), S. 127–130;

Grundgedanken zu einer völkischen Sozialpolitik, in: Neues Bauerntum 33 (1941), S. 145–147;

Die agrarische Überbevölkerung Ostmitteleuropas, in: Hermann Aubin, Otto Brunner, Wolfgang Kohte, Johannes Papritz (Hrsg.), Deutsche Ostforschung, Ergebnisse und Aufgaben seit dem Ersten Weltkrieg, Leipzig 1943;

Bayern und sein Flüchtlingsproblem, München 1953;

Das Weltflüchtlingsproblem, Bonn 1959.

Am 23. April 1945 wurde Oberländer zunächst in amerikanische Kriegsgefangenschaft genommen, jedoch im Jahr darauf entlassen. 1960 musste er als Minister zurücktreten, nachdem er vom Obersten Gerichtshof der DDR in Abwesenheit wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt worden war. Er blieb bis 1965

Bundestagsabgeordneter der CDU. 1981/82 gehörte Oberländer zu den Erstunterzeichnern des fremdenfeindlichen Heidelberger Manifests.

Wie andere zeitgenössische Veröffentlichungen weist auch dieses Buch auf die agrarische Überbevölkerung als eine der »brennendsten und bedeutsamsten Fragen für Polen« hin: »Wir haben es, was Polen anlangt, mit einem landwirtschaftlich übersetzten Gebiet zu tun, dessen Bewirtschaftung zum erheblichen Teil in Form eines ungesunden Klein- und

Parzellenbesitzes erfolgt.«<sup>[144]</sup> Diese Betriebsstruktur nehme, heißt es weiter, »volkswirtschaftlich wie agrarwirtschaftlich bedenkliche Ausmaße an«, da sie an Stelle von »Vollbauern« landwirtschaftlich proletarisierte Massen schaffe, »die kaum in der Lage sind, eine auch noch so bescheidene Existenz aus ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit zu fristen«.<sup>[145]</sup> Auch in Seraphims Augen fehlte der Mittelstand in Polen, kaufkräftige Abnehmer industrieller Produkte. Die polnischen Landwirte hätten sich, »soweit es irgend möglich war, aus dem Gefüge des Wirtschaftsorganismus heraus(gezogen)«, und die Kleinbauern lebten »in einer Art ›geschlossener Hauswirtschaft«.<sup>[146]</sup>

Mit dem Problem der »agrarischen Überbevölkerung« Polens hatte sich Oberländer schon zwei Jahre zuvor beschäftigt. Sein 1935 erschienenes Buch zu diesem Thema galt noch in den 1980er-Jahren als grundlegend.<sup>[147]</sup>

Er warnte davor, dass der »Überbevölkerungsdruck« und der Kapitalmangel in Polen zu inneren Spannungen führen würden, die das Land anfällig machten für eine Agrarrevolution nach russischem Vorbild. Dieser Entwicklung sei nur durch eine umfassende Landwirtschaftsreform entgegenzuwirken und dadurch, dass für die Überbevölkerung »Abzugskanäle« (beispielsweise in Form von anderweitigen Beschäftigungsmöglichkeiten) zur Verfügung gestellt würden.

Oberländers wissenschaftliches Werk fand in Königsberg in den Veröffentlichungen seines Stellvertreters Peter-Heinz Seraphim eine arbeitsteilig organisierte Ergänzung.<sup>[148]</sup> Seraphim hatte Wirtschaftswissenschaften studiert und sich, wie er selbst 1938 schrieb, gerade als Ökonom und Ostforscher zum Experten für die »Judenfrage« entwickelt. Später arbeitete er am Frankfurter Institut zur Erforschung der Judenfrage und gab die antisemitische Hetzschrift *Weltkampf – die Judenfrage in Geschichte und Gegenwart* heraus. Im Jahr 1938 veröffentlichte Seraphim sein Buch »Das Judentum im osteuropäischen Raum«, das schon kurz nach Erscheinen als Standardwerk galt.<sup>[149]</sup> Es gehörte zu den wichtigsten Arbeiten des von Oberländer geleiteten Königsberger Instituts für osteuropäische Wirtschaft. Hatte Oberländer sein Argument allgemein auf die Überbevölkerung gerichtet, die nach seiner Meinung in Polen herrschte, so verband Seraphim die »Bevölkerungsfrage« mit der »Judenfrage«. Dies spiegelt sich in den von Seraphim viel benutzten Begriffen wie »Judenballung«, »Verjudungsprozess«, »Judendichte«, »judenreich« oder »judenfrei« wider. Vom »Judensättigungsgrad der russischen Städte« ist bei Seraphim die Rede und davon, dass russische Gouvernements ihren »jüdischen Bevölkerungsüberschuss« nach Kongresspolen »abstießen«. Der Text ist illustriert mit Fotos verschiedener »Judentypen« und Landkarten, die die »Judendichte« einzelner Städte und Regionen zeigen. Auf mehr als 700 Seiten beschreibt Seraphim etwa vom Jahre 1000 an das »Eindringen« der jüdischen Bevölkerung in Osteuropa, speziell in Handel, Gewerbe und Geldgeschäfte. Der landwirtschaftlichen Arbeit dagegen hätten sich die jüdischen »Eindringlinge« in ihrer Mehrzahl stets entzogen.<sup>[150]</sup>

Immer wieder klagt Seraphim über die antistaatliche Lebensweise der Juden: Sie entzögen sich dem Militärdienst, den Steuerbehörden, schickten ihre Kinder nicht auf staatliche Schulen, untergruben die Moral der Beamten durch Bestechungen und sabotierten alle Versuche, sie in der Landwirtschaft anzusiedeln und damit zu »nützlichen Elementen« zu machen. Nicht zuletzt verübelte Seraphim ihnen »eine fast unüberwindliche Abneigung vor jeder Art staatlicher Erhebung«, also gegenüber Volkszählungen.

Von den Jüdinnen wusste Seraphim, dass bei ihnen »die Abneigung gegen physische Arbeit, in erster Reihe die Fabrikarbeit, die für die einfache Frau besonders in Frage kommt«, noch größer sei als bei den jüdischen Männern. »Die Tradition, der vielfach noch patriarchalische Familienzusammenhalt, kommt hinzu. Der Anteil der Berufstätigen unter den jüdischen Frauen ist deshalb weniger als halb so groß wie bei den nichtjüdischen Frauen.«<sup>[151]</sup> Auch lag es vor allem an den Frauen, dass – insbesondere in Ostgalizien – »die Geburtenfrequenz beim strenggläubigen Judentum verhältnismäßig hoch« war.<sup>[152]</sup> Erst eine zunehmende Assimilation in den Großstädten mache die jüdische Bevölkerung einer »Rationalisierung der Fortpflanzung« zugänglich.<sup>[153]</sup>

Bekannte sich aber ein Jude nicht mehr zu seiner Religion, sondern beispielsweise zum Sozialismus, so war auch ein solcher Wechsel der Weltanschauung laut Seraphim bei Weitem gefährlicher als bei einem Nichtjuden. Denn »der Jude« entwurzele »in unvergleichlich höherem Maß« und drohe daher radikaler, zielstrebig und rücksichtsloser zu werden als etwa ein nichtjüdischer Sozialist. Mehrfach legte Seraphim dar, dass der Anteil der Juden unter den russischen Revolutionären besonders hoch gewesen sei und daher in Osteuropa die Angst vor der Ausbreitung der jüdischen Minderheit gleichbedeutend mit der Angst vor der Ausbreitung der Revolution sei.<sup>[154]</sup>

Wirklich drängend wurde die »Judenfrage« Seraphims Analyse zufolge jedoch erst mit der Verarmung großer Teile der jüdischen Bevölkerung gegen Ende des 19. Jahrhunderts und mit der Mobilisierung dieser Massen im Ersten Weltkrieg. Er sprach von der »Reservearmee der Pauperisierten«.<sup>[155]</sup> Nach seinen Schätzungen hatte die Zahl der Juden in Osteuropa um 1800 bei zwei Millionen gelegen, 1900 dagegen bei mehr als sieben Millionen. Es habe somit »eine in der Geschichte des Judentums nie dagewesene Vervielfachung der Zahl der Juden« gegeben.<sup>[156]</sup> Je stärker Seraphim sich in seinen Schilderungen der Gegenwart näherte, desto dramatischer stellte er die »Judenfrage« dar. Keinesfalls, so versuchte er in seiner Analyse zu beweisen, dürfe man das Problem sich selbst überlassen, wenn man eine soziale Katastrophe von europäischem Ausmaß verhindern wolle. »Das Jahrhunderte hindurch festgefügte, geschlossene und geballte jüdische Siedlungsgebiet Osteuropas ist in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in den Zustand einer Gärung und Zersetzung geraten.«<sup>[157]</sup> Folgeschwer war dieser Prozess vor allem deswegen, weil mit der Zahl der Juden in den Städten auch die Armut zunahm. 60 bis 70 Prozent der jüdischen Minderheit Polens waren laut Seraphim in der zweiten Hälfte der

1920er-Jahre so arm, dass sie entweder gar keine oder die niedrigste Steuertaxe zahlten. Hatten anfangs der expandierende Kapitalismus und die Industrialisierung den Verstädterungsprozess gefördert und den vom Land kommenden jüdischen Zuzüglern in der Stadt zumindest eine Aussicht auf eine neue Existenzgrundlage geboten, so hatte die Migration inzwischen die wirtschaftliche Expansion überholt. In den Kategorien Seraphims ausgedrückt, fanden die vom Land zuwandernden Juden im städtischen Gewerbe keine Aufnahme mehr: Sie »ballen« sich in den Großstädten, »übersetzen den Handel, dringen in die freien Berufe ein, proletarisieren«.

[\[158\]](#)

Verschärft wurde diese Entwicklung zudem durch die Weltwirtschaftskrise und die restriktive Einwanderungspolitik jener Länder, in die osteuropäische Juden in früheren Jahren emigriert waren. »Die soziale Verelendung breiter jüdischer Massen in Polen ist unzweifelhaft.« Es sei zwar nicht exakt feststellbar, nach Schätzungen jedoch »nicht ausgeschlossen, dass tatsächlich 30–40% der jüdischen Gesamtbevölkerung dieser deklassierten und pauperisierten sozialen Schicht zugezählt werden muss«.

[\[159\]](#)

Für ganz Osteuropa gab Seraphim die Zahl der Pauperisierten mit 3,1 Millionen Juden an, »d.h. 43% der osteuropäischen Judenheit«.

[\[160\]](#)

In diesem Denken wurde die soziale Frage – das Problem von Überbevölkerung und Verarmung – identisch mit der »Judenfrage«. Und die Lösung dieser Frage, so zeigte Seraphim in jeder seiner Veröffentlichungen aufs Neue, sei für die weitere Entwicklung Osteuropas von zentraler Bedeutung. »Dieses Überbevölkerungsproblem«, so schrieb er im April 1939 in der *Frankfurter Zeitung*, »ist eine der entscheidenden Grundfragen Polens, und es ist die bisher ungelöste Aufgabe der polnischen Wirtschaftspolitik gewesen, für diese Frage eine Lösung zu finden. Sowohl die Siedlungsversuche im Zuge der sogen. Agrarreform als auch die Industrialisierung (...) stehen im Zusammenhang mit diesem Bevölkerungsdruck. Ebenso erfährt die Judenfrage dadurch eine besondere Verschärfung, dass die nachgeborenen Bauernsöhne, die infolge der agrarischen Überbelegung auf dem Land sich nicht zu halten vermögen, in die Städte abzuwandern beginnen, wo sie auf die Juden als die Inhaber fast des gesamten Handels, aber auch des Handwerks und eines großen Teils der freien Berufe stoßen.«

[\[161\]](#)

»Judenfrage« verknüpft hatten.

Noch im Jahr 1968 würdigte der bundesdeutsche Osteuropaexperte Gottfried Schramm Seraphims wissenschaftlichen Beitrag zur nazistischen Judenpolitik als »erfreulich objektiv«. Es sei »die ausführlichste deutsche Überschau über den ostjüdischen Problemkreis« und mit dem »Ansatz von der Wirtschaft her modern angelegt«. Der Ansatz Seraphims ist in der Tat »modern«. So modern wie das Konzept zur Ausrottung der Überbevölkerung. Schramms Aufsatz erschien unter dem Titel »Die Ostjuden als soziales Problem des 19. Jahrhunderts« – abgedruckt in der Festschrift »Wolfgang Abendroth zum 60. Geburtstag«. [\[162\]](#)

## Bevölkerungsökonomie – der Aufstieg einer neuen Wissenschaft

»Die ländliche Übervölkerung ist in weiten Teilen Ostmitteleuropas eine der ernstesten gesellschaftlichen und politischen Fragen überhaupt. (...) In Russland hat sie entscheidend den bolschewistischen Umsturz ermöglicht.«<sup>[163]</sup> Dieses Urteil fällt der Sozialhistoriker Werner Conze 1939. Die Übervölkerung führe, so Conze, in einen »Zustand völliger Verarmung«, sie werde »zu einem Herd dauernder Spannung und revolutionärer Unruhe«. Besonders weit vorangeschritten sei diese gefährliche Entwicklung in Polen – »das deutlichste Beispiel ist Galizien«.<sup>[164]</sup> Vorgesehen waren diese Ausführungen für den XIV. Internationalen Soziologen-Kongress, der am 29. August 1939 in Bukarest hätte beginnen sollen, zwei Wochen vorher aber auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. Im Mittelpunkt sollte das Thema »Dorf und Stadt« stehen. Die eingesandten Arbeiten wurden wenige Monate später gedruckt veröffentlicht. Ziel des Kongresses war die »Planung einer dauerhaften Ordnung«.

1943 ernannte die Reichsuniversität Posen Werner Conze zum Professor. Zehn Jahre später gehörte er zu den Mitbegründern der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, deren Mitherausgeber er bis zu seinem Tod 1986 blieb. Die Zeitschrift wurde 1953 vor allem zu dem Zweck gegründet, eingedenk der »unabweisbaren Verpflichtung gerade der deutschen Wissenschaft, die nationalsozialistische Phase mit aller Energie anzugehen«. Im ersten Jahrgang der Vierteljahrshefte veröffentlichte Conze einen Text, der vermutlich schon länger in seiner Schublade gelegen hatte. Er handelte von der bevölkerungspolitischen »Strukturkrise des östlichen Mitteleuropa«. Allerdings beschränkte er sich auf die Zeit bis zum Jahr 1936. Wieder sah er in der »drängenden Übervölkerung« die Ursache für Armut, Krise und Rebellion. Anders als in Westeuropa habe damals für die Überbevölkerung Osteuropas keine ausreichende »Abflussmöglichkeit« bestanden. Um dies zu begründen, schrieb Conze anno 1953: »Denn die Industrie bot nur in geringem Maße Lebensunterhalt; Handel und Gewerbe in den kleinen Städten und Flecken waren in jüdischer Hand und kaum noch zusätzlich tragfähig, im Gegenteil vielfach gewerblich übersetzt.«<sup>[165]</sup>

1939 hatte Conze deutlicher und im Hinblick auf mögliche Konsequenzen



argumentiert: Damals rechnete er zu den Maßnahmen, die unter Umständen »äußerst wirksam und lindernd« gegen die Not der Übervölkerung eingesetzt werden könnten, die »Entjudung der Städte und Marktflecken zur Aufnahme bäuerlichen Nachwuchses in Handel und Handwerk«.<sup>[166]</sup>

Arbeitslosigkeit in den Städten, Armut und »Unterbeschäftigung« in der Landwirtschaft, »Rückständigkeit« und geringe Produktivität – alle diese Phänomene begriffen die Bevölkerungswissenschaftler seit den 1930er-Jahren als Folge eines ständig wachsenden Menschenüberschusses, der die wirtschaftliche Entwicklung hemmte oder sogar blockierte. Im Falle Polens hatte Oberländer frühzeitig darauf hingewiesen, dass die Gefahr einer Revolution heraufzöge, sollte es nicht gelingen, die Überbevölkerung aus der Landwirtschaft »abzusaugen«. Für andere Länder, insbesondere für die Südosteuropas, lauteten die Diagnosen in den späten 1930er-Jahren nicht anders.

Diese Länder übten demnach auf die deutschen Grenzen einen »Bevölkerungsdruck« aus. Konkret bedeutete das, dass sich beispielsweise polnische Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Grenzregionen in Deutschland Arbeit suchten, die sie in Polen gar nicht oder nur zu schlechteren Bedingungen fanden. In den Kategorien der Bevölkerungsspezialisten wurde daraus eine polnische »Unterwanderung« Deutschlands (im Gegensatz zur germanischen »Überwanderung« Polens in früheren Jahrhunderten), die sich zur »sozialen und völkischen Gefahr« auszuwachsen drohte, zumal wenn sie unkontrolliert oder sogar illegal stattfand.

Von einer »Entlastung des Bevölkerungsdrucks« hingen nach dieser herrschenden wissenschaftlichen Meinung die soziale Stabilität und der wirtschaftliche Aufschwung des Kontinents ab. Damit gewann die Lösung des »Überbevölkerungsproblems« eine zentrale Bedeutung für die deutschen Europapläne.

Rückblickend konstatierte der Ökonom und Soziologe Carl Brinkmann einen »bevölkerungsmäßigen Überdruck« sogar für ganz Europa und deutete ihn im Oktober 1942 als Ursache des Krieges: »Bekanntlich ist der neue Weltkrieg zu einem wesentlichen Teil eine Folge des Überdrucks, den die monopolistische Absperrung der Überseeländer gegen die Zuwanderung gerade der europäischen (und japanischen) agraren Bevölkerungsüberschüsse erzeugt hatte.«<sup>[167]</sup>



# Das Bevölkerungsoptimum

Das zunehmende Interesse an der Bevölkerungsanalyse hatte die Fachwissenschaftler zu der »überraschenden Entdeckung« geführt, dass sie »sehr oft (...) die an sich und im Ganzen dünnst bevölkerten größeren Räume« als überbevölkert einordnen konnten, wenn sie nur unter entsprechenden Gesichtspunkten betrachtet würden.<sup>[168]</sup> Überbevölkerung bedeutete nämlich nicht, dass die absolute Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer besonders hoch sein musste, sondern laut Oberländer war darunter »die Abweichung von einer gedachten Normalbevölkerung, dem Bevölkerungsoptimum«, zu verstehen. Als Optimum galt eine Bevölkerungszahl, die es erlaubte, aus den ökonomischen Ressourcen eines Landes den höchstmöglichen Ertrag herauszuwirtschaften. Wurde dieses Optimum unterschritten, so blieben die Wirtschaftskapazitäten nur unvollständig genutzt, wurde es überschritten, so geriet die »überzählige Bevölkerung« tendenziell zur »volkswirtschaftlichen Belastung«: Dann partizipierten Menschen am ökonomischen Ertrag, die entweder überhaupt nicht oder nur mit einem Teil ihrer Arbeitskraft zu seiner Erzeugung beitrugen. Sie verbrauchten damit die theoretisch möglichen Überschüsse, die sonst in eine Steigerung des Ertrages oder die Industrialisierung hätten investiert werden können. Eine Abweichung vom Bevölkerungsoptimum führte nach Ansicht Oberländers notwendig zu »sozialökonomischen Krankheiterscheinungen«.<sup>[169]</sup>

Die Theorie des Bevölkerungsoptimums war bereits zu Anfang des Jahrhunderts von einigen Nationalökonomern formuliert worden.<sup>[170]</sup> Besondere Verdienste hatte sich in diesem Zusammenhang Paul Mombert erworben. Er entwickelte die Mombert'sche Formel, eine mathematische Gleichung, mit der sich das Verhältnis zwischen Bevölkerung und ökonomischen Ressourcen – »Volkszahl« und »Nahrungsspielraum« – berechnen ließ. Danach war »Nahrungsspielraum gleich Volkszahl mal Lebenshaltung« – in Kurzform:  $N = V \times L$ . Mit Nahrungsspielraum war nicht die landwirtschaftliche Nutzfläche oder überhaupt ein Raum im geographischen Sinne gemeint, sondern die Ernährungskapazität eines bestimmten Gebiets. Die Formel galt unabhängig davon, ob die betreffende Bevölkerung ihren Lebensunterhalt nun durch Agrarproduktion, den Verkauf

von Rohstoffen, von Industrieprodukten oder durch eine Kombination dieser drei Möglichkeiten bestritt. Die Überlegung, die der Mombert'schen Formel zugrunde liegt, ist denkbar einfach: Wenn die Bevölkerungszahl steigt, so muss, um den Bevölkerungszuwachs zu ernähren, entweder der Lebensstandard sinken oder aber der Nahrungsspielraum erweitert werden. Soweit es sich um abstrakte Größen handelt, lassen sich  $V$ ,  $L$  und  $N$  beliebig dividieren und multiplizieren. Die spätere Funktion der Formel, die Oberländer als »unumstößlich« übernahm, lag in der Reduktion komplexer sozialer Vorgänge und Gegensätze auf mathematische Kürzel. [\[171\]](#)

Die Reduktion erlaubte den planerischen, logisch erscheinenden Zugriff auf die widersprüchliche Realität. In eine Gleichung gesetzt, legte die Formel nahe, soziale Konflikte und Krisen der industriellen Entwicklung rechnerisch in ein Bevölkerungsproblem umzuwandeln. Im Ergebnis konnte das bedeuten, die Bevölkerungszahl zu senken, um bei gleichem Nahrungsspielraum einen höheren Lebensstandard zu erzielen. Praktisch bedeutete das in den 1920er- und 1930er-Jahren die Forderung nach Kolonien und Auswanderungsmöglichkeiten. Wenn aber, wie im Krieg, Lebensstandard und Nahrungsspielraum sich verringerten, weil ökonomische Ressourcen vernichtet wurden, so konnte dies zum Beispiel durch eine entsprechende »Senkung der Volkszahl« kompensiert werden. Die »normalen« Verluste des Krieges, aber auch die planmäßige Tötung von Menschen standen so gesehen im Interesse des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts.

Mit Hilfe der Theorie vom Bevölkerungsoptimum ließ sich jede Begleiterscheinung einer Wirtschaftskrise als ein Zuviel oder Zuwenig von Bevölkerung ausdrücken, egal ob es sich um Armut oder Arbeitslosigkeit handelte, um Kapital- oder Rohstoffmangel, fehlende Absatzmärkte oder geringe Arbeitsproduktivität.

In solchen Begriffen ausgedrückt, waren Annexionen eine »Erweiterung des Nahrungsspielraums« für das Deutsche Reich, Massenmorde eine »Reduzierung der Volkszahl« und der Raub von Nahrungsmitteln in den deutsch besetzten Teilen Europas eine »Senkung des Lebensstandards«, mit der sich die Einengung des eigenen Nahrungsspielraums ausgleichen ließ. Die Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften bewirkte die gewünschte »Senkung der Volkszahl« im besetzten Polen. Aber nicht nur das: Sie glich auch die Abweichung vom Bevölkerungsoptimum im Reich vorübergehend aus, die durch die Einberufung der Männer zur Wehrmacht entstanden war. Aus dieser Perspektive ist die Bevölkerung eines Landes einer von mehreren Wirtschaftsfaktoren – einer allerdings, der sich mit den Mitteln

politischer und militärischer Gewalt leicht verändern lässt.

Paul Mombert, Erfinder dieser Bevölkerungsgleichung, wurde 1876 geboren und war von 1922 an ordentlicher Professor für Nationalökonomie an der Universität Gießen. 1933 wurde er dann als »Nichtarier« zwangsweise pensioniert; er starb, nachdem ihn die Gestapo für kurze Zeit inhaftiert hatte, im Dezember 1938. Mombert wie auch den Ökonomen und Bevölkerungsexperten, die sich auf ihn beriefen, ging es darum, den optimalen Arbeitsertrag zu errechnen, auch für ihn war die Volkszahl variabel. Dennoch hat er die Verwendung der nach ihm benannten Formel in dem hier skizzierten Zusammenhang mit Sicherheit nicht beabsichtigt. Er sprach sich 1926 entschieden dagegen aus, ein Missverhältnis zwischen Nahrungsspielraum und Volkszahl »von der Bevölkerungsseite her« zu lösen, und begründete dies mit dem »gewaltigen Kräfteverlust«, den »eine große Auswanderung für unser Volk bedeuten« würde.<sup>[172]</sup>

Aus der Sicht der Optimumstheoretiker galt auch Deutschland während der Weltwirtschaftskrise als überbevölkert. Schon 1932 berechneten Bevölkerungsökonom, in welchem Maße die nicht produktiv einsetzbaren Menschen die Volkswirtschaft belasteten. In seinem Buch »Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsgestaltung« referierte Mombert die Diskussion unter Fachkollegen, die davon ausgingen, dass die »Aufzucht« eines Menschen einen Betrag von 10000 Reichsmark erfordere. Dies bedeute bei dem damaligen »Bevölkerungsüberschuss« von 400000 Menschen, dass vier Milliarden Reichsmark durch die »Aufzucht« überzähliger Menschen gebunden seien, statt sie produktiv in die »Erweiterung des Nahrungsspielraums«, das heißt in die Expansion der Wirtschaft investieren zu können. Abgesehen von den Kosten für die »Aufzucht« sei, so zitierte Mombert einen Kollegen, »für jeden Deutschen, der mehr zu ernähren ist, ein Betriebskapital von 20000 RM erforderlich«.<sup>[173]</sup> Daraus wurde nun die Schlussfolgerung gezogen, dass bei einem Rückgang der Bevölkerungszahl mehr Kapital akkumuliert werden könnte. Wenn dies im Inland »keine Verwendung finden kann, drängt es, wie die Erfahrung zeigt, nach dem Auslande«<sup>[174]</sup>. Mombert skizzierte damit für die westeuropäischen Staaten die Möglichkeit, »bei einem Aufhören des Volkswachstums« längerfristig Kapital zu exportieren, wie Frankreich dies bereits tat. Zwar hatte Mombert 1932, wenn er von Kapitalexport sprach, an die Finanzierung kolonisatorischer Projekte in Afrika gedacht; zugleich aber hatte er ein Modell beschrieben, wie überhaupt Kapital sich schneller akkumulieren ließ – nämlich durch ein »Aufhören des Volkswachstums«.

Für die deutsche Expertokratie im besetzten Polen war, wie wir zeigen werden, dies die Lösung der von Oberländer, Conze, Brinkmann und

zahlreichen anderen Wissenschaftlern analysierten Probleme: Durch eine »Verminderung der Volkszahl« sollte gleichermaßen der »Bevölkerungsdruck« reduziert und Kapital zur Modernisierung der Wirtschaft akkumuliert werden, da das besetzte Polen sonst dem deutsch beherrschten »Großraum zur Last fallen« würde. Die Tatsache, dass in einem Land die meisten Menschen nicht auf deutschem Produktivitätsniveau arbeiteten, bedeutete, dass sie »in ihrer Arbeitskraft nicht oder doch nur mangelhaft genutzt« seien.<sup>[175]</sup>

So jedenfalls sah es Helmut Meinhold, der 1941 als 28-jähriger Ökonom am Institut für Deutsche Ostarbeit im besetzten Krakau arbeitete. Die dort erstellten Expertisen und Empfehlungen fanden oft schon binnen Kurzem Eingang in die wirtschaftspolitische Praxis. 1941 schrieb Meinhold eine Arbeit über die »Industrialisierung des Generalgouvernements«, die sich ausführlich auch mit der Bevölkerungsfrage auseinandersetzte. Um die Überbevölkerung zu berechnen, übernahm er von Oberländer nicht nur die Mombert'sche Formel, sondern auch die Kriterien, nach denen der Bevölkerungsüberschuss zu bemessen sei: Oberländer hatte 1935 in seinem Buch über die agrarische Überbevölkerung Polens dargelegt, dass man deren Ausmaß entweder daran messen könne, wie viele Menschen auf der vorhandenen Landfläche bei einem gegebenen Stand der Produktivkräfte ernährt werden könnten (»Konsumnorm«), oder aber daran, wie viele Arbeitskräfte auf der vorhandenen Fläche produktiv eingesetzt werden könnten (»Arbeitsnorm«). Dagegen sei das »physiologische Existenzminimum eine nach Rasse, Beruf und Kultur zu sehr schwankende Größe, um irgendwie eine Norm für eine wissenschaftliche Untersuchung abzugeben«.<sup>[176]</sup>

Für Meinhold hatte dann sechs Jahre später »die Betrachtung der Überbevölkerung gemeinhin den Sinn, die Produktivität der Arbeit zu messen«, und zwar »im Hinblick auf die größtmögliche Arbeitsproduktivität im europäischen Großraum«.<sup>[177]</sup> Für ihn stand es daher außer Frage, dass die Überbevölkerung nach der Arbeitsnorm errechnet werden müsse. Die Ergebnisse fielen jedoch sehr unterschiedlich aus, je nachdem, welches volkswirtschaftliche Niveau man zugrunde legte: Ging man von der »rückständigen« und »ineffizienten« polnischen Wirtschaft aus, so ergab die Bilanz bei Weitem nicht so viele überzählige Menschen, wie wenn man die »bessere« deutsche Arbeitsorganisation zum Maßstab nahm oder gar eine theoretisch angenommene »größtmögliche Arbeitsproduktivität im europäischen Großraum«.

Im ersten Fall wäre lediglich die verdeckte Arbeitslosigkeit berechnet

worden, die »unzureichende Ausnutzung der Arbeitskräfte« beim tatsächlichen Stand der Arbeitsorganisation. Da Meinhold, der hier exemplarisch vorgestellt wird, mit seinen Berechnungen aber gerade die Umstrukturierung der polnischen Wirtschaft erreichen, sie also dem neu definierten Großraumniveau anpassen wollte, ging er gleich von der Voraussetzung einer rationalisierten Landwirtschaft aus. Die aber gab es in Polen nicht. Je nachdem, ob er das deutsche Arbeitsoptimum als Messlatte an die polnischen Verhältnisse legte oder »vorerst« einen »etwas höheren Besatz mit landwirtschaftlichen Arbeitskräften«<sup>[178]</sup> wählte, kam er zu dem Ergebnis, dass 2,56 beziehungsweise 3,75 Millionen Erwerbstätige in der Landwirtschaft des Generalgouvernements – das durch die deutschen und sowjetischen Annexionen auf etwa ein Drittel verkleinerte »Restpolen« – überzählig waren. Rechnete man auch noch Kinder und alte Menschen hinzu, so ergab sich eine »überschüssige Bevölkerung« von 4,5 beziehungsweise 5,83 Millionen Menschen.<sup>[179]</sup> Nach dieser Rechnung stellte »jeder zweite Mensch in der polnischen Landwirtschaft nichts als toten Ballast dar«.<sup>[180]</sup>

Oberländer hatte für die ihm besonders problematisch erscheinenden Woiwodschaften im Süden Polens – also im ehemals österreichischen Galizien – eine agrarische Überbevölkerung von 50 bis 75 Prozent errechnet: für die Region Kielce lag der Anteil der Überzähligen bei 75 Prozent, für die Regionen Krakau und Lemberg bei 66,5 beziehungsweise 62,3 Prozent.<sup>[181]</sup>

Derartige Kalkulationen wurden nicht nur für das besetzte Polen angestellt. Vielmehr sollte der gesamte deutsch beherrschte »Großraum Europa« von Überbevölkerung »bereinigt« und auf das neue Niveau der Arbeitsorganisation angehoben werden. Nach Meinholds Ansicht »verharrte« auch in Südosteuropa der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung noch in dem System der geschlossenen Hauswirtschaften, produzierte also einen großen Teil des eigenen Bedarfs an Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen selbst und nur in sehr geringem Maße für den Markt. »Im Falle einer radikalen Lösung des agraren Arbeitsproblems«, so schrieb Meinhold 1941, könnten in Südosteuropa »12 bis 15 Millionen Arbeitskräfte in Bewegung gesetzt werden«.<sup>[182]</sup> Damit nicht genug, denn diese Arbeitskräfte hatten auch Familien, so dass »eine Zahl von annähernd 50 Millionen Menschen aus dem Bereich ihrer bisherigen annähernd geschlossenen Hauswirtschaft herausgerückt wären«.<sup>[183]</sup>

1943 analysierte Oberländer die agrarische Überbevölkerung Süd- und Osteuropas. Anhand eines Vergleichs mit deutschen und dänischen Daten errechnete er das Soll der landwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität und

wie hoch dementsprechend die Zahl der Arbeitskräfte in Südosteuropa sein müsste. Demnach entsprach die Relation zwischen den »wirklich in der Landwirtschaft tätigen Menschen« und »den bloßen »Mitessern« in Rumänien dem Verhältnis 1:0,6, in Bulgarien 1:0,7 und in Jugoslawien sogar 1:1,09. Wie im Generalgouvernement stellten sich diesen Wissenschaftlern auch in Südosteuropa die Unterbeschäftigten als »eine konsumtive Belastung (dar), die eine gesunde Kapitalbildung verhindert«.

[184]

Oberländer und Meinhold behaupteten in ihren wissenschaftlichen Arbeiten, dass eine »Verringerung der Volkszahl« die Voraussetzung für Kapitalbildung sei. »Umgekehrt«, so Meinhold, zeige sich »die Überbevölkerung als effektiver Kapitalverschleiß«<sup>[185]</sup>, eben weil die »bloßen Mitesser« alle von den »wirklich tätigen Menschen« erwirtschafteten Überschüsse verbrauchten und so deren Reinvestition verhinderten. Meinholds Mitarbeiter am Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau, Hans-Kraft Nonnenmacher, schilderte das Problem als *circulus vitiosus*, den es aufzubrechen gelte. Nonnenmacher legte seine Vorstellungen in Formulierungen dar, die so auch heute gebraucht werden könnten: »Je stärker nun aber die Überbevölkerung ansteigt, umso geringer werden die Möglichkeiten ihrer Beseitigung sein, und umso mehr tragen ihre Folgen zu einem weiteren Anwachsen der Überbevölkerung bei. Denn bei ständig geringer werdender Produktivität der Arbeit ist die Bevölkerung nicht mehr in der Lage, die für eine Intensitätssteigerung der Betriebe notwendigen Kapitalien zu ersparen. Die Intensitätssteigerung ist aber wiederum die Vorbedingung zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten, in der Landwirtschaft selbst und in der Industrie, die sich bei Vergrößerung der Sparquote langsam aufbauen würde. Wir sehen uns hier einem *Circulus vitiosus* gegenüber, der stetig zu einer wachsenden Verelendung der Bevölkerung führt. Die Erscheinungsformen und die weiteren Folgen, die sich aus diesem Zustand ergeben, sind mannigfacher Art.«<sup>[186]</sup>

Nonnenmacher beschrieb die Überbevölkerung als einen Zustand, der sich ohne Eingriffe von außen ständig verschlimmert. Theoretisch ist es demnach möglich, die ökonomische Entwicklung durch Kapitalzufuhr oder mit Hilfe einer Reduktion der Bevölkerung zu steuern. Nonnenmacher aber legte die Betonung im ersten Satz auf die Überbevölkerung. Wissenschaftler wie er stellten den *Circulus vitiosus* der Überbevölkerung und mangelnder Kapitalbildung als eine Art Naturkatastrophe dar, vor deren unheilvollen Folgen die Großraumwirtschaft nur dadurch bewahrt werden konnte, dass deutsche Ökonomen das vermeintliche Missverhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Nahrungsspielraum berechneten und entsprechende



Korrekturen forderten. Jedoch waren die deutschen Maßstäbe von Arbeitsproduktivität in Polen nur mit despotischen Mitteln durchzusetzen. Eine polnische Bauernfamilie entschied nicht nach einer abstrakten Arbeitsnorm darüber, ob sie ihren Lebensunterhalt von der Landwirtschaft bestreiten konnte oder nicht. Und es kam trotz aller Armut niemand auf die Idee, zwischen »wirklich tätigen Menschen« und »bloßen Mitessern« zu unterscheiden – außer eben Ökonomen und Strukturpolitiker. Die deutschen Experten hatten dabei besonders umfassende Kompetenzen und Machtmittel. Sie durchforsteten den »Großraum« nach unausgelasteten Arbeitskapazitäten und »Ballastexistenzen«. Sie taten dies im Bewusstsein, dass ihren Ideen eine Exekutive zur Seite stand, die jederzeit willens und in der Lage war, Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung mit den Mitteln staatlicher Gewalt zu variieren. Einen deutschen Entwicklungskredit für Polen schlossen sie angesichts des durch den Krieg verschärften Kapitalmangels im Reich von vornherein aus. Stattdessen gingen sie in ihren Umgestaltungsplänen von der Maxime aus, dass alle deutschen Weltmachtambitionen einschließlich der militärischen Besetzung von den unterworfenen Ländern selbst zu finanzieren seien.

Ganz gleich, an welchem Punkt diese Ökonomen ihre Analyse ansetzten, nach ihrer Logik folgerichtig kamen sie immer zu demselben Schluss: Jedes wirtschaftliche und soziale Problem drückten sie so aus, dass es als Folge der Überbevölkerung erschien. Gleichzeitig war damit der Weg für die Lösung des »Problems«, nämlich eine Senkung der »drückenden Überbevölkerung«, vorgezeichnet.

Franz Neumann bemerkte dazu 1942: »Die Überbevölkerung für die Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, ist pure Demagogie und dazu bestimmt, die durch den Kapitalismus produzierten inneren Widersprüche zu verschleiern.«<sup>[187]</sup>



## Die »Überbevölkerung« in der Sowjetunion

Wie auch immer die landwirtschaftliche Überbevölkerung beschrieben und erklärt wurde, im Grunde genommen gingen Oberländer und seine Kollegen davon aus, dass Polen und Südosteuropa eine Entwicklung nachholen müssten, die nicht nur in Westeuropa, sondern auch in der Sowjetunion bereits stattgefunden habe: Die »rückständige« Landwirtschaft in diesen Ländern musste demnach rationalisiert, ein Teil der Landlosen sollte Industriearbeiter werden. Die Sowjetunion hatte diesen Schritt zu Beginn der 1930er-Jahre vollzogen und damit, so schrieb Oberländer, »die westeuropäische Entwicklung der Verminderung der Landbevölkerung durch die größte Bauernvernichtung im Rahmen der Kollektivierung nach(geholt)«. Die Zwangskollektivierung unter Stalin habe 25 Millionen bäuerliche Betriebe zu 250000 Großbetrieben zusammengefasst, und »in einer verhältnismäßig kurzen Zeit (sei) der bäuerliche Einzelbetrieb« verschwunden. Gleichzeitig habe die Industrialisierung den »Faktor Bevölkerung« entlastet.<sup>[188]</sup> Oberländer sah in der Vernichtung von Millionen sowjetischen Bauern den gelungenen Versuch, »das Verhältnis von Nahrungsspielraum und Bevölkerung ins Gleichgewicht zu bringen«. Seine kaum verhohlene Bewunderung für die sowjetischen Zwangsmaßnahmen hing vermutlich auch damit zusammen, dass die Agrarpolitik Stalins mit dem Problem der landwirtschaftlichen Überbevölkerung in der Sowjetunion besonders schnell, nämlich nahezu innerhalb eines Jahrzehnts fertig geworden war.<sup>[189]</sup>

Nach der Oktoberrevolution hatten die Bolschewiki, um die Basis ihrer Macht zu festigen, zunächst ein altes russisches System der Landverteilung, das Mir-System, wieder eingeführt, das ein Jahrzehnt zuvor durch die Stolypin'schen Reformen außer Kraft gesetzt worden war.<sup>[190]</sup> Dieses System begünstigte den Kinderreichtum und setzte gleichzeitig der Abwanderung vom Land in die Stadt ökonomische Schranken, was dazu führte, dass der Gemeindebesitz unter immer mehr Menschen aufgeteilt werden musste.

In den frühen 1920er-Jahren versuchte die sowjetische Regierung Kapital für den Aufbau der Industrie aus dem Agrarsektor zu akkumulieren. Zu diesem Zweck hielt sie die Preise für Industriegüter und die Steuern relativ

hoch, während sie gleichzeitig die Preise für landwirtschaftliche Produkte drückte. Die Preisschere zwischen Industrie- und Agrarpreisen führte aber wie im kapitalistischen Polen dazu, dass die Bauern ihre Produkte lieber selbst verbrauchten, als sie zu verkaufen. Als im Jahr 1928/29 die staatlichen Getreideaufkäufe trotz guter Ernte weit hinter den projektierten Zahlen zurückblieben, führte die Regierung abermals die Zwangsablieferung von Agrarprodukten ein. Auf ähnliche Weise hatte sie bereits in der Zeit des Kriegskommunismus die Bauern gegen die neue Sowjetmacht aufgebracht.

Auch sowjetische Ökonomen waren in den 1920er-Jahren der Ansicht, dass weite Gebiete der Sowjetunion überbevölkert seien. Allerdings gingen ihre Schätzungen, wie viele Menschen »zu viel« seien, ebenso weit auseinander wie die Vorstellungen von einer Lösung des Problems. Neben der forcierten Industrialisierung wurde die Massenumsiedlung als ein probates Mittel angesehen, nicht zuletzt auch, um bislang unerschlossene Gebiete im Osten des Landes wirtschaftlich nutzbar zu machen. Zunächst wurde die Übersiedlung nach Sibirien staatlich gefördert. Als der gewünschte Erfolg ausblieb, griff die Regierung jedoch auch hier zu Zwangsmaßnahmen.<sup>[191]</sup>

1929 begann die von Oberländer als »Bauernvernichtung im Rahmen der Kollektivierung« bezeichnete »Entkulakisierung«. Im Zuge dieses Programms wurden in den Jahren bis 1932 Millionen sowjetischer Bauernfamilien enteignet und in drei Gruppen eingeteilt. Die erste Gruppe wurde entweder sofort ermordet oder inhaftiert, die zweite nach Sibirien deportiert, die dritte aus dem Bezirk verbannt. Die Angehörigen der letztgenannten Gruppe konnten – nach einer Bewährungsfrist von drei bis fünf Jahren – in eine Kolchose aufgenommen werden. Die meisten »Kulaken« gehörten zur zweiten Gruppe. Allein aus der Russischen Sowjetrepublik wurden schätzungsweise 820000 Familien, also etwa 4 Millionen Menschen deportiert.<sup>[192]</sup> Viele von ihnen – eine genaue Zahl ist nicht bekannt – starben während der Transporte. Um dem Terror zu entgehen, flüchteten viele Menschen vom Land in die Städte und versuchten dort, illegal in der Industrie Beschäftigung zu finden.

Als besonders überbevölkert galt das Schwarzerdegebiet der Ukraine, die »Kornkammer der Sowjetunion«. Vor allem für den Getreideexport kam der Ukraine eine wichtige Funktion zu. Nachdem dort die Einwohnerschaft durch die »Entkulakisierung« bereits stark dezimiert worden war, fielen in den Jahren 1932/33 etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Bevölkerung der staatlichen Hungerpolitik zum Opfer.<sup>[193]</sup> Nicht Missernten oder Naturkatastrophen waren die Ursache der Hungersnot, sondern die extrem hohen Ablieferungskontingente für Getreide: Solange diese Kontingente

nicht erfüllt waren, standen selbst auf den Besitz geringer Mengen von Getreide für den Eigenbedarf harte Strafen. Die hungernden Menschen versuchten, in die Städte zu flüchten, wurden jedoch von Spezialtruppen daran gehindert.

Im Gegensatz zur offiziell verkündeten politischen Linie richtete sich die »Entkulakisierung« nicht nur gegen wohlhabende Bauern, die ärmere Dorfbewohner ausgebeutet hätten, sondern auch gegen Kleinbauernfamilien, die selbst kaum genug zum Leben hatten. Die Kollektivierung war nicht die klassenkämpferische Großtat, als die sie von der KPDSU ausgegeben wurde, sondern ein ebenso rücksichtsloser wie erfolgreicher Versuch, die Überbevölkerung in der Landwirtschaft mit verschiedenen Mitteln zu beseitigen, Kapital zu akkumulieren, um dem Land in möglichst kurzer Zeit eine moderne Wirtschaftsstruktur aufzuzwingen. Für Oberländer stand fest, »dass die Sowjetunion aus der Not der agrarischen Überbevölkerung heraus den Weg der Industrialisierung und damit (...) einen der Wege der Bekämpfung der agrarischen Überbevölkerung beschritten hat«<sup>[194]</sup>. Enteignung, Hunger, Umsiedlung und Massenmord galten ihm sowohl in der Sowjetunion als auch später im deutsch besetzten Polen als notwendige und legitime Methoden, um die demographischen Verhältnisse zu »korrigieren«. In der Sowjetunion wurde diese Korrektur mit den Gesetzen des Klassenkampfes begründet, in den deutschen Neuordnungsstrategien mit rassistischer Argumentation. Die Begriffe »Entkulakisierung« und »Entjudung« verweisen auf eine gewisse Ähnlichkeit der Programme, bringen aber auch die unterschiedliche ideologische Stoßrichtung zum Ausdruck. Indem Oberländer die Sowjetunion in seiner Analyse Ostmitteleuropas als Vorbild anführte, ließ er das ideologische Beiwerk beiseite und brachte beide Programme auf den gemeinsamen bevölkerungspolitischen Nenner: die Beseitigung von Bevölkerungsgruppen, die als »überzählige Esser« definiert wurden.

## Von der Auswanderung zur »Ordnungsumsiedlung«

War die ökonomische Situation erst einmal in Kategorien wie »Bevölkerungsdruck« und »Ballastexistenzen« gefasst, so war es für die deutschen Machthaber in den besetzten Ländern Europas nur noch ein kleiner Schritt, diese »Missstände« mit Hilfe einer Kombination von planvoller Umsiedlung, sozialer »Umschichtung« und ökonomischer Marginalisierung zu verändern. Hatte Oberländer als »Abzugskanäle« für die Überbevölkerung die Auswanderung und Saisonwanderung (also die vorübergehende Emigration beispielsweise zur Erntearbeit) vorgeschlagen – zwei Möglichkeiten, von denen er allerdings selbst dargelegt hatte, dass sie Mitte der 1930er-Jahre kaum noch praktische Bedeutung hatten<sup>[195]</sup> –, so sahen seine Kollegen nach Beginn des Zweiten Weltkriegs und vor allem nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion völlig neue Möglichkeiten: Die Verschleppung polnischer Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, von Meinhold und Kollegen als Wanderarbeit beschönigt, sollte den Arbeitskräftemangel in Deutschland ebenso mindern wie die Überbevölkerung in der polnischen Landwirtschaft. »Durch den weiteren militärischen Vorstoß nach Osten«, also den Krieg gegen die Sowjetunion, eröffnete sich 1941, nach Meinholds Ansicht, eine weitere Möglichkeit zur Lösung des Überbevölkerungsproblems: Man könne nämlich die polnische Bevölkerung »weit nach Osten aussiedeln«.

<sup>[196]</sup>

Die Um- oder Aussiedlung ganzer Völker oder großer Bevölkerungsgruppen war diesen Wirtschaftsplanern zur Selbstverständlichkeit geworden, ebenso die »Senkung der Volkszahl«. »Die kontinentaleuropäische Großraumwirtschaft der Zukunft«, so hieß es, solle »eine Wirtschaft der Vollbeschäftigung« sein, und dazu gehöre die »innereuropäische Arbeiterwanderung«. Nicht nur die Zahl, die soziale Zusammensetzung und Mobilität der Bevölkerung sollten demnach gesteuert werden, auch für die Arbeitsdisziplin wurden neue Normen gesetzt. Die Ära der liberalen Weltwirtschaft mit ihrer Freizügigkeit der Arbeitskraft, der Massenauswanderung aus Europa nach Übersee sei ein für alle Mal vorbei und stattdessen gelte: »Die Zukunft gehört der Wanderung in der Hand des

Staates – einer streng gelenkten, nach den Gesichtspunkten des völkischen Gesamtinteresses ausgerichteten Wanderung!«<sup>[197]</sup> Ein solcher Akt staatlicher Lenkung, schrieb der Ökonom Karl C. Thalheim im November 1941, seien sowohl die »gewaltigen Massenbewegungen« der Juden, »die dem Ziele einer inneren Befriedung Europas dienen werden«, als auch die »Umsiedlungsvorgänge im mitteleuropäischen Raume«.<sup>[198]</sup> Ein Indiz für die Selbstverständlichkeit, mit der Millionen von Menschen quer durch Europa verschoben wurden, zeigte sich unter anderem auch daran, dass in der bevölkerungswissenschaftlichen Zeitschrift *Archiv für Wanderungswesen*,<sup>[199]</sup> die 1938/39 im zehnten Jahrgang erschien, eine ständige Rubrik »Umsiedlungen« eingerichtet wurde, die laufend über Rück-, Um-, An- und Aussiedlungen informierte. Himmlers Inspekteur für Statistik, Richard Korherr, sah in der deutschen, nach Osten gerichteten Siedlungspolitik eine »gewaltige planvolle Volkswanderung des 20. Jahrhunderts«, die »klare Verhältnisse« schaffe. Als Mittel, mit dem man die »Wanderungsbewegungen« im Deutschen Reich steuern könne, betrachtete er 1941 unter anderem den Arbeitseinsatz, Altstadtsanierungen, Wohnungs- und Siedlungspolitik sowie »die Abwanderung von etwa 400000 Juden, sonstigen Emigranten und einer größeren Zahl tschechischer Volkszugehöriger (...) aus dem Sudetenland ins Protektorat«.<sup>[200]</sup>

In einem 1942 veröffentlichten Aufsatz über die Umsiedlungsbewegungen in Europa nannte Professor Karl C. v. Loesch zwölf verschiedene Arten der Umsiedlung. Dazu zählten die »Grenzschutzansiedlung« und »Grenzsicherungsumsiedlung«, der »Bevölkerungsaustausch« und die »Zwangsumsiedlung«, die »Rückzugsumsiedlung«, »Wiederaufbau-« und »Ordnungsumsiedlung«, die »Sicherungsumsiedlung« und die »Wiederbesiedlung frisch verwüsteter Gebiete«.<sup>[201]</sup> Auch Loesch meinte, dass 1939 eine »neue Phase europäischer Umsiedlungen angebrochen« sei.

Zu der neuen Ära gehörte nach Ansicht der Bevölkerungsökonominnen nicht nur die staatliche Kontrolle über Migrationsprozesse, die »Wanderung in der Hand des Staats« zur »Befriedung Europas«, sondern auch der Versuch, soziale Hierarchien neu zu bestimmen. Unterschiede und Ressentiments, die zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestanden, wurden in diesem Konzept bewusst eingesetzt, um die Arbeitskräfteverschiebung im Großraum zu kontrollieren. Die Diskriminierung von Minderheiten erhielt eine bevölkerungspolitische Funktion: Sie schuf den Spielraum, um die Verhältnisse »streng nach den Gesichtspunkten des völkischen Gesamtinteresses« neu zu ordnen.

Auf der untersten Stufe der Hierarchie stand die jüdische Bevölkerung. Schon 1938 hatte Peter-Heinz Seraphim darauf hingewiesen, dass es sich

bei der »Judenfrage« in Osteuropa um eine »bevölkerungspolitische Massenfrage« handele. Mit der Chance zur völligen »Neuordnung der Bevölkerungsverhältnisse«, als die er und viele seiner Kollegen den Krieg begriffen, schien folglich auch der Zeitpunkt zur »Lösung der Judenfrage« gekommen. Der erste Schritt dazu war die »Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft«. Die Enteignung und Ghettoisierung der jüdischen Minderheit sollten in den Städten Osteuropas Platz schaffen, um die »freizusetzende« Landbevölkerung aufzunehmen. Das führte zur Verarmung der Juden und verschob ein allgemeines Problem auf eine spezielle, rassistisch definierte Bevölkerungsgruppe.

Und wieder eilten die Wunschvorstellungen der Planer dem voraus, was später geschah. Sie forderten »Lösungen« und »Entlastung« und nahmen damit gedanklich den realen Mord vorweg. So schrieb Heinrich Gottong, Rassenforscher am Institut für Deutsche Ostarbeit und in der Umsiedlungspraxis erfahren, im November 1940, als das Warschauer Ghetto gerade geschlossen wurde: »Die Kriegseignisse und ihre Folgeerscheinungen haben den Lebenskreis und die Lebensverhältnisse der Juden erheblich eingeschränkt. In zahlreichen Betrieben sind jüdische Kräfte durch arische ersetzt, sodass neben der räumlichen auch die wirtschaftliche und soziale Enge auftritt und sich ständig mehr bemerkbar machen wird. Diese Enge fordert eine Druckentlastung und eine Lösung.«<sup>[202]</sup> Damit hatte Gottong indirekt gesagt, dass der Druck auch durch die deutsche Besatzungspolitik im Generalgouvernement entstanden war.

Der vorgebliche Sachzwang, große Regionen von einem Bevölkerungsdruck zu entlasten, war im doppelten Sinne selbst produziert: einerseits durch die theoretische Berechnung, der die deutsche Arbeitsnorm zugrunde lag, andererseits durch die Praxis, Menschen einfach abzuschieben, in Ghettos zu sperren und sie damit im wahrsten Sinne des Wortes in die Enge zu treiben. Beides nahmen die deutschen Sozialplaner im Generalgouvernement zum Anlass, ihre Pläne zur Umgestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur weiter zu radikalisieren.

Das bedeutete, dass an die Stelle von schwer überschaubaren und unrationellen ökonomischen Strukturen, die von den Deutschen mit Begriffen wie »Unterbeschäftigung«, »verdeckte Arbeitslosigkeit« und »Rückzug in die Selbstversorgung« bezeichnet wurden, die säuberliche Trennung zwischen »bloßen Mitessern« und »wirklich in der Volkswirtschaft tätigen Menschen« zu treten hatte. Wer aber zum produktiven und wer zum unproduktiven Teil der Bevölkerung gehören sollte, unterlag staatlicher Steuerung. So verbanden sich Rassismus und Bevölkerungsökonomie:

Enteignung und Ghettoisierung drängten die jüdische Bevölkerung in die Position der Überzähligen.



# Krieg und Umsiedlung

## »Auflösung der alten Ordnung«

*»Seit Beginn des Krieges und mit dem Sieg unserer Waffen befindet sich die alte Ordnung in Europa in Auflösung. (...) Erkenntnisse einer gesunden Volks- und Raumordnung, die wegen fehlender Planungs- und Gestaltungsfreiheit Theorie bleiben mussten, rücken nunmehr in den Bereich unmittelbarer Verwirklichung.«*

Konrad Meyer<sup>[203]</sup>

Fünf Wochen nach Kriegsbeginn, am 6. Oktober 1939, verkündete Hitler die Absicht, »eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse« in Europa zu schaffen. Erreichen wollte er dieses Ziel durch »eine Umsiedlung der Nationalitäten«. Letztlich sollten »sich am Abschluss der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben«. Darüber hinaus kündigte Hitler an: »In diesem Zusammenhang« sei auch »der Versuch einer Ordnung und Regelung des jüdischen Problems« zu unternehmen.<sup>[204]</sup> Am folgenden Tag übertrug Hitler die praktisch-organisatorische Seite ethnischer Umsiedlungspolitik an Heinrich Himmler. Dieser nannte sich daraufhin Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) und gründete unter derselben Bezeichnung ein Amt. Nach wenigen Monaten hatte sich aus dem zunächst kleinen Büro Himmlers eine mächtige, weit ausgreifende und konzeptionell tonangebende Institution entwickelt, unterfüttert mit einem ganzen Geflecht von Banken, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Planungsstäben, einer Industrie-Ansatz- und Beratungsstelle und regionalen Arbeitsstäben. Alle diese Gremien waren mit Weisungsbefugnissen gegenüber bereits bestehenden Institutionen ausgerüstet. Insgesamt beschäftigten sie viele tausend Angestellte: SS-Männer, Volkspflegerinnen und Aufbauhelfer, Architekten, Wirtschaftsprüfer, Verwaltungsbeamte, Agronomen und Buchhalter.

So unterschiedlich ihre Tätigkeit im Einzelnen war, so diente sie doch einem Ziel: die Siedlungspolitik im annektierten Westpolen, den sogenannten eingegliederten Ostgebieten, zu organisieren. Dazu enteignete

diese Behörde Menschen, vertrieb sie, siedelte andere an; der RKF liquidierte Betriebe, legte andere zusammen, vergab sie an neue Besitzer. Er stellte Kredite zur Verfügung, plante neue Verkehrswege, Energieversorgungssysteme, organisierte ganze Dörfer und Städte neu und setzte sich zum Ziel, dass »auch die Landschaft völlig umgestaltet wird«. Erste Voraussetzung dafür war, dass der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums ganze »Volkskontingente verpflanzt«, wie Himmler sich ausdrückte.<sup>[205]</sup>

Der RKF verknüpfte Rassen-, Bevölkerungs- und Strukturpolitik zu einem umfassenden Konzept für den »deutschen Neuaufbau im Osten«. Durch Umsiedlungen ließ sich Bewegungsspielraum schaffen für riesige Projekte, konnten die notwendigen Finanzmittel »freigemacht« und der Versuch unternommen werden, eine in ihrem sozialen, infrastrukturellen und wirtschaftlichen Gefüge möglichst effiziente Gesellschaft mit Gewalt und auf Kosten anderer Menschen zu verwirklichen. Im Mittelpunkt der Arbeit des RKF stand also Bevölkerungspolitik – positive und negative, ihre Opfer wurden diskriminiert und »ausgemerzt«, ihre Nutznießer privilegiert und gefördert.

Die RKF-Zentrale in Berlin, das Stabshauptamt, leitete SS-Brigadeführer Ulrich Greifelt. In den 1920er-Jahren war er erfolgreicher Wirtschaftsmanager gewesen, von 1933 an arbeitete er hauptberuflich in der SS-Verwaltung.<sup>[206]</sup> Bezeichnenderweise hatte der Ökonom Greifelt von Volkstumsfragen »keine Ahnung und sich mit Volkstumsarbeit nie beschäftigt«. <sup>[207]</sup> Er verfügte über andere Qualitäten, die ihn für das neue Amt prädestinierten: Als Himmlers Fachberater für Wirtschaftsfragen und von 1938 an als Chef der Dienststelle Vierjahresplan in dessen Persönlichem Stab hatte Greifelt als eine »Art Verbindungsoffizier zwischen Göring und Himmler« fungiert<sup>[208]</sup> – eine Verbindung, die für das Programm von Enteignung, wirtschaftlichem Umbau, Vertreibung und Neuansiedlung konstitutiv blieb.

Die Dienststelle Vierjahresplan hatte Himmler ursprünglich gegründet, um den Arbeitskräftebedarf der deutschen Wirtschaft zu sichern. Ende 1938 fehlten nämlich bereits eine halbe Million Menschen, vor allem in der Landwirtschaft. Greifelt beabsichtigte, seine Aufgabe mit Hilfe der »30 Millionen Reichs- und Volksdeutschen im Ausland« zu lösen, »die jetzt ihre Arbeitskraft, ihr Können und ihr Wissen, ihr Blut und ihre Nachkommen fremden Staaten zur Verfügung stellen«. Ihre Rücksiedlung sollte den Arbeitskräftemangel beseitigen und hatte daher »von Anfang an mit volkspolitischen Erwägungen sehr wenig zu tun, mit ökonomischen Überlegungen dafür umso mehr«. <sup>[209]</sup> Von Himmler unterstützt, stellte sich

Greifelt exponiert und bewusst »in direkten Gegensatz zu der (bis Kriegsbeginn) offiziellen deutschen Volkstumspolitik«, wonach Auslandsdeutsche eben nicht zurückgesiedelt, sondern als »Stützpunkte des deutschen Gedankens« in der Welt funktionalisiert und gefördert werden sollten.<sup>[210]</sup> Greifelts Dienststelle Vierjahresplan war es auch, die 1938 gegen »asoziale« und »arbeitsscheue« Deutsche vorgegangen war und, wie Greifelt resümierte, »weit über 10000« in KZ-Lager sperren ließ.<sup>[211]</sup>

Anders als lange Zeit behauptet, war der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums kein Zentrum des borniertesten völkischen Rassismus. In Wahrheit waren gerade hier Akademiker am Werk, die die Rassenpolitik in den Dienst ökonomischer Ziele stellten. Auch Himmler sprach im Zusammenhang mit der Siedlungspolitik im Osten von »Wirtschaftsgebieten, die nach einem klaren Plan betreut werden«.<sup>[212]</sup> Daher war es konsequent, wenn er 1939 eben die Dienststelle Vierjahresplan in das Stabshauptamt, also die Zentrale, des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums umwandelte. Greifelt trat dafür ein, dass »Fragen der Industrie- und Wirtschaftsplanung in der Dienststelle des Reichskommissars eine ihrer großen Bedeutung gemäße Bearbeitung« fanden.<sup>[213]</sup> Er gehörte zu denjenigen, die Reinhard Heydrich am 29. November 1941 zur Wannseekonferenz einlud; jedoch sagte Greifelt kurzfristig ab und reiste nach Südtirol.<sup>[214]</sup>

Greifelts Stellvertreter war SS-Obersturmbannführer Rudolf Creutz. Er kam ebenfalls aus der Wirtschaft und hatte seine kaufmännische Ausbildung in Hamburg und Wien absolviert. Im Mai 1945, als sich amerikanische Truppen der nach Schweiklberg bei Vilshofen in Niederbayern ausgelagerten RKF-Zentrale näherten, versuchte Creutz, die Spuren der Um- und Aussiedlungsverbrechen zu tilgen, und verbrannte die Akten des Stabshauptamts. In Nürnberg wurde er zu 15 Jahren Haft verurteilt, Greifelt zu 20 Jahren. Greifelt starb 1949 im Gefängnis, Creutz wurde 1955 begnadigt.<sup>[215]</sup>

Die wichtigsten Abteilungen im Stabshauptamt des RKF waren das Planungsamt (auch Planungshauptabteilung genannt) unter Konrad Meyer, das Zentralbodenamt und das Amt für Fragen der Menschenverteilung (später: Amt für Menscheneinsatz). Der RKF gründete seine Macht jedoch nicht nur auf die eigenen Dienststellen, sondern vor allem darauf, dass ihm auch andere Institutionen, die mit Vertreibung und Eindeutschung in den annektierten Ostgebieten zu tun hatten, entweder direkt unterstanden oder seinen Weisungen unterlagen. Als eine Himmler direkt zugeordnete Behörde hatte der RKF »gegenüber allen Hauptämtern und sonstigen Dienststellen

der SS und gegenüber der gesamten deutschen Polizei nicht nur Weisungsbefugnisse, sondern strikte Befehlsgewalt, auch wenn diese Dienststellen keineswegs ausschließlich, ja meistens sogar nur verhältnismäßig wenig für die Aufgaben des RKF tätig waren«. [\[216\]](#)

Die nach dem deutschen Überfall annektierten westlichen Regionen Polens – von neuneinhalb Millionen Menschen bewohnt – sollten möglichst schnell »eingedeutscht« und in ihrem Wirtschaftsgefüge den Bedürfnissen des Deutschen Reichs angepasst werden. Zu diesem Zweck beabsichtigten die Planer des RKF, die gesamte jüdische und einen Teil der polnischen Bevölkerung von dort zu vertreiben und in die zentralen Provinzen der von Deutschland unter Beteiligung der Sowjetunion zerschlagenen polnischen Republik, ins sogenannte Generalgouvernement, abzuschieben. Die Wohnungen, Höfe, Läden oder Handwerksbetriebe der Vertriebenen wurden, soweit sie nicht stillgelegt oder abgerissen wurden, Volksdeutschen zugewiesen, die aus den baltischen Staaten, aus dem sowjetisch besetzten Ostpolen und später aus Rumänien »rückgesiedelt« wurden.

Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums ordnete also nicht nur die ethnographischen, sondern auch die ökonomischen und sozialen Verhältnisse neu. Zwar lag der Schwerpunkt seiner Tätigkeit in den eingegliederten Ostgebieten, doch agierten die Beauftragten des RKF bald in allen deutsch besetzten oder annektierten Gebieten, in denen Menschen in »Deutschstämmige«, »Eindeutschungsfähige« oder »Fremdvölkische« sortiert und die verschiedenen Volksgruppen umgesiedelt wurden. [\[217\]](#) Diese Einteilung bedeutete immer auch die Anerkennung oder Aberkennung staatsbürgerlicher und sozialer Rechte. »Eindeutschungsfähige« bekamen ausreichend Lebensmittel, die Männer wurden bald zur Wehrmacht eingezogen. Wer dagegen als »fremdvölkisch« eingestuft war, verlor nicht nur sofort seine Rentenansprüche, sondern war von nun an Angehöriger einer beliebig disponiblen, aller existentiellen Rechte beraubten Bevölkerungsgruppe.

Am 30. Oktober 1939 erließ Himmler eine Anordnung, wonach in den Monaten von November 1939 bis Februar 1940 folgende Umsiedlungen vorzunehmen waren: »1) Aus den ehemaligen polnischen, jetzt reichsdeutschen Provinzen und Gebieten alle Juden. 2) Aus der Provinz Danzig-Westpreußen alle Kongresspolen. 3) Aus den Provinzen Posen (später: Warthegau), Süd- und Ostpreußen und Ostoberschlesien eine noch vorzuschlagende Anzahl besonders feindlicher polnischer Bevölkerung.« [\[218\]](#)

Nach einem sogenannten Nahplan waren »bis zum Beginn der Volkszählung am 17. 12. 39 (...) so viele Polen und Juden

abzutransportieren, dass die hereinkommenden Baltendeutschen untergebracht werden können«. Dieser Nahplan galt nur für den Warthegau. Für später legte ein Fernplan die weiteren Umsiedlungsvorhaben in den gesamten »Ostprovinzen« fest: »Die Räumung nach dem Fernplan (...) erfolgt nach den Unterlagen der Volkszählung.«<sup>[219]</sup> Bei den Umsiedlungen sollte aber nicht nur einfach die jüdische und ein Teil der nichtjüdischen Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten durch Volksdeutsche ersetzt, sondern zugleich die Bevölkerungsdichte gesenkt werden. Als Ergebnis versprachen sich die Planer, landwirtschaftliche Betriebe zusammenlegen und so rentablere Wirtschaftseinheiten schaffen zu können. Um das zu erreichen, wurden nach den Vorgaben des RKF für jeden neu anzusiedelnden Volksdeutschen jeweils mindestens zwei Polen oder Juden vertrieben, in manchen Regionen wesentlich mehr. Das alles geschah anhand präziser Vorarbeiten. Im Dezember 1939 berichtete der Höhere SS- und Polizeiführer Warthe: »Für die Berechnung der Evakuiertenzahlen aus den einzelnen Kreisen ist die volkstumsmäßige Gliederung, die politische Zusammensetzung und die wirtschaftlich-soziale Struktur ausschlaggebend. (...) Dabei bleibt zu berücksichtigen, dass es sich nicht um eine wahllose Massenabschiebung handelt, sondern ein individuell bestimmter Personenkreis erfasst und abtransportiert werden muss.« Für jede zu deportierende Person legten die deutschen Behörden eine »Evakuierungskarte« an. Diese Karte durchlief zum Zweck individueller Prüfung die »Volksdeutschen-Kartei, die Rückstellungskartei, die Ukrainer- und Russenkartei und die Transportkartei«. Darüber hinaus prüfte eine spezielle Kommission den Deportationsvorschlag und traf eine endgültige Entscheidung.<sup>[220]</sup>

Nach einem Bericht über die »Umsiedlung der Polen aus dem neuen Reichsgebiet«, den Eduard Könekamp als Beobachter des Deutschen Auslandsinstituts im Dezember 1939 erstattete, hatte sich diese Praxis bald eingespielt:

»In dem Tempo, in der Zahl und in der beruflichen Schichtung, wie die Balten-, Wolhynien- und Galiziendeutschen in den Reichsteil, insbesondere in den Warthegau einströmen, werden die Polen evakuiert. Entsprechend der Zahl der bei den Einwandererzentralen jeweils angemeldeten deutschen Bauern, Kaufleute, Handwerker usw. müssen von den Polen bisher eingenommene Arbeitsplätze, Wohnungen und Bauernhöfe freigemacht werden. Kommen z.B. mit einem Einwanderertransport aus dem Baltikum 20 deutsche Bäckermeister, so müssen in Posen und im übrigen Warthegau 20 polnische Bäckereien evakuiert werden.<sup>[221]</sup> In diese Stellen rücken dann die Deutschen ein. (...) Die Evakuierung aus den Städten ist anfangs

wahllos, häuserblockweise erfolgt, dabei sind oft Bahnarbeiter und Angestellte in lebenswichtigen Betrieben evakuiert worden, was zu wirtschaftlichen Störungen geführt hat. Heute erfolgt die Evakuierung auf Grund besonderer Listen. Vor allem wird polnische Intelligenz evakuiert. Polnische Landarbeiter, Dienstboten, Fabrikarbeiter bleiben.«<sup>[222]</sup>

Am 30. Januar 1940 zog eine von Himmler angeordnete und von Heydrich geleitete Konferenz eine erste Bilanz der Umsiedlungen und beriet über ein möglichst einheitliches Vorgehen aller beteiligten Stellen. Dazu gehörten der RKF selbst, der Befehlshaber (und die Inspektoren) der Sicherheitspolizei und des SD, die Höheren SS- und Polizeiführer der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, die Volksdeutsche Mittelstelle<sup>[223]</sup> und die Haupttreuhandstelle Ost<sup>[224]</sup>. Das Reichssicherheitshauptamt war allein mit neun Männern bei der Konferenz vertreten. Neben Adolf Eichmann und dessen Mitarbeiter Erich Rajakowitsch<sup>[225]</sup> nahm auch der Wirtschaftsfachmann und Chef des SD Inland, Otto Ohlendorf, daran teil. Heydrich teilte mit, dass außer 87000 Polen und Juden, die deportiert worden waren, um an ihrer Stelle Baltendeutsche anzusiedeln, eine illegale Auswanderung erfolgt sei. Damit meinte er die Massenflucht vor dem deutschen Terror. Heydrich berichtete auch von dem besonderen Pflichteifer seiner Beamten, die durchgesetzt hatten, »dass bei den vorherigen Evakuierungen die ursprünglich festgesetzten Ziffern nicht eingehalten, sondern überschritten worden sind«. Für die »allernächste Zeit« kündigte er darüber hinaus die Abschiebung von »40000 Juden und Polen im Interesse der Ansiedlung von Baltendeutschen« und die Abschiebung von »120000 Polen im Interesse der Ansiedlung von Wolhyniendeutschen« an, ebenso die Deportation der gesamten jüdischen Bevölkerung der »neuen Ostgaue« – etwa 450000 Menschen – und der etwa 30000 »Zigeuner« aus dem Deutschen Reich.<sup>[226]</sup> Als problematisch wurden in diesem Zusammenhang die begrenzten Transportkapazitäten der Reichsbahn und die schlechte Ernährungslage im Generalgouvernement eingeschätzt.

Für die weitere Analyse bleibt festzuhalten, dass das Amt IV im Reichssicherheitshauptamt für alle Aussiedlungen zuständig war, nicht nur für »Judentransporte«. Am 21. Dezember 1939 hatte Heydrich zum Thema »Räumung in den Ostprovinzen« angeordnet: »Sachdienliche Gründe machen eine zentrale Bearbeitung der sicherheitspolizeilichen Angelegenheiten bei der Durchführung der Räumung im Ostraum notwendig. Zu meinem Sonderreferenten im Reichssicherheitshauptamt, Amt IV, habe ich den SS-Hauptsturmführer Eichmann (Vertreter SS-Hauptsturmführer Günther) bestellt. Der Dienstsitz dieses Sonderreferats befindet sich in

Berlin W 62, Kurfürstenstraße 115/116.«<sup>[227]</sup> Bereits am 8. Januar 1940 leitete Eichmann die erste Besprechung mit den Vertretern verschiedener Ministerien über die »Juden- und Polenevakuierung in allernächster Zukunft«.<sup>[228]</sup>



## Vertreibung und Eindeutschung

Die Bevölkerungsspezialisten des RKF unterschieden zwischen Bevölkerungsgruppen, die sie als überflüssig und austauschbar definierten, und solchen, die sie zwar für »rassisch unerwünscht«, aber zumindest vorübergehend für nicht ersetzbar hielten. Diese Art, die Bevölkerung zu sortieren und einzuteilen, unterschied sich wesentlich von dem durch Hitler vorgegebenen Prinzip, bessere »ethnographische Trennungslinien« zu schaffen, das die Experten in der Praxis sehr bald unterliefen. Zwar galt es weiter uneingeschränkt für die jüdische Bevölkerung und die Sinti und Roma, nicht aber für andere »Fremdvölkische«. Sogenannte Eignungsprüfer, die eben nicht Rassenprüfer hießen, suchten unter den »Fremdvölkischen« diejenigen heraus, die ihnen als »eindeutschungsfähig« erschienen. Der RKF orientierte sich dabei weit eher am ökonomischen Nutzen als an einem fundamentalistischen Verständnis der Rassenlehre. Wie eng innerhalb des RKF der Zusammenhang zwischen der sozialen Frage und allgemeinen bevölkerungs- und rassenpolitischen Zielen gesehen wurde, zeigt ein Protokoll über die Vertreibung eines Teils der Elsässer. Die entscheidende, in verquerem Deutsch formulierte Passage lautet:

»Die Ausweisungsaktion wurde im Elsass in der Zeit vom Juli bis Dezember 1940 durchgeführt und von ihr 105000 Personen ausgewiesen bzw. an der Rückkehr verhindert. Es waren dies hauptsächlich Juden, Zigeuner und andere Fremdrassige, Verbrecher, Asoziale und unheilbar Geistesranke, ferner Franzosen und Frankophile. Die Patois-Bevölkerung<sup>[229]</sup> wurde von dieser Aussiedlungswelle in der gleichen Weise wie die übrigen Elsässer durchkämmt.« Ziel dabei sei gewesen, das Elsass »von allem Fremden, Kranken und Unzuverlässigen zu säubern«. Der Führer habe das ausdrücklich genehmigt. Da aber die erste Aussiedlungsaktion noch nicht umfassend genug gewesen sei, müsse eine zweite »möglichst bald vorbereitet werden«. Sie sollte folgende Bevölkerungsgruppen treffen:

»a) Die farbigen Personen und deren Abkömmlinge, Neger und farbige Mischlinge, Zigeuner und deren Abkömmlinge, Juden vom Halbjuden aufwärts, jüdische Mischehen, b) die Fremdvölkischen und deren Abkömmlinge, c) die Patois-Bevölkerung, d) die Asozialen, e) die

unheilbar Geisteskranken.«<sup>[230]</sup>

In dieser Auflistung spiegeln sich Kriterien einer rassistischen und präventiv »bereinigenden« Sozialpolitik ebenso wider wie der die »Euthanasie«-Aktion bestimmende Utilitarismus. Gleichzeitig erwies sich der RKF als äußerst elastisch, wenn es darum ging, übergeordnete ökonomische und sozialpolitische Ziele zu berücksichtigen. Diese Flexibilität machte es möglich, in jeder Weise differenziert vorzugehen, sodass in den einzelnen Regionen unterschiedlich und nie nach starren Prinzipien verfahren wurde.

Für Oberschlesien wurde im November 1939 festgelegt, dass »alle Teile Ostoberschlesiens, in denen mit einem Kohlenvorkommen gerechnet wird, (...) zunächst von den Evakuierungsmaßnahmen aus wirtschaftlichen Gründen vollkommen ausgenommen werden«.<sup>[231]</sup>

»Ich schätze«, schrieb ein Umsiedlungsexperte im November 1940 über seine Aufgaben im annektierten Lothringen, »dass die Aussiedlung 12 bis 14 Tage in Anspruch nehmen wird und demgemäß 60 bis 70000 Menschen evakuiert werden. Dies dürfte etwa 1/3 der französisch sprechenden Lothringer sein. Ausgesiedelt werden im Wesentlichen nur Landwirte, Handwerker und freie Berufe. Die Industriearbeiterschaft des Diedenhofer Gebietes, das sozusagen ein kleines Oberschlesien darstellt, bleibt geschlossen da; ihre Zusammensetzung ist die beste europäisch-afrikanische Mischung (...). Es gibt hier Berber, Afrikaner, Algerier, italienische Antifaschisten, Polen, Tschechen, Slowaken, Juden, sogar einige Indochinesen und hier und da einen Deutschen und Franzosen. Die Neubesiedlung dieses Gebietes ist Gauleiter Bürckel übertragen, der sie nur aus dem Bevölkerungsüberschuss der Saarpfalz durchführt.«<sup>[232]</sup>

Der Autor dieses Berichts berücksichtigte die regionale Struktur und den aktuellen Arbeitskräftebedarf, außerdem bezog er den »Bevölkerungsüberschuss« in benachbarten Regionen mit ein. Die frühe Deportation der jüdischen Bevölkerung aus Baden und der Pfalz (am 22. Oktober 1940) nach Südfrankreich war ein Teil der Aus- und Umsiedlungspolitik des RKF in Elsass-Lothringen. Dem entsprach die Praxis in den eingegliederten Ostgebieten und den daran angrenzenden Regionen des Deutschen Reiches. Auch in den im Westen annektierten Gebieten ging die Deportation der jüdischen Minderheit Hand in Hand mit der Aussiedlung mehrerer Zehntausend »fremdvölkischer« Familien.

Das gesamte Vorgehen hatte die Göring'sche Vierjahresplanbehörde, also die oberste wirtschaftspolitische Instanz, zunächst genehmigt und im Februar 1940 modifiziert<sup>[233]</sup> : »Durch Anordnung des Herrn Reichsmarschalls (d.i. Göring) werden von der Aussiedlung folgende Kategorien ausgenommen:

Die Arbeiterschaft der Industrie- und Hüttenwerke, die Angestellten und Beamten der Bahn und Post und des Kanaldienstes sowie die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die weniger als 1,5 ha Grund besitzen. Ferner werden ausgenommen die Ärzte und Apotheker. Es kommen also für den Abtransport nach Frankreich im Wesentlichen die landwirtschaftliche Bevölkerung und die Handwerker und die Gewerbetreibenden infrage.«<sup>[234]</sup>

Wenn schon die Vertreibung nach sozialen und beruflichen Gesichtspunkten durchgeführt wurde, dann erst recht die Eindeutschung. Es ging dabei nicht – wie schon der Begriff zeigt – um das »Heimholen« von Familien, die sich seit Generationen als Deutsche verstanden, sondern darum, die unterworfenen Völker in »nützliche« und »unnütze« Gruppen einzuteilen. Es ging auch um ein Kollaborationsangebot an Anpassungswillige und an diejenigen, die besonders gebraucht wurden, um ein ebenso gewaltsames wie durchdachtes Prinzip des Teile und Herrsche, um die Zerstörung ethnischer Kulturen und Identitäten. Eindeutschung – darunter war nichts anderes zu verstehen als das »Abschöpfen« von »Menschenmaterial« für den sozialen und ökonomischen »Neubau des Reiches« und für die Kriegführung. Drohender Hunger, Entrechtung und potentielle Vertreibung waren dabei gewissermaßen flankierende Maßnahmen, um »Bereitschaft« zur Eindeutschung zu wecken. Menschen, die als nicht eindeutschungsfähig galten, waren zur Deportation freigegeben. In den »Richtlinien für Eindeutschung polnischer Familien« vom März 1942 steht dazu:

»Die Eindeutschung von Familien anderer Nationalität bezweckt weniger eine Mehrung des deutschen Volkes durch Menschen vorwiegend nordisch-dinarischen Blutsanteiles als vielmehr eine qualitative Minderung der Führerschicht im fremden Volkstum.« Die Erfahrung habe nämlich gezeigt, »dass besonders die Führer im Polentum der Insurgenten- oder auch Widerstandsbewegung einen beträchtlichen Anteil nordischen Blutes aufweisen, welches sie gegenüber den sonst fatalistischen slawischen Elementen zur Aktivität befähigt«. Weiter heißt es in den Richtlinien: »Besonders aus diesem letzteren Grund sollen die rassisch wertvolleren Sippen dem Polentum abgeschöpft werden.« Nur der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, die NSDAP und der Sicherheitsdienst konnten die Eindeutschung »Fremdvölkischer« vorschlagen. Kriterien dafür waren:

»Die Familie muss durch Haltung, Fleiß, Sauberkeit und Gesundheit, auch bei ärmlichen Verhältnissen, aus der übrigen polnischen *und* (Hervorhebung im Original) volksdeutschen Bevölkerung hervorstechen.« Darüber hinaus müsse die »eindeutschungsfähige« Familie aber auch über »dem

Reichsdurchschnitt der gleichen sozialen Schicht stehen«. Entscheidend bewertete der RKF Aufstiegswillen und Anpassungsbereitschaft, nicht etwa Merkmale der nationalen Herkunft und Kultur. Dazu heißt es in den Richtlinien ausdrücklich: »Fehlende deutsche Sprachkenntnisse oder politische Vergangenheit sind keine Hinderungsgründe.«<sup>[235]</sup>

Geisteskranke, sozial Schwache, noch aktive Kommunisten, in sogenannter Mischehe Lebende oder sonstwie Unangepasste konnten nicht Deutsche werden. Denn dieses »Privileg« setzte auch eine medizinisch, erbbiologisch und politisch positive Prognose voraus. Sie wurden vielmehr den »rassisch Unerwünschten« zugerechnet – auch dann, wenn sie Volksdeutsche waren.<sup>[236]</sup>

Generell sollten Leute, die älter als 45 Jahre waren, nicht eingedeutscht werden. Die Begründung lautete: »Das deutsche Volk belastet sich mit derartigen Personen, nicht nur in bevölkerungspolitischer Beziehung (Hypothek des Todes nach Burgdörfer), sondern auch rein sozial. Die betreffenden Personen sind in den wenigsten Fällen voll arbeitseinsatzfähig und, da sie fast keine Nachkommen mehr erwarten lassen, nur eine überflüssige Belastung des Volkskörpers.«<sup>[237]</sup>

Die soziale Utopie des RKF war nicht in erster Linie von Deutschtümelei geprägt. Ihr oberstes Ziel war es einerseits, ein deutschsprechendes Herrenvolk zu etablieren, und andererseits, große Gruppen sogenannter minderwertiger Völker zu vernichten oder zu versklaven. Diese Völker sollten dabei auch mit Hilfe der »Abschöpfung« sogenannter »Höherwertiger« in ihrem sozialen Gefüge zerstört werden. Zugleich schwebte den Demographen des RKF vor, das hier neu gewonnene »Menschenmaterial« gegen die eigene »minderwertige« Bevölkerung im Deutschen Reich auszutauschen – wurde doch damals bereits erwogen, mehr als eine Million »Asoziale«, »Gemeinschaftsfremde« und »Bummelanten« aus dem Reich zu vernichten.<sup>[238]</sup>

Die Politik der Eindeutschung verstand Himmler als Teil jener Strategie, die er in einer Denkschrift vom Mai 1940 zusammengefasst hatte. Anders als in seinen ersten Erlassen bezog er dabei die »Eindeutschung« bereits als probates Mittel sozialer Umschichtung mit ein. In der Zwischenzeit hatte sich nämlich auch in der nationalsozialistischen Führungsspitze die Einsicht durchgesetzt, dass der Menschenbedarf für die weitreichenden imperialistischen Pläne des Deutschen Reichs nicht aus der eigenen Bevölkerung gedeckt werden konnte. Unter der Überschrift »Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten« verlangte Himmler – was Hitler ausdrücklich befürwortete –, die Bevölkerung des

Ostens in »unzählige kleine Splitter und Partikel aufzulösen«.<sup>[239]</sup> Polnische Kinder sollten zukünftig nur noch die vierklassige Volksschule besuchen dürfen und »einfaches Rechnen bis höchstens 500« lernen. Es müsse für sie, so Himmler in seiner Denkschrift, »göttliches Gebot« werden, »den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav«.

Gemeint waren mit diesen häufig zitierten Sätzen aber nicht *alle* polnischen Kinder. Himmler beabsichtigte mit diesem Verfahren auch, jene polnischen Familien auszusortieren, die ihre Kinder besser ausbilden lassen wollten, um ebendiesen Wunsch dann als Kriterium für die Eindeutschung zu nutzen. Denn in diesem Zusammenhang erörterte er auch die Methoden zur »Sichtung und Siebung der Jugend«: »Eltern, die ihren Kindern von vorneherein eine bessere Schulbildung sowohl in der Volksschule als später auch an einer höheren Schule vermitteln wollen, müssen dazu einen Antrag bei den Höheren SS- und Polizeiführern stellen. Der Antrag wird in erster Linie danach entschieden, ob das Kind rassisch tadellos und unseren Bedingungen entsprechend ist. Erkennen wir das Kind als unser Blut an, so wird den Eltern eröffnet, dass das Kind auf eine Schule nach Deutschland kommt und für Dauer in Deutschland bleibt. (...) Die Eltern dieser Kinder guten Blutes werden vor die Wahl gestellt, entweder das Kind herzugeben – sie werden dann wahrscheinlich keine weiteren Kinder mehr erzeugen, sodass die Gefahr, dass dieses Untermenschenvolk des Ostens durch solche Menschen guten Blutes eine für uns gefährliche, da ebenbürtige Führerschicht erhält, erlischt – oder die Eltern verpflichten sich, nach Deutschland zu gehen und dort loyale Staatsbürger zu werden. Eine starke Handhabe, die man ihnen gegenüber hat, ist die Liebe zu ihrem Kind, dessen Zukunft und dessen Ausbildung von der Loyalität der Eltern abhängt.«

Waren diese Kinder und möglicherweise auch ihre Eltern erst einmal in Deutschland angekommen, so sollten sie nach dem Willen Himmlers auf keinen Fall »wie Aussätzige behandelt werden«, sondern »nach Änderung ihres Namens in das deutsche Leben vertrauensvoll eingebaut werden«. Bei einer »konsequenten Durchführung dieser Maßnahmen« wäre, so meinte Himmler, nach etwa zehn Jahren in Polen nur noch eine »minderwertige Bevölkerung« übrig: ein »führerloses Arbeitervolk«, dazu ausersehen, unter strenger Leitung an den »ewigen Kulturtaten« des deutschen Volkes mitzuarbeiten.<sup>[240]</sup> Wenige Wochen nachdem er diese Denkschrift verfasst hatte, schätzte Himmler, dass etwa ein Achtel der polnischen Gesamtbevölkerung in dieser Weise »eingedeutscht« werden könne.<sup>[241]</sup>

Das Konzept wurde mit der zunehmenden militärischen Aggression erweitert: »Auch im Kaukasus und auf der Krim gibt es noch einige Reste von Goten«, bemerkte Himmler 1942 – er wolle sie »herausholen und zu

Germanen machen«. »Nach dem Krieg«, so fuhr er fort, würden »die SS-Führer nach allen Ländern von ihm geschickt werden, um dort den betreffenden Völkern das gute Blut durch die Kinder wegzuholen. Der betreffende SS-Führer würde in Zivil als hilfreicher Mann auftauchen und den Kindern irgendetwas Gutes antun, ihnen von Freiplätzen erzählen und sie dann nach Deutschland mitnehmen.«<sup>[242]</sup>

Dass Himmlers Eindeutschungspläne zunächst vorzugsweise Kindern galten, hatte mit seiner Überzeugung zu tun, junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft nur ihrer Leistung entsprechend zu fördern. Sie würden dann, so setzte Himmler voraus, den nationalsozialistischen Ideen gegenüber besonders loyal sein. In diesem Zusammenhang spielte auch das Argument der Überalterung eine Rolle: Durch die Ansiedlung von »fremdvölkischen« Kindern und Jugendlichen im Deutschen Reich sollte der Bevölkerungsaufbau zugunsten junger, leistungsfähiger Menschen verschoben und das Verhältnis von produktiver Arbeit und sozialen Lasten positiv verändert werden.

Am 12. September 1940 regelte Himmler per Erlass die »zukünftige Zusammensetzung der Bevölkerung« in den eingegliederten Ostgebieten.<sup>[243]</sup> Demnach sollten die dort lebenden Menschen in folgende vier Gruppen aufgeteilt werden:

»A« die »deutschen Volkszugehörigen«, gewissermaßen vollwertige Deutsche; »B« die »Deutschstämmigen, die wieder zu vollwertigen Deutschen erzogen werden müssen und daher nur die deutsche Staatsangehörigkeit, zunächst aber nicht das Reichsbürgerrecht besitzen«. Sie sollten »im Allgemeinen« zur Wiedereindeutschung ins Altreich deportiert werden. Zwingend schrieb der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums diese Maßnahme bei der Gruppe »C« vor, den »wertvollen Fremdvölkischen und Deutschen Renegaten, die die deutsche Staatsangehörigkeit auf Widerruf besitzen«. Der weitaus größten Gruppe »D« ordnete er »fremde Volkszugehörige« zu, »die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen«. Von diesen etwa acht Millionen polnischen Männern und Frauen sollten die »herausgesiebt« werden, die »einen wertvollen Bevölkerungszuwachs für das deutsche Volk darstellen«; ihre Zahl wurde im Voraus auf »höchstens 1 Million Menschen« begrenzt.

Auf der Basis dieser Kategorien verfügte Himmler im selben Erlass ein weiteres System zur Klassifikation: die »Deutsche Volksliste« (DVL). Sie teilte die Deutschen und die »Eindeutschungswürdigen« – also im Wesentlichen die Menschen, die den Gruppen A, B und C zugerechnet wurden – in die »Abteilungen« 1 bis 4 ein und verlieh ihnen – allerdings unterschiedliche – bürgerliche und soziale Rechte. In die Abteilungen 1 und



2 wurde eingeteilt, wer sich im »Volkstumskampf aktiv eingesetzt« oder zumindest sein »Deutschtum nachweislich bewahrt« hatte. »Deutschstämmige, die im Laufe der Jahre Bindungen zum Polentum eingegangen waren (...), aber aufgrund ihres Verhaltens die Voraussetzung dafür in sich tragen, vollwertige Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft zu werden«, wurden der Abteilung 3 zugeordnet. Dazu gehörten auch mit Deutschen verheiratete »Fremdvölkische« – allerdings nur, wenn sich nach dem Urteil der Volkstumsexperten in der »völkischen Mischehe« der deutsche Teil durchgesetzt hatte, was faktisch bedeutete, dass der Haushalt deutschen Ordnungsvorstellungen entsprach und Leistungswille erkennbar war.

Die letzte Abteilung war für sogenannte Renegaten vorgesehen, angeblich »Deutschstämmige, die politisch im Polentum aufgegangen sind«. Die Angehörigen der ersten beiden Gruppen sollten »für den Aufbau im Osten eingesetzt werden«, die der Abteilungen 3 und 4 dagegen »durch eine intensive Erziehungsarbeit im Altreich im Laufe der Zeit zu vollwertigen Deutschen erzogen bzw. wieder eingedeutscht werden«. (Dies geschah in der Regel durch Deportation der Betroffenen zur Zwangsarbeit auf deutschen Bauernhöfen.)

Den Angehörigen der Gruppe 4 der Deutschen Volksliste sollten ebenso wie »rassisch wertvollen Fremdvölkischen (Ukrainer, Großrussen, Weißrussen, Tschechen und Litauer)« die deutsche Staatsangehörigkeit auf Widerruf<sup>[244]</sup> verliehen werden. Sie unterlagen einer strengen sicherheitspolizeilichen Überwachung. Als Belohnung für Anpassung und Wohlverhalten konnten sie nach einigen Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. »Bei denjenigen, die eine Wiedereindeutschung ablehnen«, so lautete die knappe Devise, »sind sicherheitspolizeiliche Maßnahmen anzuwenden.« Sie sollten also ins KZ gesperrt oder ermordet werden. Mit den Worten Himmlers: »Alles germanische Blut zu uns – oder vernichten.«<sup>[245]</sup>

Für die eingegliederten Ostgebiete wurden in den Abteilungen 1 und 2 der Deutschen Volksliste 977000 Menschen registriert. In den Abteilungen 3 und 4 waren es zusammen 1928000: insgesamt etwa ein Drittel der Bevölkerung. Alle übrigen »Fremdvölkischen«, also die nicht in die Liste aufgenommene Mehrheit, sollten »Schutzangehörige des Deutschen Reiches mit beschränkten Inländerrechten« sein.<sup>[246]</sup> Sie waren gegenüber den Schikanen der Behörden nahezu rechtlos, auch konnten sie jederzeit ausgesiedelt werden. Legten sie entsprechendes Wohlverhalten an den Tag, konnten sie jedoch mit einem Aufstieg in der Eindeutschungshierarchie belohnt werden.



Die Zahl der Einzudeutschenden schwankte von Region zu Region stark, was aber nicht auf die Willkür einzelner Gauleiter zurückzuführen war, sondern auf unterschiedliche agrar- und industriepolitische Zielsetzungen. Auch hob der RKF, als in den letzten beiden Kriegsjahren im Reich extremer Arbeitskräftemangel herrschte, die Quoten für die Eindeutschung stark an.<sup>[247]</sup> Im Fachjargon der Bevölkerungspolitiker nannte sich dieses Verfahren Umvolkung.

## Umsiedeln im annektierten Westpolen

Um den landwirtschaftlichen Grundbesitz in den eingegliederten Ostgebieten zu konfiszieren und zu verwalten, richtete der RKF eine spezielle Abteilung ein, das Zentralbodenamt. Unterstützt wurde diese Behörde von regional arbeitenden Bodenämtern, die nach dem Überfall auf Polen bei den Einsatzstäben des Rasse- und Siedlungshauptamts der SS gebildet worden waren, um »die Rechte des Reiches auf den Boden polnischer Staatsangehöriger wahrzunehmen«. <sup>[248]</sup> Anfang 1940 übernahm der RKF die Bodenämter. Er setzte sie ein, um eine an deutschem Interesse orientierte Bodenreform durchzuführen, die den Terror der Vertreibung durch eine systematische Neuordnung der Besitzverhältnisse ergänzen sollte. In den Bodenämtern wurden spezielle Landkarten angefertigt, um landwirtschaftlichen Grundbesitz zu erfassen, der beschlagnahmt werden sollte. Auf diesen Karten waren Bodenqualität und »Volkstumszugehörigkeit« miteinander in Beziehung gesetzt, und es musste daraus »ersichtlich sein, auf welchen Böden die deutschen Bauern und auf welchen Böden die Polen sitzen«. <sup>[249]</sup> So sollte gewährleistet sein, dass gute Böden, die möglicherweise noch im Besitz von Polen waren, an Deutsche übereignet wurden. Aber auch von den schlechten Böden sollten die polnischen Bauern vertrieben werden, da diese Flächen für die Aufforstung – sprich: die »Landschaftsbildung« – vorgesehen waren. <sup>[250]</sup>

Sobald der Boden beschlagnahmt und Deportation und Ansiedlung vorbereitet waren, traten die Ansiedlungsstäbe des RKF in Aktion. Die Mitarbeiter dieser Stäbe organisierten die Einweisung der Volksdeutschen in »ihre« neuen Höfe und Häuser. Die Umsiedlerlager, in denen sie bis dahin vorübergehend gelebt hatten, waren oftmals ehemalige Heil- und Pflegeanstalten, deren Patienten zuvor ermordet worden waren. Nun erhielten die Volksdeutschen Wohnungen und Häuser, aus denen man zuvor polnische und jüdische Familien vertrieben hatte. Über die Umsiedlungspraxis gibt es eine Fülle von Berichten; einige sollen hier zitiert werden:

Der Angestellte Schick der Treuhandstelle Kattowitz berichtete von einer Umsiedlung, die er auf Einladung der SS beobachten konnte: »Am Sonntag, den 17. Mai 1942, hat der SS-Ansiedlungsstab gemeinsam mit dem Polizei-

Bataillon die Aussiedlung von ca. 700 Personen in Todygowicz vorgenommen und dafür Siedler eingesetzt. (...) Die ausgesiedelten Polen hatten lediglich eine Frist von ½ Stunde zur Räumung ihres Grundstückes und nahmen daher nur das Allernotwendigste wie Kleider, Wäsche mit, während die Möbel, Teppiche, Hausgeräte, Nähmaschinen, Klaviere zurückblieben. Die Umsiedler bekamen von Seiten der NSV neues Mobiliar geliefert und verschieben das von den Polen zurückgelassene Mobiliar.«<sup>[251]</sup>

Walter Quiring, ein Kollege des bereits erwähnten Dr. Könekamp vom Deutschen Auslandsinstitut in Stuttgart, ergänzte in seinem Bericht solche Schilderungen um Einzelheiten, die er 1940 in der Nähe von Lodz beobachtet hatte: »Die ausgesiedelten Polen kommen zunächst in Sammellager bei Litzmannstadt. Dort werden sie durchgeschleust und nach Rassewertungsgruppen eingeteilt. Etwa 8 v.H. der Gesamtzahl, die der Rassewertungsgruppe I und II, kommen ins Altreich, um dort assimiliert zu werden. 15–20% werden ins Altreich befördert, um dort als Arbeiter eingesetzt zu werden, und der Rest wird ins Generalgouvernement verbracht.«<sup>[252]</sup>

Die Polin Franciszka Jankowska gab über ihre Aussiedlung 1946 zu Protokoll: »Am 23. April 1940, es war ein Dienstag, früh morgens um 4 Uhr, als alle noch schliefen, kamen zwei in Uniform gekleidete Deutsche in die Stube. Sie befahlen uns, uns sofort anzuziehen und das Haus zu verlassen. Wir erschrakten furchtbar und ahnten, dass es sich um unsere Aussiedlung handelte. Auf einmal bemerkte ich Rauch in der Stube. Ich packte meine zwei kleinsten Kinder und brachte sie aus der Stube ins Freie. Die Kinder waren nur in ihren Hemdchen, ich hatte sie direkt aus dem Bett herausgenommen. Das Feuer verbreitete sich schnell. Die Deutschen begannen auf das brennende Haus zu feuern, sie schossen in das Feuer hinein, bestimmt wollten sie meinen Mann töten. Von unserem Nachbarn Jacob Pszczółkowski habe ich erfahren, dass mein Mann nicht geflohen, sondern getötet worden ist. Ich wurde mit meinen vier Kindern zusammen mit anderen Ausgesiedelten nach Lodz in ein Lager innerhalb einer Fabrik transportiert. Beim Verlassen des Lagers gab man uns 20 Złoty pro Person. Ich blieb mit meinen Kindern ohne Lebensunterhalt und war auf die Hilfe der örtlichen Bevölkerung angewiesen.«<sup>[253]</sup>

Eine solche Vertreibungsaktion beschrieb Könekamp aus deutscher Sicht so: »Im Lager weit draußen vor der Stadt rollten nacheinander etwa 20 Omnibusse mit zusammen 700 Evakuierten an. Aus den Wagen quillt es förmlich heraus, mit Koffern, Rucksäcken, in Leintüchern verpackten Ballen, Kinderwagen und Kinderspielzeug, Essgeschirr, Mänteln und

Decken. Es regnet unaufhörlich. Wir stehen in aufgeweichtem Boden. Einige Lampen erhellen notdürftig die Szene. Kinder, aus dem Schlaf gerissen und verstört, weinen. Wir sehen alte Frauen mit 80 und 90 Jahren. Einen Mann mit dem Band des E. K. II, einen deutschen Studienrat, der seinerzeit für Polen optiert hat, wir sehen unsere Gräfin, Damen im Halbschleier und feinem Pelz. Hier vollzieht sich an dem einzelnen Polen, vor allem an der führenden Schicht, ein unerbittliches, aber gerechtes Schicksal.«<sup>[254]</sup>

Nach der gewaltsamen Aussiedlung wurden so schnell wie möglich Volksdeutsche »eingesiedelt«. Davon berichtete Walter Quiring: »Besonders eindrucksvoll war für mich die Ansiedlung in Janowice (Kreis Lentschütz). Der Ansiedlungsstab schickte mir um ½ 5 Uhr einen Wagen, um mich mitzunehmen. (...) Unser erstes Ziel ist das Transportlager in Zgierz. Vor dem Tor steht eine Reihe brauner KdF-Omnibusse. Gerade wird das Gepäck verladen. Die Ansiedlungs-Anwärter sitzen im Saal einer Schule beim Frühstück. Jeder Familienvater hat ein weißes Papierschild mit der Nummer seines Hofes um den Hals gehängt (es sind bereits die Nummern von 1441 aufwärts). Ich unterhalte mich mit den Kolonisten. Einer der Umsiedler, Selent, hat den Feldzug in der Mandschurei 1904/5 mitgemacht. Seine Familie wurde 1915 nach Sibirien verschickt, während er als russischer Soldat an der Front Dienst tat. Nach dem Kriege ging er für einige Jahre nach Amerika, um seinen Hof in Wolhynien wieder aufbauen zu können. (...) Wir brechen mit der zweiten Gruppe auf. Die Leute werden in der Reihenfolge ihrer Hofnummern verfrachtet. (...) An einem Gut treffen wir auf halbem Wege das Polizeikommando von etwa 50 Mann, das hier nachts gearbeitet hat. – Vorn taucht Janowice auf. (...) Dann kommen die ersten Wagen. Nr. 1441. Ein älterer, blasser, gesundheitlich recht heruntergekommener Bauer. ›Das hier ist Ihr Hof‹, sagt ihm der SS-Mann. Eine kleine, blau angestrichene Polenkate ist es. Der Bauer, so scheint mir, wird noch um einen Ton blasser. Langsam geht er auf das hohe Holztor zu. Seine Frau bleibt wie angewurzelt auf dem Wagen sitzen. ›Und der zweite Hof dort, jener Nachbarhof, gehört auch Ihnen ...‹, fährt der SS-Mann fort. ›Das ist etwas anderes‹, scheint er zu denken. Ich gehe mit den Leuten durch das Haus. Langsam wandern sie von Raum zu Raum, sehen sich alles umständlich an. Niemand spricht ein Wort. Nur ab und zu zeigt der Bauer auf einen Gegenstand und sagt zu seiner Frau. ›Schau!‹ Wir wünschen den Leuten Glück und Segen und gehen hinüber in das nächste Haus.«<sup>[255]</sup>

An der praktischen Durchführung der Ein- und Aussiedlungspolitik waren sowohl die Partei als auch das Reichssicherheitshauptamt beteiligt. Die NSDAP sah sich dabei über die Volksdeutsche Mittelstelle (VoMi)

vertreten, die sie 1936 gegründet hatte, um die Volksdeutschen im Ausland politisch besser einbinden zu können.<sup>[256]</sup> Die VoMi wurde von SS-Obergruppenführer Werner Lorenz geleitet.<sup>[257]</sup> Sobald die »Rücksiedlungen« der Auslandsdeutschen begannen, wurde der Apparat der VoMi stetig vergrößert. Im Juni 1941 war sie dann zum SS-Hauptamt geworden. Das Reichssicherheitshauptamt agierte in der Umsiedlungspolitik über zwei Institutionen: die Einwandererzentrale (EWZ), zuständig für die Einbürgerung und Ansiedlung der Volksdeutschen aus dem Ausland, und die Umwandererzentrale (UWZ), zuständig für die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung. Auf den wichtigsten Posten beider Einrichtungen saßen Mitarbeiter des SD. Die EWZ unterstand SS-Standartenführer Dr. Martin Sandberger,<sup>[258]</sup> der zugleich stellvertretender Gruppenleiter im RSHA war und später Massenerschießungen in der Sowjetunion befehligte.<sup>[259]</sup> Leiter der UWZ Litzmannstadt war Hermann Krumey, ein enger Mitarbeiter Eichmanns.

Bei aller scheinbaren Unübersichtlichkeit der an der Volkstumspolitik beteiligten Zentralen, Stellen, Stäbe und Ämter bestanden meist sehr direkte Verbindungen. Häufig waren Volkstumsexperten bei mehreren Institutionen gleichzeitig angestellt, was die Koordination erleichterte, oder ein Fachmann übernahm in Personalunion die Leitung mehrerer Ämter und Gremien. So war etwa der Leiter der Gesundheitsstelle der UWZ, der Arzt und SS-Obersturmbannführer Ernst Fähndrich, zugleich Chef der Hauptabteilung Menscheneinsatz des RKF. Darüber hinaus fungierte er als Verbindungsmann der RKF-Zentrale zu Heydrich. In der UWZ beaufsichtigte er unter anderem die ärztliche Begutachtung der Menschen in den Umsiedlerlagern und die »ärztliche Schlussbeurteilung der Familien«. Als RKF-Abteilungsleiter führte er beispielsweise bei einer Konferenz am 30. Oktober 1940 den Vorsitz, an der Vertreter des Auswärtigen Amts, des RSHA (Eichmann), der VoMi und der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft teilnahmen. Thema war, wie jüdische Reichsangehörige behandelt werden sollten, die im Protektorat oder der Sowjetunion lebten, da »seitens des Reichs ein Interesse bestände, die in jüd. Händen befindlichen Vermögenswerte nicht den Sowjetrussen zu überlassen«.<sup>[260]</sup>

Zur »vermögensrechtlichen Betreuung« der umgesiedelten Volksdeutschen hatte der RKF im Oktober 1939 die Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m.b.H. (D. U. T.) gegründet. Ihre Tätigkeit war »vielfältiger Natur«, laut Satzung sollte sie aber besonders auf »eine ordnungsgemäße Verlagerung des Besitzstandes der Umsiedler vom Herkunftsland in das neue Siedlungsgebiet« gerichtet sein. Bis Ende 1940 waren bereits eine halbe Million Auslandsdeutsche »auf dem Weg in die Heimat« und wurden

von der D. U. T. »betreut«. Deren letzter Geschäftsbericht (für das Jahr 1943) schließt mit einer Bilanzsumme von einer halben Milliarde Reichsmark ab. Die 1700 Beschäftigten der Gesellschaft hatten bis zum 31. 12. 1942 genau 806106 »betreute Umsiedler« gezählt, denen sie »Objekte aus eingezogenem Judenvermögen« vermacht oder Möbel und Hausrat »aus polnischem und jüdischem Besitz überlassen« hatten.<sup>[261]</sup> Zusätzlich notwendigen Hausrat beschlagnahmte der RKF zum Beispiel im Ghetto Lodz, wo er auch bis 1944 neue Möbel anfertigen ließ.<sup>[262]</sup>

Das System funktionierte wie folgt: Das Auswärtige Amt schloss mit den baltischen Republiken, der Sowjetunion und Rumänien bilaterale Verträge, die die Aussiedlung der Volksdeutschen regelten. Der RKF siedelte diese deutschen Familien, deren Vorfahren in den vorangegangenen Jahrhunderten nach Ost- und Südosteuropa ausgewandert waren, in das annektierte Westpolen um. Ihr in der alten Heimat zurückgelassenes Vermögen wurde durch die D. U. T. geschätzt, und der Herkunftsstaat musste es pauschal an das Deutsche Reich bezahlen, zumeist in Form von Rohstoff- und Nahrungsmittellieferungen. Eigentlich hätte nun der deutsche Fiskus den Umsiedlern ihr Vermögen wieder ausbezahlen müssen, tatsächlich aber verbuchte dieser die Einnahmen aus dem Umsiedlergeschäft für sich und »entschädigte« die Umsiedlerfamilien mit dem geraubten Vermögen der vertriebenen jüdischen und polnischen Bevölkerung. Der deutsche Staat und die für die Rohstoff- und Lebensmittelimporte verantwortliche Vierjahresplanbehörde verdienten also an diesem Dreiecksgeschäft, dessen Basis die Vertreibung war. Als Beispiel mögen die Verhandlungen über einen Umsiedlungsvertrag mit Rumänien dienen. Dabei ging das Auswärtige Amt von rund 50 Millionen Reichsmark aus, die die Umsiedler an Vermögenswerten in Rumänien zurücklassen und für die nun entsprechende Mengen Erdöl geliefert werden müssten.

Ende 1942 berichtete der RKF an Hitler »über den Stand der Umsiedlung«: »Für die Aufgaben des Reichskommissars wurden bisher rund 770 Millionen Reichsmark aus Reichsmitteln benötigt. Weitere 225 Millionen Reichsmark wurden über die deutsche Siedlungsbank für die Herrichtung und Ausstattung der Siedlerhöfe in den eingegliederten Ostgebieten aufgewandt. Im Wesentlichen wurde die Wiederansiedlung durch entschädigungslose Verwertung früher fremdvölkischen Vermögens – also ohne Inanspruchnahme von Reichsmitteln – finanziert.«<sup>[263]</sup> Die Bilanzsumme der D. U. T. weist einen Teil dieser Millionengewinne aus. Außerdem fungierte die D. U. T. als Bank für die besonderen Zwecke des Umsiedlungsgeschäfts.<sup>[264]</sup> Sie erleichterte den Siedlern den Neuanfang mit Krediten und wachte darüber, dass der neu zugewiesene Besitz der

Umsiedler in etwa dem entsprach, den sie zurückgelassen hatten.

D. U. T. und RKF arbeiteten eng mit der HTO, der Haupttreuhandstelle Ost, zusammen. Während der RKF das land- und forstwirtschaftliche Vermögen beschlagnahmte und verwertete, tat dies bei gewerblichen und industriellen Vermögen die Haupttreuhandstelle Ost. Sie war eine Gründung der Vierjahresplanbehörde und blieb als eigene Geschäftsgruppe fester Bestandteil dieser Institution.<sup>[265]</sup> Die HTO verwaltete die von ihr beschlagnahmten Betriebe kommissarisch und übereignete sie neuen Besitzern; allerdings nur dann, wenn Betriebsprüfer die Objekte im Sinne deutscher Produktivitätskriterien als lohnend eingestuft hatten. Für den städtischen Grundbesitz gründete sie eine eigene Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die GHTO. Die Vierjahresplanbehörde war über ihren verlängerten Arm HTO an zahllosen »Entjudungs«- und Deportationsvorgängen unmittelbar beteiligt. Der RKF suchte die neuen Besitzer für Betriebe und Liegenschaften aus und zum Teil auch Arbeitskräfte für die enteigneten Firmen, er stellte neue Mieter und Hauseigentümer. HTO und RKF gaben gemeinsam die Reihe »Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des deutschen Reiches« heraus, von der mehr als zehn Hefte erschienen.<sup>[266]</sup> Vor allem anderen aber verband die HTO ökonomische Interessen mit der praktischen Siedlungspolitik: Sie stellte ihre »gesamte Arbeit unter den Grundgedanken, die wehrwirtschaftliche Macht des Deutschen Reiches in besonderem Maße zu stärken« und die »Erkenntnisse des Vierjahresplanes« zu verwirklichen.<sup>[267]</sup>



## »Vernünftiger Gesamteinsatz«

Die bevölkerungs- und strukturpolitischen Konzeptionen erarbeitete ein spezielles Planungsamt innerhalb des RKF. Dessen Leitung hatte Himmler dem Berliner Agrar- und Raumordnungsfachmann Professor Konrad Meyer übertragen. Er beriet Himmler in allen agrar- und siedlungspolitischen Fragen und verband »in idealer Weise Fachkönnen und nationalsozialistisches Führertum«. <sup>[268]</sup> Meyers Aufstieg verlief parallel zur Etablierung der neuen Fachdisziplin Raumplanung und Raumordnung an den deutschen Hochschulen. Als ordentlicher Professor an der Berliner Universität und Direktor des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik leitete er die 1936 in Zusammenhang mit dem Vierjahresplan gegründete Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung (RAG) bis zum Jahr 1940. Die RAG entwickelte die Raumordnung zu einem wissenschaftlich fundierten politischen Instrument staatlicher Planung. Sie gewann erheblichen Einfluss, und Hitler ordnete sie schließlich dem Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten zu, dessen Entscheidungen er in besonderer Weise überwachte. Dort war neben der RAG auch die mit exekutiven Funktionen ausgestattete Reichsstelle für Raumordnung angesiedelt, die Hitler unmittelbar unterstand. Ein Erlass des Führers räumte der Reichsstelle weitgehende Vollmachten ein für »die zusammenfassende, übergeordnete Planung und Ordnung des deutschen Raumes«. <sup>[269]</sup>

Nach Meyers Überzeugung gehörte die »Planung zum Wesen nationalsozialistischer Politik«. Sie sei, nachdem man ihr einige Jahre recht skeptisch gegenübergestanden habe, nun »Ausdrucksform und Teilerscheinung unserer nationalsozialistischen Führungsordnung«: »Sie erstrebt über die totale Ordnung von Raum und Wirtschaft die Schaffung eines gesunden Volksgefüges.« In einer Grundsatzrede aus dem Jahr 1941 sagte er weiter: »Unsere Planung kann auch auf die wissenschaftliche Mitarbeit und die dauernde engste Verbindung mit den Hochschulen nicht verzichten. Ich meine allerdings nicht eine wertfreie, voraussetzungslose Wissenschaft – sie ist gerade für unsere Zwecke wertlos –, sondern diejenige, die ihren Lebenssinn im Dienst am Volk und in der Hinwendung zu den Kräften des Blutes und des Bodens erblickt. Wir brauchen für die

Planung eine Wissenschaftshaltung, die nicht so sehr nach abstrahierender Verallgemeinerung ihrer Erkenntnisse strebt, als nach konkreter Situationsverbundenheit ihrer Ergebnisse, eine Wissenschaft, die auch nicht immer nur rückwärtsgerichtet das Geschehene registriert, sondern vorausschauend und konstruktiv am Geschehen mitwirkt. (...) Der Nationalsozialismus ist angetreten mit der schärfsten Ablehnung des liberalen Prinzips der Selbstregelung und Freizügigkeit aller Kräfte. Im revolutionären Anspruch hat er den Grundsatz der Ordnung und planvollen Gestaltung aller Lebensgebiete der Nation erhoben. An die Stelle des ›laisser-faire, laisser-aller‹ ist bewusst die Forderung nach Zusammenfassung aller Einzelkräfte, ihrem vernünftigen Gesamteinsatz und ihre Ausrichtung auf die höhere verpflichtende Idee des volklichen Gemeinwohls getreten.«<sup>[270]</sup>

Im Sommer 1942 wurde Meyer in Personalunion Planungsbeauftragter für die Siedlungs- und Landesneuordnung beim Reichsleiter für Agrarpolitik, beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, beim Reichsbauernführer und Leiter des Siedlungsausschusses für die besetzten Ostgebiete. Ihm oblag es, die grundlegende Planung für alle beteiligten Behörden zu erarbeiten und die Pläne der einzelnen Institutionen aufeinander abzustimmen und mit der Um- und Aussiedlungspolitik der SS zu koordinieren.<sup>[271]</sup> Der Diplomlandwirt und SS-Untersturmführer Friedrich Kann – als Siedlungsexperte beim Rasse- und Siedlungshauptamt der SS beschäftigt – war von 1943 an sein Vertreter in der Raumordnungsabteilung des Reichsernährungsministeriums. Gleichzeitig vertrat Kann den Reichsbauernführer in der Planungsabteilung des RKF.<sup>[272]</sup>

Praktisch nutzte der RKF von Anbeginn fast alle zivilen und wissenschaftlichen Planungseinrichtungen als Unterbau. Meyer verabredete zwischen der Reichsstelle für Raumordnung und dem Planungsamt des RKF eine »enge Gemeinschaftsarbeit«. Dabei sollten sich sowohl die Zentralen beider Institutionen als auch ihre nachgeordneten Dienststellen »laufend aufeinander abstimmen«. <sup>[273]</sup> Die Zusammenarbeit zwischen der zivilen Reichsstelle für Raumordnung und dem mit besonderen exekutiven Möglichkeiten ausgestatteten Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums führte dazu, dass sich die Logik der Planer immer einfacher durchsetzen konnte, ihre Entwürfe immer rücksichtsloser wurden.<sup>[274]</sup>

Im Januar 1940 gab das Planungsamt des RKF ein erstes Konzeptionspapier über den »Aufbau der Ostgebiete« heraus. Das Motto lautete: »Die Wehrmacht hat mit ihrem Kampf die Grundlagen für eine neue Ordnung geschaffen, aber damit ist der Kampf noch nicht beendet. (...) Ja,

der Kampf beginnt erst richtig, wenn die Geschütze schweigen.«<sup>[275]</sup> Die Planungen sahen vor, den deutschen Bevölkerungsanteil von 11 auf 50 Prozent zu heben, in den landwirtschaftlichen Gebieten sogar auf 70 Prozent. An der Ostgrenze sollte ein »Wall deutschen Volkstums in Gestalt eines tiefgestaffelten Gürtels germanischer Bauernhöfe« errichtet werden. Der Agrarfachmann Meyer dachte eingehend über die landwirtschaftliche Siedlungs- und Besitzstruktur nach, selbst über die Zahl der Kühe, Schweine, Ziegen und Hühner, die den neu Angesiedelten mitgegeben werden sollten. Ebenso ließ er detaillierte Pläne ausarbeiten über die Elektrifizierung der neuen Dörfer und den »umfangreichen Einsatz« elektrischer Geräte.<sup>[276]</sup> In den Städten beabsichtigte er eine »völlige bauliche Neugestaltung und eine Verstärkung des klein- und mittelstädtischen Bevölkerungsanteils«. Die »Allgemeinen Grundlagen« dieses Plans geben ein Bild davon, mit welcher Menschenverachtung dabei vorgegangen wurde: »Es wird im Folgenden vorausgesetzt, dass die gesamte jüdische Bevölkerung dieses Gebietes von rund 560000 Menschen bereits evakuiert ist bzw. noch im Laufe dieses Winters das Gebiet verlässt. Es ist daher praktisch mit einer Bevölkerung von 9 Mill. zu rechnen. (...) Die Wiederherstellung des Status von 1914 würde bedeuten, dass man zunächst die Zahl der jetzt in diesem Gebiet lebenden 1,1 Mill. Deutschen um 3,4 Mill. auf 4,5 Mill. vermehrt und Zug um Zug 3,4 Mill. Polen abschiebt. (...) Für die weitere Planung des gesamten Neuaufbaus ist aus allgemeinen volks- und wirtschaftspolitischen Gründen eine durchschnittliche Bevölkerungsdichte von 100 je qkm, wie sie heute – allerdings bei einer bevölkerungsmäßig übersetzten Landwirtschaft – vorliegt, zugrunde gelegt. (...) Aus diesem Grunde muss also das Ostgebiet aufgebaut werden als ein gemischt agrarisch-industrielles Gebiet mit einer ähnlichen Sozial- und Wirtschaftsstruktur, wie sie beispielsweise die gesündesten Gebiete Bayerns und unsere Nordwestprovinz Hannover besitzen.«<sup>[277]</sup>

Diese Konzeption veränderten Meyer und seine Mitarbeiter im Laufe des Jahres 1940. Statt für einen einzusiedelnden Deutschen einen Polen auszusiedeln hieß es in den Richtlinien für »Ansiedlung und Evakuierung in den eingegliederten Ostgebieten für das Jahr 1941«: »Nach den bisherigen Planungen sollen bei der Evakuierung im Reichsgau Danzig-Westpreußen für einen Ansiedler 2 Personen evakuiert werden (...). Im Warthegau sollen für einen Ansiedler 2–3 Polen, in Oberschlesien 4–5 Polen, für einen städtischen und handwerklichen Ansiedler 3 Polen evakuiert werden.« Schon 1940 waren mehr als 300000 Menschen vertrieben worden, 1941 sollten es mehr als 800000 sein. Dabei sollte anstelle von 280000

Vertriebenen überhaupt niemand neu angesiedelt werden, da ihre Vertreibung der Wohnraumbeschaffung, der Erweiterung von KZ-Lagern und Truppenübungsplätzen sowie der »Besserstellung« eingesessener Volksdeutscher dienen sollte.<sup>[278]</sup>

Konrad Meyer war für die RKF-Planung im Reich und in den besetzten Ländern zuständig. Schon während der Vorbereitung des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion befasste er sich aber auch mit Gebieten, die die Wehrmacht noch gar nicht erobert hatte. 1941 erstellte er in seiner Planungsabteilung den erweiterten »Generalplan Ost«. Er teilte Polen und die gesamte Sowjetunion in Ansiedlungs- und Aussiedlungszonen ein. Nicht mehr Hunderttausende, sondern mehr als 200 Millionen Menschen wurden in diesem Plan zu Objekten von Raumordnung und Eindeutschung, in ihrer übergroßen Mehrheit aber zu Opfern von Sklaverei, Verschleppung, Hunger und Mord.

In der Siedlungsplanung für die eingegliederten Ostgebiete wandte der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums ein neues Konzept der Raumplanung praktisch an, das bis heute zum Standardrepertoire der Landschafts- und Verwaltungsplaner gehört: das Modell der Zentralen Orte. Die Idee stammte von dem Geographen Walter Christaller, der diese Theorie 1933 am Beispiel Süddeutschlands dargelegt hatte. Mit ihrer Hilfe sollten Verwaltungs- und Versorgungsstrukturen in ländlichen Regionen hierarchisiert und aufeinander abgestimmt werden, um sie effizienter zu gestalten. Dieses Konzept hat folgende Struktur zum Ziel: Um eine zum »Hauptzentrum« deklarierte Gemeinde werden in einem bestimmten Radius »Mittelzentren« angelegt, die wiederum von »Unterzentren« umgeben sind. Je nach »Zentralitätsgrad« (damals errechnet anhand der Zahl der Telefonanschlüsse) werden diesen Orten dann in unterschiedlicher Weise Produktionsstätten, Handels- und Handwerksbetriebe, Verkehrs- und Verwaltungseinrichtungen, Dienstleistungsbetriebe und gegebenenfalls Schulen und Krankenhäuser zugeteilt.<sup>[279]</sup> Seit 1940 arbeitete Christaller im Rahmen des »kriegswichtigen Forschungsprogramms Deutscher Osten« an der Realisierung seines Modells für die Ostgebiete.<sup>[280]</sup>

Anhand dieses Systems wurden die geschichtlich gewachsenen Siedlungsverhältnisse zunächst auf dem Reißbrett zerstört und eine neue Raumordnung konzipiert, in der Menschen nur noch als ein Faktor unter vielen vorkamen, so veränderbar wie die anderen Faktoren auch: »Wird ein Gebiet gleichmäßig von regelmäßig verteilten zentralen Orten eines bestimmten Ranges versorgt, so haben diese zentralen Orte untereinander gleiche Abstände, sie bilden also gleichseitige Dreiecke. Diese Dreiecke

schließen sich zu regelmäßigen Sechsecken zusammen, wobei der zentrale Ort in der Mitte des Sechsecks einen höheren Rang einnimmt. (...) Das Bestreben einer Raumordnung aber ist dahin gerichtet, in unzweckmäßige, veraltete und willkürliche Formen der Städte oder Verkehrsnetze Ordnung hineinzubringen, und diese Ordnung kann nur nach einem idealen Plan – im Raume also nur nach einem geometrischen Schema – verwirklicht werden.« »Raumgesetze« und »Raumhierarchie« standen bei Christaller gegen »Raumanarchie«. Indem er die Landkarte mit Drei- und Sechsecken überzog, entdeckte er Stellen, an denen es ihm »unbedingt notwendig« schien, »hier eine Stadt mit wenigstens 25000 Einwohnern zu schaffen«. Da sich an dem von Christaller berechneten Ort nichts fand, kam entsprechend seiner Planungsgeometrie »wohl nur eine vollständige Neugründung« in Betracht. Dabei sah er zugleich für drei andere Städte ein »Abwerten auf typische Größe« vor. Zwischen Radom und Kielce fehlte noch eine Stadt mit 300000 Einwohnern, Oberschlesien brauchte noch ein »Düsseldorf oder Köln« als »Kulturmetropole« mit 450000 Einwohnern – eine Stadt, durch die gleichzeitig »eine Brücke Breslau–Wien geschlagen wäre«. [\[281\]](#)

## Atomisierung und soziale Hierarchie

Die grundlegende Neuplanung der Siedlungsstruktur und die fortlaufende Selektion der Menschen, des »Siedlermaterials«, wie es im Jargon des RKF hieß, sollten die deutsche Herrschaft in den neu eroberten Teilen Osteuropas langfristig sichern. Von der Arbeit des RKF im Warthegau berichtete Gerhard Ziegler, Landesplaner in Schlesien, nach einer Besichtigungsreise: »Das Rückgrat der Siedlung bilden die im Warthegau vorhandenen Schlesier und Pommern, die nunmehr künstlich verstärkt und in sich verzahnt werden. (...) Im Osten und an der gefährdeten Westgrenze werden die Volkstums- und haltungsmäßig besten Siedler angesetzt. Galizier sind am besten, aber auch am verwöhntesten. Wolhynier sind zuverlässiger. (...) Grundsätzlich werden keine Dorfgemeinschaften geschlossen verpflanzt. Andererseits werden sie auch nicht zerschlagen, sondern in Siedlerblocks aus je etwa 10 Familien (...) möglichst nebeneinander angesetzt.« Auf diese Weise sollten »völlig neue Siedlungs-Zellen entstehen« und »stammesgleiche Siedler« sich an andere »Stämme« gewöhnen und in sie einheiraten. Laut Anordnung Himmlers durfte nur ein Viertel der Dörfer mit umgesiedelten Auslandsdeutschen »besetzt« werden, damit »der Rest nachher aus reichsdeutschen Siedlern aufgefüllt werden kann«. [\[282\]](#)

Bis dahin aber wurden die Auslandsdeutschen erst einmal in Lagern untergebracht, wo sie darauf zu warten hatten, dass ihnen neue Siedlerstellen zugewiesen wurden. In Litzmannstadt, wo das Zentrallager für Umsiedler in einer »nunmehr umzäunten früheren jüdischen Wochenendortschaft eingerichtet« war, [\[283\]](#) arbeiteten »etwa 1000 Mann« – Studenten, [\[284\]](#) Angehörige der Volksdeutschen Mittelstelle und Vertreter der SS (darunter Josef Mengele [\[285\]](#)) in einem »Aufbaustab« an der Erfassung und rassischen Klassifizierung des »Siedlermaterials«: Die Menschen wurden so nach ihren Heimatgemeinden im Ausland, nach ihrer sozialen Struktur, ihren Besitzverhältnissen, ihrem »politischen Aufbau« und nach ihrem Gesundheitszustand in verschiedene Kategorien eingeteilt und neu verteilt. »Die 3. Klasse wird grundsätzlich zerschlagen, während ausgezeichnete Dörfer der 1. Klasse wieder geschlossen angesetzt werden.« [\[286\]](#)

Anhand von Richtzahlen und Zielbildern errechneten die Raumplaner den



optimalen Bevölkerungsaufbau. Je nach Bodenqualität setzten sie die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten pro Quadratkilometer fest. Daraus wiederum leiteten sie die optimale Zahl der »nicht-landwirtschaftlichen Berufszugehörigen« ab. Als Richtwert galten »die vom Reichskommissar vertretenen Dorfgrößen von 400 bis 500 Einwohnern«, wobei es allerdings vorkommen könne, »dass aufgrund der natürlichen Gegebenheiten und des vorhandenen und erhaltungswürdigen Siedlungsaufbaues von den Richtlinien abgewichen werden muss«. [\[287\]](#)

Soweit mittelständische Betriebe in den neuen Siedlungszonen aufgebaut werden sollten, hatten die jeweiligen Berufs- und Standesverbände ein Recht auf Mitsprache. [\[288\]](#) Für die Einrichtung neuer Handwerks- oder Handelsbetriebe galten strenge Bestimmungen. Bevor ein Siedler die Genehmigung erhielt, einen Betrieb zu gründen, mussten die regionale Handwerkskammer beziehungsweise die Industrie- und Handelskammer gehört werden, aber auch der RKF, die HTO und der Siedlungsreferent des Oberkommandos der Wehrmacht. [\[289\]](#)

Die Kategorisierung von Menschen war also nicht nur Prinzip des RKF für das Aussiedlungs- und das Eindeutschungsverfahren. Mit weniger schweren Folgen galt sie auch für Volksdeutsche, die – vom Südtiroler bis zum Wolhyniendeutschen – in mehr oder weniger brauchbares »Siedlermaterial« eingeteilt und dementsprechend bevorzugt, benachteiligt und schließlich unter ganz unterschiedlichen Bedingungen und möglichst gemischt neu »angesetzt« wurden. Nach der Besetzung der westlichen Sowjetunion schickte der RKF »schlechtes Siedlermaterial«, überwiegend Fürsorgeempfänger und Leute, »die im Reich nicht eingesetzt werden konnten«, in der Sprache des RKF also »nicht die brauchbarsten Elemente«, umstandslos in ihre sowjetischen Herkunftsgebiete zurück. [\[290\]](#)

Hier wird sichtbar, wie die Menschen aus ihren gewachsenen Lebensumständen herausgerissen und ihre traditionellen Bindungen möglichst vollständig zerstört wurden. Die »Gestaltung ihrer neuen Lebensräume« erfolgte künstlich, ihre soziale Zusammensetzung nach sozialwissenschaftlichen Kriterien. Dahinter stand – ganz im Gegensatz zum Schein der nazistischen Ideologie – die Absicht, eine Gesellschaftsstruktur zu schaffen, innerhalb derer der einzelne Mensch hochgradig mobil und verfügbar war: herausgelöst aus Tradition und vertrauter Umgebung, dafür dem nationalsozialistischen Staat verbunden, anpassungsfähig an die raschen Veränderungen einer Industriegesellschaft.

Zu dieser Politik gesellschaftlicher Atomisierung gehörte es auch, die Bevölkerung im Deutschen Reich nach zuvor festgelegten Kriterien



einzuteilen. Der Umbau der sozialen Pyramide im Osten sollte nach den Vorstellungen der Meyer'schen Planungsabteilung auch auf die Verhältnisse im Reich zurückwirken. Wie dies im Einzelnen aussah, sei hier anhand der »Richtlinien für die Beurteilung der Erbgesundheit« vom 18. Juli 1940 demonstriert.<sup>[291]</sup> Herausgegeben und veröffentlicht hatte sie die Abteilung für Gesundheitswesen und Volkspflege des Reichsinnenministeriums, die damals zugleich für die Zwangssterilisationen und für den Mord an Psychiatriepatienten mitverantwortlich zeichnete. Die Richtlinien standen in einem inneren Zusammenhang mit der Politik des RKF. Darin spielten nämlich die sogenannten Neubauern, die in den neu eroberten Räumen siedeln sollten, eine besondere Rolle. Die Richtlinien sahen vor, die deutsche Bevölkerung in vier Kategorien einzuteilen:

Die unterste Gruppe bildeten die »asozialen Personen«. Diese Leute und deren Kinder – von Familien war in den Richtlinien nicht die Rede – waren »von allen in Frage kommenden Maßnahmen und dem Bezug jeder Zuwendung auszuschließen«. Die nächsthöhere Gruppe wurde »zwar nicht als Gewinn für die Volksgemeinschaft angesehen«, aber immerhin ließ das Innenministerium für diese Deutschen die Bezeichnung Familie zu, weil sie für die Volksgemeinschaft »voraussichtlich keine ernstliche Belastung darstellen würde«. Jedoch lagen die dieser Gruppe zugerechneten Deutschen »hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit deutlich unter der Norm«. Der Erlass stufte sie daher als »noch tragbar« ein. Bislang empfangene Unterstützung sollte nicht gestrichen, neue aber nicht gewährt werden. »Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitszustandes« – hier waren insbesondere Kuraufenthalte zur Heilung von Tuberkulose gemeint – kamen danach nur in Einzelfällen in Frage. Die Verfasser dieser Richtlinien hatten dabei wohl die Möglichkeit, »asoziale Personen« einfach zu töten, nicht ausgeschlossen. Denn während sie für die »noch Tragbaren« ausdrücklich die Zwangssterilisierung erörterten, fehlt dieser Hinweis für die »Asozialen«. Über diesen beiden untersten Gruppen stand die große Zahl der in den Richtlinien so genannten Durchschnittsbevölkerung. Und darüber thronte die kleine Gruppe der »erbbiologisch besonders hochwertigen« Personen. Für diesen privilegierten Status musste sich die Mehrzahl der Familienangehörigen nicht durch germanisches Äußeres auszeichnen, sondern durch »berufliche Leistung und sozialen Aufstieg«.

Es ist nicht zu übersehen: Der Begriff »Erbgesundheit« im Titel der Richtlinien steht für etwas anderes. Weder Erbanlagen noch Gesundheit werden darin als Voraussetzung genannt. Vielmehr ging es ausdrücklich um eine soziale Gliederung der deutschen Bevölkerung und um die Möglichkeit – ähnlich wie im Osten, aber in viel kleinerem Maßstab und

vorsichtiger –, ihre Sozialstruktur zu steuern. Der Bevölkerungsgruppe der »Durchschnittlichen« eröffneten diese Richtlinien, auch das ist für den Nationalsozialismus bezeichnend, die Möglichkeit, aufzusteigen und sich jenseits der traditionellen Klassenschränken zu etablieren, wie Himmler es ausdrückte: »Gelöst ist auch das Problem der Klassen und Stände. Nicht Stand und Abstammung sind entscheidend, sondern der Wert und die Leistung!«<sup>[292]</sup> Dazu brauchte man allerdings sozialpolitischen Spielraum. Da er nicht durch eine prinzipielle Änderung der Eigentumsordnung gewonnen werden konnte, wurde er auf Kosten der Menschen in den neu eroberten Gebieten geschaffen: indem man sie diskriminierte, enteignete und vertrieb.

Wenn auch ideologisch verschleiert, so deutete Konrad Meyer die sozialpolitischen Ziele der Neuordnung auch öffentlich an. Unter dem Titel »Der Osten als Aufgabe und Verpflichtung des Germanentums« schrieb er zusammenfassend: »Es geht also um die Sammlung und Verdichtung der positiven Kräfte und die Ausschaltung der ordnungsfeindlichen, um eine sorgfältige Auslese nach volkspolitischen Gesichtspunkten und Leistungsgrundsätzen, damit Arteigenes verfestigt und Wertvolles planmäßig gewonnen wird.«<sup>[293]</sup> Das gesamte Konzept fand Himmlers uneingeschränkte Zustimmung. Er bewunderte vor allem dessen wissenschaftliche Fundiertheit: »Die Umsiedlung erfolgt auf Grund neuester Forschungsergebnisse und wird revolutionäre Ergebnisse bringen, weil sie nicht nur Volkskontingente verpflanzt, sondern auch die Landschaft völlig umgestalten wird.«<sup>[294]</sup>

## Planungsgebiet Auschwitz

Wie solche Konzepte in die Praxis umgesetzt wurden, sei am Beispiel Oberschlesiens gezeigt. Wegen ihrer großen Kohlevorkommen und weil sie zunächst als bombensicher galt, war diese Region für die deutsche Kriegswirtschaft von erheblicher strategischer Bedeutung. Die Pläne zur weiteren Entwicklung des »zweiten Ruhrgebiets« sahen nicht nur eine weitgehende soziale »Umschichtung« der Bevölkerung vor, sondern auch den Ausbau des Konzentrationslagers Auschwitz.

Im September 1940 wurde Dr. Fritz Arlt<sup>[295]</sup> Beauftragter für die Festigung deutschen Volkstums in Oberschlesien – jener Soziologe und Bevölkerungswissenschaftler Arlt, der zuvor für die Rassenpolitischen Ämter der NSDAP in Leipzig und Breslau die jüdische Bevölkerung erfasst und »Fremdrassigenkarteien« aufgebaut hatte. Wie im übernächsten Kapitel zu lesen sein wird, hatte er zuletzt im Generalgouvernement gearbeitet. Sein Dienstsitz war nun Kattowitz. Arlt löste dort einen von Himmler für unfähig erachteten Vorgänger ab und strebte sofort »in klarer Kenntnis der Sachlage eine absolute Zentralisierung« an.<sup>[296]</sup> Parallel dazu leitete er das Rassenpolitische Amt der NSDAP in Oberschlesien und gründete dort eine »Hauptstelle Praktische Bevölkerungspolitik«.<sup>[297]</sup>

Als Chef der RKF-Außenstelle Oberschlesien hatte Arlt nach Angaben seines Stellvertreters folgende Aufgaben: »Wir haben die wiedergewonnenen Ostgebiete in den nächsten Jahren im Landschaftsbild und in der Bevölkerung deutsch zu gestalten. Zu diesem Zweck evakuieren wir Polen und Juden in das Generalgouvernement. (...) Wir (haben) Städte mit einer überwiegenden, bis zu 80-%igen jüdischen Bevölkerung, wie Sosnowitz und Bendzin, auf der anderen Seite aber – besonders im Norden unseres Gebietes – eine durchweg polnische Bevölkerung. Die Arbeit kompliziert sich dadurch, dass wir bei der Evakuierung auf die in unserem Gebiet stark vertretene Rüstungsindustrie Rücksicht nehmen müssen, d.h.: Polen, welche dort tätig sind, nicht abschieben können. Diese Polen werden in einem komplizierten Arbeitsgang intern umgesiedelt, andere Ballastexistenzen dagegen ausgetauscht und abgeschoben.«<sup>[298]</sup> Welches Ansehen Arlt in der Führung der SS, des Reichssicherheitshauptamts und der Umsiedlungsbehörden genoss, geht aus seinem internen Vermerk vom

3. Juni 1942 hervor. Darin verfügte er, dass der gesamte Schriftwechsel mit Greifelt, Heydrich, Ehlich, Hoffmann, Lorenz und Behrends – also den zentralen Funktionsträgern der SS für Rassen-, Umsiedlungs- und Ostraumfragen – von ihm selbst zu unterzeichnen sei. [\[299\]](#)

Bei seinen Aktivitäten kamen Arlt seine engen Beziehungen zum Sicherheitsdienst zugute – Beziehungen, die der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Kattowitz so beschrieb:

»Um die Planungen, Vorbereitungen, Durchführungen usw. der Evakuierungen und Umsiedlungsmaßnahmen im Bereich des Gaues Oberschlesien in ein Haus zu legen, wurde die Umwanderer-Zentralstelle Kattowitz beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD gegründet. Mit dem Aufbau und der Leitung (...) wurde (...) SS-Obersturmbannführer (Horst) Barth betraut. Die UWZ Kattowitz (...) hat in Zusammenarbeit mit dem Sonderreferat des SD-Abschnitts Kattowitz, welches ebenfalls von Obersturmbannführer Barth geleitet wird, und der Dienststelle des Beauftragten des Reichskommissars für die Sicherung deutschen Volkstums (die Arlt leitete) demnach die Aufgabe:

1. festzustellen, welcher Personenkreis im Bereich des Gaues Oberschlesien für eine spätere Evakuierung in Frage kommt (Sonderref.);
2. festzustellen, welcher Personenkreis aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen heraus von derartigen Maßnahmen vorerst auf alle Fälle ausgenommen werden muss (...);
4. die Evakuierung mit Hilfe der Schutzpolizei oder Gendarmerie durchzuführen;
5. die Unterbringung der Evakuierten in (...) Lagern zu veranlassen (...);
7. den Beauftragten des SS Rasse- und Siedlungshauptamts Berlin im Anschluss an die Evakuierung eine Auswahl der für sie in Frage kommenden Personen zu gestatten;
8. den Arbeitsämtern eine Auswahl von für den kurzfristigen Arbeitseinsatz im Reich in Frage kommenden Personen zu ermöglichen;
9. den Transport der restlichen Polen und Juden in das Generalgouvernement zu veranlassen.« [\[300\]](#)

In Oberschlesien standen Arlt und seine etwa 150 Mitarbeiter vor dem Problem, dass dort einerseits volksdeutsche Bauern angesiedelt werden sollten. Von ihnen erwartete man, dass ihre Loyalität gegenüber dem Staat ebenso groß sein würde wie ihre Bereitschaft, diesem Staat »Kinder zu schenken«. Andererseits mussten aber ausreichend viele Arbeitskräfte für Industrie und Bergbau verfügbar bleiben. Sie sollten – darüber herrschte von Anfang an kein Zweifel – weiterhin aus der polnischen Bevölkerung rekrutiert werden. Und so erklärten Arlt und der SD einen großen Teil der Einheimischen in Oberschlesien kurzerhand zu einer, wenn auch politisch unzuverlässigen, »deutsch-polnischen Zwischenschicht«, den sogenannten

Wasserpolen. Da besonders die polnischen Bauern allen Eindeutschungsversuchen passiven Widerstand entgegensetzten, sei es aus religiöser, nationaler oder politischer Überzeugung, erschien es Arlt zweckmäßig, dass die »bäuerlichen Wasserpolen der Industrie zugeführt und durch deutsche Bauern ersetzt werden«. <sup>[301]</sup> Indem die polnischen Kleinbauern vom Land vertrieben und in die deutschen Industriestädte »gesogen« wurden, sollten sie proletarisiert werden und so ihre soziale und kulturelle Identität verlieren. Ebenso wie ihre Vorfahren, die 75 Jahre zuvor ins Ruhrgebiet ausgewandert waren, sollten sie durch »soziale Umschichtung« »eingedeutscht« werden.

Dem Arbeitskräftemangel entsprechend wandte der RKF die Kriterien für die Eindeutschung in Oberschlesien großzügig an, und Himmler kritisierte im Januar 1944, dass in Oberschlesien »in Einzelfällen sogar recht vernegerte Typen in die (Deutsche) Volksliste aufgenommen worden seien«. <sup>[302]</sup>

Der Bevölkerungsfachmann Arlt beabsichtigte mit seiner Politik, die sozialen Strukturen überschaubar zu machen und die »bäuerlich-industrielle Verzahnung« aufzulösen. Auch in Oberschlesien herrschte, Arlts Kriterien zufolge, Überbevölkerung in der Landwirtschaft, und zwar weil es zu viele Klein- und Kleinstbetriebe gab: »Hungerwirtschaften, auf denen jeder Besitzer zwangsläufig proletarisieren muss bzw. sich sein Geld (...) durch Arbeit in der Fabrik, durch Saisonarbeit auf großen Gütern oder als Lohnfuhrwerker für die Industrie beschaffen muss.« <sup>[303]</sup>

Weil er sich weigerte, seine selbständige Existenz aufzugeben und ein gänzlich abhängiger Industriearbeiter zu werden, wurde aus einem solchen Kleinbauern nach Arlts Verständnis »zwangsläufig ein schlechter Arbeiter, bzw. er baut durch seine große Arbeitsaufwendung frühzeitig physisch seine Kräfte ab. Diese Verquickung zwischen Industriearbeiter und altem obererschlesischem Robotmann (Leibeigenem) ist die Ursache für das frühzeitige Altern unserer Männer und Frauen im Industrieviertel, für die gestörte körperliche Entwicklung der Kinder.« Darüber hinaus schien Arlt diese »an Klein- und Kleinstbesitz gebundene Arbeiterschaft« auch politisch suspekt. <sup>[304]</sup> Mit den gängigen Methoden – Umsiedlung, Eindeutschung und Betriebszusammenlegungen in der Landwirtschaft – sollten solche Unsicherheitsfaktoren beseitigt und Bauern und Industriearbeiter eindeutig voneinander geschieden werden. Den neuen deutschen Bauern wies der RKF Höfe von 20 bis 25 Hektar zu. Industrie- und Bergarbeiter, respektive deren Frauen und Kinder, sollten dagegen höchstens einen Morgen Gartenland bewirtschaften – gerade so viel, wie ein Arbeiter »als Nebenbeschäftigung zu bestellen vermag, ohne dabei

Kräfte zu binden, die er in seiner Arbeit unter Tage und über Tage braucht, um nicht frühzeitig zu altern«. [\[305\]](#)

Um seinen Entwurf einer sozial befriedeten Gesellschaft in Oberschlesien zu verwirklichen, plante Arlt, Hunderttausende von Menschen zu vertreiben und an deren Stelle andere anzusiedeln. Er schlug vor, ganze Ortschaften zu beseitigen oder anderswo neue zu gründen:

»Die Neufestlegung der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird eine Reihe von Siedlungen und Dörfern zum Verschwinden bringen; in gleicher Weise wirken sich Maßnahmen der übergeordneten Planung wie Bau der Reichsautobahnen, Talsperrenbau, Industrieneubauten usw. aus, sodass nach den Gesichtspunkten des RFSS (Reichsführer SS = Himmler) als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums eine vollkommen neue Durchplanung der Dörfer und eine Neuordnung des gesamten Siedlungswesens auf dem landwirtschaftlichen Sektor des Gaues gegeben ist.« [\[306\]](#)

Für das Verschwinden der Siedlungen von der Landkarte waren auch in Oberschlesien die Raumplaner zuständig. Der jeweilige Landesplaner war in Personalunion Generalreferent für Raumordnung und in dieser Funktion wiederum »mit der Wahrnehmung der Belange der Planungshauptabteilung des RKF (...) beauftragt«. [\[307\]](#) Der Landesplaner in Oberschlesien, Diplomingenieur Gerhard Ziegler, hatte auch persönlich gute Beziehungen zu den Vertretern der zentralen Raumordnungsinstanzen. [\[308\]](#) Denn bevor er seine Arbeit in Kattowitz aufnahm, hatte er fast vier Jahre bei der Reichsstelle für Raumordnung in Berlin gearbeitet. [\[309\]](#) Mit Konrad Meyer und Fritz Arlt vereinbarte er eine »ständige und enge Zusammenarbeit«: »Über alle wichtigen Planungsvorhaben erfolgt gegenseitige Verständigung. Ebenso werden Durchschläge wichtiger Briefe ausgetauscht sowie Planungsunterlagen.« [\[310\]](#)

Ziegler und Arlt waren sich hinsichtlich der strukturellen Probleme Oberschlesiens einig. Ziegler beurteilte die Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur als überwiegend »schlecht und ungenügend«. Seiner Meinung nach bestand Oberschlesien aus »bevölkerungspolitischen Mangelgebieten, devastierten Flächen, landwirtschaftlich oder industriell überfüllten Gebieten oder solchen mit schlechtem Klima«. [\[311\]](#) »Trotz guter Böden und großen Rohstoffreichtums« sei es »die ärmste Provinz des Reiches«, die Erträge würden »vielfach nach auswärts abgeschöpft« und die Produktionsmöglichkeiten auch nicht entfernt ausgenutzt. Der innere Wirtschaftskreislauf war in Zieglers Augen viel zu schwach, und ihm fehlte vielfach ein »Mittelstand, der Initiative ergreift«. Besonders krass war



seiner Ansicht nach die Situation in der schon als »östliche Neubauzone« eingestuften Gegend um Sosnowitz. Dort bestanden auch die größten jüdischen Gemeinden Oberschlesiens. Wenn Ziegler entschied, dass in dieser Region »80% neu zu machen« seien, so war das umso leichter realisierbar, als er die Deportation der jüdischen Bevölkerung in seine Pläne einkalkulierte. Auch in anderen Teilen der Provinz wollte er den »Abbau der alten Städte und den Aufbau-Plan der neuen« miteinander kombinieren. Zu diesem Zweck entwickelte er für alles und jedes Pläne. Wir haben uns – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – die folgenden notiert: den Industrienkungs- und -flächenplan, den Kohlenabbau-, Elektro-, Wasser- und den Eisenerzeugungsplan, den Dorfaufrüstungsplan und die Nahrungs-, Genussmittel-, Siedlungs- und Städtebaupläne. Insgesamt beurteilte Ziegler die Zukunft Oberschlesiens als durchaus »sehr gut«, vorausgesetzt, man wisse die Entwicklung richtig zu steuern: »Ohne größte Arbeitsleistung auf lange Sicht geht es nicht. (...) Wir machen Generalstabsarbeit: Ständig umdisponierbar auf neue Anforderungen, keine starren Pläne, aber richtige Grundlinien.«<sup>[312]</sup>

Im Mai 1942 fasste Arlt seine »Lösungsvorschläge« in der Gauarbeitskammer Oberschlesiens noch einmal zusammen: »Für die Endlösung«, hier gemeint im umfassenden Sinn bevölkerungspolitischer Neuordnung, sah er die »Auflösung der bäuerlich-industriellen Verzahnung, Besitzgrößenneuordnung, Aufforstung und damit Reduzierung des bäuerlichen Proletariates um 80%« vor. Sein Ziel war auch, »Menschenkraft durch Maschinen (zu) ersetzen«, die »Rationalisierung durch Technisierung und Zusammenlegung in den Handwerks- und Handelsbetrieben« und die »Technisierung und Elektrifizierung in der Landwirtschaft«. »Für den Übergang« beabsichtigte Arlt: »1. Evakuierung aller nicht für die Kriegswirtschaft notwendigen Fremdvölkischen; 2. Siedlungsmäßige Bereinigung durch Schaffung von Reservationsgebieten für die Fremdvölkischen; 3. Sofortige Zusammenlegung von fremdvölkischen Klein- und Kleinstbetrieben in Landwirtschaft, Handel und Handwerk; 4. Heranziehung der Fremdvölkischen an die Arbeitseinsatzorte (Befreiung des flachen Landes von Fremdvölkischen).«<sup>[313]</sup>

Diese Vorschläge für den »Übergang« wurden bereits seit mehr als einem Jahr in dem Industrieviertel um Auschwitz erprobt. An der Region Auschwitz hatten die Planer deshalb ein besonderes Interesse, weil dort ein völlig neues, modernes Industriezentrum vorgesehen war. Die dafür notwendigen vielen tausend Arbeitskräfte sollten – soweit sie nicht KZ-Häftlinge waren – je nach volkspolitischem Status in »Reservaten« oder in



später zu bauenden »Trabantensiedlungen«<sup>[314]</sup> wohnen, deutsche Fachkräfte auch in »Eigenheimsiedlungen«<sup>[315]</sup>. Die Voraussetzungen für eine solche Industrieansiedlung waren ideal: große Kohlevorkommen, reichlich Wasser, optimale Verkehrslage. Das Buna-Werk der I. G. Farben, das nach diesen Planungen »15000 Beschäftigte aufnehmen«<sup>[316]</sup> sollte, war bereits fest eingeplant. Allein für die Werksangehörigen und ihre Familien entstand ein Wohnraumbedarf für 60000 Personen. Rechnete man den Wohnraum für Angehörige des Dienstleistungsgewerbes hinzu, so kam man auf 75000 bis 80000 Menschen.<sup>[317]</sup> Bislang hatten in »Alt-Auschwitz« gerade 12000 Personen gelebt.<sup>[318]</sup> Als über die Errichtung der Produktionsanlage der I. G. Farben in Auschwitz noch verhandelt wurde, verkündete das Vorstandsmitglied des Konzerns, Otto Ambros, am 16. Januar 1941, dass 11000 Menschen aus der Stadt Auschwitz ausgesiedelt werden sollten, wenn dort Industrie aufgebaut werde, »sodass dann die Stadt für die Belegschaft der Fabrik zur Verfügung stünde«.<sup>[319]</sup> Im nahe gelegenen Brzeszcze hatten die Reichswerke Hermann Göring die Kohleförderung übernommen – und bereits verdoppelt. Der Bau einer Schwefelanlage, einer Ferngasleitung, eines Großkraftwerks sollte die Leistungsfähigkeit der Gruben und Fabriken weiter steigern.<sup>[320]</sup> Auch Kokereien und kohleverarbeitende Industrie waren geplant.<sup>[321]</sup> Im Zentrum dieses Industriereviers lag die »deutsche Stadt« Auschwitz, die nach Entwürfen des Architekten Hans Stosberg umgestaltet werden sollte.<sup>[322]</sup> Das Konzentrationslager erstreckte sich über viele Quadratkilometer in unmittelbarer Nähe.

Fritz Arlt hatte sich schon im November 1940 für eine »Geländeerweiterung des KZ Auschwitz« engagiert und entsprechende Pläne beim Stabshauptamt des RKF in Berlin eingereicht. Lagerkommandant Rudolf Höß hatte wenig später Himmlers Placet für die Erweiterungspläne eingeholt.<sup>[323]</sup> An den Verhandlungen um die zukünftigen Lagergrenzen beteiligten sich außer Höß vor allem die Raumplaner Udo Froese<sup>[324]</sup> und Gerhard Ziegler sowie Architekt Stosberg. Bisweilen fanden ihre gemeinsamen Sitzungen in der Lagerkommandantur des KZ statt.<sup>[325]</sup> Kontrovers wurden die Folgen der KZ-Erweiterung für die Landschaftsplanung erörtert. Bezirks- und Landesplaner machten vor allem geltend, dass die KZ-Erweiterung die Entwicklung der Stadt Auschwitz und der Industrieanlagen behindern und die Verkehrsführung in der Region stören würde. Darüber hinaus wurden umweltpolitische und ästhetische Einwände erhoben: Durch die KZ-Erweiterung müssten auch die Pläne für den neuen Bahnhof geändert und

»hässliche Eisenbahndämme« angelegt werden, die eine »Verschandelung der an sich reizvollen Landschaft« mit sich brächten.<sup>[326]</sup>

Selektion und Vertreibung der ortsansässigen Bevölkerung aber gehörten zu den Entwicklungsgrundlagen der Industrieregion Auschwitz, darüber herrschte unter den dort tätigen Regionalplanern, in den zentralen RKF-Instanzen bis hin zu den Managern der I. G. Farben Einheit. Wie das Sortieren, Nutzbarmachen und Umsiedeln der Menschen in Oberschlesien konkret vor sich gehen sollte, darüber gab der zuständige SS-Ansiedlungsstab Süd, der Fritz Arlt unterstand, genau Auskunft. In einem Projektpapier über die »Möglichkeiten der Siedlung 1941« heißt es:

»1. Alle in den Ostgebieten wohnenden Polen werden durch die zuständigen Arbeitsämter auf ihre Arbeitsfähigkeit überprüft. Die dabei gemachten Feststellungen werden dem Ansiedlungsstab mitgeteilt, und es erfolgt die Scheidung in a) produktive polnische Familien, b) unproduktive polnische Familien. Unter produktiv verstehen wir jene Arbeitskräfte, die auf irgendeinem Sektor der Kriegswirtschaft eingesetzt werden können. Also nicht nur für die Produktion selbst, sondern auch zur Erstellung der dafür notwendigen Gebäude und Fabrikanlagen. Dass natürlich die jeweilig dazugehörige Familie mitgezählt werden muss, ist nicht zu vermeiden. Unter unproduktiven Polen sind solche festzustellen, die keinesfalls in einen die Kriegswirtschaft betreffenden Arbeitsprozess eingebaut werden können, und ebenfalls Asoziale und Kranke.«<sup>[327]</sup> Die »interessierte Industrie«<sup>[328]</sup> habe bereits für den »oberschlesischen Raum jene Industriegebiete mitgeteilt, welche in der nächsten Zeit zu einem großen Ausbau geführt werden sollen«. Rund um die künftigen Industriezentren müsse daher die »Konzentration des fremdvölkischen Arbeiters« in »polnischen Reservatgebieten« erfolgen; »d.h. in einem verkehrstechnisch günstigen Umfange werden alle vorhandenen Ortschaften und Gebäude nur dazu benutzt werden, den polnischen Arbeiter mit seiner Familie aufzunehmen. Es müssen also alle unproduktiven Polen und Juden aus diesem Gelände vorerst entfernt werden.« Gemäß einer anliegenden Skizze sollten auch unter den »produktiven Polen« alle Arbeitsunfähigen und Arbeitsunwilligen von Zeit zu Zeit selektiert werden. Der »Treck der unproduktiven Polen und Juden«<sup>[329]</sup> sollte dann mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ins Generalgouvernement abgeschoben werden, so weit nach Osten wie irgend möglich. Rückkehrversuchen müsse »durch eine entsprechende Verstärkung der Polizeigewalt vorgebeugt werden«.<sup>[330]</sup>

Nachdem dann die rechtmäßigen Besitzer vertrieben waren, sollte der »Treck der deutschen Siedler«<sup>[331]</sup> dort Einzug halten. Mit Nachdruck bestand der Verfasser des Planungspapiers, Hans Butschek, der Leiter des

RKF-Ansiedlungsstabs Süd, darauf, wirklich die gesamte jüdische Bevölkerung und alle polnischen Bauern entweder ins Generalgouvernement oder in die Arbeitsreservate zu vertreiben, »da die Erfahrungen (...) bewiesen haben, dass das Beieinanderwohnen deutscher Siedler und polnischer Menschen eine ungeheure Beeinflussung und Beeinträchtigung der Lebensweise des deutschen Menschen bewirkt«.

Dieses Planungspapier trägt kein Datum, ist aber, da es die »Möglichkeiten der Siedlung 1941« projiziert, aller Wahrscheinlichkeit nach im Dezember 1940 auf Wunsch Arlts von Butschek geschrieben worden. Die in dem Papier umrissenen »Möglichkeiten der Siedlung« blieben nicht unbeachtet. Soweit sie sich auf die Selektion der Industriearbeiterschaft beziehen, tauchen sie sowohl in einer RKF-Anordnung vom 4. Februar 1941 <sup>[332]</sup> als auch in einem Schreiben Görings vom 18. Februar an Himmler wieder auf. Dort wird die Durchführung »bevölkerungspolitischer Maßnahmen für das Buna-Werk Auschwitz in Ostoberschlesien« angeordnet: »Rasche Aussiedlung der Juden in Auschwitz (...) zwecks Freimachung ihrer Wohnungen für die (...) Bauarbeiterschaft des Buna-Werks. (...) Vorläufige Belassung der als Bauarbeiter in Betracht kommenden Polen« in Auschwitz und Umgebung und die »Bereitstellung einer möglichst großen Anzahl« von Arbeitskräften aus dem KZ für den Bau der Fabrik. <sup>[333]</sup> Auf diesen Erlass Görings hin gab Himmler am 26. Februar 1941 den ihm nachgeordneten Behörden die entsprechenden Anweisungen. <sup>[334]</sup>

Zwei Tage später folgte ein weiterer Erlass des Reichsarbeitsministeriums in derselben Angelegenheit. Das für Auschwitz zuständige Arbeitsamt in Bielitz übernahm es, die Arbeitskräfte für das Buna-Werk der I. G. Farben zu rekrutieren. Während einer Besprechung mit dem Leiter der Gestapo-Leitstelle Kattowitz, Vertretern des Reichsführers SS und des RKF-Ansiedlungsstabs wurden alle »schwebenden Probleme eingehend besprochen«. Das Arbeitsamt erklärte sich bereit, die »einsatzfähigen Kräfte (...) karteimäßig« zu erfassen und das Ergebnis der Gestapo mitzuteilen, »die dann den Abtransport dieser Kräfte einstweilen unterlässt«. Der Ansiedlungsstab war bei dieser Besprechung durch Butschek vertreten. Der versicherte, dass er, sobald entsprechende Weisungen vorlägen, »sofort darangehen werde (...), die Juden aus Auschwitz auszusiedeln und weitmöglichst in das Generalgouvernement abzuschieben«. <sup>[335]</sup> Spätestens Mitte März 1941 war auch Butschek klar, dass keine reale Möglichkeit bestand, »Polen oder Juden ins GG (= Generalgouvernement) abzuschieben«: »Evtl. doch abgefertigte Züge oder Trecks werden umgehend aus dem GG. zurückgeleitet«, so jedenfalls wurde

es auf einer Konferenz in Berlin besprochen, an der Butschek teilgenommen hatte.<sup>[336]</sup> An die Stelle der Abschiebungen ins Generalgouvernement traten jetzt »entsprechende Maßnahmen« innerhalb Oberschlesiens, um die Umsiedlungen trotz der organisatorischen Schwierigkeiten fortzusetzen. Anders ausgedrückt: Die Siedlungsfachleute waren keineswegs bereit, auf die Massenvertreibung zu verzichten. Und das, obwohl die Frage nach dem »Wohin« der Zwangsumgesiedelten noch völlig offen war. Fest stand allerdings, dass sie außerhalb von Oberschlesien nirgends aufgenommen würden. Diese Tatsache deutet darauf hin, dass mit den »entsprechenden Maßnahmen«, die nun »innerhalb des Gaues« ergriffen werden sollten, die Vernichtung der »Unproduktiven« an Ort und Stelle gemeint gewesen sein könnte.

Am 1. März 1941 besichtigte Himmler das KZ Auschwitz und ordnete an, das Stammlager für die Unterbringung von 30000 Häftlingen zu erweitern, auf dem Gelände des Dorfes Brzezinka (Birkenau) den Bau eines Lagers für 100000 »Kriegsgefangene« zu beginnen und 10000 Häftlinge als Zwangsarbeiter für die Baustellen der I. G. Farben bereitzustellen.<sup>[337]</sup> (Die Verwendung des Begriffs »Kriegsgefangene« sagt unseres Erachtens wenig über den konkreten Zweck der Lagererweiterung aus, vielmehr lieferte er eine Begründung für die »Kriegswichtigkeit« der notwendigen Baumaterialien.) Am 14. März 1941, zwei Wochen nach Himmlers Inspektionsbesuch, fand in Arlts Dienststelle in Kattowitz eine Besprechung statt. Thema: »Umstellung in den Umsiedlungsmaßnahmen«. Dort wurden, gestützt auf die Anordnungen Görings und Himmlers, die von Butschek ausgearbeiteten bevölkerungspolitischen Vorschläge erörtert und die Aufgaben verteilt. An der Sitzung nahm außer Bezirksplanern, Polizei- und Siedlungsfachleuten auch Albrecht Schmelt teil, der regionale SD-Leiter und Sonderbeauftragte für den fremdvölkischen Arbeitseinsatz.

Laut Protokoll stimmten die Beteiligten folgenden Vorschlägen zu: »Um die notwendigen Arbeitskräfte greifbar zu behalten, werden fremdvölkische Reservate gebildet, und zwar im Umkreis von etwa 15 km der geplanten Industrie-Standorte. Diese fremdvölkischen Reservate sind zugleich Einzugsgebiete der zu errichtenden Industrie. Die Reservatsgebiete werden in Zusammenarbeit zwischen der Dienststelle des Bezirksplaners Kattowitz (das war Udo Froese) und des Beauftragten (des RKF) Kattowitz (Arlt) kartenmäßig festgestellt. Erläutert wurde das Verfahren am Beispiel Auschwitz. (...) Die Reservatsgebiete werden nach Möglichkeit von den Juden und den nicht arbeitsfähigen Ballast-Existenzen befreit.«<sup>[338]</sup>

Die seit mehr als einem Jahr geplante und diskutierte wirtschaftliche

Neustrukturierung Oberschlesiens und die bereits im Gang befindlichen Umsiedlungen wurden auf dieser Konferenz mit den Anforderungen der Industrie koordiniert, der daran lag, die »notwendigen Arbeitskräfte greifbar zu behalten«. Die RKF- und Landesplaner kümmerten sich in Abstimmung mit der Polizei darum, langfristig eine Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur zu schaffen, die gewährleistete, dass Oberschlesien die ihm zugedachte Funktion als »zweites Ruhrgebiet« erfüllte. Mitte 1943, als in Auschwitz bereits mehrere hunderttausend Menschen ermordet worden waren, gingen die beteiligten Planer immer noch davon aus, dass das KZ noch mindestens zehn bis zwanzig Jahre als Bestandteil der Industrieregion existieren werde. [\[339\]](#)

## »Wir haben Ungeheures geleistet!« – Ein biographischer Nachtrag

Die Fachleute, die die Verbrechen der Neuordnung in den eingegliederten Ostgebieten zu verantworten hatten, mussten bei Kriegsende ihre Schreibtische in Berlin, Auschwitz oder Kattowitz räumen. Doch kamen sie über kurz oder lang alle wieder in ihrem Metier unter.

Gerhard Ziegler war schon von September 1945 an wieder in der Landschaftsplanung tätig – nicht mehr »im Osten«, sondern in Württemberg. 1962 wurde er als Honorarprofessor an die Technische Hochschule Stuttgart berufen und 1966 mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Kurz vor seinem Tod am 15. April 1967 schrieb er einen Lebensrückblick nieder. Über seine Tätigkeit als Landesplaner im Industrierevier Auschwitz heißt es darin: »... im Übrigen halt gigantischer Wirtschaftsaufbau im kriegsfernen Schlesien, hauptsächlich Kohlen-Erzrevier. Wir haben Ungeheures geleistet und angelegt, das heute fast vergessen ist. Schönstes, es ist uns gelungen, alle Zerstörungen bei der Räumung zu verhindern. Die Polen können heute darauf weiterbauen.«<sup>[340]</sup>

Professor Konrad Meyer wurde vom US-Militärgericht in Nürnberg freigesprochen.<sup>[341]</sup> 1956 berief ihn die Technische Universität Hannover auf einen Lehrstuhl an der Fakultät für Gartenbau und Landeskultur.<sup>[342]</sup> Meyer organisierte die »Eingliederung« und Verteilung der Flüchtlinge. Seine Mitarbeiter aus der Zeit der »Generalsiedlungspläne« und er rationalisierten die Regionalstruktur der Bundesrepublik. Meyer starb 1973. Sein Mitarbeiter Erhard Mäding, Verwaltungsplaner beim RKF, war in der Bundesrepublik wieder als Kommunalplaner und Landschaftspfleger tätig, unter anderem im Auftrag des Instituts für Raumforschung in Bonn und in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Den Wiederaufbau und die Neugestaltung Hannovers organisierte der ehemalige Stadt- und Regionalplaner von Auschwitz, Diplomingenieur Hans Stosberg. In ähnlicher Weise wirkte einer der engsten Mitarbeiter in Konrad Meyers Planungsstab, Udo von Schauroth, in Frankfurt am Main, der 1961 über den Frankfurter Opernplatz schrieb: »Das verklungene Gestern war es, was hier vor dem Rot der Ampeln selbst dem eiligsten Autofahrer, dem zeitknappsten Passanten anschaulich, ja fast greifbar bewusst wurde. Doch



dann war es da, das Neue, das Kühne, das absolute Heute: Wie eine Fanfare über dem Platz – hell, klar, unüberhörbar.«<sup>[343]</sup>

Weniger glatt verlief der Lebensweg von Meyers Mitarbeiter Walter Christaller, der 1923 in die SPD eingetreten war und 1933 zunächst in Frankreich untertauchte. Von dort holte ihn Meyer zurück, verschaffte ihm Forschungsaufträge und machte ihn zur Stütze seiner Ostraumplanung. 1940 wurde Christaller Mitglied der NSDAP, 1945 engagierte er sich links von der SPD und hatte deshalb berufliche Schwierigkeiten. 1959 kehrte er in die SPD zurück. 1968 verlieh ihm die Ruhr-Universität Bochum die Würde eines Dr. rer. nat. h.c. »aufgrund seiner international anerkannten Verdienste um Kulturgeographie und Raumordnung«.

Dr. Fritz Arlt baute nach 1945 den Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes auf. Schließlich hatte die Volksdeutsche Mittelstelle bei Kriegsende auch die deutschen Flüchlingstrecks organisiert. 1954 trat Arlt in das Deutsche Industrieinstitut in Köln ein, wurde Mitglied der Geschäftsführung und Leiter der Abteilung Bildungsarbeit und gesellschaftspolitische Fragen. Unter dem Motto »Aufstieg durch Leistungsauslese« setzte er sich nachhaltig für den Ausbau des Zweiten Bildungswegs ein. Seine Stellvertreterin war von 1955 bis 1973 die spätere Bundesministerin Dorothee Wilms. Nebenbei arbeitete Arlt als »Unternehmensberater in den Bereichen des Organisations-, Informations- und Personalwesens«. Dem Deutschen Gewerkschaftsbund galt er als besonders aufgeschlossener Partner. 1968 brach er vor jungen Unternehmern eine Lanze für die rebellierenden Studenten. Zu den Ursachen des Protests rechnete er auch die »mangelnde Bewältigung der politischen Vergangenheit Deutschlands seit 1933«; sie dürfe weder »undifferenziert verteufelt« noch »glorifiziert« werden. Das Ermittlungsverfahren gegen Fritz Arlt hatte die Staatsanwaltschaft Dortmund 1966 eingestellt.<sup>[344]</sup>

# Herrenmensch – ein Lebensgefühl

## Baedekers Generalgouvernement

Vom Herausgeber »mit Freuden begrüßt«, hatte Generalgouverneur Hans Frank die Anregung zu einem 1943 vorliegenden rot eingebundenen Büchlein gegeben. Es stellte dem Leser die »ordnende und aufbauende Arbeit« vor, die »in 3½ Jahren schon bewältigt oder in Angriff genommen« worden war, und gab ihm die Möglichkeit an die Hand, »Land und Leute richtig zu sehen«. Da in dem »neuerschlossenen Gebiet« noch vieles im Werden oder »einem ständigen Wechsel unterworfen« war, konnte der Herausgeber die Genauigkeit jeder Einzelangabe nicht verbürgen, und er hieß daher alle Berichtigungen willkommen. [\[345\]](#)

So leitete der damals weltberühmte Baedeker-Verlag seinen neuesten Reiseführer ein – »Baedekers Generalgouvernement«. Der Verlag hatte dem 246 Seiten starken Werk drei Karten und sechs Stadtpläne beigegeben. Unter den praktischen Reisehinweisen teilte Baedeker zum Stichwort »Sprache« mit: »... man wird als Deutscher nur dann Polnisch und Ukrainisch sprechen, wenn es unbedingt erforderlich ist«, zumal es eine polnische Sprache eigentlich gar nicht gebe, denn die »zerfällt«, so der Reiseführer, »in mehrere Mundarten«. Sie zu erlernen sei in jedem Fall »für den Deutschen, dem die slawische Welt fremd ist, schwer«. Gleichwohl stellte Baedeker wenige Sätze später fest, dass es im Polnischen »einige Tausend Lehnwörter« deutschen Ursprungs gibt, die »auf die deutschen Grundlagen der Kultur« hinwiesen. Mit Annehmlichkeiten spezieller Art umsorgte die »Ostbahn« den Reisenden: »Für deutsche Fahrgäste sind besondere Fahrkartenschalter, Wartesäle, Sperren und Eisenbahnen vorhanden.« Die »Deutsche Post Osten« verkaufte Briefmarken, die als »künstlerisch besonders beachtenswert« galten, und gleichzeitig machte Baedeker den Neuankömmling darauf aufmerksam, dass »die Gegebenheiten des Landes die Einführung einer besonderen Dienstpost erforderlich gemacht« hatten, die garantierte, dass die Briefe »nur durch deutsche Hände« gehen.

Was das Straßenwesen betreffe, so seien die Verhältnisse »zu polnischer

Zeit zum größten Teil sehr schlecht« gewesen; zwischenzeitlich habe man allerdings »im Zuge des deutschen Straßenbauprogramms (...) zahlreiche Strecken, in erster Linie die West-Ost-Verbindungen, als Anschlussstrecken an das Reich«, verbessert. Wegen der vielen Pferdefuhrwerke auf den Straßen und der von Hufnägeln verursachten Pannen legte Baedeker dem Autoreisenden »Flickzeug nebst einer guten Luftpumpe« ans Herz. Auch sollte er eine gewisse Vorsicht walten lassen: »Auf längeren einsamen Strecken und bei Nachtfahrten ist z.Zt. auch die Mitnahme einer Waffe ratsam.« Dem Erholungssuchenden standen damals fünf »Staatsbäder des Generalgouvernements (mit deutschem Kurbetrieb)« offen. Die Hotels, die der Reiseführer nannte, waren »deutsch geführte Häuser«. »Unterhaltung und Sport« fehlten nicht: deutsche Kleinkunsthöfen, Stadttheater, großstädtische Barbetriebe, Kammermusik und die Philharmoniker des Generalgouvernements, gelegentlich dirigiert von Wilhelm Furtwängler, Lichtspieltheater mit ausschließlich deutschen Filmen, deutsche Büchereien, Museen, Pferderennen in Lublin und Lemberg ... Man begann sich einzurichten, wenn auch mit der Pistole am Gürtel.

Über »Landschaft, Mensch und Wirtschaft« hieß es in dem Reiseführer: Das Generalgouvernement sei »gleichsam das Kernland des Wohnbereichs der polnischen Bevölkerung«, dem am 1. August 1941 das »in Denkart, Kulturkraft und Wirtschaftsgeist« sich absetzende Galizien »zugeschlagen« worden sei. Der Karpatenkamm bilde die natürliche Grenze im Süden, die Ostgrenze sei eine noch »unfertige Saumgrenze«. Die anderen Grenzen beschrieb der Cicerone mäßig verhüllt als Ergebnis großdeutscher Beutemacherei: »Bei der Grenzziehung im Norden und Westen wurden der großschlesische Wirtschaftsraum und der Litzmannstädter Textilbezirk als reichsunmittelbare Gebiete begünstigt.«

»Die Bevölkerungsstruktur«, hieß es bei Baedeker, »ist eines der größten Probleme für die Neuordnung des Raumes. Ihre Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die Nahrungssicherung, auf die Technisierung und den Ausbau der Wirtschaft im Allgemeinen kann man nur in eine Formel bringen: Die Versäumnisse jahrhundertealter polnischer Misswirtschaft, welche außerdem noch einen Riesenanteil der Landeserträge der jüdischen Handelsschicht überließ, führten im zentralen und südlichen Polen zu einer Proletarisierung und Verarmung breiter Volksschichten und zu einer technischen Rückständigkeit aller Wirtschaftsformen und -zweige, deren Hebung allein durch die Initiative des benachbarten Großdeutschen Reiches vollzogen werden kann.«<sup>[346]</sup>

Pro Quadratkilometer lebten damals, so teilte der Reiseführer mit, im Distrikt Krakau 137 Menschen, im Distrikt Lublin 88, im Distrikt Radom

118, im Distrikt Warschau 192 und im Distrikt Lemberg 119. Die Lage sei katastrophal, zumal »die Volksvermehrung bis zuletzt sehr groß war«.

Zum Thema »Volkstum und Besiedlung« berichtete Baedeker, das Generalgouvernement sei 142000 qkm groß, dies entspreche 37 Prozent der ehemaligen polnischen Staatsfläche. Von den 18 Millionen Einwohnern seien 73 Prozent Polen, 17 Prozent Ukrainer, 0,7 Prozent Deutsche. Und Juden? Baedeker erwähnte sie 1943 in der Vergangenheitsform: Die starke Zentralisation des ehemaligen Polen habe in Warschau zu einer »Menschenballung« von 1,25 Millionen Einwohnern geführt, »wovon 0,4 Millionen Juden waren«. Über Krakau informierte Baedeker nebenbei und in Parenthese: »(jetzt judenfrei)«. [\[347\]](#) Das Gleiche galt für Lublin, wo ein zentraler Teil der Stadt »größtenteils von Juden bewohnt war«. Über die Massenvertreibungen in der Gegend um Zamość sagte der Reiseführer, dort werde »ein um 1800 entstandenes stark deutsches (Pfälzer) Siedlungsgebiet (...) z.Zt. durch neue Ansiedlungen gefestigt«.

## Einberufung zum Osteinsatz

Im Folgenden zitieren wir aus den »Tagebuchblättern« des damals 34-jährigen, zum »Osteinsatz gerufenen« Wirtschaftsfachmanns Dr. Dietrich Troschke. <sup>[348]</sup> Sie beginnen am 22. April 1940 und enden, soweit hier wiedergegeben, im Oktober desselben Jahres:

»Noch in der Heimat tätig, erhalte ich eine Depesche, die mich zur Wirtschaftsleitung eines Gebiets im neugeschaffenen Generalgouvernement Polen einberuft. Kurze fernmündliche Verhandlungen waren dem Einberufungsbefehl vorausgegangen. Das Unternehmen, dem ich bis dahin angehörte, arbeitete fast ausschließlich für die Wehrmacht. Hier bietet sich nun kriegsbedingt eine einmalige Gelegenheit, den Wirkungskreis sprunghaft zu erweitern und darüber hinaus dem fast monotonen Gleichlauf der Arbeit zu entgehen. Jeder, der ins Berufsleben tritt, geht wohl mit besonderen Ideen und Träumen ins Leben hinein. Mein Traum gipfelte in dem Gedanken, es irgendwann im Leben so weit zu bringen, nach eigenen Ideen in größerem Wirtschaftsbereich wirken zu können.

Ich soll nun das ›Amt für Wirtschaft‹ in der Kreishauptmannschaft Reichshof (Rzeszów) übernehmen. Bislang führte mein Amt der sechszwanzigjährige Ordensjunker, dem natürlich keine wirtschaftlichen Erfahrungen zur Seite standen, daher konnte bisher nichts Wesentliches zum Aufbau des Gebiets geschehen. Für mich ist von Nachteil, dass ich nicht zu den Parteigenossen zähle und nicht die Absicht habe, mich der Partei anzuschließen.

Um halb acht Uhr früh – mit deutscher Pünktlichkeit – beginnt der Dienst in den Ämtern der Kreishauptmannschaft. Die Behörde befindet sich in einem weiträumigen Schloss, das einst ein Graf Lubomirski, aus altem polnischem Adelsgeschlecht, erbaute. Um das im Viereck errichtete Schloss erhebt sich ein hoher Steinwall, davor läuft ein tiefer Graben. Voller Erwartung durchschreite ich das weite Schlosstor.

Beim Rundgang durch die Abteilungen stelle ich fest, dass der deutsche Anteil des Personals verhältnismäßig gering ist und nur die leitenden Posten von Deutschen besetzt sind. Es erscheint mir dies als richtige Methode in einem fremden Lande, das man regiert. Nur ein Teil der deutschen Herren kommt aus dem Verwaltungsfach. Der überwiegende Teil der Deutschen ist

jüngeren Alters. Hier draußen wird von jedem Einzelnen hohe Aktivität und Beweglichkeit verlangt, die jüngere Kräfte leichter aufbringen als bejahrte.

Die im Osteinsatz Tätigen sind in eine ganz einmalige Situation hineingestellt. Ungewöhnliche Chancen bieten sich jedem Einzelnen. Keiner hätte sich je im Leben erträumen können, auf einen Posten gestellt zu werden, der an Umfang der Aufgabe, Verantwortung und Eigeninitiative alle bisherige Tätigkeit, wo auch immer der Einzelne bisher gewirkt haben mag, weit übertraf. Wer als bescheidenes Rädchen in heimatlichem Amt treu und brav bei schmalem Gehalt seiner Tagespflicht nachgegangen war, sah sich hier draußen plötzlich als Leiter einer Abteilung oder gar einer Behörde – finanziell weit besser gestellt – vor zehnmal größerer Verantwortung. Beim abendlichen Zusammensein fällt wieder kaum ein Wort über Privatdinge. Alles dreht sich um den letzten Büroablauf. Der Kreishauptmann wird wegen vieler Dinge befragt und gibt in manchen Fällen gleich seinen Standpunkt kund. Die Einsatzfreudigkeit vermag nicht intensiver zu sein. Mit äußerster Energie und Eifer werden hier draußen die Dinge angepackt.

Ich habe den Wunsch, gegen Abend durch die Stadt zu streifen, um mir das Stadtvolk näher anzusehen. Wieder ist der Stadtkommissar mir ein wertvoller Begleiter, der mich nun wie ein Fremdenführer durch sein Reich führt. Auf unserem Rundgang bemerke ich, dass der Anteil der jüdischen Bevölkerung außerordentlich hoch ist und der überwiegende Teil der Geschäfte in jüdischen Händen liegt. Unter 32000 Einwohnern zählt man 40% Juden. Besonders fällt dies in der Hauptstraße auf.«

Soweit Dr. Dietrich Troschke. Was ihm als so befremdlich auffiel, änderte er in den nächsten Monaten mit »voller Tatkraft«. Sein Chef berichtete im Oktober 1940 über die Veränderungen im Wirtschaftsleben von Rzeszów, für die unter anderen Troschke verantwortlich zeichnete: »Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass ich durch mehrmonatige Erfahrung den Beweis dafür angetreten habe, dass sich auch in einer so verjudeten Stadt wie Reichshof die Arisierung ohne Lahmlegung des Geschäfts- und Wirtschaftslebens durchführen ließ. (...) Die Arisierung ist inzwischen so weit durchgeführt, dass fast alle Hauptstraßen frei von Judengeschäften sind. Die Hauptstraßen meiner Kreishauptstadt werden in kurzer Zeit völlig judenfrei sein. (...) Die Errichtung eines Ghettos war nicht möglich. Es ließ sich aber einrichten, arische und jüdische Straßen zu schaffen, in denen sowohl die Geschäfte wie die Wohnungen nur in arischen bzw. jüdischen Händen sind. Mit der Arisierung auf dem flachen Lande habe ich bereits ebenfalls begonnen. (...) In zwei Städten konnten schon größere arische Eisengeschäfte gegründet werden, nachdem die jüdischen Geschäfte der gleichen Branche liquidiert wurden.«<sup>[349]</sup>





## Tabula rasa

»Geistiges Bollwerk des Deutschtums im Osten« nannten die *Kasseler Neuesten Nachrichten* das Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau. Eine andere Zeitung sprach von einer »Waffenschmiede des Geistes«. Solche verbale Kraftmeierei der NS-Propaganda täuscht darüber hinweg, wie modern und flexibel diese Forschungseinrichtung in Wirklichkeit organisiert war. Am 20. April 1940 war das Institut vom Generalgouverneur persönlich gegründet worden. Dem Berichtersteller der *Frankfurter Zeitung* fielen dabei zwei Dinge besonders auf: die »absichtsvolle Verbindung von Wissenschaft und Ziel des Erarbeiteten« und die »Jugendlichkeit des Gremiums«. Die meisten Sektionen stünden »unmittelbar in den Aufgaben des Tages« und gäben »Fingerzeige für die deutsche Verwaltung«. Diese Funktion erfüllten die Sektionen Recht, Rassen- und Volkskunde, Forst- und Landwirtschaft und nicht zuletzt die Sektion Wirtschaft.<sup>[350]</sup>

Dort arbeitete seit dem 6. Januar 1941 der am Kieler Institut für Weltwirtschaft ausgebildete Nationalökonom Helmut Meinhold. In seiner Bewerbung an das Institut für Deutsche Ostarbeit hatte er geschrieben: »Ich persönlich bin sehr gerne bereit, unter den von Ihnen dargestellten Umständen Ihrem Ruf Folge zu leisten. (...) Ich würde dort Ihrem Schreiben nach eine Tätigkeit erwarten, die nicht nur selbständig ist, sondern auch von mir verlangt, aus eigenem Können heraus etwas Neues zu schaffen. Das reizt mich natürlich außerordentlich.«<sup>[351]</sup>

Einen gewissen cand. Ing. Walter Rutkowski, den Meinhold ein Jahr später als Energieexperten nach Krakau holen wollte, versuchte er mit diesem Argument zu gewinnen: »Gerade die jetzt steigende Wichtigkeit derartiger Untersuchungen für die Wirtschaftsführung lässt die Bearbeitung nicht nur besonders reizvoll erscheinen, sondern verspricht auch schöne und gewichtige Erfolge für den Bearbeiter.«<sup>[352]</sup>

Meinhold forderte von seinen Mitarbeitern die »Errichtung eines schlagkräftigen wissenschaftlichen Arbeitsapparates«, »die Fähigkeit zu energischem und persönlichem Einsatz« und »Geschick« bei der »Überwachung der polnischen Hilfskräfte«.<sup>[353]</sup> Auf solche Hilfskräfte allerdings musste man bald verzichten, weil in der Sektion »häufig streng vertrauliche Materialien« anfielen.<sup>[354]</sup>

Die Arbeit der Sektion gliederte sich in zwei »Aufgabengruppen«, nämlich: entweder nach Anforderung oder aber aus eigener Initiative die deutsche Besatzungsexekutive zu beraten. Selbstverständlich verlangte das eher vertrauliche Arbeit als publizistische Geltungssucht. Aber es verschaffte Nähe zur Macht. Meinhold beschrieb seine Aufgaben wie folgt:

»1. Die Sektion Wirtschaft steht in erster Linie der Abteilung Wirtschaft, ferner (...) anderen staatlichen Stellen zur Verfügung, soweit diese mit dem Ersuchen um Anstellung gründlicher Voruntersuchungen für praktische Maßnahmen an das Institut herantreten. Sie beteiligt sich insbesondere an der Aufstellung von Wirtschaftsplänen, der Untersuchung über die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit von Verkehrsbauten, Kultivierungsmaßnahmen, Industrialisierungsfragen, Preis- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen u.ä. Die Sektion stellt Untersuchungen über die Wirtschaftsgrundlagen im Generalgouvernement und die Voraussetzungen des wirtschaftlichen Aufbaues an. (...) Aus dieser Arbeit ergibt sich die Möglichkeit von Anregungen zunächst für die statistischen Ämter bezüglich der Durchführung der Erhebungen, vor allem aber an die Regierungsstellen zur Planung praktischer Maßnahmen.«<sup>[355]</sup>

Die Wissenschaftler des Instituts für Deutsche Ostarbeit führten ein privilegiertes Wohllleben. Zu ihren Arbeitsbedingungen gehörten herrschaftliche Dienstzimmer, Hilfskräfte und Einfluss auf politische Entscheidungen, ein freizügiges Alltagsleben und das Bewusstsein, Teil einer hauptstädtischen Kulturszene zu sein. Die »Ostzulage« verdoppelte ihr Gehalt, die Versorgung mit alltäglichen Gebrauchsgütern, aber auch mit Luxusartikeln war einfacher und weit besser als in Deutschland. Eine gewisse kritische Distanz zu den gewöhnlichen Partei-Nazis gehörte durchaus zum guten Ton.

Wohnungen und Mobiliar der Deutschen hatten vorher wohlhabenden jüdischen Familien oder »Staatsfeinden« gehört. Die besseren Stücke erhielten deutsche Beamte, Offiziere und Geschäftsleute, die schlechteren bedürftige – nichtjüdische – Polen. Die Stadtverwaltung richtete zu diesem Zweck eine eigene Möbelsammelstelle ein. Und schließlich bereicherte sich der deutsche Herrenmensch an der Hinterlassenschaft derer, die zunächst in Ghettos gesperrt und bald zu Millionen ermordet wurden. Die Treuhand-Verwertung GmbH, zuständig für die Verwertung von geraubtem Edelmetall, verkaufte von 1942 an bevorzugten Deutschen »laufend Wertgegenstände wie Perlen, goldene Zigarettentuis, Brillanten, Gold usw. zum reduzierten Friedenspreis«. Dieselbe Staatsfirma beklagte anschließend: »Ein großer Teil dieser Deutschen hat dann wenige Tage hinterher diese Sachen an die polnischen Juweliere zum 80- bis 100fachen Friedenswert verkauft«, Gold

sogar zum Einhundertfünfzigfachen des Einkaufspreises. Wie ein Beamter feststellte, der den Transfer von Wertgegenständen überprüfen sollte, erwirtschafteten »verschiedene Deutsche« bald »Millioneneinkommen«, deutlich erkennbar an ihrem regelmäßigen »Besuch in Schlemmerlokalen«. Ausrichten konnte der Beamte nichts, da ja auch »die meisten führenden Männer von der Treuhand ansehnliche Wertgegenstände bekommen« hatten. <sup>[356]</sup> Nebenbei sei hier eingefügt: Fritz Arlt suchte sich im Juli 1942 aus »jüdischem Kulturgut«, das das Reichssicherheitshauptamt in Frankreich geraubt hatte, einen Teppich für seine Kattowitzer Dienststelle aus »und gleichzeitig einige Stücke, die er privat erwerben wollte«. <sup>[357]</sup>

Generalgouverneur Frank forderte die Mitarbeiter seiner wissenschaftlichen Planungsstäbe immer wieder auf, »völlig frei« und von politischen Instanzen unabhängig zu forschen. <sup>[358]</sup> Er erwartete statistisch und theoretisch sorgfältig begründete und ausgearbeitete Alternativen, auf deren Grundlage Entscheidungen gefällt werden sollten, nicht etwa politische Pamphlete. Dieser Vorgabe wurde ein Mann wie Helmut Meinhold gerecht. Anlässlich der Besprechung des Buches »Die räumliche Ordnung der Wirtschaft« von August Lösch kam er auch auf seine eigene Position zu sprechen. Er näherte sich dem Buch nämlich »von der sozusagen praktischen Seite«, »vom Standpunkt der neuen räumlichen Ordnung der Wirtschaft im Osten des Großraums«. »Wenn wir nicht von vorneherein vor den im Osten gestellten Aufgaben kapitulieren wollen«, so seien für ihn und seinesgleichen »Idee und Methode unerlässlich«.

Meinhold, der sich noch drei Jahre zuvor mit den Problemen der schleswig-holsteinischen Schweinemast und dem Ausbau des Büsumer Hafens <sup>[359]</sup> herumgeschlagen hatte und der damals befürchten musste, dass sein Vorschlag, 30 unrentable, veraltete Krabbenkutter abzuwracken, an der Querschädlichkeit der Fischer und an fehlenden Krediten scheitern würde, fand im Generalgouvernement eine Situation vor, die ihm, verglichen mit den deutschen Verhältnissen, als Paradies planerischer Omnipotenz erschien: »Dort sieht sich der Wirtschaftsplaner vor völlig neuartigen Verhältnissen. Nicht um den Standort eines einzelnen Industriewerkes handelt es sich oder um die günstigste Verkehrsaufschließung des Landes bei sonst gegebenen Wirtschaftsfaktoren. Man befindet sich vielmehr grundsätzlich im Wirtschaftlichen nahe der Tabula rasa.« Vorgegeben seien nur die Wirtschaft des wichtigsten Ausgangsgebietes, des Deutschen Reiches, das Volk, der Boden, einige Verkehrslinien und wenige Industriestandorte: »Der wirtschaftliche Einsatz der Menschen aber ist auf lange Sicht neu zu ordnen.« <sup>[360]</sup>



## Emanzipation

In der Sektion Rasse- und Volkstumskunde des Instituts für Deutsche Ostarbeit wirkte auch Dr. Elfriede (»Fritzi«) Fliethmann. Sie stammte aus Wien und unterhielt zum Anthropologischen Institut der dortigen Universität rege Beziehungen, besonders zu ihrer Kollegin Dr. Dora Maria Kahlich.<sup>[361]</sup> Die Sektion führte rassebiologische Untersuchungen durch. Körpervermessungen und Ganzkörperaufnahmen von Kriegsgefangenen, Volksdeutschen und, vor allen anderen, jüdischen Frauen und Männern bildeten das »wissenschaftliche Arbeitsmaterial«. Das alles geschah im Oktober 1941, und die Zeit drängte:

»Wir wissen nicht, welche Maßnahmen über die Aussiedlung der jüdischen Bevölkerung für die nächsten Monate geplant sind, unter Umständen könnte uns durch zu langes Warten wertvolles Material entgehen, vor allem könnte es geschehen, dass unser Material aus einem natürlichen Familienzusammenhang und aus der gewohnten Umwelt herausgerissen würde, wodurch nicht nur die Aufnahmen selbst unter sehr erschwerten Umständen durchgeführt werden müssten, sondern auch die Aufnahmemöglichkeiten sehr verändert würden.«<sup>[362]</sup>

In aller Eile bereiteten Fliethmann und Kahlich daraufhin eine Reise nach Tarnów vor, um dort »einstweilen 100 (jüdische) Familien« zu vermessen, »damit wir wenigstens etwas vom Material gerettet haben, wenn irgendwelche Maßnahmen getroffen werden sollten.«<sup>[363]</sup> Das gelang nicht ohne Schwierigkeiten, denn, so klagte Fliethmann: »Der Widerstand bei der Bevölkerung war wiederum einmal ganz stark, sodass wir nur mit Grenzschutz und Polizei arbeiten konnten.«<sup>[364]</sup> Amtshilfe leisteten »SS-Obersturmbannführer Bernhardt und SS-Sturmmann Sach vom Sicherheitsdienst in Tarnów und Krakau in liebenswürdigster Weise«. Von »jeder im Familienverband erfassten Person wurden 18 Kopfmaße und 13 Körpermaße genommen« und darüber hinaus »4 Kopfaufnahmen (Contax 18 cm Sonnar) und 3 Ganzkörpernacktaufnahmen (Contax 13,5 cm Sonnar) gemacht«. Für die Untersuchung wurden »als die typischsten Vertreter des ursprünglichen galizischen Judentums« die kinderreichsten Familien der Stadt Tarnów »herangezogen«. Kinderreichtum würde es allerdings bald nicht mehr geben, da »heute kaum noch von einem Bevölkerungswachstum



zu reden sein wird«.<sup>[365]</sup> Fliethmanns »Material« wertete Maria Kahlich in Wien aus. Sie schrieb an die »liebe Frau Doktor« in Krakau: »Nun muss ich gleich was richtigstellen. Ich habe nur festgestellt, dass sich die Tarnówer Juden in das vorderasiatisch-orientalische Rassengemisch einordnen lassen, dabei ist nicht gesagt, dass sie nicht anderen Rasseneinschlag auch noch zeigen. Ich glaube außerdem, dass wir anhand der Bilder noch mehr Wunder erleben werden. (...) Wir haben bisher die Liste für die Verzettlung gemacht. Wie sie auf beiliegendem Zettel sehen, fehlen bei manchen Personen die genauen Altersangaben. Ich bitte Sie also, mir diese bald aufschreiben zu lassen. Ferner hätte ich gerne über die Verwandtschaftsmöglichkeit der aufgeschriebenen Familien etwas gewusst. Beim Fall 424 fehlt die Augenfarbe, ich bitte Sie auch um diesen Nachtrag. Sonst scheint alles zu stimmen. Ich bin neugierig, ob das bei den Maßen auch der Fall ist. Nun beginnt die Zählerei der Papillarlinien, die Muster sind auch schon über die Hälfte verzettelt. Ich habe sie aber noch nicht durchkontrolliert und daher noch keinen Überblick. Was machen die Photokopien? Unsere Bildchen sind fertig, ich habe aber bisher noch keine Zeit zum Aufkleben gehabt.«<sup>[366]</sup> Die fehlenden Daten forderte Fliethmann umgehend über die zuständige Abteilung der Sicherheitspolizei und des SD an.<sup>[367]</sup>

Da »die Untersuchung in Tarnów (...) außerordentlich interessantes Material erbracht« hatte, fragte der Sektionsleiter bei der SS an, »ob es etwa im Juni und Juli d.J. (1942) noch möglich sein wird, eine stark dörfliche (bäuerliche und handwerkliche) Judengemeinde im Osten des Distrikts Galizien möglichst geschlossen zur rassen- und volkstumskundlichen Untersuchung zu bekommen bzw. ob eine Möglichkeit bestünde, eine solche besonders interessante Gemeinde bis dahin noch einigermaßen ungestört weiterbestehen zu lassen«.<sup>[368]</sup>

Fliethmanns und Kahlichs Ehrgeiz und Engagement wurden von ihrer persönlichen Freundschaft beflügelt. Kahlich schrieb: »Ich bin restlos begeistert von Ihrer Tatkraft. (...) Wenn es diesmal klappt, dann können wir vielleicht zur allgemeinen Erheiterung für den Sommer etwas Nettes zusammenstellen. Es muss in den Vorbereitungen aber nicht so schwierig sein. Meine Mitarbeiterinnen freuen sich schon heute auf die Verarbeitung. Ich glaube also, mein Teil wird nicht allzu lange auf sich warten lassen.«<sup>[369]</sup>

Aus der Untersuchung in Tarnów entstanden weitere gemeinsame Vorhaben. Fliethmann schwärmte darüber:

»Übrigens könnten wir ruhig noch einmal ein paar Tage nach Tarnów fahren und das Material vervollständigen. (...) Schließlich, wenn man die

Möglichkeit hat, sollte man doch das Material so vollständig, als es nur geht, aufnehmen. Lassen Sie Ihre Praktika und sonstige Dinge und auch Ihren wertigen Gatten auf 8 Tage im Stich und kommen Sie. Die Fleischtöpfe Tarnóws müssten Sie doch auch locken. (...) Übrigens hätte ich für den Sommer noch einen sehr schönen Plan. Ich habe Ihnen doch von den volksdeutschen Siedlungen bei Kielce erzählt. (...) Mich reizen diese Orte so sehr, weil sie durch starke Inzucht ziemlich degeneriert sein sollen, ich glaube also, dass sich da besonders in Bezug auf Vererbung Verschiedenes herausholen ließe. (...) Hoffentlich können wir uns in meinem Urlaub sehen, um die weiteren Arbeiten eingehender zu besprechen.«<sup>[370]</sup> Kahlich hatte allerdings kurz zuvor Exkursionen in ganz andere Regionen angedeutet: »... als Letztes und Bestes wollte (ich) nun Ihnen einen schönen langen Brief senden, da erscheint plötzlich Prof. Eickstedt, der auf der Durchreise von Budapest bei uns Station machte. Da war es mit der Arbeit aus, denn ich wurde mit Beschlag belegt und die ›Sitzung‹ dauerte fünf Stunden, dass ich nachher nicht mehr auf der Höhe war, ist begreiflich. Dafür habe ich sehr interessante Sachen erfahren, und ich habe schon an Sie dabei gedacht, was Sie wohl sagen werden, wenn ich Sie auf eine kleine Fahrt nach China oder in die Südsee einladen würde. Na, bleiben wir vorderhand im GG.«<sup>[371]</sup>

Fliethmanns große Stunde war gekommen, als ihr Vorgesetzter Plügel und andere »Herren vom Institut« zur Wehrmacht eingezogen wurden (»Ich kann ja nur sagen, das tut ihnen ganz gut.«) und sie jetzt »den Laden hier weiterführen« sollte, ohne von launischen und herrschsüchtigen männlichen Kollegen gestört zu werden.<sup>[372]</sup> Die Freundin aus Wien empfand auf der gleichen Wellenlänge: »Schön langsam kann ich Ihnen nachfühlen, dass Sie sich über manches und manchen ärgern müssen, denn bei uns ist ein ähnliches Stadium eingetreten. Man kann nur sagen: Oh diese Männer! Scheußlich! Unserer ist launenhaft wie eine alte Jungfer.«<sup>[373]</sup> Und: »Sie kennen meinen Standpunkt: Zeigen, dass Frauen auch etwas können.«<sup>[374]</sup>

Die männlichen Wunschvorstellungen von optimalen Arbeitsbedingungen und der Verbindung von beruflicher Karriere und privatem Nutzen sahen notwendigerweise etwas anders aus. Für die Wissenschaftler am Institut für Deutsche Ostarbeit haben wir entsprechende Dokumente nicht gefunden. Wir zitieren daher ein anderes Beispiel, das uns charakteristisch erscheint: Lothar Stengel von Rutkowsky, im Jahre 1933 noch Medizinstudent, entwickelte 1943 in Prag einen Plan für den Aufbau der »Abteilung Forschung und Lehre« im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS. In dieser Abteilung sollten Sippenpfleger, Fürsorgereferenten, Standesbeamte und

Eignungsprüfer der SS ausgebildet werden, deren Aufgabe es war, Menschen nach »rassischen« Gesichtspunkten zu sortieren. In seinem Exposé forderte Rutkowski bestimmte unverzichtbare Arbeitsvoraussetzungen:

»Das Experiment kann nur gelingen, wenn ich Vertrauen genieße, das nicht durch ständiges Querschießen zu erschüttern ist, und ich in allen wichtigen Dingen freie Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen habe.« Er verlangte eine Chefsekretärin, Schreibkräfte, eine gehobene und zwei normale Assistentenstellen, sechs zusammenliegende Arbeitszimmer, ein Fotolabor, einen großen und einen kleinen Hörsaal – und darüber hinaus: »Durch Bürokratie und Korinthenkackerei lässt sich in der Konkurrenz mit der Wissenschaft der Gegenseite wenig erreichen. Vorbilder müssen die Kaiser-Wilhelm-Institute sein. Wenn ich um jedes Tippmädchen, jeden Backstein und Hosenknopf erst Monate kämpfen muss, wird meine eigentliche Leistung entsprechend gering sein.« Selbstverständlich forderte Rutkowski auch, seine Mitarbeiter eigenständig auswählen zu können und das Recht, »Kräfte, die mir ungeeignet erscheinen und die die Arbeit stören, entfernen zu dürfen«. Überdies wollte er eine »ordentliche Professur« und angemessenen Wohnraum: »Ich erstrebe es, spätestens nach Beendigung des Krieges auf dem Lande zu wohnen.« Seine Arbeitszeit wollte Rutkowski »nicht nach der Stoppuhr« ableisten, sondern »nach den wissenschaftlichen Erfordernissen«. Dazu brauchte er ein zusätzliches Wohn- und Arbeitszimmer zu Hause: »Wo ich ungestört von Hausordnung und Kameradenlärm möglichst auch nachts durcharbeiten kann, womit natürlich die Bedingung verknüpft ist, dass das Zimmer so ausgestattet ist, dass man sich darin wohlfühlt.« Das alles selbstverständlich nicht aus »Bequemlichkeit und Egoismus, sondern um für die große Aufgabe aus mir selbst möglichst viele Leistungsenergien herausholen zu können«. [\[375\]](#)

## Vernichtungswille

Die akademisch gebildeten Mitarbeiter der deutschen Besatzungsverwaltungen entwickelten in Osteuropa früh einen virulenten Vernichtungswillen. Es lassen sich unterschiedliche, auch ineinander verschränkte Motive ausmachen. Dazu gehörten: Ekel vor Armut und Schmutz, Verachtung gegenüber Menschen, insbesondere jüdischen, die in diesen Verhältnissen lebten; Angst, ein Rest von Unrechtsbewusstsein, das sich in umso stärkere Aggression verwandelte; Entsetzen über die vergeudete Arbeitskraft und die Lust am Eingriff, mit dem diese Verhältnisse »in Ordnung« gebracht und von Grund auf umgestülpt werden sollten. Die Vernichtungswünsche eilten der praktischen Politik voraus. Wir führen drei Beispiele in chronologischer Reihenfolge an:

Eduard Könekamp, der, wie bereits beschrieben, im Auftrag des Deutschen Auslandsinstituts die Umsiedlungen im besetzten Polen beobachtete, schrieb im Dezember 1939 an seine Stuttgarter Kollegen: »Viele Deutsche sehen wohl zum ersten Mal in ihrem Leben Juden in solchen Massen.« Die Ghettos »gehören zum Schmutzigsten, was man sich vorstellen kann. Hier vegetieren die Juden teilweise bis vier Stock tief in die Erde. Es herrschen grauenhafte hygienische und sittliche Zustände. (...) Die Vernichtung dieses Untermenschentums läge im Interesse der ganzen Welt. Diese Vernichtung ist aber eines der schwierigsten Probleme. Mit Erschießung kommt man nicht durch. Auch kann man auf Frauen und Kinder nicht schießen lassen. Da und dort rechnet man auch mit Verlusten bei den Evakuierungstransporten, und auf dem Transport von 1000 Juden, der von Lublin aus in Marsch gesetzt wurde, seien 450 umgekommen. (...) Sämtliche mit der Judenfrage befassten Stellen sind sich über die Unzulänglichkeit all dieser Maßnahmen im Klaren. Doch ist eine Lösung dieses komplizierten Problems noch nicht gefunden.«<sup>[376]</sup>

Dietrich Troschke, Tagebuchblätter, Januar 1941: »Mit gemischten Gefühlen treten wir die Reise an. Die Warnungen, mit denen man uns überschüttet, sind nicht unbegründet. Der Fahrer muss mittleres Tempo halten, sonst bleiben wir unweigerlich in den Schneemassen stecken. In solchen

Augenblicken ist es lebensgefährlich, den Wagen zu verlassen, um zu Fuß durch den meterhohen Schnee zu stapfen. Leicht versinkt man im Schnee und der Schneetod ist in Polen nichts Außergewöhnliches. Plötzlich sichten wir vor uns in gleicher Richtung einen Bauernwagen. Wir können nicht zu weit von der Mitte der Bahn abweichen, um nicht selbst festzufahren. Auf die ersten Zeichen reagiert der Bauer nicht. Schnell näherfahrend wiederholen wir das Signal. Der Bauer bleibt stur und lässt sich nicht bewegen, seitlich auszuweichen. Erst im letzten Moment begreift er die Situation, reißt sein Pferd nach rechts herum, aber schon ist es zu spät. Mit dem rechten Kotflügel ergreifen wir seine hintere Wagenachse mit ziemlicher Wucht. Durch den Aufprall gerät der Panjewagen aus sämtlichen Fugen. Tatsächlich fallen alle vier Räder zur Seite, das Mittelbrett des Wagens saust mit einem Ruck zur Erde samt der Deichsel, und der Bauer setzt hart auf den Boden auf. Der Bauer hockt wie versteinert auf seinem Brett, und wir im Auto müssen, obschon uns der Schreck noch in den Gliedern sitzt, lachen, die Situation wirkt zu grotesk.

Der Fahrer springt aus dem Wagen, schaut sich den verbogenen Kotflügel an und schlägt ihn einigermaßen wieder in die alte Form. Den Mann seinem Schicksal überlassend, über das er nun in Ruhe nachdenken kann, indem er langsam die Teile seines Wagens nach und nach zum Hof zurückträgt – bei dem Sturm sicher kein Vergnügen! – setzen wir die Fahrt fort.«

Hermann Voss, von April 1941 an Anatom an der »Reichsuniversität« Posen, notierte in seinem Tagebuch:

»23. 6. 1935: Das polnische Volk vermehrt sich doppelt so schnell wie das deutsche, und das ist das Entscheidende! Die viel primitiveren slawischen Völker werden das deutsche Volk, das sich bei Weitem nicht genügend vermehrt, auffressen.«

»18. 5. 1941: Kollege Köhler ist am Freitag wieder eingetroffen und hat ein Zimmer in meinem Institut bezogen. Ich habe nun an den Sonntagen etwas Gesellschaft, was sehr angenehm ist. Denn diese schrecklich einsamen Sonntage, die ich hier verlebt habe, waren schrecklich. Gestern Nachmittag waren wir nach Kundorf hinaus. (...) Dort trafen wir fast nur Polen aus den Vorstädten und sahen auf diese Weise einmal, wie viele von dieser elenden Gesellschaft noch hier sind. Kommt man immer nur in die innere Stadt, so bemerkt man das gar nicht so.«

»24. 5. 1941: Hier im Keller ist auch eine Verbrennungseinrichtung für Leichen. Sie steht jetzt ausschließlich im Dienst der Geheimen Staatspolizei. Die von ihr erschossenen Polen werden hier nachts eingeliefert und verbrannt. Wenn man doch die ganze polnische Gesellschaft

so vernichten könnte! Das polnische Volk muss ausgerottet werden, sonst gibt es hier keine Ruhe im Osten.«

»2. 6. 1941: Ich denke, dass man die polnische Frage ohne Gefühl sehen muss, rein biologisch. Wir müssen sie vernichten, andernfalls vernichten sie uns. Und deshalb freue ich mich über jeden Polen, der nicht mehr lebt.«

»15. 6. 1941: Fast täglich kommt jetzt das graue Auto mit den grauen Männern, d.h. SS-Männern von der Gestapo und bringt Material für den Ofen. Da er gestern nicht in Betrieb war, konnten wir hinschauen. Es lag drin die Asche von vier Polen. Wie wenig doch von einem Menschen übrig bleibt, wenn alles Organische verbrannt ist! Der Blick in einen solchen Ofen hat etwas sehr Beruhigendes. Wie sagte doch Marschall Ney vor seiner Hinrichtung: ou bientôt un peu de poudre. Die Polen sind augenblicklich wieder sehr frech und infolgedessen hat unser Ofen viel zu tun. Wie schön wäre es, wenn man die ganze Gesellschaft durch solche Öfen jagen könnte.«[\[377\]](#)

# Das Generalgouvernement – ein deutsches Aufbauwerk

## »Bevölkerungswesen und Fürsorge«

Wenige Wochen nach dem deutschen Überfall auf Polen richtete die Besatzungsverwaltung in dem neu gebildeten sogenannten Generalgouvernement ein spezielles Ressort für planvolle Aussonderungs- und Umsiedlungspolitik ein. Es erhielt die vieldeutige Bezeichnung »Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge« und unterstand der Innenbehörde. Aufgebaut und bis Anfang September 1940 geleitet wurde es von dem damals 27-jährigen Dr. Fritz Arlt, der, wie schon beschrieben, anschließend in Oberschlesien die Arbeit des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums neu organisierte. Arlt hatte als Soldat am Überfall teilgenommen. Ende Oktober 1939 beauftragte ihn Generalgouverneur Hans Frank, die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge einzurichten. Damit war Arlt praktisch dafür zuständig, die staatliche Fürsorge unter den Bedingungen des Krieges und unter den Vorzeichen deutscher Volkstumspolitik für 12 Millionen Menschen neu zu gestalten: öffentliche Speisungen zu organisieren, Verhandlungen mit dem Internationalen Roten Kreuz zu führen, vor allem aber die Bevölkerungspolitik, die ihr zugeordnete Aufsicht über Religionsgemeinschaften und sämtliche Umsiedlungen in Angriff zu nehmen. Ihm unterstanden die Heil- und Pflegeanstalten, in denen schon bald nach der Besetzung alte und schwerkranke Patienten ermordet wurden.<sup>[378]</sup>

Einem Bericht der *Krakauer Zeitung* zufolge bearbeitete Arlts Dienststelle jede »Volksgruppe referatsmäßig gesondert«. Es gab je ein Referat für die polnische, die deutsche, die ukrainische und die jüdische »Volksgruppe« sowie die Referate »Emigrantengruppen« und »Statistik«. Sie alle lieferten Informationen an das Referat »Umsiedlungswesen«. Als Grundsatz galt: »Die natürlichen Voraussetzungen der Fürsorgearbeit im Generalgouvernement waren und sind noch heute ungeheuer schwierig. Sie sind durch zwei Faktoren bestimmt: einmal durch die Über-Bevölkerung



und zum anderen dadurch, dass der Krieg mit seinen Bevölkerungsbewegungen über die Gebiete gegangen ist. Die Fürsorgearbeit musste nach den deutschen Verwaltungsnotwendigkeiten völlig neu orientiert und zugleich in ein starkes Überwachungssystem gebracht werden.«<sup>[379]</sup>

Im ersten Tätigkeitsbericht der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge vom Juni 1940 heißt es: »Zu den notwendigsten Einrichtungen einer nationalsozialistischen deutschen Verwaltung über fremdvölkische Gebiete gehört eine Dienststelle, die eigens sich mit der volkspolitischen Struktur des fremdvölkischen Gebietes beschäftigt; denn die volkspolitischen Erkenntnisse in volkstumsmäßiger, rassenkundlicher, statistischer, historischer usw. Art sind grundlegend für jede praktische Verwaltungsarbeit, von der Berechnung der Steuererwartung bis zur Verteilung der Polizeikräfte.«<sup>[380]</sup>

In der zweiten Nummer der von ihm herausgegebenen vertraulichen *Volkspolitischen Informationen* konkretisierte Arlt dieses Programm:

»Wenn die Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements als Ganzes für sich sorgen würde, so müsste dies notgedrungenermaßen zu einer Solidarität aller Teile der Bevölkerung führen, an der uns nichts liegen kann aus grundsätzlichen Erwägungen heraus. (...) Die Grundsätze unserer Fürsorge- und Wohlfahrtsarbeit im GG sind also politischer Art. Die Behandlung aller Fürsorge- und Wohlfahrtsfragen geschieht nach deutschen rassischen und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten. Dies hütet uns in der Arbeit davor, lediglich caritative und humanitäre Gesichtspunkte für unsere Fürsorgearbeit wirksam werden zu lassen, sondern wir haben uns immer wieder zu orientieren nach den national- und volkspolitischen Forderungen des Deutschen Reiches.« Ziel dabei sei eine »Planung nicht zuletzt auf dem rein zahlenmäßigen Verhältnis seiner Bewohner«, um das Generalgouvernement »somit leichter regieren zu können«.<sup>[381]</sup>

Arlt und seine Mitarbeiter gelangten zu der Feststellung: »Die soziale Schichtung in der Bevölkerung des Generalgouvernements ist also zugleich eine rassische Schichtung.«<sup>[382]</sup> Es ging ihnen, wie Arlts Nachfolger Lothar Weirauch schrieb, darum, »die Masse der polnischen Arbeiter und Bauern aus ihrer dumpfen Trägheit herauszureißen und zu werteschaffender Betätigung anzuhalten«.<sup>[383]</sup>

Arlt orientierte sich an der Devise Himmlers, die Bevölkerung des Ostens »in unzählige kleine Splitter und Partikel aufzulösen«. Die Politik des divide et impera sollte in der »Organisation des Kampfes der Volkstümer untereinander«, wie Himmler das bezeichnete, realisiert

werden.<sup>[384]</sup>

Die Verbindung von Rassenpolitik mit den »praktischen Arbeitsgebieten der Fürsorge« schuf nach der Konzeption Arlts das politische Mittel der Wahl, »um indirekt Einfluss nehmen zu können auf die volkspolitische Lage«.<sup>[385]</sup> Dazu gehörte ein abgestuftes System von Sozialleistungen und Ausgrenzungen, von der Lebensmittelzuteilung für umgesiedelte Volksdeutsche bis zu Hunger, Enteignung und Arbeitszwang für Juden. Arlt begründete das mit der Überbevölkerung, da »die Volkszahl« im Generalgouvernement »in keiner Weise der Bedarfsmitteldeckungsmöglichkeit« entspreche.<sup>[386]</sup> Er versäumte keine Gelegenheit, öffentlich zu proklamieren, dass die Bevölkerungsdichte »ausschlaggebend für den Erfolg der Fürsorgearbeit« sei.<sup>[387]</sup> Wie selbstverständlich betonte er dabei stets »die Belastung« durch die jüdische Bevölkerung. Als Mittel, wie dem Missverhältnis zwischen Volkszahl und Ressourcen abzuhelpen sei, empfahl er die »Erweiterung des Nahrungsspielraums« in Form von Bodenmelioration und Steigerung der Hektarerträge in der Landwirtschaft – aber eben auch die »Verminderung der Volkszahl«. Dabei war ein Anfang bereits gemacht: »Tausende sind als Opfer des Krieges aus dem Bevölkerungsbestand ausgeschieden«, rechnete Arlt vor. Darüber hinaus sei »durch Kriegsfolgen« die »Sterblichkeit eine höhere als bisher« – Kleinkinder, Alte, Lebensschwache, Gebrechliche und Kranke seien »dem Absterbeprozess am meisten unterworfen«.<sup>[388]</sup>

Zugleich aber trug die Arlt'sche Abteilung selbst nicht unwesentlich zur Verschärfung der Zustände bei, die sie als Überbevölkerungsproblem beklagte. Denn diese Abteilung fungierte bei den Zwangsumsiedlungen von Hunderttausenden von Menschen aus dem annektierten Westpolen in das Generalgouvernement als Partner des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums. Im Juni 1940 berichtete Arlt:

»Wir waren beteiligt bei der Durchführung der Evakuierungs- und Umsiedlungsmaßnahmen aus den deutschen Ostgebieten, an der Durchführung des 1. Nahplanes (40000 Polen und Juden), des 2. Nahplanes (120000 Polen und Juden) sowie bereits einem Teil der uns angekündigten 35000 Zigeuner. Hierbei sind in Verbindung mit den Distriktchefs die Umsiedlungszahlen distriktweise festgesetzt worden sowie die nötige Verpflegung und die Transporte übernommen worden.« Darüber hinaus erwartete Arlt, dass aus »Großdeutschland«, insbesondere wohl aus den annektierten westpolnischen Provinzen, noch »450000 Juden in das Gebiet des GG abgeschoben werden«.<sup>[389]</sup> Nicht einmal die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge bestritt, dass die Opfer der

Zwangsumsiedlung dabei »über großen Härten« ausgesetzt waren.<sup>[390]</sup>

Die deportierten Menschen belasteten, wie Arlt erkannte, das volkswirtschaftliche Gefüge umso mehr, als ihnen zuvor ihre gesamte Habe weggenommen worden war. Daraus ergab sich, »dass die Zahl derer, die sich nicht allein erhalten können oder die in ihrer Lebensführung von der Allgemeinheit gestützt werden müssen, ständig im Steigen begriffen ist«.

<sup>[391]</sup> Arlt sah darin etwas Positives. Der »um sich greifende soziologische Umschichtungsprozess« – also die zunehmende soziale, wirtschaftliche und rechtliche Diskriminierung – wirke sich »geburtensmindernd« auf die »Fruchtbarkeit des Judentums« aus.<sup>[392]</sup> Im September 1940 schlug er vor, die gesamte jüdische Minderheit auszusiedeln. Dadurch »würde der Lebensraum des Generalgouvernements um rund 1500000 Juden entlastet werden«. Die Bevölkerungsdichte werde dann von 126 auf 110 Menschen pro Quadratkilometer sinken, eine Zahl, die »unter Beibehaltung der Möglichkeiten der Saisonwanderung in den deutschen Arbeitsraum« eine »erfolgreiche, konstruktive Lösung« erwarten lasse:

»Zunächst würde eine große Anzahl von Arbeitsmöglichkeiten für die ortsansässige nichtjüdische Bevölkerung gegeben sein, d.h. eine wesentliche Entlastung würde die Schicht der nicht- oder unterbeschäftigten polnischen Bevölkerung erfahren. (...) Ein Teil dieser Menschen könnte dann auf dem Wege einer soziologischen Umschichtung die Stellen in Industrie, Handel und Handwerk einnehmen, die bislang von den Juden eingenommen wurden. Das würde ein wesentlicher Beitrag zur sozialen Gesundung des polnischen Landproletariats sein. Zugleich würde durch Entlastung der Überzahl an landwirtschaftlich Beschäftigten eine weitere Möglichkeit, dem Problem der Überbevölkerung konstruktiv zu begegnen, gegeben sein.«<sup>[393]</sup>

Um seine Sätze zu veranschaulichen, veröffentlichte der Autor eine Karte über die »Judenbelastung« im Generalgouvernement. War nach Arlts Vorstellungen die jüdische Minderheit erst einmal aus dem »Lebensraum entfernt«, würde »der Zustrom der Bauern in die Städte ermöglicht«. Nur so könne sich die soziale Struktur der Bevölkerung allmählich ändern.<sup>[394]</sup> Die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge forcierte dabei früh eine »totale Lösung«: »Eine besondere Bedeutung in bevölkerungspolitischen Fragen kommt dem Judenproblem zu (...). Selbstverständlich müssen die Juden aus dem Handels- und Wirtschaftsleben zurückgedrängt und nach und nach überhaupt entfernt werden. Die Ausführung kann naturgemäß nur schrittweise erfolgen, wobei gleichzeitig umfassende Planungen für eine totale Lösung vorbereitet werden.«<sup>[395]</sup>

Spätestens vom Juni 1940 an hatte Arlts Abteilung im Sinne dieses

Konzepts darauf gedrungen, »das gesamte Judentum in einem bestimmten Gebiet zusammenzufassen«.<sup>[396]</sup> Weil dabei möglichst viele Menschen aus dem Generalgouvernement ausgesiedelt werden sollten, bemühten sich Arlts Mitarbeiter unablässig darum, die Zahl der zur Zwangsumsiedlung vorzusehenden Menschen zu erhöhen: Sie schlugen vor, die Nürnberger Gesetze so abzuändern, dass im Generalgouvernement »Halbjuden« genauso verfolgt werden könnten wie »Volljuden«. Der Judenreferent in Arlts Abteilung, Heinrich Gottong, machte sich dafür stark, auch die nichtjüdischen Eheleute aus »Mischehen« denselben antijüdischen Gesetzen und Diskriminierungsmaßnahmen zu unterwerfen und sie ebenfalls auszusiedeln.<sup>[397]</sup>

Die Aussiedlungspläne der Jahre 1939/40 bezogen sich zunächst auf das »Judenreservat Lublin«, das auch »Zigeunerreservat« werden sollte,<sup>[398]</sup> dann auf den Madagaskarplan. Beide Projekte – auf die wir im nächsten Kapitel zu sprechen kommen – scheiterten bis zum Herbst 1940 aus unterschiedlichen Gründen. Damit scheiterte zunächst auch das zentrale Vorhaben der Arlt'schen Abteilung, die Bevölkerungsdichte im Generalgouvernement zu senken. Während sich die Spitzen der Besatzungsregierung in Krakau darauf gefasst machten, dass im Frühjahr 1941 zusätzlich noch eine weitere Million Menschen aus den annektierten polnischen Westgebieten »eingesiedelt« würden, beharrten die Bevölkerungsexperten auf ihrem Vorhaben, die Bevölkerung im Generalgouvernement zu reduzieren.

Wenn Arlt selbst allerdings das Problem im September 1940 plötzlich aus gänzlich anderem Blickwinkel betrachtete, so spitzte dies die Situation nur weiter zu. Wie in dem Abschnitt über den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums schon geschildert, beschäftigte er sich nun damit, Menschen aus Oberschlesien für die Deportation in das Generalgouvernement zu selektieren, also genau in das Gebiet, in dem er eben noch einen hoffnungslosen »Bevölkerungsüberdruck« festgestellt hatte.

Die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge war organisatorisch weiterhin an jeder Umsiedlungsaktion im Generalgouvernement beteiligt. Das ergibt sich aus Arlts Dienstzeugnis, in dem es heißt: »Einrichtung einer zentralen Umsiedlungsstelle (...), die die Einsiedlung, die Umsiedlung sowie die Aussiedlung von Hunderttausenden von Menschen mitbetreute.«<sup>[399]</sup> Im März 1941 wurde die Abteilung »Umsiedlung« im Distrikt Warschau aufgelöst und ihre Aufgaben wurden von der Abteilung »Bevölkerungswesen und Fürsorge« übernommen. In Warschau wurde sie von Heinz Auerswald geleitet, der wenig später zum Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk ernannt wurde.<sup>[400]</sup> Der Nachfolger Arlts, Lothar

Weirauch, beschrieb die von ihm übernommene Abteilung so: »Da meine Dienststelle für sämtliche die Verwaltung des Generalgouvernements angehenden Fragen volkstumpolitischer Art, auch soweit sie die Umsiedlung betreffen, zuständig ist, bin ich über die Grundzüge jeder Aus- und Umsiedlung stets unterrichtet gewesen.«<sup>[401]</sup>

Von Anfang an arbeitete die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge eng mit der Sicherheitspolizei und dem SD zusammen.<sup>[402]</sup> Später war sie unmittelbar mit den verwaltungstechnischen Vorbereitungen für den Massenmord an jüdischen Frauen, Männern und Kindern befasst. Als Frank am 16. Dezember 1941 ankündigte, dass »mit den Juden so oder so Schluss gemacht werden muss«, ordnete sein Staatssekretär Josef Bühler noch am selben Tag an, dass jede Umsiedlung im Generalgouvernement, die mehr als 50 Personen erfasse, der Zustimmung der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge bedürfe.<sup>[403]</sup> Im März 1942 organisierte diese Abteilung im Distrikt Lublin in enger Zusammenarbeit mit der SS Massendeportationen jüdischer Menschen in das gerade fertiggestellte Vernichtungslager Belzec.<sup>[404]</sup> Die Alltagsarbeit seiner Abteilung dokumentiert ein privater Brief des Stellvertretenden Leiters der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, Walter Föhl. Der Brief datiert vom 21. Juni 1942, seine Formulierungen zeigen deutliche Anklänge an das Protokoll der Wannseekonferenz:

»Wir nehmen jeden Tag Züge mit je über 1000 Juden aus ganz Europa an und verarzten sie hier, bringen sie mehr oder weniger provisorisch unter oder schieben sie meist weiter, hinein in die weißruthenischen Sümpfe Richtung Eismeer, wo sie alle – wenn sie es überleben (und das tun die Juden vom Kurfürstendamm oder aus Wien und Preßburg bestimmt nicht) – gegen Kriegsende versammelt sind, nicht ohne einige Autostraßen fertig gebaut zu haben. (Aber man soll nicht darüber sprechen!)«<sup>[405]</sup>

Föhls Vorgesetzter Weirauch nahm am 27. Oktober 1942 als Vertreter des Generalgouvernements an der dritten aktenkundigen Nachfolgebeförderung zur Wannseekonferenz teil.<sup>[406]</sup> Im November 1942 tagten die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge und der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gemeinsam in Krakau. Als ein Tagesordnungspunkt war auch von der sich rasch ausbreitenden Tuberkulose die Rede. Zu den Teilnehmern gehörte deshalb auch der Sozialhygieniker Wilhelm Hagen, Stadtarzt von Warschau und Tuberkulosebeauftragter für das Generalgouvernement, der sich für eine umfassende Bekämpfung dieser gefährlichen Infektionskrankheit einsetzte. Nach fünf Minuten wurde Hagen durch den Zwischenruf unterbrochen, ob er denn »den Polen eine für alle gleiche und die gesamte Bevölkerung umfassende Tuberkulosefürsorge

zukommen lassen wolle«. Hagens Antwort lautete: »Ja.« »Daraufhin«, so berichtete der Zeuge Hagen 1962, »beugte sich Weirauch zu dem SS-Führer und flüsterte mit ihm. Was besprochen wurde, habe ich nicht verstanden. Der SS-Führer nickte Weirauch aber bejahend zu. Weirauch erklärte mir dann, ich sei vollkommen schief gewickelt, er wolle mir nun, um die Lage zu beleuchten, gegen strikte Geheimhaltung eine Mitteilung machen, aus der ich ersehen könne, wie völlig abwegig meine Pläne seien. Er verpflichtete mich durch Handschlag zum Schweigen über die Eröffnung.«<sup>[407]</sup> Was Weirauch dann mitteilte, schrieb Hagen anschließend nieder, und zwar in einem Brief an Hitler, den er aufforderte, die Pläne der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge zu verhindern. Es sei beabsichtigt, so schrieb Hagen, bei der Umsiedlung von 200000 Polen »zwecks Ansiedlung deutscher Wehrbauern (...) mit einem Drittel der Polen – 70000 alten Leuten und Kindern unter 10 Jahren – so zu verfahren wie mit den Juden, d.h., sie zu töten«.<sup>[408]</sup>

Dieser Brief kostete Hagen seine Stelle. Er hatte ein zentrales Tabu verletzt und das Wort »töten« unumwunden gebraucht.



## Zusammenarbeit

Im Juli 1940 übernahm Arlt neben seiner Arbeit als oberster Bevölkerungspolitiker zusätzlich das Amt des Schulungsleiters der NSDAP im Generalgouvernement. Er gründete die Zeitschrift *Das Vorfeld*<sup>[409]</sup> und arbeitete eng mit Theodor Oberländer zusammen,<sup>[410]</sup> seinerzeit Offizier des militärischen Nachrichtendienstes in Krakau.<sup>[411]</sup> Daneben baute Arlt die Sektion für Rassen- und Volkstumsforschung am Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau auf,<sup>[412]</sup> die unter seinem Einfluss zunächst den Namen Bevölkerungswissenschaft und Rassenkunde trug<sup>[413]</sup> und unter anderem über das Referat Judenforschung verfügte. Arlts Judenreferent in der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, Heinrich Gottong,<sup>[414]</sup> wurde im Frühjahr 1941 Rassenforscher am Institut für Deutsche Ostarbeit. Sein Vorgesetzter war dort Josef Sommerfeldt, der 1943 ganz unmissverständlich und in einer allgemein zugänglichen Zeitschrift schrieb, zur »Lösung der Judenfrage« gebe es »nur zwei Möglichkeiten: die Aussiedlung oder die physische Vernichtung«.<sup>[415]</sup> Zwischen den Institutssektionen »Rassen- und Volkstumsforschung« und »Wirtschaft« bestand eine enge Kooperation.<sup>[416]</sup> Das an Umsiedlungsfragen beteiligte Deutsche Auslandsinstitut in Stuttgart verfügte in der Person von Hans Hopf über einen Vertrauensmann in der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge. Im Februar 1943 vereinbarten der Direktor des Instituts für Deutsche Ostarbeit und der Beauftragte des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (Dr. Hans Weibgen) eine enge Zusammenarbeit, und beide Institutionen veranstalteten gemeinsam mit der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge mindestens eine Arbeitstagung.<sup>[417]</sup> Diese Kooperation gab der Sektion Rassenforschung »starken Auftrieb«. Die Rassenforscher am Institut für Deutsche Ostarbeit sollten »Unterlagen liefern für die Erfordernisse und Maßnahmen der praktischen Volkstumspolitik« und zu »durchaus gegenwartsgebundenen politischen Zwecken«.<sup>[418]</sup>

Als Bevölkerungspolitiker und führender Funktionär des RKF unterhielt Arlt auch gute Beziehungen zum Frankfurter Institut zur Erforschung der Judenfrage. Er gehörte zu den handverlesenen Gästen bei der feierlichen Eröffnung im März 1941.<sup>[419]</sup> Der Leiter des Rassenpolitischen Amtes der



NSDAP, Professor Groß, erklärte bei diesem Anlass zur Zukunft des Judentums: »Eine Beseitigung der gefährlichen Wirkung seines Daseins in Europa ist ausschließlich durch eine völlige räumliche Ausscheidung möglich.«<sup>[420]</sup> Das Institut für Deutsche Ostarbeit und das neue Frankfurter Institut vereinbarten »engste Zusammenarbeit« in der »Bearbeitung« der »Ostjudenfrage«. In einem Bericht heißt es über den Zweck dieser Zusammenarbeit: »Eine gründliche wissenschaftliche Behandlung gerade dieses Problems sei erforderlich als Vorbereitung einer endgültigen gesamteuropäischen Lösung dieser Frage durch den Führer nach Beendigung des Krieges.«<sup>[421]</sup> Die Mitarbeiter des Frankfurter Instituts sahen in der Krakauer Forschungsgruppe »keine Konkurrenz«. Vielmehr stellten sie »mit freudiger Genugtuung fest, dass beispielsweise das Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau sich der Erforschung des Ostjudenproblems im Rahmen seiner gestellten Aufgabe annimmt.«<sup>[422]</sup> Der Direktor des Krakauer Instituts – Wilhelm Coblitz, ein alter Vertrauter von Hans Frank – wurde korrespondierendes Mitglied des Frankfurter Instituts<sup>[423]</sup> und bemerkte: »Die Judenforschung im Institut wird in engster Verbindung mit den Zentralstellen der NSDAP, im Sinne einer Gesamtbereinigung des europäischen Judenproblems geleistet.«<sup>[424]</sup>

Der schon mehrmals erwähnte Peter-Heinz Seraphim war vom Beginn des Krieges gegen Polen an bis zum Ende des Jahres 1940 Kriegsverwaltungsrat der Rüstungsinspektion Ober-Ost. Er arbeitete also – wie Oberländer und Arlt – in Krakau und war für die »Beobachtung der Wirtschaftspolitik im GG« zuständig.<sup>[425]</sup> In dieser Zeit trat er auch als Gastreferent im Institut für Deutsche Ostarbeit auf und sprach dort über sein Lieblingsthema: über die Armut der polnischen Juden und deren jährliche Zunahme um knapp neun Prozent. 23 Prozent der jüdischen Familien, so klagte Seraphim, hätten sich schon vor dem Krieg nicht aus eigener Kraft ernähren können: »Man muss sich die wesentliche Erkenntnis vor Augen halten, dass die Restriktion des Judentums (gemeint ist die beginnende Ghettoisierung) allein nicht genügt. Anstelle der Isolierung des Judentums muss vielmehr eine konstruktive Lösung treten. (...) Die bisherigen Schritte auf diesem Gebiete lassen schon Ansätze zu einer Lösung dieser Frage in einer ganz bestimmten Richtung erkennen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Deutschland eines Tages eine konstruktive Lösung im nationalsozialistischen Sinne finden wird.«<sup>[426]</sup>

Im März 1941 veröffentlichte Seraphim im Verlag des Instituts für Deutsche Ostarbeit das Buch »Die Wirtschaftsstruktur des Generalgouvernements«. Darin forderte er »eine grundlegende Umformung

des Raumes, seine Befriedung, wirtschaftliche Belebung, Intensivierung, (...) soziale und ökonomische Gesundung«. <sup>[427]</sup> Vom völlig »atomisierten Kleinhandel« und den »verstopften« Städten bis zu »Bodenzersplitterung und agrarischer Übersetzung«, die das »größte Strukturproblem der Landwirtschaft« seien, ließ Seraphim kaum ein bevölkerungspolitisches und ökonomisches Standardargument aus. Je nach Region ordnete er – entsprechend den Berechnungen Oberländers – 41 bis 63 Prozent der Landbevölkerung als überzählig ein. <sup>[428]</sup> Er forderte die Industrialisierung des besetzten Polen, die Entwicklung eines »mittelständischen Ethos«. Gleichzeitig verlangte er die »Zurückdrängung bzw. Ausschaltung des jüdischen Bevölkerungselements«. Auf der Eröffnungstagung des Frankfurter Instituts zur Erforschung der Judenfrage referierte er über »die bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Probleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage«. Seraphim, dessen Buch »Das Judentum im osteuropäischen Raum« Arlt als »ausgezeichnetes großes Werk schätzte« <sup>[429]</sup> und den er 1940 als Berater in Judenfragen zu Verhandlungen hinzuzog, <sup>[430]</sup> bekam im März 1941 die Stelle des Schriftleiters der antisemitischen Zeitschrift *Weltkampf*, die das Frankfurter Institut zur Erforschung der Judenfrage herausgab.

## Wirtschaftsaufbau

Die Idee, das Generalgouvernement auf Kosten der jüdischen Minderheit tiefgreifend umzugestalten, wie Arlt sie unter soziologischen, bevölkerungspolitischen und rassistischen Aspekten vertrat, fügte sich gut in die Strategien der Wirtschaftsfachleute. Sie begannen ihr »Aufbauwerk« im besetzten Polen im Januar 1940. Am 13. Juni 1940 berief Hans Frank einen neuen Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft: den Hamburger Walter Emmerich, der, wie bereits beschrieben, erste Erfahrungen in Wien gesammelt und dort gelernt hatte, eine vergleichsweise rückständige Wirtschaft mit Hilfe der »Entjudung« zu rationalisieren. Bevor Emmerich sein neues Amt antrat, hatte er schon zwei Monate als persönlicher Berater Franks für wirtschaftspolitische Fragen gearbeitet. In dieser Eigenschaft trug er zunächst den Titel »Generalreferent für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement im Amte des Generalgouverneurs«.<sup>[431]</sup>

Anders als in Österreich sollte im Generalgouvernement das Wirtschaftsniveau nicht dem Deutschlands angeglichen werden. Vielmehr war geplant, das Gefälle der Löhne und Preise aufrechtzuerhalten und es zugunsten der deutschen Wirtschaft zu nutzen. Emmerich arbeitete in Krakau darauf hin, aus dem Generalgouvernement ein abhängiges Billiglohnland zu machen. Dabei gab es allerdings Probleme: Zwar waren die Löhne viel niedriger als im Reich, von »einer wirklichen Billigkeit der Arbeitsleistung« konnte aber, wie einer der engsten Mitarbeiter Emmerichs schrieb, zunächst keine Rede sein. Die »Leistung pro Mann und Schicht« war nämlich aus unterschiedlichen Gründen unbefriedigend, die Ausrüstung mit Produktionsmitteln »allzu kümmerlich«. Daraus ergab sich: »Eine echte Billigkeit der Arbeitsleistung im Generalgouvernement sicherzustellen, ohne die es dort immer bei dem alten Zustand einer drückenden »unsichtbaren Arbeitslosigkeit« auf dem Dorfe bleiben müsste, ist eine der politischen Kernaufgaben der deutschen Verwaltung.«<sup>[432]</sup>

Nach den ersten Arbeitswochen legte Emmerich seinem Chef Hans Frank »die Grundsätze der von ihm beabsichtigten Wirtschaftspolitik« dar. Seine im Diensttagebuch Franks referierten Ausführungen klangen wie ein nationalökonomisches Korreferat zu den bevölkerungspolitischen Entwürfen

des Fritz Arlt: »Voraussetzung einer gedeihlichen wirtschaftlichen Tätigkeit« sei »eine grundlegende Änderung in der gesamten wirtschaftlichen Struktur«, wozu zunächst »im jüdischen Sektor eine bedeutende Rationalisierung Platz greifen« müsse. Anstelle der »vielen Kleinexistenzen müssten lebensfähige Mittelexistenzen geschaffen werden«, und zwar mit Hilfe der in Wien bewährten Methode: »Durch die Zusammenpressung des jüdischen Sektors ergebe sich dann für den polnischen Sektor die Möglichkeit des Nachrückens. (...) Selbstverständlich müsse diese kommerzielle Wanderung entsprechend organisiert werden, damit sie nicht zügellos vor sich gehe.« Emmerich meinte damit den organisierten Raub, die soziale Deklassierung von Amts wegen – durch Gesetze, Treuhänder und staatliches Gewaltmonopol. Im lokal begrenzten jüdischen Klein- und Kleinhandel sah er ein Hindernis für die ökonomische Neustrukturierung des soeben eroberten Raums. Dagegen sollte die von ihm anvisierte »kommerzielle Wanderung« die Märkte des Ostens öffnen. Die neuen, mit Hilfe der »Entjudung« zu schaffenden polnischen »Mittelexistenzen« würden leichter zu kontrollieren sein. Dabei dürfe »der Pole nur mitarbeiten, aber nicht mitentscheiden«. Frank sicherte seinem neuen Wirtschaftsminister »rückhaltlose Unterstützung« zu.<sup>[433]</sup>

Damit war eine grundlegende Wende der Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement vollzogen. Im September 1939 noch hatte Frank von Hitler den Befehl erhalten, »diesen Bereich als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszupowern, es (...) sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen«. Dieses Konzept wurde sehr schnell durch die Vierjahresplanbehörde geändert. Auch wenn Hitler noch länger daran festhielt, so formulierte Frank das im Einverständnis mit Göring schon im Januar 1940 so: »Unter dem Einfluss der Erziehungsarbeit der letzten Monate hat sich diese Einstellung völlig gewandelt. (...) Aus dem absoluten Zerstörungsprinzip ist der Grundsatz geworden, dieses Gebiet insoweit mit aller Förderung zu behandeln, als es dem Reich in seiner jetzigen Lage Vorteile zu bringen vermag. Eine wichtige Auswirkung dieses neuen Grundsatzes ist die Einführung des Vierjahresplans in diesem Gebiet, das damit ausgerichtet ist auf das gesamtdeutsche Ziel.«<sup>[434]</sup>

Emmerich war der NSDAP 1937 beigetreten, um seine Karriere zu befördern. Sein Verhältnis zur Partei blieb kühl. Er hielt ihre Chargen für inkompetent und machte ihnen in Krakau unmissverständlich klar, dass sie die Wirtschaftspolitik den Fachleuten zu überlassen hatten.<sup>[435]</sup> Dabei überschritten sich die im Parteiprogramm formulierten Ziele und die einer auf Effizienz bedachten Wirtschaftsführung in vielen Punkten. Soweit die

Rassenpolitik sich in die sozial- und wirtschaftspolitischen Vorgaben einfügte, betrachteten sie Emmerich und seine Mitarbeiter als ein ökonomisches Instrument unter anderen.

Schon sechs Wochen nach Übernahme seiner Amtsgeschäfte sprach Emmerich von der »bevorstehenden Evakuierung der Juden«. Wie Fritz Arlt setzte er zu dieser Zeit auf den Plan, alle im deutschen Machtbereich lebenden Juden nach Madagaskar zu deportieren. Frank hatte seinen Hauptabteilungsleitern – so hießen die Minister der Regierung des Generalgouvernements – am 12. Juli 1940 mitgeteilt, er habe eine entsprechende Zusage von Hitler erhalten. Er versprach sich davon schon in naher Zukunft eine »kolossale Entlastung«. <sup>[436]</sup> Diese »Evakuierung«, die im Sommer 1940 unmittelbar bevorzustehen schien, würde, so sagte Emmerich, »eine gewisse Turbulenz« in der Wirtschaft herbeiführen, die er aber für vertretbar hielt. Kurzfristig sah er den Vorteil: Man könne nun »auch für die Beamten Haushaltsgegenstände aus jüdischem Besitz« erwerben und damit den »großen Mangel an Wohnungseinrichtungen« überbrücken. <sup>[437]</sup>

Der nächste Schritt Emmerichs und seiner Treuhandverwaltung – also der Institution, die das jüdische, staatliche und »staatsfeindliche« polnische Vermögen konfiszierte und mit Gewinn für die Staatskasse verkaufte – stellte die Staatsfinanzen auf eine neue Grundlage und schuf neue Fakten, mit denen die »Evakuierung« der Juden bald zusätzlich begründet wurde. Am 30. Oktober 1940 referierte der Chef der Emmerich unterstehenden Treuhandverwaltung, Oskar Plodeck, dass »hinsichtlich der Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft noch manches nachzuholen« und man deshalb »in der Abteilung Wirtschaft in den letzten Wochen energisch an die Lösung dieses Problems« herangegangen sei. Nun werde die Enteignung des jüdischen Grundbesitzes in Angriff genommen, dessen Wert »in Warschau allein rund zwei Milliarden Złoty«, also eine Milliarde Reichsmark, betrage. In die Enteignungsverordnung baute die Abteilung Wirtschaft – formal stets auf den Schutz des Eigentums bedacht – eine Entschädigungsklausel ein, nach eigenem Bekunden allerdings »sehr vorsichtig formuliert«. Sie sah vor, jede Zahlung an die enteigneten Juden bis zum 1. Januar 1945 auszusetzen. <sup>[438]</sup>

Offizieller Ausgangspunkt dieses Vorgehens war immer noch der Plan, die jüdische Minderheit nach Madagaskar zu deportieren. Allerdings erschien dies im Oktober 1940 schon als nicht mehr realisierbar. Die deutsche Wirtschaftsverwaltung benutzte aber den Madagaskarplan, wie illusorisch er auch sein mochte, um ihre »Entjudungs«-Absichten weiterhin zu legitimieren und voranzutreiben. Mit den sich verändernden politischen Perspektiven war dann innerhalb weniger Monate nicht mehr von

»Evakuierung nach Madagaskar« die Rede, sondern einfach von »Evakuierung«.

Im November 1940 veröffentlichte Emmerich seine Pläne für den Wirtschaftsaufbau auch in einem Beitrag mit dem Titel »Vorwerk Generalgouvernement«, der in der *Berliner Börsenzeitung* erschien. Demnach wollte er durch die »Ausscheidung der Juden aus der Wirtschaft« den »Übersetzungserscheinungen in Handel und Handwerk (...) begegnen und damit dem dicht bevölkerten Lande auch eine innere Struktur (...) geben durch die Bildung einer breiten und nicht artfremden mittelständischen Schicht.« Ferner versprach Emmerich den Lesern der Berliner Börsenzeitung: »Der Neuaufbau der Wirtschaft des Generalgouvernements wird (...) abgestellt sein auf die Mitarbeit in der neuen vom Reich geführten europäischen Gemeinschaft.«<sup>[439]</sup>

Pläne dieser Art hatten allerdings wenig gemein mit der damals noch offiziellen politischen Linie im Umkreis Hitlers. Dort war zunächst weiterhin vorgesehen, das Generalgouvernement als Abschiebeterminitorium und Arbeitskräftereservoir zu nutzen und es bedenkenlos auszuplündern. Emmerich und die meisten anderen Fachleute im Generalgouvernement kümmerten sich wenig um solche Direktiven. Unbeirrt arbeiteten sie daran, ihr Modell von einem effizienten Aufbau der Wirtschaft in die Praxis umzusetzen.

Frank machte sich die Pläne seiner Spitzenbeamten zur Kombination von Judendeportation und sozialer wie wirtschaftlicher Mobilisierung des unterworfenen Landes rasch zu eigen und wurde dabei von der Göring'schen Vierjahresplanbehörde unterstützt.<sup>[440]</sup> Hitler dagegen sprach zu dieser Zeit mit keinem Wort von »wirtschaftlichem Gleichgewicht« oder gar von einer »Hebung des Wohlstands« im besetzten Polen – wenn er auch zu gelegentlichen Konzessionen an Frank bereit war und mehrmals für befristete Zeiträume Abschiebungen ins Generalgouvernement stoppen ließ. Noch im Oktober 1940 war Polen für Hitler dennoch ein Territorium, das Deportierte aus dem Reich aufnehmen sollte, ein »Vorfeld« von strategischer, nicht aber von wirtschaftlicher Bedeutung. Überbevölkerungstheorie, Rationalisierung der Landwirtschaft, Kapitalakkumulation für den Aufbau der Industrie interessierten ihn im Zusammenhang mit Polen nicht. Hitler lehnte Pläne zur ökonomischen Sanierung Polens ausdrücklich ab und sah im Generalgouvernement immer noch eine Region, die er – wie er schon 1939 bemerkt hatte – brauchte, um »das alte und das neue Reichsgebiet zu säubern von Juden, Polacken und Gesindel«.<sup>[441]</sup>

Am 2. Oktober 1940 stellte ihm Hans Frank sein Wirtschaftskonzept vor,



das er schon Monate zuvor geändert hatte, und verwies darauf, dass die Überbevölkerung alle konstruktiven Bestrebungen zunichtezumachen drohe. Frank hoffte mit dieser Argumentation, weitere Massendeportationen abwehren zu können.<sup>[442]</sup> Vergebens: Denn Hitler wies ihn zurecht, wie aus einem Vermerk Martin Bormanns über diese Sitzung hervorgeht:

»Der Führer nahm nun grundsätzlich zu dem Gesamtproblem in folgender Weise Stellung: Er betonte, es sei ganz gleichgültig, wie hoch die Bevölkerungsdichte im Gouvernement sei; die Bevölkerungsdichte in Sachsen betrüge 347 Menschen auf den qkm, in der Rheinprovinz seien es 324 und im Saarland sogar 449 Menschen je qkm. Es sei durchaus nicht einzusehen, warum die Bevölkerungsdichte im Gouvernement niedriger sein müsse. (...) Das Lebensniveau in Polen müsse sogar niedrig sein bzw. gehalten werden.« Dies nämlich verbillige die Arbeitskräfte, eine Tatsache, die wiederum »jedem Deutschen, auch jedem deutschen Arbeiter zugute käme. Das Generalgouvernement solle nun keinesfalls ein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet werden, das seine notwendigen Industrie-Produkte zum Teil oder ganz selbst erzeuge, sondern das Generalgouvernement sei unser Reservoir an Arbeitskräften für niedrige Arbeit (Ziegeleien, Straßenbau usw. usw.) (...) Die Ausleih-Zentrale für ungelernte Arbeiter (...), ein großes polnisches Arbeitslager.«<sup>[443]</sup>

Gegenstand der Sitzung war der Streit um weitere Abschiebungen in das Generalgouvernement; kurzfristig sollten dort 60000 Wiener Juden hin verfrachtet werden. Hitler traf zunächst keine Entscheidung, sondern verlangte von dem Wiener Reichsstatthalter Baldur von Schirach einen Bericht. Nachdem dieser eingegangen war, schrieb Hans Lammers als Chef der Reichskanzlei an Schirach, dass die »in Wien noch wohnhaften« 60000 – arbeitslos gemachten, enteigneten und trotz Zwangsauswanderung übrig gebliebenen – jüdischen Männer und Frauen beschleunigt »wegen der in Wien herrschenden Wohnungsnot« ins Generalgouvernement abgeschoben werden sollten.<sup>[444]</sup> Diese Regelung war Schirach schon neun Monate zuvor versprochen worden. Statt 60000 wurden Ende Februar/Anfang März 1941 5000 Wiener Juden in Ghettos und Arbeitslager des Generalgouvernements deportiert.

Hitler kam erst im Herbst 1941 wieder auf den Plan zurück, Wohnraum mit Hilfe von Deportationen rechtmäßiger Mieter oder Eigentümer zu beschaffen: Am 2. November 1941 schrieb Bormann an Schirach nach Wien: »Sie sollten, betont der Führer, Ihre Aufgabe in Wien nicht in der Schaffung neuer Wohnviertel sehen, sondern in der Bereinigung der bestehenden Verhältnisse.« Dazu seien so bald wie möglich »in Verbindung mit Reichsführer SS Himmler alle Juden abzuschieben, anschließend alle



Tschechen und sonstigen Fremdvölkischen«.<sup>[445]</sup> Wie sehr sich auch die SS-Führung mit diesen Fragen beschäftigte, zeigt sich im Protokoll der Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942, wo es heißt: »Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird (...) das Reichsgebiet einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren (...) allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozial-politischen Notwendigkeiten vorweggenommen werden müssen.«

Die Vorgaben, die Hitler noch im Oktober 1940 für das Generalgouvernement formuliert hatte, entsprachen schon seit April 1940 nicht mehr dem, was deutsche Wirtschaftsfachleute, Agronomen, Wehrmachts- und SS-Offiziere dort an wirtschaftlichen Veränderungen schufen. Sprach Hitler noch von der »Heimstätte der Polen«, so brachte ihm Frank die Formulierung »Nebenland des Reiches« nahe.<sup>[446]</sup> Meinte Hitler, wenn er von der Zukunft Polens sprach, noch eine Region der Verbannten, die mit polizeilich-terroristischen Mitteln unter Kontrolle zu halten war und deren Bevölkerung als industrielle Reservearmee zu nutzen sei, so formulierte Frank bereits das Konzept eines wohlgeordneten, sich rasch modernisierenden, kolonial zugerichteten und dem Großdeutschen Reich assoziierten Staates. Längst hatte man im besetzten Polen aufgehört, Fabriken einfach nur zu demontieren, längst wurden die Bauarbeiten an Staudämmen weitergeführt, die Weichsel reguliert und die in den Anfängen steckengebliebene polnische Flurbereinigung mit deutscher Energie und deutschen Machtmitteln fortgesetzt. Die Besatzungsverwaltung hatte sich spätestens seit der Vorbereitung des Feldzuges gegen Frankreich auf Dauer eingerichtet.

## Hamburger Raubzüge

In Krakau verstand sich Walter Emmerich als »auf vorgeschobenem Posten stehender Hamburger«, als einer derjenigen, »die den Mut haben, sich zur Ostarbeit zur Verfügung zu stellen«, und die dafür sorgten, dass »die Fäden zu Hamburg« nicht abrissen.<sup>[447]</sup> Aus Wien hatte er den bereits vorgestellten Rationalisierungsexperten Rudolf Gater mitgebracht. Zum Leiter des volkswirtschaftlichen Grundsatzreferates seiner Hauptabteilung berief er Max Biehl, der zuvor Redakteur des Hamburger *Wirtschaftsdienstes* gewesen war. Für die Leitung der Sektion Wirtschaft im Institut für Deutsche Ostarbeit, die Emmerich ebenfalls unterstand, holte er sich Helmut Meinhold. Der hatte in Hamburg 1935 das Volkswirtschaftsdiplom abgelegt, in Kiel promoviert und sich dort am Weltwirtschaftsinstitut seine Sporen verdient. Die beiden Assistenten Meinholds, Hans-Kraft Nonnenmacher und Erika Bochdam-Löptien, kamen aus Hamburg. Auch der Rechtsanwalt Dr. Helmut Seifert, Manager der Treuhandverwaltung in Warschau, also der Verwaltung des geraubten Vermögens der polnischen Bevölkerung, war Hanseat. Im Alter von 30 Jahren hatte Seifert schon einige Korruptionsaffären unbeschadet überstanden und verwaltete 4000 Betriebe, 50000 Grundstücke – »Vermögenswerte von mehreren Milliarden«. Zugleich amtierte er als deutscher Kommissar der polnischen Staatsbank.<sup>[448]</sup> Emmerich selbst hatte von 1922 bis 1930 in Hamburg Volkswirtschaft studiert, vier Jahre an der Universität gearbeitet, bis er 1934 als Beamter in die Hamburgische Wirtschaftsbehörde wechselte.

Die Berufung Emmerichs erwies sich als politischer Coup der Hamburgischen Kaufmannschaft, unterstützt von den Vertretern der Hansestadt im Reichswirtschaftsministerium.<sup>[449]</sup> Da die hanseatischen Handelshäuser infolge des Krieges von den früheren Handelspartnern weitgehend abgeschnitten waren, forderten sie Kompensation im Osten. In ihren Lagerhäusern stapelten sich seit dem September 1939 Waren, die nicht mehr hatten ausgeführt werden können, aber auch in Deutschland keine Abnehmer fanden. Diese Produkte wurden nun – begünstigt durch den künstlich hochgehaltenen Złoty-Kurs – auf den neuen Markt Generalgouvernement geworfen. Offiziell lief dieses Geschäft unter dem Motto »Sicherung des Lebensbedarfs im Generalgouvernement«. Wie das

praktisch aussah, zeigen zwei Schreiben der Hamburger Firma Wolfers & Pontt an die Deutsche Handelskammer Warschau. Unter dem Stichwort »Notleidende Exportpartien« heißt es dort: »Wir haben einen größeren Posten Haarklemmen (sogenannte Bubikopfklemmen) in verschiedenen Farben und auf Kartenaufmachung, die in Deutschland nicht gangbar sind und daher u.E. für die Ausfuhr ins Generalgouvernement in Frage kommen.«<sup>[450]</sup> Oder: »Wir haben noch einen größeren Posten Taschenspiegel mit geprägten Rücken und Heiligenbildern, die für Südamerika bestimmt waren. Ein Verkauf im Inland ist bisher nicht geglückt.«<sup>[451]</sup>

Das Reichswirtschaftsministerium gab solchen Firmen zunächst Waren im Wert von zehn Millionen Reichsmark für den Export in das Generalgouvernement frei,<sup>[452]</sup> und Emmerich veranlasste, dass ihnen solvente jüdische Firmen als Stützpunkte übereignet wurden.<sup>[453]</sup> Um dies zu erreichen, mussten »jüdische Großhandelsfirmen selbstverständlich ausscheiden«.<sup>[454]</sup>

Schon drei Monate später war die Beute aufgeteilt. Der *Ostdeutsche Beobachter* berichtete, dass »eine Anzahl vertrauenswürdiger deutscher Großhandelsfirmen beauftragt« sei, »in jedem der 40 Kreise je ein Handelsunternehmen zu gründen«. Die handelten ihre Interessengebiete untereinander aus, agierten ohne jede Konkurrenz und vereinnahmten jüdische Firmen und deren Lagerbestände als Startkapital.<sup>[455]</sup> Um »eine befriedigende Stellung gegenüber der Erzeugung im Generalgouvernement und auch im Verkehr mit den behördlichen Stellen zu erreichen«, gründeten diese Firmen die »Handelsgesellschaft deutscher Kaufleute m.b.H.«<sup>[456]</sup> Der Ausdruck »befriedigend« entsprach hanseatischem Understatement: Die deutschen Großhändler erwiesen sich, das deutete selbst Emmerich an, als besonders raubgierige und erfolgreiche Interessengemeinschaft. Anlässlich seines Geburtstags trugen ihre Vertreter ihm das Lied »Alibaba und die 40 Räuber« vor, das sie zu seinen Ehren gedichtet hatten.<sup>[457]</sup> Gemeint waren damit die 40 Kreisgroßhändler und ihr Anführer Walter Emmerich, der – wie schon in Wien, wo er Hamburger Export-Import-Firmen »das Tor zu Südosteuropa« aufgestoßen hatte – seine Hand schützend über die »Einsatzfirmen« hielt. Ihre Aufgabe charakterisierte er so: »Sie sind eine zuverlässige Institution für besonders verantwortliche Aufgaben gewesen, wie z.B. die Ernteerfassungsaktion, und haben darüber hinaus in sehr aktivierender Weise kleine Betriebe ihres Kreises wieder in Gang gesetzt und durch die Errichtung anständiger Kaufhäuser in völlig verluderte Landnester ein Stück deutscher Ordnung und Sauberkeit

hineingetragen.«<sup>[458]</sup>

Die Großhandelsfirmen sollten sowohl für »die Versorgung der Bevölkerung im Generalgouvernement« als auch für die »Bereitstellung gewisser Überschüsse für die deutsche Wirtschaft tätig werden«. Vor allem sollten also Waren, vom Sommer 1941 an insbesondere Lebensmittel, für das Deutsche Reich, aus dem Generalgouvernement herausgepresst werden. Es ging um »das große Feld des Aufkaufhandels«.<sup>[459]</sup> Die Ernteerfassung wurde vom Sommer 1940 an mit einem Prämiensystem und wenig später zusätzlich mit drakonischen Strafen gefördert. Die Kreisgroßhändler gaben Gutscheine für abgelieferte Agrarprodukte aus. Während der Erntezeit tauschten sie die dann gegen Textil- und Eisenwaren, Petroleum, Schnaps und Tabak.<sup>[460]</sup> Bauern, die »böartig« nichts oder zu wenig ablieferten, drohte von 1942 an die Todesstrafe.<sup>[461]</sup>

1944 erschien unter der Überschrift »Überseefirmen versorgen Europa« eine Art Rückblick auf diese Kaufleute. Unter der Rubrik »Deutsche Handelshäuser im Generalgouvernement« heißt es dort: »Besonders geeignet erwiesen sich für diese Aufgabe (der Erfassung von Agrarprodukten) jene Firmen, die früher eigene Plantagen unterhalten und die Aufbringung und Sammlung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in großem Umfang betrieben hatten. (...) Die besondere Eignung von Überseefirmen für diese Aufbauaufgabe beruhte darauf, dass sie aus ihrer Tätigkeit gewohnt waren, sich in außergewöhnlichen Verhältnissen in einem fremden Lande mit fremden Menschen zurechtzufinden. (...) Nachdem nun der Raum im wirtschaftlichen Sinne aufgelockert und wieder zivilisiert worden ist, wird uns die Zukunft vor neue Aufgaben und Probleme stellen. (...) Unveränderlich aber bleibt die Tatsache, dass die Firmen trotz der Last der Kriegsfolgen die Zivilisierung des Raumes durchgesetzt und vollzogen haben, und zwar in einem tragischen Augenblick ihrer Existenz.«<sup>[462]</sup>

Welche Mängel die »Zivilisierung des Raumes« vor der Ankunft hanseatischer Großhandelshäuser aufwies, wird in dem Artikel ebenfalls geschildert. Der Handel, so heißt es dort, habe unter einer »Unzahl kleiner und kleinster Betriebe« zu leiden gehabt, die vielfach nicht lebensfähig gewesen seien. Insgesamt zu zwei Dritteln sei er zudem in jüdischen Händen gewesen. Damit war nun Schluss, und der Verfasser dieses Rückblicks war zufrieden – selbst noch im Jahr 1944, als das Ende der »Einsatzfirmen« sichtbar wurde: »Die Aufbauarbeit der Einsatzfirmen im Generalgouvernement war die wirtschaftliche Fortsetzung der Eroberung des Landes durch die Waffentat. Ohne die Entwicklung des Wirtschaftslebens wäre der Raum für den weiteren Kriegsverlauf nur eine Belastung gewesen. Die Arbeit der Kaufleute diente zugleich der

Aufbereitung des Raumes für die, die ihn mit der Waffe erkämpft  
hatten.«[\[463\]](#)

## »Entjudung« und neuer Mittelstand

Die »Aufbereitung des Raumes« oblag unterschiedlichen Institutionen. Dazu gehörte das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit. Es hatte im Juli 1940 die – von Rudolf Gater geleitete – Dienststelle Generalgouvernement gegründet. Im Dezember 1940 schloss Gater einen ersten Bericht ab: »Die wirtschaftlichen Grundlagen des Generalgouvernements.« Gater ging wie fast alle anderen deutschen Ökonomen von einer hohen Überbevölkerung aus und befürchtete darüber hinaus einen jährlichen Geburtenüberschuss von 120000 Menschen:

»Wenn das Generalgouvernement an sich auch schwach industrialisiert ist, also eine Vergrößerung durchaus im Rahmen des Möglichen liegt, so ist doch ausgeschlossen, den starken Menschenüberschuss in die Industrie zu überführen. Allein um den Bevölkerungszuwachs aufzunehmen, müsste die jährliche Wachstumszahl ca. 11% betragen, nachdem der Stand von 1939 wieder erreicht ist.«<sup>[464]</sup> Ein Ziel, das unter deutscher Besatzung nie auch nur annähernd erreicht wurde und das Gater, da es »amerikanische Wachstumsraten« vorausgesetzt hätte, auch nie für erreichbar hielt.

Helmut Meinhold, der geschäftsführende Leiter der Sektion Wirtschaft am Institut für Deutsche Ostarbeit, bezifferte den »Menschenüberschuss« in der Landwirtschaft des Generalgouvernements mit 2,56 beziehungsweise 3,75 Millionen – je nachdem, welchen Vergleichsmaßstab er anlegte.<sup>[465]</sup> Pauschal formulierte er für das gesamte Generalgouvernement: »War im ehemaligen Polen etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung im derzeitigen Arbeitsverhältnis überschüssig, so waren es im Gebiet des heutigen Generalgouvernements sogar etwa 30 v.H.«<sup>[466]</sup> Auch Meinhold war der Ansicht, dass Industrialisierung allein diesen Überschuss nicht »abbauen« könne. Auf dem Papier verteilte er die Arbeitsplätze der jüdischen Bevölkerung, soweit sie ihm wirtschaftlich notwendig erschienen, an nichtjüdische Polen. Anfang 1942 setzte er die Bevölkerung des Generalgouvernements um zwei Millionen Menschen niedriger an, als sie damals in Wirklichkeit noch war. Er errechnete, dass nach der Volkszählung von 1931 »17,6 Millionen, ohne Glaubensjuden 15,6 Millionen«, Menschen im Generalgouvernement lebten und machte dann die letztere (niedrigere) Zahl zur Grundlage seiner weiteren Analyse.<sup>[467]</sup>

Meinholds Assistentin Erika Löptien-Bochdam erfasste zur selben Zeit die »Handelsbetriebe im ehemaligen Polen«. <sup>[468]</sup> Der Handel stagniere, sei ein auf Kettenhandel gerichteter Kleinhandel. Und der verhindere »bei der handelstätigen Bevölkerung den Ehrgeiz für höhere Stellungen und intensivere Tätigkeit«. Den Grund für die »Übersetzung« des Handels sah auch Löptien-Bochdam in der »Verjudung«. 1942 stellte sie befriedigt fest: »Selbstverständlich aber wurden in den zwei Jahren deutscher Verwaltung die Juden bereits weitgehend aus dem Handel ausgeschaltet.« <sup>[469]</sup> Damit war ein Prozess abgeschlossen, der sich nach dem Willen deutscher Wirtschaftsexperten nicht überstürzt, aber doch schnell und konsequent vollzogen hatte.

Gater hatte im Dezember 1940 vor den wirtschaftlichen Nachteilen gewarnt, die sich aus einer allzu schnellen und nicht ausreichend vorbereiteten »Entjudung« des Handels ergeben würden, und den Weg gewiesen, der dann schrittweise bis Ende 1943 gegangen wurde: »Die Ausschaltung jüdischer Händler und Handwerker wird (...) zweckmäßig in Etappen vorgenommen, um in der Zwischenzeit für den notwendigen Ersatz sorgen zu können.«

Die »Umschulung von Polen, die die Juden ersetzen sollen«, stellte eine dieser Etappen dar, Betriebsschließungen in den als »überbesetzt« analysierten Branchen eine andere. Auf diese Weise beabsichtigte Gater, die »Gesamtaufgabe für die nächste Zukunft« zu erfüllen, nämlich »das Judentum aus der gewerblichen Wirtschaft nach und nach vollständig auszuschalten« und »durch die Schaffung eines lebensfähigen polnischen Mittelstandes dann eine wesentlich harmonischere Bevölkerungsstruktur (zu) erreichen«. <sup>[470]</sup>

Von 100 Erwerbstätigen im Bereich des Handels waren laut Löptien-Bochdam 65 Juden. Diese wiederum waren zu 84 Prozent selbständig. Die nichtjüdischen Erwerbstätigen des Handels waren dagegen zu mehr als 50 Prozent Arbeiter und Angestellte. Die Enteignung und Liquidierung der jüdischen Handelsbetriebe bedeutete also zugleich einen Konzentrationsschub, eine Entlastung des polnisch-arischen Einzelhandels von Konkurrenz und für nichtjüdische Polen die Möglichkeit zur Existenzgründung. In der überwiegenden Zahl der Fälle wurden damit aber auch polnische Lohnabhängige von ihren jüdischen Chefs »befreit«. Volkswirtschaftlich erbrachte eine relative Einschränkung des Kleinhandels nach diesem Konzept eine Verringerung der Handelsspanne und damit eine Stärkung der Kaufkraft der verarmten ländlichen Bevölkerung, ohne dass die Produzenten Einbußen hinzunehmen hatten. <sup>[471]</sup>

Zwar gelang es nicht, auf Kosten der jüdischen Bevölkerung eine ebenso



kollaborationsbereite wie vom »mittelständischen Ethos« getragene polnische Kleinbourgeoisie zu schaffen. Dieses Vorhaben scheiterte nicht zuletzt am polnischen Widerstand und an der oft undifferenzierten Gewalttätigkeit der Deutschen gegenüber allen Einheimischen, vor allem aber am Kriegsverlauf. Dennoch verzeichneten die Besatzungsbehörden erste Erfolge. Die folgenden Zeitungsmeldungen aus den Jahren 1941 bis 1943 dokumentieren diese Mittelstandspropaganda und -politik auf Kosten der jüdischen Minderheit:

»Der Leiter der Abteilung Umsiedlung im Amt des Distriktchefs in Warschau, Reichsamtsleiter Schön, sprach bei einem Vortragsabend der Deutschen Volksbildungsstätte Warschau über das Thema Volkstumsordnung im Distrikt Warschau. Der Redner hob hervor, dass durch die Ausschaltung des Judentums auf wirtschaftlichem Gebiet das Entstehen einer gesünderen wirtschaftlichen Struktur innerhalb der polnischen Bevölkerung gefördert werde. Ein polnischer Mittelstand habe bisher immer gefehlt, da die Erwerbsquellen dieser Bevölkerungsschicht in jüdischen Händen lagen. Wenn bis jetzt z.B. in Warschau 4000 bis 5000 Geschäfte und Handwerksbetriebe bereits an Polen vergeben werden konnten, so sei das bereits ein bedeutender Ansatz zur Bildung eines polnischen Mittelstandes.« (*Krakauer Zeitung*, 13. 3. 1941)

»Mit aller Energie arbeitet der Stadtkommissar von Neu-Sandez, Dr. Friedrich Schmidt, daran, dem Stadtbild ein deutsches Gesicht zu geben. An die Stelle der schmutzigen und unfreundlichen jüdischen Läden sollen helle und saubere Geschäfte treten. So wurden in Neu-Sandez bereits rund 70 Geschäfte, die früher in jüdischem Besitz waren, von Ariern übernommen. Die Stadt sorgte dafür, dass die Geschäfte nun nicht nur ihren Besitzer wechselten, sondern auch ihren Charakter. Oft entstanden aus zwei, manchmal sogar aus drei Drecklöchern, die der Jude Läden nannte, schöne geräumige Geschäfte, zu denen auch Licht und Luft Zutritt fanden.« (*Krakauer Zeitung*, 28. 6. 1941)

»Als vor zwei Jahren die Absicht der deutschen Verwaltung bekannt wurde, die Juden in kurzer Zeit restlos aus dem polnischen Wirtschaftsleben zu eliminieren, herrschte in polnischen Wirtschaftskreisen zunächst einhellig die Befürchtung vor, dieser scharfe Eingriff müsse einen gewaltigen Rückschlag in der ohnehin infolge des verlorenen kriegerischen Abenteuers gegen das Reich weitgehend zusammengebrochenen Wirtschaft auslösen. Das Erstaunen war groß, als dank sorgfältig vorgeplanter Auffangs- und Übergangsmaßnahmen die gewaltige Operation am polnischen Wirtschaftskörper fast schmerzlos verlief. Es verwandelte sich in angenehme Enttäuschung, als für manchen Polen, der Vermögensteile aus

dem großen Debakel hatte retten können, sich die Möglichkeit eröffnete, an Stelle eines Juden in die Teilhaberschaft eines Unternehmens einzurücken. Für die Handwerker-Jugend ergaben sich plötzlich unzählige freie Berufsstellen. Die deutschen Behörden mussten mit Beschleunigung das Fachschulwesen und die Umschulung brachliegender Arbeitskräfte organisieren, um den benötigten Nachwuchs zu sichern.« (*Die Deutsche Stimme*, 10. 12. 1941)

»Ein Beispiel hierfür ist die ›Konfektionsstadt‹ Tarnów, die zu polnischer Zeit eine ausgesprochene Judenstadt war; Handwerk, Industrie, Gewerbe, mit einem Wort das gesamte Wirtschaftsleben war hier verjudet. Bis vor kurzem noch saßen in den weit über die Grenzen hinaus bekannten Konfektionswerkstätten der Stadt Tarnów jüdische Arbeiter und Arbeiterinnen. Durch eine besondere Maßnahme der deutschen Schulverwaltung im Generalgouvernement, durch Einrichtung ständiger kurzfristiger Schulungskurse im Schneiderhandwerk und durch den Einsatz von Fachschülern aus dem letzten Schuljahr ist nunmehr die jüdische Arbeiterschaft aus dem Schneiderhandwerk Tarnóws restlos verschwunden. Tarnów ist judenfrei. (...) Im Zuge der Entjudung wird im Generalgouvernement eine Gewerbebereinigung durchgeführt. Die jüdischen Kleinbetriebe werden geschlossen und einige lebensnotwendige durch Polen übernommen. Jüdische Großbetriebe werden deutschen Kriegsversehrten übergeben.« (*Pressedienst des Generalgouvernements*, Folge 212, 20. 10. 1942)

»Durch das absolute Vorherrschen der Juden ist es weder auf technischem noch kaufmännischem Gebiet den Angestellten möglich gewesen, in leitende Stellungen zu kommen und dort Erfahrungen zu sammeln oder sich die notwendigen Verbindungen mit den Abnehmern, Lieferanten und Behörden zu sichern. Durch die inzwischen erfolgte Aussonderung der Juden wird der Bevölkerung des Generalgouvernements Raum für einen Aufstieg geschaffen, wobei allerdings Voraussetzung ist, dass die Bewerber neben der notwendigen Aufgeschlossenheit auch ausreichende Fachkenntnisse erwerben.« (*Die wirtschaftliche Leistung* 1 (1942), Heft 5, 15. 12. 1942)

»Der Ausfall des jüdischen Handwerkers auf dem Gebiet des Textil- und Lederbekleidungshandwerks hat hier einen besonders lebhaften Nachschub an handwerklichen Kräften erforderlich gemacht. Die hier eingesetzten Bemühungen haben zu schönen Erfolgen geführt, und sie beweisen, dass eine Umschichtung des Handwerkerstandes in verhältnismäßig kurzer Zeit möglich ist. Es wird also auch der gegenwärtig im Metallhandwerk auftretende Sonderbedarf befriedigt werden können. Desgleichen kann das Landhandwerk im Interesse der Agrarwirtschaft gefördert und zahlenmäßig

verstärkt werden.« (*Die wirtschaftliche Leistung* 2 (1943), Heft 2, Februar, S. 44)

Die Vertreibung der polnischen Juden aus der Wirtschaft sollte nicht nur einen »lebensfähigen polnischen Mittelstand« schaffen, sondern auch weitreichende Rationalisierungen ermöglichen. Dabei hatte die deutsche Wirtschaftsverwaltung im Generalgouvernement keineswegs die Absicht, den gesamten Handel in polnische Hände zu übergeben. Die wirklich profitablen Geschäfte blieben deutschen Kaufleuten vorbehalten – auch in den Ghettos.

## »Die Bevölkerungszahl wird herabgesetzt«

Das hier geschilderte Vorgehen eröffnete die Möglichkeit, deutsche Produktions- und Arbeitsnormen durchzusetzen. Unter Gaters Federführung wurde eine umfassende Buchhaltung in allen Betrieben obligatorisch. Gater veröffentlichte dazu 1942 ein Lehrbuch in deutscher und polnischer Sprache.<sup>[472]</sup> Er führte die Arbeitszeitermittlung nach dem Refa-System ein<sup>[473]</sup> und setzte per Verordnung die deutsche DIN-Norm durch (»Leistungssteigerung durch Normung!«). Zusammen mit Max Biehl gründete er die bereits zitierte zweisprachig erscheinende Zeitschrift *Die wirtschaftliche Leistung*.

Vor allem aber erzwang Gater mit allen Mitteln und mit Hilfe der Wehrwirtschaftsführung eine zweite, über die von ihm geförderte Politik der »Entjudung« hinausgehende Rationalisierungswelle im Generalgouvernement.<sup>[474]</sup> Selbst noch im Jahr 1942 galten die bis dahin erzielten Ergebnisse keineswegs als ausreichend: »Gerade der arbeitsintensive Charakter der Wirtschaft des GG gibt jetzt schon zu erheblichen Bedenken Anlass. Es ist nicht zu bestreiten, dass die rege im GG zu beobachtende gewerbliche Tätigkeit zum großen Teil nur Scheinblüte ist. Sie wird erzeugt durch den Umfang der Beschäftigung. Es sind – vom Standpunkt einer modernen Wirtschaft aus gesehen – viel zu viele Personen beschäftigt; zum Teil sind die Arbeitsplätze bei allerdings sehr geringen Löhnen doppelt und dreifach besetzt. Die Leistung des Einzelnen und der Gesamtwirtschaft ist entsprechend gering. Falls eines Tages, was unausbleiblich ist, eine soziale Angleichung an Deutschland kommt, wird eine mehr oder weniger schnell durchgeführte Entlassungsaktion größten Ausmaßes unausbleiblich sein.«<sup>[475]</sup>

Offenbar hatte sich die Ansicht durchgesetzt, dass sich die ökonomischen Probleme des gewaltsam zusammengepressten, geplünderten, mit Evakuierten vollgepferchten »Restpolen« durch die »Ausschaltung« der jüdischen Minderheit zwar entschärfen, aber nicht lösen ließen. Zugleich aber hatten die Ökonomen den von ihnen immer wieder beklagten Bevölkerungsdruck durch ihre eigenen Eingriffe verstärkt: Nicht nur die von einem Mann wie Arlt dirigierte Zwangsumsiedlungen aus den eingegliederten Ostgebieten ins Generalgouvernement ließen die

Überbevölkerung ansteigen. Auch die rigiden Rationalisierungen in Landwirtschaft, Handel, Gewerbe und Industrie entzogen Millionen Menschen die Arbeitsplätze.<sup>[476]</sup>

Für die Landwirtschaft des Generalgouvernements entwickelte Dr. Karl Kuchenbäcker entsprechende Modelle. Sie im Einzelnen darzustellen ist hier nicht mehr erforderlich. Entscheidend ist Kuchenbäckers Position im Machtgefüge des Generalgouvernements: Er gehörte zu den führenden Funktionären des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, der vom Frühjahr 1940 an auch im Generalgouvernement aktiv wurde. Davor hatte er die Abteilung für das Rasse- und Siedlungswesen beim Höheren SS- und Polizeiführer in Krakau geleitet. Parallel dazu war er die gesamte Zeit über Leiter der Abteilung »Neue Bodenordnung« im Landwirtschaftsministerium der Regierung Frank.<sup>[477]</sup> Als Agrarwissenschaftler, Mitarbeiter der Zivilverwaltung und hochrangiger SS-Funktionär bewegte sich Kuchenbäcker in den verschiedenen Machtzentren des Generalgouvernements und vermittelte die Grundlinien der Planung zwischen der Regierung und der SS. Auch Kuchenbäcker sah das Hauptproblem darin, »dass die Ortschaften mit Menschen überfüllt sind, und dass so mancher nicht zu wissen scheint, wie er den lieben langen Tag totschiagen soll«. Die Gründe für diese Zustände waren ihm so selbstverständlich, dass er sie zur Parole verkürzen konnte: »Ursache der Missstände: Falsche Agrarstruktur!«<sup>[478]</sup> Durch die neue Bodenordnung sollten jährlich Zehntausende von Bauernfamilien »freigesetzt« werden. Je mehr, desto besser. Mit den Worten Kuchenbäckers ausgedrückt: »Je umfassender die Verhältnisse geändert und geordnet werden, umso größer und durchschlagender der Erfolg.«<sup>[479]</sup>

Eben dadurch entstand wieder neuer Bevölkerungsdruck. Der aber schadete nach Meinhold, der ja selbst fortwährend für Rationalisierungen plädierte, der »inneren Stabilität des Großraums«. Er sah die »völkische Ideallösung« in einem Zustand, in dem »sämtliche im Generalgouvernement vorhandenen Arbeitskräfte dort gebunden sind«. Das hätte aber die Schaffung mehrerer Millionen Arbeitsplätze in der Industrie erfordert – ein Vorhaben, das Gater bereits 1940 in seinem ersten Gutachten als keinesfalls realisierbar angesehen hatte. Es entstand also ein Zielkonflikt: Einerseits sollte das Rationalisierungsprogramm in kurzer Zeit durchgedrückt werden, andererseits war es unmöglich, eine entsprechende Zahl anderer Arbeitsplätze zu schaffen. Diesem Zielkonflikt wollte Meinhold mit vier Mitteln entgegenwirken, »die einzeln oder miteinander zur Wirkung zu bringen« seien:

»1. Die Arbeit im Reich, insbesondere die Wanderarbeit, wird gesetzlich

derart geregelt, dass sie nach Art und Umfang keine Gefährdung des deutschen Volksbodens mit sich bringt. 2. Die Zahl der Arbeitsplätze im Generalgouvernement wird möglichst weitgehend erhöht. 3. Die Bevölkerungsdichte im Generalgouvernement wird herabgesetzt. 4. Ausmaß und Tempo der arbeitswirtschaftlichen Organisation im Generalgouvernement werden, soweit irgend möglich, dem Wirksamwerden der anderen drei Maßnahmen angepasst.«<sup>[480]</sup>

Der zweite und der vierte dieser Vorschläge waren nur begrenzt und auf längere Sicht realisierbar. Für die dritte Forderung – »die Bevölkerungsdichte im Generalgouvernement wird herabgesetzt« – galt diese Einschränkung nicht.

Auch die sogenannte Wanderarbeit, also die Deportation zur Zwangsarbeit ins Reich, hatte Meinhold nur unter Vorbehalt vorgeschlagen. Er fürchtete die mit der »völkischen Durchmischung«<sup>[481]</sup> verbundene »große Zahl politischer, volkspolitischer, biologischer und auch wirtschaftlicher Gefahren«. Meinhold sah es als Problem an, dass »für die daheimbleibenden Familienangehörigen der Wanderarbeiter für Beschäftigung gesorgt werden (müsse), einmal um wirklich alle Arbeitskräfte im GG zu nutzen, ferner um die Löhne der Wanderarbeiter entsprechend niedrig halten zu können, endlich um zu verhindern, dass die Familienangehörigen infolge ihrer Nichtbeschäftigung zu einem sozial labilen und damit auch politisch unruhigen Element werden«.<sup>[482]</sup>

Rudolf Gater betrachtete das Problem der Wanderarbeit etwas nüchterner. Aber auch er kam in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, dass die Möglichkeit der Zwangsarbeit nicht ausreiche, um die riesigen Bevölkerungsüberschüsse des Generalgouvernements zu binden. Ende 1940 waren bereits 340000 Menschen nach Deutschland deportiert worden. Gater prognostizierte – sehr realistisch –, dass die Zahl der Zwangsarbeiter sich »vielleicht auf 2 Millionen Menschen im arbeitsfähigen Alter bringen« lasse.<sup>[483]</sup> Auch wenn es mit Hilfe zusätzlicher öffentlicher Bauvorhaben im Generalgouvernement gelingen sollte, den Bevölkerungsdruck etwas zu mindern, so schätzte Gater doch die Lage als außerordentlich schwierig ein. Er hielt es für unmöglich, das Überbevölkerungsproblem »ausschließlich innerhalb des Raumes, den das GG bildet, zu lösen«. Es müsse daher »nach anderen Wegen gesucht werden, diese Menschen und die Überbevölkerung des GG, deren Gesamtzahl sich um die auszusiedelnden Juden vermindert, anderweitig unterzubringen«.<sup>[484]</sup>

Schon im Dezember 1940 stand für Gater also fest, dass die jüdische Minderheit ausgesiedelt werden sollte – wohlgemerkt aus dem Generalgouvernement, das doch gerade Abschiebeterminitorium hatte sein

sollen und noch war. Zur gleichen Zeit plädierte auch der bereits erwähnte Judenreferent Heinrich Gottong aus der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge des Generalgouvernements für »Druckentlastung«: Seine Argumentation sei noch einmal wiederholt: »Die Kriegseignisse und ihre Folgeerscheinungen haben den Lebenskreis und die Lebensverhältnisse der Juden erheblich eingeschränkt. In zahlreichen Betrieben sind jüdische Kräfte durch arische ersetzt, sodass neben der räumlichen auch die wirtschaftliche und soziale Enge auftritt und sich ständig mehr bemerkbar machen wird. Diese Enge fordert eine Druckentlastung und eine Lösung.«<sup>[485]</sup> Im Januarheft 1941 des Hamburger *Wirtschaftsdienstes* stellte Emmerichs Mitarbeiter Max Biehl die neuen »Ausgangspunkte des deutschen Aufbauwerkes im Generalgouvernement« vor und kündigte an, dass aus dem Generalgouvernement künftig Menschen ausgesiedelt werden sollten: »Es würde aber zu weit führen, hier im Einzelnen die Personenkreise anzugeben, die einerseits für die spätere Aussiedlung, andererseits für die Heimkehr oder Einweisung in das Generalgouvernement in Frage kommen mögen.«<sup>[486]</sup>



## Der Anschluss Galiziens – Vernichtung als Voraussetzung

Meinholds Vorschlag, »die Bevölkerung im Generalgouvernement wird vermindert«, stammte schon aus der Zeit vor Beginn der systematischen Judenvernichtung im besetzten Polen. Im Sommer 1941 erörterte er – wenige Tage nach dem Überfall auf die Sowjetunion – die »Möglichkeiten der Erweiterung des Generalgouvernements nach Osten«. Denn damit eröffneten sich den Ökonomen und Raumplanern völlig neue Perspektiven: Das Generalgouvernement blieb nicht länger eine eher periphere Zone, es rückte ins Zentrum, »wurde zum wichtigen Glied im Großraum«, es sollte zum »Transitland« werden und über eine moderne Leichtindustrie verfügen. Die Bahnverwaltung warb von nun an mit dem Slogan »Die Ostbahn – Mittlerin zwischen dem Reich und Ost- und Südosteuropa«. Für Meinhold, und nicht nur für ihn, war die Zeit hochfliegender Pläne gekommen. Er erwog zunächst, »einen Teil der Polen, auch alle, weit nach Osten aus(zu)siedeln«. Die Vertreibung von 13 Millionen Menschen aus dem Generalgouvernement bedeutete für den jungen Großraumplaner kein Tabu. Offensichtlich hatte er solche Pläne am Schreibtisch durchexerziert, denn er erläuterte, dass diese Frage »bereits in einem Bericht des Instituts für Deutsche Ostarbeit kurz geprüft worden ist«. In der Fußnote steht dazu der lapidare Hinweis auf ein bislang nicht aufgefundenes Memorandum: »Vgl. den Bericht über die Aussiedlung der Polen, Krakau, Juni 1941.«<sup>[487]</sup> Im Abschnitt »Die allgemeinen bevölkerungspolitischen Grundlagen« legte Meinhold dann dar, dass selbstverständlich jede »Eingliederung ins Generalgouvernement (...), wenn sie wirtschaftlich von Nutzen sein soll, auch von Siedlungsbewegungen begleitet« sein müsse. Sein Vorschlag beschränkte sich dann aber darauf, »nur« einen Teil der »im weiten Ostraum anzusiedelnden Polen« aus dem Generalgouvernement zu treiben, etwa in die Pripjetsümpfe. Anschließend rechnete er für seinen Erweiterungsplan Varianten für verschiedene »anzugliedernde« Regionen durch. Für jede Variante sah er die Umsiedlung mehrerer Millionen Menschen vor; und in jedem Fall sollten »die Juden als mit auszusiedelnd gelten«.<sup>[488]</sup>

40 Jahre später entschuldigte sich Meinhold mit diesem Argument: »Wir dachten, sie würden in die Rokitnosümpfe gebracht, um diese

trockenzulegen und dort zu siedeln.«<sup>[489]</sup> In seiner eben zitierten Studie hatte er allerdings gerade gegen diese Möglichkeit einen ökologischen Einwand erhoben: »Der denkbare Einsatz einer großen Zahl von Arbeitskräften in der Trockenlegung der Sümpfe ist (ebenso wie ein ähnliches Vorgehen im Gebiet der Rokitnosümpfe) erst durchführbar, wenn die klimatischen Auswirkungen so genau wie möglich erforscht sind.«<sup>[490]</sup> Drei Monate später äußerte Hitler ähnliche Bedenken: »So wollen wir die Sümpfe bestehen lassen, nicht nur, weil wir sie als Manövergelände brauchen, sondern auch des Wetters wegen, um der Gefahr der Versteppung zu begegnen.«<sup>[491]</sup>

Dass die jüdische Minderheit Polens in die Rokitnosümpfe ausgesiedelt würde, kann der Ökonom Meinhold nie ernsthaft geglaubt haben – ganz abgesehen davon, dass er sogar diese Sumpfgebiete noch als überbevölkert eingestuft hatte.<sup>[492]</sup> Man kann davon ausgehen, dass die Rede vom »In-die-Sümpfe-Treiben« für viele, wenn nicht für die Mehrzahl der Vertriebenen den baldigen Tod bedeutet hätte. Auf diese Absicht lassen auch die bereits zitierten Äußerungen des Praktikers Föhl schließen, der die »weißruthenischen Sümpfe« (das sind die Pripjet- und Rokitnosümpfe) als Ziel für die Juden aus Preßburg, Berlin und Wien angab und seinen SS-Kameraden versicherte, dass sie das »bestimmt nicht« überleben würden.<sup>[493]</sup>

Statt der Sumpfgebiete wurde jedoch nach einer Entscheidung Hitlers Mitte Juli 1941 Ostgalizien an das Generalgouvernement angegliedert.<sup>[494]</sup> Diese Region spielte in den deutschen Aufbauplänen eine wichtige Rolle: zum einen wegen ihrer Erdölvorkommen, zum anderen wegen der wirtschaftsgeographischen und strategischen Bedeutung, die sie für das deutsche Großraumkonzept hatte. Zugleich aber galt Galizien als besonders rückständig und überbevölkert. Die Entscheidung, das Generalgouvernement gerade um diesen Distrikt zu erweitern, spitzte die Situation weiter zu. Und diese Entscheidung wurde vor dem Hintergrund getroffen, dass die baldige »Aussiedlung« der jüdischen Minderheit bereits beschlossene Sache war. In den Entwürfen zu einem ersten Verwaltungsbericht über den neuen Distrikt vom 26. August 1941 heißt es unter der Zwischenüberschrift »Raum und Volk«: »Die Fläche beträgt 48081 km<sup>2</sup>. Die Bevölkerungsdichte von 95 pro km<sup>2</sup> ist damit eine der höchsten der Agrargebiete Europas.« Die Überbevölkerung sei so hoch, »wie sie sonst in Europa nicht zu finden ist«.<sup>[495]</sup> Der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft galt Galizien zudem als »das Land des landwirtschaftlichen Zwergbetriebes«. Die Besitzzersplitterung hatte sich in der Zeit der sowjetischen Herrschaft

(1939–1941) noch verstärkt, da »die Russen mit wenigen Ausnahmen alle Betriebe über 5 Hektar an die Landarbeiter und Kleinstbesitzer verteilt und nur wenige Staats-(Sowchosen) bzw. Gemeinschaftsbetriebe (Kolchosen) bestehen gelassen bzw. neu gebildet (haben), um zunächst einmal den Landhunger der Landarbeiter und Kleinstbauern zu stillen«.<sup>[496]</sup>

Als das eigentliche Problem der Wirtschaft sahen die deutschen Verwaltungsfachleute aber auch in Galizien die jüdische Bevölkerung an. Helmut Meinhold, der wenige Tage nach der Wehrmacht in Lemberg einrückte,<sup>[497]</sup> berichtete: »Die Überbevölkerung der Landgebiete und die Tatsache, dass außerdem ohne Berücksichtigung der produktiven Arbeitseinsatzmöglichkeiten in das Gebiet Galiziens und Kongresspolens Juden hereinströmten, übten einen ständigen Druck auf die gewerbliche Entwicklung aus. Eine ständig vermehrte Bevölkerung musste sich das nicht entsprechend anwachsende Sozialprodukt teilen, wodurch die Kaufkraft und Kapitalbildung in gleicher Weise litten.«<sup>[498]</sup>

Galizien galt als Pforte, »die Mitteleuropa mit Ost- und Südosteuropa verbindet«, und sollte »so schnell wie möglich in das Gesamtgefüge des Generalgouvernements einrangiert« werden.<sup>[499]</sup> Meinholds Assistent Hans-Kraft Nonnenmacher berechnete für das gerade annektierte Ostgalizien eine »Überbevölkerung« von insgesamt 800000 bis 900000 Menschen – bei einer Gesamtbevölkerung von etwa vier Millionen. Wie Meinhold zuvor für das Generalgouvernement insgesamt, schlug auch Nonnenmacher dann drei Wege vor, die zur Lösung einer »ganzen Reihe wichtiger Bevölkerungsprobleme« führen sollten: »Schaffung erweiterter Beschäftigungsmöglichkeiten durch den Aufbau einer Industrie und auf der anderen Seite Auswanderung der Bevölkerung in noch nicht überbevölkerte Gebiete oder ihr Einsatz als Wanderarbeiter in der Industrie oder Landwirtschaft anderer Gebiete.«<sup>[500]</sup> Da deutsche Bevölkerungsexperten, wie wir noch darstellen werden, bereits für ganz Ost- und Südosteuropa einen »Menschenüberschuss« von 30 bis 50 Millionen Menschen berechnet hatten, war auch Nonnenmacher klar, dass es solche »nicht überbevölkerten Gebiete« in Europa nicht gab.

Auch der bereits zitierte Wirtschaftsmanager Dietrich Troschke wusste, wie man antijüdische Politik mit Wirtschaftspolitik verbindet. 1941 übernahm er die Leitung der »Galicol«, eines Konglomerats von kleinen Lebensmittel- und Chemiefirmen im besetzten Galizien. Troschke berichtet, dass er die Betriebe vielfach in einem desolaten Zustand vorgefunden habe: »Nur wenige Betriebe besitzen eine maschinelle Ausrüstung, die nicht schon längst veraltet ist, und die Menschen haben, soweit sie überhaupt für eine moderne Betriebsorganisation einmal brauchbar wären, zum großen Teil

durch die eineinhalbjährige Sowjetzeit stark gelitten.« Um diesem Zustand abzuhelpfen, legte Troschke einzelne Fabriken still, rationalisierte und konzentrierte andere: Essig- und Senffabriken, solche für Suppenwürfel und Backpulver, Sodawasser, Terpentin, Seife, Kerzen, Fliegenfänger oder Kosmetika, Fabrikationsanlagen für Kunsthonig und Marmelade, Trockengemüse und Dörrobst.<sup>[501]</sup> Und stets bediente er sich dabei der gleichen Methode: »Das hervorstechendste äußere Merkmal ist die Verminderung der Gefolgschaft sowohl innerhalb der Zentralverwaltung, also der Angestellten, als auch der Arbeiter in den Betrieben. Mit der halben Anzahl der Angestellten und mit zwei Drittel der Arbeiter wird heute nicht nur dasselbe geleistet wie anfangs, sondern auch die große zusätzliche Arbeit mitbewältigt. (...) Von Anfang an habe ich planmäßig eine Reduzierung bzw. eine Umschichtung der jüdischen Belegschaft durchgeführt. Ich habe insgesamt über die Hälfte der jüdischen Belegschaft entlassen.« Im damaligen Lemberg war eine solche Entlassung das Todesurteil, da gültige Arbeitskarten fast die einzige Chance bildeten, den immer neuen Selektionen wenigstens für einige Zeit zu entgehen. Für Troschke aber blieb »nach Abschluss des diesjährigen Aufbaues kaum noch etwas, das an früher erinnert«. Sein Unternehmen hatte »gehörige Stoßkraft erreicht«, und außerdem werde er aus dem Reich »Maschinen beschaffen, die sich arbeitssparend und arbeitsbeschleunigend auswirken werden«. <sup>[502]</sup>

In dem Maß aber, wie in Galizien rationalisiert, umgestaltet und »aufgebaut« wurde, wurden die jüdischen Arbeitskräfte durch »arische« ersetzt, »freigesetzt« und ermordet. Bis zum 27. Juni 1943 waren nach dem Bericht des zuständigen SS- und Polizeiführers Friedrich Katzmann 434329 galizische jüdische Männer, Frauen und Kinder umgebracht worden – etwa 12 Prozent der Gesamtbevölkerung. <sup>[503]</sup> Sie starben durch zahllose Massenerschießungen, im Vernichtungslager Belzec und in dem in Lemberg am jüdischen Friedhof in der Janowskastraße gelegenen Vernichtungslager.

Gleichzeitig wurden etwa 350000 ukrainische und polnische Frauen und Männer aus dieser Region zur Zwangsarbeit deportiert. Dennoch steigerten die Deutschen – zumindest nach eigener Darstellung – dort die Produktivität der verarbeitenden Industrie, erhöhten die Leistungen im Güterverkehr und in der Erdölförderung, zogen immer mehr »Überschüsse« aus der Region. <sup>[504]</sup> Den Bevölkerungsexperten und -politikern war es gelungen, die Gesamtbevölkerung um knapp 20 Prozent zu reduzieren. Nach nur zwei Jahren deutscher Besatzung war mindestens jeder fünfte Mensch in Galizien ein Opfer von Verschleppung oder Mord geworden. Zählt man die Menschen hinzu, die durch Krieg, Hunger und Krankheit starben, so war die Vorgabe, die Nonnenmacher im Sommer 1941 errechnet hatte, ziemlich

exakt erreicht.

# Pläne und Erfahrungen des Jahres 1940

## Das Madagaskarprojekt

Die deutsche Verwaltung im besetzten Polen verstand die Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung von Anfang an als »Übergangsmaßnahme«. Bewachung und Versorgung der eingesperrten Menschen stellten, wie sich Peter-Heinz Seraphim ausdrückte, »Probleme schwieriger Art dar«. Darüber hinaus bedeuteten die Ghettos »für die Städte des Ostraums (...) ein Hemmungsmoment für ihre kommunalpolitische, städtebauliche und sanitäre Entwicklung«. Weiter schrieb Seraphim: »Da das Judenproblem in diesen Gebieten nicht nur eine Wirtschaftsfrage, sondern auch eine bevölkerungspolitische Massenfrage ist, ist seine endgültige Lösung so sehr schwierig. Die endgültige Lösung auch der osteuropäischen Judenfrage kann sowohl im Interesse des nichtjüdischen Bevölkerungsteiles wie im Sinne der Juden selbst, denen zur Zeit die wirtschaftliche Basis in ihrem Wohngebiet fehlt, nur durch Einleitung einer planmäßigen Massenumsiedlung der Ostjuden des großdeutschen Herrschaftsbereiches in ein überseeisches Wohngebiet der Juden gesehen werden.«<sup>[505]</sup>

Kaum begonnen, waren die Evakuierungen ins Generalgouvernement schon im März 1940 ins Stocken geraten. Das Projekt, ein Judenreservat zu errichten, scheiterte nach ersten Versuchen. Eichmann selbst hatte das Gebiet bereist und abgesprochen; er veranlasste zwischen Oktober 1939 und Februar 1940 die Deportation einiger tausend Juden aus Wien, Mährisch-Ostau, Prag, Kattowitz, Teschen und Stettin.<sup>[506]</sup>

Dieser erste Deportationsversuch scheiterte an zahlreichen organisatorischen Schwierigkeiten und schließlich am Widerstand der deutschen Besatzungsverwaltung in Krakau. Vor diesem Hintergrund und nach der Niederlage Frankreichs entwickelten die Berliner Zentralbehörden – das Auswärtige Amt, das Reichssicherheitshauptamt, die Vierjahresplanbehörde und das Propagandaministerium – im Sommer 1940 das Madagaskarprojekt. Bereits im Hinblick darauf teilte Heydrich am 24. Juni 1940 dem Reichsaußenminister mit, »das Gesamtproblem der rund

3¼ Millionen Juden in den unter deutscher Hoheitsgewalt stehenden Gebieten könne nicht mehr durch Auswanderung gelöst werden; eine territoriale Endlösung wäre nötig«. <sup>[507]</sup> Palästina kam als Auswanderungsland nicht mehr in Frage – die deutschen Großmachtpolitiker und -ökonomen betrachteten Nordafrika und den Vorderen Orient inzwischen als »Ergänzungsräume« und hatten Palästina deshalb kurzerhand zum »arabischen Lebensraum« erklärt. Vor dem Hintergrund der deutschen Interessen an Erdöl, Baumwolle und sonstigen Rohstoffen beschwor das Auswärtige Amt die Gefahr, dass auch ein noch so kleiner selbständiger jüdischer Staat in seiner außenpolitischen Bedeutung ebenso einflussreich und für Deutschland politisch unbequem werden könne wie etwa der Vatikan. <sup>[508]</sup>

Den Grundgedanken des neuen – auf alten Vorläufern aufbauenden <sup>[509]</sup> – Projekts beschrieb das Reichssicherheitshauptamt unter Gesichtspunkten der Bevölkerungsquantität und der ins Stocken geratenen Umsiedlungen: »Nach Hinzukommen der Massen des Ostens ist eine Bereinigung des Judenproblems durch Auswanderung unmöglich geworden.« <sup>[510]</sup> Von den vier Millionen Juden, die die Deutschen deportieren wollten, sollten fast drei Millionen aus dem zerschlagenen Polen stammen. Bereits am 11. Juli 1940 triumphierte Hans Frank nach einem Gespräch mit Hitler:

»Sehr wichtig ist auch die Entscheidung des Führers, die er auf meinen Antrag gefällt hat, dass keine Judentransporte ins Generalgouvernement mehr stattfinden. Allgemein möchte ich dazu sagen, dass geplant ist, die ganze Judentippenschaft im Deutschen Reich, im Generalgouvernement und im Protektorat in denkbar kürzester Zeit nach dem Friedensschluss in eine afrikanische oder amerikanische Kolonie zu transportieren. Man denkt an Madagaskar, das zu diesem Zweck von Frankreich abgetreten werden soll. Hier wird auf einer Fläche von 500000 km<sup>2</sup> reichlich Gelände für ein paar Millionen Juden sein. Ich habe mich bemüht, auch die Juden des Generalgouvernements dieses Vorteils teilhaftig werden zu lassen, sich auf neuem Boden ein neues Leben aufzubauen. Das wurde akzeptiert, sodass in absehbarer Zeit auch hier eine kolossale Entlastung gegeben sein wird.« <sup>[511]</sup>

Obwohl sich das Madagaskarprojekt nach nur zehn Wochen als nicht realisierbar erwies, setzten die Bevölkerungsplaner und Ökonomen von diesem Zeitpunkt an das »Verschwinden« der jüdischen Bevölkerung aus Europa als feste Größe in ihre Rechnungen ein. Und sie verbanden erstmals die »Endlösung der Judenfrage« mit der Vision von einem Großwirtschaftsraum. <sup>[512]</sup>

Der neue Aussiedlungsplan sah vor, die damals vier Millionen unter



deutscher Herrschaft lebenden europäischen Juden nach Madagaskar zu deportieren. Im Jargon der Eichmann'schen Umsiedlungszentrale handelte es sich dabei um »eine Überseelösung insularen Charakters«. Staatsrechtlich war an »die Errichtung einer jüdischen Wohnstätte unter deutscher Oberhoheit« gedacht. Die Gesamtleitung sollte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD übernehmen und damit die Aufgabe fortführen, die Göring ihm als »Sonderbeauftragten für die Judenauswanderung« vom 24. Januar 1939 übertragen hatte. Dem Plan zufolge sollten vier Jahre lang täglich zwei Schiffe mit je 1500 Deportierten landen, die dann die Insel urbar zu machen, Straßen zu bauen und Sümpfe trockenzulegen hätten. Ähnlich wie zuvor im Judenreservat Lublin sollte ein Vorauskommando von jüngeren, handwerklich und landwirtschaftlich gut ausgebildeten Juden auf der Insel einige Grundvoraussetzungen schaffen für die »Unterbringung der nachfolgenden Massen«. Die Deportierten sollten auf der Insel weiter unter deutscher Polizeiaufsicht stehen, im Schatten großer Luftwaffen- und Marinestützpunkte der Wehrmacht leben und selbstverständlich einem deutschen Außenhandelsmonopol unterworfen werden. Bezahlt werden sollte das Projekt von englischen und amerikanischen Juden, und zwar als »Wiedergutmachung für Versailles«.

[\[513\]](#) Nach einer Aktennotiz des Auswärtigen Amtes war folgende »praktische Arbeitseinteilung« vorgesehen:

»1. Führen der Verhandlungen mit den Feindmächten auf Grund des Friedensvertrages und mit den übrigen europäischen Staaten auf Grund von Sonderverträgen – Auswärtiges Amt.

2. Erfassen der Juden in Europa, ihr Transport nach Madagaskar, ihre Ansiedlung dort und die zukünftige Verwaltung des Inselghettos – Reichssicherheitshauptamt.

3. Erfassen des jüdischen Vermögens in Europa, Gründen einer intereuropäischen Bank, die dieses Vermögen treuhänderisch zu verwalten und zu verwerten sowie die Finanzierung des Ansiedlungsunternehmens durchzuführen hat – Dienststelle Vierjahresplan, Staatsrat Wohltat.

4. Das propagandistische Vorbereiten und Sichern dieses Planes gegen eine eventuelle Hetzwelle aus den USA:

- a) für den Bereich des Inlandes das Propagandaministerium, Oberregierungsrat Dr. Taubert mit seiner »Antisemitischen Aktion«,
- b) für den Bereich des Auslandes die Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes.«

Was die westeuropäischen Juden anging, so formulierten Vierjahresplanbehörde und Auswärtiges Amt ihre speziellen Prioritäten im Zusammenhang mit dem Madagaskarplan: »Der Leitgedanke ist, sozusagen

auf einen Schlag den jüdischen wirtschaftlichen Einfluss in Europa durch den deutschen zu ersetzen, ohne dass Störungen in den Wirtschaften der einzelnen Länder durch Stilllegungen jüdischer Großfirmen eintreten.«<sup>[514]</sup>

Im Verlauf der Vorbesprechungen zwischen dem Auswärtigen Amt und der Kanzlei des Führers machte ein »Oberbereichsleiter Brake den Vorschlag, die Transportorganisation, die er als Sonderauftrag des Führers für die Kriegszeit aufgebaut hat, für den Transport der Juden nach Madagaskar einzusetzen«.<sup>[515]</sup> Gemeint waren hier zweifelsohne Viktor Brack und die von ihm mitaufgebaute »Gemeinnützige Kranken-Transport-Gesellschaft (Gekrat)«. Als Teilorganisation der »Euthanasie-Aktion« beförderte sie zu dieser Zeit Zehntausende von deutschen Psychatriepatientinnen und -patienten in die Todesanstalten. Es handelte sich um eine »eingespielte Organisation mit reichen Erfahrungen«, wie das Auswärtige Amt schwärmte. Die Verbindung zwischen dem Auswärtigen Amt und der »eingespielten Organisation« war wohl dadurch zustande gekommen, dass der Chef der Kanzlei des Führers und unmittelbare Vorgesetzte Bracks, Reichsleiter Philipp Bouhler, Ambitionen hegte, Generalgouverneur von Ostafrika zu werden. Am 23. Juni 1940 bat er Hitler um »den Kolonialauftrag«. Der allerdings lehnte zunächst ab.<sup>[516]</sup> Bouhler und Karl Brandt waren die beiden Männer, die Hitler 1939 ermächtigt hatte, die Ermordung der deutschen Geisteskranken zu organisieren.

Während die nichtjüdischen Patientinnen und Patienten in den Anstalten aufgrund von – wenn auch noch so oberflächlichen – Diagnosen und Prognosen ihrer Krankheiten zur Tötung ausgesondert wurden, wurden die jüdischen Anstaltspatienten von Mitte Juli 1940 an generell und ohne Begutachtungsverfahren ermordet. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dies mit der geplanten Deportation der jüdischen Bevölkerung nach Madagaskar in Zusammenhang stand: Von den Geisteskranken war wohl eher zu befürchten, dass sie, auf ein Schiff verfrachtet und deportiert, leicht in Panik geraten könnten, die dann unter Umständen auf die anderen Deportierten übergreifen würde.

Zwar konnte die Gekrat ihre »reichen Erfahrungen« auf der Route Berlin–Genua–Suez–Madagaskar dann nicht einsetzen, doch blieb der Kontakt zwischen den Organisatoren der »Euthanasie«-Morde und den Behörden, die die »Endlösung der Judenfrage« anstrebten, weiter bestehen: Ein Jahr später stellte die »Aktion-T4« nicht ihre Transportorganisation, sondern ihr »eingespieltes« Mordpersonal zur Verfügung, das im Betrieb von Gaskammern und im Verbrennen von Leichen über einschlägige Erfahrungen verfügte. Mehr als 100 Angestellte der »Aktion-T4« ließen sich 1941/42 in die Vernichtungslager der »Aktion Reinhard«, also nach Belzec, Sobibór

und Treblinka, versetzen. Sie bauten die Lager auf und organisierten den reibungslosen Betriebsablauf. Aus ihrer Mitte kamen die Lagerkommandanten und der Inspekteur für alle drei Lager.

Die Federführung für das Madagaskarprojekt lag beim Auswärtigen Amt. Von dort aus wurden zwei Gutachten in Auftrag gegeben, um das Projektpapier des Reichssicherheitshauptamts zu überprüfen: Das eine Gutachten erarbeitete der Professor für Geologie Friedrich Schumacher von der Bergakademie Freiberg in Sachsen, das andere der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts, der Bevölkerungswissenschaftler Professor Friedrich Burgdörfer. Schumacher lieferte seine Stellungnahme am 1. August 1940 ab,<sup>[517]</sup> Burgdörfer bereits 14 Tage vorher.<sup>[518]</sup> Entsprechend der ihm aufgegebenen Fragestellung stellte Schumacher fest, dass Madagaskar arm an verwertbaren Rohstoffen sei. Damit war die Befürchtung ausgeräumt, die Insel könne für die Juden gewissermaßen zu schade sein.<sup>[519]</sup> Burgdörfer stimmte dem Vorhaben, 6,5 Millionen jüdische Menschen auf der Insel anzusiedeln, uneingeschränkt zu. Aber er beantwortete nicht einfach die ihm gestellte Frage, er ging weit darüber hinaus. Er legte nicht nur Zahlen über das Weltjudentum insgesamt vor, sondern errechnete zudem, dass man nicht nur die knapp vier Millionen zu diesem Zeitpunkt unter deutscher Herrschaft lebenden Juden nach Madagaskar umsiedeln könne, sondern zusätzlich eine Million Juden aus Palästina und 1,6 Millionen »aus den übrigen Erdteilen« (mit Ausnahme der Sowjetunion und der USA). Burgdörfer resümierte:

»Madagaskar hatte nach der letzten Volkszählung (1. 7. 1936) 3,8 Millionen Einwohner, d.s. – bei einer Gesamtfläche von 616000 qkm – 6,2 je qkm. Die Zahl der für eine Umsiedlung in Betracht kommenden Juden wäre demnach nur um 2,7 Millionen größer als die gegenwärtige Bevölkerungszahl der Insel. Will man die Insel ausschließlich den Juden vorbehalten, so würde sich bei 6,5 Mill. Juden auf der Insel eine Bevölkerungsdichte von immerhin erst 10 je qkm ergeben. Will man die 6,5 Millionen Juden unter Belassung der alteingesessenen Bevölkerung zusätzlich dort unterbringen, so würde sich die durchschnittliche Bevölkerungsdichte auf etwa 16 je qkm erhöhen, d.h. auf den Stand der Besiedlungsdichte, wie er im Gesamtdurchschnitt für die Erdoberfläche festgestellt ist und etwas mehr als ein Zehntel der Bevölkerungsdichte des Deutschen Reiches. Auch diese Zahl dürfte sich innerhalb des natürlichen Fassungsvermögens der Insel halten.«<sup>[520]</sup>

Die Ausführung des Madagaskarplans erwies sich als unmöglich, denn sie war eng mit einem anderen Plan verbunden, nämlich dem zwischen der

Wehrmacht, Hitler und dem Auswärtigen Amt ernsthaft diskutierten Vorhaben, nach der Niederwerfung Frankreichs ein deutsches Kolonialreich Mittelfrika zu schaffen. Es sollte als »kolonialer Ergänzungsraum« dienen, mit dem Ziel, die »Versorgung von 150 Millionen Menschen« des europäischen »Großwirtschaftsraums« zu sichern.<sup>[521]</sup> Der Madagaskarplan war also kein isoliertes Projekt, sondern integraler Bestandteil deutscher Expansionspläne. Im Zusammenhang damit sollten die Juden Europas und Palästinas an die Peripherie des neuen Imperiums ausgesiedelt werden. Doch da es unmöglich blieb, die britische Seemacht zu brechen, wurden das Madagaskar- und das Mittelfrikavorhaben im Herbst 1940 aufgegeben und durch die »Ost-Lösung«, also die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion, ersetzt.

Obwohl bereits verworfen, tauchte das Madagaskarprojekt weiterhin als Tarnbegriff für Aussiedlung und Massenmord auf. Offiziell schloss das Auswärtige Amt den Vorgang erst drei Wochen nach der Wannseekonferenz ab, da »der Krieg gegen die Sowjetunion inzwischen die Möglichkeit gegeben« habe, »andere Territorien für die Endlösung zur Verfügung zu stellen«.<sup>[522]</sup>

## Die Morde an den deutschen Geisteskranken

Rückblickend betrachtet war das Madagaskarprojekt ein logistisches und propagandistisches Sandkastenspiel zur Einübung des bald darauf geplanten und dann vollzogenen Massenmords. Die Bereitschaft deutscher Ministerialbeamter, die Deportation von Millionen Menschen in unwirtliche und sumpfige Gegenden als Selbstverständlichkeit zu akzeptieren, wurde dadurch erhöht. Für die deutsche Führung trat als weitere Erfahrung die Gewissheit hinzu, dass Massenmord mit dem deutschen Behördenapparat möglich war und die »Stimmung« in der Bevölkerung nicht wesentlich beeinträchtigte. Die sogenannte »Euthanasie«-Aktion zeigte der Staats- und Parteispitze, was unter der tabuisierenden Bezeichnung »Geheime Reichssache« alles durchsetzbar war.

Die Vorbereitungen begannen Ende 1938, als auch die antisemitische Politik erheblich verschärft wurde. Zur selben Zeit begann die deutsche Polizei mit der »Regelung der Zigeunerfrage aus dem Wesen der Rasse heraus«<sup>[523]</sup>, und das Reichskriminalpolizeiamt erhielt den Auftrag, »sämtliche Zigeuner und Zigeunermischlinge im Reichsgebiet zu erfassen (...) und gesetzliche Maßnahmen zur Lösung der Zigeunerfrage vorzubereiten«<sup>[524]</sup>. Ein Jahr vorher hatte sich der Leiter des Thüringischen Landesamts für Rassenwesen, Professor Karl Astel, der Unterstützung Himmlers für eine spezielle Art der sozialwissenschaftlichen Feldforschung versichert. Astel beantragte Geld, weil er eine »umfangreiche Arbeit über Kriminelle in Angriff nehmen« wollte. Eines der Ziele dieser kriminalsoziologischen Untersuchung war, dass sie »einen Maßstab« entwickeln sollte »für die Anwendung der Sicherungsverwahrung und evtl. für die Vernichtung, d.h. Tötung, von Verbrechern, auch wenn sie noch nicht selbst einen Menschen getötet haben«. Himmler schrieb zurück: »Die Klärung (dieser) Fragen begrüße ich sehr.«<sup>[525]</sup>

Wie der innenpolitische Status quo gewaltsam verändert werden sollte, so auch der außenpolitische. Der 1. September 1939 symbolisiert beides. An diesem Tag begann die militärische Expansion nach Osten, und die Vorbereitungen zum ersten systematischen Massenmord traten in ein konkretes Stadium. Hitler datierte seine – etwas später abgefasste –

schriftliche Ermächtigung, Geisteskranke in den Heil- und Pflegeanstalten unter bestimmten Voraussetzungen zu töten, auf diesen Tag.

Eine Ermächtigung, gelegentlich war nur von einer Vollmacht die Rede, ist kein Befehl. Sie war vage formuliert und zog für das, was verschiedene Expertengruppen während eines Jahres vorbereitet hatten, keine Grenzen. Vielmehr setzte die Ermächtigung planerische Energien frei, praktische Phantasie und weckte den Ehrgeiz, die Möglichkeiten einer durchorganisierten Verwaltung auszuschöpfen.

Schon am 9. Oktober 1939 legten die Organisatoren einen bestimmten Richtwert fest, der die Zahl der künftigen Opfer vorgab. Im Protokoll steht dazu: »Die Zahl ergibt sich aus einer Berechnung, der das Verhältnis 1000:10:5:1 zu Grunde liegt. Das bedeutet: Von 1000 Menschen bedürfen 10 psychiatrischer Betreuung; von diesen 5 in stationärer Form. Davon aber fällt ein Kranker unter die Aktion. Das heißt: Von 1000 Menschen wird einer von der Aktion erfasst. Auf die Bevölkerungszahl des Großdeutschen Reiches übertragen, hat man demnach mit 65–70000 Fällen zu rechnen. Mit dieser Feststellung dürfte die Frage nach dem ›Wer‹ beantwortet sein.«<sup>[526]</sup>

Kaum waren die wesentlichen bürokratischen und organisatorischen Vorbereitungen getroffen, die Kranken erfasst, ein kleiner parastaatlicher Apparat geschaffen und die Technik des Tötens ausprobiert, wurden alle Behörden, die diese »Aktion« tangierte, informiert und beteiligt. Die Information gaben die Mitarbeiter der »Aktion T4«, so der Tarnname der in der Berliner Tiergartenstraße 4 ansässigen Zentrale, in aller Regel mündlich. Sie argumentierten dabei vorzugsweise mit der Notwendigkeit, im Krieg Kosten, Krankenhausbetten, Pflegepersonal und Lebensmittel einzusparen. Über eine Sitzung des Deutschen Gemeindetages am 3. April 1940 – »auf Veranlassung einer hohen Dienststelle«, »der Besprechungsgegenstand wird in der Sitzung bekannt gegeben« – notierte der Oberbürgermeister der Stadt Plauen, was Viktor Brack von der Kanzlei des Führers mitteilte:

»In den vielen Pflegeanstalten des Reichs sind unendlich viele unheilbare Kranke jeder Art untergebracht, die der Menschheit überhaupt nichts nützen, vielmehr nur zur Last fallen, unendliche Kosten der Verpflegung verursachen, und dabei ist keinerlei Aussicht vorhanden, dass diese Menschen je wieder gesund und nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft werden können. Sie vegetieren dahin wie die Tiere, sind asoziale, lebensunwerte Menschen, dabei sonst in den inneren Organen absolut gesund und können noch viele Jahrzehnte leben. Sie nehmen nur anderen Menschen Nahrung weg und bedürfen oft der zwei- und dreifachen Pflege. Vor diesen Menschen müssen die übrigen Menschen geschützt



werden. Wenn man aber schon heute Vorkehrungen für die Erhaltung gesunder Menschen treffen müsse, dann sei es umso notwendiger, dass man diese Wesen zuerst beseitige, und wenn das vorerst nur zur besseren Erhaltung der in den Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten heilbaren Kranken wäre. Den frei werdenden Raum brauche man für alle möglichen kriegswichtigen Dinge: Lazarette, Krankenhäuser und Hilfskrankenhäuser.« »Kosten«, so schloss der Oberbürgermeister seine Notizen, »können den Gemeinden nur ganz wenige entstehen, denn die der Einäscherung werden vom Reiche bezahlt. Im Übrigen entlastet die Aktion die Gemeinden sehr, denn es fallen in jedem einzelnen Falle künftige Unterhalts- und Pflegekosten weg.«<sup>[527]</sup>

Diese utilitaristische Argumentation findet sich in zahlreichen Dokumenten und Zeugenaussagen wieder: Im Mittelpunkt des ersten systematischen NS-Massenmords stand die Definition der ökonomischen Nützlichkeit eines Menschen. Eben deshalb mussten auf dem Fragebogen – anhand dessen dann über Leben und Tod entschieden wurde – genaue Angaben über die Arbeitsfähigkeit gemacht werden. Die Ärzte hatten die Patienten anzugeben, »die voraussichtlich nie entlassen würden und die zudem nicht so viel arbeiten, dass dies auf ihre Verpflegung in Anrechnung gebracht werden könnte«.<sup>[528]</sup>

In diesem Sinn war es konsequent, dass über das Ergebnis des Massenmords genau Buch geführt und die damit verbundenen Einsparungen kalkuliert wurden:

Der später im Bundesinnenministerium beschäftigte Statistiker Edmund Brandt verfasste 1942 einen statistischen Bericht über die erste Phase dieser Morde unter dem Titel »Was ist bisher in den einzelnen Anstalten geleistet bzw. desinfiziert worden?« Mit Anstalten waren die sechs Todeszentren Grafeneck, Brandenburg, Bernburg, Hadamar, Hartheim und Pirna gemeint. Desinfizieren bedeutet die Ermordung durch Gas. Summiert ergaben sich nach Brandts Rechnung von Januar 1940 bis August 1941 genau 70273 getötete Kranke. Während die Mörder sich später mit dem Argument verteidigten, sie hätten »schwer Kranken«, die fast tot – »moribund« – gewesen seien, »den Gnadentod gewährt«, rechnete der Statistiker Brandt 1942 die Einsparungen an Essen, Wohnraum, Mänteln, Hemden gleich für zehn Jahre hoch – bis 1951 einschließlich. Ausgehend vom Tagesbedarf eines Anstaltsinsassen ergab diese Rechnung, dass durch die Tötung der nicht arbeitsfähigen Kranken – Brandt bezeichnete das als »Leistung« – bis 1951 mehr als 880 Millionen Reichsmark an sozusagen toten Kosten eingespart würden.<sup>[529]</sup>

Institutionell war die »Aktion T4« insbesondere mit dem Referat IV 3a



im Reichsinnenministerium verbunden. Von Herbert Linden geleitet, hatte dieses Referat die Zuständigkeit für »Bevölkerungspolitik (Grundsätzliches), Kriminalbiologie, Erb- und Rassenpflege, Irrenwesen«.

[\[530\]](#) Dort sind auch die bereits erwähnten Richtlinien erarbeitet worden, mit deren Hilfe die Deutschen in Asoziale, Tragbare, Durchschnittliche und Hochwertige eingeteilt werden sollten. Ohne nennenswerte Schwierigkeiten konnte die »Aktion T4« auch mit dem Justizministerium und sämtlichen auf lokaler und regionaler Ebene beteiligten Institutionen kooperieren, einschließlich der Ärztekammern, Krankenkassen, Sterbeversicherungen, Friedhofsinspektoren.

Zwei in unserer Argumentation wichtige Fragen sind in der bisher erschienenen Literatur zu diesen Verbrechen allerdings nicht gestellt. Wir können sie nur formulieren, die Beantwortung muss vorläufig spekulativ bleiben. Es sind die Fragen, inwieweit die Konzeption dieses ersten großen systematischen Massenmords auch, und möglicherweise sogar entscheidend, von der Vierjahresplanbehörde Görings und dem Ernährungsministerium mit ausgearbeitet und gefördert worden ist? Dafür gibt es Indizien, aber keine Beweise.

Es sollten Sozialausgaben und Lebensmittel eingespart werden. Das ergibt sich aus zahllosen Dokumenten. Eines davon haben wir zitiert. Wie für die »Entjudung« in Wien oder Berlin gilt auch für die »Euthanasieaktion«, dass der soziale Status quo für die breite Mehrheit erhalten oder sogar verbessert werden sollte, indem eine als unbrauchbar definierte Minderheit ermordet oder wenigstens vertrieben wurde. Brachte die Arisierung und Liquidierung jüdischer Betriebe volkswirtschaftliche und persönliche Vorteile, so brachte der Mord an den unheilbar Kranken eine in der Tendenz bessere Versorgung für die heilbaren. Die selektive, bis zum Massenmord reichende Aufteilung von Menschen in unterschiedlich bevorzugte und benachteiligte Kategorien war zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Sozialpolitik überhaupt. Sie gehörte zu den Prinzipien des Vierjahresplans und, was noch gezeigt werden wird, des Ernährungsministeriums. Wie in diesen Institutionen vor dem Krieg konzeptionell gedacht wurde, zeigt ein Bericht des Anstaltsleiters Ludwig Schaich:

»Als dann in den letzten Jahren vor 1939 der Ausbruch des Kriegs in immer greifbarere Nähe rückte, wurde uns bekannt, dass im Reichsinnenministerium erwogen würde, im Kriegsfall die Insassen der Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke, Epileptische und Schwachsinnige auf eine stark verkürzte Lebensmittelration zu setzen. Auf

den Einwand, dass dies bedeuten würde, unsere Kranken dem langsamen, aber sicheren Hungertode auszuliefern, wurde dann auch zum ersten Mal vorsichtig vorgefühlt, wie sich die Innere Mission dazu stellte, wenn der Staat die Vernichtung bestimmter Kategorien von Kranken im Krieg unter der Voraussetzung in Erwägung zöge, dass, infolge Versiegens der Einfuhr, die Lebensmittel nicht mehr zur Ernährung der gesamten Bevölkerung ausreichen.«<sup>[531]</sup>

Dieser Ansatzpunkt der »Euthanasieaktion«, der in vielen Schriftstücken und Zeugenaussagen dokumentiert ist, deutet darauf hin, dass eine Initiative für diese Mord-Aktion auch von der Vierjahresplanbehörde und der dort angesiedelten Geschäftsgruppe Ernährung ausgegangen sein kann. Die Verlegung der Kranken geschah »auf Anordnung der Reichsverteidigungskommissare«. In der Literatur wird dies gewöhnlich als ein Tarnmanöver interpretiert: Indem die Reichsverteidigungskommissare für zuständig erklärt wurden, habe man nur die wahren Verantwortlichen decken und die »Euthanasieaktion« als eine Angelegenheit der Reichsverteidigung deklarieren wollen. Tatsächlich aber ist es möglich, dass Göring sich auf eben diesem Dienstweg durchgesetzt hat. Göring war nicht nur Chef des Vierjahresplans, sondern auch des Reichsverteidigungsrats, die Reichsverteidigungskommissare unterstanden ihm.

Parallel dazu entwickelte die deutsche Ärzteschaft eigene Rechtfertigungen für den Mord an Behinderten und psychisch Kranken. Fraglich ist aber, ob diese Argumentationen für die Entscheidung so ausschlaggebend waren, wie das in der einschlägigen Literatur angenommen wird. Nach Ansicht der Ärzte ging es um genaue definitorische Abgrenzungen einzelner Krankheiten, um die Trennung von heilbar und unheilbar, um die Verbesserung der aktiven therapeutischen Möglichkeiten. Ärzte entwickelten ein komplettes Gesetzeswerk für »die Lebensbeendigung bei unheilbar Kranken und Lebensunfähigen«. Sie diskutierten diesen Gesetzentwurf mit Reinhard Heydrich.<sup>[532]</sup> Langfristig gesehen waren Fragebogen, Ferngutachten und schließlich Massenmord in Gaskammern nicht die Methoden ihrer Wahl. Dieses kaum differenzierte und halb geheime Vorgehen erschien den Medizinern für die erste Phase erforderlich. In der Zukunft des »Tausendjährigen Reiches« sollte sich »der Tod eines Euthanasierten vom natürlichen Tod kaum unterscheiden«. Ihr Ziel formulierten sie so: »Keine Pflegeanstalten für tiefstehende Fälle, sondern Heilanstalten mit aktivster Therapie und wissenschaftlicher Arbeit und – mit Euthanasiemöglichkeit.«<sup>[533]</sup> Es ging hier um die möglichst selbstverständliche klinische Hinrichtung im therapeutischen Alltag: Sie

sollte Teil der alltäglichen medizinischen Praxis, der Ausbildung und der Gesetzgebung werden.

Es gibt viele Zusammenhänge zwischen der »Aktion T4« und den später im besetzten Polen errichteten Vernichtungslagern. Die Akteure aus der Tiergartenstraße 4 lieferten Know-how und Personal. Viktor Brack, Philipp Bouhler und Herbert Linden, die in der Kanzlei des Führers und im Innenministerium für die Morde zuständig waren, beteiligten sich an Diskussionen und Entscheidungen über die Ermordung der europäischen Juden. Dass es aber zu diesen Entscheidungen überhaupt kommen konnte, dafür war vor allem eine Erfahrung aus der »Euthanasieaktion« wichtig: nämlich die, dass die Ermordung von Zehntausenden wehrloser Menschen mit dem deutschen Behördenapparat jederzeit abgewickelt werden konnte und dass die deutsche Bevölkerung, die Väter, Mütter, Kinder, Gatten der Ermordeten, das ohne größere Entrüstung und kollektiven Protest hinnahmen.

Wichtig dafür waren selbstverständlich die propagandistische Begleitung, die halb geheime Form der »Aktion T4«, das bürokratisch-arbeitsteilige Vorgehen, der Schein wissenschaftlicher Objektivität. Im Kern ging es aber zunächst um die Frage, wie man das Gewissen der Menschen am besten anästhesieren könne. Im Sommer 1939 schrieb der Leibarzt Hitlers, Theo Morell, für seinen mächtigen Patienten dazu ein kleines Gutachten. Er bezog sich auf eine Umfrage, die in den frühen 1920er-Jahren unter den Eltern schwerbehinderter Kinder in Sachsen durchgeführt worden war. Die Eltern hatten die »rein theoretisch« gestellte Frage, ob sie »in eine schmerzlose Abkürzung des Lebens ihres Kindes einwilligen« würden, weit überwiegend mit »ja« beantwortet. Morell folgerte daraus aber nicht, dass man auf dieser Grundlage umstandslos mit dem geplanten Verbrechen beginnen könne. Vielmehr bezog er sich auf eine ihm wichtig erscheinende Minderheit unter den Befragten. Die hatten nämlich gesagt, dass sie nicht zu Richtern über ihre eigenen Kinder gemacht werden wollen, es aber sehr wohl begrüßen würden, wenn Ärzte eine solche Entscheidung treffen und sie – ohne die Eltern zu fragen – vollziehen würden.<sup>[534]</sup> Daher schrieb Morell in sein Gutachten für Hitler: »Mehrere Eltern bringen zum Ausdruck: Hätten Sie es nur gemacht und gesagt, dass unser Kind an einer Krankheit gestorben sei. Das könnte man hier berücksichtigen. Man darf nicht denken, dass man keine heilsame Maßnahme ohne das Placet des Souveräns Volk ausführen könnte.«<sup>[535]</sup>

Auf dieser Grundlage wurde für die Morde an den deutschen Geisteskranken Geheimhaltung beschlossen. Damit sollte jedoch nicht

wirklich verhindert werden, dass Informationen über diese Morde schnell durchsickerten. Vielmehr war die offiziell deklarierte Geheimhaltung eine Möglichkeit für die Bevölkerung, staatlichen Maßnahmen stillschweigend hinzunehmen. Wenn die Angehörigen das staatliche Angebot, ihre schwerbehinderten Kinder, ihre psychisch kranken Frauen oder Männer zu »erlösen«, nicht rundweg ablehnten – dann musste ihnen daran gelegen sein, die Umstände des Todes nicht so genau zu erfahren. Ganz gleich, ob sie aus Gleichgültigkeit, aus Verzweiflung oder unter dem Eindruck der eugenischen Propaganda in eine zumindest zwiespältige Haltung geraten waren. Ein ähnliches Verhalten findet sich auch bei den mit der bürokratischen Vorbereitung befassten Ärzten: »Dienstlich erfuhren wir über die Aktion nichts, inoffiziell wurde vorausgesetzt, dass alle irgendwie bereits genügend orientiert seien.« Das vertraute eine rheinische Anstaltsärztin im Winter 1940/1941 ihrem Tagebuch an.<sup>[536]</sup> Diese Form der »Geheimen Reichssache«, die doch öffentlich war, bestand in einer Offerte an das Volk, sich persönlich aus der Verantwortung zu stehlen und eine uneingestandene, das Gewissen erleichternde, passive Komplizenschaft einzugehen.

Am 23. April 1941 konnten die Organisatoren des Mordes den versammelten Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälten die folgende Zustimmungsquote mitteilen: »In 80% der Fälle sind die Angehörigen einverstanden; 10% protestieren, 10% sind gleichgültig.«<sup>[537]</sup> Von ganz wenigen, leicht beherrschbaren Ausnahmen abgesehen, regte sich im deutschen Behördenapparat nicht der geringste Widerstand.

Diese Erfahrung war für die Organisatoren der »Endlösung der Judenfrage« grundlegend. Sie vermittelte die Sicherheit, dass Tarnbegriffe nicht hinterfragt, sondern als Möglichkeit zu Verdrängung und moralischer Indifferenz nicht nur dankbar akzeptiert, sondern geradezu erwartet wurden.

Selbstverständlich blieb dieser unausgesprochene Konsens fragil. Er war bedroht, sobald jemand wie der Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen aussprach, was unausgesprochen bleiben sollte, umso mehr wenn die Loyalität der Bevölkerung aus Gründen des veränderten Kriegsglücks ins Wanken geriet. Insgesamt konnte die »Euthanasie-Aktion« bis zum Frühjahr 1945, wenn auch mit einer Unterbrechung und dann in veränderter Form, fortgesetzt werden. Wenn schon bei dem Mord an den eigenen Verwandten nennenswerter Protest ausblieb, so war dieser gegen den Mord an Juden, »Zigeunern«, Russen, »Polacken« erst recht nicht zu erwarten.

## Zwischenüberlegung

Im annektierten Österreich hatten deutsche Wirtschaftsfachleute jene antijüdische Politik entwickelt, die Diskriminierung mit einem volkswirtschaftlichen Programm struktureller Sanierung verband. Unrentable Betriebe wurden stillgelegt und dadurch die Kapitalkonzentration erhöht. Im Prinzip arbeiteten die deutschen Wirtschaftsplaner bis zum Jahr 1941 in allen besetzten Ländern auf dieser Linie weiter, wobei sie, insbesondere in Westeuropa, die Politik der »Entjudung« mit der der Kapitalverflechtung kombinierten. Das Programm hatte seine profiliertesten Vertreter in Görings Vierjahresplanbehörde. Es flankierte wirtschaftliche Modernisierung, Kriegsvorbereitung und schließlich wirtschaftspolitische Kriegsziele.

Auch für das besetzte Polen galt nach einigem Hin und Her das Wiener Modell der Wirtschaftssanierung; die Karrieren von Emmerich, Gater, Globocnik und anderen begünstigten den Transfer der Wiener Erfahrungen ins besetzte Polen. Darüber hinaus aber entwickelten die deutschen Besatzungsbeamten und -wissenschaftler dort, insbesondere im Generalgouvernement, die Strategien gegen die Überbevölkerung in einer Weise weiter, die sie mit der Politik der rassistischen Diskriminierung in Einklang brachte. In den annektierten westpolnischen Provinzen, den sogenannten eingegliederten Ostgebieten, arbeitete der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums daran, eine neue, durchgeplante soziale und ökonomische Ordnung zu errichten. Die Basis dafür waren Austausch und Selektion der Bevölkerung. Es gehörte zum beruflichen Selbstverständnis der Planer, dass sie auf die in diesen »Räumen« lebenden Menschen und ihre tradierten Lebensweisen keine Rücksicht nahmen. In den meisten Ordnungsentwürfen kamen Menschen kaum noch vor. Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums kombinierte exekutive Siedlungs- und Strukturpolitik mit moderner wissenschaftlicher Raumplanung. So harmlos der Begriff »Raumordnung« zunächst klingen mag, so ist er doch Programm: Länder, aufgesplittet in Gebiete und Kontinente, untergliedert in Räume, wurden zunächst auf dem Reißbrett und auf der Grundlage statistischer Zahlenkolonnen neu »geordnet«. Wissenschaftler schlugen vor, wo die politischen, militärischen und

polizeilichen Machtmittel am einfachsten und wirkungsvollsten einzusetzen waren.

Die Neuordnung setzte zunächst ein Minimum an Bewegungsspielraum voraus, um die historisch festgefügt Strukturen überhaupt in kurzer Zeit und nach festgelegten Kriterien verändern zu können, um Verkehrswege und Städte neu zu planen und soziale Mobilität nicht durch wirtschaftliche Not zu erzwingen, sondern durch präventive strukturelle Veränderungen. Dazu forderten die Bevölkerungs- und Wirtschaftsplaner, deren Institutionen durch den RKF eng mit dem gesamten Repressionsapparat von SS und Polizei verbunden waren, im annektierten Westpolen die kurzfristige Vertreibung eines Teils der polnischen und die der gesamten jüdischen Bevölkerung in das Generalgouvernement.

Dort arbeiteten nun ebenfalls Experten, die denselben wissenschaftlichen Schulen entstammten, über ähnliche Erfahrungen verfügten und im Prinzip dieselben Ziele verfolgten, bereits seit dem Frühjahr 1940 am Aufbau einer neuen Wirtschafts- und einer veränderten Bevölkerungsstruktur. Sie wollten das Generalgouvernement zum produktiven »Nebenland des Reiches« machen. Sie taten das unter dem Schutzschild der Vierjahresplanbehörde in explizitem Gegensatz zu den Vorstellungen und Weisungen Hitlers. Der hatte nämlich am 17. Oktober 1939 verlangt: »Die Verwaltung hat nicht die Aufgabe, aus Polen eine Musterprovinz oder einen Musterstaat nach deutscher Ordnung zu schaffen oder das Land wirtschaftlich und finanziell zu sanieren. (...) Alle Ansätze einer Konsolidierung der Verhältnisse in Polen müssen beseitigt werden. Die ›polnische Wirtschaft‹ (gemeint ist Misswirtschaft) muss zur Blüte kommen. Die Führung des Gebietes muss es uns ermöglichen, auch das Reichsgebiet von Juden und Polacken zu reinigen.«<sup>[538]</sup>

Diese Position Hitlers verschaffte dem RKF im annektierten Westpolen Rückhalt für seine Umsiedlungsabsichten. Die Regierung Frank in Krakau begnügte sich aber von Januar 1940 an nicht mehr mit der ihr zugedachten Rolle. Das Besondere ihres Aufbaumodells war nicht das Modell selbst – es entsprach im Wesentlichen dem Vorgehen in Österreich und im annektierten Westpolen –, sondern die Region, für die es entworfen wurde, nämlich für das Generalgouvernement, ein armes und arm gemachtes Land. Ursprünglich sollte dieser Raum, wie gesagt, die zur Aussiedlung vorgesehenen Menschen des übrigen deutschen Herrschaftsbereichs aufnehmen. Nun aber handelte die Besatzungsregierung entgegengesetzt: Sie forderte die Abschiebung von Bevölkerungsüberschüssen, und zwar in einer bis dahin im deutschen Herrschaftsbereich nicht gekannten Größenordnung



von vielen Millionen Menschen.

Die Deutschen schufen selbst die Voraussetzungen dafür, dass sich die sozialen Konflikte, die sie schon lange vor der Besetzung als »Bevölkerungsfrage« definiert hatten, verschärften: Der militärische Überfall, Annexion, Vertreibung und schließlich die Rationalisierung trugen dazu bei. Dieselben Fachleute, deren Vorschläge und Maßnahmen die Situation so zuspitzten, führten die Folgen ihrer Politik dann als objektive Erfordernisse ins Feld, um eine schnelle und endgültige »Bereinigung der Judenfrage« zu erzwingen, um so in einem ersten Schritt die Bevölkerungsfrage generell zu »lösen«. Im Oktober 1940 – als Hans Frank Hitler davon zu überzeugen versuchte, dass weitere Umsiedlungen verhindert werden müssten – veröffentlichte Peter-Heinz Seraphim in der Vierteljahresschrift des Instituts für Deutsche Ostarbeit den Text, der Frank als Argumentationsgrundlage in seiner Unterredung mit Hitler gedient haben mag. Darin heißt es, das Generalgouvernement habe 1939/40 bereits 350000 ausgesiedelte Polen und Juden aus den »eingegliederten Ostgebieten« aufgenommen. In das »an sich schon judenübersättigte Gebiet (...) sind damit neue jüdische Bevölkerungselemente eingeströmt, die, (...) fast durchweg keine Subsistenzmittel besitzen und in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht eine schwere Belastung für das Generalgouvernement bedeuten. Damit ist die Judenfrage (...) zu einem bevölkerungspolitischen Massenproblem erster Ordnung geworden. Sie tritt neben den bevölkerungspolitisch so schwierigen Fragenkreis der landwirtschaftlichen Überbevölkerung dieses Gebietes und drängt auf die Dauer gesehen nach einer Lösung. Diese Menge von Juden, die heute zum großen Teil ohne produktive Beschäftigung und ohne eigene Subsistenzmittel die Städte blockieren und damit nicht nur ihre gesunde Entwicklung hemmen, sondern auch die Lösung oder Auflockerung des agrarischen Überbevölkerungsproblems hindern, ist eine schwere, die Entwicklung hemmende Belastung des Generalgouvernements. Daraus ergibt sich ein Fernziel der bevölkerungsmäßigen Bereinigung dieses Raumes, das hier nur angedeutet zu werden braucht. Bis es in Angriff genommen werden kann, ist aber jede weitere Verschärfung der strukturellen bevölkerungsmäßigen und wirtschaftlichen Spannungen des Generalgouvernements zu vermeiden und eine Unterbindung weiterer Zuströme jüdischen Bevölkerungselements in den Raum des Generalgouvernements notwendig.«<sup>[539]</sup>

Seraphim formulierte den Konsens in bevölkerungspolitischen Fragen, der sich im Spätherbst 1940 zwischen Krakau, Kattowitz und Berlin formiert hatte. Seine Argumente decken sich mit denen von Gater, Emmerich, Arlt, Meyer, Oberländer, Streckenbach, Kuchenbäcker oder



Gottong. Seraphim forderte zum einen, dass die Umsiedlungen aus dem annektierten Westpolen und aus dem Deutschen Reich sofort eingestellt werden sollten, zum anderen, dass das Generalgouvernement selbst »bevölkerungsmäßig bereinigt« werden müsse, um es wirtschaftlich zu entwickeln. Wie die anderen Autoren auch, verband er die antijüdische Politik mit dem Konzept, das Problem der landwirtschaftlichen Überbevölkerung zu lösen. Die Deportation der Juden aus den Städten und Marktflecken sollte die Möglichkeit schaffen, die »unterbeschäftigten« ländlichen Massen in die Städte zu »saugen«.

Als Seraphims Aufsatz veröffentlicht wurde, waren die Projekte für die sogenannte »territoriale Lösung der Judenfrage« unter den Stichwörtern »Lublin« und »Madagaskar« bereits gescheitert. Allerdings hatten beide Projekte die weitere Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung massiv gefördert. Das Scheitern der beiden Pläne schien neue »Lösungen« umso dringlicher zu machen. Das Madagaskarprojekt hatte die Aussiedlung einer europäischen Minderheit mit dem Eroberungsplan für einen »wirtschaftlichen Ergänzungsraum« – zunächst das »Kolonialreich Mittelafrika« – verbunden. Und es hatte die institutionelle Verbindung zwischen dem Führungspersonal der »Aktion T4«, also denjenigen, die erste Erfahrungen mit dem industrialisierten Mord »nutzloser« und »unerwünschter« Menschen sammelten, und denen hergestellt, die sich die »Bereinigung der Judenfrage« zum Ziel setzten.

Das Konzept, nach dem im Generalgouvernement und in den eingegliederten Ostgebieten wirtschaftlicher Aufbau mit Umsiedlung kombiniert wurde, führte nach dem Scheitern des Madagaskarplans zu einem Patt. In Wien, Lodz, Berlin, Prag, Paris und Amsterdam sahen es die deutschen Funktionäre als notwendig an, die enteignete jüdische Bevölkerung, die »Zigeuner« und generell das »unerwünschte Volkstum« ins Generalgouvernement zu deportieren. Aber gerade dort wurde seit dem Frühjahr 1940 der wirtschaftliche Aufbau so betrieben, dass er die »Entlastung« dieses Territoriums von mehreren Millionen Menschen zur Voraussetzung hatte. Mit allen Mitteln versuchte die deutsche Besatzungsverwaltung im Generalgouvernement deshalb, weitere »Abschiebungen« aus dem Reich zu verhindern, die sie bei ihrem »deutschen Aufbauwerk« stören könnten. Auch Himmler und Hitler war die »Bevölkerungsfrage« im Generalgouvernement zumindest bekannt. Himmler hatte bereits im Januar 1940 über die Menschen im Generalgouvernement gesagt: »Sie sitzen sowieso alle so dick aufeinander.« Er wäre »selig«, wenn die Russen »eine halbe Million von ihnen nehmen« würden.<sup>[540]</sup>

Hitler erklärte im März 1940, dass ihn die »Raumnot« daran hindere, das Projekt eines »Judenreservats Lublin« zu realisieren. Dieses Projekt könne »nie eine Lösung bedeuten, da auch dort die Juden zu eng aufeinander wohnten«: »Überall dort, wo die Menschen über 70 pro qkm aneinanderwohnten, sei das Leben schwer und beengt, und die Weltkrise, vor der wir heute stünden, sei bedingt durch den Drang der Völker, sich aus den übevölkerten Räumen in die volksleeren Räume zu ergießen.«<sup>[541]</sup>

Im Sommer 1940 schien eine Lösung der bevölkerungspolitischen Probleme im besetzten Polen in Sicht: Die geplanten Massendeportationen der Juden nach Madagaskar würden, so hofften die Bevölkerungsplaner, das Generalgouvernement nicht nur vor weiteren Abschiebungen aus dem Reich und den eingegliederten Ostgebieten bewahren, sondern darüber hinaus auch die Möglichkeit bieten, die eigene jüdische Minderheit loszuwerden: Zehn Prozent der Bevölkerung sollten also abgeschoben werden. Darüber hinaus sollte der Bevölkerungsdruck im Generalgouvernement gemindert werden, indem man weitere 20 Prozent zur Zwangsarbeit deportierte. Vor dem Hintergrund des Madagaskarprojekts hatte Hitler Anfang Juli 1940 Frank versprochen, die Umsiedlungen ins Generalgouvernement zu verbieten. Schon drei Monate später musste er jedoch aus militärischen Gründen von den Kolonialplänen in Mittelafrika wieder Abstand nehmen und damit auch vom Madagaskarprojekt. Nun versuchte er, sein Versprechen zu relativieren: Hans Frank war anwesend, als Hitler dem Wiener Gauleiter Baldur von Schirach zunächst vage, doch nach ein paar Wochen konkret zusicherte, dass er die Wiener Jüdinnen und Juden aus akuter Wohnraumnot ins Generalgouvernement abschieben dürfe.<sup>[542]</sup> In den beiden darauffolgenden Monaten machte Hitler dem Generalgouverneur zudem klar, dass auch »die Poleneinsiedlung in das Generalgouvernement in seiner Politik liege und dass die zur Durchführung dieser Einsiedlung notwendigen Maßnahmen noch während des Krieges ergriffen werden müssen«.<sup>[543]</sup>

Damit war die alte Pattsituation vom März/April/Mai 1940 wiederhergestellt: Die Pläne für den Wirtschaftsaufbau im Generalgouvernement widersprachen seiner Funktion als Abschiebeterminitorium. Wieder sahen sich die in Krakau mit ehrgeizigen Zukunftsvisionen beschäftigten Experten vor einem bereits überwunden geglaubten Problem, dem »Zustrom« von Hunderttausenden aller Existenzmittel beraubter Menschen. Ihre Forderung, den Bevölkerungsdruck zu beseitigen oder wenigstens erheblich zu vermindern, wurde damit wieder virulent, ohne dass sie zu diesem Zeitpunkt selbst einen konkreten Vorschlag dazu machten. Sie verlangten nach »Entlastung« und »Lösung«. Im Januar 1941 sollten abermals Hunderttausende Menschen ins Generalgouvernement

umgesiedelt werden. Kaum dass die Deportationen begonnen hatten, mussten sie eingestellt werden, weil die Wehrmacht wegen des beginnenden Aufmarsches gegen die Sowjetunion eine Transportsperre verhängte. In dieser Situation kamen Frank und Hitler zu einer Besprechung zusammen: Am 16. März 1941, vor dem Hintergrund der weit fortgeschrittenen Planungen der »Ostraumlösung«, also des Krieges gegen die Sowjetunion und der damit zusammenhängenden Expansion des deutschen »Siedlungsraums«, versprach Hitler denn auch, dass das Generalgouvernement »im Laufe von 15 bis 20 Jahren ein rein deutsches Land« werde. <sup>[544]</sup> Dies bedeutete perspektivisch, das Generalgouvernement denselben Prinzipien von Raumordnung und Bevölkerungsselektion zu unterwerfen wie die eingegliederten Ostgebiete. Das Generalgouvernement, bis dahin Peripherie, wurde nun zum integrierten Transitland, wie die Ökonomen sagten. Die Evakuierung aller als überflüssig angesehenen Menschen an die neue Peripherie im Osten, also in die Sümpfe, zum Eismeer oder nach Sibirien, ergab sich in dieser Logik gewissermaßen von selbst.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Hitler das Programm »deutsches Aufbauwerk im Generalgouvernement« nach langen Schwankungen akzeptiert und die Option »Trümmerhaufen/Abschiebeterminitorium« fallengelassen. <sup>[545]</sup>

Das Hin und Her von Deportationen und Deportationsstopps, die Streitigkeiten zwischen Frank einerseits und den Gauleitern der eingegliederten Ostgebiete und Wiens andererseits zeigen, dass auf der obersten Führungsetage des nationalsozialistischen Staats über das Wann, Wie und Wohin der Zwangsumsiedlung keine Einigkeit herrschte. Unsicherheiten und wenig tragfähige Kompromisse waren an der Tagesordnung. Auf der Ebene der Fachleute dagegen – egal ob es sich um Ökonomen im Generalgouvernement oder um Experten für Bevölkerungspolitik in den eingegliederten Ostgebieten handelte – lagen ausgearbeitete Konzepte vor. Sie waren inhaltlich und zeitlich genau festgelegt, in kurz-, mittel- und langfristige Zielsetzungen aufgegliedert. Die Pläne für die beiden deutsch besetzten Teile Polens glichen einander so sehr, dass sie sich zwischen März 1940 und März 1941 gegenseitig blockierten. Hitler griff in diesen Konflikt nicht mit einer klaren politischen Entscheidung ein. Er lavierte – ein Verhalten, das Macht und Einfluss der Expertokratie steigerte und sie ermutigte, Fakten zu schaffen und immer weiterreichende Lösungen ins Gespräch zu bringen.

Die in den vorangegangenen Abschnitten beschriebenen Pläne der Deutschen, wie mit dem besetzten Polen zu verfahren sei, knüpften in ihren Grundgedanken an Überlegungen an, die vor dem Krieg Teil einer

umfassenden internationalen Diskussion waren: Der »Bevölkerungsaustausch« galt nicht nur in Deutschland als ein probates Mittel moderner Strukturpolitik, die »Lösung des Überbevölkerungsproblems« als selbstverständliche Voraussetzung, um mangelnde Produktivität schneller beheben und fehlendes Kapital abschöpfen zu können.

Liest man den Vortrag, den der Direktor des Warschauer Instituts für Konjunktur- und Preisforschung, Edward Lipinski, 1935 in Kiel zum Thema Industrialisierung, Überbevölkerung und Auswanderung hielt, wird klar, dass ein Mann wie Meinhold zu einem Teil lediglich abschrieb, was andere vor ihm analysiert und berechnet hatten.<sup>[546]</sup> Es ist nur folgerichtig, dass Meinhold 1941 Lipinski zur Kollaboration gewinnen wollte und ihm eine Stelle als Wissenschaftler im Institut für Deutsche Ostarbeit anbot. Der aber lehnte ab, und das aus gutem Grund.<sup>[547]</sup> Zwischen seinem wissenschaftlichen Vorgehen und dem Meinholds bestand ein grundlegender Unterschied. Wo Lipinski eine Politik empfahl, die die Auswanderung fördern sollte, sprach Meinhold von der »Notwendigkeit der Umsiedlung«, wo der eine langfristige Auslandskredite forderte, um die Industrie aufzubauen und Arbeitsplätze zu schaffen, verlangte der andere als *ersten* Schritt, »die überschüssige Bevölkerung abzusaugen«, wo Lipinski von einer ungünstigen Struktur des Handels sprach, begrüßte und forderte Meinhold die »Ausschaltung der Juden«. Während die Vorschläge des einen sich an Bürokratie, Mehrparteiensystem und politischem Streit brachen, war der andere wissenschaftlicher Zuarbeiter einer Exekutive, die zu fast jedem Verbrechen bereit war, die den Vorschlag eines Referenten im Handumdrehen als Erlass veröffentlichte.

Was war das Charakteristische an dieser deutschen Expertokratie? In vielem unterschieden sich die jungen deutschen Experten nicht von ihren Kollegen in anderen Ländern und zu anderen Zeiten: Sie wünschten sich eine gesicherte Finanzierung ihrer Forschungsvorhaben, Privilegien und eine möglichst konsequente Umsetzung ihrer theoretischen Ergebnisse in die gesellschaftliche Praxis. Sie verstanden sich als Fachleute, die keine parteigebundene Auftragsforschung machen, sondern ihre Kompetenz in das Projekt einer umfassenden gesellschaftlichen Modernisierung einbringen wollten. Doch sind die Karrieren dieser Akademiker von besonderen historischen Umständen geprägt, die ihren sozialen Aufstieg, vor allem aber ihren in relativ kurzer Zeit enorm wachsenden politischen Einfluss förderten.

In den Jahren 1931/1932, den Jahren der Krise und der Stagnation, hatten die damals 25- bis 30-Jährigen wenig Chancen, in ihrem Beruf zu arbeiten,

geschweige denn Karriere zu machen. Das änderte sich 1933 schnell. Die Vertreibung Zehntausender jüdischer und sozialistischer Beamter, Angestellter und Selbständiger schuf zunächst einmal neue berufliche Möglichkeiten für den opportunistischen oder sich als unpolitisch verstehenden Nachwuchs. Derartige Entlassungen bedeuteten für die neuen Aufsteiger eine Partizipation an Unrecht und Verbrechen. Diese Umstände begründeten ihre Loyalität gegenüber dem System, das ihnen auf solche Weise neue berufliche Perspektiven eröffnet hatte. Die Chancen für weiteren Aufstieg und Entfaltung des fachlichen Einflusses wuchsen in den folgenden Jahren mit dem innenpolitischen Vordringen des Staats in immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und mit jedem Expansionsschritt nach außen. Die nationalsozialistische Ideologie war den meisten dieser jungen aufstiegsorientierten Experten nicht etwa Glaubensbekenntnis. Sie bot ihnen lediglich ein Maximum an Handlungsfreiheit. Zunächst war diese Ideologie inhaltlich noch wenig konturiert und enthielt damit auch die Chance, sie von innen her auszufüllen und zu formen. Die Planer verstanden es, die Ergebnisse ihrer Forschungen so zu formulieren, dass sie die NS-Ideologie bereicherten und veränderten. Vage ideologische Forderungen wurden auf diese Weise zu Handlungsmaximen und dann in »machbare« Programme umgesetzt.

Die Vorstellung, dass diese junge deutsche Intelligenz sich die nationalsozialistischen Dogmen einfach zu eigen gemacht und ihr Denken und Handeln daran ausgerichtet hätte, ist vermutlich genauso falsch wie die kollektive spätere Ausrede der Beteiligten, sie hätten nur notgedrungen und aus Gründen der Tarnung das Vokabular übernommen, nicht aber das Gedankengut. So schwülstig und anachronistisch die NS-Ideologie schien, so wenig war sie doch ein Hindernis für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Im Gegenteil. Die Bevölkerungspolitik, die an den Kriterien rationeller ökonomischer und sozialer Umstrukturierung ausgerichtet war, stand nicht im Widerspruch zu dem üblichen Reden von der »Bereinigung der Volkstumsgrenzen« oder der »Eroberung von Lebensraum im Osten«. Erst durch die Verbindung der Ideologie mit der Rationalität der modernen Wissenschaft wurden aus vagen Programmpunkten realisierbare, konkrete Projekte. Kategorien wie Rasse, Blut und Boden füllten Sozialwissenschaftler, Ökonomen und Agrarfachleute allmählich mit neuem Inhalt. Vollwertige Deutsche zeichneten sich demnach nicht mehr primär durch bestimmte Äußerlichkeiten aus, sondern durch Leistungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft. Dahinter stand das Ideal einer national möglichst homogenen Gesellschaft mit hoher sozialer Mobilität. Die Leistungsfähigen

sollten durch die alten Klassengrenzen nicht länger am Aufstieg gehindert, die »Unbrauchbaren« und Unerwünschten dagegen ausgegrenzt werden. Diese Politik erweiterte den sozialpolitischen Spielraum durch Umverteilung – Diskriminierung und Enteignung von Minderheiten gereichten der Mehrheit zum Vorteil.

Bei der Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft im besetzten Polen haben Rassismus und Modernisierung einander nicht blockiert, sondern ergänzt. Das Ergebnis war, dass die Umsiedlungsvorhaben, Zwangsarbeiterdeportationen und Vernichtungspläne nur ein umso größeres Ausmaß annahmen. Die akademisch gebildeten Führungskräfte im besetzten Polen bestärkten sich gegenseitig in ihrer Herrenmenschenarroganz. Sie lebten und arbeiteten in dem Bewusstsein, einer Elite anzugehören, der Aufgaben von welthistorischer Bedeutung anvertraut waren. Eine Aufgabe, von der sie immer wieder betonten, dass sie sie schnell und endgültig »für kommende Generationen« bewältigen wollten. Das Gefühl, gemeinsam auf vorgeschobenem Posten zu stehen, mit überkommenen und hinderlichen Strukturen aufzuräumen, und die Atmosphäre der »Nur-für-Deutsche-Kultur« mögen die im Nationalsozialismus ohnehin enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Politik noch vertieft haben. Wenn es darum ging, die Kollaborationsbereitschaft zu fördern, wussten die neuen Herren in ihrem rassistischen Dünkel gegenüber der einheimischen Bevölkerung genau zwischen den unterschiedlichen Kategorien »minderwertigen Volkstums« zu differenzieren. Darüber hinaus hat dieser Dünkel ihren Machbarkeitswahn gefördert und jeden Rest von Rücksichtnahme auf die vorgefundenen Verhältnisse getilgt.

Die Berechnungen des RKW oder des Instituts für Deutsche Ostarbeit hatten mit der Realität polnischer Dörfer oft wenig zu tun. Die Pläne scheiterten zum Teil am Widerstand der polnischen Bevölkerung. Auch Konkurrenz und Intrigen innerhalb des Besatzungsapparats trugen nicht eben zu ihrer effizienten Umsetzung bei. Die Vernichtung der polnischen Juden aber scheiterte nicht, sie gehörte zum Minimalkonsens. Leute wie Meinhold, Gater, Kuchenbäcker, Seraphim, Oberländer, Bochdam-Löptien, Nonnenmacher, Emmerich oder Arlt lieferten eine volkswirtschaftlich und bevölkerungssoziologisch »sinnvolle« Begründung für den Massenmord in Polen. Schon in den Jahren zuvor hatten sie auf der »Abschiebung« der jüdischen Minderheit insistiert und sie als ersten wichtigen Schritt in ihre Konzeptionen eingeplant.

Auch wenn die weiterreichenden Programme für eine wirtschaftliche Umstrukturierung und langfristige Herrschaftssicherung nicht umgesetzt werden konnten, weil der Krieg anders verlief als von ihnen erwartet, so ist

das, was den Wirtschaftsexperten als Basis für den von ihnen anvisierten ökonomischen Aufschwung galt, weitgehend verwirklicht worden: die Vernichtung von Millionen Menschen. Allerdings, so stellten dieselben Experten in den Jahren 1942/43 fest, in nicht ausreichendem Maß. Und wenn sie nach der Niederlage von Stalingrad gelegentlich empfahlen, die nichtjüdische Bevölkerung Polens und der Ukraine etwas weniger zu terrorisieren, dann bedeutete dies nur, dass sie das Prinzip »teile, herrsche und vernichte« in einer kritischen militärischen Situation differenzierter angewandt wissen wollten. Aus ihrem Einverständnis mit der Ermordung der großen jüdischen Minderheit machten sie aber auch zu diesem Zeitpunkt kein Hehl.

Die Kombination aus Entwicklungs-, Kolonial- und Deportationspolitik war wohl das, was Meinhold als »besonders wichtige Forschungsaufgabe« der Sektion Wirtschaft am Institut für Deutsche Ostarbeit bezeichnete, nämlich »die Schaffung einer besonderen theoretischen Nationalökonomie des Generalgouvernements«. <sup>[548]</sup> Die neue Theorie stand in engem Zusammenhang mit der deutschen Expansions- und Raubpolitik jener Jahre, deren Aufgaben Emmerich und Meinhold gemeinsam so formulierten: »Die deutsche Wirtschaftswissenschaft ist durch die politischen Ereignisse der letzten Jahre vor Aufgaben gestellt worden, die nicht nur wissenschaftliches Neuland darstellen, sondern auch diesem Wissenschaftszweig eine einmalige Gelegenheit geben, am Aufbau des neuen kontinentalen Großraums teilzuhaben und sich damit als echte politische Wissenschaft zu bewähren. Auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens, sei es der Währungs- und Außenhandelspolitik, sei es der Agrar- und Gewerbepolitik, bringt die politische Neuordnung des europäischen Raums das Erfordernis einer großzügigen Planung mit sich, bei der es häufig notwendig wird, sich grundsätzlich von den wirtschaftlichen Vorstellungen auch der jüngsten Zeit zu lösen. An dieser Planung hat die Wirtschaftswissenschaft dadurch teilzunehmen, dass sie bei der Bereitstellung und systematischen Ordnung der Unterlagen, die die politische Führung benötigt, mitwirkt und dass sie der Führung auch bei der Erarbeitung der Planungsgrundlinien Hilfestellung leistet.« <sup>[549]</sup> Das Neue an dieser Art von Nationalökonomie war die Übernahme bevölkerungstheoretischer Überlegungen in die praktische Wirtschaftspolitik, wie sie Meinhold auch für die Industrialisierung und die Erweiterung des Generalgouvernements nach Osten gefordert hatte.

Helmut Meinhold formulierte diese Theorie auch öffentlich, allerdings erst nach dem 8. Mai 1945: Wenige Monate nach der deutschen Niederlage erstellte er bereits wieder Wirtschaftsgutachten. Diesmal schrieb er im Auftrag der britischen Militärregierung über den industriellen Wiederaufbau



Groß-Hamburgs und analysierte in diesem Gutachten auch die Chancen, die die ungeheure Zerstörung eröffnete.<sup>[550]</sup> Meinhold sah nun auch in Deutschland »polnische Verhältnisse«: starke Überbevölkerung durch die Flüchtlinge, zerstörte Produktionsanlagen und Kapitalmangel. Der Menschenverschleiß des Krieges hatte aus seiner Perspektive nicht mit dem Kapitalverschleiß Schritt gehalten, jedenfalls nicht für die Deutschen. In Deutschland lebten demnach 1945 zu viele Menschen, als dass mit dem noch verbleibenden Kapital die Arbeitskraft aller optimal hätte genutzt werden können.

Für Meinhold gab es zwei Wege aus diesem Dilemma: entweder die »Kredithergabe« – wie sie später im Rahmen des Marshallplans auch gewährt wurde – oder aber die Lieferung von Produktionsanlagen aus dem Ausland gegen Agrarexporte aus dem hungernden Deutschland. In der zweiten Variante spekulierte Meinhold also mit dem Hunger der Bevölkerung, um das ökonomische Gleichgewicht herzustellen. Diesen Weg war die deutsche Wirtschaftsverwaltung im Generalgouvernement gegangen. Und er erschien Meinhold im Sommer 1945 immer noch diskutabel. Er schrieb, insgeheim rückblickend: »Also müsste ein Teil der Bevölkerung verhungern oder doch an Mangelkrankheiten zugrunde gehen.«<sup>[551]</sup> In dieser Mangelsituation würde, wenn keine Kredite gegeben werden, entweder das Kapital bis auf den letzten Rest für die Deckung des Existenzminimums verbraucht werden, oder aber es würden Menschen zugunsten der Kapitalbildung »zugrunde gehen«: »Deutschland kann es sich selbst um der Arbeitsbeschaffung willen nicht erlauben, materialverbrauchende Arbeiten, die das Aufkommen an unbedingt existenzwichtigen Stoffen verringern, durchzuführen.«<sup>[552]</sup> Das bedeute, dass auch die notwendigste Arbeit, selbst wenn sie »fast kein Material verbraucht«, wie etwa das Aufräumen zerstörter Städte, »konsequenterweise unterbleiben müsste«. Meinhold mag dabei die Kolonnen jüdischer Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter vor Augen gehabt haben, die 1940, 1941 und 1942, ausgerüstet bestenfalls mit einer Schaufel und »fast kein Material verbrauchend«, solche Notstandsarbeiten ausführten – bis sie schließlich ermordet wurden. Solche Arbeiten konnte sich aber im ökonomischen Kalkül eines Helmut Meinhold »Deutschland nicht erlauben«.

### **Ein Berater der Macht**

Helmut Meinhold (1914–1994), geboren in Stargard/Pommern, begann seine zweite Karriere noch in den Wochen vor der deutschen Kapitulation dort, wo auch die erste begonnen hatte – am Institut für Weltwirtschaft in Kiel. 1947/48 arbeitete er im Zentralamt für Wirtschaft der britischen Besatzungszone, 1949 bis 1952 leitete er das Referat Grundsatzfragen im

Bundeswirtschaftsministerium. Danach wurde er ordentlicher Professor in Heidelberg, von 1952 an lehrte er an der Universität in Frankfurt am Main allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik; von 1959 bis 1986 war Meinhold der wichtigste sozialpolitische Berater aller Bundesregierungen: Er leitete den Sozialbeirat, in dem Wissenschaftler, Mitglieder der Sozialversicherungen, Vertreter der Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammengeschlossen sind und – vertraulich und von Experten moderiert – ein permanentes sozialpolitisches Clearing betreiben.

Im Februar 1965 machte er sich einen Namen als Schlichter in den Tarifverhandlungen der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie und erfand dabei die sogenannte »Meinhold-Formel« oder »Meinhold'sche Marge«, die darin besteht, in die »Lohnfindung« nicht nur die Produktivitätssteigerung, sondern auch die voraussichtliche Inflationsrate mit einzubeziehen. Ein Verfahren, das er auch deswegen bevorzugte, weil ein gewisser »Lohndruck« die Rationalisierungsbemühungen in den Unternehmen verstärkte. Meinhold machte sich für die Europäische Gemeinschaft stark, für Sozialpartnerschaft und Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Zu seinen letzten Taten gehörte die Sanierung der deutschen Rentenkassen, die nach seiner Ansicht wegen des ungünstigen Bevölkerungsaufbaus der Bundesrepublik, des hohen »Altenbergs« und der steigenden »Krankenlasten« notwendig geworden war. Dabei verfuhr Meinhold nach dem Prinzip, alles müsse »reversibel bleiben«. Das System der sozialen Sicherung dürfe keine Garantien kennen: »Wird die gegenwärtige Einstellung erst Norm, wird es außerordentlich schwer sein, eine Umkehr zu bewirken, wenn es von der demographischen und finanziellen Seite her geboten erschiene.« Das *Handelsblatt* charakterisierte Helmut Meinhold mit ungewollter Hintergründigkeit: »Der Jubilar wünscht keinen Aufwand um seine Person. Statt wie andere in seinem Alter Rückschau zu halten, blickt der Sozialwissenschaftler in die Zukunft.« 1988 verlieh ihm Bundespräsident von Weizsäcker das Bundesverdienstkreuz in Kenntnis von Helmut Meinholds Vergangenheit als einem von freilich vielen Theoretikern nationalsozialistischer Gewaltverbrechen. (Zur Biographie Meinholds: Susanne Heim, Götz Aly, Ein Berater der Macht. Helmut Meinhold oder Der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung, Hamburg-Berlin 1986.)

In diesem Verwertungsdenken bedeutet Arbeit, die keine Überschüsse produziert, sondern nur dazu dient, Menschen am Leben zu erhalten, fortlaufende Kapitalvernichtung, weil das investierte Kapital eben nur bei einem effizienten Einsatz von Arbeitskräften amortisiert werden kann. Diese Amortisation war im besetzten Polen durch Notstands- und einfache Massenarbeiten weder innerhalb noch außerhalb der Ghettos zu erreichen. Und so konnte Meinhold konsequent feststellen, dass sich »die Übervölkerung als effektiver Kapitalverschleiß«<sup>[553]</sup> erweise. Dreht man den Gedankengang um, dann bedeutet die Ermordung der Menschen, für die keine mehrwertschaffenden Arbeitsplätze vorhanden sind, eine Form von indirekter Kapitalamortisation. Und wenn, wie im Krieg, kaum produktiv investiert wird, mindert der Mord den Kapitalverschleiß. In seiner Hamburg-Studie vom November 1945 erläuterte Meinhold diese Theorie, die man »Massenmord als Faktor wirtschaftlichen Aufbaus« nennen könnte: »Wir setzten bisher (und werden das auch im Folgenden tun) die Absicht voraus, dass die wirtschaftliche Zielsetzung im Augenblick sein muss,

lieber die ganze Bevölkerung, wenn auch kümmerlich, zu erhalten, als den einen Teil besser zu versorgen, den anderen Teil umkommen zu lassen. Dann ist es also im obigen Sinne richtiger, von 100 Arbeitern nur 50 zu beschäftigen, welche die anderen 50 bis zu dem Zeitpunkt, in dem sich die Lage wieder bessert, durchschleppen, als wenn 75 arbeiten und 25 verhungern. Voraussetzung dafür ist allerdings die Möglichkeit einer späteren Besserung, die sogleich erörtert werden soll. Man könnte natürlich auch einen anderen Ausgangspunkt wählen, vor allem dann, wenn man an dieser Möglichkeit zweifelt. Man kann nämlich sagen: Es ist besser, im Kampf ums Dasein bleiben die 75 sich bewährenden am Leben, der Rest kommt sogleich um, als wenn im Endeffekt alle 100 zugrunde gehen. Ein solcher Standpunkt wäre zu vertreten, wenn es sich wirklich um eine Auslese handelte.«<sup>[554]</sup> Diese Theorie der selektiven Menschenvernichtung aus ökonomischen Gründen, die Meinhold im Herbst 1945 offen formulierte, ist jene »besondere theoretische Nationalökonomie des Generalgouvernements«, die er 1941 entwickelt hatte. In Polen hatte »man« diesen »anderen Ausgangspunkt« gewählt und eine entsprechende Auslese getroffen.

In der heutigen Diskussion um die Ermordung der europäischen Juden wird die Tatsache, dass trotz der begrenzten Transportkapazitäten im Krieg Millionen Menschen per Bahn in die Todeslager gefahren wurden, häufig als Indiz dafür gewertet, dass der Vernichtungspolitik keine rationalen Überlegungen zugrunde lagen. Meinhold, Gater, Emmerich und ihresgleichen gingen hingegen davon aus, dass die »Aussiedlung« von Millionen von Menschen die Kapitalakkumulation ermöglichen und beschleunigen würde. Das Verhältnis zwischen Arbeitskraft und pro Arbeitsplatz eingesetztem Kapital sollte sich deutlich und rasch zugunsten des Kapitals verändern. Ein kurzfristiger Konzentrations- und Investitionsschub würde so die Produktivität entscheidend steigern. Durch die gewaltsame »Lösung« des Überbevölkerungsproblems – im Rahmen der rassistisch-antijüdischen Vorgaben der NS-Ideologie – wurde aus Sicht der genannten Experten der *circulus vitiosus* zwischen Bevölkerungswachstum und »Unterproduktivität« aufgebrochen. Damit war der Weg geebnet, um das mit dem Krieg gegen die Sowjetunion zum »Transitland« aufgewertete Generalgouvernement möglichst schnell zu einem produktiven, Überschüsse und Gewinn erwirtschaftenden Bestandteil des deutsch beherrschten Europa zu machen.

In den folgenden Kapiteln zeigen wir, welche Überlegungen die Theorie und Praxis der Bevölkerungspolitik ergänzten, um die Gemengelage aus Neuordnungsplänen und kriegswirtschaftlichen Sachzwängen zu erzeugen, in

der aus einer aggressiven antijüdischen Ideologie ein auch ökonomisch begründetes Programm für die »Endlösung der Judenfrage« wurde. Dazu gehörte die betriebs- und finanzwirtschaftliche Analyse der Ghettos im Januar, Februar und März 1941. Dazu gehörten die zahllosen Analysen, die das Überbevölkerungsproblem in Ost- und Südosteuropa als entscheidendes Hindernis auf dem Weg zu einer europäischen Großraumwirtschaft darstellten. Dazu gehörten schließlich die Pläne, in der Sowjetunion jenseits der Front 30 Millionen Menschen verhungern zu lassen, um Mitteleuropa von Überseeimporten unabhängig zu machen. Dazu gehörte ebenso der Generalplan Ost mit dem Ziel, diesseits der Front mehr als 40 Millionen Menschen aus Polen und aus der westlichen und südlichen Sowjetunion zu ermorden oder in den erst noch zu schaffenden östlichen Hungergürtel jenseits der neuen deutschen Ostgrenze zu vertreiben. So sollte Platz für deutsche Siedlerfamilien und für deutsche Produktivität und Wirtschaftsinteressen geschaffen werden. Da der Krieg gegen die Sowjetunion von vornherein auf Versklavung und Vernichtung gerichtet war und sich von dem »europäischen Normalkrieg« (Hillgruber) an der Westfront erheblich unterschied, hatte das auch für die »Lösung der Judenfrage« schwerwiegende Konsequenzen: War die »territoriale Lösung des Judenproblems« 1940 noch mit der eher klassischen Eroberung eines Kolonialreichs in Mittelfrika verbunden worden, so nun mit einem beispiellosen Eroberungs- und Vernichtungsplan, der »die Dezimierung der slawischen Massen« zum Ziel hatte.

## Die Ökonomisierung der Ghettos

Nachdem der Plan einer Massenausiedlung nach Madagaskar gescheitert war, wurden die zunächst für eine Übergangszeit angelegten Ghettos zur festen Einrichtung. Sollten die Ghettoinsassen ursprünglich bis zu ihrer Abschiebung eingesperrt und ohne Arbeitsmöglichkeiten und ausreichende Versorgung sich selbst überlassen bleiben, so überprüften deutsche Wirtschaftsgutachter angesichts der neuen Situation die Ghettos nach betriebs- und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Sie überlegten, auf welche Weise verhindert werden könne, dass die zur Dauereinrichtung werdenden »jüdischen Wohnbezirke« die öffentlichen Haushalte belasteten. Im Januar 1941 überprüfte der Rechnungshof des Deutschen Reiches das Ghetto Lodz; im Februar erstellte das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit für das Ghetto Warschau eine Kosten-Nutzen-Analyse. Die Rentabilitätsberechnungen führten im Frühjahr 1941 zu dem Schluss, dass die einmal geschaffenen Ghettos in jedem Monat ihres Weiterbestehens Millionen Reichsmark verschlingen würden, selbst wenn die Eingesperrten nur Hungerrationen erhielten, und dass Zwangsarbeit schwer zu organisieren sowie von zweifelhaftem produktiven Nutzen sei.

## Lodz – Probleme des »zweckmäßigen Arbeitseinsatzes«

Das Ghetto in Lodz war neben dem später in Warschau errichteten das größte im besetzten Europa. Mit den Vorarbeiten hatten die deutschen Behörden im Dezember 1939 begonnen. Eine Polizeiverordnung »über die Wohn- und Aufenthaltsrechte der Juden« schuf am 8. April 1940 die sogenannte Rechtsgrundlage dafür, das Ghetto in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1940 endgültig von der Außenwelt abzuriegeln. Seine innere Verwaltung oblag dem »Ältesten der Juden« – kurz: Ä.d.J. Er handelte im Auftrag der deutschen Behörden und unter deren strikter Kontrolle. Die »jüdische Selbstverwaltung« unterstand direkt der Ernährungs- und Wirtschaftsstelle Ghetto, die vom Oktober 1940 an Ghettoverwaltung hieß. Ihr Leiter war viereinhalb Jahre lang, also vom ersten bis zum letzten Tag der Existenz des Ghettos, der Bremer Großkaufmann Hans Biebow.<sup>[555]</sup> Anfang August lebten in dem »durch Bretterzaun und Stacheldraht völlig abgeschlossenen Quartier« mehr als 160000 Menschen.<sup>[556]</sup> Mit der Ghettoisierung ging die »Entjudung« der Industriemetropole Hand in Hand. Die strukturellen Auswirkungen für die berühmte, aber infolge der Weltwirtschaftskrise noch immer wenig florierende Lodzer Textilindustrie beschrieben deutsche Wirtschaftsfachleute als ähnlich segensreich wie zuvor in Österreich und im Generalgouvernement: »... Ausschaltung des Juden ermöglichte Bereinigung der Produktionsverhältnisse, indem die schlecht eingerichteten Kleinstbetriebe zum großen Teil beseitigt wurden.«<sup>[557]</sup>

Auf kommunaler Ebene und dort, wo es um tägliche Produktions- und Versorgungsprobleme ging, erschien das Ghetto freilich als unkalkulierbares Risiko, als Verlust- und Kostenfaktor. Ursprünglich gingen die deutschen Behörden im Warthegau davon aus, es bereits im Oktober 1940 wieder aufzulösen und die dort eingesperrten Menschen in das Generalgouvernement zu deportieren. Das misslang. Nach dem Scheitern des Madagaskarplans im Herbst 1940 befürchteten die Stadtverwaltung von Lodz und das Reichsfinanzministerium, dass das Ghetto zur Dauereinrichtung werden würde. Es sei abzusehen, so hieß es, dass Barmittel und potentielle Tauschwaren der Eingeschlossenen bald erschöpft

sein würden. Der Augenblick rücke näher, »in dem der Unterhalt der Juden der öffentlichen Hand zur Last fällt«. <sup>[558]</sup> Tatsächlich war das Lodzer Ghetto schon im September an diesem Punkt der Entwicklung angekommen, als der Älteste der Juden mitteilte, dass es »nicht mehr gelungen sei, den Gegenwert für die ins Ghetto gelieferten Lebensmittel aufzubringen«. Da eine mehrtägige Lebensmittelsperre ohne Ergebnis blieb – also keine heimlichen Reserven an Geld oder Schmuck zum Vorschein brachte –, musste Biebow einen ersten Kredit von drei Millionen Mark beschaffen. Er befristete das Darlehen zwar auf sechs Monate, doch bezweifelten die Kreditgeber »sehr die Tilgung« und nahmen von vornherein an, »dass die Rückzahlung sowie die Verzinsung als eine Pro-forma-Sache anzusehen ist«. <sup>[559]</sup>

Der Reichsfinanzminister empfahl, Arbeitsaufträge in das Ghetto zu vergeben, damit die »Juden sich ihren Unterhalt selbst verdienen und zugleich zu den öffentlichen Lasten beitragen« könnten. <sup>[560]</sup> Genau das schien allerdings nach den dem Finanzministerium vorliegenden Daten ausgeschlossen. Danach nämlich würde »der Wert der Arbeitsleistungen (im Ghetto) schätzungsweise nur 20% des Wertes der in das Viertel zu liefernden Waren ausmachen«. Rechnerisch betrugen die Unterhaltskosten ungefähr zweieinhalb Millionen Reichsmark monatlich. Vor diesem Hintergrund sollte die Haupttreuhandstelle Ost (HTO), die im Auftrag des Vierjahresplans agierte und das enteignete Vermögen der Internierten verwaltete, der Stadt Lodz »einen Betrag von vorläufig 25 Mill. RM für die Erhaltung des Judenviertels bis zu seiner Auflösung zur Verfügung stellen«. <sup>[561]</sup> Mit anderen Worten: Gelder, die der deutsche Staat der jüdischen Bevölkerung zuvor geraubt hatte, stellte er jetzt – widerwillig und zu einem winzigen Bruchteil – als Kredit dem Ghetto zur Verfügung, und zwar »bis zu seiner Auflösung«. Damit war implizit eine neue Frist von zehn Monaten, also bis maximal Juni/Juli 1941, für die weitere Existenz festgelegt. Da der Reichsfinanzminister die Organisation des Ghettos für finanziell undurchsichtig und in ihren langfristigen fiskalischen Folgen für schlecht durchdacht hielt, beauftragte er am 31. Dezember 1940 den Rechnungshof des Deutschen Reiches mit der Überprüfung der Ghettoverwaltung. Dies geschah in der Zeit vom 23. Januar bis zum 5. Februar 1941. <sup>[562]</sup>

Der Rechnungshof hielt der Dienststelle Biebows zunächst zugute, dass »ihre gesamte Arbeit auf dem Gedanken aufgebaut« sei, »den Unterhalt der im Ghetto untergebrachten Juden aus Vermögenswerten zu bestreiten, die die einzelnen Insassen des Ghettos noch in Besitz haben, und die brachliegenden Arbeitskräfte, soweit das irgend möglich ist, in den Arbeitsprozess einzuschalten«. <sup>[563]</sup>



Das Ghetto hatte von Mai bis Dezember Waren im Wert von zehn Millionen Reichsmark erhalten. Auf diese Lieferungen erhob die Dienststelle Biebows 15 Prozent »Regiekostenzuschlag«. Der Reichsfinanzminister verlangte seit Juli zusätzlich drei Prozent für entgangene Steuern. Durch die Ausgabe eines speziellen Ghetto-Geldes zog die Verwaltung die bei den Eingeschlossenen noch vorhandenen Reichsmarkbestände schnell heraus; Schulden der nichtjüdischen Bevölkerung bei jüdischen Gläubigern im Ghetto und Spenden ihrer Verwandten in Deutschland und Polen (im Januar 1941 täglich 7800 Reichsmark) schrieb Biebow dem Ghattokonto gut, desgleichen den Erlös aus verkauften Pelzen, Schuhen, Kleidern und Möbeln. Dafür buchte er die Kosten für Lebensmittel, Gas, Wasser, Elektrizität ebenso von dem Konto ab wie die Schmiergelder der Gestapo für jüdische Spitzel.<sup>[564]</sup>

Nach Schätzung des Rechnungshofs waren größere Bargeldbestände und Wertobjekte im Januar 1941 im Ghetto nicht mehr vorhanden, »sodass der ausschlaggebende Faktor für die weitere Selbstfinanzierung des Ghettos die zweckmäßige Verwendung der jüdischen Arbeitskraft« bleibe. Dafür aber fehlte jede Voraussetzung. Zum einen gab es im Ghetto kaum Produktionsmittel und dementsprechend wenig Arbeitsplätze. Zum anderen waren die Ghettobewohner in einem gesundheitlich so schlechten Zustand, dass ihre Arbeitsproduktivität gering sein musste. Um das Ghetto wirtschaftlich rentabler zu machen, schlugen die Prüfer einerseits vor, die Zahl der Arbeitsplätze nach Möglichkeit zu erhöhen – und damit auch den Anteil der »wirklich produktiv tätigen Menschen« an der Gesamtbevölkerung. Andererseits empfahlen sie, die Ernährung im Ghetto auf Gefängniskostniveau zu heben, »und zwar dergestalt, dass der arbeitende Jude die erste Form, der untätige Jude die einfachste Form erhält«. Weiter hieß es in dem Gutachten: »Der Wert der Gefängniskost liegt zwischen 0,40 und 0,50 RM. Er beträgt also das Doppelte des bisher für den Ghettobewohner aufgewendeten Betrages von 0,23 RM, durch den aber nicht nur die Ausgaben für Ernährung, sondern auch für sonstige notwendige Gegenstände des täglichen Bedarfs gedeckt worden sind.«<sup>[565]</sup>

Der Rechnungshof verlangte also, den Aufwand für die Ernährung zu verdoppeln, um die Arbeitskraft überhaupt nutzbar zu machen. Auf diese Weise entstand in der Bilanz des Ghettos automatisch ein zusätzliches Defizit in Höhe von monatlich ca. einer Million Reichsmark, für das zunächst einmal eine Anschubfinanzierung hätte gesichert werden müssen.

Im Sinne des Untersuchungsauftrags beschäftigte sich das Gutachten vor allem mit der »Arbeitsbeschaffung für die Juden«: »Als Grundbedingung für die Selbsterhaltung der Judengemeinschaft wird der Arbeitseinsatz der im

Ghetto vorhandenen gelernten Handwerker und ungelernten Arbeiter angesehen.« Die Zahl der einsatzfähigen Arbeitskräfte betrug demnach 50221 Menschen. Davon arbeiteten Ende Januar 1941 nur 12000, hauptsächlich in Schneiderwerkstätten, in denen Militärmäntel und Drillichanzüge für die Luftwaffe gefertigt wurden. Die Löhne überwiesen die Auftraggeber auf das Ghettokonto. Doch reichten diese Zahlungseingänge nicht entfernt aus, um das Existenzminimum für alle Ghettoisierten zu sichern. Auch waren der Textilproduktion enge Grenzen gesetzt, da nach dem Gutachten und wohl auch nach dem Urteil Biebows die Beschaffung von »Rohstoffen, Arbeitsräumen, Maschinen usw.« schwierig war. So schlug der Rechnungshof vor, jüdische Arbeitskräfte zu Zehntausenden außerhalb der Ghettogrenzen einzusetzen, bei »Straßenbauarbeiten im Rahmen der zukünftigen Stadtplanung«, der »Errichtung neuer Wohnviertel« und beim »Abriss alter Bausubstanz«.<sup>[566]</sup> Seit Ende Dezember 1940 arbeiteten »1300 Juden und Judenfrauen« auf der Autobahnbaustelle Frankfurt (Oder)–Posen. Sie lebten in Barackenlagern, und das Ghetto bekam – zumindest theoretisch – 80 Prozent ihres Lohns für die »zurückgebliebenen Juden zur Verfügung gestellt«.<sup>[567]</sup>

Die Gutachter des Rechnungshofs waren jedoch selbst im Zweifel darüber, inwieweit ihre Empfehlungen hinsichtlich Ernährung und Beschäftigung von realistischen Annahmen ausgingen. Klage doch Biebow gegenüber den Prüfern, er befinde sich in einem »ständigen Kampf um die Freigabe des notwendigsten Lebensmittelbedarfs«, Materialanforderungen »für die Ausdehnung des Arbeitseinsatzes der Juden« würden »regelmäßig mit der Begründung abgelehnt, dass für die Juden nichts da sei«.<sup>[568]</sup>

Unabhängig davon, ob es gelingen würde, die Produktivität im Ghetto zu steigern, gingen auch die mit der Prüfung beauftragten Beamten davon aus, dass das Ghetto, wenn auch nicht so schnell wie ursprünglich beabsichtigt, so doch über kurz oder lang liquidiert werden würde. Zusammenfassend erklärten sie:

»Wie bekannt, war Lodsch die verjudetste Großstadt Europas. Die Stadt, die seinerzeit über 700000 Einwohner zählte, beherbergte in ihren Mauern allein 340000 Juden. (...) Dem Bestreben, in Lodsch Ordnung zu schaffen, musste solange jeglicher Erfolg versagt bleiben, als der sehr große jüdische Bestandteil der Bevölkerung sich uneingeschränkt bewegen und betätigen konnte. (...) Die zuständigen örtlichen deutschen Behörden waren sich darüber im Klaren, dass das Problem der Befriedung und Eindeutschung sowie des Aufbaues des Wirtschaftslebens der Stadt nur im Zusammenhang mit der restlosen Aussiedlung oder vorübergehend auch mit der Isolierung des Judentums gelöst werden konnte. (...) Darüber, wie sich die

Verhältnisse in Zukunft gestalten werden, kann Endgültiges nicht gesagt werden.«

Wenn auch der Termin für die Auflösung des Ghettos nicht abzusehen war, so schien doch zumindest eine andere Möglichkeit in greifbarer Nähe, um die Rentabilität des Ghettos zu »verbessern«. »Nach Mitteilung des Regierungsvizepräsidenten Dr. Moser«, so hieß es am Ende des Gutachtens, »soll mit Bestimmtheit angenommen werden können, dass ein größerer Teil arbeitsunfähiger Ghettobewohner im Frühjahr 1941 in das Generalgouvernement evakuiert und gegebenenfalls durch arbeitsfähige Juden aus dem Gagebiet ersetzt wird. Sollte es gelingen, mindestens 20000 gelernte Handwerker in den Werkstätten und eine größere Anzahl ungelernter Arbeiter mit Erdarbeiten außerhalb des Ghettos dauernd zu beschäftigen, dann dürfte es möglich sein, einen wesentlichen Teil des Unterhalts der Judengemeinschaft aus den Arbeitslöhnen zu bestreiten.« Aber eben unter der Voraussetzung, dass ein »größerer Teil der arbeitsunfähigen Ghettobewohner evakuiert« werde.

Diese »Evakuierungen« in das Generalgouvernement fanden aus den bereits dargelegten Gründen nicht statt. Die wichtigste Voraussetzung für eine Rentabilität des Ghettos fehlte also. In Bezug auf den Versuch, im Ghetto mehr Arbeitsplätze zu schaffen und so den Unterhalt für die dort lebenden Menschen über deren eigene Arbeit zu finanzieren, konnte Biebow dagegen am 4. Juli 1941 erste Erfolge melden: Anfangs habe er die Wertgegenstände der Ghettoinsassen zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts herausgezogen, und zwar aufgrund der »festen Zusage«, dass bis zum 1. Oktober 1940 ohnehin »die Juden aus dem Litzmannstädter Ghetto vollständig beseitigt« wären. Und weiter: »Als feststand, dass eine Auflösung des Ghettos zu dem vorgesehenen Zeitpunkt nicht zu erwarten war, ist ein umfassender Aufbau der Arbeitsorganisation im Ghetto erfolgt. Dieser Aufbau hat dazu geführt, dass das Ghetto nicht mehr als eine Art ›Anhalte- oder Konzentrationslager‹ angesehen werden kann, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtwirtschaft geworden ist, sozusagen ein Großbetrieb sui generis. Gegenwärtig sind etwa 40000 der rund 160000 Ghettobewohner in Arbeit, ein Verhältnis, das dem allgemeinen Beschäftigungsstand im Reich entspricht und das in Kürze noch weiter gesteigert wird.«<sup>[569]</sup>

Diese Bemerkung aus dem Juli 1941 ließ offen, ob Biebow vorhatte, mehr Arbeitsplätze im Ghetto zu schaffen, oder ob er daran dachte, das Verhältnis mittels Deportation der »Unproduktiven« in seinem Sinn zu verändern. Denn wie das Gutachten des Reichsrechnungshofs gezeigt hatte, beabsichtigten die Wirtschaftsfachleute zwar, mehr Arbeitsplätze im Ghetto

zu schaffen, parallel dazu wollten sie aber Menschen, die – aus welchem Grund auch immer – nicht arbeiteten, deportieren. Der bereits erwähnte Kredit der HTO für das Ghetto muss zu dem Zeitpunkt, als Biebow seine Erfolge in Sachen Arbeitsbeschaffung vorstellte, bereits erschöpft gewesen sein. Für die Einrichtung neuer Arbeitsplätze war daher kein Kapital vorhanden. Die Evakuierungen in das Generalgouvernement waren seit März 1941 verboten. Es galt also, nach neuen »Lösungen« zu suchen. Was dabei im Einzelnen erörtert wurde, wissen wir nicht. Fest steht jedoch, dass in diesen Tagen – vor dem Hintergrund des Abschiebestopps und den Forderungen des Rechnungshofs, das Ghetto produktiver zu machen – auf der unteren Ebene über die Perspektive des Massenmords nachgedacht wurde. Zwölf Tage nachdem Biebow sich den Kopf über eine bessere Bilanz für das Ghetto zerbrochen hatte, erhielt Adolf Eichmann aus der für Lodz zuständigen Gauhauptstadt Posen den häufig zitierten Vermerk des SS-Sturmabführers Höppner. Darin fasste Höppner »verschiedene Besprechungen« über die »Judenfrage« im Warthegau zusammen und teilte »Dinge« mit, die zwar »phantastisch« klingen, aber nach seiner Meinung »durchaus durchzuführen« wären. Wörtlich schrieb er dann unter Hinweis auf jene jüdischen Männer, Frauen und Kinder, die nicht zur Arbeit eingesetzt werden konnten: »Es besteht in diesem Winter die Gefahr, dass die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnell wirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen.«<sup>[570]</sup> Diese »phantastischen« Überlegungen deuteten auf einen Ausweg aus der zwischen Produktionsdruck und Abschiebestopp festgefahrenen Ghettopolitik.

Die »unproduktiven Kräfte« des Lodzer Ghettos wurden dann, dem von Höppner mitgeteilten Vorschlag entsprechend, von Dezember 1941 an fortlaufend selektiert und im Lager Chełmno in eigens dafür umgebauten Lastkraftwagen mittels Giftgas ermordet. Nicht die SS teilte den deutschen Verwaltungsbehörden in den eingegliederten Ostgebieten diese »Lösung« mit – vielmehr geschah dies anlässlich einer Besprechung über den jüdischen Arbeitseinsatz am 28. November 1941 im Reichsarbeitsministerium: Von den 300000 Juden im Warthegau, so eröffnete einer der Referenten den Teilnehmern, würden »bis Ende März – bis auf die arbeitseinsatzfähigen Juden – alle abgeschoben« sein.<sup>[571]</sup>

Die Selektionen im Lodzer Ghetto wurden im Dezember 1941 und im Januar, Februar und März 1942 gemäß den hier beschriebenen Kriterien

vorgenommen. Nach Berichten Überlebender waren die Deportierten »mit winzigen Ausnahmen die Allerärmsten und der sozial schwächste Teil der Ghattobevölkerung«. Über den Transport vom 17. Januar 1942 berichtet Schlomo Frank in seinem Tagebuch: »Heute früh ist der erste Transport Evakuierter verschickt worden, zusammen 780 Männer, 853 Frauen und 154 Kinder. Der größte Teil Arme, zerbrochen, nackt und ausgehungert.« Am 29. April 1942 mussten sich schließlich alle Ghattobewohner, die älter als zehn Jahre waren und nicht über eine Arbeitskarte verfügten, einer Selektion durch deutsche Ärzte stellen.<sup>[572]</sup>

## Warschau – »Der Wert eines Juden«

Als die deutschen Besatzungsbehörden im Oktober 1940 befahlen, das Warschauer Ghetto zu bilden, und es am 15. November von der Außenwelt abriegelten, war auch dem ein monatelanges Hin und Her vorausgegangen. Mehrfach war die Ghettoisierung aufgeschoben worden, weil sogenannte territoriale Lösungen in Sicht schienen, zunächst das Judenreservat Lublin, dann die Deportation nach Madagaskar. Die Ummauerung des Ghettos in Warschau war die unmittelbare Folge des Scheiterns dieser Pläne. Durch die Lodzer Erfahrungen vorgewarnt, gab der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft, Emmerich, dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, also Gater, im Dezember 1940 den Auftrag zu einem ersten Bericht über die ökonomischen Folgen der Ghettoisierung.<sup>[573]</sup> Nach dieser noch sehr groben Bestandsaufnahme stellten sich die überstürzten Umsiedlungs- und Absperrmaßnahmen überwiegend als nachteilig für die städtische und wirtschaftliche Struktur Warschaus heraus.

Drei Monate später lieferte die Dienststelle Generalgouvernement des RKW eine weitere, umfassende und als geheim gekennzeichnete Analyse über die »Wirtschaftsbilanz des jüdischen Wohnbezirks in Warschau« ab.<sup>[574]</sup> Ihre Verfasser bezogen sich ausdrücklich auf das Gutachten des Reichsrechnungshofs über das Ghetto Lodz. Auch diesmal hatte Emmerich den Auftrag erteilt. Um sich die nötigen Daten zu verschaffen, hatten Gater und sein Stellvertreter Meder Gespräche mit mehr als 30 Dienststellen geführt. Entgegen den optimistischen Berechnungen der für die Ghettoisierung unmittelbar verantwortlichen Warschauer Stadt- und Distriktsverwaltung kam »das RKW hinsichtlich des jüdischen Wohnbezirks« – im Gutachten stets als j.W. abgekürzt – zu gänzlich anderen Ergebnissen. Die Warschauer Abteilung Umsiedlung ging davon aus, dass von den durch die »Ghettobildung zunächst arbeitslos gewordenen Juden« 200000 bald außerhalb des Ghettos »kolonnenweise zum Einsatz gebracht werden« könnten. Außerdem glaubte man, in Werkstätten, die es allerdings noch nicht gab, »eine 100%ige Ausnutzung dieser Arbeitskräfte« zu gewährleisten.<sup>[575]</sup> Gater hielt diesen Vorstellungen seine Einschätzung der Lage entgegen: Wenn alle Vorräte aufgebraucht seien – er meinte vor allem die Wertgegenstände der Ghettoinsassen, die für den Tauschhandel



eingesetzt werden konnten –, würden Mieteinnahmen weitgehend entfallen. Die Gebühren- und Steueraufkommen würden stark zurückgehen, und für Lebensmittel sei ein jährlicher Zuschuss von mindestens 55 Millionen Reichsmark erforderlich. »Wenn«, so wurde in dem Bericht in der an den Anfang gestellten Zusammenfassung betont, »man die Insassen des j. W. am Leben erhalten will«.<sup>[576]</sup>

Auf der anderen Seite, so schrieb Gater, bringe die »Ausschaltung« der jüdischen Bevölkerung aus Handwerk und Einzelhandel nach Überwindung der anfänglichen Schwierigkeiten für den »arischen« Bevölkerungsteil erhebliche Vorteile mit sich. Dazu müsse allerdings auch der jüdische Schleichhandel verhindert werden. Gater knüpfte damit an seine früheren Vorschläge zur Rationalisierung der Wirtschaft im Generalgouvernement an. Die »Arier« – also die nichtjüdischen Polen – könnten nämlich, so schrieb er weiter, die Arbeitsplätze oder andere Verdienstmöglichkeiten der Juden übernehmen.<sup>[577]</sup> Gater, der sowohl in Wien als auch in Krakau bereits daran mitgearbeitet hatte, die jüdische Bevölkerung zu enteignen und zu marginalisieren, stellte sich nun die Aufgabe, das von ihm mitgeschaffene Elend wie eine unabänderliche Tatsache zu analysieren. Er beabsichtigte, »die wirtschaftlichen Dinge unbeeinflusst von politischen Erwägungen so auf(zu)zeigen, wie sie tatsächlich sind, und ihre zukünftige Entwicklung so ein(zu)schätzen, wie sie wahrscheinlich verlaufen wird«.<sup>[578]</sup> Mit einigen beiläufigen Bemerkungen verwarf er die bis dahin bestehenden Konzepte. Insbesondere kritisierte er die sogenannte Transferstelle, die zu diesem Zeitpunkt etwa die gleiche Funktion hatte wie Biebows Ghettoverwaltung in Lodz. Indem die Transferstelle Warschau den gesamten Wirtschafts- und Versorgungsverkehr zwischen Ghetto- und Außenwelt regelte, habe sie, so kritisierte Gater, »dem einzelnen Juden die Verantwortung für seinen Unterhalt und die Existenz seiner Familie weitgehend genommen«.<sup>[579]</sup> Zur Absicht der Warschauer Politiker, 200000 Menschen aus dem Ghetto mit Zwangsarbeit zu beschäftigen und diese zentral über die Transferstelle zu organisieren, bemerkte er zurückhaltend: »Mit diesem Vorhaben (ist) das größte Verarbeitungsunternehmen des GG (Generalgouvernement) und eines der größten des Großdeutschen Reiches überhaupt geplant.«<sup>[580]</sup>

Auch das Warschauer Ghetto verfügte über fast keine Ressourcen, die es den dort eingesperrten Menschen erlaubt hätten, längerfristig ihre Unterhaltungsmittel selbst zu produzieren. Bevor das Ghetto abgeriegelt wurde, war die jüdische Bevölkerung weitgehend enteignet worden. Genaue Bestimmungen regelten ferner, welche Wert- und Gebrauchsgegenstände die Ghettobewohner abzugeben hatten. Im Ghetto, zuvor ein Arme-Leute-Wohnviertel, gab es nur wenige Fabriken und Werkstätten.



Betriebsverlagerungen von außerhalb ins Ghetto hatten die Deutschen verboten. Rohstoffe für die Produktion irgendwelcher Güter hatte man den dort Eingesperrten – soweit als möglich – zuvor weggenommen. Alles, was sie in dieser Hinsicht brauchten, musste ebenso über die Transferstelle angekauft werden wie die Lebensmittel für den täglichen Bedarf. Außerdem mussten die Juden die Kosten für den Bau der Ghettomauer bezahlen, mit der man sie von der Außenwelt abriegelte. Gater listete nun auch noch entfallene Mieteinnahmen und den Wertverlust der Bausubstanz innerhalb des Ghettos auf der Kostenseite des »j.W.« auf, also praktisch die den »arischen« Haus- und Grundeigentümern entstehenden Verluste. Den Grundbesitz der Juden außerhalb der Ghettomauern rechnete er dagegen den Eingesperrten nicht auf der Habenseite an. Die so kalkulierten Summen gingen in die Rentabilitätskalkulation ein – und diese entschied für Gater letztlich über das Existenzrecht der Eingeschlossenen.

### **Zwangsarbeit**

Bis zum Juni 1941 unterhielt die deutsche Zivilverwaltung im Generalgouvernement Zwangsarbeitslager für Juden im Alter von zwölf bis sechzig Jahren. Über die von Gater als »öffentlicher Arbeitseinsatz« umschriebene Zwangsarbeit heißt es im Tagebuch von Chaim A. Kaplan am 29. 8. 1940: »Es geht dabei nicht nur um Arbeit, die aus verschiedenen Dienstleistungen wie Lastentragen und Baumaterialtransport und Möbelverladen besteht. Es geht um harte Arbeit, um das Trockenlegen von Sümpfen, den Bau von Dämmen, Straßenbau, Flutbekämpfung. Nur Juden müssen diese Arbeit verrichten. Die Juden werden gewöhnliche Arbeiter ohne Entlohnung sein, und sie werden unter bezahlten arischen Aufsehern arbeiten. In Lagern dieser Art herrscht eine militärische Disziplin, und die Arbeiter werden wie Gefangene und Verbrecher behandelt, die in Feldzelten schlafen müssen und pro Tag ein halbes Pfund Brot zu essen bekommen. (...) Man darf annehmen, dass jeder, der ein Lager dieser Art betritt, es nicht mehr verlassen wird. Wenn doch, dann wird er völlig gebrochen sein.« (Buch der Agonie. Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan, herausgegeben von Abraham I. Katsh, Frankfurt a.M. 1967, S. 226.)

Am 14. 9. 1940 notierte Kaplan: »Die Eroberer (behandeln) die Arbeiter wie Gefangene, und es gibt kein Essen, keine Kleidung, keine Unterkunft und keine ärztliche Betreuung. Das Lager ist völlig von den Judenräten der Umgebung abhängig, die Spenden sammeln und an die Mildtätigkeit der jüdischen Öffentlichkeit appellieren. Das Lubliner Gebiet ist für dieses Übel ausgesucht worden, weil es dort Sümpfe und Marschland zum Entwässern, Wälder zum Roden und Flüsse und Ströme zum Eindämmen gibt. Die Arbeitsperiode wird bis zum 1. November dauern, aber das genügt, um körperlich und seelisch erledigt zu werden.« (Ebd., S. 230)

Gater ging davon aus, dass das Ghetto längerfristig erhalten bleiben würde. Dem Madagaskarplan, der aus militärischen Gründen ohnehin längst aufgegeben war, räumte Gater auch aus ökonomischen Erwägungen für ein weiteres halbes Jahrzehnt keinerlei Chance auf Realisierung ein: »Das GG bleibt bei der Bereinigung des deutschen Ostraums von den Juden für die

Dauer des Krieges und wahrscheinlich auch noch für eine längere Zeit nach dem Kriege letzte Etappe. Nach siegreicher Beendigung des Krieges wird der vorhandene Schiffsraum zunächst für die Heranführung von Rohstoffen und die Wiederaufnahme des überseeischen Exports eingesetzt werden müssen, bevor an den Abtransport der Juden gedacht werden kann. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse sollte ein Zeitraum von 5 Jahren für den j. W. Warschau in Ansatz gebracht werden.«<sup>[581]</sup>

Als schwierig beurteilten die Gutachter die Beschäftigung der Juden außerhalb des Ghettos: Im Generalgouvernement seien genügend Arbeitskräfte vorhanden und Arbeitseinsätze von Juden zudem besonders kostenintensiv, weil sie bewacht und in geschlossenen Lagern untergebracht werden müssten. Daher beschäftigten Arbeitgeber lieber nichtjüdische Arbeitskräfte.<sup>[582]</sup> Unter diesen Prämissen sei die Bilanz für den Einsatz jüdischer Arbeitskräfte bei öffentlichen Aufträgen deshalb äußerst ungünstig: »Es müssen daher 3 Juden im öffentlichen Arbeitseinsatz angesetzt sein, um für einen Juden im j. W. die in der Außenbilanz in Erscheinung tretenden Werte zu schaffen.«<sup>[583]</sup>

Ganz anders hatten zwei Monate zuvor noch die Kalkulationen des Reichsrechnungshofs für das Ghetto Lodz ausgesehen. Danach konnte ein Jude, der außerhalb des Ghettos Zwangsarbeit verrichtete – je nach Qualifikation – zwei bis drei Personen im Ghetto ernähren. Das RKW stellte dem gegenüber: Drei Arbeitskräfte im Außeneinsatz könnten höchstens einen arbeitslosen oder arbeitsunfähigen Menschen im Ghetto finanzieren. Der externe Arbeitseinsatz erschien nach dieser Rechnung sowohl für das Ghetto als auch für den öffentlichen Auftraggeber unrentabel und wurde tatsächlich noch im Juni 1941 aufgegeben.

Bemerkenswert ist vor allem das zweite Argument gegen den öffentlichen Arbeitseinsatz: Gater und mit ihm das RKW und die Hauptabteilung Wirtschaft wussten schon im März, dass der Krieg gegen die Sowjetunion noch im selben Jahr beginnen werde. Langfristige Infrastrukturprojekte, für die bislang meist jüdische Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, würden dann zurückgestellt und die entsprechenden Arbeitsplätze entfallen. Verschlüsselt, aber doch deutlich stand in dem Gutachten: »Durch die für 1941 zu erwartenden besonderen Verhältnisse wird insbesondere das Transport- und Verkehrswesen außerordentlichen Belastungen unterworfen sein. (...) Hierdurch wird eine Reihe von Vorhaben, die bisher für 1941 angesetzt worden waren, wahrscheinlich nicht zur Ausführung kommen.«<sup>[584]</sup> Generell mahnte das RKW, dass es im Generalgouvernement ohnehin schwierig sei, alle Arbeitsfähigen mit Arbeit zu versorgen und dass dabei die im Ghetto

eingeschlossenen Juden nicht »bevorzugt« werden dürfen:

»Der j.W. gleicht in seiner heutigen Konstruktion einer belagerten Festung. Die Belagerung hat gegenwärtig den Zweck, die Juden zur Herausgabe ihrer Waren-, Gold- und Devisenvorräte zu zwingen. Ist dies erfolgt, so tritt als wirtschaftliche Aufgabe die Ausnutzung der im j.W. vorhandenen Arbeitskraft in den Vordergrund. Zur Zeit ist aber im Generalgouvernement, von Facharbeitern abgesehen, im Gegensatz zum Reich kein Mangel an Arbeitskraft, sondern ein starker Überschuss vorhanden. Es darf daher bei der Versorgung mit Arbeit nicht eine einseitige Bevorzugung des j.W. erfolgen, und bei allen Maßnahmen für den j.W. muss auf die Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements Rücksicht genommen werden. Wenn es schon nicht möglich ist, im Generalgouvernement die vorhandenen Arbeitskräfte mit Arbeit zu versehen, so wird dies für den j.W. umso schwieriger.«<sup>[585]</sup> In diesem Zusammenhang wies Gater auch »auf die Minderwertigkeit der jüdischen Volksmasse« hin.<sup>[586]</sup> Ein weiteres Problem sah er darin, dass fast die Hälfte der Arbeitskräfte des Ghettos zur »Sparte ›Kaufmännische und Verwaltungsberufe‹ sowie ›Arbeitskräfte ohne festen Beruf‹« gehörten, Leute, die »sich für mittlere und schwere körperliche Arbeit äußerst schlecht eignen« und die »erhebliche Ausfälle und Unkosten« verursachen würden.<sup>[587]</sup>

Die Organisation der Arbeit im Ghetto, der Gater den eindeutigen Vorzug gab, da sie einfacher zu verwalten und lukrativer sei, sollte nach diesen Vorschlägen, anders als das bis dahin in Lodz und Warschau geschah, nicht mehr staatlichen Stellen, sondern privaten deutschen Firmen unterstehen. Diesen Firmen müsste »eine Art Konzession auf die Ausnutzung der jüdischen Arbeitskraft auf bestimmten Gebieten erteilt werden«.<sup>[588]</sup> Ungelöst blieb dann aber noch das Ernährungsproblem. Dabei könne man laut Gater »grundsätzlich zwei Standpunkte einnehmen:

1. Man versucht, aus dem j.W. einen produktiven Bevölkerungsteil zu machen; dann setzt dies voraus, dass durch eine einigermaßen ausreichende Ernährung die Arbeitskraft der Insassen bzw. besonders bevorzugter Teile erhalten bleibt.

2. Man sieht den j.W. als ein Mittel an, das jüdische Volkstum zu liquidieren.«<sup>[589]</sup>

Diese beiden »Standpunkte« enthielten in Wirklichkeit drei Optionen: Entweder würden alle Ghettoinsassen ernährt oder nur diejenigen, die produktive Arbeit leisteten oder aber man ließe alle bei dauerhaft unzureichender Ernährung langsam verhungern. Nach Gaters Meinung konnten diese drei Optionen alternativ oder zeitlich abgestuft realisiert werden. Bemerkenswert ist, wie offen Gater zu diesem Zeitpunkt bereits

davon sprach, »das jüdische Volkstum zu liquidieren«, und diese Möglichkeit als Perspektive diskutierte.

Gater berechnete die Lebensmittelmengen, die dem Ghetto zur Verfügung standen – Lieferungen der deutschen Besatzer, ausländische Liebesgaben und Schwarzmarktprodukte. Dann ermittelte er den täglichen Gesamtbedarf und gelangte so zur »Berechnung des Ertrages eines Juden«. <sup>[590]</sup> Demnach mussten mindestens 60000 Menschen im Ghetto produktiv arbeiten, damit bei einem Tagesbedarf von rund einem Złoty (50 Pfennige) pro Person die Gesamtzahl von 450000 Menschen ernährt werden könne: »Bei regelmäßiger ganzjähriger Arbeit von ca. 60000 Arbeitskräften würde der j.W. also keinen finanziellen Zuschuss benötigen«, bei einer Beschäftigung von nur 20000 liege »der tägliche Zuschuss des j.W. bei ungefähr 300000 Zł. oder rd. 110000000 Zł. jährlich«, also einem Jahresbetrag von 55 Millionen Reichsmark. <sup>[591]</sup> Die Beschäftigtenzahl von 20000 schien Gater ein realistisches, zugleich aber auch maximal erreichbares Ziel. <sup>[592]</sup> Voraussetzung dafür, die Produktion in diesem Umfang anlaufen zu lassen und die nötigen Rohstoffe und Maschinen vorzufinanzieren, war ein Kredit von 30–40 Millionen Złoty. Gater ließ offen, wer dieses Geld aufbringen sollte:

»Dass sich aus dem vorhandenen jüdischen Vermögen hierfür keine erheblichen Mittel werden flüssig machen lassen, wurde (...) bereits dargelegt. Diese Beträge aus dem Haushalt der Stadt Warschau aufzubringen, erscheint völlig ausgeschlossen, besonders da die Stadt Warschau gegenwärtig bereits durch Erhöhung ihrer Steueranteile eine Art staatliche Subvention erhält. Es wird also dieser Fehlbetrag aus den Mitteln des Generalgouvernements bezahlt werden müssen.« <sup>[593]</sup>

Auf Grundlage dieser Überlegungen erwog Gater, die im Ghetto Eingeschlossenen, sofern sie nicht produktiv beschäftigt werden könnten, verhungern zu lassen und gleichzeitig neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen:

»Wenn man diesen Zuschuss vermeiden oder wenigstens verkleinern will, so gibt es hierzu folgende Wege

1. Man lässt eine Unterversorgung eintreten ohne Rücksicht auf die sich ergebenden Folgen.
2. Die Organisationen, die für die Ausnutzung der jüdischen Arbeitskraft im j.W. vorgesehen sind, werden in beschleunigtem Tempo auf einen solchen Stand gebracht, dass die Einsetzung der Juden für diese Zwecke in größtem Umfange wirklich gelingt.
3. Die Absperrung des j.W. in Warschau erfährt eine gewisse Lockerung, sofern dies vom Standpunkt der Abteilung Gesundheitswesen vertreten

werden kann. Hierdurch erhalten gewisse Zweige der jüdischen Handwerker die Möglichkeit, sich – wenn auch in bescheidenem Umfange – selbst wieder wirtschaftlich direkt für die Außenwelt zu betätigen.«<sup>[594]</sup>

Auf zwei Regierungssitzungen – am 3. und am 19. April 1941 – befassten sich die Gouverneure und Wirtschaftsfachleute des Generalgouvernements unter Vorsitz von Hans Frank eingehend mit den Möglichkeiten, eine effiziente Ghettowirtschaft aufzubauen und im Unterschied zu Lodz zu einer positiven Handelsbilanz zu kommen. Emmerich legte bei diesem Anlass den Bericht des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit vor; dessen Verfasser, Rudolf Gater, hatte er gleich mitgebracht. Im Unterschied zum Ghetto in Lodz, das ökonomisch vollständig von der übrigen Stadt isoliert war, sollte nach Gaters Ansicht das Warschauer Ghetto zwar »ein Wirtschaftsbezirk für sich« sein, »der aber mit der Umwelt in Zusammenhang stehen müsse«, also mit dem »arischen« Warschau gewisse wirtschaftliche Beziehungen unterhalten sollte.

Gater trug seine Kalkulation vor, die, wie er selbst bemerkte, nicht dem »System der Existenzminimumberechnung« entsprach, »sondern (...) einem Berechnungssystem, das nur den Außenbilanzwert in Betracht zieht«. Im Klartext bedeutete dies, dass Gater nur so viele Waren ins Ghetto zu »importieren« vorschlug, wie die jüdische Gemeinde zu bezahlen in der Lage war, egal, ob diese zur Existenzsicherung der Menschen ausreichen oder nicht. Emmerich ergänzte Gaters Analyse mit dem Vorschlag, deutsche Großhandelsfirmen dazu zu bewegen, ihre Aufträge künftig an Betriebe im Ghetto zu vergeben. Selbstverständlich sollte ihnen dann auf die Organisation der Arbeit »ein gewisser Einfluss eingeräumt werden, (...) damit die Gewähr bestehe, dass im jüdischen Wohnbezirk allen Ansprüchen in Bezug auf Qualität, Liefertermine usw. Genüge geleistet werde«.<sup>[595]</sup>

Die Gouverneure und die Hauptabteilungsleiter der Regierung einigten sich schnell, dass »die ganze Ghettofrage absolut nach den Richtlinien der Hauptabteilung Wirtschaft behandelt« werden müsse, so der Gouverneur des Distrikts, Ludwig Fischer. Die zugelassenen Firmen sollten ein Maximum an Profit aus den jüdischen Arbeitskräften ziehen können. Zugleich sollte ein möglichst hoher Anteil der Unterhaltskosten auf die Ghettobevölkerung abgewälzt werden mit dem Ziel, »das Ghetto so zu führen, dass es den Staat fast nichts koste«.<sup>[596]</sup> Damit war dem Kosten-Nutzen-Prinzip der Wirtschaftsfachleute offiziell zum Durchbruch verholfen. Sie sahen die Ghettos zu diesem Zeitpunkt weiterhin als vorübergehende »Angelegenheit« an, allerdings als eine, die nicht schon »in einem Jahr liquidiert werden könne«.<sup>[597]</sup> Diese Prognose enthielt, wenn auch negativ ausgedrückt, den deutlichen Wunsch, schnellstmöglich mit der Liquidation

zu beginnen.

### **Das RKW**

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) wurde im Juni 1921 vom Reichswirtschaftsministerium und dem Deutschen Verband der technisch-wissenschaftlichen Vereine gegründet. Sein Ziel war es, »den Vorsprung aufzuholen, den andere Länder vor dem im Weltkriege abgeschlossenen Deutschland erlangt hatten«. Weiter heißt es in einer Selbstdarstellung von 1940: »Seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus sind im Zuge der Rationalisierung, des Vierjahresplans, der Leistungssteigerung und der Kriegswirtschaft die Arbeiten des RKW von der Wirtschaftsführung besonders gefördert worden.« (Pressenotiz, »20 Jahre Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit«, Juni 1944 Staatsarchiv Katowice, LandP 1/224, Bl. 103f.) Nach seiner neuen Satzung vom 20. Dezember 1938 hatte das RKW die Aufgabe, »die deutsche Rationalisierung planmäßig zu fördern und zu lenken und alle Arbeiten zusammenzufassen, die der Steigerung der Leistung und der Hebung der Wirtschaftlichkeit dienen. Diese Aufgabe soll in Anwendung der bewährten Gemeinschaftsarbeit mit den zuständigen Organen der Bewegung, Behörden, Wirtschaft und Wissenschaft gelöst werden.« (Übersicht über die Organisation und Aufgaben des RKW; BArch, R 7/3018, Bl. 1–5.)

Neben der Zentrale in Berlin unterhielt das RKW Außenstellen, die es parallel zu den deutschen Expansionsschritten nach Osten in Wien, Reichenberg, Breslau und Krakau eingerichtet hatte. Hitler dürfte sich für die Tätigkeit des RKW, vor allem für dessen Bemühung »um weniger Typen im größeren Deutschland« rege interessiert haben: »Wozu brauchen wir im Deutschen Reich hundert verschiedene Formen von Waschbecken? Wozu die Unterschiede in Fenster- und Türmaßen? (...) In ein, zwei Jahren muss dieser Unfug aufhören. (...) Der Wunsch, unseren Millionen ein höheres Lebensniveau zu geben, zwingt uns zur Typisierung und dazu, überall da uns genormter Bauteile zu bedienen, wo es auf individuelle Gestaltung nicht ankommt.« (Jochmann (Hrsg.), Monologe, S. 95, Eintragung vom 18. 10. 1941.) Im August 1943 wurde das RKW praktisch in das Ministerium für Rüstung und Kriegsproduktion übernommen. Sein Leiter, Dipl.-Ing. Georg Seebauer, wurde dort zum Leiter des Amts »Produktion von Verbrauchsgütern«, das sich nach dem Zeugnis Hans Kehrls »die Bezeichnung ›Amt für Ausplünderung‹ gefallen lassen« musste. Es umfasste auch die Wirtschaftszweige, »die zur Umsetzung von Arbeitskräften für die Rüstungsbetriebe besonders stark herangezogen werden sollten«. (Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich (1973), S. 313f. Kehrl war Leiter des Planungsamts im Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion.) Nach dem Krieg wurde das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft – ebenfalls RKW abgekürzt – umbenannt. Zum 50-jährigen Jubiläum schrieb der damalige Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller: »Das RKW hat sich bei seiner Gründung vor 50 Jahren der volkswirtschaftlich bedeutsamen Aufgabe verschrieben, neuen Rationalisierungserkenntnissen zum Durchbruch zu verhelfen. (...) Wer anlässlich dieses Jubiläums zurückblickt, wird feststellen: Das RKW hat diese Aufgabe, die bis heute nichts an Aktualität verloren hat, stets mit Phantasie, Eifer und Ausdauer erfüllt.« (50 Jahre RKW im Dienste des Fortschritts. Jahresbericht 1969/70 der Zweigstelle Berlin des RKW.)

Die neue Politik gegenüber dem Warschauer Ghetto war an einem anderen Ort schon seit einigen Wochen Praxis: Die Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung Krakaus trug deutlich die Handschrift von Gater und Emmerich. In der Verordnung des Stadthauptmanns Rudolf Pavlu vom 3. März 1941 »über die Bildung eines jüdischen Wohnbezirks« in Krakau

sind die neuen Prinzipien nicht zu übersehen:

»Der Beauftragte des Distriktchefs für die Stadt Krakau bestimmt, welche und wie viele Unternehmen einer jeden Branche im jüdischen Wohnbezirk zugelassen werden. (... Er bestimmt), ob und welche jüdischen Unternehmungen bei ihrer Verlegung in den jüdischen Wohnbezirk zu vereinigen oder zu liquidieren sind. (... Er) ordnet die Liquidation von Unternehmungen an, an deren Weiterführung kein öffentliches Interesse besteht. (...) Zulässig ist ferner die Überführung der im Handwerksbetrieb üblicherweise verwendeten Werkzeuge und Werkzeugmaschinen in den jüdischen Wohnbezirk. (...) Fabrikmäßig betriebene jüdische Unternehmen außerhalb des jüdischen Wohnbezirks sind nicht in den jüdischen Wohnbezirk zu verlegen.«<sup>[598]</sup> Anders als in Warschau konnten die Arbeiter auch weiter zu ihren angestammten Arbeitsplätzen.<sup>[599]</sup>

Eines der Ergebnisse dieser Ökonomisierung des Ghettos war die Abberufung des Leiters der Transferstelle Warschau, Alexander Palfinger, der von seinen bereits in Lodz erprobten Vorstellungen einer rein staatlichen Ghettoorganisation nicht abzubringen war. Er hielt eine grundlegende Neuorganisation der Ghettowirtschaft für falsch und beharrte in einer Replik auf Gater darauf, dass bei »einer seit Jahrhunderten nirgends mehr versuchten Ghettohaltung das Primat der Führung rein politisch sein muss«. <sup>[600]</sup> Anfang Mai löste der Wiener Bankdirektor Max Bischof Palfinger als Leiter der Transferstelle ab. Zusätzlich wurde ein neuer Posten geschaffen, nämlich der eines Kommissars für den jüdischen Wohnbezirk. Dieses Amt übernahm Rechtsanwalt Heinz Auerswald, der bis dahin die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge im Distrikt Warschau geleitet hatte. Bei der Amtseinführung von Bischof und Auerswald bezeichnete der Warschauer Amtschef »die Schaffung von Werkstätten im jüdischen Wohnbezirk als wichtigste Maßnahme für die Zukunft«. <sup>[601]</sup> Bischof, der für die Wirtschaftsbeziehungen des Ghettos verantwortlich wurde, hatte sich die Überlegungen Gaters vollständig zu eigen gemacht.<sup>[602]</sup>

### **Max Bischof**

Bischof war im Oktober 1939 als Bankfachmann, der sich in Polen auskannte, durch die Vierjahresplanbehörde nach Warschau geschickt worden. Da seine Frau als Halbjüdin angesehen wurde, denunzierten ihn im Mai 1943 Nazis in Wien. Im April 1944 schickte Bischof seinen »Bericht über die Liquidation der Transferstelle«, also den finanziellen Abschlussbericht des mittlerweile mitsamt seinen Einwohnern vernichteten Warschauer Ghettos, an den Distriktgouverneur Ludwig Fischer. Der dankte Bischof für seine »hervorragende Leistung« bei der »Förderung und Überwachung der Bedarfsdeckung sowie des Arbeitseinsatzes der Juden«. Im Juli 1942, also angesichts der in Treblinka beginnenden Massenmorde, habe Bischof »die Ausfuhrleistung« des jüdischen Wohnbezirks noch einmal gewaltig gesteigert und »das vom



Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit errechnete Ausfuhrerfordernis nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten« und »sein hohes Können« auch »bei der Liquidierung der Transferstelle, die durch die Auflösung des jüdischen Wohnbezirks notwendig wurde, unter Beweis gestellt«.

Die Bitte Bischofs, wegen seiner »nichtarischen« Ehefrau aus dem öffentlichen Dienst auszuscheiden, lehnte der Gouverneur ausdrücklich ab. Ebenso setzte sich Frank im Sommer 1944 nachdrücklich für Bischof ein, als die Wiener Stadtverwaltung dessen dortiges Einfamilienhaus konfiszieren und die Familie Bischof im Rahmen einer Aktion »Zusammensiedlung von Mischehen« in einer Art Ghetto internieren wollte. (Siehe den umfangreichen Schriftwechsel in dieser Angelegenheit: Archiv für Neue Akten, Warschau, Reg. GG/1324/1, Bl. 84–139). Nach dem Krieg arbeitete Bischof wieder als Bankdirektor in Wien, wo er 1985 im Alter von 87 Jahren starb.

Als weiteren Erfolg konnte Gater verbuchen, dass die jüdischen Zwangsarbeitslager, die er für ineffizient hielt, im Juni 1941 aufgelöst wurden. Diese Lager unterstanden damals der Zivilverwaltung im Generalgouvernement und sind nicht zu verwechseln mit den späteren Zwangsarbeitslagern der SS.<sup>[603]</sup> Dort waren im Winter 1940/41 und im Frühjahr 1941 einige tausend jüdische Männer beschäftigt. Die Arbeitsproduktivität in diesen Lagern war gering, und die Projekte, für die sie eingerichtet worden waren, etwa die Regulierung von Bächen und Flüssen, hatten mit dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion ohnehin zurückzustehen. Mit der Stilllegung der Zwangsarbeitslager verschlechterte sich die Beschäftigungslage im Warschauer Ghetto schlagartig. Die Ökonomen buchten die Schließung der Lager dagegen als Erfolg. Monatlang hatten sie sich eher kopfschüttelnd mit Berichten über den »jüdischen Arbeitseinsatz« auseinandergesetzt und dabei immer wieder mangelnde Effizienz festgestellt. Zum Beispiel berichtete die Hauptabteilung Arbeit am 25. Oktober 1940:

»Der Judeinsatz bereitet nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten. Vor allem ist die Leistungsfähigkeit meist sehr gering; dazu treten Schwierigkeiten bezüglich der Entlohnung, Unterbringung und Verpflegung auf. Auch die völlig unzulängliche Kleidung führt infolge der dadurch sehr hohen Anfälligkeit gegen Krankheit zu großen Ausfällen. Dazu stoßen die Arbeitsämter bei ihren Bemühungen um einen geregelten Arbeitseinsatz der Juden immer wieder auf geringes Verständnis bei anderen Stellen.«<sup>[604]</sup>

Im März 1941 berichtete die Hauptabteilung Arbeit, dass sich die Situation nicht gebessert habe: »Der wirtschaftliche Erfolg des lagermäßigen Einsatzes der Juden ist äußerst gering. Es ist dies nach den bisherigen Erfahrungen auf die mangelhafte körperliche Beschaffenheit, die seit Monaten andauernde Unterernährung und zum großen Teil auch auf den geringen Arbeitswillen der Juden zurückzuführen.« Nach kurzer Zeit seien

aus den zehn damals vorhandenen Arbeitslagern bereits 20 Prozent der Zwangsarbeiter als »im Lager erkrankt« in die Ghettos zurückgekehrt.<sup>[605]</sup> Die Schließung dieser Lager, in denen viele Menschen zu Tode geschunden wurden, ging nicht auf humanitäre Erwägungen zurück, sondern ausschließlich auf ökonomische.

Mit der Ernennung Bischofs setzte sich die Linie von Gater und Emmerich durch: Ihr Vorschlag, »Konzessionen auf die jüdische Arbeitskraft« an – hauptsächlich deutsche – Privatfirmen zu vergeben, wurde befolgt. Die gleichzeitige Ernennung Heinz Auerswalds zum Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk bedeutete, die Ghettoverwaltung von den einzelnen Ressorts der Warschauer Stadtverwaltung zu isolieren. Die Zentralisierung der Entscheidungen vereinfachte kurzfristige Änderungen in der Ghettopolitik.

Letztendlich war das Projekt »Arbeitsbeschaffung für das Ghetto« wohl von vornherein als zeitlich befristetes Experiment angelegt. In den folgenden Wochen schufen die neuen Herren im Ghetto die Voraussetzungen für einen nach Gaters Prinzipien geregelten Im- und Export. Gleichzeitig aber verwirklichten sie auch den anderen Vorschlag des RKW: »Man lässt eine Unterversorgung eintreten ohne Rücksicht auf die sich daraus ergebenden Folgen.«<sup>[606]</sup> Als Ergebnis dieser Politik starben im zweiten Halbjahr 1941 viel mehr Menschen im Ghetto als in einem entsprechenden Zeitraum zuvor. Gleichzeitig beschritt Bischof auch den zweiten und dritten vorgeschlagenen Weg, nämlich neue Arbeitsplätze zu schaffen, das Ghetto in begrenztem Rahmen ökonomisch zu öffnen und einen über die Transferstelle Warschau nicht mehr in allen Einzelheiten bestimmten, sondern lediglich regulierten »Außenhandel« zu etablieren. Während Bischof deutsche Unternehmer dafür warb, Aufträge in das Ghetto zu verlegen,<sup>[607]</sup> beobachtete Gater den Verlauf des Experiments ebenso genau wie argwöhnisch. Er bediente sich zu diesem Zweck der statistischen Abteilung der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe in Warschau.<sup>[608]</sup> Wenn auch bisher keine weiteren Gutachten des RKW zur Rentabilität des Warschauer Ghettos bekannt sind, so ist doch sicher, dass es sie gegeben hat. Am 15. 8. 1941 vermerkte die Abteilung Raumordnung, die maßgeblich mit der Strukturplanung gegen die jüdische Minderheit befasst war, den Eingang einer Verschlussache des RKW mit dem Titel »Wirtschaftsleistung des jüdischen Wohnbezirks Warschau«.<sup>[609]</sup> Mitarbeiter der Hauptabteilung Wirtschaft aus Krakau reisten an, um sich einen Eindruck von dieser neuen Form der Ghettowirtschaft zu verschaffen. Sie drückten die Verwaltungskosten der Transferstelle von ursprünglich zehn Prozent des Warenumsatzes auf fünf Prozent für eingeführte und auf zwei Prozent für ausgeführte Waren, sie räumten juristische Hindernisse aus

dem Weg, öffneten das Ghetto für den Warenverkehr, ließen Telefonleitungen legen und reaktivierten den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Emmerich, Bischof, Gater und Meder setzten sich mit der jüdischen Sozialen Selbsthilfe und dem Wirtschaftsbeauftragten des Judenrats zusammen, um die Organisation von Produktion und Ausbeutung möglichst einfach und reibungslos zu gestalten.<sup>[610]</sup>

Bischof, Auerswald und Gater veranlassten darüber hinaus, dass an die Arbeiter in den neu eingerichteten Ghetto-»Shops« täglich zweimal Suppe und gelegentlich zusätzliche Brotrationen verteilt wurden, um allgemein die Arbeitsproduktivität zu heben. Während sie das Ghetto »wirtschaftlich öffneten«, schnürten sie es zugleich nach außen mit drakonischen Polizei- und Exekutionsmaßnahmen weit schärfer ab als zuvor, um so den dort eingesperrten Menschen die Ausweichmöglichkeit zu nehmen, sich über Schwarzhandel mit dem »arischen« Teil der Stadt die fehlenden Lebensmittel zu besorgen. Diese weiteren Isolationsmaßnahmen ließen die Schwarzmarktpreise sofort um mehr als 100 Prozent in die Höhe schnellen. Die öffentlich ausgegebenen Suppenrationen wurden um 80 Prozent teurer, und sämtliche sozialen Vergünstigungen, die der Judenrat für die Ärmsten der Armen eingeführt hatte, wurden abgeschafft.<sup>[611]</sup> Mit anderen Worten: Eines der wichtigsten Merkmale der neuen Ghettoökonomie war, dass die absolute Menge der ins Ghetto eingeführten Lebensmittel nicht erhöht, sondern dass die Lebensmittel zwischen »produktiven« und »unproduktiven« Menschen anders verteilt wurden. Folglich stieg die Zahl der Hungertoten sprunghaft an. Obwohl das Ghetto nicht mehr als sonst von Epidemien heimgesucht wurde und der Sommer die Geißel der Kälte genommen hatte, starben unter dem neuen, rein auf Wirtschaftlichkeit ausgerichteten Regime zunächst doppelt, dann drei- und bald fünfmal so viele Menschen wie in den Wintermonaten zuvor: im Januar 1941: 818 Tote, im Februar: 1023, im März: 1608, im April: 2061, im Mai: 3821, im Juni: 4290, im Juli: 5550, im August: 5560.<sup>[612]</sup> Auf das Jahr hochgerechnet stieg die Sterblichkeit der Ghettobevölkerung auf gut zehn Prozent an. Dafür mitverantwortlich war die von Gater und Emmerich neu organisierte und in ihrem Sinne geleitete Transferstelle. Sie war nach Paragraph 2.1 ihrer neuen Satzung für die »Bedarfsdeckung« im Ghetto zuständig.<sup>[613]</sup>

## »Menschenüberschuss« im Großraum

### Deutscher Führungsanspruch in der »Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft«<sup>[614]</sup>

Am 22. Juni 1940 musste Frankreich das Waffenstillstandsabkommen mit Deutschland unterzeichnen, und am selben Tag beauftragte Hermann Göring das Reichswirtschaftsministerium mit den Vorbereitungen zur wirtschaftlichen Neuordnung Europas. Chef der entsprechenden Abteilung »Vorbereitung und Ordnung« wurde der Hamburger Ökonom Gustav Schlotterer. Nach den Worten Heinrich Bechtels, des Präsidenten des Vereins Deutscher Wirtschaftswissenschaftler, ging es nun darum, die Ökonomie »als militante Wissenschaft« zu formieren und noch während des Krieges »die Werkzeuge schmieden (zu) helfen, die den Vollzug der europäischen Großraumwirtschaft vorbereiten sollen«.<sup>[615]</sup> Pläne für die Neuordnung Europas entwarfen die volkswirtschaftlichen Abteilungen der großen Industriekonzerne ebenso wie die Wirtschaftsverbände und die staatlichen Planungszentren. Interessendivergenzen blieben dabei nicht aus, doch gelang es in aller Regel, diese im Zeichen der Kriegsnotwendigkeiten zu neutralisieren. Wie für die Raumordnung und Siedlungsplanung entwickelten auch hier Wissenschaftler Pläne, mit deren Hilfe sich die unterschiedlichen Interessen in ein Gesamtkonzept einbinden ließen, Prioritäten und Ziele formuliert werden konnten. Wirtschaftsgutachten über alle für die deutsche Volkswirtschaft wichtigen Länder Europas hatten Hochkonjunktur.

Der Ökonom Hermann Gross berichtete 1979: »Die Untersuchungen des MWT (Mitteleuropäischen Wirtschaftstags) – wie auch der I. G. Farbenindustrie – wurden in enger Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen deutschen und südosteuropäischen Wissenschaftlern, Instituten und Ministerien geplant und durchgeführt und waren im Allgemeinen allen Interessenten in Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung zugänglich. Sie bildeten mit den letztlich auf die Praxis ausgerichteten Themenstellungen eine sehr wertvolle Ergänzung und Bereicherung der an den Hochschulen

und Universitäten durchgeführten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungen.«<sup>[616]</sup>

Wie das in der Praxis aussah, lässt sich am sogenannten Zwölferausschuss der Südosteuropa-Gesellschaft (SOEG) demonstrieren. Die Gesellschaft existierte seit Beginn des Jahres 1940, hatte ihren Sitz in Wien und sollte die Wirtschaftspolitik gegenüber Südosteuropa koordinieren. Der Zwölferausschuss, der auf Initiative oberster Reichsstellen um die Jahreswende 1941/42 gegründet worden war, nannte sich offiziell auch Planungsausschuss der Südosteuropa-Gesellschaft. Sein Vorsitzender wurde Walter Rafelsberger, der zuvor als Leiter der Vermögensverkehrsstelle die »Entjudung« der österreichischen Wirtschaft gelenkt hatte. Ansonsten setzte sich das Gremium aus Spitzenvertretern von Industrie, Verwaltung und Wissenschaft zusammen.<sup>[617]</sup> Der Planungsphantasie waren dabei – im wörtlichen Sinn – keine Grenzen gesetzt: Staatsgrenzen, Regierungsformen (»staatliche Ordnung«) und Wirtschaftsstrukturen konnten gemäß dem Selbstverständnis des Zwölferausschusses nach Gutdünken verändert werden. So erörterten die Mitglieder dieses Ausschusses im Sommer 1942, »ob oder inwieweit überhaupt noch im Südosten einzelstaatlich abgegrenzte Räume künftig bestehen bleiben« sollten und »welche Grenzziehungen für die Durchführung einer mit den deutschen Interessen möglichst voll übereinstimmenden Gestaltung der südosteuropäischen Industriewirtschaft am zweckmäßigsten« wären. Vorteilhaft war es demnach, wenn die staatliche Souveränität Südosteuropas »beschränkt oder beseitigt« würde, da dann »die deutschen mit der Industrieplanung befassten Stellen (...) beliebig schalten und walten (Industrien errichten, stilllegen, ausdehnen oder beschränken) können«.<sup>[618]</sup>

### **Das Kieler Institut für Weltwirtschaft**

Eines der Institute, die sich in Sachen Kriegsvorbereitung und Konsolidierung der Großraumstrategie besondere Verdienste erwarben, war das bis heute renommierte Kieler Institut für Weltwirtschaft. Bereits im Frühjahr 1939 wurden dort eine Reihe von Geheimgutachten über die Lebensmittelversorgung Deutschlands im Krieg erstellt. Ähnliche Studien entstanden im Verlauf des Krieges zu den verschiedensten ökonomischen Aspekten der Kriegführung. In Kiel erhielten Wirtschaftswissenschaftler wie Helmut Meinhold, Otto Ohlendorf und Karl Schiller ihre Ausbildung. Direktor des Instituts war Andreas Predöhl (1893–1974). Er hatte 1921 bei seinem Amtsvorgänger am Kieler Institut, Bernhard Harms, promoviert und wurde danach dessen Direktionsassistent und vorübergehend Mitglied der SPD. 1925 bis 1928 absolvierte Predöhl als Fellow der Rockefeller Foundation Forschungsaufenthalte in England, Kanada und in den USA.

1934 übernahm er, nach einem kurzen Interregnum von Jens Jessen, die Leitung des Kieler Instituts. Zum 25-jährigen Bestehen des Instituts gratulierte Gauleiter Hinrich Lohse und dankte

Predöhl für seine »feste Zielsetzung und (...) Zielstrebigkeit«: »... gerade Ihrer Initiative ist es zu danken, dass die Arbeit mit nationalsozialistischem Geiste erfüllt wurde. War das Institut bis zur Machtübernahme Pflegestätte liberalistischen Denkens, so hat es jetzt als erstes und auch als einziges seiner Art den Beweis erbracht, dass die nationalsozialistische Wirtschaft (...) der Forschung weitestes Tätigkeitsfeld bietet.« Durch seine »exakte wissenschaftliche Forschungsarbeit« habe das Institut unter Predöhls Leitung »auch unter den Wirtschaftswissenschaftlern des Auslandes weitgehend Verständnis geschaffen«: »Ihre Arbeit wickelt sich ja nicht vor den Augen der Öffentlichkeit ab, sondern ist stiller Art wie alle Wissenschaft. Aber auch die Erfolge des Instituts sind nur einem kleinen Kreis sichtbar, obwohl sie der Gesamtheit dienen.« (BArch, DC Andreas Predöhl); 1945 gab Predöhl den Direktorenposten in Kiel ab. Von 1953 bis 1964 lehrte er als ordentlicher Professor und Leiter des Instituts für Verkehrswissenschaft der Universität Münster, außerdem wurde er Präsident des Deutschen Übersee-Instituts in Hamburg und leitendes Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesverkehrsministerium.

Die Grundzüge der Großraumwirtschaft, die Aufteilung Europas in verschiedene mehr oder weniger voneinander abhängige Wirtschaftszonen, denen das Deutsche Reich ihre Funktion zuweisen und sie im Interesse des deutschen Kapitals aufeinander abstimmen wollte, hatte der Mitteleuropäische Wirtschaftstag (MWT) schon Ende der 1920er-Jahre entwickelt. Dieser international agierende Wirtschaftsverband, in dem, nach den Worten seines Vorsitzenden, die deutsche Industrie »maßgeblichen Einfluss« ausübte,<sup>[619]</sup> hatte insbesondere Südosteuropa als Interessengebiet erkannt und versucht, die Donaustaaten mit den üblichen Mitteln kapitalistischer Durchdringung – mit Handelsverträgen, Kapitalexport, Direktinvestitionen etc. – wirtschaftlich zu erobern. Daneben war das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft (RKTL)<sup>[620]</sup> eine treibende Kraft. Es agierte in enger Verbindung mit den Firmen Krupp (Landmaschinen) und I. G. Farben (Kunstdünger). Vorsitzender des MWT und Präsident des RKTL war in Personalunion der Landrat a.D. Tilo Freiherr von Wilmowsky, ein Schwager Gustav Krupps und Aufsichtsratsvorsitzender der Friedrich Krupp AG. Auch zwischen dem I. G. Farben-Konzern und dem MWT gestaltete sich in »Mitteleuropafragen die Zusammenarbeit so eng, dass der MWT mitunter als bloße Agentur der I. G. Farben zu handeln schien«.<sup>[621]</sup>

Die Politik der ökonomischen Intervention zielte in erster Linie auf die Landwirtschaft der Staaten Südosteuropas, die als Absatzmärkte und Rohstofflieferanten nutzbar gemacht werden sollten. Deutsche Unternehmen exportierten entweder Kunstdünger und Landmaschinen zu Billigpreisen oder bauten an Ort und Stelle entsprechende Produktionsanlagen auf, um den dortigen Markt zu beherrschen. Bezahlen sollten die südosteuropäischen



Staaten die deutschen Industrieprodukte nicht mit Devisen, über die sie nur in geringem Umfang verfügten, sondern mit landwirtschaftlichen Produkten – nicht jedoch mit solchen, die auch in Deutschland in ausreichender Menge erzeugt wurden. Denn damit hätten sie der deutschen Landwirtschaft Konkurrenz gemacht; auch im Hinblick auf einen möglichen neuen Krieg galt es, ein Absinken der deutschen Nahrungsmittelproduktion unbedingt zu vermeiden. Aus diesen Gründen arbeiteten deutsche Wirtschaftsberater intensiv daran, die Agrarstruktur der südosteuropäischen Staaten umzustellen. Nicht Nahrungsmittel, die in Zeiten von Hungersnöten und allgemeiner Knappheit im Land selbst verbraucht würden, sollten dort produziert werden, sondern Industrie- und Ölpflanzen für den Export nach Deutschland: Tabak, Baumwolle, Soja, Futtermittel, Flachs, Hanf, Leinsaat, Sonnenblumen und Raps. In Rumänien und Bulgarien gelang es der von der I. G. Farbenindustrie gegründeten Soja A. G., die Anbaufläche von Soja innerhalb weniger Jahre von null auf 120000 Hektar zu steigern.<sup>[622]</sup> Gleichzeitig setzte der Konzern den bis dahin in Bulgarien und in den Nachbarländern kaum üblichen Einsatz von Kunstdünger mit Hilfe wirtschaftlicher Anreize, mit Niedrigpreisen und Steuervergünstigungen durch.<sup>[623]</sup>

Die Wirtschaftsoffensive in Südosteuropa hatte jedoch nicht den gewünschten Erfolg. Sie entsprach mehr den kurzfristigen Absatzinteressen der beteiligten Unternehmen als dem Ziel langfristiger Umstrukturierung, geschweige denn dem Bedarf der südosteuropäischen Landbevölkerung. So entstanden binnen kurzer Zeit Maschinenfriedhöfe: Die aus Deutschland importierten landwirtschaftlichen Maschinen waren oft in Südosteuropa nicht brauchbar, sie konnten in den Dörfern weder entsprechend eingesetzt noch erforderlichenfalls repariert werden – sie verrotteten.<sup>[624]</sup> Zwar gelang es den deutschen Konzernen, sich bedeutende Wirtschaftspositionen zu sichern, doch vermieden die Staaten Südosteuropas bis 1939 eine einseitige wirtschaftliche Ausrichtung und exportierten einen Teil ihrer Produktion nach England und Frankreich.<sup>[625]</sup> Mit Beginn des Krieges änderte sich dies. Deutschland unterband den Export in die gegnerischen Staaten. Der Großwirtschaftsraum, der sich mit den üblichen wirtschaftlich-imperialistischen Mitteln als politisch nicht durchsetzbar erwiesen hatte, wurde nun mit militärischer Gewalt erzwungen.

»Möglichkeiten einer Großraumwehrwirtschaft unter deutscher Führung« lautete der Titel einer als Geheime Reichssache deklarierten Studie, die wenige Tage vor Kriegsbeginn in Görings Vierjahresplanbehörde erstellt wurde.<sup>[626]</sup> Darin berechneten die Wirtschaftsexperten die maximal



möglichen »Lieferungen« von Rohstoffen aus den einzelnen Ländern, etwa so: »Polen bietet im Besetzungsfall ansehnliche Schätze an Kohle (22%), Zink (18%), Mineralöl und Eisenerz. Ohne Aufrechterhaltung der polnischen Kohleförderung in voller Friedenshöhe ist die Kriegswirtschaft des Großwirtschaftsraumes nicht in der Lage, allen Anforderungen zu genügen.« Das Fazit dieser Analyse lautete: »Der Großwirtschaftsraum, bestehend aus Großdeutschland einschließlich Slowakei, Ungarn, Italien, Spanien sowie den Balkanländern außer Griechenland, kann die wehrwirtschaftliche Blockadesicherheit auch bei den größten Anstrengungen und unter den günstigsten Voraussetzungen bezüglich der Lieferbereitschaft des Nordraums (gemeint ist Skandinavien) – ohne wirtschaftlichen Anschluss an Russland – nur in begrenztem Umfang erreichen.« Um dieses Konzept zu realisieren, sei »soweit irgend möglich, eine friedliche Durchdringung und Verflechtung der Volkswirtschaften« erforderlich, einschließlich einer »möglichst weitgehenden Zollunion«, wenn nicht gar »einer Währungsunion«. Eine entsprechende Bündnispolitik sollte »Südosteuropa und den Nordraum der Koalition dienstbar machen« und ein »tragbares Verhältnis zu Russland ermöglichen«. <sup>[627]</sup> In der militärischen Umsetzung konnte das von vornherein die Unterwerfung Polens bedeuten, um die Landbrücke zur Sowjetunion und zu Rumänien zu sichern, die Besetzung Dänemarks und Norwegens zur »Sicherung des Nordraums«. Falls die diplomatischen und wirtschaftlichen Pressionen nicht ausreichten, implizierte das Konzept Krieg gegen zumindest einige Staaten Südosteuropas und schließlich gegen die Sowjetunion, falls sich nämlich der wirtschaftliche »Anschluss Russlands« anders nicht herstellen ließe.

Hatte die Vierjahresplanbehörde die eher kurzfristigen kriegswirtschaftlichen Ziele vor Augen, so wurden im Reichswirtschaftsministerium die längerfristigen, auf Marktbeherrschung gerichteten Aspekte des Großraumkonzepts entwickelt. Wie das aussehen sollte, erläuterte der bereits erwähnte Gustav Schlotterer im Juli 1940:

»An lebenswichtigen Produkten muss so viel wie möglich in Deutschland und in dem von Deutschland beherrschten Wirtschaftsraum Europa erzeugt werden. (...) Alle Waren müssen über den deutschen Markt laufen. Damit erhalten wir eine genaue Kontrolle. Im Übrigen müssen auch die Wirtschaften unserer Handelspartner privatwirtschaftlich so mit den deutschen Interessen verflochten werden, dass diese Staaten, selbst wenn sie wollen, aus diesen Bindungen und Abhängigkeiten nicht mehr herauskommen. (...) Im Einzelnen müssen wir in folgende Unternehmungen hineingehen: Im Südosten bei Getreide, in Norwegen und Jugoslawien bei

Metallen, in Rumänien beim Öl. (...) Für die Überseewaren müssen in Deutschland zentrale Warenmärkte eingerichtet werden. Es braucht nicht jeder kleine Staat einen eigenen Überseehandel zu betreiben und die Preise zu verderben.«<sup>[628]</sup>

Was immer Südosteuropa in der Ära der Großraumwirtschaft nach Ansicht deutscher Ökonomen zu produzieren hatte, für den eigenen Binnenmarkt blieb, wie es der Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, Andreas Predöhl, ausdrückte, im großzügigsten Falle eine »arbeitsintensive Produktion der geringen Qualität« übrig, »vor allem die primitiveren Zweige der Textilindustrie«; denn »diese befinden sich überall in der Welt in den Gebieten landwirtschaftlicher Überschussbevölkerung«.<sup>[629]</sup>

### **Gustav Schlotterer**

Der Wirtschaftspolitiker Gustav Schlotterer arbeitete von 1931 an zunächst als Wirtschafts- und später als Chefredakteur beim *Hamburger Tageblatt*, jener Zeitung, die seit ihrer Gründung 1928 das hanseatische Koggensegel mit Hakenkreuz im Signet trug. Von 1933 bis 1935 amtierte Schlotterer als Präsident der Hamburger Behörde für Wirtschaft und wurde dann als führender Außenwirtschafts- und Neuordnungsfachmann in das Reichswirtschaftsministerium berufen. Dort leitete er die Sonderabteilung Vorbereitung und Ordnung und wurde der Verbindungsmann des Ministeriums zur Vierjahresplanbehörde. In den Jahren 1939/40 koordinierte Schlotterer die Kapitalverflechtung zwischen der deutschen Wirtschaft und den Industrieunternehmen in den besetzten westeuropäischen Ländern. 1941 zum Ministerialdirektor ernannt, wurde er – auf dem Höhepunkt der deutschen Ostexpansion – Leiter der Ostabteilung im Wirtschaftsministerium und in Personalunion Leiter der Wirtschaftsabteilung des Ostministeriums, Chef der Hauptgruppe gewerbliche Wirtschaft im Wirtschaftsstab Ost und Präsidiumsmitglied der Südosteuropa-Gesellschaft. In all diesen Funktionen war er mitverantwortlich für die wirtschaftliche Neuordnung Europas und dafür, Kriegsnotwendigkeiten und die Ziele der Neuordnung aufeinander abzustimmen.

Im Oktober 1940 hielt Schlotterer eine Rede vor dem Großen Beirat der Reichsgruppe Industrie. Er warnte als Vertreter des nationalsozialistischen Staatsapparates, als erfahrener Ökonom und »alter Kämpfer« der NSDAP die versammelten Vertreter der Industriekonzerne davor, bei der Durchsetzung ihrer Interessen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft allzu diktatorisch vorzugehen. Schließlich könne man mit unterjochten Völkern nicht Wirtschaft treiben. Anstatt in militärisch abgesicherten Raubzügen über die besetzten Länder Europas herzufallen und sich die dortigen Wirtschaftsunternehmen entweder gewaltsam anzueignen oder sie als unliebsame Konkurrenz zu zerschlagen, plädierte Schlotterer dafür, dass die deutschen Unternehmen ihre Interessen mit wirtschaftlichem Druck durchsetzten, um so »die richtigen Lösungen in Europa zu erreichen«. Es

käme auf eine »gesunde Mischung« zwischen deutschen Interessen und denen anderer Länder an: »Diese Länder sind auf eine Zusammenarbeit mit uns angewiesen, und das wird sie uns zutreiben. (...) Wir müssen versuchen, zu einer vernünftigen industriellen Zusammenarbeit und Arbeitsteilung in Europa zu kommen.« Unternehmen, die auf »vernünftigen Rentabilitätsgrundlagen« stünden, sollten in die deutsche Wirtschaftsstrategie eingebunden, solche, »die nichts taugen«, dagegen stillgelegt werden. Außerdem wies Schlotterer die Industrievertreter darauf hin, dass auch in den besetzten Gebieten in absehbarer Zeit die »Judenfrage« gelöst werde. Es komme darauf an, »die guten jüdischen Positionen möglichst ungeschmälert zu übernehmen«. [\[630\]](#)

Außenpolitisch sah das deutsche Modell für Europa ein »Führer-Gefolgschaftsverhältnis« zwischen Deutschland und den übrigen Staaten des Großraums vor. Es galt also, ein gutes außenpolitisches Einvernehmen mit den Regierungen der Staaten Südosteuropas herzustellen. Reichte der diplomatische Druck nicht aus, sollten die innere Verwaltung »bereinigt«, »Konsumeinschränkungen« durchgesetzt und »intensive Erziehungsarbeit« getrieben werden, und zwar »bis zum letzten Bauern und Schuljungen«. [\[631\]](#) Als »soziale Zukunftsperspektive« strebten die deutschen Experten »das Ethos einer neuen Arbeitsordnung« an, das »ganz Europa durchstrahlen« werde: »Die Perspektiven, die sich daraus für das Wachsen und Gedeihen der Menschen und Völker in einem befriedeten Europa ergeben, sind verheißungsvoll. Es wird kein Schlaraffenland sein, aber alle Tüchtigen – einzelne wie Völker – werden den Weg zum Aufstieg und zur Betätigung ihrer schöpferischen Kräfte finden.« [\[632\]](#) »Was die Planmäßigkeit der Wirtschaft angeht«, so Hitler im August 1941, »stehen wir noch ganz in den Anfängen, und ich stelle mir vor, es ist etwas wunderbar Schönes, eine gesamtdeutsche und europäische Wirtschaftsordnung aufzubauen.« [\[633\]](#)

## Südosteuropa

Die Vordenker der Großraumstrategie sahen sich auch in den südosteuropäischen Ländern vor die ihnen längst bekannten Probleme gestellt: Die Überbevölkerung, so analysierten sie, führe zu Kapitalmangel, Rückständigkeit, Ineffizienz, Armut, zu nur mühsam unterdrückten sozialen Konflikten. All dies behindere die Entwicklung moderner Volkswirtschaften, die in der Lage gewesen wären, ihren Part in der deutsch geführten »Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft« zu spielen. Allerdings war auf deutscher Seite klar, dass die Großraumpolitik diese Probleme – zumindest kurzfristig – noch verschärfen würde: Die neue europäische Arbeitsteilung würde, so Schlotterer, eine weitreichende Rationalisierung zur Folge haben und das Überbevölkerungsproblem akut werden lassen.<sup>[634]</sup>

In Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien lebten etwa 80 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft. In allen drei Ländern hatte es in den 1920er-Jahren Agrarreformen gegeben – Versuche, den Landhunger der unzufriedenen und rebellierenden Bauern zu stillen und so die immer wieder befürchtete Ausbreitung der sozialistischen Revolution nach russischem Vorbild zu verhindern.

Als Folge der Agrarreformen nahmen in allen drei Staaten die Kleinbauernstellen erheblich zu, der Grundbesitz wurde »zersplittert« und unter den Erben weiter aufgeteilt.<sup>[635]</sup> Die Produktivität der Landwirtschaft ging zurück. Die aus deutscher Sicht »unvorstellbar genügsame« rumänische Landbevölkerung steigerte aber – kaum dass sie der Feudalherrschaft entronnen war – auch ihren Lebensstandard und verbrauchte einen größeren Anteil ihrer Produktion selber.<sup>[636]</sup> Sie tat also das Gegenteil dessen, was für die Kapitalakkumulation erforderlich gewesen wäre. Insgesamt hatte daher, nach einer Analyse des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront aus dem Jahr 1938, »die Agrarreform, die u.a. auch der Behebung der Übervölkerung auf dem Lande dienen sollte, (...) teilweise diese Übervölkerung noch gesteigert«.<sup>[637]</sup> Die Volkswirtschaftliche Abteilung der I. G. Farben kam im Wesentlichen zu den gleichen Ergebnissen.<sup>[638]</sup> Für Bulgarien errechneten die Ökonomen der I. G. Farben einen »Überschuss an landwirtschaftlichen Arbeitskräften« von »mindestens 720000 Männern«, die »anderweitig beschäftigt werden«

könnten.<sup>[639]</sup> Das Breslauer Osteuropainstitut gab den Prozentsatz der ungenutzten Arbeitskraft in der bulgarischen Landwirtschaft 1943 mit 63 Prozent an.<sup>[640]</sup>

Ähnliches galt prinzipiell auch für den neu geschaffenen Satellitenstaat Slowakei, wo ebenfalls bäuerliche Zwerg- und Kleinbetriebe dominierten und »im Wesentlichen auf Selbstversorgung eingestellt« waren.<sup>[641]</sup> Zugleich machten die deutschen Experten auch dort einen »populationistischen Überdruck« aus, den in die Industrie umzulenken bislang nicht gelungen sei.<sup>[642]</sup>

Die »ungenügende Ausnutzung der vorhandenen Arbeitskraft« galt als »wirtschaftlich und sozial gleich gefährlich«.<sup>[643]</sup> Wie schon Theodor Oberländer beklagten die Experten des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront das »Missverhältnis zwischen Arbeitern und Essern«, das sich darin ausdrücke, dass »kaum die Hälfte der Familienmitglieder am Produktionsprozess teilnimmt«.<sup>[644]</sup>

Die Experten beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums beurteilten die Lage ähnlich: »Großräumlich betrachtet, zeigen fast alle Gebietsteile des Donau-Karpatenraumes bei dem derzeitigen Stand der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden und Leistungen eine mehr oder weniger starke relative agrarische Überbesiedlung. Ihre bisherige Bekämpfung durch die soziale Gesetzgebung und Zuteilung von Grund und Boden auf dem Wege der Agrarreform aus öffentlichem und privatem (zunehmend heute auch aus jüdischem) Großgrundbesitz haben – da falsch angepackt – daran nichts ändern können. Sie wird unter Beibehaltung der bisherigen Agrartechnik und »Betriebsorganisation« vielfach nur verschlimmert.«<sup>[645]</sup>

In den Analysen deutscher Großraumplaner nahm Ungarn eine Zwischenstellung ein. Dort gab es vergleichsweise besser entwickelte Industrien, und der größte Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche war nach wie vor in den Händen von Großgrundbesitzern. Aber auch die Industrialisierung hatte die sozialpolitische Lage nicht entschärft – im Gegenteil. Das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront schrieb dazu:

»Der gesellschaftliche Bestand Ungarns (ist) dauernd gefährdet durch einseitiges Massenelend und durch Versagen eines ausgeglichenen und natürlich gegliederten Aufbaus der wirtschaftlichen Schichtung und gesellschaftlichen Volksordnung.« Ein besonderes Problem stelle »die Masse von Zwergbesitzern und das ländliche Proletariat« dar. »Die Verelendung dieser Massen, ihr körperlicher Verfall, ihre Stumpfheit und

andererseits die Gefahr einer kommunistischen Gärung bilden die schwerste Belastung der ungarischen Gesellschaft und setzen der Sozialpolitik ihre vordringliche Aufgabe. (...) Man hat gerechnet, dass die ländlichen Proletarier mit ihren Angehörigen etwa 4 Millionen ausmachen, also nahezu die Hälfte der Bevölkerung Ungarns.«<sup>[646]</sup>

Wie in Polen, wo deutsche Ökonomen und Sozialwissenschaftler einen einheimischen Mittelstand vermissten, von dem sie glaubten, er würde mit den Deutschen kooperieren, beklagten sie diesen Mangel auch in den südosteuropäischen Staaten: In Ungarn konstatierten sie eine »Verkümmerung des städtischen Bürgertums«, die vor allem darin bestehe, dass seit Mitte des 19. Jahrhunderts die Juden die entsprechenden Wirtschaftspositionen eingenommen hätten.<sup>[647]</sup> Auch Rumänien habe die Geschichte »ein organisch gewachsenes, kulturtragendes, nationales Bürgertum« versagt.<sup>[648]</sup> Dies erschien umso bedenklicher, als »nach der jüngsten Wirtschaftskrise, die ein Intelligenzproletariat geschaffen« habe, »das balkanslawische Bauerntum einer größeren Bolschewisierungsgefahr ausgesetzt« sei. Und weiter: »Die Bauernschaft der Agrarländer ist ohne führende ›Intelligenz‹ kaum revolutionsfähig, mit dieser Intelligenz aber wird sie leicht dem inneren Aufbau des Staates gefährlich, zumal hier kein konservatives Bürgertum vorhanden ist.«<sup>[649]</sup> Der grundlegende Umbau dieses sozialen Gefüges war eine der wichtigsten Voraussetzungen für das deutsche Konzept einer Großraumwirtschaft, gewissermaßen eine erste Infrastrukturmaßnahme, um die Länder erschließen zu können: Um landwirtschaftliche Erzeugnisse aus Südosteuropa herauszuziehen, mussten die Agrarproduktion dort rationalisiert und gesteigert werden und »überzählige Esser« verschwinden.

Schon vor dem Krieg hatten sich alle Versuche, die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern und gleichzeitig die »nur zehrenden Familienmitglieder« in der Industrie zu beschäftigen, als wenig erfolgreich erwiesen. Für Rumänien hatten die Planer festgestellt, dass die Bauern oft nach kurzer Zeit die Fabrikarbeit aufgaben und in ihre »elenden ländlichen Verhältnisse« zurückkehrten.<sup>[650]</sup>

Die von Otto Donner geleitete Forschungsstelle für Wehrwirtschaft der Vierjahresplanbehörde konzentrierte sich auf die bevölkerungspolitischen Aspekte der Wirtschaftspolitik in Südosteuropa. Im Januar 1941 legte sie ein Konzeptpapier vor, in dem analysiert wurde, dass »die agrarische Lieferfähigkeit des Südostens auf einen ungewöhnlich niedrigen Lebensstandard gründet«. Es komme darauf an, mit entwicklungspolitischen



Mitteln die Agrarproduktion in diesen Ländern zu steigern, auf keinen Fall aber den Lebensstandard, denn sonst würde »in der gesamteuropäischen Ernährungs- und Rohstoffversorgung ein Defizit auftreten, das überhaupt nicht mehr überbrückt werden könnte«. Von Exportüberschüssen in Südosteuropa konnte demnach keine Rede sein. Für die wehrwirtschaftliche Forschungsstelle der Vierjahresplanbehörde gehörten Hunger und Unterernährung zu den Selbstverständlichkeiten der Entwicklung vom Agrarland zum Industriestaat. »Deutschland«, so hieß es in dem Papier weiter, »und mit ihm eine große Anzahl der übrigen heute ›entwickelten‹ Länder, hat sich im vergangenen Jahrhundert wesentlich durch Fleiß und Intelligenz seiner Bevölkerung sowie durch immer neues Hineinstecken der Erträge seiner Arbeit in neue Planungen (Sparsamkeit) vorangebracht. Es besteht weder Veranlassung noch die wirtschaftstechnische Möglichkeit, dem Südosten dieses ›Großhungern‹ zu ersparen.«<sup>[651]</sup>

Langfristige Maßnahmen für den Wirtschaftsaufbau und bessere Konsummöglichkeiten seien daher, so die Fachleute der wehrwirtschaftlichen Forschungsstelle, zu vermeiden. Auch »arbeitsbeschaffungsähnliche Maßnahmen«, um die »erdrückende agrarische Überbevölkerung zum Verschwinden zu bringen«, waren ihres Erachtens nicht vordringlich. Hatten die Staaten Südosteuropas in den 1930er-Jahren noch versucht, Industrien aufzubauen und die »überzählige« Landbevölkerung dort zu beschäftigen, so konstatierten die deutschen Experten nach Kriegsbeginn nur noch den Misserfolg dieser Bemühungen und schlugen für die deutsche Wirtschaftspolitik gegenüber diesen Staaten eine andere Strategie vor: Ein Teil dieser »Menschenmengen (kann) als Wanderarbeiter eine wichtigere Rolle im deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsverkehr« spielen. »Die Wanderarbeiter würden in mehrfacher Hinsicht zugleich zu Trägern der Intensivierung des Südostens werden können. Sie würden bei uns diszipliniert und an ein höheres Arbeitstempo gewöhnt.« Außerdem würden sie bessere Produktionsverfahren kennenlernen und über rückgeführte Ersparnisse zum Wirtschaftsaufbau in ihren Heimatländern beitragen.

Die Arbeitsemigration stieß aber an Grenzen. Die deutschen Ökonomen befürchteten soziale und politische Folgen und äußerten, dem damaligen Sprachgebrauch gemäß, »volkstumpspolitisch stärkste Bedenken«. Sie warnten vor einer »slawischen Unterwanderung« und vor einer »Überfremdung des deutschen Landarbeiterstandes«. Darüber hinaus könnten die »Wanderarbeiter« den deutschen Lebensstandard und die »östliche Primitivität« miteinander vergleichen, was, »wenn man den Aufbau landwirtschaftlicher Veredelungsindustrien (in den Staaten



Südosteuropas) verhindern will, auf die Dauer notwendigerweise zu stärkster sozialer und politischer Unruhe Anlass geben« müsste.<sup>[652]</sup>

Die Möglichkeit der Wanderarbeit hatten die deutschen Großraumplaner also nur für eine begrenzte Zahl der als Überbevölkerung definierten Menschen ins Auge gefasst. Für die verbleibende Landbevölkerung sahen ihre Pläne vom April 1939 eine »Konsumeinschränkung« zugunsten der deutschen Bevölkerung vor, wörtlich als »Kriegsreserve«<sup>[653]</sup> bezeichnet. Das war aber angesichts der in Südosteuropa vorherrschenden Versorgungssituation und Besitzverhältnisse nicht durchsetzbar. Die schon im Frieden wenig erfolgreichen Mittel »Erziehungsarbeit« und »wohlwollende Aufklärung« versagten im Krieg erst recht: Die Bauern Rumäniens und Jugoslawiens reagierten auf die ihnen abverlangte Konsumeinschränkung und Mehrproduktion für den Großraum beziehungsweise auf die deutsche Besetzung ihres Landes, indem sie nur noch für die Selbstversorgung produzierten – eine traditionelles Mittel, um sich dem Zugriff des Staates auf die Erträge ihrer Arbeit zu entziehen.

In einem streng vertraulichen »Lagebericht über die Verhältnisse in Südost« (»Weitergabe an Dritte ist unzulässig. Der Bericht ist sicher aufzubewahren oder zu vernichten!«) schilderte Karl Janowsky im September 1942 seine Eindrücke von den Donaufürstentümern: »Der passive Widerstand ist vornehmlich die Waffe des Bauern, der heute nur das erzeugt, was er und seine Familie unmittelbar brauchen. Wenn sich diese Einstellung unter Anwendung geeigneter Mittel nicht beheben lässt, wird Serbien in der nächsten Zeit aufhören, als Lieferstaat landwirtschaftlicher und viehwirtschaftlicher Erzeugnisse für uns in Frage zu kommen.« Im nicht besetzten Rumänien war die Kooperationsbereitschaft der bäuerlichen Bevölkerung nicht größer: »Bekommt der Bauer der Moldau und Walachei für seine Überschüsse nicht mehr das zu kaufen, was er wünscht, so wird er nur so viel erzeugen, als er für seinen eigenen Verbrauch benötigt.«<sup>[654]</sup> Janowsky meldete fallende Ertragsziffern der rumänischen Landwirtschaft für nahezu alle wichtigen Erzeugnisse.<sup>[655]</sup>

## Großraumpolitik gegen Minderheiten

Die beiden Ziele – langfristige Neuordnung und kurzfristiges Herauspressen von »Überschüssen« – waren für die deutschen Wirtschaftsstrategen schwer zu erreichen. Wie schon andernorts betrachten sie die »Entjudung« als Hebel, mit dem sie die traditionellen Verhältnisse in Bewegung bringen und sich die Tür zur Wirtschaft Südosteuropas öffnen konnten.<sup>[656]</sup> Parallel zur sozialpolitischen »Betreuung« und »Erziehung zu Arbeit und Einsicht« drängte das Auswärtige Amt die Regierungen Südosteuropas zur »Lösung der Judenfrage«. Dabei führten die Diplomaten auch ökonomische und sozialpolitische Begründungen ins Feld – gestützt auf die in Deutschland erstellten wissenschaftlichen Untersuchungen über die wirtschaftliche Bedeutung des Judentums in den betreffenden Ländern. Die deutschen Botschafter in Ungarn und Rumänien priesen den Regierungschefs schon 1937 die Vorteile der wirtschaftlichen Marginalisierung und Vertreibung der jüdischen Minderheiten an und erteilten Ratschläge für die praktische Durchführung.<sup>[657]</sup>

Ungarn hatte 1939 ein »Gesetz über die Rechtsstellung der Juden« erlassen, wonach diese binnen vier Jahren aus allen öffentlichen Ämtern vertrieben werden sollten und in allen freien und akademischen Berufen sowie in der Wirtschaft nur noch entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil von fünf Prozent vertreten sein durften.<sup>[658]</sup> Diese soziale Diskriminierung der jüdischen Minderheit sollte mit der Magyarisierung des öffentlichen Dienstes und der Wirtschaft verknüpft werden, also nichtjüdischen Ungarn zum Vorteil gereichen. Allerdings blieben die Möglichkeiten für Deutsche, sich dabei zu bereichern und damit Positionen in der ungarischen Wirtschaft zu erobern, begrenzt. Zum Bedauern der Wirtschaftsexperten kamen »Germanisierungen nur als Ausnahmefälle in Frage«, nur dort, »wo wir für die Germanisierung gewichtige volkswirtschaftliche Gründe anführen können«.<sup>[659]</sup> »Die Ausschließung der Juden«, so kommentierte die Deutsche Arbeitsfront das Gesetz, »soll zugleich der Bodenreform einen neuen Anstoß geben. Angesichts der ungarischen Verhältnisse bedeutet das Judengesetz (...) zweifellos eine Umwälzung, deren wirtschaftliche und sozialpolitische Tragweite noch kaum übersehen werden kann. Verglichen mit der deutschen Gesetzgebung darf es hingegen nur als ein Anfang

betrachtet werden.«<sup>[660]</sup> Auf Drängen des deutschen Botschafters in Budapest, Dietrich von Jagow, bekundete die ungarische Regierung im Dezember 1942 zwar ihre Bereitschaft zu einer weitreichenden antijüdischen Politik, verwies jedoch darauf, wie schwierig es sein würde, die jüdische Minderheit aus Handel und Industrie schnell herauszudrängen, weil dafür »ganze Schichten der ungarischen Gesellschaft zur Erfüllung neuer Aufgaben umgeschult« und eine »tiefgreifende Umschichtung« durchgeführt werden müssten.<sup>[661]</sup>

Diese Hinhaltenaktik spiegelte sich auch im Verlauf der Wannseekonferenz wider. Heydrich hielt es nämlich für erforderlich, der ungarischen Regierung einen »Berater für Judenangelegenheiten« zu oktroyieren – die Entsendung solcher Berater in andere Länder war hingegen einvernehmlich erfolgt. Erst nachdem deutsche Truppen am 19. März 1944 Ungarn besetzt hatten, verfügte die Regierung die vom Auswärtigen Amt seit Langem geforderten »tiefgreifenden Umschichtungen« – während gleichzeitig Massenverhaftungen unter der jüdischen Bevölkerung des Landes vorgenommen wurden. Am 22. April berichtete der Höhere SS- und Polizeiführer, dass die »Sonderaktion« im nordostungarischen Karpatenraum »planmäßig ohne Störungen« verlaufe und »die Judenzusammenziehungen von der Bevölkerung weiterhin begrüßt« würden. Einer Anordnung der Regierung entsprechend wurden die meisten jüdischen Geschäfte geschlossen. Ausgenommen davon waren jene, die für die Versorgung der nichtjüdischen Bevölkerung als unverzichtbar angesehen wurden. Diese Betriebe sollten von Treuhändern weitergeführt werden. »Im Übrigen«, so berichtete der zuständige Höhere SS- und Polizeiführer, »würde ein Teil jüdischer Geschäfte in arische Hände übergehen und ein anderer Teil für immer geschlossen bleiben, da Budapest überdies zu viele Geschäfte habe und (das) Handelsleben daher völlig ungesund« sei.<sup>[662]</sup>

Berechnungen über den Anteil der jüdischen Bevölkerung in den jeweiligen Wirtschaftszweigen führten deutsche Wissenschaftler auch für die Slowakei durch. Sie lieferten damit Begründungen für die »Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft« und für die spätere Deportation. 1941 beschäftigte sich das Institut für Konjunkturforschung damit, »stichhaltiges Material über die Rentabilität landwirtschaftlicher Unternehmungen zusammenzutragen«. 340000 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche seien bereits enteignet und anderen Bauernhöfen zugeschlagen worden, »davon 100000 aus jüdischem Besitz«.<sup>[663]</sup> Während der jüdische Anteil an der Gesamtbevölkerung nur fünf Prozent ausmache, so heißt es in einem streng vertraulichen Bericht des Aufklärungsausschusses Hamburg-Bremen, belaufe sich dieser Anteil im Handel auf 37,1 Prozent und in

Industrie und Gewerbe auf 20,3 Prozent – wodurch sich auch die »Anhäufung des Judentums in den Städten« erkläre.<sup>[664]</sup> »Ausgangspunkt für die Reorganisation des Handels«, so schrieb Max Biehl in einem Artikel über die Slowakei, für eine »Neugruppierung im Kreditwesen« und die Intensivierung der Landwirtschaft, seien »die Lösung der Judenfrage« und »die allgemeine Enteignung jüdischen Grundbesitzes«.<sup>[665]</sup> Um die jüdische Minderheit ökonomisch auszugrenzen, wurde in Verbindung mit dem Zentralwirtschaftsamt, das für die »Arisierung« zuständig war, eine »Judenzentrale« eingerichtet. Über deren Tätigkeit schrieb die *Berliner Börsenzeitung*: »Die zuerst wenig zupackenden Maßnahmen gegen das Judentum der Slowakei wurden planmäßig und energisch mit der Schaffung der Judenzentrale. Diese sonderte zunächst das Judentum ganz streng von der übrigen Bevölkerung ab und ergriff planmäßig Schritt für Schritt alle Maßnahmen, um ohne Hemmungen im Wirtschaftsleben die Arisierung durchzuführen und die Juden überall auszuschneiden.«<sup>[666]</sup>

Für Rumänien hatte die Deutsche Arbeitsfront ausgerechnet, dass etwa die Hälfte des Volkseinkommens (63 von 122 Milliarden Lei) in »Geldgeschäften und Handel« erwirtschaftet würde, der größte Teil (57 Milliarden Lei) von der jüdischen Bevölkerung. Indem die Berliner Ökonomen den jüdischen Anteil am rumänischen Volkseinkommen gesondert erfassten und in der Statistik per Ausrufezeichen hervorhoben,<sup>[667]</sup> verwiesen sie auf die bereits erprobte Methode, mit der Spielraum für eine »Sanierung« der rumänischen Wirtschaft zu schaffen war: durch Vertreibung und Enteignung der jüdischen Minderheit.

Als im August 1940 die Süddobrukscha aufgrund eines deutschen Schiedsspruchs von Rumänien abgetrennt und Bulgarien zugeschlagen wurde, wurden 110000 Rumänen gezwungen, ihr Land zu verlassen, und etwa halb so viele Bulgaren aus Rumänien zwangsumgesiedelt. Der I. G. Farben-Konzern, an der wirtschaftlichen Ausplünderung Bulgariens besonders interessiert,<sup>[668]</sup> begrüßte die Deportationen als Chance: »Die Umsiedlungsaktion stellt der Wirtschafts- und Sozialpolitik Bulgariens große Aufgaben und eröffnet ihr neue Möglichkeiten«, vor allem die, »einen gewissen Teil der auf 800000 Arbeitskräfte geschätzten landwirtschaftlichen Überbevölkerung unterzubringen«.<sup>[669]</sup> Der rumänische Staat siedelte diese Menschen im Rahmen einer demographischen Strategie dort an, wo er jüdischen Besitz enteignet und wo der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums Deutsche ausgesiedelt und in das annektierte Westpolen gebracht hatte, nämlich in der Norddobrukscha und in

der Südbukowina (Buchenland). In einer Mitteilung der Reichsstelle für Raumordnung heißt es über das »Siedlungswerk in Rumänien«: »Das materielle Element bilden einstweilen 260000 ha Ackerland, die durch Umsiedlung der Volksdeutschen und die Enteignung der Juden in die Staatsdomäne übergegangen sind.«<sup>[670]</sup>

Im Herbst 1940 verschärfte die rumänische Regierung ihre antisemitischen Maßnahmen und Gesetze: »Schlag auf Schlag«, so berichtete die *Frankfurter Zeitung* 1943 rückblickend, »folgten damals die gegen die wirtschaftlichen Positionen der Juden gerichteten Maßnahmen. Am 5. Oktober 1940 wurde der Staat zum rechtmäßigen Eigentümer und Nutznießer allen ländlichen Besitztums der Juden erklärt; die enteigneten Güter sollten vor allem Flüchtlingen aus den (1940 an Ungarn und an die Sowjetunion) abgetretenen Gebieten übergeben werden. (...) Im März des nächsten Jahres folgte der städtische Grundbesitz.«<sup>[671]</sup> Im März und April 1941 setzte die rumänische Regierung eine Volkszählung an. Als Beobachter und Ratgeber reiste Professor Friedrich Burgdörfer an, einer der bekanntesten deutschen Bevölkerungswissenschaftler. Burgdörfer war jener Experte, der 1939 für den SD die namentliche Erfassung der jüdischen Bevölkerung des Deutschen Reiches organisiert und 1940 das Madagaskarprojekt als Gutachter befürwortet hatte. Die Volkszählung in Rumänien erfasste »Juden« und »Zigeuner« jeweils gesondert, und Burgdörfer bilanzierte zufrieden: »Im Ganzen: ein außerordentlich umfangreiches Erhebungsprogramm, in dem namentlich die Volkstumsfragen und vor allem die Judenfrage besonders eingehende Berücksichtigung gefunden haben.«<sup>[672]</sup>

Wie in Ungarn stellte sich auch in Rumänien das Problem, dass die wirtschaftliche »Umschichtung« nur allmählich zu bewerkstelligen war. Im März 1941 hatte Peter-Heinz Seraphim vor der Gründungsversammlung des Frankfurter Instituts zur Erforschung der Judenfrage ausgeführt, dass man sich »nicht ein Drittel, ja die Hälfte der Städte von heute auf morgen ›fortdenken« könne. Das »umso weniger, als dieses Drittel oder diese Hälfte bisher vier Fünftel, ja neun Zehntel des städtischen gewerblichen und Handelslebens bestimmte. (...) Das heißt: die Beseitigung des jüdischen Bevölkerungselements in den judenreichen Städten des Ostens kann nur in dem Tempo vorgenommen werden, als Ersatzkräfte für die Juden zur Verfügung stehen, als Kleingewerbetreibende, Handelstreibende da sind, die in der Lage sind, die bisherige wirtschaftliche Funktion der Juden zu übernehmen. Eine solche Möglichkeit ist zweifellos vorhanden, denn unter der bäuerlichen Bevölkerung der Rumänen, Magyaren, der Ukrainer, Slowaken und Polen ist ein bevölkerungsmäßiger ›Überdruck« vorhanden,

der heimische Bevölkerungselemente an die Stelle der kleinbürgerlichen jüdischen zu setzen vermag. Jahrelang sind diese nachgeborenen Bauernsöhne der bodenständigen Völker durch das jüdische Element (...) daran gehindert worden, in den Städten ihr Fortkommen zu finden. Die Städte waren gleichsam durch die Juden »blockiert«! Jetzt scheint der Augenblick gekommen, dieses Monopol zu brechen!«<sup>[673]</sup>

Die Argumentation Seraphims gab einen Hinweis darauf, wie das allseits geforderte »Absaugen« der landwirtschaftlichen Überbevölkerung in die Städte bewerkstelligt werden konnte, wenn gleichzeitig Einigkeit darüber herrschte, dass Industrie und Gewerbe auf mittlere Sicht nicht ausgebaut werden sollten – nämlich durch eine rassistische Strukturpolitik, die auf der Vertreibung der jüdischen Minderheit basierte. Wie sonst sollte verwirklicht werden, was die Vierjahresplanbehörde im Mai 1941 forderte, nämlich die »Lösung« des »dringlichsten Problems der südosteuropäischen Länder« durch »die Verpflanzung der überschüssigen landwirtschaftlichen Bevölkerung in die Städte«.<sup>[674]</sup>

In der Zeitschrift *Die Deutsche Volkswirtschaft* (»Sonderteil: Konstituierung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft«) erörterte der Berliner Wirtschaftsberater Alfred Maelicke Ende 1942 die Vorzüge einer gewaltsamen bevölkerungspolitischen Neuordnung im Hinblick auf die Ermordung der europäischen Juden:

»Die restlose Ausscheidung des Judentums aus dem kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraum ist im Grundsatz klar, in schneller Verwirklichung begriffen und erfolgt verhältnismäßig einfach und planvoll. (...) Nur eine völlige Entjudung des Wirtschaftslebens vermag die auch heute noch für viele Länder bestehenden Probleme, wie z.B. die Übervölkerung und andere soziale Fragen im Südosten und anderswo, zu lösen. Die Beseitigung des jüdischen Händlergeistes und Profitdenkens und die Ausschaltung der Juden schaffen Raum und Sicherheit (»Vollbeschäftigung«) für viele bisher entwurzelte und verarmte Arbeiter und Bauern, Handwerker und andere Gewerbetreibende. (...) Bei einer Beachtung der in Deutschland angewandten Entjudungsgrundsätze und - verfahrensweisen können die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen in den Besitzverhältnissen, ja selbst Strukturwandlungen ohne jede Erschütterung im Gefüge der jeweiligen Volkswirtschaft erfolgen. Weder brauchen Arbeiter freigesetzt zu werden noch Versorgungsschwierigkeiten einzutreten. Nicht einmal Umsatzschrumpfung sind zu befürchten.«<sup>[675]</sup>

Maelicke war Geschäftsführer des Werberats der deutschen Wirtschaft und hatte sich schon 1938/39 für die Enteignung der jüdischen Geschäftsleute in Berlin engagiert.<sup>[676]</sup> Von 1942 an gehörte der Werberat zum



Propagandaministerium, und Maelicke war zuständig für »Wirtschaftspropaganda« und »Sonderaufgaben«.

Im Jahr 1943 drängte Hitler die ungarische Regierung zu einem »schärferen Kampf gegen die Juden« und machte sich dabei die zitierte sozialpolitische Argumentation fast wörtlich zu eigen. Am 18. April 1943 sagte er zu dem ungarischen Staatsoberhaupt Miklós Horthy: »Ungarn könne genauso wie die Slowakei die Juden in Konzentrationslagern unterbringen. Es würde damit seinen eigenen Landeskindern viele Möglichkeiten durch Freimachung der von den Juden gehaltenen Positionen eröffnen und den talentvollen Kindern des Volkes Laufbahnen verschaffen, die ihnen bisher von Juden verschlossen worden seien.«<sup>[677]</sup>

Weder Seraphim noch Maelicke oder die anderen deutschen Bevölkerungsexperten gingen davon aus, dass durch die Deportation der Juden genug Platz in den Städten Südosteuropas geschaffen würde, um all den Menschen, die aus der Landwirtschaft wegrationalisiert werden sollten, ausreichende Beschäftigung geben zu können. Sie sahen darin aber einen ersten Schritt, um zunächst einem Teil der »überschüssigen« Landbevölkerung neue Existenzmöglichkeiten auf Kosten der jüdischen Minderheit zu bieten.



## Der Krieg gegen die Sowjetunion und die Vernichtung von »zig Millionen« Menschen

*»In diesem Jahr werden 20 bis 30 Millionen Menschen in Russland verhungern. Vielleicht ist das gut so, da bestimmte Völker dezimiert werden müssen.«*

*(Hermann Göring, 25. November 1941)<sup>[678]</sup>*

Mit dem Krieg gegen Jugoslawien und Griechenland sicherten sich Deutschland und Italien die Vormachtstellung in Südosteuropa. Die militärischen Eroberungen waren in das Großraumkonzept eingebunden und sollten die Rohstoffversorgung sowohl für die deutsche Kriegführung als auch für die industrielle Produktion nach dem Krieg sicherstellen. Die Engpässe in der Nahrungsmittelversorgung ließen sich jedoch auf diese Weise nicht beheben. Auch in Deutschland herrschte 1941 Lebensmittelknappheit. Ausreichende Lebensmittelrationen waren aber die Voraussetzung schlechthin, um dem Regime die Loyalität der Massen zu erhalten und die in der deutschen Geschichte beispiellose Übereinstimmung zwischen Volk und Führung weiter zu gewährleisten. Die Agrarfachleute verstanden daher ihre Anstrengungen, den Ernährungsstandard für die Deutschen auf gleichbleibendem Niveau zu halten, als Schlacht an der Heimatfront.

Seit dem Ersten Weltkrieg hatten die deutschen Kriegsplaner die Ursachen ihrer Niederlage analysiert. Das Scheitern des ersten Griffs nach der Weltmacht führten sie insbesondere auf die Ernährungslage zurück, die 1917/18 zum kriegsentscheidenden Faktor geworden war.

Furcht vor den Folgen der Seeblockade und den destabilisierenden Auswirkungen einer Unterversorgung trieben sie um. Mochten die Blitzkriege noch so siegreich sein, Kontinentaleuropa benötigte damals dennoch überseeische Einfuhren von 12 bis 13 Millionen Tonnen Getreide pro Jahr. Das entsprach dem Bedarf an Lebensmitteln für mehr als 25 Millionen Menschen. Dieses Defizit bestand bereits in Friedenszeiten, im Krieg musste es notwendigerweise ansteigen:<sup>[679]</sup> Es fehlten Arbeitskräfte, Transportmittel, Pferde und Dieselöl; Stickstoff wurde nicht mehr zu Kunstdünger, sondern zu Pulver verarbeitet. Eine einzige Missernte

konnte eine Hungersnot oder doch wenigstens defätistische Erinnerungen an die Jahre 1917/18 auslösen. Goebbels sprach von Stimmungseinbrüchen. Der europäische Kontinent war alles andere als blockadefest. Es fehlte, was die Kriegswirtschaftsstrategen Nahrungsfreiheit nannten.

## Geplante Hungersnöte

Mit diesem Problem beschäftigte sich – schon lange vor dem Krieg – der Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Herbert Backe.<sup>[680]</sup> Er war als Kind deutscher Eltern im vorrevolutionären Russland aufgewachsen und dort während des Ersten Weltkriegs interniert worden. Später studierte er in Göttingen Agrarwissenschaft, wurde früh Mitglied der NSDAP und 1933 Staatssekretär im Reichs Ernährungsministerium. Im Gegensatz zu den schwülstigen Reden von Blut und Boden, die sein vorgesetzter Minister Walther Darré schwang, setzte sich Backe für die Technisierung und Rationalisierung der deutschen Landwirtschaft ein. Es gelang ihm, seinen Minister allmählich ins politische Abseits zu manövrieren. Schon seine Stellung als Mitglied im Generalrat des Vierjahresplans hatte ihm einen bedeutenden Machtzuwachs eingebracht: Faktisch war er dadurch bereits seinem Minister vorgesetzt.<sup>[681]</sup> Von 1939 an leitete Backe die gesamte Kriegsernährungswirtschaft. Er wurde der deutsche Ernährungsdiktator. Ihm oblag es, die Heimatfront stabil zu halten. Mit Propaganda allein war das nicht zu schaffen. Entscheidend kam es auf die nötigen Mengen Schweinespeck, Butter und Fleisch an, 1942 trat der längst kaltgestellte Darré angeblich aus gesundheitlichen Gründen zurück; 1944 wurde Backe auch formell zum Reichsminister ernannt.

Herbert Backe gehörte zur intellektuellen Elite des Dritten Reichs. Er war Erster Vizepräsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Mit seiner rücksichtslosen Tatkraft und seinem großen Sachverstand war er Leuten wie Konrad Meyer, Otto Ohlendorf, Heinrich Himmler und vor allem Reinhard Heydrich nicht unähnlich, mit denen er befreundet war. Backes Konsequenz aus der vom ersten Kriegstag an prekären Ernährungslage – das nur durch Importe zu deckende Defizit betrug für das Deutsche Reich 1939 immerhin 17 Prozent – bestand zunächst in der genauen und äußerst differenzierten Zuteilung von Lebensmitteln. Dem folgte sehr bald – vor allem in den besetzten Ländern – das systematische Abschlachten eines großen Teils der Viehbestände, da die Fleischproduktion, für die im Wesentlichen Getreide, Kartoffeln und Rüben verfüttert werden müssen, ernährungswirtschaftlich außerordentlich unrationell ist: Für die Erzeugung eines Kilogramms Fleisch benötigte man sechs Kilogramm Getreide. So wurde der

Schweinebestand in Deutschland von 29 Millionen auf 18 Millionen gesenkt. In den Niederlanden wurden sofort nach der Besetzung – und zwar nach einem bereits vorher gefassten Plan – von 33 Millionen Hühnern 30 Millionen geschlachtet. In den besetzten Teilen der Sowjetunion fehlten 1943 selbst Zugtiere. Die dabei entstehenden Fleischberge wurden konserviert und für die Versorgung der deutschen Bevölkerung gehortet.

Backe setzte aber auch darauf, ganze Völker und Bevölkerungsgruppen dem Hunger preiszugeben. Zum Beispiel reiste er nach der Besetzung Norwegens, das in hohem Maß auf ausländische Nahrungsimporte angewiesen war und daher fortan von Deutschland mit ernährt werden musste, am 24. April 1940 ins Generalgouvernement und verlangte, dass nun trotz des dort herrschenden Mangels Getreide, Zucker und Fleisch nach Deutschland geliefert werden müssten. Hans Frank erklärte ihm die schwierige Versorgungssituation und deutete einen Ausweg an: »Die Juden interessieren mich überhaupt nicht, ob sie etwas zu füttern haben oder nicht, ist für mich die allerletzte Frage.«<sup>[682]</sup>

Backes genaue Lebensmittelzuteilung und die Senkung des Fleischverbrauchs reichten aber nach seiner Meinung nicht aus, um die deutsche Bevölkerung in ihrer Ein-Volk-ein-Führer-Laune zu halten. Also entwickelte er weiterreichende Pläne, wie das Nahrungsmitteldefizit ausgeglichen werden könne. Dabei ging er von folgenden Grundüberlegungen aus: Die Ernährungsprobleme in Deutschland und im besetzten Europa waren nur durch einen wirtschaftsstrategisch genau kalkulierten Krieg gegen die Sowjetunion zu lösen. Wenn aber die Agrar- und Rohstoffressourcen der Sowjetunion tatsächlich Deutschland, Italien und den besetzten mittel- und nordeuropäischen Staaten zugutekommen sollten, so konnte dies nach Backes Überlegungen nur unter einer Voraussetzung gelingen: Um Zentraleuropa »blockadefest« zu machen, mussten Millionen sowjetischer Menschen ermordet oder in den Hungertod getrieben werden. Im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjetunion trat also zu den längerfristigen ökonomischen Erwägungen, die im deutschen Herrschaftskalkül eine Bevölkerungsdezimierung erforderten, eine weitere Begründung für den Massenmord hinzu: nämlich der Versuch, die Probleme der deutschen Nahrungsmittelversorgung kurzfristig auf Kosten Millionen anderer Menschen zu bewältigen. Anders ausgedrückt: Um das deutsche Ernährungsniveau, vorzugsweise den Fleischkonsum, und damit die »Stimmung« zu garantieren, entwarfen die im Generalrat der Vierjahresplanbehörde zusammengeschlossenen Staatssekretäre, zu denen Herbert Backe gehörte, einen Vernichtungsplan. Dieser wurde noch vor der »Endlösung der Judenfrage« formuliert, und er sah vor, weit mehr Menschen

umzubringen. Die Mitglieder des Generalrats, ihre Referenten und Zuarbeiter rechneten mit etwa 30 Millionen Toten.<sup>[683]</sup> Auch Himmler äußerte unmittelbar vor Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion: »Zweck des Russlandfeldzugs (ist) die Dezimierung der slawischen Bevölkerung um 30 Millionen.«<sup>[684]</sup>

Ebenso hatten sich die Wehrwirtschaftsführung und Görings Staatssekretär Erich Neumann die ernährungspolitische Argumentation zu eigen gemacht. In einem Vortrag vor der Berliner Verwaltungsakademie referierte Neumann im April 1941: »Da ferner die Agrarproduktion der neu zum deutschen Versorgungsgebiet getretenen Länder größtenteils auf überseeischen Futtermittelzufuhren stand, die jetzt nicht mehr hereinkommen, bleibt diesen Ländern nichts anderes übrig, als zu extensiverer Wirtschaftsweise überzugehen. Damit entfällt für sie die Möglichkeit weiterer erheblicher Lieferungen an uns. Nur Dänemark wird vielleicht gewisse Ausfuhrüberschüsse auch künftig bringen können. Die anderen Länder aber müssen bei längerer Kriegsdauer allmählich aus Überschuss- zu Zuschussgebieten werden.«<sup>[685]</sup> Das Vortragsmanuskript hatte Neumanns Persönlicher Referent, Professor Otto Donner, verfasst.<sup>[686]</sup> Als Neumann diese Rede hielt, dauerte der Feldzug gegen Jugoslawien und Griechenland bereits drei Wochen an. Neumann und seine Zuarbeiter hatten längst den Angriff gegen die Sowjetunion mit geplant – nicht zuletzt aus ebendiesen Erwägungen. Wenn man darüber hinaus liest, was Backe im Frühjahr 1941 Hitler über eine für das ganze besetzte Europa bevorstehende Missernte vortrug, dann wird plausibel, dass 1941 die Angst der deutschen Führung vor kurzfristigen Ernährungsengpässen zu den allgemeinen bevölkerungspolitischen Überlegungen hinzutrat. Zusammengenommen führten beide Argumente dazu, die Planungen für Massenumsiedlungen und Völkermord voranzutreiben.

In der Nürnberger Gefängniszelle notierte Backe 1946: »Im Frühjahr 1941 habe ich einen Ernährungsvortrag bei Hitler (gehalten) in einem der kritischsten Ernährungszeitpunkte des Krieges, da die Brotgetreidearten nicht nur in Deutschland, sondern in allen besetzten Gebieten stark ausgewintert waren, die Sommersaaten infolge der Trockenheit lückenhaft aufgingen, die Reserven fast restlos aufgebraucht waren, die Wehrmacht dagegen höhere Forderungen stellte und die vielen ins Reich verbrachten Ausländer zusätzlich ernährt werden mussten. Die Rationen wurden auf Grund dieses Vortrages entscheidend gesenkt, eine schwere Belastung für das Volk. Es war gar nicht zu übersehen in Folge der starken Auswinterung, ob mit der neuen Ernte Verbesserungen der Rationen eintreten konnten.«<sup>[687]</sup>

Anfang Juni 1941 wurde die wöchentliche Fleischration für deutsche

»Normalverbraucher« von 500 auf 400 Gramm gesenkt, eine Maßnahme, die Backe noch ein Jahr zuvor für »untragbar« gehalten hatte.<sup>[688]</sup> Sie bedeutete für die deutsche Bevölkerung zwar noch längst keinen Hunger, war aber aus den schon erwähnten Stimmungsgründen unerwünscht. Um allein diese Einschränkung rückgängig zu machen – was erklärte Absicht war –, brauchte man jährlich etwa 300000 Tonnen Fleisch, dessen Produktion 1,8 Millionen Tonnen Getreide erforderte: also das jährliche Ernährungsminimum von – je nach Berechnungsgrundlage – vier bis sechs Millionen Menschen.<sup>[689]</sup>

Am 1. Mai 1941 notierte Goebbels in seinem Tagebuch: »Backe trägt mir den Stand unserer Ernährung vor. Fleisch muss ab 2. Juni um 100 gr pro Woche gekürzt werden. (...) In Brot können wir hoffen durchzukommen, wenn keine Erntekrise eintritt. In Fett geht es noch. Bekommen wir noch ein drittes Kriegsjahr, dann zehren wir vom Brot die letzten Reserven auf. (...) Backe beherrscht übrigens sein Ressort meisterhaft.«<sup>[690]</sup>

Einen Tag später – am 2. Mai – fand die wehrwirtschaftliche Grundsatzbesprechung statt, bei der weiter über den Krieg gegen die Sowjetunion beraten wurde. Im Protokoll dieser Sitzung heißt es:

»1) Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird.

2) Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn für uns das für uns Notwendige aus dem Land herausgeholt wird.«<sup>[691]</sup>

Vier Tage nach dieser Besprechung – am 6. Mai – sprach Backe wieder bei Goebbels vor:

»Backe legt die Ernährungslage dar. Wie er mir vor ein paar Tagen berichtete. Noch einige zusätzliche Angaben, die zu Optimismus berechtigen. Wenn nur die diesjährige Ernte gut wird. Und dann wollen wir uns ja im Osten gesundstoßen.«<sup>[692]</sup>

Am 23. Mai beschloss der Wirtschaftsstab Ost – eine für den Krieg gegen die Sowjetunion geschaffene, von Göring und seiner Vierjahresplanbehörde dominierte Institution – die »Wirtschaftspolitischen Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft«. Erarbeitet hatten diese Experten des Reichsernährungsministeriums unter Backe in Kooperation mit den im Generalrat des Vierjahresplans vertretenen Ministerien und der Wehrmachtsführung.<sup>[693]</sup> In diesen Richtlinien steht, wie sich das Deutsche Reich in der zu besetzenden Sowjetunion gesundstoßen wollte:

»Viele 10 Millionen Menschen werden in diesem Gebiet (d.h. der

Waldzone und den Industriestädten im Norden) überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen. Versuche, die Bevölkerung dort vor dem Hungertode dadurch zu retten, dass man aus der Schwarzerdezone (also aus der Ukraine) Überschüsse heranzieht, können nur auf Kosten der Versorgung Europas gehen. Sie unterbinden die Durchhaltemöglichkeit Deutschlands im Kriege, sie unterbinden die Blockadefestigkeit Deutschlands und Europas. Darüber muss absolute Klarheit herrschen.«<sup>[694]</sup>

Diese Richtlinien, mit denen der Hungertod für »viele 10 Millionen Menschen« begründet und gutgeheißen wurde, hatten »die Billigung der höchsten Stellen erfahren«. Hitler, Göring, Himmler, Goebbels hatten dem Plan also zugestimmt. Die Richtlinien erschienen in abgemildeter Form in der »Grünen Mappe« zur Information der gesamten deutschen Militär- und Wirtschaftsführung. Ihnen lag keine rassenideologische, sondern folgende ökonomische und geopolitische Argumentation zugrunde:

Russland war vor dem Ersten Weltkrieg der größte Weizenexporteur der Erde. Das hatte sich seit der Oktoberrevolution geändert. Zum einen, weil die sowjetische Bevölkerung einfach mehr konsumierte. Zum anderen war die Bevölkerung von 140 auf mindestens 170 Millionen Menschen angewachsen. Grundlegend verändert hatte sich auch die soziale Struktur: Jeder dritte Mensch lebte inzwischen in der Stadt, nicht nur jeder zehnte wie noch im Jahr 1914. Es wurden keine Getreideüberschüsse mehr produziert. Deshalb »musste« den Richtlinien zufolge »der Konsum entsprechend herabgedrückt werden«, »rücksichtsloseste Drosselung« erfahren. Und das umso mehr, als die bevorstehenden »kriegerischen Ereignisse« die landwirtschaftliche Produktion möglicherweise auf Jahre hinaus herabsetzen würden. In den von Herbert Backe unterzeichneten »12 Geboten« für die Besatzungspraxis, die den allgemeinen Ausführungen in der Grünen Mappe folgten, erklärte er: »Armut, Hunger und Genügsamkeit erträgt der russische Mensch schon seit Jahrhunderten. Sein Magen ist dehnbar, daher kein falsches Mitleid.«<sup>[695]</sup>

Für die Kriegführung stellte sich die Frage, wie die deutschen Eroberer den Lebensmittelkonsum der einheimischen Bevölkerung würden drosseln können, ohne hinter jeden Bauern einen Soldaten zu stellen. Vor diesem Hintergrund schlugen Backe und seine Ministerialbeamten eine wirtschaftsmilitärische Vorgehensweise vor, die sowohl die Ausbeutung des Landes als auch den Völkermord machbar erscheinen ließ. Da in der Sowjetunion, anders als in bereits besetzten Ländern, die landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebiete von den Industriezonen, in die Getreide geliefert



werden musste, »räumlich scharf getrennt« waren, sollten die innersowjetischen »Zuschussgebiete« von den Überschussgebieten der Ukraine militärisch abgeriegelt werden: »Es kommt darauf an, diese (...) Überschüsse restlos für Europa freizumachen. Mit anderen Worten: Es gilt, die Struktur von 1909/13 oder sogar diejenige von 1900/1902 wiederherzustellen.« Das bedeutete für die Menschen in den Zuschussgebieten: »Es wird darauf ankommen, die Bevölkerung in die sibirischen Räume abzulenken. Da Eisenbahntransport nicht in Frage kommt, wird auch dieses Problem ein äußerst schwieriges sein.«

»Aus besonderen wirtschaftlichen Gründen« sollte nur eines der industriellen Zuschussgebiete nicht durch eine entsprechende Führung der Front abgesperrt oder zerstört, sondern erobert werden, nämlich die Erdölfelder von Transkaukasien. Der sowjetischen Stadtbevölkerung der übrigen großen industriellen Zentren prophezeiten die Verfasser der Richtlinien: Sie werde »größter Hungersnot entgegensehen müssen«. Weil dies so sei, müsse Deutschland durch »einen rechtzeitigen einmaligen Eingriff« aus diesen Gegenden, die »in Zukunft Hungergebiete sein werden«, alles an Fleisch und Industrieprodukten herausholen, was herauszuholen sei. Soweit sie erobert würden, sollten die Fabriken der Industriezone zerstört werden – »eine unbedingte Notwendigkeit«, »auch für die fernere Friedens Zukunft Deutschlands«. Abschließend wurde in den Richtlinien noch einmal »auf das Grundsätzliche« hingewiesen: »Russland hat sich unter dem bolschewistischen System aus reinen Machtgründen aus Europa zurückgezogen und so das europäische arbeitsteilige Gleichgewicht gestört.« Das werde jetzt geändert und führe »zwangsläufig« zur »Zerreißung des jetzigen wirtschaftlichen Gleichgewichts innerhalb der UDSSR«: »Es kommt also unter keinen Umständen auf die Erhaltung des Bisherigen an, sondern auf bewusste Abkehr vom Gewordenen und die Einbeziehung der Ernährungswirtschaft Russlands in den europäischen Rahmen. Daraus folgt zwangsläufig ein Absterben sowohl der Industrie wie eines großen Teils der Menschen.«

Zwei Jahre später – nach der Niederlage von Stalingrad – schrieb Görings Referent für Ostfragen in einer selbstkritischen Rückschau: »Aus dieser Lage hat sich die Backesche These entwickelt, man müsse die west- und südrussischen Gebiete als Haupterzeuger von ihren Abnehmergebieten im zentralen Russland trennen und wieder in die europäische Versorgung einbauen; eine reale Möglichkeit, wenn man auf lange Zeit militärisch in der Lage ist, die zentralen Russen von ihren Äckern fernzuhalten.« Diese Überlegung habe bei »vielen einflussreichen Geistern« eine »wirtschaftliche Bejahung des Feldzuges bewirkt«. <sup>[696]</sup> Göring brachte das

Gesamtkonzept auf einen kurzen Nenner: »Wenn gehungert wird, dann hungert nicht der Deutsche, sondern andere.«<sup>[697]</sup>

## Schonung des deutschen Steuerzahlers

Der geplante und dann zu einem Teil auch realisierte Massenmord an der sowjetischen Zivilbevölkerung sollte nicht nur kurzfristig die Ernährung der Deutschen während des Krieges sichern, sondern langfristig staatliche Einnahmen und Handelsvorteile erbringen, um so die Kriegsschulden zu tilgen. Die Sowjetunion sollte durch einen einmaligen militärisch-ökonomischen Eingriff in den Status eines abhängigen Agrarstaates und Rohstofflieferanten zurückgeworfen werden. Außerdem sollte das Gefälle zwischen dem deutschen und dem sowjetischen Lebensstandard unbedingt erhalten bleiben. Dieses Vorgehen wurde in den »Allgemeinen Grundsätzen für die Wirtschaftspolitik in den neubesetzten Ostgebieten« schriftlich fixiert, die am 8. November 1941 unter dem Vorsitz Görings verabschiedet wurden. Dort heißt es dazu:

»Durch billige (landwirtschaftliche) Produktion unter Aufrechterhaltung des niedrigen Lebensstandards der einheimischen Bevölkerung sind möglichst hohe Produktionsüberschüsse zur Versorgung des Reiches und der übrigen europäischen Länder zu erzielen. Auf diese Weise soll neben möglichst weitgehender Deckung des europäischen Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarfs gleichzeitig für das Reich eine Einnahmequelle erschlossen werden, die es ermöglicht, den wesentlichen Teil der zur Finanzierung des Krieges aufgenommenen Schulden unter möglichster Schonung des deutschen Steuerzahlers in wenigen Jahren abzudecken.« Wenn aber die Experten aus Vierjahresplan und Ernährungsministerium der Ansicht waren, dass »in Zukunft (...) Südrussland das Gesicht nach Europa wenden« müsse, so bedeutete dies nicht nur, dort »Nahrungsmittelüberschüsse« herauszupressen, sondern auch, dass das Land »seine industriellen Verbrauchsgegenstände aus Deutschland beziehungsweise aus Europa bezieht«.<sup>[698]</sup> Deshalb müsse die russische Verarbeitungsindustrie vernichtet werden. In einer Expertise zu diesem Thema ist von »Spannungsdifferenz« zwischen industriell erzeugten Verbrauchsgütern und Rohstoffen die Rede, mit deren Hilfe »unsere Kriegsschulden« möglichst rasch abbezahlt werden sollten. Auch dieser Gedanke schlug sich sofort in entsprechenden Richtlinien nieder: »Das russische Preis- und Lohnniveau ist so tief wie nur irgend möglich zu halten. Jedwede Störung der ausschließlich auf das

Interesse des Reiches abzielenden Preis- und Lohnpolitik wird rücksichtslos geahndet werden.«<sup>[699]</sup>

Diese Ziele machte sich auch Hitler zu eigen: »Die Ukraine und dann das Wolga-Becken werden einmal die Kornkammern Europas sein«, und beispielsweise könne »die belgische Industrie ihre Erzeugnisse – billige Gebrauchsgegenstände – gegen Getreide aus diesen Gebieten tauschen«.<sup>[700]</sup> Auch der Gedanke, Kriegsschulden auf Kosten der sowjetischen Bevölkerung zu begleichen, wie ihn die Ideenproduzenten des Vierjahresplans entwickelt hatten, findet sich bei Hitler angedeutet: »Wir werden ein Getreideexportland sein für alle in Europa, die auf Getreide angewiesen sind. (...) Den Ukrainern liefern wir Kopftücher, Glasketten als Schmuck und was sonst Kolonialvölkern gefällt.«<sup>[701]</sup>

## Massenmord als Konsens

Am 20. Juni 1941 erläuterte Alfred Rosenberg den Mitarbeitern seines späteren Ostministeriums zentrale Kriegsziele:

»Die deutsche Volksernährung steht in diesen Jahren zweifellos an der Spitze der deutschen Forderungen im Osten, und hier werden die Südgebiete und Nordkaukasien einen Ausgleich für die deutsche Volksernährung zu schaffen haben. Wir sehen durchaus nicht die Verpflichtung ein, aus diesen Überschussgebieten das russische Volk mit zu ernähren. Wir wissen, dass das eine harte Notwendigkeit ist, die außerhalb jeden Gefühls steht. Zweifellos wird eine sehr umfangreiche Evakuierung notwendig sein, und dem Russentum werden sicher sehr schwere Jahre bevorstehen.« Rosenberg stellte dann Betrachtungen an über »die harte Notwendigkeit der Evakuierung«, die auf deutscher Seite »starke Charaktere« erfordere. Während die Ukraine »nach Westen gerichtet« werde, müsse »Moskowien« sein »Gesicht wieder nach Osten wenden« – in den »sibirischen Raum«. [\[702\]](#)

Die gleichen Überlegungen hatte Backe auch Hitler vorgetragen. Dieser billigte sie und verlangte, die Senkung der wöchentlichen Fleischezuteilung für Deutsche wieder rückgängig zu machen. Das allerdings erwies sich als schwierig. In der 11. Sitzung des Generalrats des Vierjahresplans sagte Backe am 24. Juni zum Thema »Fleisch« laut Protokoll: »Nur durch Senkung der Rationen ab 2. 6. (1941), die auch bei der Wehrmacht durchgeführt wurde, war die laufende Bilanz auszugleichen. Die Vorausschau auf das nächste Jahr ergebe bei den heutigen 400-gr-Rationen einen Fehlbetrag von 207000 Tonnen, bei auf 350 g verminderten Sätzen einen solchen von 67000 Tonnen. Die vom Führer gewünschte Wiedererhöhung zum Winter sei möglich, wenn in Russland einige Millionen Rinder und Schweine abgeschlachtet und nach Deutschland geschafft werden.« [\[703\]](#)

Am 28. Juni erwähnte Goebbels in seinem Tagebuch abermals die deutschen Versorgungsschwierigkeiten: »Versorgungslage in Berlin ist sehr schlecht. Keine Kartoffeln, wenig Gemüse. Aber Backe sagt mir, in ein paar Wochen werde das viel besser. (...) Schlimmer noch steht es in den besetzten Gebieten. Dort ist zum Teil richtige Hungersnot.« [\[704\]](#)

Am 16. Juli erörterten Hitler, Rosenberg, Lammers, Keitel, Göring und

Bormann, wie Angriffskrieg, Massenvernichtung und Nahrungsmittelbeschaffung am besten miteinander zu kombinieren seien. Bormann legte darüber einen Vermerk an: »Die Motivierung unserer Schritte«, so protokollierte er Hitlers Worte, »müsse sich also nach taktischen Gesichtspunkten richten.« Und weiter: »Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun.« Göring stellte während dieser Sitzung fest: Zunächst sei an die Sicherung der Ernährung zu denken, »alles andere könne doch erst viel später kommen«. <sup>[705]</sup> Darüber hinaus wurde in der Sitzung bestätigt, dass Backes Vertrauensmann Hans-Joachim Riecke für den Raub der sowjetischen Nahrungsmittel zuständig sein sollte.

Am 27. Juli genehmigte Göring die Gründung der Zentral-Handelsgesellschaft Ost für landwirtschaftlichen Absatz und Bedarf m.b.H. – mit dem Ziel, »sicherzustellen, dass die landwirtschaftlichen Produkte in den besetzten Ostgebieten zentral erfasst werden« und ausschließlich für deutsche Interessen verwendet würden. Unter Rieckes Leitung arbeiteten in der Gesellschaft Importkaufleute des Deutschen Getreidekontors in Hamburg. <sup>[706]</sup>

Am 31. Juli berieten sich unter dem Vorsitz von Görings Stellvertreter, Staatssekretär Körner, die Experten des Wirtschaftsführungstabs Ost:

»Für die Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung«, so sagte Backe im Hinblick auf die Sowjetunion, »sind nur ganz geringe Mengen verfügbar, da ja der Hauptteil der erfassten Produkte für die Truppenverpflegung und die Verbringung ins Reich vorzubehalten ist.« Körner teilte darüber hinaus mit, »die klare Weisung« Görings laute, »dass die Belange der großdeutschen Ernährungswirtschaft eindeutig vor allen Versorgungsrücksichten im neu besetzten Raum zu rangieren haben«. <sup>[707]</sup>

Am 15. September erörterten Göring, Backe, Riecke und die Wehrmachtsführung die Lage. Göring erklärte, wie aus dem Protokoll eines Referenten hervorgeht: »1. Der Herr Reichsmarschall (= Göring) befiehlt, dass unter gar keinen Umständen in der Heimat die Rationen irgendwie gekürzt werden können. 2. Er wird dies niemals dulden, weil die Stimmung der Heimat im Krieg ein ganz wesentlicher Faktor der Reichsverteidigung ist. (...) Sind aufgrund der momentanen Ernährungslage irgendwelche Einsparungen notwendig, so hat dies ausnahmslos bei den von uns besiegten Nationen zu geschehen.« Weiter sagte Göring: »Selbst wenn man die sämtlichen übrigen Einwohner ernähren wollte, so könnte man es in den neu besetzten Ostgebieten nicht.« <sup>[708]</sup> Abschließend gab er die – schon bald auf Leningrad angewandte – Parole aus: »Aus wirtschaftlichen Gründen ist die Eroberung großer Städte unerwünscht. Ihre Einschließung ist

vorteilhafter.«<sup>[709]</sup> Diese Vernichtungsstrategie war offensichtlich mit Hitler besprochen worden. Wenn er auch verschleierte, dass der Angriff gegen die Sowjetunion ins Stocken geraten war, brüstete er sich in seiner Rede am 8. November 1941 vor der »alten Garde« der NSDAP mit ebendieser Strategie des Einschließens und Aushungerns: »Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, dass Prestigemomente überhaupt keine Rolle spielen. Wenn daher einer heute sagt, wir sind in Leningrad ja in der Defensive. (...) Wir waren vor Leningrad genauso lange offensiv, als es notwendig war, um Leningrad einzuschließen. Jetzt sind wir defensiv, der andere muss jetzt ausbrechen; er wird verhungern in Leningrad, oder er wird kapitulieren!«<sup>[710]</sup>

In Görings »Richtlinien für die besetzten sowjetischen Gebiete« – ebenfalls vom 8. November – steht: »Für die Großstädte (Moskau, Leningrad, Kiew) kann einstweilen überhaupt nichts getan werden. Die sich daraus ergebenden Folgen sind hart, aber unvermeidlich.«<sup>[711]</sup> Was den Eingeschlossenen in Leningrad und anderen sowjetischen Städten bevorstand, war ein offenes Geheimnis: So notierte etwa der Hamburger Bürgermeister Carl V. Krogmann am 27. November 1941 in sein Tagebuch: »Glade vom Hauptverwaltungsamt, der sich auf einer Dienstreise befindet, berichtete über Leningrad und die dortigen Verhältnisse. Er glaubt, dass die Belagerung noch 2–3 Monate in Anspruch nehmen wird. Die Lebensmittellage in Petersburg ist außerordentlich schlecht, und die Soldaten bekommen nur noch 150 gr. Brot pro Tag und 400 gr. Fleisch im Monat; die Bevölkerung natürlich erheblich weniger. Man nimmt an, dass der größte Teil der Menschen in Leningrad, ca. 5 1/2 Mill., verhungern wird.«<sup>[712]</sup>

#### **»Wir werden uns nicht belasten«**

Entgegen allen Annahmen und wissenschaftlich fundierten Vorausberechnungen dauerte die Blockade von Leningrad 900 Tage. Zuständig für diese Berechnungen war der Ernährungsexperte des Oberkommandos der Wehrmacht, Professor Wilhelm Ziegelmayr. Am 10. September 1941 schrieb er in sein Tagebuch: »Wir werden uns auch künftig nicht mit Forderungen nach einer Kapitulation Leningrads belasten. Es muss durch eine wissenschaftlich begründete Methode vernichtet werden.« Dazu kalkulierte Ziegelmayr die in der Stadt vorhandenen Nahrungsmittelvorräte, die Zahl der dort lebenden beziehungsweise dorthin geflüchteten Menschen, die er sogar unterschätzte. Auf der Grundlage dieser Berechnungen stellte Ziegelmayr fest, »dass Menschen bei solch einer Ration physisch nicht leben können« und es daher unnötig sei, das Leben deutscher Soldaten zur Eroberung der Stadt aufs Spiel zu setzen. Dass die Leningrader Bevölkerung dennoch zweieinhalb Jahre lang der Blockade standhielt, bis die deutschen Truppen endlich in die Flucht geschlagen wurden, war für Ziegelmayr unbegreiflich.

Kurz nach Kriegsende wurde er oberster Ernährungsfachmann der sowjetisch besetzten Zone,



wo sein Standardwerk »Rohstoff-Fragen der deutschen Volksernährung« sofort neu aufgelegt wurde, gekürzt allerdings um den in die Auflage von 1941 aufgenommenen »Ausblick auf die Großraumwirtschaft«. Durch sein neues Amt hatte Ziegmayer selbstverständlich Kontakt zu russischen Kollegen. Zu einem von ihnen sagte er unter Hinweis auf Leningrad: »Ich bin schließlich ein alter Ernährungswissenschaftler. Mir ist rätselhaft, was für ein Wunder dort bei Ihnen geschehen ist.« (Adamowitsch, Granin, Blockadebuch (1987), S. 49f.) Auch wenn sich die Berechnungen Ziegmayers als falsch erwiesen, so fielen der Hungerblockade doch etwa eine Million Menschen zum Opfer.

Dass der Hungertod von Millionen Menschen in der Sowjetunion für die deutschen Kriegsstrategen nicht nur eine »notwendige« Begleiterscheinung ihres Krieges war, sondern eine bevölkerungspolitische Maßnahme, die sie als Ergänzung zu anderen Vernichtungsmethoden ansahen,<sup>[713]</sup> wird unter anderem aus einem Schreiben Martin Sandbergers deutlich. Sandberger war Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Estland und schlug am 6. November 1941 Ohlendorf und Müller im Reichssicherheitshauptamt vor, die als rassistisch höherwertig angesehenen Esten aus der Gegend um Leningrad auszusiedeln, »weil in dem gesamten Gebiet in den nächsten Monaten aus ernährungswirtschaftlichen und anderen Gründen eine sehr hohe Sterblichkeitsziffer erreicht werden wird«.<sup>[714]</sup> Mit »anderen Gründen« meinte Sandberger Massenerschießungen.

Die vorläufigen Ergebnisse dieser Politik fasste Hans Joachim Riecke am 3. Februar 1942 in einem vertraulichen Gespräch mit Journalisten so zusammen: »Wir kommen immer mehr in das Gebiet der Waldzone hinein, ein ausgesprochen landwirtschaftliches Zuschussgebiet. (...) Und da darf ich mit ein paar kurzen Zügen, weil es auf allen möglichen Wegen nach Deutschland gedrungen ist, ohne dass es gerade für die Öffentlichkeit bestimmt ist, das Problem der Versorgung der Zivilbevölkerung in den Städten Russlands anschneiden. Ich habe von vorneherein, vor Beginn der Operationen, zwei Monate vorher, darauf aufmerksam gemacht, dass das Problem der Versorgung von Leningrad ernährungsmäßig überhaupt nicht zu lösen ist, wenn es einmal in unsere Hände fallen sollte. Das ist m.E. aus politischen Gründen unzweckmäßig. Wir dürfen dem Gegner kein Material bieten, das uns für die Hungererscheinungen verantwortlich machen will. Das ganze Leningrader Gebiet ist Zuschussgebiet. (...) Es ist deshalb kein Wunder, wenn wir auf dem platten Lande auch im Norden jetzt bereits vor starken Hungererscheinungen stehen. Dasselbe gilt mehr oder weniger für alle großen Städte.«<sup>[715]</sup>

Diese strategische Linie wurde auch beibehalten, als feststand, dass mit einem schnellen Sieg im Osten nicht zu rechnen war. Mit anderen Worten:

Dem Raub von Getreide wurde Priorität eingeräumt gegenüber dem Verfügbarhalten von Arbeitskräften und einer besseren Versorgung der unterworfenen osteuropäischen Völker im Sinne einer Befriedungsstrategie. Noch in einer Einladung vom 16. Mai 1942 zur Besprechung »erforderlicher Maßnahmen« im Führerhauptquartier steht: »Die restlose Abschöpfung der landwirtschaftlichen Erzeugung der Ukraine ist zu einer lebenswichtigen Frage für die Ernährung der Front und der Heimat geworden.«<sup>[\[716\]](#)</sup>

## 6000 tote Kriegsgefangene täglich

Ihren deutlichsten Ausdruck fand die Strategie der Vernichtung durch Hunger in der 900 Tage langen Belagerung von Leningrad und im systematischen Verhungernlassen der sowjetischen Kriegsgefangenen. Vom Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion an starben im Laufe der folgenden sieben Monate durchschnittlich 6000 Kriegsgefangene täglich. Sie starben an Hunger und anderen Entbehrungen, sie wurden auch Opfer systematischer Massenerschießungen. Als die Vertreter der Vierjahresplanbehörde sich dann, nach dem Scheitern des »Blitzkrieges« vor Moskau, darauf besannen, die russischen Kriegsgefangenen zur Arbeit einzusetzen, resümierte der Leiter der Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz am 19. Februar 1942: »Es standen 3,9 Millionen Russen zur Verfügung, davon sind nur noch 1,1 Millionen übrig. Allein von November 41 bis Januar 42 sind 500000 Russen gestorben.«<sup>[717]</sup> In einem Zeitraum von etwas mehr als einem halben Jahr waren etwa zwei Millionen sowjetische Gefangene verhungert und mindestens 150000 in der Gefangenschaft erschossen worden. Weder der einsetzende Winter noch wirkliche Versorgungsschwierigkeiten können als Grund für das Sterben in den Lagern gelten. Auch gerieten eher weniger sowjetische Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft, als das Oberkommando der Wehrmacht vorausgerechnet hatte. Zwar arbeitete die Wehrmachtspropaganda von Anfang an mit dem Argument, die Versorgungsschwierigkeiten seien durch die sowjetische Politik verursacht. Diese Propaganda war ganz im Sinne Hitlers, der gesagt hatte, dass man die wirklichen Motive vor der Welt verschleiern, aber alle »notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc.« dennoch durchführen müsse. In Wahrheit lag die Verantwortung für den Hungertod der sowjetischen Kriegsgefangenen eindeutig bei den Deutschen:

### **Raubzüge und Ritterkreuz**

Hans Joachim Riecke (1899–1987) zog 1914 im Alter von 15 Jahren freiwillig in den Ersten Weltkrieg und gehörte danach den im Baltikum gegen die »Rote Gefahr« kämpfenden und marodierenden Freikorps an. Später studierte er Landwirtschaft, trat 1925 der NSDAP bei und wurde Beamter der Landwirtschaftskammer Westfalen. 1933 stieg er zunächst zum Reichskommissar in Schaumburg-Lippe auf, wurde wenig später Staatsminister von Lippe mit alleiniger Regierungsverantwortung. Am 1. 2. 1936 wechselte er in das

Reichsernährungsministerium, leitete das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft, den Reichsverband der Wasser- und Bodenverbände und die zunächst Backe unterstehende Abteilung Agrar- und Ernährungswirtschaft des Ministeriums, zu der ihm »der Krieg die Aufgabe der ernährungswirtschaftlichen Erschließung der Ostgebiete hinzufügte«. (Das Reich vom 12. 11. 1944.) 1944 schlug der Wirtschaftsstab Ost vor, ihm das Ritterkreuz mit Schwertern zu verleihen, weil er mit dem von ihm geleiteten Apparat innerhalb von genau drei Jahren 6,9 Millionen Tonnen Getreide, 763000 Tonnen Ölsaaten, 664000 Tonnen Fleisch und 150000 Tonnen Fette aus der Sowjetunion geraubt hatte und so »die Versorgungslage des deutschen Volkes auf der bisherigen Höhe gehalten werden konnte« (Geheimes Staatsarchiv Berlin, Rep. 90 M/45, Bl. 65–68). Zusätzlich hatte die Wehrmacht ein Mehrfaches für ihre Zwecke requiriert. Riecke vereinigte in seiner Person zentrale Funktionen des Reichsernährungsministeriums, des Vierjahresplans, des Ostministeriums und des Wehrwirtschaftsstabes Ost. Das entsprach der Ämterhäufung Gustav Schlotterers. Nach dem Krieg wurde Riecke Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Hamburger Handelshauses Alfred C. Toepfer, einem der größten deutschen Agrarhandelsunternehmen. 1958 bekannte sich »Staatssekretär a.D.« Riecke dann in aller Form zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und erteilte gute Ratschläge: »Einschneidende Maßnahmen«, »die Entwicklung einer Arbeitsteilung«, »einheitliche europäische Marktordnung«, »Senkung der Getreidepreise«, »Rationalisierung der westdeutschen Betriebe« zur Abwehr des »Kolchos« (Vereinigte Wirtschafts-Dienste/Frankfurt (VWD), Nr. 123, 20. 5. 1958). Die im Privatdruck erschienenen Erinnerungen Rieckes sind, soweit sie seine Tätigkeit in der NS-Zeit betreffen, eine Sammlung von Rechtfertigungen, Auslassungen und Lügen. BArch, Kleine Erwerbungen/784.

Schon im August 1941 schrieb der Abwehroffizier Helmuth James Graf von Moltke an seine Frau: »Die Nachrichten aus dem Osten sind wieder schrecklich. Wir haben offenbar doch sehr große Verluste. Das wäre noch erträglich, wenn nicht Hekatomben von Leichen auf unseren Schultern lägen. Immer wieder hört man Nachrichten, dass von Transporten von Gefangenen oder Juden nur 20% ankommen, dass in Gefangenenlagern Hunger herrscht, dass Typhus und alle anderen Mangel epidemien ausgebrochen seien.«<sup>[718]</sup> In den Lagern für sowjetische Kriegsgefangene im Generalgouvernement starben von Juni 1941 bis zum 15. April 1942 knapp 310000 überwiegend junge und gesunde Männer, insgesamt mehr als 85 Prozent aller Gefangenen in diesen Lagern. Das Gefangenenlager Bergen-Belsen war Ende des Winters 1941/42 »fast ganz ausgestorben«. Und von all den russischen Kriegsgefangenen, die die Märsche und Transporte in die deutschen Lager überlebt hatten, waren nach einer Feststellung des Generalquartiermeisters der Wehrmacht bis zum April 1942 fast die Hälfte »an Hunger und Fleckfieber eingegangen«.<sup>[719]</sup> Es ging der politischen und militärischen Führung von vornherein darum, den sowjetischen Gefangenen nur die sogenannte »notwendigste Verpflegung« zukommen zu lassen, um eine »Belastung der deutschen Ernährungsbilanz« zu vermeiden. Unter notwendigster Verpflegung verstanden die für die Kriegsgefangenen

zuständigen Dienststellen 700 bis 1000 Kalorien pro Tag, Rationen, die innerhalb weniger Wochen zum Hungertod eines Menschen führen müssen. Bis zum 31. Oktober 1941 wurden die offiziell festgelegten Zuteilungen, die wirklichen waren erheblich geringer, fortlaufend gekürzt und die zuständigen Offiziere des Kriegsgefangenenwesens immer wieder ermahnt, »einen besonders strengen Maßstab« anzulegen, »da jedes Verpflegungsmittel, das den Kriegsgefangenen zu Unrecht oder zu viel gewährt wird, den Angehörigen in der Heimat oder den deutschen Soldaten abgezogen werden muss«. <sup>[720]</sup>

Göring und Backe begründeten dieses Vorgehen am 15. September 1941 noch einmal gegenüber den in der Wehrmacht Verantwortlichen: »Bei der Verpflegung der bolschewistischen Gefangenen sind wir im Gegensatz zur Verpflegung anderer Gefangener an keine internationalen Verpflichtungen gebunden. Ihre Verpflegung kann sich daher nur nach den Arbeitsleistungen für uns richten.« <sup>[721]</sup> Lebensmittel, die aus den besetzten Teilen der Sowjetunion nicht sofort abtransportiert werden konnten, sollten dort »als Reichsreserve an bestimmten, gesicherten Punkten auf Lager genommen«, auf keinen Fall aber an Kriegsgefangene ausgegeben oder »von der herumzigeunernden Bevölkerung aufgefressen« werden. <sup>[722]</sup> Zwar änderte sich diese Politik offiziell nach dem 31. Oktober 1941, weil von nun an sowjetische Gefangene als Arbeitskräfte eingesetzt werden sollten. In der Praxis hieß dies zunächst aber nur, dass die Kriegsgefangenen zwar »einen notwendigen Zuschuss an Arbeitskraft« darstellten, »in ihrem gegenwärtigen Zustand« dafür aber nicht verwendbar seien und »in großem Umfang der Erschöpfung anheim(fallen)« würden. Der Generalquartiermeister des Heeres, General Eduard Wagner, präzisierte gegenüber den obersten an der Ostfront eingesetzten Offizieren am 13. November 1941: »Nichtarbeitende Kriegsgefangene in den Lagern haben zu verhungern.« Und Wagner stellte dies in den Zusammenhang des gesamten auf Hungersnöten basierenden deutschen Entvölkerungsplans: »Unlösbar« sei die Ernährung der Großstädte – »es kann keinem Zweifel unterliegen, dass insbesondere Leningrad verhungern muss«. <sup>[723]</sup>

## »Raumenge – Volksdezimierung«

Im Juni 1941 hatte Hitler gefordert, »dass die Herabsetzung der Fleischration zum Herbst wieder aufgehoben wird«. Und nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion sagte Göring: »Die Heimatfront steht, weil – gesehen im Gegensatz zum (Ersten) Weltkrieg – zu verzeichnen sind:

1. geringe Verluste und 2. eine konstante Lebenshaltung.«<sup>[724]</sup> Im Vorwort zu Backes 1942 erschienenem Buch »Um die Nahrungsfreiheit Europas« heißt es: »Das Charakteristikum einer echten Kornkammer ist immer die geringe Siedlungsdichte gewesen.«<sup>[725]</sup> In einem »Entwurf zum Vortrag beim

Führer« am 19. August 1943 notierte Backe: »Raumenge –

Volksdezimierung«.<sup>[726]</sup> Den Erfolg dieser Politik hatten Görings Fachleute in der Vierjahresplanbehörde bereits im Oktober 1942 bilanziert: »Da die Bevölkerung in den besetzten (sowjetischen) Gebieten um ein Viertel bis zwei Drittel, im Durchschnitt um ein Drittel, abgenommen hat und die Zuteilungen nicht mehr 250 kg (Weizen) wie im Frieden betragen werden, kann bei annähernder Erreichung der Friedensernte mit einem höheren Überschuss als einem Viertel gerechnet werden, sodass nicht nur der deutsche, sondern auch der europäische Fehlbetrag an Brotgetreide allein aus dem südlichen Russland gedeckt werden kann.«<sup>[727]</sup> Die Menschen, auf deren Kosten diese »Überschüsse« requiriert wurden, waren zu diesem Zeitpunkt bereits in die geplanten Hungerzonen jenseits der deutschen Front abgedrängt worden; und viele waren an den Folgen dieser Hunger- und Terrorpolitik gestorben.

Ob die Entscheidung im Jahre 1941, die europäischen Juden zu ermorden, nicht auch von der Überlegung bestimmt war, die Gesamtzahl der Menschen in Europa aus ernährungspolitischen Gründen zu reduzieren, ist zumindest eine ernsthafte Frage wert.<sup>[728]</sup> Dafür spricht die zeitliche Parallelität der gegen einen Teil der sowjetischen Zivilbevölkerung und gegen die gesamte jüdische Minderheit Europas gerichteten Vernichtungskonzeptionen. Deutlich tritt dieser Zusammenhang in einem Bericht von Peter-Heinz Seraphim hervor. Seraphim arbeitete im Herbst 1941 als Kriegsverwaltungsrat in der Ukraine, und er, der immer auf eine »endgültige Lösung der Judenfrage« gedrängt hatte, wurde dort Augenzeuge von Massenerschießungen. Sie seien »grauenhafte«, schrieb er und berichtete

weiter: »Die in der Ukraine durchgeführte Art der Lösung der Judenfrage« habe neben vielen – auch wirtschaftlich – nachteiligen Auswirkungen immerhin auch die »Beseitigung eines Teils z.T. überflüssiger Esser in den Städten« zur Folge. Dann beschrieb Seraphim den Zielkonflikt dieser Politik aus seiner Sicht: »Eine Abschöpfung landwirtschaftlicher Überschüsse aus der Ukraine für Ernährungszwecke des Reiches ist mithin nur denkbar, wenn der ukrainische Binnenverkehr auf ein Minimum gedrückt wird. Es wird versucht, das zu erreichen:

1. Durch Ausmerzungen überflüssiger Esser (Juden, Bevölkerung der ukrainischen Großstädte, die wie Kiew überhaupt keine Lebensmittelzuteilung erhalten);

2. durch äußerste Reduktion der den Ukrainern der übrigen Städte zur Verfügung gestellten Rationen;

3. durch Verminderung des Verzehrs der bäuerlichen Bevölkerung.«<sup>[729]</sup>

Hier wird der Mord an der jüdischen Minderheit in der Sowjetunion in die allgemeine Vernichtungskonzeption eingeordnet, die die deutschen Ernährungsfachleute entwickelt hatten. Auch Herbert Backe orientierte sich an zwei Maximen: Die eine lautete, dass der Kampf, in dem das deutsche Volk stehe, nicht »auch nur durch die kleinsten Verpflegungsschwierigkeiten« erschwert werden dürfe, die andere war sein unbeugsamer Antisemitismus.<sup>[730]</sup>

Nachdem ihn der Ankläger des Militärgerichts in Nürnberg, Robert Kempner, mit seinen mörderischen Plänen konfrontiert hatte, erhängte sich Backe, weil er seine Auslieferung an die Sowjetunion befürchtete. Herbert Backe war, wie in einer Notiz für Heinrich Himmler steht, »eine offene, ja brutal offene Natur«.<sup>[731]</sup>



# Der Generalplan Ost

## Planungshorizonte bis zur Krim

Mit Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion betrachteten die deutschen Raum- und Wirtschaftsplaner ihr Betätigungsfeld als praktisch grenzenlos. Der Sieg schien greifbar nahe, es breitete sich eine regelrechte Neuordnungs- und Machbarkeitseuphorie aus. Im Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau erschien im Juni 1941 eine Denkschrift zum Thema »Die Aussiedlung der Polen«.<sup>[732]</sup> Im Auftrag des Oberkommandos der Wehrmacht führte ein Professor anthropologische Untersuchungen an sowjetischen Kriegsgefangenen durch und schlug als eine Möglichkeit vor, das »Russentum zu liquidieren«.<sup>[733]</sup> Noch am 12. Juli 1939 hatte ein Wehrmachtsgeneral im besetzten Prag gesagt: Um die »tschechische Gemeinschaft örtlich und geistig aufzulösen«, sei das »Radikalmittel einer physischen Ausrottung unter normalen Verhältnissen nicht möglich«.<sup>[734]</sup> 1941 aber schien auch dort die Zeit gekommen für »eine sofortige volksmäßige Bereinigung der Gemeinwesen und eine grundlegende wirtschaftliche Neugestaltung«.<sup>[735]</sup> Am 8. August 1941 verkündete ein Redner der Deutschen Arbeitsfront zum Entsetzen des Sicherheitsdienstes im Protektorat Böhmen und Mähren: »Die ›Wenzels‹ (gemeint waren damit die Tschechen) seien in diesem Land nur Gäste. Wenn sie nicht bereit seien, im Laufe dieses Krieges ihre Gesinnung zu ändern, könnten sie später in einem Land jenseits des Ural darüber nachdenken.«<sup>[736]</sup>

Mit dem Krieg gegen die Sowjetunion begannen auch die Planer des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums ihren Aktionsradius zu vergrößern. Anknüpfend an ihre Erfahrungen im annektierten Westpolen erweiterten sie den Generalplan Ost derart, dass er die Veränderung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur bis zur Krim im Südosten und bis kurz vor Leningrad im Nordosten einschloss. Wieder gehörten die Ansiedlung von Deutschen, die Vertreibung der »Fremdvölkischen« und die Eindeutschung eines kleinen Teils der ansässigen Bevölkerung zu den Voraussetzungen. »Der Sieg unserer

Waffen«, jubelte der Planungschef des RKF, Konrad Meyer, 1941, »und die Erweiterung unserer Grenzen haben alte Schranken gesprengt.«<sup>[737]</sup>

Meyer setzte in seinen Überlegungen auf die neuen »Lösungsmöglichkeiten«, die sich infolge der »Öffnung nach Osten« ergeben hätten. Die »gewaltigen Aufgaben«, die dem deutschen Volk »entstanden« seien, beschränkten sich nicht auf Eindeutschung und »Neubau der eroberten Gebiete«. Vielmehr wollten die Visionäre des Neubaus die gesamte, ihres Erachtens veraltete und funktionsuntüchtige Sozialstruktur Deutschlands verändern. »Von den Grensräumen ins Altreich hinüberwirkend«, begriffen sie Bevölkerungsverschiebungen und Umstrukturierung im Osten »als entscheidenden Beginn und als Vorbedingung einer tiefgreifenden Neuordnung von Volk und Raum«.

Meyer schrieb dazu: Der große Prozess der Neuordnung beginne »mit der Neuordnung der Wirtschaftsverfassung, mit der Bereinigung übersetzter Berufe, weiter Planung und Ordnung der Produktion, ihrer Märkte und Preise mit der Organisation der Kaufkraft« und führe »zur völligen Neuordnung der Siedlungsstruktur«. In der Phantasie dieses Generalplaners war nach dem von ihm unmittelbar erwarteten militärischen Sieg im Osten so gut wie alles möglich: Der neu gewonnene Handlungsspielraum würde es erlauben, den Arbeitskräftemangel in Deutschland ebenso zu beseitigen wie neue Absatzmärkte für die Industrie zu schaffen und die Arbeitsintensität in der Landwirtschaft zu steigern. Insgesamt sollte eine »planvolle Auflockerung und Gesundung unseres gesamten Volks- und Wirtschaftsgefüges« erreicht werden.<sup>[738]</sup> Wenn im europäischen Ostraum dann »an Stelle der primitiven und nicht kaufkräftigen« einheimischen Bevölkerung erst »eine bedarfskräftige deutsche Bevölkerung angesetzt« worden sei, würde auch der Industriesaufbau in den neu eroberten Gebieten »zur vollen Entwicklung kommen können«.<sup>[739]</sup>

Am Tag vor dem Überfall auf die Sowjetunion beauftragte Himmler die Planungsabteilung des RKF offiziell, einen »Generalplan Ost« zu entwerfen. Darin sollte Meyer Besiedlung und Neustrukturierung konzipieren – nicht nur für das gesamte besetzte Polen, sondern auch für weite Gebiete der Sowjetunion, die die Deutschen bald zu besetzen hofften. Meyer hatte längst Vorarbeit geleistet. So konnte er drei Wochen später, am 15. Juli, die erste Fassung seines Plans vorlegen. Sie wurde bislang nicht aufgefunden, doch lassen sich ihre Konturen aus Stellungnahmen, Vorarbeiten, Teilplänen und einer späteren Fassung rekonstruieren.<sup>[740]</sup> Die zweite Version des Generalplans Ost vom Juli 1942 ist offensichtlich wesentlich abgemildert – vermutlich, weil die weitreichenden Vernichtungspläne im Sommer 1942

bereits in erheblichem Umfang verwirklicht beziehungsweise der Realisierung nahe und gleichzeitig die politischen und militärischen Spielräume eingeschränkt waren.<sup>[741]</sup>

Die Menschen, die nach solchen Schreibtisch- und Reißbrettplanungen und bald schon in der Realität ausgesiedelt oder umgebracht werden sollten, zählten nicht mehr wie noch in den eingegliederten Ostgebieten nach Hunderttausenden, später nach einigen Millionen, sondern die Planer machten die gesamte polnische und sowjetische Bevölkerung zum Gegenstand ihrer Strategien und stritten sich allenfalls darüber, ob eher 31 oder doch eher 45 bis 51 Millionen Menschen »ausgesiedelt« werden müssten. Vertreibung, Zwangseindeutschung, Arbeitssklaverei und soziale Umschichtung, die Vernichtung ganzer Großstädte und millionenfacher Mord waren in den Vorstellungen der Bevölkerungsexperten ebenso selbstverständlich wie moderne Propaganda für eine Geburtenkontrolle. Gemeinsam ist allen Entwürfen der bevölkerungspolitischen und ökonomischen Generalplanung im Osten die Absicht, große Teile der Bevölkerung Polens und der Sowjetunion zu vertreiben, viele dieser Menschen zu töten und das Land, auf dem sie bis dahin gelebt hatten, mit Hilfe einer deutschen Oberschicht zu germanisieren. Dabei ging es nicht allein darum, Platz für deutsche Siedler zu schaffen.

Wie schon das besetzte Polen, galt – trotz Kollektivierung und Stalin'scher Hungerpolitik der Jahre 1930 bis 1933 – auch die westliche Sowjetunion nach wie vor als landwirtschaftlich überbevölkert. In einem Teilentwurf zum Generalplan Ost heißt es: »Das zwischen Wilna, Kasan, Saratow und Odessa liegende Gebiet ist heute schon landwirtschaftlich überbevölkert.« Die restlichen Gebiete der Sowjetunion seien »als vollbesiedelt oder gut bevölkert anzusehen« oder als »landwirtschaftlich ungeeignet«.<sup>[742]</sup> Für die Wehrwirtschaftsführung schrieb der Berliner Agrarfachmann Wladimir von Poletika 1941: »Russland weist also trotz (insgesamt) geringer Bevölkerungsdichte stärkste agrarische Überbevölkerung sogar gegenüber den Ländern Westeuropas auf.« Deren Maximum sei in der für die deutschen Zwecke besonders wichtigen Ukraine zu lokalisieren.<sup>[743]</sup>

Die Generalplanung war, wie geschildert, nicht allein auf eine Senkung der Bevölkerungszahl und auf Neuordnung der Sozial- und Produktionsstruktur im Osten angelegt. Zugleich versuchte man auf diese Weise, vorhersehbare Strukturkrisen im Deutschen Reich abzufangen. Als es 1940 erst um die annektierten polnischen Gebiete ging, klang das so: »Was an den neuen Grenzen des Reiches als Sache des ganzen Volkes Form und Gestalt annehmen wird, wird von hier beispielgebend auf die Verhältnisse im Altreich zurückwirken, eine Auflockerung des Volksgefüges mit sich

bringen und bei planvoller Lenkung des großen, sich auslösenden Prozesses der Volksbewegung eine Gesundung der agrarischen Verhältnisse und darüber hinaus der gesamten Sozialordnung im Reich herbeiführen. Denn wir haben ja im Altreich nicht nur z.T. eine auf engem Raum und dürftigem Boden in Bedrängnis lebende bäuerliche Bevölkerung, die der Auflockerung bedarf, sondern auch im gewerblichen und handwerklichen Bereich Aufgaben der ›Flurbereinigung‹.<sup>[744]</sup>

Herbert Backe argumentierte ähnlich: »Im Zuge der Besiedlung der erworbenen Gebiete (...) wird es auch möglich sein, viele nichtlebensfähige Klein- und Kleinstbetriebe in der Heimat zu gesunden Höfen, die den Einsatz neuzeitlicher Maschinen erlauben, umzustellen.«<sup>[745]</sup> Auch Hitler war von der Idee begeistert, sowjetische Bauern- und Arbeiterfamilien zu vertreiben und zu vernichten und auf diese Weise die strukturpolitischen Probleme im Reich zu mildern: »Aus Thüringen und aus dem Erzgebirge zum Beispiel können wir unsere armen Arbeiterfamilien herausnehmen, um ihnen große Räume zu geben.«<sup>[746]</sup> Die Strategen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) erhofften sich, wie aus ihrem Gutachten zu den Siedlungsmöglichkeiten in den eroberten Ostgebieten hervorgeht, dass in Deutschland »mindestens 700000 landwirtschaftliche Klein- und Kümmerbetriebe beseitigt werden« und dass »eine einmalige Abgabe an deutschen Menschen nach dem Osten erfolgen (soll), um die wirtschaftliche und soziale Struktur im Altreich zu verbessern«.<sup>[747]</sup> Die DAF war eine zivile Massenorganisation, ihre Vorstellungen aber gingen weit über die des Himmler'schen Planungsamts hinaus, das nur mit 220000 bäuerlichen Familien rechnete, die »durch eine Bereinigung der überfüllten Agrargebiete im Altreich« für die Ostsiedlung zur Verfügung stehen würden.<sup>[748]</sup> Bis zum Ende des Jahres 1942 war das Vorhaben präzisiert worden: In einem geheimen Raumordnungsplan für das besetzte Baltikum heißt es im Abschnitt »Das Ostland im Großwirtschaftsraum Europa«, dass eine Bestandsaufnahme in der deutschen Landwirtschaft durchgeführt worden sei mit dem Ziel, »festzustellen, wie hoch die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist, die für eine Aussiedlung nach dem Osten (...) in Frage kommen«. Demnach waren etwa 500000 bis 600000 landwirtschaftliche Betriebe als sanierungsbedürftig einzustufen: »Von diesen kommen rund 250000–300000 für die Aussiedlung nach dem Osten in Betracht, das sind etwa eine Million landwirtschaftliche Bevölkerung.«<sup>[749]</sup>

In der späten Fassung des Generalplans Ost unterschied Konrad Meyer in seinem Konzept zwischen Siedlungsgebieten und drei weit vorgelagerten

Siedlungsmarken und Siedlungsstützpunkten. Die Siedlungsgebiete (dazu gehörte das annektierte Westpolen) wollte er möglichst schnell germanisiert wissen. Die Siedlungsmarken sollten in einem Zeitraum von 25 Jahren in den ländlichen Regionen bis zu 50 Prozent und in den grundsätzlich zu verkleinernden Städten bis zu 25 Prozent eingedeutscht werden. Dabei handelte es sich um die Regionen Krim/Cherson (= Gotengau), das Gebiet um Leningrad (= Ingermanland) und Westlitauen/Bialystok (= Memel- und Narewgebiet). Darüber hinaus wollte Meyer die Siebenbürgendeutschen nun nicht mehr ins Reich rücksiedeln, sondern mit ihnen offenbar eine weitere Siedlungsmark im Rahmen des Generalplans Ost bilden.<sup>[750]</sup> Zwischen den einzelnen Siedlungsmarken sollten »längs der Haupteisenbahn- und Autobahnlinien« im Abstand von etwa 100 Kilometern 36 deutsche Siedlungsstützpunkte geschaffen werden. Zu diesem Zweck wählte Meyer eine entsprechende Anzahl polnischer und sowjetischer Städte aus, die zunächst zu 25 Prozent germanisiert und so von den neuen deutschen Einwohnern zu Vorposten für weitere Siedlungsvorhaben gemacht werden sollten. Der dafür erforderliche Platz wurde in den betreffenden Städten 1941/42 geschaffen: Massenerschießungen und Deportationen der ursprünglich dort lebenden Menschen – insbesondere der jüdischen Bevölkerung – machten die Germanisierung möglich. Im potentiell »germanischen Stützpunkt« Wilna waren noch kurz zuvor 28 Prozent der Einwohnerschaft jüdisch, in Tarnów 43 Prozent, in Rowno 56 Prozent.

### **Die Publikationsstelle Dahlem**

Das volkspolitische und statistische Datenmaterial, mit dem die Generalplaner arbeiteten, lieferte überwiegend die Publikationsstelle Berlin-Dahlem, eine Filiale des Geheimen Preußischen Staatsarchivs. Sie arbeitete eng mit dem SD und dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums zusammen und stellte aus sowjetischen Volkszählungen und Statistiken Daten und Berichte über einzelne Gebiete der Sowjetunion zusammen oder ließ einfach russische und polnische Arbeiten übersetzen; z.B.: Werner v. Harpe, Die Grundsätze der Nationalitätenpolitik Lenins; W. Kubijowytsch, Nationalitätenverhältnisse, rassische und sprachliche Merkmale des ukrainischen Volkes. Grenzen und Territorium des ukrainischen Volksbodens; D. A. Solotarew, Die ethnische Zusammensetzung des Nordwestbezirks (Leningrad, Karelien, Kola); Heinrich Laakmann, Ingermanland; Franz Doubek, Atlas. Die deutsche Siedlung in Polen im Maßstab 1:100000; Peter Scheibert, Politische Entwicklung der Weißruthenen; Bevölkerungsstatistik Weißrutheniens und v.a.m. Die Akte mit dem Schriftwechsel zum Generalplan Ost im Bundesarchiv trägt übrigens den Stempel »Keine Verschlussache nach VS-Anw. ab 1. 9. 1956/Bundesarchiv/i.A.«. Die Unterschrift lautet: »12. Okt. 64 Kohte«. Wolfgang Kohte war, bevor er zum Bundesarchiv kam, stellvertretender Leiter der Publikationsstelle Dahlem und neben Johannes Papritz der Mitherausgeber der o.g. Schriften, auch verwaltete die Publikationsstelle im Auftrag der SS die Zentralkartei aller deutschen Juden. Vorübergehend gehörte der Publikationsstelle Dahlem auch der Sozialhistoriker Werner Conze an (Burleigh, Germany Turns Eastwards (1988), S. 90, 94).

Als deutsche Stützpunkte sah der Generalplan die folgenden Städte vor: Wilna (Vilnius), Dünaburg (Daugavpils), Rositten (Rezekne), Abrene (Pytalovo), Pleskau (Pskov), Luga, Narva, Schaulen (Siauliai), Riga, Walk (Valga bzw. Valka), Dorpat (Tartu), Weißenstein (Paide), Reval (Tallinn), Wesenberg (Rakvere/Estland), Krakau, Tarnów, Jaslo, Zamość, Przemyśl, Lemberg (Lwów), Tschenstochau, Kielce, Sandomir (Sandomierz), Radom, Lublin, Siedlce, Warschau, Tomaszów, Rowno, Sepetówka, Berditschew, Belaja-Zerkow, Bobrinsk, Bjatichatka, Krivoj-Rog, Nikolajew. Dieses Konzept war das siedlungspolitische Pendant zu Backes Plänen. Auch ergänzte es die militärischen und wehrwirtschaftlichen Strategien. Es bedeutete, dass die Ukraine und die baltischen Staaten von ihren äußersten Grenzen her, also von Leningrad und der Krim aus, durch deutsche Siedlungsmarken eingekreist werden sollten, während gleichzeitig die dazwischen liegenden Stützpunkte dazu gedacht waren, die einheimischen Völker aufzuspalten, voneinander zu isolieren und politisch zu lähmen. Der Rassendeckmantel des Ostministeriums, Erhard Wetzel, schrieb: »Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass diese verwaltungsmäßige Aufspaltung des russischen Raumes und eine planmäßige Fort- und Auseinanderentwicklung der einzelnen Räume eines der Mittel ist, einer Erstarkung des Russentums vorzubeugen.«<sup>[751]</sup>

Wollten die deutschen Landwirtschaftsexperten die nordwestlichen Teile der Sowjetunion vom Rest des Landes abschneiden und – wohl wissend, dass dabei Millionen Menschen verhungern würden – das Getreide aus den südlichen Regionen der UdSSR nach Mitteleuropa lenken, so sah auch der Generalplan Ost die Vernichtung der Stadt Leningrad und ihrer Bevölkerung vor. Lapidar heißt es dort: »Im Ingermanland (d. i. die Region Leningrad) wurde die künftige Stadtbevölkerung mit 200000 (1939: 3200000) angenommen.«<sup>[752]</sup> Im erwähnten »Entwurf eines Raumordnungsplans für das Ostland« vom November 1942 gingen die Verfasser davon aus, dass diese Region »nach Ablauf der Kampfhandlungen relativ entvölkert sein« werde.<sup>[753]</sup> In einer älteren Version des Generalplans Ost war für den Dnjeprbogen eine weitere Siedlungsmark vorgesehen, demnach war offenbar beabsichtigt gewesen, die Stadt Kiew auszulöschen.<sup>[754]</sup>



## 12,4 Milliarden Arbeitsstunden für den »Aufbau«

Die Variante des Generalplans Ost vom Juli 1942 ist in der Kurzfassung von sechs Seiten und in einer etwa vierzigseitigen Fassung erhalten. Sie trägt den Untertitel »Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues«. Während die »Rechtsordnung einer Landnahmeverfassung« in unserem Zusammenhang nicht weiter interessiert, ist es für den bevölkerungspolitischen Aspekt wichtig, wie in bestimmten Regionen »Marken des Reiches« und »Stützpunkte gegen Russen- und Asiatentum« geschaffen werden sollten.<sup>[755]</sup> In dem Plan wird gefordert, diese Regionen nicht der allgemeinen deutschen Militär- oder Zivilverwaltung zu unterstellen, sondern Himmler und seinem Apparat. Alfred Rosenberg und die Führungsgarnitur seines neugeschaffenen Ostministeriums lehnten das als Einmischung in ihre Kompetenzen ab. Sie beanspruchten die bevölkerungs- und siedlungspolitische Zuständigkeit für die neu eroberten Gebiete. Bei der Besiedlung des Ostens standen »landsmannschaftliche Gesichtspunkte« im Vordergrund. Es sollten also immer Deutsche einer bestimmten Gegend an einem Stützpunkt siedeln und die betreffenden Heimatregionen »die Patenschaft für mindestens einen Ostkreis übernehmen«.<sup>[756]</sup>

Nach den Vorstellungen Meyers und seines Stellvertreters, des Jenaer Professors für Finanzwissenschaften Felix Boesler, sollte die Finanzierung des Generalplans Ost zum geringsten Teil aus dem Reichshaushalt und aus privaten Investitionen erfolgen. Grundlage der Planung bildeten geraubtes Vermögen (»neu zu bildende Sondervermögen des RKF«) und Ausbeutung fremder Arbeitskraft: »Es könnten also durch kolonnenmäßigen Einsatz von billigen Arbeitskräften Ersparnisse erzielt werden.«<sup>[757]</sup> Für ihre »Aufbaumaßnahmen« setzten die Generalplaner insgesamt 12,4 Milliarden Arbeitsstunden an. Himmler fasste Boeslers und Meyers Konzept in die Worte: »Wenn wir nicht die Ziegelsteine hier (im Osten) schaffen, wenn wir nicht unsere Lager mit Sklaven vollfüllen – in diesem Raum sage ich die Dinge sehr deutlich und sehr klar –, mit Arbeitssklaven, die ohne Rücksicht auf irgendeinen Verlust unsere Städte, unsere Dörfer, unsere Bauernhöfe bauen, dann werden wir auch nach einem jahrelangen Krieg das Geld nicht haben, um die Siedlungen so auszustatten, dass wirklich germanische



Menschen dort wohnen und in der ersten Generation verwurzeln können.«<sup>[758]</sup> Dieses Konzept war auch schon Bestandteil der ersten Version des Generalplans, denn die Wehrwirtschaftsführung hielt bereits am 20. Oktober 1941 »Maßnahmen zugunsten der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit« derjenigen sowjetischen Kriegsgefangenen für erforderlich, die »für gesteigerte Nachkriegsaufgaben in den Ostgebieten« gebraucht würden: vor allem Baufacharbeiter und Steinmetze.<sup>[759]</sup>

### **Felix Boesler**

Die finanziellen Aspekte des Generalplans Ost rechnete Professor Felix Boesler in Jena durch.<sup>[760]</sup> Boesler hatte sich in den 1930er-Jahren zunächst mit Berechnungen über die »toten Kosten« der Sozialfürsorge qualifiziert (Boesler, Sozialetat und soziale Belastung, 1933), später hatte er eine »aggressive Haltung des Staates und der Gemeinschaft gegenüber allen Schäden und Schadensursachen am Volkskörper« gefordert: »Es darf nicht von einem allgemeinen formalen Recht auf Fürsorge ausgegangen werden.« Diesen Erörterungen folgte das bekannte Zahlenspiel mit den »großen Summen«, die in Folge der »Betreuung erbbiologisch Minderwertiger in Anspruch genommen werden«. (Boesler, Öffentlicher Aufwand bevölkerungspolitischer Art, 1936, S. 768f.) Von 1940 an beriet Boesler den RKF in Finanz- und Steuerfragen für die eingegliederten Ostgebiete. Sein Spezialgebiet war die Verbindung von Bevölkerungs- und Finanzpolitik. Gegenüber der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die diese Pläne mit mehr als einer halben Million Mark förderte, trat Boesler als Meyers Vertreter auf. Nach dem Krieg lebte Boesler in der DDR; er war bis 1957 Mitglied der Deutschen Bauakademie in Ostberlin. Neben zahlreichen Expertisen für den Aufbau der Städte und Dörfer in der DDR veröffentlichte er zusammen mit Kurt Junghanns und Ruth Günther 1954 im Berliner Henschelverlag die Schrift »Der Wohnkomplex als Planungselement im Städtebau«; Boesler steuerte die »Richtzahlen« für die Versorgungseinrichtungen bei, vermutlich die Zahlen, die er für die Besiedlung des Warthegaus entwickelt hatte. 1957 zog er in die Bundesrepublik, rühmte sich »der Freundschaft mit Carl Goerdeler« und betrieb gemeinsam mit einigen alten RKF-Kollegen Strukturplanung. Schließlich leitete er den Arbeitskreis für elektronische Datenverarbeitung in der Orts- und Regionalplanung. Zum 60. Geburtstag schrieb das Handelsblatt (21. 3. 1961): »Seine Freunde und seine Gesprächspartner sind immer wieder beeindruckt von der Klarheit seiner unorthodoxen Gedanken und seiner wissenschaftlichen Vitalität.«

Insgesamt sollte der Raub- und Beutezug sämtliche als privat oder öffentlich deklarierten Ausgaben decken. Das gewaltige Investitionsprogramm musste also auch dort, wo Arbeitskraft nicht unmittelbar ausgebeutet werden konnte, von den besetzten Ländern selbst finanziert werden. Von Aufbaukrediten war ausdrücklich nicht die Rede, sondern: »Die für den Siedlungsaufbau erforderlichen Mittel sollen weitgehend aus der Wertmasse der Siedlungsgebiete selbst aufgebracht werden.«<sup>[761]</sup> Das bedeutete unter den damaligen Verhältnissen in Polen und in der Sowjetunion, dass ein Teil der Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt werden musste. Schließlich

standen nicht Investitionen im Vordergrund, die die Produktivität gesteigert und damit die Akkumulation von Kapital für den Siedlungsaufbau erleichtert hätten, sondern in erster Linie waren Infrastrukturmaßnahmen geplant, um das Land besser beherrschen und ausplündern zu können. Grob geschätzt betrug der Investitionsbedarf – die billige Zwangsarbeit nicht eingerechnet – 65 Milliarden Reichsmark für einen Zeitraum von 25 Jahren. Darüber hinaus sollten nach den Vorstellungen der Vierjahresplanbehörde die deutschen Kriegsschulden mittels der Gewinne aus sowjetischem Getreide getilgt und die Besatzungskosten mit Tributleistungen bezahlt werden.

## Massenmord und Geburtenkontrolle

Das Konzept der Eindeutschung wurde im Juli 1942 zugunsten einer nach rassistischen Kriterien abgestuften Dreiklassengesellschaft verändert. Unter Eindeutschung verstanden die Autoren des Generalplans Ost zu diesem Zeitpunkt nicht mehr die Vertreibung aller Nichtdeutschen, sondern nahmen diese »als vollzogen« an, »wenn einmal der Grund und Boden in deutsche Hand überführt worden ist, zum anderen, wenn die beruflich Selbständigen, die Beamten, Angestellten, die gehobenen Arbeiter und die dazugehörigen Familien deutsch sind«. <sup>[762]</sup> Diese neuen Maßstäbe wurden nicht zuletzt angelegt, weil das »Volk ohne Raum« nicht über genug Menschen verfügte, um die Großraum-Siedlungspläne des Jahres 1942 zu realisieren. Obwohl sich die deutschen Behörden alle Mühe gaben, den Kinderreichtum propagandistisch und materiell zu fördern, reichte das Bevölkerungswachstum in Deutschland nicht annähernd aus. Also sollten zusätzlich Auslandsdeutsche aus verschiedenen Erdteilen zusammengeholt und Menschen »artverwandten Blutes«, gemeint waren damit Niederländer, Flamen, Dänen, Norweger, an dem Siedlungs- und Unterwerfungsprojekt beteiligt werden. Hitler wollte sie – entsprechend diesen Plänen – »in die Ostgebiete hereinleiten«, damit sie »Glieder des Deutschen Reiches« würden. <sup>[763]</sup> Und schließlich sollten auch die »wertvollen« Teile der polnischen und sowjetischen Bevölkerung in dieses Konzept integriert werden. Zwar waren die Quoten noch umstritten, aber letztendlich beabsichtigten die Generalplaner, die erwünschten Menschengruppen aus den »Ostvölkern« zu isolieren und langfristig einzudeutschen, also sie ihrer Kultur zu entreißen und gewaltsam zu Deutschen zu machen. Dabei spielte der Begriff »Rasse« im Sommer 1942 eine bemerkenswert untergeordnete Rolle. Als Kriterium, nach dem »nichtgermanisches Volkstum« eingedeutscht werden sollte, nannten die Verfasser des Generalplans Ost zuallererst, ob die Betroffenen »auf den deutschen Leistungsstand gebracht werden« könnten. <sup>[764]</sup>

Im Jahr 1940 hatten die deutschen Bevölkerungsplaner noch gefordert, die eingegliederten Ostgebiete, also Westpolen, vollständig mit Deutschen zu besiedeln. Der Generalplan Ost von 1942 sah dagegen für diese Provinzen vor, dass dort auf dem Land zwei Fünftel der Bevölkerung

»fremdvölkische« Arbeitskräfte minderen Rechts bleiben sollten, in den Städten fast die Hälfte.<sup>[765]</sup> Von der zuvor angestrebten »Bereinigung der ethnischen Grenzen«, also einer strikten Aufteilung in rein deutsche und rein polnische beziehungsweise slawische Siedlungsgebiete, konnte keine Rede mehr sein. Diesen neuen Überlegungen entsprechend wurde der »Siedlerbedarf« im annektierten Westpolen 1942 wesentlich niedriger veranschlagt: Anstelle der fünf bis sechs Millionen Menschen aus dem Reich, die dort ursprünglich angesiedelt werden sollten, rechnete man jetzt nur noch mit eineinhalb Millionen.

Das Ziel der »Durchdringung der großen Räume des Ostens mit deutschem Leben« blieb weiter bestehen. Da aber zu diesem Zweck nicht genügend »deutsches Leben« zur Verfügung stand, erforderte das gegen die polnische und sowjetische Bevölkerung gerichtete Programm, »die Raumgröße und die jeweilig verfügbaren deutschen Menschen miteinander in Einklang zu bringen«.<sup>[766]</sup> »Deutsche Menschen« waren jetzt als Führungskräfte vorgesehen, die »verbleibende fremdvölkische Bevölkerung« hatte sich dagegen »auf die tieferen sozialen Schichten« zu verteilen<sup>[767]</sup> oder, wie es sich die Teilnehmer einer Diskussion über den Generalplan Ost im Ostministerium wünschten: »Die Deutschen müssten die Stellung der Spartiaten, die aus Letten, Esten u.dgl. bestehende Mittelschicht die Stellung der Periöken, die Russen dagegen die Stellung der Heloten haben.«<sup>[768]</sup>

Um den Bedarf an deutschen »Spartiaten« zu decken, standen nach dieser Rechnung im Laufe von 25 Jahren 4,9 Millionen Menschen zur Verfügung, allerdings einschließlich eines Teils der Esten und Letten – 750000 Menschen, die aus »nichtgermanischem Volkstum« durch »systematische Auslese und Leistungszucht gewonnen werden können«, die also nicht »Periöken« bleiben, sondern ebenfalls »Spartiaten« werden sollten.<sup>[769]</sup>

In der zusammenfassenden Bemerkung, wie mit der einheimischen Bevölkerung zu verfahren sei, ist denn auch allein vom Leistungsprinzip die Rede. Die bis dahin praktizierten »Evakuierungen« sollten nun zugunsten von Selektionen aufgegeben werden. Menschen, die der ursprünglichen Planung zufolge vertrieben werden sollten, wollte man im Sommer 1942 durch »Umsetzung« und »sozialen Aufstieg der positiven Kräfte« befrieden – Stichwort »Periöken«. Von Rasse ist hier nicht die Rede, wohl aber von bevölkerungsökonomischen und politischen Zweckmäßigkeiten. Die Politik der »Evakuierung«, also die Vernichtung der osteuropäischen Juden, die Vernichtung und Vertreibung vieler Millionen polnischer und sowjetischer Männer, Frauen und Kinder sowie der Mord an

Kriegsgefangenen, wird in dieser Version des Generalplans Ost als integrierter Bestandteil des bevölkerungspolitischen Konzepts abgehandelt. Dazu heißt es unter der Zwischenüberschrift »Verhältnis zu den Umvölkern«: »Da auf die Mitarbeit der in den Gebieten jetzt (!) bodenständigen Bevölkerung nicht verzichtet werden kann, muss die zu schaffende Völkerordnung im Ostraum auf eine Befriedung der dortigen Einwohner abzielen. Diese Befriedung wird dadurch erreicht, dass die nötige Bereitstellung von Siedlungsland für die Ansetzung deutscher Menschen nicht wie bisher durch Evakuierungen, sondern durch Umsetzung der bisherigen Bewohner auf anderes Kolchose- und Sowchoseland mit gleichzeitiger Verleihung von Bodenbesitzrecht erfolgt. Diese Umsetzung muss gebunden sein an eine sinnvolle Auslese nach dem Leistungsprinzip und mit einem sozialen Aufstieg der positiven Kräfte des fremden Volkstums Hand in Hand gehen.«<sup>[770]</sup>

Diese Passage vom Sommer 1942 ist als Reaktion auf Kritik zu verstehen, die unter anderem das Ostministerium an den radikalen Aussiedlungsplänen der früheren Fassungen geäußert hatte. Was den Massenmord an der jüdischen Minderheit anlangt, war man sich allerdings einig. Dazu zählten die Deutschen in Osteuropa auch die sogenannten Halbjuden, und zwar mit der Begründung, »weil es sich hier um Mischlinge von Juden mit gleichfalls rassistisch nicht erwünschten Fremdvölkischen handele«.<sup>[771]</sup>

In der ursprünglichen oder einer späteren Fassung des Generalplans Ost war gefordert worden, 31 Millionen Menschen auszusiedeln und 14 Millionen als Arbeitskräfte und Einzudeutsche in den Siedlungsgebieten zu belassen. Das ergibt sich aus dem Dokument »Stellungnahme und Gedanken zum Generalplan Ost des Reichsführers SS«. Dieses Positionspapier wurde am 27. April 1942 von dem erwähnten Rassendezenten des Ostministeriums Erhard Wetzel<sup>[772]</sup> vorgelegt. Darin begründete er seine Skepsis gegenüber der Zwangsaussiedlung unerwünschter Balten: »Denn darüber würden sich die uns genehmen Fremdvölkischen ziemlich klar sein, dass eine solche zwangsweise Evakuierung den Untergang ihrer Brüder und Schwestern zur Folge haben dürfte.« Zumindest Wetzel war also offenbar »ziemlich klar«, was »Aussiedlung« – ein Wort, das er in Anführungszeichen setzte – in Wirklichkeit bedeutete. Wenn dies auch nicht immer unmittelbare physische Vernichtung heißen musste, so stand doch fest, dass die meisten Deportierten in Sibirien oder auf dem Weg dorthin Hunger, Kälte und die harte Arbeit nicht überleben würden.

Am Entwurf des Generalplans Ost und den darin entwickelten

Perspektiven der »Eindeutschung« und der »Evakuierung« kritisierte Wetzel, dass die Planer sich um 15 bis 20 Millionen Menschen verrechnet hätten. Die im Generalplan-Entwurf kalkulierte Zahl von 45 Millionen »Fremdvölkischen« hielt Wetzel für viel zu niedrig angesetzt, weil dabei der natürliche Bevölkerungszuwachs nicht mitgerechnet worden sei. Außerdem stellte er klar: »Nur wenn man davon ausgeht, dass die etwa 5 bis 6 Mill. Juden, die in diesem Raume wohnen, schon vor der Evakuierung beseitigt sind, kommt man zu der in dem Plan erwähnten Ziffer von 45 Mill. Fremdvölkischen. Die Ausführungen des Planes ergeben jedoch, dass die Juden in den genannten 45 Mill. noch enthalten sind.« Die Rechnung sei also falsch. Realistisch müsse man von 60 bis 65 Millionen ausgehen, wenn auch mit einer Einschränkung: »Eine Aussiedlung der weiter in dem Plan genannten Juden erübrigt sich mit der Lösung der Judenfrage.« Die »Lösung« dieser »Frage« war gerade voll in Gang gekommen, und Wetzel wusste das. Schließlich war er es, der sich schon ein halbes Jahr zuvor zusammen mit Spezialisten aus der Kanzlei des Führers den Kopf zerbrochen hatte über die Herstellung und Installation der »für die Lösung der Judenfrage erforderlichen Unterkünfte sowie Vergasungsapparate«.

»Geht man davon aus«, so schrieb Wetzel in seiner Stellungnahme weiter, »dass 14 Millionen Fremdvölkische in den betreffenden Räumen bleiben, wie es der Plan vorsieht, so müssten demgemäß 46 bis 51 Mill. Menschen ausgesiedelt werden« und eben nicht »nur«, wie im Plan angegeben, 31 Millionen. Die polnische Bevölkerung sollte dabei fast vollständig ausgerottet werden. »Der Plan sieht nun die Aussiedlung von 80 bis 85% Polen vor«, rekapituliert Wetzel, »d.h., es kommen, je nachdem, ob man von 20 oder 24 Millionen Polen ausgeht, 16 bis 20,4 Millionen Polen zur Aussiedlung, während 3 bis 4,8 Millionen Polen im deutschen Siedlungsraum verbleiben sollen.« Wetzel lehnte diese Verfahrensweise nicht prinzipiell ab, er hielt sie für »zu scharf«. <sup>[773]</sup>

Zwei Monate nach dieser Kritik lieferte Konrad Meyer seinen noch einmal überarbeiteten Generalplan Ost ab. Darin wird der Anschein erweckt, als wollte er auf die bisherige Politik der »Evakuierung« verzichten. Tatsächlich aber war er wohl davon überzeugt, dass im Sommer 1942 wesentliche Ziele der Massenmordpolitik an »unerwünschtem« und »überflüssigem« Volkstum bereits erreicht waren, oder sie erschienen ihm doch greifbar nahe. Dazu gehörte – im Rahmen des Generalplans Ost – die Vernichtung des gesamten osteuropäischen Judentums – insgesamt etwa 5 Millionen Menschen. Dazu gehörte auch der planvolle Hungertod von inzwischen mehr als zwei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen. Die

Vernichtung der drei Millionen Einwohner von Leningrad stand nach Ansicht Meyers unmittelbar bevor und blieb denn auch – wie erwähnt – Teil der revidierten Fassung des Generalplans Ost. Darüber hinaus wurden die im Verlauf des Krieges getöteten sowjetischen Soldaten und Zivilisten auf etwa fünf Millionen geschätzt. Außerdem waren im Reich, bedingt durch die Kriegsentwicklung, die letzten rassenpolitischen Bedenken gegen die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte gefallen. Bis zum Sommer 1942 waren bereits mehr als drei Millionen polnische und sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nach Deutschland deportiert worden, und es war absehbar, dass ihre Zahl rasch steigen würde.

Wenn Konrad Meyer im Sommer 1942 diese Zahlen addierte, so konnte er davon ausgehen, dass in absehbarer Zukunft tatsächlich 20 Millionen Menschen getötet oder – zum kleineren Teil – als »Heloten« deportiert sein würden. Er betrachtete die »Bevölkerungsauflockerung« als zu einem guten Teil erreicht; weiterreichende Ziele musste er vorläufig zurückstecken, weil die inzwischen prekäre militärische Situation das verlangte. Wie schon dargestellt, schätzte die Vierjahresplanbehörde im Oktober 1942, dass die Bevölkerung in den besetzten Teilen der Sowjetunion um »ein Viertel bis zwei Drittel, im Durchschnitt um ein Drittel«, »abgenommen« habe.<sup>[774]</sup>

Gleichzeitig förderte Himmler als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Erforschung anderer Formen der Bevölkerungspolitik – der staatlich gesteuerten Geburtenkontrolle. Entsprechende medizinische Techniken wurden in Auschwitz bereits erprobt. Und Leute wie Wetzel, Eichmann und Meyer wussten davon, kaum dass die Menschenversuche begonnen hatten, bei denen neue Methoden für die Massensterilisierung entwickelt werden sollten. Wetzel wies in seinem Papier nachdrücklich auf die Möglichkeiten der Geburtenkontrolle und entsprechender Propaganda hin:

»Wir müssen in den betreffenden Gebieten eine bewusst negative Bevölkerungspolitik treiben. Durch Propagandamaßnahmen, insbesondere durch Presse, Rundfunk, Kino, Handzettel, kurze Broschüren, Aufklärungsvorträge und dergleichen muss der Bevölkerung immer wieder der Gedanke eingeredet werden, wie schädlich es ist, sich viele Kinder anzuschaffen. Es muss einmal auf die Kosten hingewiesen werden, die Kinder machen, dann auf das, was man sich dafür hätte anschaffen können. Es können die großen gesundheitlichen Gefahren, die der Frau bei Geburten entstehen können, angedeutet werden und dergleichen. Neben dieser Propaganda muss eine großzügige Propaganda für Verhütungsmittel ins Land gehen. Eine Industrie für derartige Mittel muss eigens geschaffen werden.



Strafbar darf weder das Anpreisen und Verbreiten von Verhütungsmitteln noch die Abtreibung sein. Man sollte die Einrichtung von Abtreibungsinstituten durchaus fördern. Man kann z.B. Hebammen und Feldscherinnen zu Abtreiberinnen ausbilden. (...) Dass man bei systematischer Anwendung der oben dargelegten Mittel erhebliche Erfolge in der Schwächung des russischen Volkskörpers erzielen wird können, liegt auf der Hand. Dabei sind wir durchaus in der Lage, bei einem zu radikalen Geburtenrückgang, der die Existenz des Russentums auf das Spiel stellen würde, jederzeit einzugreifen, indem wir diese oder jene Maßnahme aufheben. An einer völligen biologischen Vernichtung des Russentums können wir jedenfalls so lange kein Interesse haben, als wir nicht selbst in der Lage sind, mit unseren Menschen den Raum zu füllen. Denn sonst würden andere Völker diesen Raum einnehmen, was gleichfalls nicht in unserem Interesse liegen würde. Unser Ziel bei der Durchführung dieser Maßnahme ist nur, das Russentum so zu schwächen, dass es uns nicht mehr durch die Masse seiner Menschen überwuchern kann. Haben wir die Masse des russischen Volkes zum Gedanken des Einkinder- oder Zweikindersystems bekehrt, dürften wir das gesteckte Ziel erreicht haben.«<sup>[775]</sup>

Diese Überlegungen fanden das ausdrückliche Wohlwollen der deutschen Führung. Am 22. Juli 1942 bemerkte Hitler zum Thema Geburtenkontrolle laut Mitschrift: »In irgendeiner Abhandlung habe er kürzlich den Vorschlag gefunden, den Vertrieb und den Gebrauch von Abtreibungsmitteln in den besetzten Ostgebieten zu verbieten. Wenn tatsächlich irgendein Idiot versuchen sollte, ein derartiges Verbot in den besetzten Ostgebieten in die Praxis umzusetzen, würde er ihn persönlich zusammenschießen. Bei dem Kinderreichtum der einheimischen Bevölkerung könne es uns doch nur recht sein, wenn die Mädchen und Frauen hier so viel wie möglich abtrieben. Man müsse daher einen schwungvollen Handel mit Verhütungsmitteln in den Ostgebieten nicht nur zulassen, sondern geradezu fördern.«<sup>[776]</sup> Während der Vorschlag des Staatssekretärs Wilhelm Stuckart auf der Wannsee-Konferenz, gegenüber den deutschen jüdischen Mischlingen »zur Zwangssterilisierung zu schreiten«, zunächst daran scheiterte, dass nicht genügend Ärzte und Krankenhauskapazitäten zur Verfügung standen,<sup>[777]</sup> konnte Eichmann den versammelten Judenreferenten der Ministerien im Oktober 1942 erklären, »dass neue Erkenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiete der Unfruchtbarmachung es wahrscheinlich ermöglichen werden, die Sterilisation in vereinfachter Form und in einem verkürzten Verfahren schon während des Krieges durchzuführen«.<sup>[778]</sup>

Eichmann spielte damit auf die Experimente zur Massensterilisierung an,

die der Professor für Gynäkologie Carl Clauberg und der zuvor bei der »Aktion T4« als ärztlicher Mörder eingesetzte Horst Schumann in Auschwitz begonnen hatten. Die neuen Verfahren sollten billig und schnell sein und in einer Weise durchgeführt werden können, »ohne dass die Betroffenen etwas merken«. Mit Claubergs Worten ging es um ein Verfahren »zur Sterilisierung auf operationslosem (unblutigem) Wege« von »fortpflanzungsunwürdigen oder fortpflanzungsunerwünschten« Menschen. [\[779\]](#)

Am 29. Mai 1941 hatte auch Himmlers gesundheitspolitischer Berater Ernst Grawitz das Vorhaben Claubergs zur »operationslosen Unfruchtbarmachung minderwertiger Frauen« wegen der »unerhörten Bedeutung« empfohlen, »die ein solches Verfahren im Sinne einer negativen Bevölkerungspolitik haben würde«. Nachdem Clauberg mit Fritz Arlt, dem für Oberschlesien zuständigen Dienststellenleiter des RKF, verhandelt hatte, wandte er sich am 30. Mai 1942 noch einmal an Himmler:

»Wenn ich kurz in Erinnerung rufen darf, so war damals (im Juni 1941) das Weiterkommen in meiner Arbeit zunächst an der Frage gescheitert, wie die Zurverfügungstellung von KZ-Insassinnen vor sich gehen solle. Mit dem Stabsführer Ihrer hiesigen Dienststelle, SS-Obersturmbannführer Dr. Arlt, bin ich gelegentlich einer wissenschaftlichen Unterhaltung auch auf meine Forschungstätigkeit in der Fortpflanzungsbiologie zu sprechen gekommen. Herr Dr. Arlt sagte mir hierbei, dass derjenige, der in Deutschland heute an derartigen Dingen ein besonderes Interesse habe und mir helfen könne, Sie, sehr verehrter Reichsführer, seien.« [\[780\]](#)

Nach einigen Verzögerungen gab Himmler am 7. Juli 1942 das Startsignal. Für die Opfer in Auschwitz und Ravensbrück bedeuteten diese Menschenversuche entsetzliche Leiden, häufig mit tödlichem Ausgang. Experimentiert wurde dabei an den »fortpflanzungsunerwünschtesten« KZ-Gefangenen, insbesondere an Jüdinnen und »Zigeunerinnen«. [\[781\]](#) Die Fragestellungen der Versuche verweisen auf die bevölkerungspolitischen Absichten des Generalplans Ost. Der Arzt Adolf Pokorny hatte Himmler (und zwar ausdrücklich in dessen Eigenschaft als oberstem Ostraumplaner) im Oktober 1941 ein Verfahren vorgeschlagen, wie auf medikamentösem Wege Unfruchtbarkeit erzeugt werden könnte. »Ich fühle mich verpflichtet«, so schrieb Pokorny, »Ihnen, als dem Reichsbeauftragten zur Festigung des deutschen Volkstums, Folgendes zu unterbreiten: Dr. Madaus veröffentlicht das Ergebnis seiner Forschungen über eine medikamentöse Sterilisierung (...). Bei der Lektüre dieses Artikels ist mir die ungeheure Wichtigkeit dieses Medikamentes für den jetzigen Kampf unseres Volkes eingefallen. Wenn es gelänge, auf Grund dieser Forschungen sobald als möglich ein

Medikament herzustellen, das nach relativ kurzer Zeit eine unbemerkte Sterilisation bei Menschen erzeugt, so stünde uns eine neue wirkungsvolle Waffe zur Verfügung. Allein der Gedanke, dass die 3 Millionen momentan in deutscher Gefangenschaft befindlichen Bolschewisten sterilisiert werden könnten, sodass sie als Arbeiter zur Verfügung stünden, aber von der Fortpflanzung ausgeschlossen wären, eröffnet weitgehendste Perspektiven.«<sup>[782]</sup>

Die bevölkerungspolitische Argumentation und die Aussicht auf neue Mittel und Wege »negativer Bevölkerungspolitik« weckten Himmlers Interesse. Er wollte von Clauberg vor allem wissen, »welche Zeit etwa für die Sterilisierung von 1000 Jüdinnen in Frage käme«.<sup>[783]</sup> Die Entwicklung von Verfahren für eine möglichst wenig aufwendige, staatlich steuerbare Geburtenkontrolle ist im Zusammenhang mit den Massenmord- und Zwangsumsiedlungsplänen mit allen verfügbaren Mitteln vorangetrieben worden. Am 7. Juli 1943 berichtete Clauberg in einem Brief an Himmler, seine Methode sei nun »so gut wie fertig«. Und es könnten – so beantwortete er Himmlers ein Jahr zuvor gestellte Frage nach den Möglichkeiten der Massensterilisation – »von einem entsprechend eingeübten Arzt an einer entsprechend eingerichteten Stelle mit vielleicht 10 Mann Hilfspersonal (Die Zahl des Hilfspersonals der gewünschten Beschleunigung entsprechend) höchstwahrscheinlich mehrere hundert – wenn nicht gar Tausend – an einem Tage« sterilisiert werden.<sup>[784]</sup>

Im Sinne nazistischer Leistungsmaximen bezogen die deutschen Bevölkerungsfachleute diese neue Möglichkeit der Massensterilisation besonders auf die Arbeitsfähigen unter den »Minderwertigen«. Am deutlichsten ist dies in einem Brief Viktor Bracks ausgedrückt, der als hochrangiger Funktionär der Kanzlei des Führers im Juni 1942 erwog, die »Endlösung« mit Hilfe der systematischen Massensterilisation »arbeitsfähiger« Juden zu modifizieren: »Bei etwa 10 Millionen europäischen Juden sind nach meinem Gefühl mindestens 2–3 Millionen sehr gut arbeitsfähige Männer und Frauen enthalten. Ich stehe in Anbetracht der außerordentlichen Schwierigkeiten, die uns die Arbeiterfrage bereitet, auf dem Standpunkt, diese 2–3 Millionen auf jeden Fall herauszuziehen und zu erhalten. Allerdings geht das nur, wenn man sie gleichzeitig fortpflanzungsunfähig macht.«<sup>[785]</sup>

Wie groß die Hoffnung in neue medizinische Verfahren als Instrumente der Bevölkerungspolitik noch bis zum Ende des nationalsozialistischen Staates blieb und in welchem Ausmaß sie angewendet werden sollten, zeigt eine Äußerung Ernst Kaltenbrunners im Frühjahr 1944: »Deutschland muss dafür Sorge tragen«, sagte er, »dass die Ostvölker und der größte Teil der

Balkan- und Donastaaten zum Aussterben gezwungen werden durch Sterilisierung und durch die Vernichtung der Herrschicht dieser Länder.«<sup>[786]</sup> Im Nürnberger Ärzteprozess gab Himmlers Persönlicher Referent, Rudolf Brandt, zu Protokoll: »Himmler war in höchstem Grade an der Ausarbeitung einer billigen und schnellen Methode der Sterilisierung interessiert, die man gegenüber den Feinden des Deutschen Reiches wie Russen, Polen und Juden anwenden konnte. Man knüpfte daran die Hoffnung, den Feind auf diese Weise nicht nur zu bezwingen, sondern auch zu vernichten. Die Arbeitskraft der sterilisierten Personen könnte von Deutschland genutzt werden, wobei aber ihre Fortpflanzungsfähigkeit zerstört wäre. Massensterilisationen waren ein Bestandteil der Rassentheorie Himmlers. Deshalb wurden auch Sterilisationsexperimenten besonders viel Zeit und Aufwand gewidmet.«<sup>[787]</sup>

## »Umvolkung« und Selektion

Nach der Annexion Westpolens vertrieben die Deutschen in den eingegliederten Ostgebieten für jeden neu angesiedelten Auslandsdeutschen zuvor zwei bis drei, in manchen Regionen auch fünf Polen. In den besetzten Gebieten der Sowjetunion galt die Norm, für jeden deutschen Siedler – je nach Berechnungsgrundlage – acht oder zehn Menschen zu vertreiben. Wenn also 4 Millionen Deutsche angesiedelt werden sollten, so mussten etwa 36 Millionen Menschen vertrieben werden. Das sollte in der Sowjetunion ebenso systematisch geschehen wie zuvor in den annektierten polnischen Westprovinzen. Zu diesem Zweck setzte sich Erhard Wetzel nicht nur mit der »Judenfrage« auseinander, die er bereits als entschieden ansah, sondern auch mit der »Polen-«, der »Tschechen-« und der »Ukrainerfrage«. Er machte sich – inspiriert durch den ihm vorliegenden Generalplan Ost – Gedanken darüber, wie das »Weißruthenenproblem« und die »Frage der zukünftigen Behandlung der Russen« zu lösen seien. In der Diskussion über den Generalplan Ost wurde auch die Ermordung all jener Frauen und Männer aus Polen und der Sowjetunion erwogen, die weder eingedeutscht werden noch als Heloten für die Deutschen arbeiten sollten. Wetzel lehnte dies jedoch mit folgendem denkwürdigen Argument ab: »Dass man die Polenfrage nicht in dem Sinne lösen kann, dass man die Polen, wie die Juden, liquidiert, dürfte auf der Hand liegen. Eine derartige Lösung der Polenfrage würde das deutsche Volk bis in die ferne Zukunft belasten und uns überall die Sympathien nehmen, zumal auch die anderen Nachbarvölker damit rechnen müssten, bei gegebener Zeit ähnlich behandelt zu werden.«<sup>[788]</sup>

Stattdessen schlug Wetzel vor, die verschiedenen »Fragen« anders zu lösen: durch eine Kombination von kalkulierter Vernichtung, »mehr oder minder freiwillige(r) Auswanderung« und sozialer Umschichtung: Die nichteindeutschungsfähigen Balten sollten nach Osten umgesiedelt werden und als neue Mittelschicht dabei helfen, die noch verbleibende russische Bevölkerung zu beherrschen. Die Eindeutschungsfähigen aus dem Baltikum waren dazu ausersehen, im Deutschen Reich landwirtschaftliche und industrielle Dreckarbeit zu verrichten, um so über zwei bis drei Generationen zu Deutschen zu werden. Deutsche Kleinbauernfamilien und

schlecht entlohnte Arbeiter sollten hingegen im Osten neue »Räume« erhalten und nicht nur dem Herrenvolk angehören, sondern tatsächlich Herren werden. Dieses soziale »Umschichtungsprogramm« – Aufstiegschancen für deutsche Arbeiter und Bauern im Osten und Assimilation ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter im Reich – bewirkte kurzfristig vor allem, dass die letzten jüdischen Männer und Frauen, die in der deutschen Rüstungsindustrie arbeiteten, als überflüssig angesehen wurden.

Das belegt Wetzel, wenn auch indirekt. Von den Juden, die durch die Einsiedlung »nordischer Sippen« aus den baltischen Staaten ersetzt werden könnten, spricht er zwar nicht explizit, wohl aber von anderen Unerwünschten, die in der nazistischen Wertehierarchie noch deutlich über der jüdischen Bevölkerung standen: Die eindeutschungsfähigen Balten werden, so schreibt Wetzel, »die Millionen unerwünschter fremdvölkischer Arbeitskräfte aus dem Süden und dem Südosten Europas ablösen können«.

<sup>[789]</sup> In seinen Augen konnte so die Gefahr eines europäischen »Rassensumpfes« leichter gebannt werden – und mit Hilfe der eindeutschungsfähigen osteuropäischen Aussiedlerfamilien sollten auch die »rassisch schlechteren Teile« der Deutschen sozial unter Druck gesetzt beziehungsweise ausgetauscht werden.<sup>[790]</sup> »Wenn ein Kreisleiter im Altreich erklärt, die rassisch Besten seien die zur Eindeutschung bei ihm angesetzten Polen, so ist das bezeichnend.«<sup>[791]</sup>

Ähnliche Überlegungen wie Wetzel stellten auch seine Kollegen vom Ostministerium auf einer Sitzung am 4. Februar 1942 an. Sie erörterten, wie der eroberte Ostraum siedlungsstrategisch unterworfen werden könne. Vertreten waren sowohl das Reichssicherheitshauptamt (Obersturmbannführer Heinz Gummitsch und Architekt Theodor Girgensohn) als auch das Stabshauptamt des RKF (Hauptsturmführer H. H. Schubert); für das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS (RUSHA) nahm Professor Bruno K. Schultz an der Sitzung teil; als Fachmann für Gefahrenabwehr bei drohender Rassenvermischung fungierte Professor Eugen Fischer, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem; Dr. Gerhard Teich vertrat das Institut für Grenz- und Auslandsstudien und war zugleich Gruppenleiter im Ostministerium, zuständig für »politische Lenkung der fremden Volkstumsgruppen im Ostland – Russen/Polen/Ukrainer/Schweden/Krimtataren u. sonstige Volkstumssplitter«.<sup>[792]</sup>

Die Teilnehmer der Konferenz berieten, wie mit der rassisch unerwünschten baltischen Bevölkerung zu verfahren sei. Sie »durch



Industrialisierung des baltischen Raums zu verschrotten«, lehnte die Runde ab, denn Hitler hatte bereits die Aussiedlung vorgesehen. Eine Zwangsaussiedlung barg jedoch die Gefahr, dass auch unter den rassisch Erwünschten die Bereitschaft zur Eindeutschung sinken würde. Daher sollten die rassisch Unerwünschten mittels entsprechender Stellenangebote dazu bewogen werden, »in die eigentlichen russischen Gebiete freiwillig auszuwandern«. Die Praxis habe nämlich gezeigt, »dass man mit russischen Kräften eine Verwaltung der Gebiete nicht aufbauen könne«. Es erschien den Generalplanern daher »sehr angebracht, die rassisch unerwünschten Angehörigen der Baltikumvölker hier als eine Mittelschicht einzubauen«. Voraussetzung dafür sei eine »genaue Überprüfung der Bevölkerung«, die allerdings »nicht als rassische Bestandsaufnahme firmiert werden dürfte, vielmehr als hygienische Untersuchung u.dgl. getarnt werden müsse, damit keine Unruhe in der Bevölkerung entstehe.«<sup>[793]</sup> (Dieses Verfahren wurde auch in anderen besetzten Ländern praktiziert und ging vermutlich auf Heydrich zurück.)

Der Konferenz waren im deutsch besetzten Baltikum selbst eingehende Untersuchungen zur »Eindeutschungsfähigkeit der Balten« vorausgegangen; weitere sollten folgen. Mit Expertisen und auf Fachtagungen versuchten die Experten in den örtlichen Dienststellen, den Generalplan Ost von unten her zu konkretisieren. Gleich nachdem deutsche Truppen in Estland, Lettland und Litauen einmarschiert waren, hatten sich Rassenkundler, Raumordner, Ministerialbeamte und Wehrmachtsoffiziere dort umgesehen und ihre Beobachtungen und Analysen dem in Riga residierenden Reichskommissar für das Ostland, Hinrich Lohse, mitgeteilt.<sup>[794]</sup> Der reichte die Gutachten an das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete weiter, das Alfred Rosenberg leitete. So geschah es auch mit dem Bericht des Regierungsrats Friedrich Trampedach vom 16. August 1941 über die politische Lage in Lettland und Kaunas.<sup>[795]</sup> Trampedach hatte die lettische Intelligenz als »Trägerin des lettischen Selbständigkeitsgedankens« ausgemacht und sie daher als Stütze deutscher Interessen weitgehend abgeschrieben. Dennoch fand er »eindeutschungswürdige Kräfte«, bei denen lediglich ihre politische Einstellung einer Eindeutschung im Wege stünde. »Diesen Elementen«, so schlug er vor, »wird man eine ›europäische Kulturaufgabe‹ in Russland zuweisen können, wo sie in der fremden Umgebung zu loyaler Mitarbeit gezwungen sein würden. Dort würden sie die gewaltigen Lücken an Intelligenz im russischen Volke füllen helfen und uns unsere Verwaltungsaufgabe wesentlich erleichtern.« Derselbe Gedanke findet sich in der späteren Fassung von Meyers Generalplan Ost wieder.

Insgesamt, darin waren sich die deutschen Besatzungsbeamten einig,



handelte es sich bei den im Baltikum lebenden Menschen um relativ wertvolles Volkstum, wenn auch die Ansichten über den Prozentsatz der Eindeutschungsfähigen auseinandergingen.<sup>[796]</sup> Einzig die Menschen aus der Provinz Lettgallen stuften sie als generell minderwertig und infolgedessen unerwünscht ein. Diese Region im Südosten Lettlands, in der Gegend um Daugavpils (Dünaburg), war nach deutscher Ansicht überbevölkert und besonders rückständig, die Menschen dort »ganz unbrauchbar«, da »durch Polentum und Russentum weitgehend verdorben«.<sup>[797]</sup> Sie sollten entweder für die »rassisch wertvollen« Einheimischen Platz machen, die deutschen Siedlern weichen müssten, oder aber »in den russischen Raum« umgesiedelt werden, um eine »geschlossene deutsche, von verschiedenen Mittelpunkten ausgehende expansive Siedlungsform« zu ermöglichen. In jedem Fall sei im Osten Lettlands eine »weitgehende Abdrängung der rassisch minderwertigen einheimischen Bevölkerung erforderlich«,<sup>[798]</sup> ebenso eine Boden- und Agrarreform, die zur »Zerschlagung der Kleinbauernwirtschaft« führen sollte.<sup>[799]</sup> Auch für die übrige baltische Bevölkerung kam »eine Eindeutschung nur von Fall zu Fall in Frage. Sie kann in Verbindung mit dem sozialen Aufstieg stattfinden, wenn dieser Aufstieg mit einer Übersiedlung in das Reich verbunden ist«<sup>[800]</sup>. Daher durfte »die rassische Auslese der assimilierbaren Letten (...) nicht von einseitig anthropologischen Gesichtspunkten ausgehen«, vielmehr sollte sie »nach dem Leistungsprinzip« erfolgen<sup>[801]</sup>.

Erklärtes Ziel dieser Selektionsmaßnahmen war die Absicherung der deutschen Herrschaft durch die »Zertrümmerung des Mammutstaates Sowjetunion (...) und der Aufbau einer Neuordnung gegeneinander abgegrenzter und gesicherter, entsprechend ihrer Entwicklungsstufe nach Europa einzubeziehender Völker durch das nach Kern-, Neben- und Vorlande gestaffelte Reich«. »Volkseigene Heimatgebiete« anstelle von »Nivellierung und Proletarisierung« sollten künstliche Grenzen zwischen den Menschen errichten und vorhandene vertiefen. Die »Entschlackung von Bolschewismus, Internationalismus und Russifikation« hofften die deutschen Besatzer zu erreichen »mit Hilfe des Bejahens, ja z.T. Formens entsprechender trennender Nationalismen«.<sup>[802]</sup> Diese Gutachten, Berichte und Konferenzen, deren Gegenstand die »praktische Eindeutschungsarbeit« im besetzten Baltikum war, fanden später ihren Niederschlag im Generalplan Ost. Verschiedene »Umvolkungsvorschläge« tauchen fast wortgetreu in den Diskussionspapieren des Ostministeriums wieder auf. Zudem gingen die Volkstumsexperten im Reichskommissariat Ostland auch selber davon aus, dass sie »Bausteine zur Lösung der großen Ostprobleme«

lieferten.<sup>[803]</sup>

Eine ähnlich selektive Bevölkerungspolitik wurde auch für das besetzte Polen entwickelt. Im März 1943 legte der Persönliche Referent des Distriktgouverneurs von Warschau, Friedrich Gollert, der zugleich die Abteilung Raumordnung des Distrikts leitete, ein Arbeitspapier vor, das vom »künftigen Schicksal der Bevölkerung des Generalgouvernements« handelte. Darin schrieb er:

»Im Gebiet des Generalgouvernements leben zur Zeit etwa 15 Millionen Polen. Wenn auch zur Zeit mit Rücksicht auf den Krieg und die kriegsbedingten Verhältnisse der frühere Bevölkerungsüberschuss stark zurückgegangen ist und in einigen Gebieten des Generalgouvernements bei der polnischen Bevölkerung sogar ein Geburtendefizit vorliegt, so darf diese Entwicklung nicht als endgültig angesehen werden.«<sup>[804]</sup> Gollert entwickelte aus seiner Einschätzung der Lage vier Alternativen, wie man, was er für unbedingt erforderlich hielt, »die Bevölkerungsverhältnisse des Generalgouvernements grundlegend umwandeln« könne. Ebenso wie andere Ostraumplaner glaubte er, dass dazu »insbesondere über das Schicksal der 15 Millionen Polen, die zur Zeit noch im Generalgouvernement leben, eine Entscheidung gefällt werden muss«.

Die erste, nur theoretisch erwogene und dann sofort wieder verworfene Möglichkeit sei, alle 15 Millionen Polen einzudeutschen. »Eine zweite Lösung würde darin bestehen«, schrieb Gollert, »diese 15 Millionen durch eine Radikalkur auszumerzen (...), wie es beispielsweise gegenüber dem Judentum notwendig gewesen ist.« Beispielsweise. »Aber«, so fuhr er fort, »ein fremdes Volkstum einfach auf *diese* (Hervorhebung i. Orig.) Weise zu beseitigen, ist einer Kulturnation unwürdig.« An dritter Stelle erwog Gollert, die gesamte polnische Bevölkerung durch »eine organisierte Völkerwanderung aus dem Weichselraum (zu) entfernen«. Auch diese Alternative verwarf er, und zwar mit ähnlichen Argumenten wie Wetzel: Er fürchtete die politischen Gefahren, die eine »Zusammenballung« gerade der polnischen Vertriebenen mit sich brächte. Schließlich formulierte Gollert eine vierte Alternative, wie der Generalplan Ost im Generalgouvernement in die Praxis umzusetzen sei:

»Wenn alle diese Lösungen ausscheiden, bleibt als letzte Lösung übrig, die polnische Bevölkerung in verschiedene Bestandteile aufzuspalten und diese Bestandteile verschiedenartig zu behandeln. Die Polen müssten in drei Gruppen eingeteilt werden:

- 1) in diejenigen, die im Laufe der Zeit eingedeutscht werden können,
- 2) in diejenigen, die arbeitspolitisch wertvoll sind und deshalb im

Weichselraum verbleiben können,

3) in diejenigen, die in keiner Weise für deutsche Interessen in Frage kommen und die deshalb aus dem Weichselraum zu entfernen sind.«

Im Weiteren schätzte Gollert die Zahl der Eindeutschungsfähigen auf etwa die Hälfte der polnischen Bevölkerung des Generalgouvernements (sieben bis acht Millionen). Das entsprach der Größenordnung, die bereits für die baltische Bevölkerung diskutiert worden war. Dabei sollte auch bei den Polen nicht von äußeren rassischen Merkmalen ausgegangen werden, sondern davon, dass das Preußentum eine als »durchaus günstig« zu beurteilende »Mischung aus germanischen und slawischen Elementen« sei. Fünf Millionen Polinnen und Polen waren für Gollert allerdings keine »günstige Mischung«. Sie sollten daher nicht eingedeutscht werden, schienen ihm aber »arbeitsmäßig durchaus erwünscht«. Er wollte sie zur »Erschließung« des Generalgouvernements einsetzen. Dann schrieb er:

»Zur restlichen dritten Kategorie von etwa 2–3 Millionen gehören alle diejenigen, die für uns Deutsche ohne jeden Wert sind. Das sind nicht nur die polnischen Fanatiker, die natürlich restlos ausgemerzt werden müssen, sondern es sind weiter alle asozialen Elemente, alle Kranken und sonstigen Personen, die auch arbeitsmäßig für unsere Interessen nicht in Frage kommen.«[\[805\]](#)

## Das Projekt Zamość

Im Sommer 1941, als Heinrich Himmler die Errichtung eines SS- und Polizeiviertels in Lublin befahl, verband er das mit einem ersten Schritt zur Verwirklichung des Generalplans Ost. »Aus einem Teilstück heraus« sollte »die Deutschbesiedlung des gesamten Distrikts« bewerkstelligt werden, um »darüber hinausgehend (Zielbild!)« einen »Anschluss an die nordisch bzw. deutsch besiedelten baltischen Länder über Distrikt Lublin an das deutsch besiedelte Siebenbürgen herzustellen«. Lublin bildete im Generalplan Ost den Schnittpunkt der Südostachse mit einer der beiden Nordostachsen. Die Stadt war strategischer Ausgangspunkt für die weitere Siedlungspolitik. In dieser Region wollten die entsprechenden Fachleute der SS die polnische Bevölkerung zuallererst »siedlungsmäßig einkesseln und biologisch erdrücken«. <sup>[806]</sup> Durch den Kriegsverlauf gerieten die Arbeiten für den Siedlungsbrückenkopf Lublin ins Stocken. Himmler reagierte ungehalten, als ihm im Sommer 1942 die damals aktuelle Fassung des Generalplans Ost vorgelegt wurde: »Ich habe den Generalplan Ost, der mir insgesamt ganz gut gefällt, angesehen«, schrieb er an Ulrich Greifelt. Allerdings sei er »an einem Punkt falsch verstanden worden«. Himmler ging alles zu langsam: »In diesem Zwanzigjahresplan muss die totale Eindeutschung von Estland und Lettland sowie des gesamten Generalgouvernements mit enthalten sein. Wir müssen das im Laufe von möglichst 20 Jahren schaffen.« <sup>[807]</sup>

### »Das Warschauproblem«

Gollerts Überlegungen vom März 1943, die polnische Bevölkerung in drei Gruppen aufzuteilen und die zu der untersten Kategorie gehörenden zu töten, sind zuvor breiter diskutiert und mit der SS abgestimmt worden. Am 15. Februar 1943 lag im Berliner Propagandaministerium folgender Bericht vor: »Eine weitere Beunruhigung der polnischen Bevölkerung brachte ein Plakat des SS- und Polizeiführers in Warschau, das sich an die sogenannten ›deutschstämmigen‹ Polen richtete, denen darin zugesagt wurde, dass sie nunmehr in die Volksgemeinschaft zurückgeführt würden. Dieses Plakat kam gerade in den Tagen von Stalingrad zum Aushang. Die Folge war, dass sich unter den Polen das Gerücht bildete, man wolle sie als Kanonenfutter einsetzen. Darüber hinaus verbreitete sich das Gerücht von einer angeblich beabsichtigten 3-Klassen-Teilung der polnischen Bevölkerung: die 1. Klasse sei für den Arbeitseinsatz im Reich bestimmt, die 2. Klasse sei die bodenständig bleibende werktätige polnische Bevölkerung, die 3. Klasse sei zur Vernichtung bestimmt. Die polnischen Flugblätter nehmen darauf Bezug und fordern die Polen zur aktiven Gegenwehr auf, da man unter diesen Umständen ja sowieso nichts zu

verlieren habe.« Schreiben des Chefs des Propagandastabes vom 15. 2. 1943 – Referent Dr. Prause – an Goebbels über die »Behandlung der Polen im Generalgouvernement«; YIVO, OccE 2–12.

Gollert verfasste auch die Denkschrift des Distriktgouverneurs Ludwig Fischer vom Februar 1944 »Grundsätzliche Bemerkungen über die Gestaltung Warschaus während des Krieges und nach dem Krieg«. Gollert und Fischer rühmten sich darin, dass sie vier Jahre lang alles dafür getan hätten, dass »Warschau eine Verkleinerung erfahre«, immerhin sei die Bevölkerung bereits um ein Drittel und die bebaute Fläche der Stadt »durch die Vernichtung des Ghettos« bereits um ein Fünftel reduziert. Gollert wollte, um »einer endgültigen Lösung des Warschauproblems« willen, die Einwohnerzahl Warschaus von 1,5 Millionen auf 300000 Einwohner senken. Zit. nach Klain, Warschau 1939–1945 (1993), S. 305f.

Vor diesem Hintergrund ist die am 3. Oktober 1942 in Krakau erteilte Weisung Himmlers zu sehen, den im Generalplan Ost vorgesehenen, nur wenig östlich von Lublin gelegenen »Stützpunkt« Zamość sofort zu errichten. Alle im Zusammenhang damit geplanten Umsiedlungen sollten ebenfalls sofort erfolgen. Zuständig dafür war Eichmanns Referat IV B 4 im Reichssicherheitshauptamt, das nicht nur als Judenreferat fungierte, sondern zu dessen Aufgabenbereich alle Aussiedlungen gehörten. Von dort wurde die Umwandererzentralstelle Litzmannstadt (Lodz) angewiesen, »die Aktion (...) so vorzubereiten, dass am 15. November 1942 mit der Abwicklung der ersten Transporte nach Berlin und Auschwitz begonnen wird«. <sup>[808]</sup> Berlin und Auschwitz? Hintergrund dieser Bestimmungsbahnhöfe war die Selektion der Bevölkerung von Zamość zu Zwangsarbeit, Eindeutschung oder Ermordung, so wie sie im Generalplan Ost vorgesehen war. Diese »Aussiedlung« setzte Himmler exemplarisch durch, unter anderem mit dem Ziel, Erfahrungen für die weitere bevölkerungspolitische Praxis zu sammeln und auszuwerten. Wie Männer, Frauen und Kinder in ein Durchgangslager verschleppt und dort nach »Wertungsgruppen« selektiert werden sollten, geht aus einem Schreiben hervor, das Eichmanns Vorgesetzter Heinrich Müller verfasst hatte, und zwar zum Thema: »Evakuierung von Polen im Distrikt Lublin (Zamość) zur Platzschaffung für die Ansetzung von Volksdeutschen«.

»1. Die polnischen Familien der Wertungsgruppen I und II werden ausgesondert und nach Litzmannstadt zur Eindeutschung bzw. Feinmusterung gebracht. (...)

2. Von den Angehörigen der Wertungsgruppe III und IV werden die Kinder zusammen mit den über 60 Jahre alten Polen ausgesondert und gemeinsam, also im Allgemeinen Kinder mit Großeltern, in sogenannte »Rentendörfer« verbracht. Auch die nicht arbeitsfähigen kranken und gebrechlichen Polen unter 60 Jahren werden in »Rentendörfer« überstellt. (...)

4. Die von 14 bis 60 Jahre alten arbeitsfähigen Angehörigen der Wertungsgruppe III werden, ohne arbeitsunfähigen Anhang, zum Arbeitseinsatz im Reich vermittelt. Im Einvernehmen mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz werden sie als Ersatz für die noch im kriegswichtigen Arbeitseinsatz stehenden Juden verwendet.

5. Die Angehörigen der Wertungsgruppe IV im Alter von 14 bis 60 Jahren werden in das KL Auschwitz abbefördert.«<sup>[809]</sup>

Kinder und alte Leute sollten also in abgelegenen Dörfern hungern, isoliert von denen, die sie hätten ernähren oder bei den Partisanen für sie hätten kämpfen können. Sie wurden einem, wie es Fritz Arlt einmal ausgedrückt hatte, »beschleunigten Absterbeprozess unterworfen«.<sup>[810]</sup> Ein Teil der Erwachsenen, vor allem aber Kinder sollten »für das Deutschtum zurückgewonnen« werden, andere – »ohne arbeitsunfähigen Anhang« und im Durchschnitt jung – die jüdischen Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen in Deutschland ersetzen, die ihrerseits dann – zusammen mit ihren nichtarbeitenden Familienmitgliedern – umgebracht werden sollten. Eine vierte Gruppe sollte direkt nach Auschwitz gebracht werden und dort entweder der »Vernichtung durch Arbeit« oder dem sofortigen Tod in den Gaskammern zum Opfer fallen.

All das geschah in den folgenden Wochen wirklich. Von Ende November 1942 bis in die ersten Märztag 1943 wurden mehr als 100000 Menschen aus fast 300 Dörfern ausgesiedelt. Der Winter galt als idealer Zeitraum dafür, weil im Frühjahr die Aussaat und in den Sommer- und Herbstmonaten die Ernte ansteht. Die Selektionskriterien wurden noch detaillierter gefasst, und vom 13. Dezember 1942 an trafen in Auschwitz bereits die ersten Transporte mit Ausgesiedelten aus der Region Zamość ein.<sup>[811]</sup> Wenig später kamen dort auch Transporte aus Berlin an – mit Juden, die zuvor in der Rüstungsindustrie hatten arbeiten müssen und nun durch polnische Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen der Wertungsgruppe III (»ohne arbeitsunfähigen Anhang«) aus der Region Zamość ersetzt worden waren. Die sogenannten Berliner Rüstungsjuden wurden zusammen mit ihren Familien, dem »arbeitsunfähigen Anhang«, abtransportiert und teils sofort in den Gaskammern ermordet, teils unter mörderischen Bedingungen zur Zwangsarbeit eingesetzt.<sup>[812]</sup> Am 27. Februar 1943 begann dieses Austausch- und Vernichtungsprogramm als sogenannte Fabrikaktion: An diesem Tag wurden 1500 jüdische Männer, Frauen und Kinder von Berlin nach Auschwitz deportiert. Die Männer und ein Teil der Frauen waren zuvor als Arbeiter in der Rüstungsindustrie beschäftigt gewesen.

Die Deportation der in den Rüstungswerken beschäftigten Juden galt



lange Zeit als besonders grausame und widersinnige Zuspitzung des Rassenwahns. Der dokumentarisch belegbare Zusammenhang mit den Siedlungsexperimenten im Osten blieb dabei meist unbeachtet.<sup>[813]</sup> Die Fabrikaktion war Teil eines im demographischen Fachjargon sogenannten Bevölkerungsaustausches, der darauf gerichtet war, in Zamość eine hochproduktive deutsche Landwirtschaft zu errichten, leistungs- und anpassungsorientierte Polen einzudeutschen und die Zwangsarbeit so zu organisieren, dass nur die möglichst jungen und leistungsfähigen Arbeiter, nicht aber ihre Angehörigen ernährt werden mussten. Die Deportation der jüngeren, nach Geschlechtern getrennten Menschen in Zwangsarbeitslager sollte im Übrigen auch den – für den RKF wichtigen – Nebeneffekt haben, dass sie keine Familien gründen und Kinder bekommen konnten. Soweit sich das nicht verhindern ließ, wurden Abtreibungen erzwungen oder die Neugeborenen in speziellen »Säuglingslagern«, wie es in einem Schreiben des Gauarbeitsamts München heißt, durch Unterernährung, Kälte und fehlende Pflege zu Tode gebracht. Auch diese Verbrechen gehören in die Gesamtkonzeption des Generalplans Ost.

Aus der Region Zamość sollte eine Art Musterbezirk der ökonomischen und gesellschaftlichen Rationalisierung werden, in dem weniger Arbeitskräfte mehr produzieren würden. Dabei war es beabsichtigt, dass ein Teil der dort ansässigen Menschen, soweit sie nicht zu intensiver Arbeit in der Lage waren, mehr oder weniger schnell sterben sollte. Es lag für die deutschen Bevölkerungsplaner nahe, junge, ledige Arbeiterinnen und Arbeiter gegen ältere auszutauschen, die für sich und ihre Familien mehr Lebensunterhalt brauchten. In diesem konkreten Fall waren es die Berliner »Rüstungsjuden« und deren Frauen und Kinder. Sie waren nicht so intensiv auszubeuten wie die jungen Zwangsdeportierten aus Zamość, und sie standen auf der untersten Stufe der rassistischen Hierarchie.

Dieses Programm ging auch in die Sonderfahrpläne der Reichsbahn ein: Zum Beispiel transportierte ein und derselbe Zug zwischen dem 25. Januar und dem 4. Februar 1943 zunächst 1000 Leute aus Zamość zur Zwangsarbeit nach Berlin. Dort wurden 1000 Berliner »Rüstungsjuden« und deren Angehörige in Waggons gepfercht und zum Zielbahnhof Auschwitz transportiert. Von dort fuhr der Zug mit dem Gepäck volksdeutscher Umsiedler, die in Oberschlesien auf ihre Ansiedlung gewartet hatten, zurück nach Zamość. Nun wurden 1000 Polen, weil sie als nutzlos oder gefährlich eingestuft worden waren, verladen und mit demselben Zug ebenfalls nach Auschwitz gefahren. Erst danach hielt der Zug auf einem nahegelegenen Betriebsbahnhof.<sup>[814]</sup>



In diesem Fahrplan spiegeln sich die Zusammenhänge der bevölkerungspolitischen Austauschprogramme des Generalplans Ost. Der Kreislauf der Menschenumschichtung und -vernichtung schloss sich in Auschwitz mit der Ermordung der »Minderwertigen«, aber auch in Zamość mit der Ansiedlung der Volksdeutschen, die, wenn sie auch die Nutznießer dieser Umsiedlungsverbrechen sein sollten, ebenfalls ungefragt verschoben wurden. Wie es in der Warschauer Zeitung hieß, »erwachten die Dörfer zu neuem Leben und zu einer wohl arbeitsträchtigen, aber sonnigen Zukunft«. Zuvor hatten die Generalplaner »die Bereinigung und Auflockerung« der neuen deutschen Stützpunkte bewerkstelligt, indem sie »vier bis fünf frühere Kleinstbetriebe zu einem Siedlungshof« zusammengefasst hatten.[\[815\]](#)

## Nachträge

Zwar war das Siedlungsvorhaben Zamość ein persönlicher Parforce-Akt Heinrich Himmlers, dennoch hatten seine Fachleute das Projekt bereits eineinhalb Jahre lang vorbereitet. Der Plan scheiterte im Zeichen von Stalingrad und an den inzwischen gut organisierten Partisanen. Deshalb stieß er auf massiven, durchweg taktisch begründeten Widerstand anderer deutscher Dienststellen. Doch zeigt das Projekt Zamość, was sich die Planer des Menscheneinsatzes und der neuen Raumordnung vorstellten, wessen sie fähig waren. Sie wollten mit ihren Siedlungsprojekten im Osten Initialzündungen geben für die nazistische Form der Modernisierung Europas, für die soziale Umschichtung einerseits und die Ermordung von Abermillionen »unbrauchbaren« und »überzähligen« Menschen andererseits.

Finanziert wurden fast alle wissenschaftlichen Arbeiten für die Planungsabteilung des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums im Allgemeinen und den Generalplan Ost im Besonderen von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Erhielt ein Mann wie Mengele in Auschwitz etwa 10000 bis 20000 Reichsmark für seine Forschungen, so investierte die DFG in den Generalplan Ost weit mehr als eine halbe Million Reichsmark. Für das Haushaltsjahr 1942 forderte Konrad Meyer 150000 Reichsmark, und zwar mit folgender Begründung: »Durch die Erweiterung des Aufgabenbereiches des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (Generalgouvernement u. besetzte Ostgebiete) (ist) auch der Umfang der planungswissenschaftlichen Forschungsarbeiten ausgedehnt worden.«<sup>[816]</sup> Seine Forderung hatte Erfolg. Meyers Mitarbeiter Professor Herbert Morgen erhielt von 1942 bis 1945 zusätzlich noch etwa 100000 Reichsmark zum Zweck der »Grundlagenerstellung zur Schaffung einer neuen Volksordnung nach dem Grundsatz der Festigung deutschen Volkstums i. d. Siedlungsgebieten des Reiches«.<sup>[817]</sup> An Felix Boesler überwies die DFG 40000 Reichsmark für »Untersuchungen zu Problemen des Ostaufbaus – laufende Forschungsaufträge des RKF« direkt, zusätzliche Gelder der DFG flossen über Meyers Förderanträge an Boesler.<sup>[818]</sup> Im Jahr 1943 zahlte die DFG,

obwohl die Arbeiten am Generalplan Ost nach Stalingrad angeblich eingestellt worden waren, 130000 Reichsmark für diesen Zweck und im Jahr 1944 noch einmal dieselbe Summe. Mit Schreiben vom 22. März 1945 beantragte Meyer 100000 Reichsmark für das Haushaltsjahr 1945/46 – »zur Durchführung planungswissenschaftlicher Arbeiten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums«.<sup>[819]</sup> Die Umsiedlungen selbst hatte Himmler am 18. Mai 1943 »im Hinblick auf die gesamtpolitische Lage« gestoppt.<sup>[820]</sup>

Zu Unrecht wurde der Generalplan Ost bei der Betrachtung und Analyse der deutschen Verbrechen der Jahre 1939 bis 1945 lange Zeit übergangen und in seiner praktischen sozial- und bevölkerungspolitischen Perspektive weit unterschätzt. Der Generalplan gehörte von Anfang an in den Kontext der Politik der »Endlösungen«. Die Sterilisierungsexperimente Carl Claubergs in Auschwitz, ebenfalls von der DFG gefördert, der millionenfache auf unterschiedliche Weise vollzogene Mord und die genau durchdachten Programme, wie die Menschen in den eroberten Regionen am besten auszubeuten und zu beherrschen wären, waren keine voneinander isolierten Verbrechen, sondern Bestandteile einer Konzeption. Der Generalplan Ost basierte auf dem Konzept einer Entwicklungspolitik, die wirtschaftliche Aufbauprogramme mit Massenmord verband und mit Maßnahmen, die das Bevölkerungswachstum begrenzten. Die Kombination von Entwicklungsprogrammen und Begrenzung des Bevölkerungswachstums – ggf. auch mittels Zwangssterilisation – war noch Jahrzehnte nach Kriegsende gegenüber den armen und arm gemachten Ländern der Welt fast selbstverständliche Praxis. Sie entspricht der Logik der forcierten Kapitalakkumulation und weist auch Ähnlichkeiten mit der Stalin'schen Politik der Zwangsumsiedlung auf, die den Aufbau der Schwerindustrie erleichtern sollte.

Auch wenn der Generalplan Ost nur in Ansätzen verwirklicht wurde, so gibt es doch keinen Anlass zu glauben, dass dieses scheinbar so wahnwitzige Projekt im Falle eines deutschen Sieges an seiner Gigantomanie gescheitert wäre. Dagegen sprechen nicht nur die Umsiedlungsverbrechen und Morde, die in diesem Zusammenhang bereits begangen wurden, sondern auch die eigenartige Popularität des Plans: Obwohl die Debatten über den Generalplan Ost geheim geführt wurden, waren an der Ausformulierung der einzelnen Teile eine Vielzahl regionaler Forschungsinstitute und zahlreiche Experten beteiligt, die nicht alle Details des Plans kannten, aber doch um den Zusammenhang wussten, in dem ihre Forschungen standen. Ebenso gab es in weiten Teilen der Bevölkerung Vorstellungen von den Siedlungsvorhaben. Nicht nur hochrangige

Wehrmachtsoffiziere, sondern auch ganz normale Familien wiegten sich Anfang der 1940er-Jahre in der Erwartung auf ein Rittergut im Osten und eine Zukunft als Wehrbauern im Schwarzerdegebiet.

## **Ghettopolitik im Zeichen der »Endlösung«**

### **»Abschiebung schon im nächsten Jahr«**

Nachdem die deutschen Kriegsstrategen im Herbst 1940 das Projekt eines mittelafrikanischen Kolonialreiches aufgegeben und stattdessen die »Ostraumlösung« – den Krieg gegen die Sowjetunion – favorisierten, wurde auch die »Lösung der Judenfrage« in einem neuen Zusammenhang erörtert. Wieder sollten die europäischen Juden »evakuiert« werden. Statt von Madagaskar war nun vom Eismeer oder von Sibirien die Rede. Je konkreter aber die Pläne für die Eroberung der Sowjetunion wurden, desto mehr wandelten sich die Begriffe »aussiedeln« oder »evakuieren« zu Bezeichnungen für Völkermord. Wenn in der Sowjetunion diesseits und jenseits der Front Abermillionen Menschen durch geplanten Hunger, durch Vertreibung und Massenerschießungen getötet werden sollten, war es nur ein Schritt, auch die besonders diskriminierten, schon enteigneten und ghettoisierten Juden zu ermorden.

Mit dem Angriff auf die Sowjetunion stand für die Ghettos im Generalgouvernement fest, dass sie nur noch für kurze Frist bestehen sollten. Die Gründe dafür legte Hans Frank am 22. Juli 1941 auf der Wirtschaftstagung des Generalgouvernements dar. Er stellte dieses Programm in den Zusammenhang mit der schlechten Ernährungslage und der Weiterentwicklung des »deutschen Aufbaus«:

»Wenn wir jetzt einen Ernährungs- und Aufbauplan aufstellen, dann ist es klar, dass gewisse Fragen, mit denen wir uns in den fast zwei Jahren ununterbrochen herumzuschlagen hatten, uns nicht mehr in diesem Maße beschäftigen werden. Ich glaube, dass jetzt auch eine Entlastung der Verhältnisse von Warschau und der anderen großen Städte eintreten wird. (...) Der Führer hat mir in einer Besprechung, die ich drei Tage vor dem Einmarsch (in die Sowjetunion) bei ihm in der Reichskanzlei pflegen konnte, unter anderem auch gesagt, dass die Juden als erste aus dem Generalgouvernement abziehen werden. Ich werde in den nächsten Tagen

schon Befehl zur Ausräumung des Warschauer Ghettos geben. Wir müssen unter allen Umständen so schnell wie möglich dafür sorgen, dass wir die Juden aus dem Generalgouvernement entfernen.«<sup>[821]</sup>

Frank hatte es nicht zuletzt deswegen so eilig, weil drei Tage vor dieser Wirtschaftstagung, am 18. Juli 1941, beschlossen worden war, das kurz zuvor eroberte ehemals österreichische Ostgalizien als Distrikt dem Generalgouvernement zuzuschlagen. Dadurch aber stieg die Zahl verarmter Juden, die den ehrgeizigen deutschen Aufbauplänen im Generalgouvernement im Wege standen, noch einmal beträchtlich. Möglicherweise hatte Frank diesem Erweiterungsvorschlag nur deswegen zugestimmt, weil er mit der Zusage für die baldige »Abschiebung« der jüdischen Minderheit aus dem Generalgouvernement verbunden war. Im Hinblick auf dieses Vorgehen, das den lang gehegten Wünschen der deutschen Zivilverwaltung im Generalgouvernement und in den eingegliederten Ostgebieten entsprach, zeigte sich die Hauptabteilung Ernährung optimistisch: Die Ernte sei gut, und »darüber hinaus wird das Gebiet hoffentlich eine gewisse Entlastung durch Abschieben von Juden und anderen asozialen Elementen nach Osten erfahren«.<sup>[822]</sup>

Am 15. Oktober 1941 tagte die Besatzungsregierung in Warschau. Verhandelt wurde allein der Tagesordnungspunkt »Ghetto«. Sowohl der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk, Heinz Auerswald, als auch der Leiter der Transferstelle, Max Bischof, mussten Bericht erstatten. Bischof teilte mit, dass das fixe Kapital im Ghetto, also Maschinen und Ähnliches, »durch Vertreuhänderungs- und Verwertungsmaßnahmen sowie durch die polizeiliche Liquidierung von Hunderten von kleingewerblichen Betrieben äußerst gering« sei. Die Verwertung der Arbeitskräfte sei daher überwiegend an Arbeitsvorgänge gebunden, für die keine Maschinen gebraucht würden.<sup>[823]</sup> Aber ebendiese Art von Arbeit bedeutete nach Gaters und Meinholds Ansicht Kapitalverschleiß: Sie verbrauchte Material und erforderte, wenn auch auf niedrigem Niveau, Ernährung und Ausrüstung von Arbeitskräften, die auf anderen, besser ausgestatteten Arbeitsplätzen viel mehr hätten erwirtschaften können. Lohnaufträge aus dem Reich, so sagte Bischof, könnten selbstverständlich nicht nach den dortigen Verhältnissen kalkuliert werden. Trotz der niedrigen Löhne war die Produktion teurer. Um dennoch zu Dumpingpreisen liefern zu können, mussten »erhöhte Leistungen der Juden in Akkordarbeit« erbracht werden. Außerdem hatte der Judenrat dafür zu sorgen, dass die betreffenden Arbeiterinnen und Arbeiter bevorzugt ernährt wurden, also zu Lasten der nicht Arbeitenden. Schließlich kam der Banker Bischof zu folgendem Fazit:

»Das Ruinenfeld, das wirtschaftlich gesehen heute das Judenviertel

darstellt, ist selbstverständlich auf die Dauer nicht in der Lage, neben den Kosten für den laufenden Unterhalt auch die verschiedensten Rückstände an staatlichen Steuern, kommunalen Gefällen (Abgaben), Sozialversicherungsbeiträgen, kaufmännischen Vorkriegsverbindlichkeiten usw. zu decken.«

Ende August 1941 arbeiteten laut Arbeitsamt Warschau, Nebenstelle Ghetto, 36000 Menschen: Das bedeutete nach der Gater'schen Tabelle immer noch einen täglichen Zuschuss von 75000 Reichsmark aus dem Haushalt des Generalgouvernements, nur um den Status quo zu erhalten. Auch nach Bischofs Meinung fiel die Zahl der Arbeitenden »gegenüber der Masse von 500000 Menschen nicht ins Gewicht«. Eine Kampagne über die Möglichkeiten der Arbeitsverlagerung in den jüdischen Wohnbezirk bei den 70 Handelskammern im Reich habe zwar ein erfreuliches Echo gefunden, aber dennoch schloss Bischof seinen Bericht eher skeptisch: »Wenn überhaupt, wird es vielleicht auf diese Weise gelingen, die jüdischen Arbeitskräfte Warschaus in ausreichendem Maße den Erfordernissen des Reiches im Endkampf um die Zukunft dienstbar zu machen.«

Nach Bischof war Auerswald mit seinem Vortrag an der Reihe. Er sprach nicht über die zweifelhaften ökonomischen Aussichten, sondern über politische Perspektiven. Daraus ergab sich eine andere Möglichkeit, »den Erfordernissen des Reiches dienstbar« zu sein: »Wenn feststeht, dass schon im nächsten Jahr die Juden aus dem Generalgouvernement abgeschoben werden können, so würde es, um unnötige Arbeit und Aufwendungen zu sparen, zweckmäßig sein, es im Wesentlichen bei dem derzeitigen Zustand zu belassen.«<sup>[824]</sup> Der Warschauer Distriktsgouverneur Fischer schlug vor, die ohnehin fragwürdigen Bemühungen um eine höhere Produktivität im Ghetto einzustellen. Unmittelbar nach dieser Sitzung wurde dann das Projekt »Arbeitsverlagerung in den jüdischen Wohnbezirk« gestoppt.<sup>[825]</sup>

Während der Besprechung kündigte Distriktsgouverneur Fischer auch an, dass wegen des Energiemangels »mit der weiteren Stilllegung größerer Betriebe zu rechnen« sei, dass der bevorstehende Winter für Warschau der härteste in der bisherigen Besatzungszeit werden würde und dass Kartoffeln und Brotgetreide für die Bevölkerung nur zu einem Drittel der amtlich vorgesehenen Hungerrationen vorhanden seien: »Neben diesen beiden Hauptpunkten Wirtschaft und Ernährung treten alle übrigen Probleme in den Hintergrund.«<sup>[826]</sup>

Am nächsten Tag redete der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft, Walter Emmerich, Klartext. Es habe sich herausgestellt, »dass sich das Ghetto finanziell nicht tragen, nicht ohne Zuschüsse leben könne, wenn man sich zum Ziel setze, die Lebensfähigkeit der Judenschaft zu erhalten«. Weiter



führte Emmerich laut Protokoll aus: »Damit sei über die Rechtfertigung des Ghettos noch nichts gesagt. Es sei aber ein vorübergehendes Konzentrationslager bis zu dem Zeitpunkt, in welchem die Juden abgeschoben werden könnten«. [\[827\]](#)

## Lemberg: Das Ende der »Produktivierung«

Faktisch lautete das Ergebnis der Regierungssitzung vom 15./16. Oktober, dass alle Maßnahmen, die Ghettowirtschaft rentabel zu machen (und dabei »die Lebensfähigkeit der Judenschaft zu erhalten«), im Hinblick auf die bevorstehende »Abschiebung« endgültig eingestellt wurden. Im Distrikt Galizien, der bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion anderthalb Jahre lang sowjetisch besetzt gewesen war und nun unter deutsche Herrschaft geriet, wurde schon vorher so verfahren und der aus Warschau bekannte Versuch, die Produktivität zu steigern, gar nicht erst unternommen.

Als die Wehrmacht im Juni 1941 Lemberg (= Lwow) besetzte, lebten dort etwa 160000 Juden. Eine der ersten deutschen Truppeneinheiten, die in Lwow einfielen, war das Bataillon »Nachtigall«, als dessen politischer Berater und beaufsichtigender Offizier Theodor Oberländer fungierte. Nach Zeugenaussagen verübten Angehörige dieses Bataillons Massaker an der jüdischen Bevölkerung und stachelten viele Einwohner von Lemberg zu Pogromen an. Dem tage- und nächtelangen Morden fielen mehrere tausend Menschen zum Opfer. Kaum drei Wochen später, am 28. Juli 1941, erschossen die Deutschen in dem schnell eingerichteten KZ in der Lemberger Janowskastraße, unmittelbar hinter dem jüdischen Friedhof, mehrere tausend jüdische Männer.<sup>[828]</sup> Im September 1941 richtete sich eine neuerliche Verhaftungswelle gegen 2000 jüdische Männer und Frauen, die älter als 60 Jahre waren. Auch sie starben im Janowskalager.<sup>[829]</sup>

Jüngere und kräftigere Personen wurden, soweit sie keine Arbeit nachweisen konnten, bei Massenverhaftungen festgenommen, von deutscher Polizei und ukrainischer Hilfspolizei selektiert und in Arbeitslager eingewiesen.<sup>[830]</sup> In der Regel bedeutete dies den Tod der Verhafteten, was sich unter der jüdischen Bevölkerung Lembergs schnell herumsprach.<sup>[831]</sup> Eine Arbeitsbescheinigung bot in dieser Situation noch relative Sicherheit.

Das mit der Ökonomisierung der Ghettos in den ersten Monaten des Jahres 1941 entwickelte Prinzip, zwischen arbeitsfähigen und nicht arbeitsfähigen jüdischen Menschen zu unterscheiden, galt in Lemberg schon, als das Ghetto Anfang November 1941 abgeriegelt wurde. Allerdings mit einem kleinen Unterschied: Die Arbeitsfähigen wurden entweder in Lager verschleppt oder innerhalb des Ghettos in einem vergleichsweise besser

ausgestatteten Facharbeiterbezirk für sogenannte unentbehrliche Juden untergebracht.<sup>[832]</sup> Die deutschen Beamten und Militärs benutzten die Ghettoinsassen als eine Art Puffer, mit dessen Hilfe Engpässe aller Art abgefedert werden konnten: Sie holten Menschen aus dem Ghetto, wenn sie irgendwo Arbeitskräfte brauchten, oder ließen andere erschießen, wenn es gerade darauf ankam, Wohnungen freizumachen oder Fürsorgegelder einzusparen. In anderen Städten des Distrikts verfuhrten die deutschen Besatzer ähnlich. In Stanislau (= Iwano Frankowsk) wurden am 12. Oktober 1941 12000 der dort lebenden 42000 Jüdinnen und Juden auf dem örtlichen Friedhof erschossen, weil der für die Errichtung eines Ghettos vorgesehene Platz nicht ausreichte, um die gesamte jüdische Gemeinde dort unterzubringen.<sup>[833]</sup>

Da unterschiedliche Instanzen – von der Arbeits- über die Bauverwaltung bis zum Wohnungsamt – mit den Häftlingen des Ghettos nach Belieben verfuhrten, um die Probleme ihrer jeweiligen Ressorts zu lösen, waren sie auch dabei, wenn die Stadtverwaltung über die organisatorischen Vorbereitungen für die »Endlösung« beriet. So auch am 10. Januar 1942 bei der Besprechung »betr. Aussiedlung der Juden aus Lemberg«.<sup>[834]</sup> Die Sitzung leitete Amtschef i. V. Rechtsanwalt Otto Bauer, in Personalunion Leiter der Innenverwaltung des Distrikts Galizien. An der Konferenz nahmen unter anderen Vertreter der Polizei, der Innenverwaltung<sup>[835]</sup> und des Wohnungsamts<sup>[836]</sup> teil sowie Oberst a.D. Alfred Bisanz von der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge und der Stadtbaudirektor Wilhelm Hallbauer<sup>[837]</sup> als Vertreter des Stadthauptmanns. Darüber, dass die Vernichtung der jüdischen Minderheit Galiziens bevorstünde, herrschte unter den Teilnehmern – zehn Tage vor der Wannseekonferenz – kein Zweifel. Es ging ihnen lediglich noch um die organisatorische Vorbereitung beziehungsweise darum, die Reihenfolge, in der die Ghettobevölkerung »umgesiedelt« werden sollte, mit den sozial- und wirtschaftspolitischen Erfordernissen der deutschen Verwaltung abzustimmen: An den Judenrat erging die Anweisung, »alle diejenigen Juden und jüdischen Familien, die nicht produktiv arbeiten, listenmäßig zu erfassen« und sie der Abteilung Innere Verwaltung zu melden.<sup>[838]</sup> Die frei werdenden Wohnungen und deren Einrichtungsgegenstände sollten dem Wohnungsamt – Abteilung Möbelbeschaffungsstelle – und der Treuhandstelle bekanntgegeben werden.<sup>[839]</sup>

Am 20. Januar 1942, dem Tag der Wannseekonferenz, erging an alle städtischen Betriebe in Lemberg die Anweisung, »soweit noch jüdische Angestellte vorhanden sind, (...) sich baldmöglichst nach Ersatzkräften umzusehen«. Insbesondere galt dies für den »inneren Betrieb (Werkstätten

pp.)«. Allenfalls für »besondere Arbeiten (Erdarbeiten pp.)« könnten »jüdische Arbeiter bis auf Weiteres beschäftigt bleiben«. <sup>[840]</sup> Diese Juden wurden zunächst nicht deportiert und sollten später in dem Maße »umgesiedelt« werden, wie sie durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden konnten oder aber ihre Arbeit nicht mehr als kriegswichtig eingestuft wurde. <sup>[841]</sup>

Bei den Razzien und Massenerschießungen ermordeten die Deutschen während der ersten Monate vorrangig »besonders lästige Juden«, wie Heydrich sagte, also alte Leute und Kranke. Mit Beginn der Massentötungen in Belžec wurden neue Kategorien von Opfern definiert und nun bevorzugt Frauen und Kinder deportiert. Gegen Ende der ersten systematischen Mordaktion in Lemberg, am 25. März 1942, ordnete Stadthauptmann Egon Höller an, dass »zur Betreuung der hier verbleibenden Arbeitsjuden« bei Verheirateten die Ehefrau »genüge«, bei Ledigen »eine Betreuerin je Hausgemeinschaft von 5 bis 6 Personen«. <sup>[842]</sup> In der Praxis bedeutete das: »Man durfte wählen, ob man die Frau oder die Mutter schützen wollte. Männliche Mitglieder der Familie konnten durch den Arbeitsausweis nicht gerettet werden.« <sup>[843]</sup>

Die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, die in Galizien vorübergehend die Bezeichnung »Bevölkerungswesen, Fürsorge und Umsiedlung« trug, <sup>[844]</sup> machte es sich zur Aufgabe, die Hierarchie der Opfer auch im Ghettoalltag umzusetzen. So setzte sich der Leiter der Innenverwaltung und in dieser Eigenschaft auch Vorgesetzter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge dafür ein, in erster Linie Menschen zu deportieren, die ansonsten möglicherweise die Gemeinden finanziell belastet hätten: Vor allem sollten nach seinem Vorschlag jüdische Familien ermordet werden, die von der Fürsorge abhängig waren, weil man ihre Ernährer in Arbeitslagern inhaftiert hatte. <sup>[845]</sup>

Am 25. März 1942 verfügte Höller, dass binnen zwei Tagen alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber »Listen der zur Zeit noch nicht entbehrlich erscheinenden jüdischen Facharbeitskräfte« beim Arbeitsamt einzureichen hätten. Letzteres hatte dann zusammen »mit den sonst interessierten Dienststellen« über die Anerkennung der »Arbeitsjuden« und die Vergabe entsprechender Armbinden und Ausweise zu entscheiden. <sup>[846]</sup> Demnach entschieden auch Beamte des Arbeitsamts an zentraler Stelle über Weiterbeschäftigung oder Nichtbeschäftigung eines Menschen und damit über Leben und Tod. <sup>[847]</sup>

Adolf Folkmann, ein überlebender Jude aus Galizien, berichtet: »Jeder Massenmord begann (...) mit einer Verordnung über die Neuregistrierung aller Juden. Die arbeitenden Juden sollten neue Arbeitsausweise erhalten.

Jene, die nicht »wehrwichtige« Arbeit leisteten, wurden in den folgenden Monaten in drei großen organisierten Mordaktionen getötet.«<sup>[848]</sup> Die Ausgabe neuer Arbeitsbescheinigungen löste daher in den Ghettos bald Panik und Verzweiflung aus; solche Ankündigungen belebten den Handel mit diesen Bescheinigungen, an dem in erster Linie deutsche Unternehmer und Firmenverwalter verdienten. Die von Deportation und Tod Bedrohten bezahlten große Summen für einen »wehrwichtigen« Arbeitsplatz. Die Löhne – wenn überhaupt welche gezahlt wurden – sicherten dagegen nicht einmal den Lebensunterhalt. Der musste, wie auch die Bestechungsgelder, durch Tausch- und Schwarzmarktgeschäfte aufgebracht werden.<sup>[849]</sup> Die kontinuierlich steigenden Bestechungssummen, die die jüdische Bevölkerung Lembergs für ihr Überleben zahlen musste, waren nach dem Urteil Reitlingers auch ein Grund dafür, dass die deutschen Fabrikbesitzer im Oktober 1942 »ein echtes Interesse daran hatten, die Liquidierung des Ghettos zu verhindern«.<sup>[850]</sup>

Wenn auch jüdische Frauen, Kinder, Fürsorgeempfänger, Alte und Kranke vom 1. August 1941 an vorrangig zu Opfern der deutschen Vernichtungspolitik wurden, so richteten sich die Pläne doch von Anfang an gegen alle Juden, nur dass man gegen die Arbeitenden nicht mit dem gleichen Tempo vorgehen konnte und wollte wie gegen die »Unproduktiven«. Im Bericht des SS- und Polizeiführers Friedrich Katzmann über »Die Lösung der Judenfrage in Galizien« vom 30. Juni 1943 steht dazu: »Durch die Eigenart, dass das Handwerkertum in Galizien fast zu 90% aus jüdischen Arbeitskräften bestand, konnte die zu lösende Aufgabe nur Zug um Zug durchgeführt werden, da eine sofortige Entfernung nicht im Interesse der Kriegswirtschaft gelegen hätte.«<sup>[851]</sup>

So wurde die jüdische Minderheit im Verlauf von zweieinhalb Jahren aus der Wirtschaft Galiziens »entfernt« – unter anderem dadurch, dass von »Aktion« zu »Aktion« jedes Mal weniger Arbeitsbescheinigungen ausgegeben und mehr Arbeitsplätze mit »Ariern« besetzt oder ganz wegrationalisiert wurden.

## Die Wannseekonferenz

Am 20. Januar 1942 trafen sich 15 Männer in Berlin-Zehlendorf, Am Großen Wannsee Nr. 56/57 und berieten die »Endlösung der Judenfrage« in Europa. Weder Hitler noch Himmler, weder Göring noch Goebbels nahmen an dieser Konferenz teil, nicht ein einziger Minister. Versammelt hatten sich sechs Staatssekretäre, drei Ministerialdirektoren und sechs Herren aus dem Reichssicherheitshauptamt, die in den sieben Monaten zuvor mit Deportationen und Massenerschießungen Erfahrungen gesammelt hatten. Das Durchschnittsalter der Konferenzteilnehmer betrug 41 Jahre; acht der Anwesenden führten einen Dokortitel. Im amtsinternen Sprachgebrauch wurde dieses Treffen als »Konferenz der Staatssekretäre« bezeichnet. Vertreten waren das Innen- und Justizministerium, die Reichskanzlei, die Parteikanzlei der NSDAP, das Auswärtige Amt. Das neugegründete Ministerium für die besetzten Ostgebiete delegierte gleich zwei Abgesandte – wohl deshalb, weil es in den Monaten zuvor heftigst um eine eigene Zuständigkeit für die »Lösung der Judenfrage« gekämpft hatte. In der Person des Staatssekretärs Erich Neumann – der als Vertreter des Generalrats der Vierjahresplanbehörde erschien – waren nicht nur diese Behörde, sondern auch die Ministerien für Arbeit, Ernährung, Wirtschaft, Verkehr und Finanzen repräsentiert, ebenso die Wehrwirtschaftsführung. Der Staatssekretär des Propagandaministeriums war zwar eingeladen, aber nicht erschienen. Dasselbe galt für Ulrich Greifelt, den Leiter der Zentrale des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums.

Reinhard Heydrich führte den Vorsitz, Adolf Eichmann mit einer Stenotypistin das Protokoll. Es umfasst 15 locker beschriebene Seiten. Von ursprünglich 30 Ausfertigungen ist nur eine erhalten, rein zufällig. Das Protokoll ist keine wirkliche Wiedergabe des Diskussionsverlaufs. Man muss es als Versuch lesen, die Ergebnisse der Konferenz aus der Sicht des Reichssicherheitshauptamts zu zementieren und bestimmte Fragen, über die keine Einigkeit erzielt werden konnte, offenzuhalten. Es ist in der üblichen Tarnsprache der »Geheimen Reichssache« formuliert, Begriffe wie »abschieben«, »evakuieren«, »durchschleusen« ersetzen die klare Benennung des Tötens. Diese Sprache diente nicht der Geheimhaltung, sondern sollte den Massenmord mit Hilfe aseptischer Begriffe leichter

verwaltbar machen und in den bürokratischen Alltag des deutschen Staates einfügen. Außerdem hatten Hitler und Himmler oft genug klargemacht, dass sie den Massenmord begrifflich zu tabuisieren wünschten.

Ursprünglich war die Konferenz schon für den 9. Dezember 1941 anberaumt worden. Heydrich sagte sie aber kurzfristig ab, weil Hitler für den 11. Dezember plötzlich wegen der deutschen Kriegserklärung an die USA eine Reichstagssitzung angesetzt hatte.<sup>[852]</sup> So wurde die Konferenz um sechs Wochen verschoben. Vielleicht kam Heydrich diese Verzögerung auch gelegen, denn für ihn bestand keine Eile. Er hatte die Wannseekonferenz nicht einberufen, um die »Endlösung« selbst zu diskutieren. Vielmehr ging es ihm darum, technische und organisatorische Probleme zu erörtern, Kompetenzstreitigkeiten zu klären, insbesondere mit dem Ostministerium, und darum, ob und wie die »Mischlinge« und in »Mischehe« Lebenden der »Endlösung« unterworfen werden sollten.<sup>[853]</sup> Schließlich war das Ziel der Konferenz, unterschiedliche Behörden zu koordinieren, um den millionenfachen Mord reibungslos durchzuführen. Die beteiligten Männer sahen ihr Organisationstalent herausgefordert. Sie diskutierten die »Parallelisierung der Linienführung«, also die Frage, wie das Programm effizient in die Tat umzusetzen sei.

In seine Einladung zur Wannseekonferenz hatte Heydrich geschrieben: »Am 31. 7. 1941 beauftragte mich der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches, unter Beteiligung der in Frage kommenden anderen Zentralinstanzen, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht für eine Gesamtlösung der Judenfrage in Europa zu treffen und ihm in Bälde einen Gesamtentwurf hierüber vorzulegen. Eine Fotokopie dieser Bestellung lege ich meinem Schreiben bei. In Anbetracht der außerordentlichen Bedeutung, die diesen Fragen zuzumessen ist, und im Interesse einer gleichen Auffassung bei den in Betracht kommenden Zentralinstanzen an den übrigen mit dieser Endlösung zusammenhängenden Arbeiten rege ich an, diese Probleme zum Gegenstand einer gemeinsamen Aussprache zu machen, zumal seit dem 15. 10. 1941 bereits in laufenden Transporten Juden aus dem Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Osten evakuiert werden.«<sup>[854]</sup>

Den von Göring angeforderten, »in Bälde« vorzulegenden »Gesamtentwurf« hatte Heydrich bis zur Wannseekonferenz noch nicht geschrieben. Vermutlich wollte er ihn dort nicht diskutieren. In seinen einleitenden Bemerkungen stellte er eine Art Junktin her zwischen dem noch ausstehenden Projektpapier und dem erfolgreichen Verlauf der Konferenz: »Der Wunsch des Reichsmarschalls, ihm einen Entwurf über die



organisatorischen, sachlichen und materiellen Belange im Hinblick auf die Endlösung der europäischen Judenfrage zu übersenden, erfordert die vorherige gemeinsame Behandlung aller an diesen Fragen unmittelbar beteiligten Zentralinstanzen im Hinblick auf die Parallelisierung der Linienführung.«

Das Gesamtkonzept ist bislang nicht aufgefunden, seine Existenz aber durch eine Tagebucheintragung Goebbels' vom 7. März 1942 dokumentiert: »Ich lese eine ausführliche Denkschrift des SD und der Polizei über die Endlösung der Judenfrage. Daraus ergeben sich eine Unmenge von Gesichtspunkten. Die Judenfrage muss jetzt im gesamteuropäischen Rahmen gelöst werden.«<sup>[855]</sup> Nachdem Heydrich den gesamten, schon durch eine ausgedehnte Praxis fundierten Mordplan abgeliefert hatte, erhielt er den Titel des von Göring »bestellten Beauftragten für die Endlösung der europäischen Judenfrage«.<sup>[856]</sup>

Wie schon sein Einladungsschreiben eröffnete Heydrich auch die Sitzung mit dem Verweis auf Göring und dessen Auftrag vom 31. Juli 1941 und gab einen »kurzen Überblick über den bisher geführten Kampf«. Er berichtete von den »Auswanderungsarbeiten«, das heißt von der Vertreibung der jüdischen Minderheit, nicht nur aus den »einzelnen Lebensgebieten des deutschen Volkes«, sondern auch von ihrer »Zurückdrängung« aus dem gesamten »Lebensraum«. Dazu gehörte nach Ansicht der Konferenzteilnehmer ganz Europa.

Durch politischen Terror und zuletzt durch die – im Januar 1939 nach den Novemberpogromen und ebenfalls auf Anweisung Görings gegründete – Reichszentrale für jüdische Auswanderung waren in der Zeit vom Machtantritt der NSDAP bis zum 31. Oktober 1941 insgesamt 537000 deutsche, österreichische und tschechische Juden »zur Auswanderung gebracht« worden. Dabei habe man sich, laut Protokoll, bemüht, »den Verbleib der verproletarisierten Juden zu vermeiden«, indem vermögende Juden gezwungen wurden, die Auswanderung der armen zu finanzieren. Außerdem hatten die Behörden, um den »deutschen Devisenschatz zu schonen«, dafür gesorgt, dass ausländische jüdische Hilfsorganisationen die zur Auswanderung notwendigen Devisen von »insgesamt rund 9500000 Dollar« bereitstellten. Im Hinblick auf die immer restriktiveren Einwanderungsbestimmungen anderer Staaten, die im Krieg besonders großen Schwierigkeiten, überhaupt auszuwandern, und im Hinblick auf die »Möglichkeiten des Ostens« habe sich aber nun eine neue Perspektive ergeben. Heydrich: »Anstelle der Auswanderung ist nunmehr, nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer als weitere

Lösungsmöglichkeit die Evakuierung nach Osten getreten.« »Genehmigung« heißt es dort, nicht etwa Befehl. Dass der Massenmord bereits gängige Praxis war, musste den Teilnehmern klar sein. Wenn es auch auf der Wannseekonferenz nicht so deutlich ausgesprochen oder zumindest nicht explizit protokolliert wurde, so ist doch durch alle Verschleierung hindurch sichtbar, dass es ausdrücklich um die weitere Koordination und methodische Verbesserung des Massenmords ging, nicht aber um einen prinzipiellen Beschluss. Für die, die deportiert werden sollten, sahen die Teilnehmer laut Protokoll einen »Arbeitseinsatz« vor, bei dem »zweifelsohne ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen« werde: Der »verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen«. Hinter dieser Formulierung steht das in den Konzentrationslagern entwickelte Konzept »Vernichtung durch Arbeit«. Es setzte voraus, was bereits gängige Praxis war: die Ermordung aller Nichtarbeitsfähigen, insbesondere der Kinder, Kranken und Alten.

Vermutlich als Tischvorlage wurde auf der Wannseekonferenz eine statistische Übersicht über insgesamt 11 Millionen jüdische Menschen in ganz Europa herumgereicht. Sie ist dem Protokoll der Konferenz beigelegt, in die Teile A und B gegliedert und nach Ländern aufgeschlüsselt. Teil A enthält Deutschland in den Grenzen von 1937, die annektierten und besetzten Länder (bis auf die weißrussischen und ukrainischen Teile der Sowjetunion) und Vichy-Frankreich. Die Aufstellung gibt unseres Erachtens die Reihenfolge an, nach der die Juden aus bestimmten Ländern in die Vernichtungslager deportiert werden sollten. Der Teil A enthält auch die Zahlen der bereits Ermordeten und Deportierten. Estland, wo etwa 4500 Juden gelebt hatten, ist als »judenfrei« vermerkt, für Lettland gibt die Aufstellung 3500 lebende Juden an, etwa 60000 waren es zu Beginn der deutschen Besatzung gewesen; für Litauen weist die Statistik 34000 aus, aber mehr als 200000 Menschen jüdischer Abstammung hatten dort noch kurz zuvor gelebt. In Serbien, das in Teil B aufgeführt ist, gehörten der jüdischen Minderheit im Sommer 1941 mehr als 30000 Menschen an; bis zur Wannseekonferenz hatte die Wehrmacht bereits Tausende jüdische Männer als Geiseln erschossen, und es lebten noch etwa 10000 Frauen und Kinder. Drei Monate später waren auch sie fast ausnahmslos tot. In der Sprache des Auswärtigen Amtes hieß das: »Die Judenfrage ist in Serbien nicht mehr akut.«<sup>[857]</sup>

Für das Altreich und Österreich gibt das Protokoll der Wannseekonferenz zum Stichtag 31. 10. 1941 eine Zahl von 280000 Juden an. Im Teil A der

statistischen Übersicht ist nur noch von 175000 die Rede. Es wurden demnach in den wenigen Wochen zwischen dem 31. Oktober 1941 und dem 20. Januar 1942 insgesamt 105000 deutsche und österreichische Jüdinnen und Juden deportiert, aus dem Protektorat Böhmen und Mähren im selben Zeitraum 13800. An ihren Zielorten – etwa Riga, Minsk oder Lodz – wurden sie, obwohl noch nicht alle ermordet waren, nicht mehr als lebend registriert. Wenn auch kryptisch, so liefert das Protokoll dafür eine Begründung: »Die evakuierten Juden werden zunächst in sogenannte Durchgangsghettos verbracht, um von dort weiter nach Osten transportiert zu werden.« In diesem Zusammenhang wurden auch »gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung« erörtert. Gemeint ist damit der Aufbau der ersten Vernichtungslager.

Die Programme für die in Teil A der statistischen Übersicht genannten Länder standen im Kern fest. Teil B dieser Aufstellung enthält in alphabetischer Reihenfolge abhängige, verbündete, gerade neu geschaffene oder noch nicht besetzte Staaten Europas – darunter auch England – und Zahlenangaben über die dort jeweils lebenden Juden, einschließlich der Sowjetunion. Während in Serbien, in der Sowjetunion und Bessarabien Juden schon zu Tausenden ermordet wurden, waren die jüdischen Einwohner der Schweiz oder Spaniens für die Deutschen nicht erreichbar. Die in Teil B genannten europäischen Länder verbindet nur eines: Die dort lebenden Juden sollten oder konnten zum Zeitpunkt der Wannseekonferenz nicht über weite Strecken in die Vernichtungslager deportiert werden, sei es, dass sie in der Nähe ihrer Wohnorte ermordet wurden oder unter dem Schutz anderer Staaten standen.

Für die Sowjetunion insgesamt wurde pauschal geschätzt, dass dort fünf Millionen Menschen jüdischer Religion oder jiddischer Sprache lebten.<sup>[858]</sup> Für die Ukraine speziell aber gibt die Statistik exakt 2994684 Menschen an, für Belorussland 446484. Die Genauigkeit dieser Angaben ist einerseits nichts als statistischer Schein; andererseits könnten sie zeigen, dass im Reichssicherheitshauptamt fortlaufend Zwischenbilanz gezogen wurde: Möglicherweise wurde die Zahl der bereits Erschossenen von einer geschätzten Ausgangszahl der jüdischen Bevölkerung abgezogen.

Auf der Wannseekonferenz wurden auch die Erfahrungen diskutiert, die SS und Schutzpolizei im Herbst 1941 in Lettland und Belorussland bei der Erschießung einiger tausend deutscher Jüdinnen und Juden gesammelt hatten. Abtransportiert und ermordet hatte man Menschen, die keine kriegswichtige Arbeit leisteten, also Kinder, Mütter und Gebrechliche. Ältere Männer wurden selbst dann nicht verschont, wenn sie im Ersten Weltkrieg Frontkämpfer gewesen waren. Das hatte Eingaben, Anfragen,

Proteste und Verunsicherung in den Behörden zur Folge. Außerdem musste sich das Ostministerium damit auseinandersetzen, dass die halb öffentlichen Massenexekutionen der Bevölkerung vor Ort nicht verborgen blieben und sie darauf mit

### **Statistik der »Endlösung«**

Die Zahlenangaben für die Wannseekonferenz hatte ein junger Fachmann aus dem Statistischen Reichsamt zusammengestellt – Roderich Plate. Auf Veranlassung des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP hatte er bereits 1935 gemeinsam mit Friedrich Burgdörfer eine Schätzung über die Zahl der »Rassejuden« im Deutschen Reich erarbeitet (Burgdörfer, Juden in Deutschland (1938), S. 173). 1938 folgte eine Schätzung des »Weltjudentums« (ebd., S. 155). Das Ergebnis der Schätzung ist veröffentlicht in: Wirtschaft und Statistik 18 (1938), S. 500ff. Der Tätigkeitsbericht des SD-Referats »II 112 Judentum« für 1936/37 nennt Plate als Ansprechpartner im Statistischen Reichsamt (NARA, T 175/Roll 410). 1939 leitete der gerade 32-Jährige die Volkszählung im Deutschen Reich, verantwortlich war er auch für die völlig neue namentliche Sondererfassung aller »Volljuden« und »Mischlinge«.

Vom 1. Juli 1941 an arbeitete Plate »im Nebenamt«, für 100 Mark monatliche Zusatzvergütung, beim Inspekteur für Statistik der SS. Am 1. Oktober 1941 wurde er hauptamtlicher Stellvertreter des Inspektors. Drei Tage vor der Wannseekonferenz unterschrieb er, dass er »über alle Angelegenheiten, die ihm vermöge seines Dienstes bekannt geworden sind, strengstes Stillschweigen gegenüber jedermann zu bewahren« habe (BArch, Reichsinnenministerium/PA Roderich Plate). Zehn Tage später zog ihn die Wehrmacht ein. Nach dem Krieg wurde Plate, der Agrarwissenschaften studiert hatte, Professor in Stuttgart-Hohenheim und einer der führenden deutschen Agrarfachleute für Fragen der europäischen Landwirtschaft. (Aly, Roth, Restlose Erfassung (1984), S. 60f.). Hatte Plate vor allem die Ausgangszahlen zu ermitteln, so schrieb sie sein Chef, der Inspekteur für Statistik Richard Korherr, laufend fort. Ende März 1943 legte er einen Bericht über den Stand der »Endlösung der Judenfrage« vor, der mit dem Satz beginnt: »In Europa häufen sich bzw. häuften sich die Juden vor allem in den nunmehr von Deutschland besetzten früheren polnisch-russischen und baltischen Gebieten.« Im Bericht wird die Zahl der Ermordeten mit 2419 856 angegeben – Stichtag 31. 12. 1942. Ebd., S. 87.

Unruhe reagierte. Die Massenerschießungen deutscher Juden in Minsk und Riga hatten Kritik provoziert, und Himmler hatte die Erschießungen acht Wochen zuvor auf Druck einiger Konferenzteilnehmer einschränken müssen.

[\[859\]](#) Deshalb formulierte Heydrich am 10. Januar mit äußerster Vorsicht: »Diese Aktionen sind jedoch nur als Ausweichmöglichkeiten anzusprechen.« Die SS, so Heydrich weiter, habe »bereits praktische Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind«. Im gleichen Atemzug erklärte er, wie künftig Proteste und Nachfragen vermieden werden sollten, nämlich durch bessere Selektion: »Es ist beabsichtigt, Juden im Alter von über 65 Jahren nicht zu evakuieren, sondern sie einem Altersghetto – vorgesehen ist Theresienstadt – zu überstellen. Neben diesen Altersklassen (...) finden

in den jüdischen Altersghettos weiterhin schwer kriegsbeschädigte Juden und Juden mit Kriegsauszeichnung (EK 1) Aufnahme. Mit dieser zweckmäßigen Lösung werden auf einen Schlag die vielen Interventionen ausgeschaltet.« Theresienstadt war freilich auch nur Zwischenstation; soweit die Deportierten dort nicht an Mangel und Entkräftung starben, wurden die meisten von ihnen 1943 weiterdeportiert – nach Auschwitz.

An einer Stelle ist im Protokoll nicht von »Endlösung« die Rede, sondern – im Plural – von »Endlösungsvorhaben«. Diese Formulierung könnte auf unterschiedliche Methoden, Zeiten und Schauplätze des Mordens hinweisen, sie könnte aber auch bedeuten, dass schon mehr geplant war – mehrere »Endlösungen« für verschiedene Gruppen potentieller Opfer. Schließlich stellten sich die Bevölkerungsplaner die sogenannte Asozialenfrage, die Zigeunerfrage, die Polen-, Tschechen- und die Russenfrage ...

Einen Hinweis darauf, dass mehrere »Endlösungen« geplant waren, geben zum Beispiel die Gesprächsnotizen, die ein Verbindungsoffizier anlässlich eines gemeinsamen Abendessens von Hitler und Heydrich am 2. Oktober 1941 anfertigte. Dabei kam »die Unterhaltung dann noch auf das Problem der Zigeuner«. Weiter heißt es in den Notizen: »Der Führer hält die Zigeuner für die größte Plage der bäuerlichen Bevölkerung. »Mischlinge« zwischen Zigeunern und Deutschen sind nach Heydrichs Erfahrungen die asozialsten Elemente.«<sup>[860]</sup> Schon am 10. Oktober handelte Heydrich die Deportation der »Zigeuner« zusammen mit der »Lösung der Judenfrage« ab: »Die zu evakuierenden Zigeuner könnten nach Riga zu Stahlecker gebracht werden, dessen Lager nach dem Muster von Sachsenhausen eingerichtet ist.«<sup>[861]</sup> Und dementsprechend betrachtete der Kommandeur der Ordnungspolizei in Riga die Ermordung von Juden und »Zigeunern« als einheitliche Aufgabe. Am 23. Dezember 1941 berichtete er: »In Riga wird allgemein von Massenerschießungen der bisher im Ghetto untergebrachten Juden gesprochen. (...) Zur Durchführung einer Sonderaktion an zwei Tagen waren sämtliche Beamte eingesetzt. (...) Am 5. 12. 41 wurden die Zigeuner der Stadt Libau, insgesamt 101, evakuiert und in der Nähe von Frauenburg exekutiert.«<sup>[862]</sup>

Im Juni 1941 hatte Hitler Hans Frank mitgeteilt, dass »Juden und andere asoziale Elemente« in den Osten abgeschoben werden würden.<sup>[863]</sup> Und im Oktober desselben Jahres erwähnte Rosenberg die Deportation der jüdischen Bevölkerung, die »völlige Vernichtung des russischen Volkes« und die Absicht, »überhaupt die asozialen Elemente innerhalb des Reichsgebiets in die dünn besiedelten Ostgebiete zu verschicken«, in einem Atemzug.<sup>[864]</sup>



Am 12. Januar 1942, also etwa eine Woche vor der Wannseekonferenz, wurde in Berlin auch die Ermordung unerwünschter und »unproduktiver« nichtjüdischer Menschen aus dem Reichsgebiet praktisch vorangetrieben. An diesem Tag nahm eine Kommission, der auch Vertreter der Kanzlei des Führers angehörten, im Arbeitshaus Berlin-Rummelsburg eine Art Probeselektion unter den Insassen vor. Die Kommission versuchte, Kriterien zu erarbeiten, nach denen »Asoziale« ausgesucht werden sollten, um sie später zu töten.<sup>[865]</sup> Schon ein halbes Jahr zuvor hatte Hitler darauf hingewiesen, dass es Menschen gebe, »die nicht ins Staatsgefüge einzuordnen seien«, nämlich »Verbrecher, asoziale Elemente, die auch nicht durch Erziehung, Belehrung und Gefängnis auf bessere Wege gebracht werden könnten«. Gegen sie könne man nur eines tun: »Sie vernichten!«<sup>[866]</sup> Das Protokoll der Wannseekonferenz enthält zu diesen Perspektiven nichts, außer der kryptischen Pluralform »Endlösungsvorhaben«.

Am ausführlichsten aber besprachen die Konferenzteilnehmer die Fragen der Definition derjenigen, die umgebracht werden sollten: »Wichtige Voraussetzung«, so führte Heydrich weiter aus, »für die Evakuierung überhaupt, ist die genaue Festlegung des in Betracht kommenden Personenkreises.« Die bürokratische Hermetik, das Verfahren, das fast jeden Irrtum ausschloss und das die Opfer ebenso lähmte wie mögliche Zweifler, gehört zu den Voraussetzungen des systematischen Mordes an der jüdischen Minderheit in Europa. Dafür waren mannigfache Vorbereitungen getroffen: Von 1939 an mussten jüdische Frauen und Männer eine Kennkarte bei sich tragen, ihre Einwohnermeldekarten trugen besondere Vermerke und Karteireiter. Dahinter steckte das »Doppel« der Kennkarte mit Passfoto und Fingerabdrücken. Nach der Volkszählung von 1939, bei der alle Jüdinnen und Juden auf einer besonderen Karte die Religion ihrer Großeltern hatten angeben müssen, war die Rubrik »Abstammung« in den Einwohnermeldekarteien auf den neuesten Stand gebracht worden. Zugleich war aus der im Rahmen der Volkszählung auszufüllenden Abstammungskarte eine Zentralkartei der deutschen Juden und der jüdischen »Mischlinge« errichtet worden. Die sogenannte Volkskartei – erstellt in den Wochen vor Kriegsbeginn – gab Auskunft über Beruf, Kriegsverletzungen, Kriegsauszeichnungen und sortierte die Menschen nach Geburtsjahrgang und Geschlecht – auch hier waren die Karten der Menschen jüdischer Abstammung durch schwarze Karteireiter besonders gekennzeichnet. Diese Erfassungsmethoden wandten die Deutschen in vielen besetzten Ländern in prinzipiell gleicher Weise an.<sup>[867]</sup>

Wegen dieser als vorrangig erachteten klaren und bürokratisch leicht zu handhabenden Abgrenzung der Opfer von der übrigen Bevölkerung ließ

Heydrich womöglich auch von seinem ursprünglichen Vorhaben ab, »auf dieser Sitzung (...) die Ausdehnung des Judenbegriffs auf Mischlinge ersten Grades und die Schlechterstellung der bisherigen Mischlinge zweiten Grades (zu) besprechen«. Heydrich beabsichtigte, die Nürnberger Gesetze abzuändern und die »Halbjuden« in das Vernichtungsprogramm mit einzubeziehen.<sup>[868]</sup> Er setzte sich mit diesem Vorhaben auf der Konferenz nicht durch, und offensichtlich hatte er damit gerechnet. Vorsichtig und »zunächst theoretisch« schnitt er an, dass die »Voraussetzung für die restlose Bereinigung des Problems auch die Lösung der Mischehen und Mischlingsfragen ist«.

Der Staatssekretär des Innenministeriums, Stuckart, wies diese Ausweitung der Vernichtungsabsichten mit dem Argument zurück, sie bringe »eine unendliche Verwaltungsarbeit mit sich«, stattdessen »schlug er vor, zur Zwangssterilisierung zu schreiten«. Anders als das an dieser Stelle besonders nebulös formulierte Protokoll der Wannseekonferenz hält ein wenig später vom Ostministerium niedergelegter Vermerk als »Ergebnis der Staatssekretärbesprechung vom 20. Januar 1942« fest, dass »die Mischlinge ersten Grades nur sterilisiert (werden), aber im Reich verbleiben sollten«.<sup>[869]</sup> Abgelehnt wurde dieser Vorstoß Heydrichs auch von den Vertretern der Kanzlei des Führers. In einem handschriftlichen Vermerk des Rassereferenten im Ostministerium, Erhard Wetzel, steht: »20. 1. Staatssekretär-Besprechung: Mischlinge 1. Grades *nicht* schlechter als bisher. Frage nur zur Erörterung gestellt, allg. Ablehnung auch Führerkanzlei.«<sup>[870]</sup>

So blieb es dabei, dass »im Zuge der Endlösungsvorhaben« weiterhin »die Nürnberger Gesetze gewissermaßen die Grundlage bilden« sollten. In der Sowjetunion hielten sich die Einsatzgruppen ohnehin nicht daran, und der SD versuchte in den folgenden drei Jahren weiterhin, »die Mischlingsfrage zu lösen«.

Neben der Absicht Heydrichs, die »Halbjuden« ebenfalls umzubringen und die Nürnberger Gesetze zu revidieren, gab es auf der Wannseekonferenz einen weiteren Anlass für eine Meinungsverschiedenheit: Es ging um die Frage, in welchen Regionen mit der »Endlösung« zu beginnen sei. Heydrich hatte vorgeschlagen und bereits auch praktiziert: »Das Reichsgebiet einschließlich Protektorat Böhmen und Mähren wird, allein schon aus Gründen der Wohnungsfrage und sonstigen sozialpolitischen Notwendigkeiten, vorweggenommen werden müssen.« Daraufhin sollte Europa »von Westen nach Osten« nach jüdischen Männern, Frauen und Kindern durchkämmt werden. Gleichzeitig sollte die jüdische Bevölkerung



der Sowjetunion weiterhin durch Massenerschießungen exekutiert werden.

Dem entgegnete Staatssekretär Josef Bühler aus der Regierungskanzlei des Generalgouvernements, das erst auf Platz vier der Prioritätenliste stand, in der abschließenden Aussprache: »Das Generalgouvernement (...) würde es begrüßen, wenn mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement begonnen würde, weil einmal hier das Transportproblem keine übergeordnete Rolle spiele und arbeitseinsatzmäßige Gründe den Lauf der Aktion nicht behindern würden. (...) Von den in Frage kommenden etwa 2½ Millionen Juden sei überdies die Mehrzahl der Fälle arbeitsunfähig.« Für das Generalgouvernement galt demzufolge: Zum Arbeiten konnte man die Juden dort nicht beziehungsweise nicht mehr gebrauchen.

Die Konferenz endete mit der Bitte Heydrichs um allgemeine Unterstützung bei der »Durchführung der Lösungsarbeiten«.

## »Überbevölkerung« nach dem Beginn des Völkermords

Wie sich schon in Bühlers Argumentation andeutete, bewahrte Arbeit die Ghettoisierten, allen ihren Hoffnungen zum Trotz, nicht vor der Deportation, sondern war allenfalls Kriterium für die Reihenfolge. Die dafür erforderliche Vorbereitung – die Registrierung der Arbeitsunfähigen – war von den Distriktbehörden im Generalgouvernement lange vor dem 20. Januar in Gang gesetzt worden. Von der Wannseekonferenz erwartete die deutsche Besatzungsverwaltung keine Grundsatzentscheidungen mehr, sondern nur die von Heydrich angekündigte »Parallelisierung der Linienführung«, also die Koordination des Massenmordprogramms und die Erfüllung des von Bühler vorgetragenen Wunsches, mit der »Endlösung« möglichst schnell zu beginnen.

Schon am 10. Januar 1942 hatte die Lemberger Distriktverwaltung klargemacht, dass die Frage, wann mit der »systematischen Umsiedlung« der galizischen Jüdinnen und Juden begonnen werden könne, nicht mehr von einer zentralen Entscheidung abhing, sondern davon, wann das Vernichtungslager Belzec fertiggestellt sein würde. Und von der Transportlage; denn im Winter war die Bahn durch die Nachschubtransporte für die Ostfront besonders überlastet. Mit der »Umsiedlung der nicht produktiv arbeitenden Juden«, so heißt es in dem Protokoll der Sitzung vom 10. Januar, solle »nicht vor dem 1. März« begonnen werden.<sup>[871]</sup> Vorher nämlich war Belzec noch nicht funktionsfähig. Am 17. März fanden dort die ersten Massenvergasungen statt, die Opfer waren überwiegend galizische Jüdinnen und Juden. Im Verlauf des Monats März wurden im Lemberger Ghetto 20000 Menschen verhaftet und deportiert.

Wenn die Ghettos im Generalgouvernement trotz der von Fabrikleitern bereits beklagten Arbeitskräfteknappheit »Zug um Zug« verkleinert und die dort lebenden Menschen deportiert wurden, so darf dabei nicht übersehen werden, dass nach den Maßstäben der deutschen Kriegswirtschaft in den Ghettos nicht rentabel produziert wurde: Die Arbeitsplätze waren für die Ghettoinsassen zur Zuflucht geworden. Die Besatzungsverwaltung finanzierte einen Produktionssektor, an dem zwar andere – zum Beispiel deutsche Fabrikbesitzer – verdienen konnten, der aber volkswirtschaftlich

gesehen keine Chance hatte, aus den roten Zahlen herauszukommen. Von entscheidender Bedeutung für die rasche Stilllegung der Ghettobetriebe aber war die Rohstoffknappheit. Im April 1941 hatte Emmerich selbst bei der Diskussion des RKW-Gutachtens über das Warschauer Ghetto noch die Frage aufgeworfen, »ob den Betrieben im Ghetto bevorzugt Rohstoffe zugewiesen werden sollen, selbst auf die Gefahr hin, dass dadurch die Arbeiter in nichtjüdischen polnischen Betrieben beschäftigungslos werden«.

[\[872\]](#) Damals blieb diese Frage offen, aber in den folgenden Monaten zeichnete sich die Entscheidung immer deutlicher ab. Je mehr die Versorgung mit Lebensmitteln für die Sicherung der deutschen Herrschaft im besetzten Polen und für den Ausgang des Krieges zum entscheidenden Faktor wurde, desto weniger konnten sich die Deutschen den »Kapitalverschleiß« einer rückständigen Ghettowirtschaft leisten.

In den Jahren 1942 bis 1943 wurde die polnische Wirtschaft weiter umstrukturiert. In diesen beiden Jahren legte die zivile und militärische Wirtschaftsverwaltung viele hundert unrentable Betriebe im Generalgouvernement still, zugunsten eines »beschränkten Kreises rationellst arbeitender« sogenannter Konzentrationsbetriebe. [\[873\]](#) Entschlossen auf Rationalisierung drängte zum Beispiel das Amt für Preisbildung in der Regierung des Generalgouvernements. Denn dort wurde offenbar, dass der theoretisch (wegen des niedrigen Lebensstandards) gegenüber dem Reich vorhandene Lohnkostenvorteil aufgrund der Versorgungsengpässe, des hohen Krankenstands und veralteter Betriebsausrüstung und -organisation nicht ins Gewicht fiel. Im Gegenteil: Die Lohnstückkosten lagen im Generalgouvernement meist deutlich höher als in Deutschland – und das trotz erheblich niedrigerer Löhne und Sozialleistungen. Eine Untersuchung vom September 1942 führte zu dem Ergebnis, dass die Betriebskapazitäten nur zwischen 10 und 60 Prozent ausgenutzt wurden. In den Betrieben fehlte oft ein Drittel der Belegschaft, weil der Hunger die Leute zwang, sich auf dem Schwarzmarkt Lebensmittel zu beschaffen, statt zu arbeiten. [\[874\]](#) Auf der Ersten Sitzung der Rüstungskommission des Generalgouvernements am 24. Oktober 1942 beklagte der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts, Generalleutnant Max Schindler: »Im Allgemeinen fallen heute 25% an Arbeitskräften durch Fernbleiben aus, in den Sommermonaten in einzelnen Werken sogar bis zu 70%.« Ein Betrieb müsse daher im Durchschnitt 30 Prozent mehr Arbeitskräfte einstellen, als eigentlich notwendig sei. [\[875\]](#) Schindler bat Emmerich, die notwendige Rationalisierung politisch und verwaltungstechnisch in die Wege zu leiten, und nahm gleichzeitig einen Berater unter Vertrag, nämlich Rudolf Gater.

Ein Anonymus – vermutlich Schriftleiter Max Biehl – schrieb 1943 in der Januar-Nummer der *Wirtschaftlichen Leistung* unter dem Stichwort »Bereinigung lebensunwerten wirtschaftlichen Lebens«: »Die Betriebsbereinigung muss zunächst all jene Betriebe erfassen, die nicht nur nichts Notwendiges leisten, sondern der Gesamtwirtschaft durch einen fortdauernden unrationellen Verbrauch von Arbeitskräften, Energie und Rohstoffen einen untragbaren Schaden zufügen. (...) Dass in dieser Beziehung noch eine weitgreifende Aufräumarbeit zu leisten ist, wird niemand bestreiten.«<sup>[876]</sup>

Im April 1943 formulierte Gaters Mitarbeiter Georg Robert folgendes Ziel: »Nach Schließung von durchschnittlich 20 bis 25% der jetzt noch vorhandenen Betriebe und der Bereinigung der verbleibenden Betriebe dürfte die Grundlage für eine Gesundung der Industrie des Generalgouvernements gelegt sein.«<sup>[877]</sup> Die Bilanz der fortschreitenden Rationalisierungstätigkeit lautete 1944: »1939 waren im heutigen Gebiet des GG rd. 195000 Handelsbetriebe vorhanden, diese verminderten sich durch

1.	schrittweise Ausschaltung der Juden um	112000
2.	Vernichtung durch die Bolschewisten in Galizien um	18500
3.	Stilllegungen infolge Abzug der Inhaber für anderweitigen Arbeitsplatz bis Ende 1941 um	3100
4.	Stilllegungen 1942/1943 um	10500
	also insgesamt	144100

Es verblieben somit rund 26% des Bestandes von 1939 = 50000 Betriebe. (...) Anders als im Reich, wo es sich bei den Still- und Zusammenlegungen lediglich um Maßnahmen für die Dauer des Krieges handelt, trug die Bereinigung im GG den Charakter einer echten Rationalisierung und Konzentration mit dem Ziel, jedem verbleibenden Betrieb auch eine normale Existenzgrundlage auf die Dauer zu sichern. Das wurde erreicht.«<sup>[878]</sup>

Himmler argumentierte im Oktober 1943 ähnlich, als er vor den Reichs- und Gauleitern in Posen sagte: »Dass ich große Schwierigkeiten mit vielen

wirtschaftlichen Einrichtungen hatte, werden Sie mir glauben. Ich habe in den Etappengebieten große Judenghettos ausgeräumt. In Warschau haben wir in einem Judenghetto vier Wochen Straßenkampf gehabt. Vier Wochen! Wir haben dort ungefähr 700 Bunker ausgehoben. Dieses ganze Ghetto machte also Pelzmäntel, Kleider und Ähnliches. Wenn man früher dort hinlangen wollte, so hieß es. Halt! Sie stören die Kriegswirtschaft! Halt! Rüstungsbetrieb! (...) Es ist der Teil von angeblichen Rüstungsbetrieben, die der Parteigenosse Speer und ich in den nächsten Wochen und Monaten gemeinsam reinigen wollen. Das werden wir genauso unsentimental machen, wie im fünften Kriegsjahr alle Dinge unsentimental, aber mit großem Herzen für Deutschland gemacht werden müssen.«<sup>[879]</sup> Himmler kündigte mit dieser Rede auch die »Aktion Erntefest« an. »Aktion Erntefest« war das Codewort, unter dem am 3. November 1943 alle größtenteils zu Zwangsarbeit eingesetzten jüdischen Häftlinge der Lager Majdanek, Trawniki und Poniatowa erschossen wurden: insgesamt 42000 Menschen.

Die Rationalisierung, die mit der »Entjudung der Wirtschaft« begonnen hatte, wurde in den folgenden Jahren fortgesetzt, selbst dann noch, als die Ghettobetriebe aufgelöst und die große Mehrheit der jüdischen Bevölkerung bereits ermordet war. Ebenso wurde die Rüstungswirtschaft rationalisiert, was nun auch für die dort beschäftigten jüdischen Zwangsarbeiter, die bis dahin als »kriegswichtige Arbeitskräfte« auf Rettung gehofft hatten, den Tod bedeutete.

Im November 1942 errechnete Meinhold: »Nimmt man an, dass sich von den 3 Millionen (überschüssigen Erwerbstätigen), zumal nach Ausschaltung der Juden, etwa 1,5 Millionen im Handel, Verkehr und Kleingewerbe unterbringen lassen, so bleiben immer noch 1,5 Millionen überflüssige Arbeitskräfte, für die Beschäftigung gesucht werden muss.« Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 835000 Menschen aus dem Generalgouvernement zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert, die meisten polnischen Juden waren ermordet. Für Meinhold blieb daher die »volle Mobilisierung« der restlichen 600000 Arbeitskräfte »eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Aufbau des Gebietes«. Nur dadurch werde der »Überbevölkerungsdruck« im notwendigen Ausmaß gemindert, nur dadurch könne die notwendige Verknappung der Arbeitskräfte erreicht werden: Sie »zwingt die Betriebe im Generalgouvernement zu einer Rationalisierung, mag sie zunächst noch so primitiv erscheinen«.<sup>[880]</sup>

In einer Zwischenbilanz der Sektion Landwirtschaft des Instituts für Deutsche Ostarbeit wurde im Januar 1943 immer noch ein Überschuss von 1,5 Millionen Menschen veranschlagt, das entsprach 20 Prozent der

erwerbsfähigen Bevölkerung. Und dies galt ausdrücklich trotz »der inzwischen erfolgten Ausschaltung der Juden«.<sup>[881]</sup>

Da das Hauptproblem der Kriegswirtschaft in der Rohstoffknappheit lag, standen für die deutschen Wirtschaftsfachleute die Ermordung der jüdischen Minderheit und die Sicherung des Arbeitskräftebedarfs nicht im Widerspruch zueinander. Vielmehr wurde der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Polens weiterhin als eine Voraussetzung dafür betrachtet, die dann noch verbleibenden Menschen wirklich für die Arbeit zu mobilisieren und durch Verknappung des Arbeitskräfteangebots Betriebsstilllegungen und -rationalisierungen zu erzwingen.

## Ergebnis

Als wir 1985 begannen, uns mit der deutschen Wirtschaftspolitik und -planung im besetzten Polen zu beschäftigen, stießen wir auf zwei Phänomene, die unsere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Laufe der Zeit weit mehr beeinflusst haben, als wir das am Anfang ahnten. Da war zunächst die in der Sekundärliteratur nur recht wenig beachtete Tätigkeit intellektueller Experten, die sowohl der Zivilverwaltung als auch der SS im besetzten Polen beratend zur Seite standen: junge Akademiker, die so gar nicht in das Klischee des verhetzten, engstirnigen Naziideologen passten, die vielmehr – von gelegentlichen rassistischen Bemerkungen abgesehen – sachbezogen und nüchtern argumentierten. Beim Lesen ihrer Expertisen stießen wir dann immer wieder auf ein Argumentationsmuster: das Überbevölkerungsproblem. Egal, ob es sich nun um Stellungnahmen zur Landwirtschaftspolitik, Gutachten zur »Judenfrage«, zu einzelnen Gewerbezweigen oder zu den Perspektiven der Siedlungspolitik handelte; egal, ob vom Generalgouvernement die Rede war, von Südosteuropa oder von den besetzten Teilen der Sowjetunion: Die Annahme, dass es ein Überbevölkerungsproblem oder einen Bevölkerungsdruck gebe, zieht sich als roter Faden durch die wissenschaftlichen Geheimstudien und publizierten Arbeiten dieser Politikberater. Und fast immer schloss sich der Darlegung dieser »Frage« die Forderung nach einer baldigen Lösung an, nach einer grundlegenden Veränderung der Bevölkerungsstruktur.

In der kritischen Nachkriegsliteratur über die nationalsozialistische Ost- und Südosteuropapolitik fehlt dagegen nahezu jeder Hinweis auf diese Argumentation. Und das, obwohl die Anschauung, das zentrale Problem in Ost- und Südosteuropa sei eine horrende Überbevölkerung, in den 1930er-Jahren ebenso selbstverständlich war wie die bekannten eugenischen und rassebiologischen Positionen. Während der Zusammenhang zwischen eugenischen Theorien und der eugenischen Praxis der Zwangssterilisation und schließlich der »Euthanasie«-Morde bereits 1990 unumstritten war, wurde der Zusammenhang von Überbevölkerungstheorie und der Politik des Massenmords als radikale Form bevölkerungspolitischer Praxis lange Zeit nicht einmal thematisiert. Wir fanden nur eine Ausnahme: Die völlig unbekannte Dissertation von Tadeusz Kudyba. Kudyba wurde 1943 aus der



Gegend um Zamość nach Mauthausen-Gusen deportiert. 1950 wurde er in Bonn mit einer Arbeit über die Wirtschaftspolitik im Generalgouvernement promoviert. Im Resümee seiner Arbeit heißt es: »Im Rahmen des deutschen politischen Organismus sollte die Wirtschaftsstruktur der polnischen Gebiete nicht durch eine Steigerung des mangelhaften Faktors, d.h. der Arbeitsstätten, sondern durch eine Verminderung desjenigen Faktors, der im Überfluss vorhanden war, nämlich der Menschen, also damit durch einen Vernichtungsprozess, rationalisiert werden.«<sup>[882]</sup>

So wie zeitgenössische Anthropologen, Mediziner und Biologen die Ausgrenzung und Vernichtung »Minderwertiger« anhand rassistischer Kriterien und anhand von Leistungsnormen als eine wissenschaftliche Methode zur Verbesserung der Menschheit – zur »Gesundung des Volkskörpers« – begriffen, so meinten Ökonomen, Agrar- und Raumplaner an einer »Gesundung der Sozialstruktur« in den unterentwickelten Regionen Deutschlands und ganz Europas arbeiten zu müssen. Sie stellten sich vor, dass mit einer »Entlastung« des »Bevölkerungsdrucks« in großen Gebieten des östlichen und südöstlichen Europa die Voraussetzungen für eine schnelle und umfassende Modernisierung geschaffen werden könnten und dass dies positive Rückwirkungen für die »soziale Gesundung« Deutschlands haben würde.

Die Bevölkerungswissenschaft ist interdisziplinär angelegt. Soziologen, Anthropologen und Politikwissenschaftler tragen ebenso zu diesem Fachgebiet bei wie Sozialhygieniker, Ökonomen, Statistiker, Agrar- oder Raumplaner. Das bewusste und planvolle Sortieren von Menschen, sowohl in qualitativer wie in quantitativer Hinsicht, war einer der Angelpunkte für die Neuordnungskonzepte. Vor dem Hintergrund dieser Planung erscheinen sowohl die – auf den ersten Blick bloß verbohrte nazistische – Volkstumspolitik als auch die Politik des Massenmords in einem anderen Licht.

In den Entwürfen für ein modernisiertes und »bereinigtes« Europa legten die beteiligten deutschen Technokraten nahe, dass ihre Ziele am schnellsten und billigsten dann zu erreichen wären, wenn der Faktor Bevölkerung verändert, die Bevölkerung »optimiert« würde. Bevölkerungspolitik wurde nicht um ihrer selbst willen betrieben, sondern als Mittel zur Rationalisierung der Wirtschaft begriffen: Es ging darum, die toten Kosten zu verringern, die gesamtgesellschaftliche Produktivität zu steigern. Nach Überzeugung der Planer waren massive Bevölkerungsverschiebungen in ganz Europa die Voraussetzung schlechthin, um eine zweckmäßige Großraumpolitik zu betreiben. Das bedeutete immer auch Selektion. Dabei war die Umsiedlung nur ein erstes Mittel. Andere Methoden folgten:

Deportation zur Zwangsarbeit, Ghettoisierung, Vertreibung von Menschen in künstlich geschaffene Hungerregionen, Versuche einer Geburtenkontrolle und – Massenmord.

Die zwangsweise Umsiedlung von Menschen und ganzen Völkern war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kein Tabu, sondern weitverbreitete Praxis (z.B. in Griechenland, in Rumänien und – extensiv – in der Sowjetunion). Wissenschaftler entwickelten eine Theorie des Bevölkerungsoptimums. In den Begründungen für die Politik des Umsiedelns mischten sich regelmäßig ökonomische und ideologische Argumente. Denn welche Menschen als überzählig anzusehen sind, lag (und liegt) in der Definitionsgewalt des Staates.

Selektion und Bevölkerungsverschiebung zerstörten die tradierten Bindungen der Menschen untereinander – und widersprachen damit der nazistischen Ideologie, die vorgab, bestehende traditionelle Orientierungen zu schützen. Die Ideologie von Blut und Boden verschleierte, dass sich in Wirklichkeit etwas anderes vollzog: die Atomisierung nicht nur fremder Völker, sondern auch des eigenen Volks, das Verfügbarmachen von Menschen zu jedem Zweck. Auf der Basis einer sozialphilosophisch angelegten Untersuchung gelangte Zygmunt Baumann zu ähnlichen Schlussfolgerungen: Er sieht die »Nazi-Revolution« insgesamt als einen großangelegten Versuch des »social engineering«, den Versuch, gesellschaftliche Strukturen nach zuvor festgelegten Optimierungskriterien künstlich zu formen.<sup>[883]</sup>

In ihren Zukunftsentwürfen sahen die Planer Verkehrsadern, Rohstoffreserven, Gebiete und Menschen als gleichrangige Faktoren. Transportprobleme, Ernährungsengpässe und die Beseitigung der Überbevölkerung stellten aus ihrer Perspektive gleichermaßen Sachzwänge dar, die mit den Mitteln moderner, rationeller Planung und Verwaltung zu bewältigen seien. Die bürokratische und wissenschaftliche Versachlichung des Massenmords ließ moralische Skrupel gar nicht erst aufkommen. Die ebenso verdinglichte wie nebulöse Sprache der »Geheimen Reichssache« tat ein Übriges.

Die bürokratische Professionalisierung der antijüdischen Politik bezeichnete Raul Hilberg als eine wichtige Voraussetzung für die Ermordung der europäischen Juden. Dieser Aspekt der Analyse gibt Aufschluss über den Ablauf der Vernichtungspolitik, nicht aber über das Warum. Modern waren nicht allein die Methoden der arbeitsteiligen Erfassung der Opfer, ihrer Ausgrenzung und Enteignung, ihrer völligen sozialen Isolierung und schließlich ihrer Deportation, modern waren auch die sozialwissenschaftlichen Begründungen für die Notwendigkeit, die

Bevölkerung Europas insgesamt zu verringern und neu zu strukturieren. Die Vernichtungspolitik war in hohem Maß die Folge nunmehr instrumentell verstandener Vernunft.

Wir haben versucht, die Argumentationsweise derjenigen zu skizzieren, die für die Politik des Völkermords sachbezogene Begründungen lieferten. Insgesamt gelang es ihnen, kurzfristige Kriegsnotwendigkeiten und langfristige Zielvorstellungen in ein Konzept zu integrieren. Sie verstanden es, aus den Plänen für die militärische Eroberung des Ostens ernährungs- und wirtschaftspolitische Strategien zu entwickeln, die – weit über klassische Eroberungsfeldzüge und sadistische Mordlust hinaus – die Massenvernichtung zum Sachzwang erklärten, zur Voraussetzung für langfristige Herrschaft und ökonomische Unterordnung. Die deutschen Planer und Experten, die Politikberater und Ideenproduzenten leisteten damit effektiv einen Beitrag zum Mord an Millionen Menschen.

Die Wissenschaftler verstanden sich ebenso wie die Experten aus der Bürokratie nicht als Ideologen. Die nationalsozialistische Rassentheorie kam ihnen aber dort besonders entgegen, wo sie die Menschen in höherwertige und minderwertige einteilte und damit ein Wertesystem vorgab, nach dem Menschen privilegiert, versklavt oder »ausgemerzt« werden sollten.

Vordenker der Vernichtung waren in unterschiedlichen Institutionen tätig: Sie nahmen entweder direkt auf die Politik in den besetzten Ländern Einfluss oder beteiligten sich an der langfristigen Zukunftsplanung für ein deutsch beherrschtes Europa. Bei allem Dissens und bei allen Reibereien, die zwischen einzelnen Nazi-Größen bestanden, herrschten auf der Ebene der Experten ein gleichgerichtetes technokratisches Kalkül, enge personelle Verflechtung und Kontinuität. Die von uns beschriebenen Karrieren zeichnen sich in der Regel durch Ämterhäufungen und Vernetzungen aus. Dafür stehen beispielsweise Hans-Joachim Riecke, Gustav Schlotterer, Hans Kehrl, Hans Fischböck, Karl Kuchenbäcker oder Otto Ohlendorf. Als ressortübergreifend arbeitende Vertreter der ministerialen Intelligenz festigten sie ihren Einfluss nicht zuletzt auch dadurch, dass sie sich den Sachverstand derer zunutze machten, die sowohl wissenschaftliche Analysen schrieben als auch praktische Politik betrieben, etwa Rudolf Gater, Helmut Meinhold, Peter-Heinz Seraphim, Theodor Oberländer, Fritz Arlt oder Konrad Meyer. Diese Experten lieferten Gutachten, die als Entscheidungsgrundlagen in Regierungssitzungen, Staatssekretärskonferenzen und ad hoc gebildeten neuen Gremien dienten, Pläne und Strategieentwürfe, die alsbald in Erlasse und Befehle umgesetzt wurden.

Viele dieser Experten hatten noch am Ende der Weltwirtschaftskrise zu den Zehntausenden Hoch- und Fachschulabsolventen gehört, die ohne berufliche Perspektive dastanden. Sie erlebten von 1933 an einen schnellen Aufstieg. Sie wussten sich im Einklang mit der Staatsmacht, der sie ihre Karriere verdankten. Vorausgegangen war die »Säuberung« der gesamten kulturellen Sphäre und des Staatsapparats, mit der nahezu alle kritischen und unangepassten Positionen aus den einzelnen Behörden und Fachdisziplinen verbannt worden waren. Indem die Vertreter qualifizierter Gegenpositionen zumindest mundtot gemacht wurden, konnten die verbleibenden Sozialwissenschaftler, die sich als Teil des politischen Herrschaftsapparats begriffen, die Zielvorgaben der nationalsozialistischen Ideologie bis zu einem gewissen Grad entideologisieren, versachlichen und als schrittweise zu realisierende Programme neu formulieren.

Es war die jüngste und flexibelste akademische Elite, die in Deutschland je zur Herrschaft gelangte. Sie räumte mit verkrusteten Strukturen auf und verschaffte sich im Verlauf der ersten fünf Jahre des Dritten Reiches ein hohes Maß an Bewegungsfreiheit und Durchsetzungsmöglichkeiten, verwob die Beziehungen zwischen wissenschaftlichem Institut und politischem Machtzentrum immer enger miteinander: Die Differenz zwischen gesellschaftssanitärer Idee und der politisch-praktischen Realisierung schrumpfte gegen null. Diese Akademiker fühlten sich frei, ihre Utopien zu verwirklichen. Das konnten sie umso leichter, als sie sich durch die herrschende Ideologie ermutigt fühlten, alle moralischen Einwände und Zweifel des Gewissens beiseitezuschieben. Ihr Projekt war das einer deutschen Intelligenz, die sich für berufen hielt, Deutschland und Europa mit Gewalt und binnen weniger Jahre umzustrukturieren. So sollte der Generalplan Ost innerhalb von 25 bis 30 Jahren verwirklicht werden, ebenjener Zeit, die die meisten beteiligten Planer noch als aktive Berufszeit vor sich hatten.

Die »neue europäische Ordnung« verstanden die Planer als Resultat einer Revolution von oben. Die jungen, gerade eingestellten und schnell aufsteigenden Macher setzten ihren Ehrgeiz darein, jeden sozialen Widerspruch, jeden Zielkonflikt auf ihre Weise zu lösen, möglichst endgültig und restlos. Ob die Analyse, die diesen Plänen zugrunde lag, richtig war oder nicht, spielte eine zweitrangige Rolle, solange der Machbarkeitswahn, gestützt von militärischen Erfolgen und euphorischen Zukunftsvisionen, ungebrochen blieb. Allein die Annahme, dass diese Analysen der Wirklichkeit entsprachen, reichte aus, um daraus praktische Maßnahmen abzuleiten. Wenn die Probleme erfasst und die Sachzwänge benannt waren,

ging es in diesem in sich geschlossenen, zweckrationalen System nur noch darum, die effizientesten Mittel einzusetzen. Selbstverständlich gab es die Tabula rasa nicht, von der die Raumplaner und Ökonomen schwärmten. Aber indem sie Millionen Menschen als hinderlich und überflüssig erklärten, sie in ihren Zukunftsplänen einfach als nicht existent betrachteten oder ihre »Aussiedlung« vorschlugen, bereiteten sie den Weg, um die Tabula rasa mit militärischer und polizeilicher Gewalt und schließlich mit Hilfe von Vernichtungslagern zu schaffen.

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs hatten Ökonomen die schnelle Rationalisierung der deutschen Wirtschaft gefordert. Da die finanziellen und sozialen Folgeprobleme einer solchen Politik mit Rücksicht auf die innere politische Stabilität abgefangen werden sollten, schlugen die Planer und Politikberater vor, die damit verbundenen Lasten einer bestimmten, bereits vielfach diskriminierten Gruppe von Menschen aufzuerlegen – der jüdischen Minderheit in Deutschland und im annektierten Österreich. Die Vorschläge, »Entjudung« und Wirtschaftsrationalisierung zu verbinden, passten in das rassistisch orientierte Programm der NSDAP, und sie wurden in den Jahren 1938 und 1939 realisiert. Damit war ein Modell entwickelt worden, das den Konflikt zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik mit den Mitteln rassistischer Ausgrenzung überwand. Gleichzeitig hatten die Experten auf diese Weise ein ursprünglich populistisch orientiertes rassistisches Programm wirtschaftspolitisch »sinnvoll« gemacht.

Da ein immer größerer Teil des Staatshaushalts für die Rüstung aufgewandt wurde, die sozialpolitische Absicherung der Mehrheit der Deutschen aber zur zentralen Programmatik der Partei gehörte, wurden diskriminierte Minderheiten, später ganze Völker, zugunsten der deutschen Mehrheit ihrer Existenzgrundlage beraubt. Dieses kollektive Profitieren gehörte zu den Bedingungen der Vernichtungspolitik. Es festigte immer wieder die Zustimmung zur Praxis der Deportationen – oder zumindest die Indifferenz der deutschen Bevölkerung.

Mit dem Beginn des Krieges setzte die deutsche Staats- und Wirtschaftsführung das im annektierten Österreich entwickelte Programm in den besetzten westeuropäischen Ländern prinzipiell fort. Für das besetzte Polen – und später für ganz Osteuropa – forderten die deutschen Wirtschafts- und Bevölkerungsexperten vor allem die Verminderung der Überbevölkerung, also der nach Millionen zählenden, von ihnen so genannten »bloßen Mitesser«.

Im Jahr 1941 machten die deutschen Bevölkerungsexperten dann diesseits der die Sowjetunion durchtrennenden Front – je nach Rechnung – 30 oder

50 Millionen überflüssige Menschen aus. Allein deren Existenz und mangelnde Ausrichtung auf sozialen Aufstieg und Konsum behinderten nach Meinung der Experten die Modernisierung. Für die deutsche Industrie war die bevölkerungspolitische »Bereinigung« der Schwellenländer des Großraums eine Art infrastrukturelle Voraussetzung für ihr weiteres Engagement.

Zu den langfristigen Neuordnungsplänen kamen akute kriegsstrategische Überlegungen, aus denen sich ebenfalls bevölkerungspolitische Konsequenzen ergaben. Das Vorhaben der Fachleute für die Ernährungsplanung, die Ukraine »um 180 Grad zu drehen«, das dort produzierte Getreide nach Westeuropa umzulenken und so den Arbeiterfamilien in den sowjetischen Industriezentren die Versorgung zu entziehen, sollte die Ernährung der Deutschen gewährleisten, die »Festung Europa« blockadefest machen. Darüber hinaus wollten die Kriegsfinanzexperten mit den Gewinnen aus dem Export des ukrainischen Getreides den Krieg finanzieren und so »den deutschen Steuerzahler schonen«.

All diese Überlegungen und Pläne machten eine Reduzierung der Bevölkerungszahlen in Europa um viele Millionen Menschen sinnvoll oder notwendig, und zwar sowohl unter kurzfristig ernährungswirtschaftlichen als auch unter mittel- und langfristigen entwicklungspolitischen Gesichtspunkten. Als ersten Schritt forderten die Bevölkerungsfachleute immer die »Aussiedlung« all der Menschen, die nach ihrem Kalkül ohne produktiven Nutzen waren, und die »Aussiedlung« aller Juden. Dabei nutzten die Planer den in Europa verbreiteten Antisemitismus und den von der NSDAP propagierten Judenhas für ihre bevölkerungspolitischen Vorhaben. Den Autoren etwa des Madagaskarplans waren Vernichtungsabsichten von Anfang an nicht fremd. Ihnen war klar, dass bei Deportationen dieser Art viele Menschen sterben würden. Dennoch unterschieden sich solche Umsiedlungsvorhaben noch deutlich von der späteren Praxis des systematischen Massenmords. Sie waren ein Schritt dorthin und führten dazu, dass die Planer des deutschen Europa die »Aussiedlung« von mehreren Millionen Menschen als eine schnell realisierbare Möglichkeit und als feste Größe in ihre Rechnungen einbauten. Da die Planer der Neuordnung nahezu überall eine Reduktion der Bevölkerungszahlen und zugleich Umsiedlungen nach ethnischen Kriterien für notwendig erachteten, führte dies in eine Situation der gegenseitigen Blockade, eine Situation des Patts. Sichtbarer Ausdruck dieses Patts war das Ghetto in Lodz, das ursprünglich nur für wenige Monate bestehen sollte. Nach dem Scheitern des Madagaskarplans im Herbst 1940 setzten

halbherzige Versuche zur Produktivierung dieses und anderer Ghettos ein, die schon nach kurzer Zeit scheiterten.

Während die »Lösung der Bevölkerungsfrage« im besetzten Polen stagnierte, machten deutsche Beamte und Ärzte technische und insbesondere die sozialpsychologische Erfahrungen mit Hilfe der »Euthanasie«-Morde. Die Quintessenz dieser Erfahrungen lautete: Massenmord ist machbar, die Bereitschaft in der deutschen Bevölkerung hoch, ein solches Verbrechen zu tolerieren! Der Entscheidung, die europäischen Juden zu ermorden, war auch die Entscheidung darüber vorausgegangen, viele Millionen Kriegsgefangene und Zivilisten in der Sowjetunion verhungern zu lassen. Zwischen diesen Erfahrungen und ernährungs- und siedlungspolitischen Grundsatzentscheidungen auf der einen Seite und dem Mord an den europäischen Juden bestand ein konzeptioneller Zusammenhang.

Unsere Analyse macht deutlich, dass die modernen praxisorientierten Sozialwissenschaften und die Rezeption ihrer Ergebnisse in den Zentren der Macht einen wesentlichen Anteil an den Entscheidungen hatten, die zum systematischen Massenmord führten. Wenn der Zusammenhang zwischen Auschwitz und den damaligen deutschen Zukunftsprojekten für ein modernisiertes und befriedetes Europa ausgeblendet bleibt, erscheinen die deutschen Verbrechen als Rückfall in die Barbarei, als ein Bruch mit der westlichen Zivilisation, nicht als eine ihr innewohnende Möglichkeit. Eine solche zu kurz greifende Beurteilung lässt die deutsche Vernichtungspolitik jener Jahre als Produkt einer geschichtlichen Ausnahmesituation erscheinen, zusammenhangslos und unerklärlich.

Die aggressive Ideologie des Nationalsozialismus, die alte Vorurteilmuster aufnahm und ständig aktivierte, musste sich mit der Aggressivität umfassender Sanierungs-, Entwicklungs- und Neuordnungspläne kreuzen, um Auschwitz Wirklichkeit werden zu lassen. Diese Pläne aber enthalten zumindest Ansätze zu einer regelrechten Theorie des Völkermords. Die Begründungen für die Morde an vielen Millionen Menschen entziehen sich also nicht der Reflexion; die einzelnen Schritte sind vielmehr gedanklich nachvollziehbar und kommunizierbar. Die verschiedenen realisierten und darüber hinaus noch geplanten Massenmorde haben einen gemeinsamen utilitaristischen Nenner.

Die Einzigartigkeit des Holocaust ist im Historikerstreit Mitte der 1980er-Jahre besonders betont worden, als es darum ging, den Versuchen entgegenzutreten, die Vergangenheit zu relativieren, um das deutsche Gewissen zu entlasten. Dabei wurde »einzigartig« gelegentlich mit »einmalig« verwechselt – und die Frage nach der Wiederholbarkeit dieser Verbrechen implizit mit »Nein« beantwortet. Wenn wir in diesem Buch



immer wieder auf die Kontinuitäten zahlreicher intellektueller Karrieren hingewiesen und die Modernität der Planung betont haben, so stellen wir damit auch die Frage nach der Wiederholbarkeit. Den Planern einer neuen europäischen Ordnung wurde nach dem Krieg so wenig der Prozess gemacht, wie ihre Methoden Gegenstand von Analyse und Aufarbeitung waren. Nachhaltig, aber durchaus nicht irreversibel verändert haben sich 1945 die äußeren Bedingungen. Die historische Konstellation, in der solche mörderischen Pläne realisierbar waren, ist hier und heute nicht gegeben. Vielleicht bleibt sie einmalig. Das konzeptionelle Denken aber, in dem Massenmord zum »sinnvollen« Mittel struktur- und entwicklungspolitischer Planungen wurde, ist nach wie vor aktuell.

# Chronologie – Versuch einer Periodisierung

## I

### Expansion, Enteignung und Zwangsauswanderung März 1938 bis August 1939

13. März	Annexion Österreichs.
28. März	Göring fordert die »sachgemäße Umleitung der jüdischen Wirtschaft«.
26. April	Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden.
Anfang Mai	Gründung der Dienststelle Österreich des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit ( RKW), Beginn der Sanierung der österreichischen Wirtschaft auf Kosten der Betriebe von Juden.
Mitte Mai	Gründung der Vermögensverkehrsstelle in Wien zur »Arisierung« und Liquidierung jüdischer Betriebe.
6. Juni	Juden wird der Kauf und Verkauf von Grundstücken verboten.
23. Juli	Einführung des Kennkartenzwangs für Juden vom 1. 1. 1939 an.
Juli	Das Buch von P. H. Seraphim »Das Judentum im osteuropäischen Raum« erscheint.
17. Aug.	Jüdinnen und Juden werden gezwungen, vom 1. 1. 1939 an die Zusatzvornamen Sarah bzw. Israel zu tragen.
20. Aug.	Einrichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien unter der Leitung von Adolf Eichmann.
1. Okt.	Annexion des Sudetenlands.
19. Okt.	Einführung der Zwangsarbeit für jüdische Erwerbslose.

21. Okt.	Weisung Hitlers, die Okkupation der übrigen Tschechoslowakei vorzubereiten.
28. Okt.	17000 polnische Juden, die in Deutschland wohnen, werden nach Polen abgeschoben.
8.–10. Nov.	Pogrome im ganzen Reichsgebiet (»Reichskristallnacht«).
12. Nov.	Konferenz unter Vorsitz Görings im Reichsluftfahrtministerium. Dort wird die vollständige Enteignung und Vertreibung der jüdischen Minderheit beschlossen. Göring ordnet die »Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben« an und die Zahlung von einer Milliarde Reichsmark als »Sühneleistung der deutschen Juden«.
8. Dez.	Erlass Himmlers zur »Regelung der Zigeunerfrage«.
16. Dez.	Vertreter der kommunalen, regionalen und zentralen Behörden tagen im Reichsinnenministerium »in Angelegenheit der Judenfrage«.
19. Dez.	Das Reichskriminalpolizeiamt bereitet »gesetzliche Maßnahmen zur Lösung der Zigeunerfrage« vor.

### 1939

24. Jan.	Göring beauftragt Heydrich mit der Bildung der Reichszentrale für die jüdische Auswanderung.
Jan./Febr.	Erste Vorbereitungen zum Mord an deutschen Geisteskranken.
15. März	Zerschlagung der Tschechoslowakei, Bildung des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren und des Satellitenstaats Slowakei.
3. April	Anordnung Hitlers zur militärischen Vorbereitung des Angriffs auf Polen.
17. Mai	Bei der Volkszählung muss auf einer Zusatzkarte die Religionszugehörigkeit der vier Großeltern angegeben werden. Die Karten, auf denen mindestens ein Angehöriger der jüdischen Religion verzeichnet ist, werden zu einer Reichskartei der deutschen Juden zusammengestellt und mit den Angaben zur Religionszugehörigkeit auf den Karteikarten der Meldeämter verglichen.
4. Juli	Schaffung des Zwangsverbands Reichsvereinigung der Juden in Deutschland.
1. Aug.	Gründung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag unter Leitung Eichmanns.



## II

# Bevölkerungspolitik im Krieg: »Euthanasie« und Umsiedlung August 1939 bis August 1940

Aug.	In der Vierjahresplanbehörde wird ein Konzept für eine »Großraumwehrwirtschaft unter deutscher Führung« entwickelt.
18. Aug.	Erlass zur Ermordung behinderter Kinder.
1. Sept.	Deutscher Überfall auf Polen. Beginn des Zweiten Weltkriegs. Hitler ermächtigt ausgewählte Ärzte, psychisch Kranke und behinderte Menschen nach bestimmten Kriterien zu ermorden (»Aktion T 4«).
19. Sept.	Der Ministerrat für Reichsverteidigung erörtert »die Frage der Bevölkerung des zukünftigen polnischen Protektoratsgebiets und die Unterbringung in Deutschland lebender Juden«.
21. Sept.	Richtlinien Heydrichs für die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei über die »Judenfrage im besetzten Gebiet«.
29. Sept.	Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei beginnen mit den Morden an polnischen und deutschen Anstaltsinsassen im besetzten Polen.
1. Okt.	Gründung des Reichssicherheitshauptamts ( RSHA).
6. Okt.	Hitler erklärt die Absicht, mit Hilfe von Umsiedlungen die »ethnographischen Verhältnisse« in Europa neu zu ordnen.
7. Okt.	Hitler beauftragt Himmler, die Politik der Umsiedlung zu planen und zu koordinieren. Gründung der Behörde des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums ( RKF).
9. Okt.	Versendung von Meldebögen an alle deutschen Heil- und Pflegeanstalten, um potentielle »Euthanasie«-Opfer zu erfassen.
18. Okt.	Im Zusammenhang mit dem geplanten »Judenreservat Lublin« werden 901 Juden aus Mährisch-Ostrau nach Nisko südlich von Lublin deportiert.
	Deportation von 912 Juden aus Wien nach Nisko. (Es folgen weitere

Deportationen in diese Region.)

26. Okt. Annexion der polnischen Westprovinzen durch das Deutsche Reich (»eingegliederte Ostgebiete«), Bildung des Generalgouvernements. Ernennung von Hans Frank zum Generalgouverneur. Gründung der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge bei der Innenverwaltung des Generalgouvernements. Einführung des Arbeitszwangs für die jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements.
1. Nov. Gründung der Haupttreuhandstelle Ost zur Verwertung des enteigneten Vermögens.
23. Nov. Verordnung über die Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement.
- 1.–17. Dez. Beginn der Deportation von mehreren hunderttausend Menschen aus den annektierten westpolnischen Provinzen in das Generalgouvernement.
7. Dez. Erlass Görings über die Erweiterung der Befugnisse des Generalrats des Vierjahresplans.
19. Dez. Besprechung der Amtschefs im RSHA über »die Frage, ob ein Judenreservat in Polen geschaffen werden soll«.

## **1940**

8. Jan. Anordnung Himmlers, »die Evakuierung sämtlicher Juden« aus dem annektierten Westpolen »vordringlich durchzuführen«.
- Jan. In Grafeneck werden die ersten deutschen Anstaltspatienten mit Hilfe von Giftgas ermordet. Konrad Meyer legt einen Generalplan zur Siedlungs- und Wirtschaftspolitik in den eingegliederten Ostgebieten vor.
30. Jan. Besprechung bei Heydrich über die Umsiedlung von Juden, Polen und »Zigeunern« in das Generalgouvernement.
12. Febr. Göring wendet sich gegen unangemeldete Umsiedlungen.
8. März Die Bildung eines Ghettos wird in Warschau vorerst zurückgestellt, da erwogen wird, den Distrikt Lublin zum »Sammelbecken aller Juden zu erklären«.
23. März Vorläufiges Verbot Görings, weitere Deportationen in das Generalgouvernement vorzunehmen.
- Anfang April Das Projekt »Judenreservat Lublin« wird aufgegeben. Gleichzeitig werden im Generalgouvernement eigenständige Pläne für den Wirtschaftsaufbau

Anfang April	im Generalgouvernement eigenständige Pläne für den Wirtschaftsaufbau entwickelt.
1. April	Besprechung zwischen Vertretern des Reichsinnenministeriums, des Finanzministeriums, des Ernährungsministeriums und der Vierjahresplanbehörde über das geplante Ghetto in Lodz. Der vorläufige Charakter des Ghettos wird betont.
3. April	Auf einer Sitzung des Deutschen Gemeindetags in Berlin werden die Spitzenvertreter der Kommunalverwaltungen mit dem »Euthanasie«-Programm vertraut gemacht.
9. April	Deutscher Angriff auf Dänemark und Norwegen.
20. April	Das Institut für Deutsche Ostarbeit wird in Krakau gegründet.
24. April	Das RSHA engt die Auswanderungsmöglichkeiten für wehr- und arbeitseinsatzfähige jüdische Männer stark ein. Gründung der Umwandererzentralstelle Posen.
27. April	Anordnung Heydrichs zur Deportation von 2500 »Zigeunern« aus Westdeutschland in das Generalgouvernement. (Tatsächlich deportiert werden 2800.) Damit werden die am 23. März verbotenen Deportationen in das Generalgouvernement wiederaufgenommen.
30. April	Das Ghetto Lodz wird abgeriegelt. Die eingeschlossenen Menschen sollen bis zum Oktober in das Generalgouvernement evakuiert werden.
Mai	Gründung der Dienststelle Generalgouvernement des RKW.
7. Mai	Wiederaufnahme der Umsiedlungen aus den eingegliederten Ostgebieten in das Generalgouvernement.
10. Mai	Deutscher Angriff auf Frankreich, Luxemburg, Belgien und die Niederlande.
19. Mai	Erste Verordnung über die Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung Warschaus. Die Vorarbeiten werden Ende Juni eingestellt, da Hitler beabsichtige, »die Juden Europas nach Kriegsende in Madagaskar anzusiedeln«.
20. Mai	Denkschrift Himmlers »Über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten«.
24. Mai	Philipp Bouhler, einer der engsten Mitarbeiter Hitlers, der neben Karl Brandt die »Euthanasie«-Morde leitet, bereist das Generalgouvernement und führt dort insbesondere Gespräche über die »Judenfrage«.



Juni/August	Propagandaministerium entwickeln den Plan, die im deutschen Machtbereich lebenden Juden nach Madagaskar zu deportieren. Der Plan steht im Zusammenhang mit der Eroberung eines Kolonialreiches Mittelfrika.
6. Juni	Die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge im Generalgouvernement schlägt vor, dass auch die sogenannten Mischlinge 1. Grades als Volljuden gelten sollen. Ebenso die nichtjüdischen Ehepartner.
13. Juni	Der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft des Generalgouvernements, Walter Emmerich, legt ein Konzept für die Wirtschaftsrationalisierung vor – auf Kosten des »jüdischen Sektors«.
21. Juni	Göring beauftragt das Reichswirtschaftsministerium mit den Vorbereitungen zur »wirtschaftlichen Neuordnung Europas«.
24. Juni	Heydrich schlägt eine »territoriale Endlösung« vor, da »das Gesamtproblem der rund 3 ¼ Millionen Juden« im deutschen Herrschaftsbereich »nicht mehr durch Auswanderung gelöst werden« könne.
27. Juni	Rumänien tritt auf sowjetischen Druck und Anraten Deutschlands hin Bessarabien und die Nordbukowina an die UDSSR ab. Die deutsche Regierung verspricht, »zur Entlastung« die Rumäniendeutschen auszusiedeln.
Ende Juni	Gespräche des Auswärtigen Amts mit der Kanzlei des Führers, dass die Transportorganisation der »Aktion T 4« die Beförderung der Juden nach Madagaskar übernehmen soll.
Juli	Beginn der systematischen Ermordung jüdischer Patienten deutscher Heil- und Pflegeanstalten.
3. Juli	Gutachten des Geologen Friedrich Schumacher, wonach Madagaskar über keine wichtigen Bodenschätze verfügt und deswegen zur Ansiedlung der Juden geeignet sei.
12. Juli	Frank erklärt, dass Hitler ihm zugesagt habe, auch die polnischen Juden nach Madagaskar zu deportieren. Er verspricht sich davon eine »kolossale Entlastung«.
17. Juli	Der Bevölkerungswissenschaftler Friedrich Burgdörfer erklärt es für ohne Weiteres möglich, sechseinhalb Millionen Juden nach Madagaskar zu deportieren.
18. Juli	Das Reichsinnenministerium erlässt Richtlinien, mit deren Hilfe die deutsche Bevölkerung in vier Leistungsgruppen eingeteilt werden soll.
	Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement, Bruno

Ende Juli	Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement, Bruno Streckenbach, wird beauftragt festzustellen, wie viele Juden im deutschen Herrschaftsbereich leben.
Aug.	Erste Vorbereitungen für den Krieg gegen die Sowjetunion.
30. Aug.	Rumänien muss Nordsiebenbürgen an Ungarn abtreten.
11. Sept.	Erlass Himmlers über die »zukünftige Zusammensetzung der Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten«.
Sept.	Der Madagaskarplan wird aufgegeben. An die Stelle der Konzeption eines Großraums Europa mit Ergänzungsraum Mittelfrika tritt die »Ostraumlösung«.

### III

## Die Situation des Patts Oktober 1940 bis April 1941

2. Okt.	Besprechung zwischen Hitler, Frank, Bormann, Schirach und Koch. Frank versucht erfolglos, die Abschiebung weiterer Juden in das »überbevölkerte« Generalgouvernement zu verhindern. Anordnung des Chefs des Distrikts Warschau zur Bildung eines Ghettos.
3. Okt.	Sitzung des Großen Beirats der Reichsgruppe Industrie. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums fordert, in Europa alle Betriebe stillzulegen, die »nichts taugen«, und »die guten jüdischen Positionen« in deutsche Hand zu bringen.
22./23. Okt.	Aus Baden und der Saarpfalz werden 6504 deutsche Juden nach Südfrankreich abgeschoben. Diese Deportationen stehen im Zusammenhang mit der Aussiedlung von etwa 150000 Menschen aus dem Elsass und aus Lothringen durch den RKF. Außerdem sollen zu diesem Zeitpunkt etwa 270000 zumeist ältere jüdische Menschen aus dem Reich und dem Protektorat nach Frankreich abgeschoben werden.
31. Okt.	Himmler ernennt einen Sonderbeauftragten, der vorübergehend die Zwangsarbeit jüdischer Männer und Frauen in Oberschlesien organisieren soll (»Organisation Schmelt«).
11. Nov.	Der RKF Oberschlesien beantragt die Erweiterung des KZ Auschwitz.
13. Nov.	Der RKF hat große Schwierigkeiten, die aus Osteuropa und Südtirol in das Deutsche Reich umgesiedelten Volksdeutschen unterzubringen. Zwischen Oktober 1939 und 1. November 1940 wurden 435000 Volksdeutsche »heim ins Reich« geholt.
15. Nov.	Das Warschauer Ghetto wird von der Außenwelt abgeriegelt.
Nov.	Gespräch zwischen Göring, dem Wehrwirtschaftsgeneral Thomas, General v. Hanneken, den Staatssekretären Körner, Neumann und Backe über den geplanten Krieg gegen die Sowjetunion. Die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge im Generalgouvernement fordert unter Hinweis auf die ghettoisierte jüdische Minderheit eine »Entlastung des Bevölkerungsdrucks«.

3. Dez.	Hitler erklärt, dass die in Wien lebenden » 60000 Juden beschleunigt in das Generalgouvernement abgeschoben werden sollen«.
19. Dez.	Das RKW erstellt einen ersten Bericht über die ökonomischen Folgen der Ghettoisierung in Warschau.
Ende 1940	Der RKF plant, die jüdische Bevölkerung und alle »Unproduktiven« aus Oberschlesien in das Generalgouvernement auszusiedeln.

### 1941

8. Jan.	Bei einer interministeriellen Besprechung wird erwogen, »die Juden völlig aus dem deutschen Arbeitsrecht herauszunehmen« und einer Sonderregelung zu unterstellen. Auf einer Sitzung im RSHA kündigt Heydrich die Umsiedlung von 831000 Polen und Juden aus den eingegliederten Ostgebieten ins Generalgouvernement an.
23. Jan.	Der Reichsrechnungshof beginnt mit einer 14-tägigen Wirtschaftsprüfung des Ghettos Lodz. Dabei wird von der Annahme ausgegangen, »dass ein größerer Teil arbeitsunfähiger Ghattobewohner im Frühjahr 1941 in das Generalgouvernement evakuiert wird«.
13. Febr.	General Thomas legt eine Denkschrift vor über »die wehrwirtschaftlichen Auswirkungen einer Operation im Osten«.
Febr.	Das RKW beginnt mit der Wirtschaftsprüfung des Warschauer Ghettos.
26. Febr.	Auf Antrag des Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung (Vierjahresplan), Carl Krauch, und auf Anordnung Görings befiehlt Himmler die Aussiedlung der Juden aus Auschwitz und verbietet die Aussiedlung polnischer Bauarbeiter aus dieser Region.
28. Febr.	Himmlers Inspekteur für Statistik, Richard Korherr, begrüßt die deutsche Siedlungspolitik und insbesondere die »Abwanderung der Juden« als Mittel, um »klare Verhältnisse« zu schaffen.
Ende Febr./	Aus Wien werden 5000 vorwiegend alte jüdische Män-
Anf. März	ner und Frauen ins Generalgouvernement deportiert.
1. März	Himmler inspiziert Auschwitz und ordnet den Ausbau des Lagers für 130000 Häftlinge an. Einführung der Zwangsarbeit für alle deutschen Juden.
14. März	Besprechung beim RKF in Oberschlesien über die »vorgesehene Umstellung der Umsiedlungsmaßnahmen«.

21. März                      Emmerich legt Frank den Bericht des RKW über die negative Wirtschaftsbilanz des Warschauer Ghettos vor.
26. März                      Gründung des Instituts zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt am Main. Peter-Heinz Seraphim schlägt vor, den Bevölkerungsüberdruck in den polnischen und südosteuropäischen Städten durch die »Beseitigung des jüdischen Bevölkerungselements« abzubauen.
- März                              Endgültige Einstellung der Deportationen in das Generalgouvernement. Backe erläutert Hitler die äußerst kritische Ernährungslage. Diskussion zwischen Göring, Heydrich und der Wehrmachtsführung und Festlegung von Sonderaufgaben der SS im Krieg gegen die Sowjetunion.

## IV

# Entscheidungen über Deportationen und Massenmorde April 1941 bis Juli 1941

3. April	Erste Regierungssitzung über das Warschauer Ghetto unter Beteiligung des RKW.
4. April	Beginn der »Aktion 14f13«, der Tötung kranker, arbeitsunfähiger, arbeitsunwilliger und politisch besonders unliebsamer KZ-Häftlinge durch die »Aktion T4«.
6. April	Deutscher Überfall auf Jugoslawien und Griechenland.
19. April	Zweite Regierungssitzung über das Warschauer Ghetto, ebenfalls unter Beteiligung des RKW. Verwaltung, Wirtschaft und Lebensmittelversorgung des Ghettos werden entsprechend den Vorschlägen des RKW reorganisiert.
23. April	Tagung der Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte über das »Euthanasie«-Problem. Ein Vertreter der Kanzlei des Führers erklärt, dass die Angehörigen der Getöteten in » 80% der Fälle einverstanden« sind, zehn Prozent seien gleichgültig, und nur zehn Prozent protestierten.
April	Das Reichsernährungsministerium stellt fest, dass sowjetische Großstädte wie Leningrad im Fall ihrer Eroberung nicht ernährt werden sollen.
Anfang Mai	Bildung der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei für den Krieg gegen die Sowjetunion.
1. Mai	Backe teilt Goebbels mit, dass die Fleischrationen für Deutsche ab 1. Juni um 100 Gramm (= 20 Prozent) pro Woche gekürzt werden müssen.
2. Mai	Besprechung der Staatssekretäre Körner, Neumann und Backe über die Ernährungssituation und den Krieg gegen die UDSSR mit dem Ergebnis, dass in der Sowjetunion »zweifelloso zig Millionen Menschen verhungern« werden.
20. Mai	Ein Erlass Heydrichs erwähnt die »zweifelloso kommende Endlösung der Judenfrage«.

23. Mai	In den wirtschaftspolitischen Richtlinien für die Besetzung der Sowjetunion heißt es: Versuche, »die Bevölkerung dort vor dem Hungertode zu retten, unterbinden die Durchhaltungsmöglichkeit Deutschlands im Kriege«.
27. Mai	Carl Clauberg schlägt Himmler vor, eine Methode zur operationslosen Massensterilisation zu entwickeln.
6. Juni	Befehl des OKW zur Ermordung politischer Kommissare der Roten Armee im geplanten Krieg gegen die Sowjetunion (Kommissar-Befehl).
14. Juni	Konferenz in Warschau mit dem Ergebnis, die von der Zivilverwaltung organisierten Zwangsarbeitslager für die Juden wegen mangelnder Effizienz aufzulösen.
16. Juni	Das Reichsinnenministerium kündigt an, dass die Juden in den eingegliederten Ostgebieten »demnächst staatenlos« werden.
17. Juni	Heydrich weist die für die Besetzung der Sowjetunion bereitstehenden Einsatzgruppen an, Pogrome anzustiften. Es folgt der Auftrag, alle Juden in Partei- und Staatsstellungen sowie sonstige »radikale Elemente« zu liquidieren.
19. Juni	Hitler versichert Frank, dass »die Juden in absehbarer Zeit aus dem Generalgouvernement entfernt« würden, das dann nur noch Durchgangslager sein solle.
20. Juni	Frank berichtet Goebbels, dass man sich im Generalgouvernement bereits darauf freue, »die Juden abschieben zu können«. Rosenberg teilt seinen engsten Mitarbeitern mit: »Wir sehen durchaus nicht die Verpflichtung ein, das russische Volk mit zu ernähren.« Karl Kuchenbäcker legt einen Plan vor, wie die Zahl der polnischen Bauern im Verlauf mehrerer Jahre halbiert werden könne.
Juni	Das Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau fertigt einen »Bericht über die Aussiedlung der Polen« an.
21. Juni	Himmler beauftragt die Planungsabteilung des RKF, einen Generalplan Ost zu erstellen. Darin soll die Siedlungspolitik in den Teilen Osteuropas, die bereits besetzt sind oder deren Eroberung geplant ist, festgelegt werden.
22. Juni	Beginn des Vernichtungs- und Eroberungskriegs gegen die Sowjetunion.
24. Juni	11. Sitzung des Generalrats des Vierjahresplans. Backe spricht über die prekäre Versorgungslage.
28. Juni	Abkommen zwischen Wehrmacht und SS über die Selektion und Exekution sowjetischer Kriegsgefangener.



14. Juli	Der Wehrwirtschaftsstab Ost fordert die »baldige Ghettoisierung« der Juden in den neu besetzten Teilen der Sowjetunion, damit »die zuverlässigen Nicht-Juden zum Zuge kommen«.
15. Juli	Konrad Meyer legt den drei Wochen zuvor in Auftrag gegebenen Generalplan Ost vor und fordert die Vertreibung von 31 Millionen Menschen.
16. Juli	Besprechung bei Hitler über »alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc.« in der Sowjetunion. In Lodz überlegen deutsche Behördenvertreter unter Hinweis auf die Lebensmittelknappheit, »die nicht arbeitseinsatzfähigen Juden durch irgendein schnell wirkendes Mittel zu erledigen«.
17. Juli	Anordnung des RSHA, aus den Lagern für sowjetische Kriegsgefangene die aktiven Kommunisten, Mitglieder der sowjetischen Intelligenz und »alle Juden« herauszusuchen und zu exekutieren.
18. Juli	Anschluss von (Ost-)Galizien an das Generalgouvernement.
20./21. Juli	Himmler befiehlt im Zusammenhang mit dem Generalplan Ost den Aufbau eines SS- und Polizeiviertels in Lublin. Ernennung von Friedrich Suhr im RSHA zum »Referenten für die Endlösung der europäischen Judenfrage«.
28. Juli	Besprechung zwischen Wehrwirtschaftsgeneral Georg Thomas, Viktor Brack und Richard von Hegener aus der Kanzlei des Führers. Brack und von Hegener sind Mitorganisatoren der »Euthanasie«-Morde und »wünschen Unterstützung des WiRü-Amtes (Wirtschafts- und Rüstungsamt) für die Durchführung des Sonderauftrags des Führers«. <a href="#">[884]</a>
31. Juli	Sitzung des Wirtschaftsführungsstabs Ost. Backe erklärt erneut, dass für die Versorgung der Stadtbevölkerung der UDSSR »nur ganz geringe Mengen verfügbar« seien. Göring beauftragt Heydrich, »eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa« vorzubereiten.

## V

# Der Übergang zum systematischen Massenmord an den europäischen Juden August 1941 bis Juli 1942

Aug.	Eichmann besucht das KZ Auschwitz. Er teilt dem Lagerkommandanten Höß die Einzelheiten zur geplanten »Endlösung der Judenfrage« mit. Wenig später nimmt Höß an einer Konferenz des Judenreferats des RSHA in Berlin unter Vorsitz Eichmanns teil.
16. Aug.	Die Einsatzgruppen in der Sowjetunion vermelden erstmals, dass sich unter den von ihnen Ermordeten auch »Jüdinnen und Judenkinde« befinden. Sie sehen es nach kurzer Zeit als unmöglich an, die »Judenfrage durch Massenexekutionen zu lösen«. Himmler nimmt an einer solchen Exekution als Zuschauer teil.
23. Aug.	Das RSHA ordnet an, »die Auswanderung von Juden zu verhindern«.
24. Aug.	Die Massenmorde an deutschen Geisteskranken durch Gas werden vorübergehend eingestellt. Insgesamt wurden bis zu diesem Datum mehr als 70000 Menschen umgebracht.
Ende Aug.	Hitler verspricht Goebbels, dass die jüdische Bevölkerung Berlins »nach Osten« deportiert werde.
1. Sept.	Deutsche Juden, »die das 6. Lebensjahr vollendet haben«, müssen den gelben Stern tragen. Massaker an 23000 teils aus Ungarn vertriebenen Juden bei Kamenez-Podolsk.
2. Sept.	Die Abteilung Raumordnung im Generalgouvernement ordnet die Schaffung von »Judensammelorten« an.
2.–5. Sept.	Erste Versuche in Auschwitz, Menschen in großer Zahl durch das Giftgas Zyklon B zu töten. Die Opfer sind sowjetische Kriegsgefangene.
15. Sept.	Besprechung zwischen Göring, Vertretern des Ernährungsministeriums und der Wehrmachtsführung; Göring stellt abschließend fest, dass aus wirtschaftlichen Gründen große Städte nicht erobert, sondern belagert werden sollen.

16. Sept.	In Auschwitz werden 900 sowjetische Kriegsgefangene durch Zyklon B ermordet.
18. Sept.	Himmler kündigt an, dass 60000 deutsche und tschechische Juden in das Ghetto Lodz deportiert werden sollen, um sie im Frühjahr weiter nach Osten abzuschieben.
26. Sept.	Der Generalquartiermeister des Heeres erklärt, »dass insbesondere Leningrad verhungern muss«.
Sept.	Selektion und Ermordung von 2000 über 60-jährigen jüdischen Männern und Frauen in Lemberg. Selektionen nach ähnlichen Kriterien finden auch in anderen Städten der besetzten Sowjetunion statt.
29./30. Sept.	Ermordung von über 33000 jüdischen Männern, Frauen und Kindern aus Kiew in der Schlucht von Babi Jar.
Ende Sept.	Die Jüdische Gemeinde Berlin erhält den Befehl, ein Sammellager für 1000 Personen herzurichten.
Ende Sept./	Beschluss über die Errichtung des Vernichtungslagers
Anf. Okt.	Chełmno in der Nähe des Ghettos Lodz.
4. Okt.	Beginn des Streits zwischen Heydrich und dem Ostministerium über die Zuständigkeit in der Judenfrage.
9.–11. Okt.	Tagung über »Europäische Großraumwirtschaft« in Weimar.
10. Okt.	Besprechung über »die Lösung der Judenfrage« im Protektorat und im Reich. 50000 der »lätigsten Juden (sollen) herausgesucht« und nach Minsk und Riga deportiert werden.
13. Okt.	Besprechung zwischen Frank und Rosenberg. Rosenberg hält die Abschiebung der jüdischen Bevölkerung aus dem Generalgouvernement in die besetzten Ostgebiete zur Zeit noch nicht für möglich. Später sollten »überhaupt die asozialen Elemente in die Ostgebiete« verschickt werden. Rosenberg spricht in diesem Zusammenhang von der »völligen Vernichtung des russischen Volkes«.
14. Okt.	Erste Deportationsbefehle für deutsche Juden.
15./16. Okt.	Regierungssitzung über das Warschauer Ghetto. Emmerich stellt fest, dass »das Ghetto nicht ohne Zuschüsse leben könne, wenn man sich zum Ziel setze, die Lebensfähigkeit der Judenschaft zu erhalten«.
Mitte Okt.	Entscheidung Himmlers, das Vernichtungslager Belzec einzurichten.

16. Okt.	Die »Arbeitsgruppe Arbeitstherapie und Asylierung« des Reichstuberkuloseausschusses beschließt die »Absonderung asozialer Tuberkulöser« in psychiatrischen Anstalten, dadurch werden sie zu potentiellen und später auch zu tatsächlichen Opfern der »Euthanasie«.
21. Okt.	Die offiziellen Verpflegungsrationen für sowjetische Kriegsgefangene werden weiter gesenkt. Durchschnittlich sterben in den ersten sechs Monaten des Krieges gegen die Sowjetunion täglich 6000 sowjetische Kriegsgefangene in deutschen Lagern. Verbot der Neubildung von Ghettos im Generalgouvernement, »da die Hoffnung besteht, dass die Juden in naher Zukunft abgeschoben werden«.
23. Okt.	Verbot der Emigration für die deutschen Juden. Bestellung des Ministerialrats Herbert Linden zum Reichsbeauftragten für die Heil- und Pflegeanstalten. Mit dieser im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Verordnung wird ein Teil des geplanten Sterbehilfegesetzes in Kraft gesetzt.
25. Okt.	Der Rassenreferent im Ostministerium, Erhard Wetzel, schlägt die Errichtung von Vernichtungslagern in Riga und Minsk vor.
31. Okt.	Erlass Hitlers zum »Großeinsatz« sowjetischer Kriegsgefangener in der deutschen Wirtschaft.
Okt./Nov.	Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Südrussland.
7. Nov.	Sitzung bei Göring über Fragen der Rationalisierung (Teilnehmer u.a. Todt, Funk, Thomas, Körner, Neumann, Vertreter der Vierjahresplanbehörde und der Industrie). Göring: »Die deutsche Industrie muss der amerikanischen bezüglich Rationalisierung gleich werden.«
Anfang Nov.	Die ersten Juden aus dem Reich treffen in Riga, Minsk und Kowno ein, überwiegend Frauen, Kinder und alte Leute. Viele werden sofort oder wenig später ermordet.
11. Nov.	Die Werbung von Arbeitsaufträgen für das Warschauer Ghetto wird gestoppt.
15. Nov.	Auseinandersetzung zwischen Himmler und Rosenberg über die Zuständigkeit in der Judenfrage. Verordnung über die Todesstrafe für das Verlassen der Ghettos im Generalgouvernement.
6.–25. Nov.	»Probeaussiedlung« polnischer Bauern aus dem Bezirk Zamość.
25. Nov.	11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Im Ausland lebenden – also auch den nach Osten deportierten – deutschen Juden wird die Staatsbürgerschaft aberkannt. Ihr Vermögen »verfällt dem Reich«. Göring kündigt gegenüber dem italienischen Außenminister an, dass »in diesem

Jahr 20 bis 30 Millionen Menschen in Russland verhungern« werden.

28. Nov.      Besprechung im Reichsarbeitsministerium über den jüdischen Arbeitseinsatz. Mit Ausnahme der Arbeitseinsatzfähigen sollen alle Juden im Warthegau bis Ende März 1942 »abgeschoben« werden.

Ende Nov.      Ärzte und technisches Personal der Tötungsanstalten der »Aktion T 4« treffen sich in Pirna. Brack (Kanzlei des Führers) unterrichtet die Versammelten, dass mit dem »Stopp« vom 24. August das Töten nicht zu Ende ist. Mehr als hundert Angestellte der »Aktion T4« werden nach Polen versetzt, um dort die Lager zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung zu betreiben.

29. Nov.      Heydrich lädt zu der ursprünglich für den 9. Dezember geplanten Konferenz über die »Endlösung der Judenfrage« ein.

1. Dez.      Juden wird durch das RSHA verboten, über ihren Besitz in irgendeiner Form zu verfügen.

5. Dez.      Erste Transporte aus dem Ghetto Lodz in das Vernichtungslager Chelmno (Kulmhof).

8. Dez.      Beginn der Massenvernichtung in Chelmno.

11. Dez.      Kriegserklärung Deutschlands an die USA.

16. Dez.      Frank kündigt die geplante Ermordung der Juden an. Franks Staatssekretär Bühler ordnet an, dass jede Umsiedlung im Generalgouvernement, die mehr als 50 Personen umfasst, der Zustimmung der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge bedarf.

## **1942**

10. Jan.      Besprechung der Zivilverwaltung über die »Aussiedlung der Juden aus Lemberg«.

11. Jan.      Begutachtung sogenannter Asozialer im Arbeitshaus Berlin-Rummelsburg zur Entwicklung von Tötungskriterien. Beteiligt sind die »Aktion T 4«, die Kanzlei des Führers, das Innenministerium und Professoren, die sozial abweichendes Verhalten erforschen.

Mitte Jan.      5000 »Zigeuner«, die in einem abgetrennten Teil des Ghettos Lodz gefangen waren, werden in Chelmno ermordet.

20. Jan.      Besprechung über die »Endlösung der Judenfrage« (Wannseekonferenz) in Berlin.

29. Jan.	Konferenz im Ostministerium über die Ausweitung des Begriffs »Jude« in den besetzten Ostgebieten. Das RSHA schickt dem Ostministerium »Richtlinien über die Behandlung der Judenfrage«.
4. Febr.	Ministerialbeamte, Bevölkerungsexperten und Vertreter des RSHA beraten über den Generalplan Ost und die Kriterien zur Selektion der Bevölkerung in Osteuropa.
15. Febr.	Aus Beuthen (Oberschlesien) kommt der erste durch das RSHA veranlasste »Judentransport« in Auschwitz an. Die Ankommenden werden sofort ermordet.
19. Febr.	Der Leiter der Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz in der Vierjahresplanbehörde, Werner Mansfeld, stellt fest, dass von 3,9 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen noch 1,1 Millionen am Leben sind. »Allein vom November 41 bis Januar 42 sind 500000 Russen gestorben.«
7. März	Goebbels liest eine bis heute nicht aufgefundene Denkschrift des RSHA zur »Endlösung der Judenfrage«.
17. März	Beginn der Massenmorde im Vernichtungslager Belzec.
2. April	Heydrich bezeichnet sich als der von Göring bestellte »Beauftragte für die Endlösung der europäischen Judenfrage«.
27. April	Der Rassenreferent im Ostministerium kritisiert am Generalplan Ost, dass die Zahl der »Auszusiedelnden« (mit 31 Millionen) zu niedrig angesetzt sei.
April	Die Einsatzgruppen melden, dass sie bisher 461500 sowjetische Juden ermordet haben.
1. Mai	Der Gauleiter des Warthegaus, Artur Greiser, schlägt Himmler die »Sonderbehandlung« von 35000 tuberkulosekranken Polen im Vernichtungslager Chelmno vor. Der Vorschlag wird von Himmler gutgeheißen, in dieser Form aber nach einigem Hin und Her abgelehnt.
Mai	Beginn der Massenmorde im Vernichtungslager Sobibor.
12. Mai	1500 jüdische Männer, Frauen und Kinder werden aus Sosnowitz nach Auschwitz deportiert und sofort in die Gaskammer geschickt.
28. Mai	Konrad Meyer legt eine überarbeitete Fassung des Generalplans Ost vor.
7. Juli	Himmler genehmigt Menschenexperimente zur Entwicklung möglichst einfacher Sterilisierungsmethoden in Auschwitz und Ravensbrück.

22. Juli

Beginn der Deportation der Warschauer Juden ins Vernichtungslager  
Treblinka.



## Nachwort zur Neuauflage

Als wir Mitte der 1980er-Jahre mit der Arbeit an den »Vordenkern« begannen, stritten deutsche, israelische und amerikanische Historiker über Fragen, die heute keine mehr sind. Auf der einen Seite führten die sogenannten Intentionalisten den Holocaust auf eine frühe Absicht Hitlers zurück, auf der anderen erklärten Funktionalisten den Massenmord als einen Prozess kumulativer Radikalisierung, der aus dem Kriegsverlauf und der stufenweise fortschreitenden Diskriminierung der Juden entstanden sei.<sup>[885]</sup> Neben dieser Kontroverse entspann sich 1986/87 eine zweite, der Historikerstreit. Er drehte sich nicht um Fakten, sondern um die geschichtspolitische Frage, ob der Holocaust kausal mit anderen Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts in Beziehung gesetzt und damit relativiert werden könne.

Vor bald 30 Jahren herrschte noch die Meinung vor, die Wehrmacht sei an den während des Zweiten Weltkriegs begangenen deutschen Verbrechen unbeteiligt gewesen. Desgleichen wurde der deutsche Terror gegen nichtjüdische Polen und Russen noch weithin verdrängt. Historiker betonten das polykratische Durcheinander und die Reibungsverluste zwischen verschiedenen, mal mehr, mal weniger einflussreichen Institutionen des NS-Staates, ganz so als gelte es, deren Niedergang, nicht aber ihre mörderische Effizienz zu erklären. Die Täterforschung befasste sich außer mit Hitler und dessen so bezeichneten Paladinen mit Vollstreckern, die als Mörder oder Mordgehilfen gerichtlich belangt werden konnten. Im allgemeinen Bild »der Nazis« beherrschten fanatisierte Braunhemden die Szene, besessen von ideologischer Verblendung und Gewalt, unfähig zu moderner Sozial- und Strukturplanung.

Unsere Lektorin Claudia Glissmann, die viel zur Lesbarkeit dieses Buches beigetragen hat, wollte uns während des Lektorats zunächst Wörter wie Intellektuelle, Intelligenz oder Elite aus dem Manuskript streichen, sofern wir sie im Zusammenhang mit NS-Verbrechen gebrauchten. Nicht nur für sie waren Begriffe wie Moderne, Wissenschaft, Rationalität, Planung oder Strukturpolitik normativ positiv besetzt. Demnach verbot sich die Verwendung solcher Termini für die Beschreibung des Dritten Reichs von selber.

Nazis galten als rückwärtsgewandt, wissenschafts- und intelligenzfeindlich – deren Modernität reklamierte allenfalls die politische Rechte. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hatten Historiker die Rolle von Wissenschaftlern in der NS-Zeit nicht problematisiert.<sup>[886]</sup> Stattdessen pflegte jede Disziplin ihre eigenen Legenden: Sozialwissenschaftler behaupteten, ihr Fach habe allein in der Emigration weiterexistiert oder sei erst nach Kriegsende als »Demokratiewissenschaft« entstanden; Juristen bemühten die Ausrede, Hitler habe sie gehasst; Historiker taufte die in der NS-Zeit so beliebte Volksgeschichte um und bezeichneten sie als neuerfundene Strukturgeschichte; Ökonomen verbreiteten, sie hätten den irrationalen Machtmenschen Hitler ohnehin nicht beeinflussen können; Raum- und Städteplaner verwiesen auf ihre Verdienste beim Wiederaufbau des ruinierten Deutschlands und taten so, als seien sie vorher nicht in Warschau, Riga oder Prag, sondern im amerikanischen Exil tätig gewesen.

Mittlerweile ist die Ära der beschönigenden Festschriften weitgehend vorbei, in denen die »dunkle Zeit« zwischen 1933 und 1945 ausgespart oder mit wenigen vernebelnden Sätzen abgetan wurde. Die Erinnerung an den Holocaust ist selbstverständlich geworden, ebenso die (selbst-)kritische und sachverständige Überprüfung von Institutionen, deren Geschichte in die NS-Zeit oder weiter zurückreicht – seien es Ministerien, Unternehmen, Fußballvereine, Kommunalverwaltungen, Universitäten, wissenschaftliche oder sonstige Gesellschaften. Dabei entwickelte sich jedoch eine Tendenz, die Gesamtheit der NS-Politik auf neue Weise aus dem Blick zu verlieren und größere Zusammenhänge unter einem Wust dokumentarischer Fundstücke in unzähligen Detailuntersuchungen verschwinden zu lassen.

In dem vorliegenden, in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre erarbeiteten Buch haben wir versucht, die Tätigkeiten, Methoden und Ziele akademisch geschulter deutscher Politikberater so konkret wie möglich zu beschreiben. Dazu zählten Statistiker, Raum- und Agrarplaner, Soziologen, Historiker, Ökonomen und Demographen. Zahlreiche Angehörige dieser Berufsgruppen haben wir auf der Basis empirischer Befunde und ihrer eigenen Publikationen als Vordenker der Vernichtung qualifiziert und ihre Funktion in den größeren Kontexten nationalsozialistischer Lebensraum- und Vernichtungspolitik herausgearbeitet. Darüber hinaus zeigten unsere lebensgeschichtlichen Studien, wie dieselben wissenschaftlich gebildeten Gutachter, Fachleute und Berater sowohl im totalitär wie im republikanisch verfassten Deutschland funktioniert hatten. Das eröffnete uns den Zugriff auf strukturelle, mentale und methodische Kontinuitäten, die über den Nationalsozialismus hinausweisen.

Entstanden ist das Buch aus dem Projekt »Täterbiographien«, an dem wir

Mitte der 1980er-Jahre am Hamburger Institut für Sozialforschung zusammen mit Peter Chroust, Hans-Dieter Heilmann und Christian Pross gearbeitet haben. Zwar sprengten wir mit den »Vordenkern der Vernichtung« den Rahmen dieses Projekts, doch blieb er im Hintergrund sichtbar: Wir versuchten, die Lebensläufe, Motive und Verhaltensweisen der intellektuellen Zuarbeiter, Berater und Ideengeber zu ergründen, mit dem Ziel, besondere Merkmale der nazistischen Intelligenz herauszufinden. Obwohl wir nicht zu einer stringenten Typologie gelangten, kristallisierten sich doch die folgenden, damals neuen, heute zum Gemeingut gewordenen Ergebnisse heraus:

1. Der nationalsozialistische Staat verfügte über eine gut ausgebildete Elite. Sie machte wissenschaftliche Theorien für die politische Praxis nutzbar. Sie veröffentlichte nicht einfach Erkenntnisse, die ein verbrecherischer Staat dann angeblich missbraucht hat. Die Angehörigen dieser Intelligenz verstanden sich als Politikberater. Von den NS-Politikern wurden sie als solche ernst genommen und gebraucht.

2. Diese Politikberater waren im Durchschnitt sehr jung und vielfach keine eingefleischten Nationalsozialisten. Doch nutzten sie die Chancen, die ihnen der nach innen und außen ständig expandierende NS-Staat bot. Sie folgten nicht einzelnen Programmpunkten der herrschenden Partei, sondern vor allem der neuen Staatsmoral, dergemäß ein gewünschter Zweck jedes Mittel heiligte und (Groß-)Projekte rasch, radikal und bedenkenlos durchsetzbar waren – ohne langwierige demokratische Kompromisse oder juristisches Hin und Her.

3. Die Lehre vom rassistisch unterschiedlichen Wert der Menschen erlaubte es den Planern, die Lasten des Fortschritts bestimmten als »minderwertig«, »lebensunwert« oder »feindlich« definierten Bevölkerungsgruppen und Völkern aufzuerlegen. Das galt erst recht im Krieg, wenn kurzfristig entstandene Kriegserfordernisse und langfristige Strukturvorhaben miteinander harmonisiert werden sollten.

4. Als Erkenntnisgewinn für die weitere Holocaustforschung sind zwei inhaltliche Ergebnisse festzuhalten. Zum einen konnten wir zeigen, dass die Umsiedlung der Volksdeutschen, die Vertreibung von Polen und die Ghettoisierung von Juden miteinander verbundene Projekte waren und die gleichgerichteten Aufbaupläne in den annektierten polnischen Gebieten und im Generalgouvernement die bevölkerungspolitischen Projekte insgesamt blockierten. Wir bezeichneten die so entstandene Lage als Patt (siehe S. 264ff.). In dieser Situation, die sich im Oktober 1940 und im Sommer 1941 zuspitzte, drängten die Planer wie die Praktiker auf immer weiter reichende »Lösungen«. Aus dem Scheitern der Umsiedlungsvorhaben

entstanden dann Konzepte, die enteigneten und ghettoisierten Juden zu ermorden.<sup>[887]</sup>

Vor dem Hintergrund solcher Einsichten formulierten wir im September 1985 im Zwischenbericht zum Projekt »Täterbiographien«: »Wissenschaft besteht immer in Abstraktion. Sie ist so gesehen mit staatlich-bürokratischen Verfahrensweisen verwandt. Sie ist immer in der Gefahr, sich nicht an den Menschen zu orientieren, sondern umgekehrt ihre Ergebnisse zu einer Orientierungsschnur zu machen, nach der Menschen zu formen seien. Auch emanzipatorische Modelle, Vorschläge zu strukturellen Reformen – sozusagen gut gemeinte Wissenschaft – sind dieser Gefahr ausgesetzt. Eines der Ergebnisse des Projektes könnte sein, dass uns die wissenschaftlichen Täter der NS-Zeit näherrücken, als wir es ertragen können.« Über den weiteren Gang unserer Forschungen schrieben wir 1987 im Vorwort zu dem Aufsatz »Die Ökonomie der ›Endlösung‹«: »Nach unseren Forschungsergebnissen sind viel mehr Personen für die Erforschung des Holocaust von Bedeutung, als bisher angenommen wurde, ebenso Institutionen und vor allem Beweggründe, von denen bisher niemand annahm, dass sie damit zu tun hatten.«<sup>[888]</sup>

Noch bevor 1991 im Hoffmann und Campe Verlag die Erstauflage erschien, waren unsere Thesen Gegenstand heftiger Kontroversen geworden. Das Hamburger Institut für Sozialforschung, das unsere Forschungen zu einem erheblichen Teil finanziert hatte, veranstaltete 1989 ein Symposium mit dem Titel »Wissenschaft und Massenvernichtung – Zur Rationalität nationalsozialistischer Vernichtungspolitik«, bei dem unsere Überlegungen zum Zusammenhang zwischen Wirtschaftsrationalisierung und Massenmord unter anderem von Dan Diner, Ulrich Herbert und Ernst Köhler vehement kritisiert wurden. Es folgte eine Debatte in der Zeitschrift »konkret«, an der sich neben anderen Christopher Browning, Jan-Philipp Reemtsma und Karl Heinz Roth beteiligten.<sup>[889]</sup>

Auf dem Symposium ging es um die Frage, ob der Entscheidung zum Mord an den europäischen Juden auch sachrationale Überlegungen zugrunde gelegen hätten oder ob die ökonomischen und demographischen Planungen, die wir für das besetzte Polen dargestellt hatten, allenfalls »utilitaristisch verbrämte Legitimationsstrategien« (Herbert) oder »scheinmaterialistische Rationalisierung rassistischer Vorhaben« (Diner) gewesen seien. Die Existenz bevölkerungspolitischer Denk- und Argumentationsmuster bestritten unsere Kritiker nicht, doch sprachen sie derartigen Konzepten jeglichen Einfluss auf die Entscheidung zur »Endlösung« ab.

Manche unterstellten, dass für uns die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen im Grunde nur ein Vehikel sei, um

kapitalistische Modernisierungslogik und Imperialismus zu geißeln, deren ungebrochene Tradition zu behaupten und die Unterschiede zwischen dem Holocaust und dem Genozid an den Indianern im brasilianischen Regenwald zu nivellieren. Wenn man sich die Beiträge zu dieser Debatte mit dem Abstand von mehr als zwei Jahrzehnten durchliest, so fällt der rechthaberische Tonfall auf, der die inhaltliche Kontroverse zunehmend in einen wenig ergiebigen Streit um Erklärungsmonopole verwandelte. Im weiteren Verlauf der Diskussion ging es nicht mehr darum, den Einfluss der Planer auszuloten und für verschiedene Politikfelder im Detail zu untersuchen; das geschah – von Christopher Browning abgesehen – erst später.

Die Hardcover-Ausgabe der »Vordenker« erschien 1991 parallel zu dem erwähnten Debattenband mit den Aufsätzen aus der »konkret«. Das Buch wurde in deutschen Historikerkreisen nahezu einhellig scharf bis vernichtend kritisiert. Dessen ungeachtet haben sich seither nicht wenige Kollegen und Kolleginnen, die unsere Thesen in ihren Einleitungen kritisierten oder einfach übergingen, im Materialteil ihrer Bücher eben doch mit den Zusammenhängen zwischen Umsiedlung, sozialer Neuordnung, wirtschaftlicher Modernisierung und Vernichtungspolitik auseinandergesetzt.

Auch trug die Vorab-Debatte der »Vordenker« dazu bei, dass unsere Thesen außerhalb der sogenannten Historikerkunft von Interessierten wahrgenommen und diskutiert wurden und das Buch mehrfach neu aufgelegt worden ist. Zu denjenigen, die es lasen und sich spontan für den neuen Blick interessierten, gehörten Walter Pehle, Lektor im S. Fischer Verlag, und der Verleger Sir Arthur George Weidenfeld. So erschien das Taschenbuch in der Schwarzen Reihe des Fischer Verlags und die englische Übersetzung von Allan G. Blunden bei Weidenfeld & Nicolson. 2006 folgte eine französische Ausgabe in der Übersetzung von Claire Darmon bei Calman-Levy.

Unsere Analyse diente Historikern, die an dem Streit nicht beteiligt waren, als Ausgangspunkt für eigene Studien; in anderen Ländern fand sie ein positives Echo. Auch Kollegen in Israel und den USA haben manche unserer Thesen angezweifelt. Doch reagierten sie stets interessiert, offen und ermutigend. So haben die Herausgeber der in Jerusalem erscheinenden »Yad Vashem Studies« den Schwerpunkt ihrer Ausgabe im Jahr 1994 der kritischen Auseinandersetzung mit unserer Arbeit gewidmet.<sup>[890]</sup>

Die These, dass diejenigen Ministerialbeamten und Fachleute, die für die Kriegsernährungspolitik verantwortlich zeichneten, auch die Massenmorde an sowjetischen Kriegsgefangenen, Zivilisten und Juden guthießen, ist inzwischen weithin akzeptiert; ebenso die damals noch umstrittene oder unbeachtete Einsicht: Man versteht die nationalsozialistische Staatsdoktrin

nur, wenn man sie als radikalisiertes doppelgesichtiges System positiver und negativer Bevölkerungspolitik begreift, als System von Ernähren und Verhungern-Lassen, von Umverteilung und Raub, von Fördern und Vernichten.

Dass die Politik des Völkermords auch mit Strategien verbunden war, ausreichende Mengen von hochwertigen Lebensmitteln für die deutsche Zivilbevölkerung und für deutsche Soldaten zu sichern, hat Christian Gerlach in zwei fundierten Studien bestätigt, deren Quellenbasis weit über die unsrige hinausreicht.<sup>[891]</sup> Selbstverständlich ist mittlerweile, dass in die Studien zu den Großverbrechen der NS-Zeit die Denkschriften wissenschaftlicher Institutionen, Akten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Memoranden von Ökonomen, Beamten im Wirtschafts- und Finanzministerium einbezogen werden, ebenso Expertisen der Reichsbank, des Vierjahresplans und der Volkswirtschaftlichen Abteilungen bedeutender Banken und Konzerne. Heute schreibt kaum mehr jemand über die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, ohne dabei auch die Zusammenhänge zwischen Neuordnungs-, Enteignungs-, Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik zu thematisieren.

In den vergangenen 22 Jahren hat sich der Kenntnisstand zu vielen der in den »Vordenkern« erörterten Themen deutlich erweitert. Die meisten seither entstandenen Untersuchungen haben, auch wenn die Verfasser andere Schwerpunkte setzten oder andere Schlussfolgerungen bevorzugten, unsere Ergebnisse nicht widerlegt, sondern im Wesentlichen ergänzt und ausdifferenziert, neue Aspekte hinzugefügt und andere Institutionen und nazistische Thinktanks in den Blick genommen.

Als wir das Buch für die vorliegende revidierte Neuauflage und E-Book-Ausgabe überarbeiteten, wollten und konnten wir die zwischenzeitlich erschienene Literatur nur berücksichtigen, soweit Fehler korrigiert werden mussten. Nach diesem Kriterium haben wir einige wenige, für die gesamte Argumentation unbedeutende Stellen gestrichen. So haben wir ein von uns seinerzeit fehlinterpretiertes Dokument aus dem Nachlass von Herbert Backe in der vorliegenden Neuausgabe weggelassen, ebenso einige kurze Passagen, weil wir aus unserer heutigen Sicht ein Dokument im Sinne unserer Argumentation einseitig interpretiert hatten.

Ferner strichen wir politische Bezüge, die nach 25 Jahren ihre Aktualität verloren hatten. So werden heute, anders als noch in den 1980er-Jahren, die Karteien der von Himmler eingeführten Deutschen Volksliste nicht mehr herangezogen, um die »Deutschstämmigkeit« osteuropäischer Zuwanderer zu beurteilen, weil das Staatsbürgerrecht inzwischen so reformiert wurde, dass es nicht mehr hauptsächlich auf das »deutsche Blut« der Vorfahren

abstellt. Zudem milderten wir manche Formulierungen ab, an denen unsere Kritiker besonderen Anstoß genommen hatten und die wir inzwischen selbst als missverständlich ansehen. Auch das beeinträchtigt den Inhalt nicht. Den manchmal etwas hämmernden Ton derer, die etwas Neues entdeckt haben und das dem noch ungläubigen Publikum mitteilen wollen, schwächten wir ab. Deshalb tilgten wir zahlreiche adjektivische Verstärkungen, Superlative und Anführungszeichen, ohne dass die Klarheit des Buches darunter gelitten hätte. Die Rechtschreibung haben wir durchgängig, auch in den Zitaten, den heute gültigen Regeln angepasst und einige neuere Literaturtitel aufgenommen, die wir bereits vor 15 Jahren in das Manuskript der englischen Ausgabe eingefügt hatten.

Anders als beim Erscheinen der Erstauflage gehen wir und die meisten mit der Thematik Beschäftigten nicht mehr davon aus, dass die Grundsatzentscheidung zur Ermordung der europäischen Juden im Juli 1941 gefällt worden sei. Inzwischen herrscht weitgehender Konsens, dass die Entscheidung stufenweise und im Verlauf mehrerer Monate getroffen wurde. In der Zeit, die seit der Erstauflage vergangen ist, haben wir zu unterschiedlichen Fragestellungen weiter über die NS-Zeit gearbeitet und manche Fragen genauer erforscht, die in den »Vordenkern« nur grob umrissen werden. Auch solche Einsichten führten zu kleineren Korrekturen.

Im Gegensatz zu heute konnte man in den 1980er-Jahren viele Archivbestände der NS-Zeit nur teilweise benutzen und sich – mangels geeigneter Findhilfsmittel – nur schwer eine Übersicht verschaffen. Andererseits konnten wir damals noch mit Leuten wie Helmut Meinhold oder Rudolf Gater sprechen und uns so einen Eindruck von deren Erinnerungen, Verdrängungsleistungen und Ausreden verschaffen. Unsere Erkenntnisse und Interpretationen stützten wir auf Archivmaterial, das bis dahin in der Geschichtsschreibung zum Holocaust noch wenig oder überhaupt nicht beachtet worden war. Zum anderen benutzten wir in erheblichem Ausmaß zeitgenössische Aufsätze, Bücher und Artikel. Wie die meisten Vordenker entwickelten auch die Vordenker der Vernichtung ihre Pläne nicht nur im Geheimen, sondern auch in Fachzeitschriften, Zeitungen und wissenschaftlichen Qualifikationsarbeiten – für alle Interessierten nachlesbar.

Als wir vor 25 Jahren am Rand des Wissenschaftsbetriebs forschten und schrieben, dachten wir zuweilen, wir hätten den zentralen Ansatz zur Erklärung des Holocaust gefunden. Heute sehen wir das bescheidener: Mit dem Buch »Vordenker der Vernichtung« beschrieben wir wichtige Aspekte und gaben den Anstoß dazu, die Gründe für den Mord an den Juden nicht allein im Judenhass und einer nationalsozialistischen Rassenideologie zu



suchen.

Berlin, April 2013

## Anhang

## Literaturhinweise

- Ackermann, Josef, Heinrich Himmler als Ideologe, Göttingen 1970.
- Adam, Uwe Dietrich, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1979.
- Adamowitsch, Ales, Granin, Danil, Das Blockadebuch. Teil 1, Berlin 1987.
- Adler, H. G., Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.
- Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Baden-Baden 1950ff.; Serie D, Bd. 5: Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten Juni 1937 – März 1939, Baden-Baden 1953; Serie D, Bd. 8: Die Kriegsjahre. Erster Band: 4. September 1939 bis 18. März 1940, Baden-Baden 1961; Serie E, Bd. 5: 1. Januar bis 30. April 1943, Göttingen 1978.
- Aly, Götz, Roth, Karl Heinz, Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus, Berlin 1984.
- Aly, Götz, Medizin gegen Unbrauchbare, in: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 1), Berlin 1985, S. 9–74.
- Aly, Götz (Hrsg.), Aktion T4 1939–1945. Die »Euthanasie«-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, 2. Aufl., Berlin 1989.
- Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront (Hrsg.), Die Durchdringung des Ostens in Rohstoff- und Landwirtschaft (»Geheim«, Berlin, Dezember 1941), abgedruckt und eingeleitet von Michael Hepp, in: 1999, 2 (1987), Heft 4, S. 96–134.
- Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Deutschland und Südosteuropa, Berlin 1940, abgedruckt in: Sozialstrategien der Deutschen Arbeitsfront. Hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Bearbeitet und eingeleitet von Michael Hepp und Karl Heinz Roth, München 1987, Fiche 78–81, Bl. 1284–1504.
- Arendt, Hannah, Elemente totaler Herrschaft, Frankfurt a.M. 1958.
- Arlt, Fritz, Die ukrainische Volksgruppe im deutschen Generalgouvernement Polen (= Volksbiologischer Informationsdienst, Heft 1), Krakau 1940.
- Arlt, Fritz, Vom Sinn und Aufbau des Gruppendezernats Bevölkerungswesen

- und Fürsorge, in: Ders. (Hrsg.), Die Ordnung der Fürsorge und Wohlfahrt im Generalgouvernement (= Volkspolitischer Informationsdienst, Heft 2), Krakau 1940, S. 3–7.
- Arlt, Fritz, Übersicht über die Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement (= Volkspolitische Informationen, Heft 3), Krakau 1940.
- Arlt, Fritz, Siedlung und Landwirtschaft in den eingegliederten Gebieten Oberschlesiens, Berlin 1942.
- Auschwitz. Faschistisches Vernichtungslager, 2. Aufl., Warszawa 1981.
- Ayaß, Wolfgang, »Ein Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin«. Die Aktion »Arbeitsscheu Reich«, in: Feinderklärung und Prävention. Kriminalbiologie, Zigeunerforschung und Asozialenpolitik (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 6), Berlin 1988, S. 43–74.
- Backe, Herbert, Um die Nahrungsfreiheit Europas. Wirtschaftsraum oder Großraum, Leipzig 1942 (2., ergänzte Aufl. Leipzig 1943).
- Backe, Herbert, Die russische Getreidewirtschaft als Grundlage der Land- und Volkswirtschaft Russlands, o.O., o.J. [Berlin 1941].
- Backe, Herbert, Stand und Aussichten der deutschen Ernährungswirtschaft, in: Niederlande 8 (1942), Heft 15, S. 10.
- Baedeker, Karl, Das Generalgouvernement. Reisehandbuch, Leipzig 1943.
- Bartoszewski, Władysław, SS-Obersturmbannführer Karl Adolf Eichmann. Ein Beitrag zur Liste seiner Verbrechen, in: Zachodnia Agencja Prasowa (Warszawa), Informationsbulletin Nr. 4, Apr. 1961, S. 6–17.
- Bauman, Zygmunt, Modernity and the Holocaust, Ithaca 1989.
- Bennathan, Esra, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Tübingen 1966, S. 87–131.
- Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938–1945 (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 9), hrsg. von Susanne Heim, Götz Aly, Berlin 1991.
- Biehl, Max, Slowakei. Ein neuer Staat richtet sich ein, in: Wirtschaftsdienst 24 (1939), S. 1024–1027.
- Biehl, Max, Slowakei. Einrichtung im eigenen Staat, in: Wirtschaftsdienst 25 (1940), S. 750–751.
- Biehl, Max, Ausgangspunkte des deutschen Aufbauwerkes im Generalgouvernement, in: Wirtschaftsdienst 26 (1941), Heft 1, S. 18–19.

- Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Bd. 12, Warszawa 1960.
- Biuletyn Głównej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Bd. 13, Warszawa 1960.
- Block, Herbert, Industrial Concentration versus Small Business. The Trend of Nazi Policy, in: Social Research 10 (1943), S. 155–199.
- Boberach, Heinz (Hrsg.), Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938 bis 1945, Bd. 2, Herrsching 1984.
- Bochdam, Erika siehe Löptien-Bochdam, Erika
- Bock, Gisela, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986.
- Boesler, Felix, Sozialetat und soziale Belastung, Berlin 1931.
- Boesler, Felix, Öffentlicher Aufwand bevölkerungspolitischer Art, in: Hans Harmsen, Franz Lohse (Hrsg.), Bevölkerungsfragen. Bericht des Internationalen Kongresses für Bevölkerungswissenschaft, Berlin, 26. August – 1. September 1935, München 1936, S. 764–771.
- Botz, Gerhard, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik, Wien 1975.
- Bräuning, Rudolf, Die Landwirtschaft im Generalgouvernement auf der Schwelle einer neuen Zeit, in: Die Burg 4 (1943), Heft 1, S. 10–15.
- Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin, hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR, Berlin 1968.
- Brechtken, Magnus, »Madagaskar für die Juden«. Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1987.
- Brinkmann, Carl, Gesundung der bäuerlichen Verhältnisse und Siedlerreserve in Nordbaden, in: Raumforschung und Raumordnung, 4 (1940), Heft 3/4, S. 185–186.
- Brinkmann, Carl, Das Problem der agraren Überbevölkerung in Europa, in: Arbeitstagung des Forschungsdienstes Dresden, Oktober 1942 (= Agrarpolitik Betriebslehre, Aktuelle Probleme, Sonderheft 18), Neudamm 1943, S. 57–104.
- Broszat, Martin, Jacobsen, Hans-Adolf, Krausnick, Helmut, Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung (= Anatomie des SS-Staates, Bd. 2), Olten 1965.
- Broszat, Martin, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961.

- Broszat, Martin, Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Merkur 39 (1985), S. 373–385.
- Browning, Christopher R., Vernichtung und Arbeit, in: konkret, 32 (1989), Heft 12, S. 64–69.
- Browning, Christopher R., *Fateful Months. Essays on the Emergence of the Final Solution*, New York 1985.
- Brustin-Berenstein, Tatiana, Die Jüdische Soziale Selbsthilfe, in: Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 8), Berlin 1990, S. 156–183.
- Buchheim, Hans, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 1, München 1958, S. 239–279.
- Buell, Raymond Leslie, *Poland: Key to Europe*, New York 1939.
- Burgdörfer, Friedrich, Die Juden in Deutschland und in der Welt. Ein statistischer Beitrag zur biologischen, beruflichen und sozialen Struktur des Judentums in Deutschland, in: Forschungen zur Judenfrage, Bd. 3, Hamburg 1938, S. 152–198.
- Burleigh, Michael, *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988.
- Busch, Wilhelm, *Raumordnung durch landwirtschaftliche Umsiedlung in der Rheinprovinz*, Leipzig 1943.
- Christaller, Walter, *Die zentralen Orte in Süddeutschland. Eine ökonomisch-geographische Untersuchung über die Gesetzmäßigkeit der Verbreitung und Entwicklung der Siedlungen mit städtischen Funktionen*, Jena 1933 (engl. Fassung: New York 1966; dt. Neuausg.: Darmstadt 1968).
- Christaller, Walter, *Die zentralen Orte in den Ostgebieten und ihre Kultur- und Marktbereiche* (= Struktur und Gestaltung der Zentralen Orte des Deutschen Ostens, Gemeinschaftswerk im Auftrage der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, Bd. 1), Leipzig 1941.
- Christiansen, Walter, Slowakei. Außenhandelsbilanz 1940. Aufgaben der Agrarpolitik, in: Wirtschaftsdienst 26 (1941), Heft 34, S. 669.
- Coblitz, Wilhelm, Das Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau, in: Der Deutsche im Osten 4 (1941), Heft 2, S. 89–91.
- Cohn, Selig Sigmund, *Die Theorie des Bevölkerungsoptimums, rechts- und staatswissenschaftliche Diss.*, Marburg 1934.
- Conquest, Robert, *Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933*, München 1988.
- Conze, Werner, Die ländliche Überbevölkerung in Polen, in: Arbeiten des

- XIV. Internationalen Soziologen-Kongresses București, Mitteilungen, Abteilung B – Das Dorf, Bd. 1 (= D. Gusti (Hrsg.), Schriften zur Soziologie, Ethik und Politik. Studien und Forschungen Bd. 5), București 1940, S. 40–48.
- Conze, Werner, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 319–338.
- Czech, Danuta, Das Kalendarium von Auschwitz, Reinbek 1989.
- Dallin, Alexander, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958.
- Documenta Occupationis Teutonicae, Bd. 4, Poznan 1949.
- Documenta Occupationis Teutonicae, Bd. 6, Poznan 1983.
- Döblin, Alfred, Reise nach Polen, München 1987.
- Dokumenty i materiały do dziejów okupacji Niemieckiej w Polsce, Bd. 3, Warszawa 1946.
- Donner, Otto, Die deutsche Kriegswirtschaft, in: Nauticus 27 (1944), S. 397–431.
- Eichholtz, Dietrich, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939 bis 1945, Bd. 1, Berlin 1984.
- Eichholtz, Dietrich, Die Richtlinien Görings für die Wirtschaftspolitik auf dem besetzten sowjetischen Territorium vom 8. November 1941, in: Bulletin des Arbeitskreises »Zweiter Weltkrieg«, Nr. 1–2 (1977), S. 73–111.
- Eichmann, Adolf, Ich, Adolf Eichmann. Ein historischer Zeugenbericht, Leoni 1980.
- Ein Jahr Aufbauarbeit im Distrikt Krakau, Krakau 1940.
- Eisenblätter, Gerhard, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement. 1939–1945, phil. Diss., Frankfurt a.M. 1969.
- Emmerich, Walter, Die Wirtschaft des Generalgouvernements, in: Danziger Wirtschaftszeitung 22 (1942), Heft 11, S. 244–248.
- Emmerich, Walter, Meinhold, Helmut, Die Aufgaben der Sektion Wirtschaft im Institut für Deutsche Ostarbeit, in: Deutsche Forschung im Osten 1 (1941), Heft 4, S. 39–43.
- Die Entjudung der Wirtschaft in der Ostmark. Ausstellung der Vermögensverkehrsstelle im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wien o. J (1940).
- Faschismus, Getto, Massenmord, hrsg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau, bearbeitet und eingeleitet von Tatiana Berenstein u.a., Berlin



- 1960.
- Feilchenfeld, Werner, Michaelis, Dolf, Pinner, Ludwig, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939, Tübingen 1972.
- Ferenc, Tone, Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik in Slowenien 1941–1945, Maribor 1980.
- Fliethmann, Elfriede, Vorläufiger Bericht über anthropologische Aufnahmen an Judenfamilien in Tarnów, in: Deutsche Forschung im Osten 2 (1942), Heft 3, S. 92–111.
- Frangéš, Otto von, Die Bevölkerungsdichte als Triebkraft der Wirtschaftspolitik der südosteuropäischen Bauernstaaten (= Kieler Vorträge, Bd. 59), Jena 1939.
- Frangéš, Otto von, Die Donaustaaten Südosteuropas und der deutsche Großwirtschaftsraum, in: Weltwirtschaftliches Archiv 53 (1941), S. 284–320.
- Frank-Tgb. Siehe Präg u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975).
- Freytag, Carl, Linkes Profilierungselend und linke Streitkultur. Zu einer Attacke auf Alfred Sohn-Rethel, in: Freibeuter 12 (1990), Heft 44, S. 14–23.
- Friedlander, Henry, Jüdische Anstaltspatienten in Deutschland, in: Götz Aly (Hrsg.), Aktion T4 1939–1945. Die »Euthanasie«-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, 2. Aufl., Berlin 1989, S. 34–44.
- Fröhlich, Elke (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Teil 1: Aufzeichnungen 1924–1941, München 1987.
- Funk, Walther u.a., Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Berlin 1942.
- Gater, Rudolf, Wittich, Rudolf, Gerlach, Fritz, Der Einheitskostenplan für Industriebetriebe im Generalgouvernement. Leitfaden für die Einführung eines geordneten Rechnungswesens, Berlin 1942.
- Gater, Rudolf, Warum arbeitet die Industrie im GG so teuer?, in: Die wirtschaftliche Leistung 1 (1942), Heft 5, S. 138–141.
- Goguel, Rudi, Über die Mitwirkung deutscher Wissenschaftler am Okkupationsregime in Polen im 2. Weltkrieg. Untersucht an 3 Institutionen der deutschen Ostforschung, phil. Diss., Humboldt-Universität, Berlin 1964.
- Goshen, Seev, Eichmann und die Nisko-Aktion im November 1939, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1981), S. 74–96.
- Gottong, Heinrich, Die Juden im Generalgouvernement, in: Das Vorfeld 1 (1940), 3. Folge, S. 14–20.

- Grabitz, Helge, Scheffler, Wolfgang, Letzte Spuren, Berlin 1988.
- Grau, Wilhelm, Das Institut zur Erforschung der Judenfrage. Vortrag gehalten am 27. März 1941 auf der Arbeitstagung des »Instituts zur Erforschung der Judenfrage« in Frankfurt a.M., Frankfurt a.M. 1941.
- Gross, Hermann, Die Slowakei in der Großraumwirtschaft Europas, in: Nachrichten für Außenhandel vom 18. 1. 1944, Nr. 14, S. 2–3.
- Gross, Hermann, Zur Geschichte der wirtschaftswissenschaftlichen Südosteuropa-Forschung, in: Osteuropa-Wirtschaft 24 (1979), S. 123–130.
- Grünberg, Hans Bernhard von, Die Regionale Frage, in: Neues Bauerntum 36 (1944), Heft 1/2, S. 76–86.
- Günther, A., Einsatz deutscher Großhändler im Generalgouvernement, in: Deutsche Wirtschaftszeitung 39 (1942), Nr. 35/36, S. 469.
- Gutschow, Niels, Stadtplanung im Warthegau 1939–1944, in: Rössler u.a. (Hrsg.), Generalplan Ost (1993), S. 232–258.
- Hamm, Ernst, Grundsätzliches über die Raumordnung im Großdeutschen Reich, in: Reichsverwaltungsblatt 64 [1943], Heft 3/4, S. 23–27.
- Hartmann, Detlef, Völkermord gegen soziale Revolution, in: Autonomie, Neue Folge 7 (1985), Heft 14, S. 217–286.
- Hartmann, Detlef, Dr. Alfred Sohn-Rethel: Ein braunes U-Boot auf Tauchfahrt durch die linke Theorie. Politische Philosophie und Modernisierung des europäischen Großraums, in: konkret 33 (1990), Heft 3, S. 44–48.
- Haupttreuhandstelle Ost. Materialsammlung zum inneren Dienstgebrauch, hrsg. von Hermann Göring, o.O., o.J. [Berlin 1940].
- Hesse, Paul, Zur Frage der Gesundung des schwäbischen Lebensraumes im Zusammenhang mit der Kolonisation der neuen Ostgebiete, in: Raumforschung und Raumordnung, 4 (1940), Heft 3/4, S. 190–192.
- Heiber, Helmut, Der Generalplan Ost, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 6 (1958), S. 281–325.
- Heilmann, Hans Dieter, Döblins Fahrt ins Blaue, in: Götz Aly (Hrsg.), Aktion T4 1939–1945. Die »Euthanasie«-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, 2. Aufl., Berlin 1989, S. 206–212.
- Heim, Susanne, Aly, Götz, Ein Berater der Macht. Helmut Meinhold oder Der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung, Hamburg 1986.
- Helfferich, Emil, 1932–1946. Tatsachen. Ein Beitrag zur Wahrheitsfindung, Jever 1969.
- Hilberg, Raul, Sonderzüge nach Auschwitz, Mainz 1981.

Hilberg, Raul, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982.

Hillgruber, Andreas, Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt a.M. 1965.

Hillgruber, Andreas (Hrsg.), Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler. Vertrauliche Aufzeichnungen über Unterredungen mit Vertretern des Auslandes 1939–1941, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1967.

Hitler, Adolf, Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, eingeleitet von Wilhelm Treue, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955), S. 184–210.

Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgerichtshof. Die gerichtlichen Protokolle, Wien 1947.

Hoffmann, Michael, Die agrarische Überbevölkerung Rußlands, Berlin 1932.

Hoffman, Rudolf, Vom Gauamtsleiter zum Jugenderzieher. Der Werdegang des Dr. Arlt, in: Der Widerstandskämpfer 16 (1968), Nr. 2 (April/Juni), S. 21–22.

IMG siehe Der Prozeß ...

Institut D'Economie Sociale, La Structure Sociale des Campagnes Polonaises (= Questions agraires, Nr. 1), Warschau 1937.

Jäckel, Eberhard, Rohwer, Jürgen (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1985.

Jochmann, Werner (Hrsg.), Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, Hamburg 1980.

Jong, Louis de, Het Koninkrijk der Nederlanden en de tweede wereldoorlog, Bd. 5, s'Gravenhage 1974.

Jong, Louis de, Het Koninkrijk der Nederlanden en de tweede wereldoorlog, Bd. 6, s'Gravenhage 1975.

Jong, Louis de, Het Koninkrijk der Nederlanden en de tweede wereldoorlog, Bd. 7, s'Gravenhage 1976.

Jüdisch Historisches Institut Warschau (Hrsg.), Faschismus, Getto, Massenmord, Berlin 1962.

Jugov, Aron, Die Volkswirtschaft der Sowjetunion und ihre Probleme, Dresden 1929.

Kagan, Georg, Agrarian Regime of Pre-War Poland, in: Journal of Central European Affairs, Nr. 3, Oktober 1943, S. 241–269.

Kárný, Miroslav, Milotová, Jaroslava, Od Neuratha k Heydrichovi, in:

- Sborník Archivních Prací 39 (1989). S. 305–394.
- Kárný, Miroslav u.a., Deutsche Politik im »Protektorat Böhmen und Mähren« unter Reinhard Heydrich 1941–1942. Eine Dokumentation, Berlin 1997.
- Kaul, Friedrich Karl, Nazimordaktion T4. Ein Bericht über die erste industriemäßig durchgeführte Mordaktion des Naziregimes, Berlin 1973.
- Kehrl, Hans, Krisenmanager im Dritten Reich, Düsseldorf 1973.
- Kenrick, Donald, Puxon, Gratton, Sinti und Roma. Die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat, Göttingen 1981.
- Kernbauer, Hans, Weber, Fritz, Österreichs Wirtschaft 1938–1945, in: Emmerich Tálos, Ernst Hanisch, Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988, S. 49–67.
- Kettenacker, Lothar, Hitlers's Final Solution and its Rationalization, in: Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), The policies of Genocide. Jews and Soviet Prisoners of War in Nazi Germany, London 1986, S. 73–96.
- Klain, Barbara, Warschau 1939–1945: Vernichtung durch Planung, in: Rössler u.a. (Hrsg.), Generalplan Ost (1993), S. 294–307.
- Klee, Ernst (Hrsg.), Dokumente zur »Euthanasie«, Frankfurt a.M. 1981.
- Klute, Fritz, Die Beurteilung der Ackernahrung als Voraussetzung der Umsiedlung und Gesundung der bäuerlichen Verhältnisse in Hessen, in: Raumforschung und Raumordnung, 4 (1940), Heft 3/4, S. 192–194.
- Koehl, Robert L., RKFDV. German Resettlement and Population Policy 1939–1945, Cambridge 1957.
- Koenner (später: Kahlich), Dora Maria, Vorläufiger Bericht über rassenkundliche Aufnahmen an Juden, in: Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Rassenforschung 10 (1940), S. 121–126.
- Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR (Hrsg.), SS im Einsatz. Eine Dokumentation über die Verbrechen der SS, Berlin 1957.
- Korherr, Richard, Europäische Wanderungsströme, in: Der Wirtschafts-Ring 14 (1941), Heft 9 (28. 2. 1941), S. 210–213.
- Krausnick, Helmut, Judenverfolgung, in: Martin Broszat, Hans-Adolf Jacobsen, Helmut Krausnick, Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung (= Bd. 2: Anatomie des SS-Staates), Olten 1965, S. 283–448.
- Krausnick, Helmut, Wilhelm, Hans-Heinrich, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981.
- Kubijowytsch, W., Siedlungsgeschichte, Bevölkerungsverteilung und Bevölkerungsbewegung der Ukraine, Berlin 1943.

- Kuchenbäcker, Karl, Änderung der Ordnung der Agrarstruktur im Generalgouvernement, in: Neues Bauerntum 33 (1941), Heft 7, S. 257–262.
- Kudyba, Tadeusz, Die strukturelle Veränderung der polnischen Wirtschaft während der Besatzungszeit, staatswissenschaftliche Diss. (Manuskript), Bonn 1950.
- Kutz, Martin, Kriegserfahrung und Kriegsvorbereitung. Die agrarwirtschaftliche Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges in Deutschland vor dem Hintergrund der Weltkrieg-I-Erfahrung, in: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 32 (1984), S. 59–82, 135–164.
- Lehmann, Joachim, Untersuchungen zur Agrarpolitik und Landwirtschaft im faschistischen Deutschland während des zweiten Weltkrieges (1942–1945), phil. Diss., Rostock 1977.
- Lehmann, Joachim, Faschistische Agrarpolitik im Zweiten Weltkrieg. Zur Konzeption von Herbert Backe, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 28 (1980), S. 948–956.
- Levin, Moshe, Russian Peasants and Soviet Power. A Study of Collectivisation, London 1968.
- Lipinski, Edward, Deflation als Mittel der Konjunkturpolitik in Polen (= Kieler Vorträge, Bd. 42), Jena 1936.
- Lipski, Witold, Die Landwirtschaft in Polen, Warschau 1964.
- Lochner, Louis Paul (Hrsg.), Goebbels Tagebücher aus den Jahren 1942 bis 43, Zürich 1948.
- Löptien-Bochdam, Erika, Das Generalgouvernement in statistischen Angaben, in: Zeitschrift für Erdkunde 10 (1942), Heft 6, S. 388–396.
- Löptien-Bochdam, Erika, Die Handelsbetriebe im ehemaligen Polen, in: Deutsche Forschung im Osten 2 (1942), Heft 1/2, S. 10–20.
- Loesch, Karl C. v., Die Umsiedlungsbewegung in Europa, in: Franz Six (Hrsg.), Jahrbuch der Weltpolitik 1942, Berlin 1942, S. 36–69.
- Longerich, Peter (Hrsg.), Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941–1945, München 1989.
- Madajczyk, Czesław, Faszycacja polityki agrarnej w Polsce w latach 1934–1939, in: Przegląd historyczny, Bd. 45, Heft 1, Warszawa 1954, S. 56–73.
- Madajczyk, Czesław, Generalplan Ost, in: Polish Western Affairs 3 (1962), S. 391–442.
- Madajczyk, Czesław (Hrsg.), Zamojszczyzna – Sonderlaboratorium SS. Zbiór dokumentów polskich i niemieckich z okresu okupacji

- hitlerowskiej, 2 Bde., Warszawa 1977.
- Madajczyk, Czesław, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Berlin 1987.
- Maelicke, Alfred, Zur Veräußerung jüdischer Gewerbebetriebe, in: Wirtschaftsblatt der Industrie- und Handelskammer zu Berlin 36 (1938), Heft 34, S. 1628–1636.
- Maier, Dieter, Die Mitwirkung der Arbeitsverwaltung beim Bau der I. G. Farben Auschwitz, in: Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 8), Berlin 1990, S. 62–136.
- Majer, Diemut, »Fremdvölkische« im Dritten Reich. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard 1981.
- Meinhold, Helmut, Casper, K., Zur Frage des Hafenausbaus in Büsum (Manuskript), Juli 1937.
- Meinhold, Helmut, Franz, M., Ergänzungsbericht 1936/1937 zum Bericht: Die schleswig-holsteinische Schweinemast, ihre Entwicklung und ihre Bedeutung für die deutsche Ernährungswirtschaft (Manuskript), 1938.
- Meinhold, Helmut, Das Generalgouvernement als Transitland, in: Die Burg 2 (1941), Heft 4, S. 24–44.
- Meinhold, Helmut, Die Arbeiterreserven des Generalgouvernements, in: Die Burg 3 (1942), Heft 3, S. 273–291.
- Meinhold, Helmut, Die Betriebsgrößenverhältnisse im polnischen Gewerbe, in: Deutsche Forschung im Osten 2 (1942), Heft 4, S. 129–140.
- Meinhold, Helmut, Die nichtlandwirtschaftliche Überbevölkerung im ehemaligen Polen, in: Ostraumberichte, Neue Folge 1 (1942), S. 127–140.
- Meinhold, Helmut, Marktwirtschaft und zentrale Planwirtschaft, Vortrag gehalten auf der 8. Arbeitstagung der Deutschen Burschenschaften vom 5. bis 8. 1. 1960, in: Die Bedeutung der Wirtschaftspolitik in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West (= Burschenschaftliche Bücherei, Heft 17), Frankfurt a.M. 1960, S. 7–20.
- Meltzer, Ewald, Das Problem der Abkürzung »lebensunwerten« Lebens, Halle 1925.
- Melzer, Rolf, Studien zur Agrarpolitik der faschistischen deutschen Imperialisten in Deutschland im System der Kriegsplanung und Kriegsführung 1933 bis 1941, phil. Diss., Rostock 1966.
- Mendelsohn, Ezra, The Jews of East Central Europe between the World

- Wars, Bloomington 1983.
- Meyer, Konrad, Bodenordnung als volkspolitische Aufgabe und Zielsetzung nationalsozialistischen Ordnungswillens (= Preußische Akademie der Wissenschaften. Vorträge und Schriften, Heft 2), Berlin 1940.
- Meyer, Konrad, Neues Landvolk. Verwirklichung im neuen Osten, in: Neues Bauerntum 33 (1941), Heft 3, S. 93–99.
- Meyer, Konrad, Der Osten als Aufgabe und Verpflichtung des Germanentums, in: Neues Bauerntum 34 (1942), S. 205–208.
- Meyer, Konrad, Großraumprobleme der Agrarpolitik und Betriebslehre, in: Arbeitstagung des Forschungsdienstes. Dresden, Oktober 1942 (= Agrarpolitik-Betriebslehre, Forschungsdienst Sonderheft 18), Neudamm 1943, S. 5–15.
- Mitscherlich, Alexander, Mielke, Fred, Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Frankfurt a.M. 1983.
- Mombert, Paul, Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsgestaltung, Leipzig 1932.
- Mommsen, Hans, Die Realisierung des Utopischen. Die »Endlösung der Judenfrage« im »Dritten Reich«, in: Geschichte und Gesellschaft 9 (1983), S. 381–420.
- Müller, Rolf-Dieter, Industrielle Interessenpolitik im Rahmen des »Generalplans Ost«, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 29 (1981), Heft 1, S. 101–141.
- Müller, Rolf-Dieter, Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 98–189.
- Müller, Rolf-Dieter, Das »Unternehmen Barbarossa« als wirtschaftlicher Raubkrieg, in: Gerd Ueberschär, Wolfram Wette (Hrsg.), »Unternehmen Barbarossa«. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 173–197.
- Müller, Rolf-Dieter, Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegsführung, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5,1, Stuttgart 1988, S. 349–689.
- Müller, Ulrich, Die Entwicklung des Handwerks in den letzten Jahren unter besonderer Berücksichtigung der nationalsozialistischen Handwerkspolitik und Handwerksgesetzgebung, phil. Diss., Berlin 1938.
- Neumann, Franz, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Frankfurt a.M. 1984.
- Nonnenmacher, Hans-Kraft, Die Wirtschaftsstruktur des galizischen Erdölgebietes, in: Deutsche Forschung im Osten 1 (1941), Heft 6, S. 15–



- Oberländer, Theodor, Die Landflucht in Deutschland und ihre Bekämpfung durch agrarpolitische Maßnahmen, rechts- und staatswissenschaftliche Diss., Königsberg 1933.
- Oberländer, Theodor, Die agrarische Überbevölkerung Polens, Berlin 1935.
- Oberländer, Theodor, Die ländliche Bevölkerung in Polen, in: Ostraumberichte 5 (1939), Heft 5, S. 43–67.
- Oberländer, Theodor, Die Bevölkerungsdichte im Generalgouvernement, in: Das Generalgouvernement 1 (1940), Heft 1, S. 47–52.
- Oberländer, Theodor, Von der Front des Volkstumskampfes, in: Neues Bauerntum 32 (1940), S. 127–130.
- Oberländer, Theodor, Grundgedanken zu einer völkischen Sozialpolitik, in: Neues Bauerntum 33 (1941), S. 145–147.
- Oberländer, Theodor, Die agrarische Überbevölkerung Ostmitteleuropas, in: Hermann Aubin, Otto Brunner, Wolfgang Kohte, Johannes Papritz (Hrsg.), Deutsche Ostforschung, Ergebnisse und Aufgaben seit dem Ersten Weltkrieg, Leipzig 1943.
- Oberländer, Theodor, Bayern und sein Flüchtlingsproblem, München 1953.
- Oberländer, Theodor, Das Weltflüchtlingsproblem, Bonn 1959.
- Der Oberländerprozess. Gekürztes Protokoll der Verhandlung vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik, hrsg. vom Ausschuß für Deutsche Einheit, Berlin 1960.
- O.M.G.U.S., Ermittlungen gegen die I. G. Farbenindustrie AG, Nördlingen 1986.
- Pätzold, Kurt (Hrsg.), Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung. Dokumente des faschistischen Antisemitismus, Leipzig 1987.
- Peters, Wolfgang, Soziale Zukunftsperspektiven, in: Donaueuropa 3 (1943), S. 321–327.
- Petzina, Dieter, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968.
- Picker, Henry, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. Hitler, wie er wirklich war, Stuttgart 1976.
- Polanski, Roman, Roman Polanski, München 1984.
- Polen von Polen gesehen, Berlin 1939.
- Das Posener Tagebuch des Anatomen Hermann Voss. Erläutert von Götz Aly, in: Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täterbiographie (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 4), Berlin 1987, S. 15–66.

- Pospieszalski, Karol Marian, Niemiecka lista narodowa w »Kraju Warty« (= Documenta Occupationis Teutonicae, Bd. 4), Poznań 1949.
- Präg, Werner, Jacobmeyer, Wolfgang (Hrsg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen. 1939–1945, Stuttgart 1975.
- Predöhl, Andreas, Stabilisierung und Weltwirtschaft, in: Europäische Großraumwirtschaft, Vorträge gehalten auf der Tagung zu Weimar vom 9.–11. Oktober 1941, Leipzig o.J., S. 155–175.
- Presser, Jacob, Ondergang. De Vervolging en verdelging van het Nederlandse jodendom 1940–1945, s'Gravenhage 1974.
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946, Nürnberg 1947.
- Radandt, Hans, Die Interessen der I. G. Farbenindustrie AG in Bulgarien bis 1944, in: 1999 3 (1988), Heft 4, S. 10–30.
- Radt, Jenny, Die Juden in Polen, Berlin 1935.
- Rafelsberger, Walter, Die wirtschaftliche Eingliederung der Ostmark in den großdeutschen Raum, in: Raumforschung und Raumordnung 2 [1938], S. 481–487.
- Ratzmann, Hugo, Wesen und Aufgabe der Treuhandstelle Posen. Vortrag, gehalten am 28. Januar 1940 anlässlich der ersten großen nationalsozialistischen Führertagung des Warthegaues in der Gauhauptstadt Posen, Posen 1940.
- Rauschning, Hermann, Gespräche mit Hitler, Zürich 1940.
- Reithinger, Anton, Das europäische Agrarproblem, in: Europäische Revue 10 (1934), Heft 8 (Sonderheft »Der Balkan«), S. 551–554.
- Reithinger, Anton, Das europäische Bevölkerungsproblem, in: Europäische Revue 10 (1934), Heft 9, S. 607–611.
- Reithinger, Anton, Das europäische Außenhandelssystem, in: Europäische Revue 10 (1934), Heft 11, S. 738–741.
- Reitlinger, Gerald, Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945, Berlin 1956.
- Ringelheim, Joan, Verschleppung, Tod und Überleben. Nationalsozialistische Ghettopolitik gegen Frauen und Männer im besetzten Polen, in: Theresa Wobbe (Hrsg.), Nach Osten. Verdeckte Spuren nationalsozialistischer Verbrechen, Frankfurt a.M. 1992, S. 135–160.
- Robert, Georg, Industrielle Rationalisierung im Generalgouvernement, in: Der deutsche Volkswirt 17 (1942/43), Nr. 29/30 vom 17. 4. 1943, S. 870–871.

- Rössler, Mechthild, Die Institutionalisierung einer neuen »Wissenschaft« im Nationalsozialismus: Raumforschung und Raumordnung 1935–1945, in: Geographische Zeitschrift 75 (1987), S. 177–194.
- Rössler, Mechthild, Schleiermacher, Sabine (Hrsg.), Der »Generalplan Ost«. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993.
- Rosenkranz, Herbert, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945, Wien 1978.
- Roth, Karl Heinz, Aly, Götz, Das »Gesetz über die Sterbehilfe bei unheilbar Kranken«. Protokolle der Diskussion über die Legalisierung der nationalsozialistischen Anstaltsmorde in den Jahren 1938–1941, in: Karl Heinz Roth (Hrsg.): Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum »Gesetz über Sterbehilfe«, Berlin 1984, S. 101–179.
- Roth, Karl Heinz, Erster »Generalplan Ost« (April/Mai 1940 von Konrad Meyer), in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik 1 (1985), Heft 4, S. 45–88.
- Roth, Karl Heinz, I. G. Auschwitz. Normalität oder Anomalie eines kapitalistischen Entwicklungssprungs, in: 1999 4 (1989), Heft 4, S. 11–28.
- Sauermann, Heinz, Voraussetzungen und Möglichkeiten der Verlagerung von Industriegebieten aus dem rhein-mainischen Ballungskern in den Osten, in: Raumforschung und Raumordnung 4 (1940), Heft 3/4, S. 195–196.
- Schauroth, Udo von, Aufgaben und Ziele der Reichsplanung, in: Reich, Volksordnung, Lebensraum 5 (1943), S. 92–131.
- Schlaich, Ludwig, Lebensunwert? Kirche und Innere Mission Württembergs im Kampf gegen die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«, Stuttgart 1947.
- Schlotterer, Gustav, Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, in: Die Deutsche Volkswirtschaft 9 (1940), S. 944.
- Schneider, Michael, Das »Unternehmen Barbarossa«. Die verdrängte Erblast von 1941 und die Folgen für das deutsch-sowjetische Verhältnis, Frankfurt a.M. 1989.
- Schramm, Gottfried, Die Ostjuden als soziales Problem des 19. Jahrhunderts, in: Heinz Maus (Hrsg.), Gesellschaft, Recht und Politik, Neuwied 1968, S. 353–380.
- Schubert, Karl, Die Entjudung der ostmärkischen Wirtschaft und die Bemessung des Kaufpreises im Entjudungsverfahren, Diss., Hochschule für Welthandel, Wien 1940.
- Schumann, Wolfgang (Hrsg.), Griff nach Südosteuropa, Berlin 1973.

- Schumann, Wolfgang, Nestler, Ludwig (Hrsg.), Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938 bis 1945). Achtbändige Dokumentenediton, Berlin 1989f.
- Seeliger, Rolf (Hrsg.), Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute, Heft 4, München 1966.
- Segal, Simon, The New Poland and the Jews, New York 1938.
- Seraphim, Peter-Heinz (Hrsg.), Polen und seine Wirtschaft, Königsberg 1937.
- Seraphim, Peter-Heinz, Das Judentum im osteuropäischen Raum, Essen 1938.
- Seraphim, Peter-Heinz, Die Judenfrage im Generalgouvernement als Bevölkerungsproblem, in: Die Burg 1 (1940), Heft 1, S. 56–63.
- Seraphim, Peter-Heinz, Die Wanderungsbewegung des jüdischen Volkes (= Schriften zur Geopolitik, Heft 18), Heidelberg 1940.
- Seraphim, Peter-Heinz, Bevölkerungs- und Wirtschaftsprobleme einer europäischen Gesamtlösung der Judenfrage, in: Weltkampf. Die Judenfrage in Geschichte und Gegenwart 1 (1941), Heft 1/2, S. 43–51.
- Seraphim, Peter-Heinz, Arbeitstagung des Instituts für Deutsche Ostarbeit, in: Weltkampf. Die Judenfrage in Geschichte und Gegenwart 1 (1941), Heft 1/2, S. 177.
- Seraphim, Peter-Heinz, Das Judentum. Seine Rolle und Bedeutung in Vergangenheit und Gegenwart, München 1942.
- Seraphim, Peter-Heinz, Die Wirtschaftsstruktur des Generalgouvernements, Krakau 1941.
- Seton-Watson, Hugh, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918–1941, Paderborn 1948.
- Silberkweit, Raja, Analyse und Kritik der Frage der russischen Agrarüberbevölkerung. Ein Beitrag zu den Problemen der russischen Agrarpolitik, phil. Diss., Leipzig 1934.
- Smith, Bradley F., Peterson, Agnes F. (Hrsg.), Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945, Frankfurt a.M. 1974.
- Sohn-Rethel, Alfred, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt a.M. 1975.
- Sommerfeldt, Josef, 200 Jahre Abwehrkampf gegen das Ostjudentum, in: Deutsche Post aus dem Osten 15 (1943), Heft 2/3, S. 8–13.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.), Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1934–1940 (Sopade), Frankfurt a.M. 1980.
- Stosberg, Hans, Frankfurt aus Stahl und Beton – ein neues Gesicht, Frankfurt a.M. 1961.

Streim, Alfred, Zur Eröffnung des allgemeinen Judenvernichtungsbefehls gegenüber den Einsatzgruppen, in: Eberhard Jäckel, Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung, Frankfurt a.M. 1987, S. 107–119.

Streit, Christian, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Stuttgart 1978.

Szende, Stefan, Der letzte Jude in Polen, Stockholm 1944.

Thalheim, Karl C., Die menschlichen Wanderungen in Krise und Neuaufbau der Weltwirtschaft, Vortrag, gehalten vor der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin am 28. November 1941, in: Nachrichtenblatt der Reichsstelle für das Auswanderungswesen 24 (1942), Heft 10, S. 157–159.

Thalheim, Karl C., Die menschlichen Wanderungen in Krise und Neuaufbau der Weltwirtschaft, Vortrag, gehalten vor der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin am 28. November 1941, in: Nachrichtenblatt der Reichsstelle für das Auswanderungswesen 24 (1942), Heft 11, S. 170–173.

Thalheim, Karl C., Die menschlichen Wanderungen in Krise und Neuaufbau der Weltwirtschaft, Vortrag, gehalten vor der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin am 28. November 1941, in: Nachrichtenblatt der Reichsstelle für das Auswanderungswesen 24 (1942), Heft 12, S. 186–188.

Troschke, Dietrich, Ein Brief aus Galizien, in: Wirtschaftliche Leistung 2 (1943), Heft 3.

Trunk, Isaiah, Lodzser geto, New York 1962.

Umbreit, Hans, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5,1, Stuttgart 1988, S. 3–345.

Ungern-Sternberg, Roderich von, Die Bevölkerungsverhältnisse in Estland, Lettland, Litauen und Polen, Berlin 1939.

VEJ = Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland, hrsg. von Götz Aly, Susanne Heim, Ulrich Herbert, Hans-Dieter Kreikamp, Horst Möller, Dieter Pohl, Hartmut Weber, Bd. 2: Deutsches Reich 1938 – August 1939, bearb. von Susanne Heim, München 2009.

Die Vergangenheit warnt. Dokumente über die Germanisierungspolitik der Naziokkupanten in der Tschechoslowakei, zusammengestellt von Václav Král, Prag 1960.

- Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Wien 1926, Krisis der Weltwirtschaft. Überbevölkerung Westeuropas. Steuerüberwälzung (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 172), München 1926.
- Verschuer Otmar von, Über die Gründung des Instituts, in: Der Erbarzt 9 (1941), S. 91.
- Völker, Volksgruppen und Volksstämme auf dem ehemaligen Gebiet der UDSSR. Geschichte, Verbreitung, Rasse, Bekenntnis, hrsg. vom Reichsführer SS, Rasseamt und Institut für Grenz- und Auslandsstudien, bearbeitet von Gerhard Teich und Heinz Rübel, Leipzig 1942.
- Volkman, Hans Erich, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1, Stuttgart 1979, S. 177–370.
- Volkmer, Gerhard E., Die deutsche Forschung zu Osteuropa und zum osteuropäischen Judentum in den Jahren 1933 bis 1945, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 41, Berlin 1989, S. 109–214.
- Wagner, Hans, Die Überführung jüdischer Betriebe in deutschen Besitz. Unter Berücksichtigung der Verhältnisse in Baden, staats- und wirtschaftswissenschaftliche Diss., Heidelberg 1941.
- Im Warschauer Ghetto. Das Tagebuch des Adam Czerniaków 1939 bis 1942, München 1986.
- Weber, Karl, Litzmannstadt. Geschichte und Probleme eines Wirtschaftszentrums im deutschen Osten (= Kieler Vorträge, Bd. 70), Jena 1943.
- Weinreich, Max, Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany against the Jewish People, New York 1946.
- Weirauch, Lothar, Die Volksgruppen im Generalgouvernement. Der polnische Staat und seine Minderheiten, in: Europäische Revue 18 (1942), S. 245–256.
- Wilhelm, Hans-Heinrich, Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42, phil. Diss., München 1974.
- Wilmowsky, Tilo von, Aufgaben und Ziele des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, in: Wiener Tagung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages am 2. September 1940, Wien 1940, S. 8–16.
- Wingendorf, Rolf, Polen. Volk zwischen Ost und West, Berlin 1939.
- Witt, Cornelius, Überseefirmen versorgen Europa, in: Der freie Außenhandel, Lieferung 79/80, Januar 1944, S. 428–432.
- Wolschke, Joachim, Gröning, Gerd, Regionalistische Freiraumgestaltung als Ausdruck autoritären Gesellschaftsverständnisses? Ein historischer Versuch, in: Kritische Berichte 12 (1984), Heft 1, S. 5–45.

Wunderlich, Erich, Das moderne Polen in politisch-geographischer Betrachtung (auf Grund eigener Reisen) (= Stuttgarter Geographische Studien, Bd. 33/34), Stuttgart 1933.

Zotschew, Todor D., Das Landvolk in Bulgarien, in: Neues Bauerntum 35 (1943), S. 229–233.



# Verzeichnis der Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
Abt. B.u.F	Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge
ADAP	Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik
ÄdJ	Ältester der Juden (Lodz)
AIPN	Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej (Warschau)
Anm.	Anmerkung
Aufn.	Aufnahme
AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv (Wien)
AWI	Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront
BArch	Bundesarchiv (Koblenz)
Bl.	Blatt
BU	Betriebsuntersuchung
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAI	Deutsches Auslandsinstitut (Stuttgart)
DC	(Berlin) Document Center
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
Diss.	Dissertation
Dok.	Dokument

DUT (D.U.T.)	Deutsche Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m.b.H.
DVL	Deutsche Volksliste
ebd.	ebenda
E. K.	Eisernes Kreuz
EWZ	Einwandererzentralstelle
GG	Generalgouvernement
GHTO	Grundstücks-Haupttreuhandstelle Ost
Hg.	Herausgeber
HSSPF	Höherer SS- und Polizeiführer
HTO	Haupttreuhandstelle Ost
IDO	Institut für Deutsche Ostarbeit (Krakau)
IfZ	Institut für Zeitgeschichte (München)
I. G. Farben	Interessengemeinschaft Farbenindustrie AG
IMG	Internationaler Militärgerichtshof (Nürnberg), Sitzungsprotokoll und Dokumentenbände
i.V.	in Vertretung
Jg.	Jahrgang
j.W.	jüdischer Wohnbezirk (Warschau)
KdF	NS-Gemeinschaft Kraft durch Freude (Freizeit-, Touristik- und Volksbildungsorganisation der DAF)
KZ (KL)	Konzentrationslager
m.a.W.	mit anderen Worten
m.E.	meines Erachtens
MWT	Mitteleuropäischer Wirtschaftstag

NAW	National Archives Washington
Nbg. Dok.	Dokumente der Prozesse vor dem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg
o.D.	ohne Datum
o.g.	oben genannt
o.J.	ohne Erscheinungsjahr
OKV	Oberkriegsverwaltungsrat
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
O.M.G.U.S.	Office of Military Government of the United States (amerikanische Militärregierung in Deutschland)
o.O.	ohne Erscheinungsort
OT	Organisation Todt
PA	Personalakte
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (Berlin)
R	Bestände von Reichsbehörden im BArch
RAD	Reichsarbeitsdienst
RAG	Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung
Rep.	Repositorium
RFSS	Reichsführer SS (Heinrich Himmler)
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RKF (RKFDV)	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RKO	Reichskommissariat Ostland
RKTL	Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft  Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (heute:

RKW	Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (heute: Rationalisierungskuratorium der deutschen Wirtschaft)
RM	Reichsmark
RMBLIV.	Ministerial-Blatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern
RMDI	Reichsministerium des Innern
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RUSHA	Rasse- und Siedlungshauptamt der SS
SD	Sicherheitsdienst
SOEG	Südosteuropa-Gesellschaft
Sp.	Spalte
SS	Schutzstaffel
SS-HO	SS-Ordner im Berlin Document Center
StA	Staatsarchiv
Tgb.	Tagebuch
UWZ	Umwandererzentralstelle
VDA	Verband der Deutschen im Ausland
VFZG	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
v.H.	von Hundert
VJP	Vierjahresplan, Vierjahresplanbehörde
VoMi	Volksdeutsche Mittelstelle
Vowi	Volkswirtschaftliche Abteilung der I. G. Farben
WBK	Wehrbezirkskommando
WiRü	Wirtschaftsrüstungsamt
YIVO	Yiddish Scientific Institute (New York)

Z	Bestände der Besatzungszonen im BA
z.b.V.	zur besonderen Verwendung
zit.	zitiert
ZSg	Zeitgeschichtliche Sammlung im BA
ZSTAP	Zentrales Staatsarchiv (Potsdam) (heute BArch)



# Fußnoten

- [1](#) Die erste Ausgabe dieses Buches erschien 1991 bei Hoffmann und Campe in Hamburg und zwei Jahre später als Fischer Taschenbuch. Für die Neuauflage haben wir das Manuskript leicht überarbeitet. Nähere Angaben dazu finden sich im Nachwort S. 475–484.
- [2](#) Rauschning, Gespräche mit Hitler (1940), S. 122.
- [3](#) Neumann, Behemoth (1984). Das Buch erschien zuerst 1942 bei Oxford University Press, in erweiterter Form 1944.
- [4](#) So jedenfalls der Titel der 1973 veröffentlichten Lebenserinnerungen von Hans Kehr, dem Chef der Planungsabteilung zunächst in Görings Vierjahresplanbehörde, dann im Rüstungsministerium Speers.
- [5](#) Vermerk über die Äußerungen des Reichsführers-SS am 14. 8. 1942 nach seiner Fahrt nach Kiew; zit. nach Ackermann, Himmler (1970), S. 273.
- [6](#) So ist dort zum Beispiel von dem monatelang innenpolitisch brisanten Thema der »Euthanasie-Aktion« nie die Rede. Ähnliches gilt weitgehend für den Mord an den europäischen Juden. Denn dies sei, wie Himmler sich ausdrückte, »ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte«.
- [7](#) Broszat, Plädoyer für eine Historisierung (1985).
- [8](#) Wie Anm. 9.
- [9](#) Besprechung im Reichsluftfahrtministerium vom 14. 10. 1938; abgedruckt in: IMG, Bd. 27 (1947), S. 163.
- [10](#) Soweit nicht anders angegeben, sind die folgenden Zitate aus dem Dokument 1816-PS des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses entnommen. Es handelt sich dabei um eine in einzelnen Teilen unvollständige stenographische Mitschrift der Sitzung vom 12. 11. 1938. Abgedruckt in: IMG, Bd. 28 (1947), S. 499–540.
- [11](#) Die »Arisierungspolitik hatte vor allem die Funktion, die ökonomische Position des nichtjüdischen Mittelstands zu verbessern, indem sie ihn von der Konkurrenz befreite«. Bennathan, Demographische Struktur der Juden (1966), S. 125, 131.
- [12](#) Die Umschichtung in der deutschen Wirtschaft, in: Politiken vom 28. 10. 1938; Jahrbuch des deutschen Handwerks 1938/39, Berlin 1939, S. 16 (Dort wird der Rückgang des Gesamtbestands der Handwerksbetriebe für 1938 mit 11 Prozent angegeben, ein »zahlenmäßiger Verlust, der aber im Ganzen als leistungsmäßiger Gewinn zu buchen« sei.); Müller, Entwicklung des Handwerks (1938); Block, Industrial Concentration (1943).
- [13](#) Göring damals in einem Telefongespräch mit dem Wiener Gauleiter Odilo Globocnik: »Ich habe da noch vergessen: Fischböck! Fischböck muss also Handel und Wirtschaft bekommen. – Globocnik: Selbstverständlich, das ist doch ganz klar!« Die Mitschrift des Telefonats findet sich abgedruckt in:



Hochverratsprozess gegen Dr. Guido Schmidt (1947), S. 461.

**14** Die Säuberung des Berliner Einzelhandels, in: Wirtschaftsblatt der Industrie- und Handelskammer zu Berlin 36 (1938), Heft 32/33, S. 1611.

**15** RGBL. 1938/1, S. 1642.

**16** Fernschreiben des SD-Hauptamts Berlin an Stahlecker in Wien vom 11. 11. 1938; BArch, R 58/486, Bl. 28. In dem Schreiben wird im Auftrag Heydrichs verlangt, Eichmann »sofort nach Berlin in Marsch zu setzen«, damit er am nächsten Tag an einer größeren Besprechung über die »künftig einzuschlagende Generallinie« gegenüber der jüdischen Bevölkerung teilnehme. Eichmann sollte dort seine Erfahrungen »zur praktischen Durchführung« mitteilen.

**17** Es handelt sich um den Reichskommissar zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Josef Bürckel (siehe S. 31).

**18** Krausnick, Judenverfolgung (1965), S. 343.

**19** Der Stadtpräsident der Reichshauptstadt Berlin, Sonderbericht über die Entjudung des Einzelhandels in Berlin, Berichterstatte: Regierungsrat Dr. Ernst Schaar; BArch, R 7/2170, Bl. 56–76. Nach einem Bericht des Berliner Lokalanzeigers vom 25. 1. 1939 hatten nicht nur zwei Drittel, sondern mehr als fünf Sechstel der Einzelhandelsgeschäfte jüdischer Eigentümer »zu bestehen aufgehört«, von 3750 blieben 600 übrig, die anderen waren »infolge eines fehlenden Bedürfnisses geschlossen worden«. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Deutschlandberichte (1938), S. 1178f.; (1939), S. 208ff.

**20** Wagner, Überführung jüdischer Betriebe in deutschen Besitz (1941), S. 237f.; Bennathan, Demographische Struktur der Juden (1966), S. 131.

**21** Nieuwe Rotterdamsche Courant Nr. 538 vom 15. 11. 1938.

**22** Boberach (Hrsg.), Lageberichte des Sicherheitsdienstes (1984), S. 20, 26.

**23** Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938, verfasst von Emil Schumburg am 25. 1. 1939, abgedruckt in: Akten zur Auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 5 (1953), S. 781.

**24** Katalog zur Ausstellung »Die Entjudung der Wirtschaft in der Ostmark«, o.J., S. 3. Die Ausstellung fand im Juli/August 1939 statt, sie stand einem »interessierten und ausgewählten Kreis von Volksgenossen« offen. Dazu auch: Bericht des Reichskommissars für die Privatwirtschaft (d.i. eine Nachfolgeinstitution der Vermögensverkehrsstelle) Walter Rafelsberger an Goebbels vom 6. 11. 1939; YIVO, OccE 6a-1.

**25** Kernbauer, Weber, Österreichs Wirtschaft 1938–1945 (1988), S. 49.

**26** Wien, wie es exportiert und importiert, Zeitungsartikel o.D.; BArch, R 104/D/1–44.

**27** Schreiben Gaters an Oberregierungsrat Rudolf Kratz vom 24. 6. 1938; AVA, RK/Karton 38. Kratz schaltete später noch den nachmaligen Bundeswirtschaftsminister und Bundeskanzler Ludwig Erhard in die Rationalisierung der österreichischen Wirtschaft ein, und zwar »unter der Kommandostelle des Gauleiters«; Erhard sagte »die Mitarbeit gern zu«. (Vgl. »Besprechung mit Herrn Dr. Ehrhardt (!) vom Institut für Wirtschaftsbeobachtung der deutschen Fertigware, Nürnberg« mit Kratz Anfang Dezember 1938; ebd., Karton 84.)

**28** Vorschläge für die Arisierung der Schuh Einzelhandelsgeschäfte vom 24. 6. 1938; abgedruckt in: VEJ, Bd. 2 (2009), S. 182–184, Dok. 49.

- [29](#) AVA, RK/Karton 84. Dieser Aktenbestand enthält auch den umfangreichen »Bericht über die Arbeiten des RKW – Dienststelle Österreich« vom November 1938. Eine Vielzahl von Einzelberichten des RKW findet sich im Archiv der Kammer für gewerbliche Wirtschaft für Wien, Pakete 2528/1 u. 2.
- [30](#) RKW, Dienststelle Österreich, BU-Erhebungsbogen; AVA, RK/Karton 84/2205/2.
- [31](#) Schubert, Entjudung der ostmärkischen Wirtschaft (1940); Der Staatskommissar für die Privatwirtschaft (Hrsg.), Bericht über die Entjudung in der Ostmark (Stichtag: 1. 2. 1939). Der Bericht findet sich unter der Signatur II 32693 in der Bibliothek der Handelskammer Wien.
- [32](#) Zur Südosteuropa-Gesellschaft siehe S. 312f. in diesem Buch.
- [33](#) Bericht über die Entjudung in der Ostmark, S. 13, 17 (wie Anm. 24). Auf einer Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung vertrat Rafelsberger sein Konzept im Herbst 1938 in Graz. Rafelsberger, Wirtschaftliche Eingliederung der Ostmark (1938).
- [34](#) AVA, RK/Karton 84.
- [35](#) Zweite und dritte Ergänzung »zu den Vorschlägen über eine wirkungsvolle Entjudung«, verfasst von Walter Rafelsberger am 22. und 27. 10. 1938; AVA, RK/Karton 47, abgedruckt in: VEJ, Bd. 2 (2009), S. 111, Dok. 16; Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, 1978, S. 208ff.; Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien (1975), S. 89ff.
- [36](#) Briefe von Rafelsberger und Neubacher an Göring bzw. Funk; AVA, RK/Karton 74. Die Formulierungen Rafelsbergers finden sich später im Protokoll der Wannseekonferenz wieder.
- [37](#) Aktenvermerk der Generalbaudirektion für Straßenwesen vom 13. 3. 1939; ZSTAP (heute: BArch), 46.01/1200, Bl. 321–323.
- [38](#) Bericht über die Entjudung in der Ostmark, S. 10 (wie Anm. 24).
- [39](#) Gemeint ist Überbesetzung, beide Begriffe wurden häufig synonym verwandt.
- [40](#) Bericht über die Entjudung in der Ostmark, S. 21 (wie Anm. 24).
- [41](#) Einige Ergebnisprotokolle der Beiratssitzungen finden sich im AVA, RK/Karton 47 und 74.
- [42](#) Brief des stellvertretenden Höheren SS- und Polizeiführers in den Niederlanden Friedrich Knolle an seinen Chef Wilhelm Harster vom Dezember 1940; zit. nach de Jong, Wereldoorlog, Bd. 5 (1974), S. 100.
- [43](#) Niederschrift über die Sitzung des interministeriellen Ausschusses über Fragen der Kapitalbeteiligung am 23. 9. 1941 im Reichswirtschaftsministerium; PAAA, Inland IIg/219.
- [44](#) Eichholtz, Kriegswirtschaft 1 (1984), S. 374.
- [45](#) Wie Anm. 36.
- [46](#) Bericht des Reichswirtschaftsministeriums für den interministeriellen Ausschuss vom September 1941; zit. nach Eichholtz, Kriegswirtschaft 1 (1984), S. 375f.
- [47](#) Ebd., S. 375.
- [48](#) De Jong, Wereldoorlog, Bd. 7 (1976), S. 419.
- [49](#) Ebd., S. 430.

- [50](#) Presser, *Ondergang*, Bd. 2 (1974), S. 205.
- [51](#) De Jong, *Wereldoorlog*, Bd. 6 (1975), S. 41.
- [52](#) Ebd., Bd. 6 (1975), S. 263.
- [53](#) Ebd., Bd. 5 (1974), S. 602f.
- [54](#) Den (ersten) Vierjahresplan verkündete Hitler zwei Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler am 1. 2. 1933. Üblicherweise wird mit diesem Begriff jedoch der zweite Vierjahresplan bezeichnet, den Hitler am 18. Oktober 1936 auf dem Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg bekanntgab. Er ernannte Göring zum Beauftragten für den Vierjahresplan, der sich zu diesem Zweck ein kleines Amt schuf, die Vierjahresplanbehörde, kurz auch Vierjahresplan oder VJP genannt.
- [55](#) Vortrag von Erich Neumann vor der Verwaltungsakademie Berlin am 29. 4. 1941; zit. nach Eichholtz, *Kriegswirtschaft 1* (1984), S. 37.
- [56](#) Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936, eingeleitet von Wilhelm Treue (1955).
- [57](#) Donner, *Deutsche Kriegswirtschaft* (1944), S. 402f.
- [58](#) Eichholtz, *Kriegswirtschaft 1* (1984), S. 42.
- [59](#) IMG, Bd. 28 (1947), S. 506.
- [60](#) Wie Anm. 50.
- [61](#) Otto Donner, *Der Vierjahresplan*. Vortrag vor der Verwaltungsakademie Berlin am 29. 4. 1941; Geheimes Staatsarchiv Berlin, Rep. 90 M/36, Bl. 29, 34.
- [62](#) Protokoll der Sitzung bei Göring vom 7. 11. 1941 (Dr. Ritter); BArch, R 25/99.
- [63](#) Carl Rachor in einem Brief an Robert Hallwachs vom 16. 5. 1955; Geheimes Staatsarchiv Berlin, Rep. 90/2472.
- [64](#) BArch, DC Max Bergbohm.
- [65](#) Vermerk über die Besprechung wegen Überwachung der Haltung der in den Ostgebieten eingesetzten Reichsdeutschen. Die Besprechung fand am 5. 8. 1943 im Ostministerium statt unter Vorsitz von Gauleiter Alfred Meyer und unter Beteiligung der »interessierten Ressorts und Stellen des Hauses« – darunter Gramsch; Historisches Zentralarchiv Riga, P-1018c/1/86, Bl. 14.
- [66](#) Otto Donner, *Der Vierjahresplan*. Vortrag vor der Verwaltungsakademie Berlin am 29. 4. 1941; wie Anm. 54.
- [67](#) Ebd., Bl. 46f.
- [68](#) Mitteilung Görings vom 7. 12. 1939 über die Erweiterung des Generalrats für den Vierjahresplan; ZSTAP (heute: BArch), RMEL/941, Bl. 86; dazu auch Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich* (1968), S. 134ff.
- [69](#) Ein Konflikt, der sich exemplarisch an dem Verhältnis zwischen dem Reichsernährungsminister Walther Darré und seinem Staatssekretär Herbert Backe ablesen lässt (BArch, DC Herbert Backe, Walther Darré, Hans Joachim Riecke; BArch, Nachlässe Walther Darré, Herbert Backe). Der Konflikt findet sich ähnlich, wenn auch nicht so scharf ausgeprägt, im Verhältnis zwischen dem Reichsarbeitsminister Franz Seldte und seinem Staatssekretär Friedrich Syrup.

- [70](#) Ein Staatssekretär der Kriegswirtschaft, in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 2. 10. 1941.
- [71](#) Staatssekretär im Vierjahresplan und in der Kriegswirtschaft. Zum 50. Geburtstag von Staatssekretär Körner, in: Der Vierjahresplan vom 15. 9. 1943.
- [72](#) Angeregt hatte dies der Ministerialrat im Vierjahresplan Normann bei einer interministeriellen Besprechung am 8. 1. 1941. Normann schlug vor, »die Juden völlig aus dem deutschen Arbeitsrecht herauszunehmen und einer erschöpfenden Regelung zu unterstellen, die man etwa als ›Judentarif‹ bezeichnen könnte«. Pätzold (Hrsg.), Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung (1987), S. 280. Hans-Henning von Normann, in der Vierjahresplanbehörde unter anderem zuständig für »Judensachen«, wurde später Bundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht.
- [73](#) Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (1982), S. 652.
- [74](#) Neumann, Behemoth (1984), S. 565.
- [75](#) Personalnotizen, in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 24. 10. 1936; Frankfurter Zeitung vom 25. 7. 1938.
- [76](#) Wie. Anm. 17.
- [77](#) RGBL. 1938/I, S. 415f.
- [78](#) Niederschrift über die Sitzung im Reichsministerium des Inneren am 16. 12. 1938 in Angelegenheit der Judenfrage; StA Hamburg, Familienarchiv Krogmann I/C 14 VIII, Bl. 464–473, abgedruckt in: Bevölkerungsstruktur und Massenmord (1991), S. 15–21, hier: S. 20. An dieser Sitzung nahmen neben dem Innen- und dem Wirtschaftsminister auch der Finanzminister teil, der Chef der Reichskanzlei, der Polizeipräsident von Berlin, »ferner eine große Anzahl von Gauleitern, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, SS-Gruppenführer Heydrich u.v.a.«. Allein aus Hamburg war der Regierende Bürgermeister mit zwei Begleitern angereist.
- [79](#) IMG, Bd. 31 (1947), S. 230ff.
- [80](#) Zit. nach Faschismus, Getto, Massenmord (1962), Dok. 1.
- [81](#) Präg u.a. (Hrsg.), Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 109–111. An der Besprechung nahmen u.a. Finanzminister von Krosigk, die Staatssekretäre der wichtigsten Ministerien, ferner die Gauleiter der an das Generalgouvernement angrenzenden Gebiete teil. Das Protokoll dieser Krisensitzung (»Karinhall-Besprechung«) ist abgedruckt in: IMG, Bd. 36 (1947), S. 299–307.
- [82](#) Niederschrift über die Besprechung am 1. 4. 1940, Anlage 5 zur Niederschrift der Beauftragten des Rechnungshofs; ZSTAP (heute: BArch), Reichsfinanzministerium/B 6159, Bl. 102; aus anderer Quelle abgedruckt in: Dokumenty i Materiały do dziejów okupacji niemieckiej (1946), S. 167f.
- [83](#) Vermerk Rademachers vom 12. 8. 1940: »Gedanken über die Gründung einer intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa«, PAAA, Inland IIg/177, Bl. 228.
- [84](#) Eichholtz, Kriegswirtschaft 1 (1984), S. 231.
- [85](#) Czech, Kalendarium von Auschwitz (1989), S. 80.
- [86](#) Wirtschaftsstab Ost, Beurteilung der Lage in Stichworten vom 14. 7. 1941; BArch, RW 31/11, Bl. 49f.
- [87](#) BArch, RW 12/189.

- [88](#) Besprechung zwischen Göring, Backe, Riecke und der Wehrmachtsführung; IMG, Bd. 36 (1947), S. 105f.
- [89](#) O.M.G.U.S., Ermittlungen gegen die I. G. Farbenindustrie AG (1986), S. 320f.
- [90](#) Reithinger, Europäisches Außenhandelssystem (1934), S. 738.
- [91](#) Reithinger, Europäisches Bevölkerungsproblem (1934), S. 607.
- [92](#) Reithinger, Europäisches Agrarproblem (1934), S. 553.
- [93](#) Ebd.
- [94](#) Anton Reithinger, Bericht über eine Reise nach Polen im November 1932; ZSTAP (heute: BArch), I. G. Farben/A 622.
- [95](#) Volkswirtschaftliche Abteilung der I. G. Farben, Bericht über Polen (1938); ZSTAP (heute: BArch), I. G. Farben/A 3672.
- [96](#) Buell, Poland (1939). Buell war Präsident der Foreign Policy Association, neben dem Council on Foreign Relations einer der zwei großen außenpolitischen Think Tanks des New Deal.
- [97](#) Institut D'Economie Sociale, Structure Sociale des Campagnes Polonaises (1937) (französische Zusammenfassung einer polnischen Studie); Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen (1948); Kagan, Agrarian Regime of Pre-War Poland (1943), S. 241–269; Lipinski, Deflation als Mittel der Konjunkturpolitik (1936).
- [98](#) Der deutsche Statistiker von Ungern-Sternberg, der über jeden Verdacht erhaben ist, er könne Sympathien für eine radikale Veränderung der Besitzverhältnisse hegen, kritisierte die polnische Landreform als zu begrenzt: Bei einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 25 Mio. Hektar und einer Ackerfläche von 18,6 Mio. Hektar seien nur 2,5 Mio. Hektar in die Agrarreform einbezogen worden. (Ungern-Sternberg, Bevölkerungsverhältnisse in Estland, Lettland, Litauen und Polen (1939), S. 117.)
- [99](#) Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen (1948), S. 137.
- [100](#) Madajczyk beschreibt die enge Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Agrarplanern in den Jahren nach 1934. Ihre gemeinsam entwickelten Konzepte zur Sanierung der polnischen Landwirtschaft sahen u.a. die »Ausdünnung« der galizischen Landwirtschaft vor, eine gesteuerte Industrialisierung sowie Aussiedlung des »Bevölkerungsüberschusses« in die trockenzulegenden Sumpfgebiete Polens. Madajczyk, Faszycacja polityki agrarnej (1954), S. 56–73. (Für den Hinweis danken wir Michael G. Esch.)
- [101](#) 34 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe umfassten nicht mehr als 2 Hektar, weitere 31 Prozent bis zu 5 Hektar Land. Zusammen bewirtschafteten die Betriebe dieser Größenordnung ca. 15 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche. 0,6 Prozent der Betriebe waren größer als 100 Hektar und bewirtschafteten insgesamt 43 Prozent der Agrarfläche. Nach Ansicht von Fachleuten waren damals mindestens 5 Hektar Land notwendig, um eine Bauernfamilie zu ernähren, 15 Hektar galten als das Minimum für einen rentablen Betrieb. Dennoch lebten de facto viele Familien von dem Ertrag ihrer 1 bis 2 Hektar großen Höfe, oder aber sie verdingten sich zusätzlich auf den Feldern der Großgrundbesitzer.
- [102](#) Lipski, Landwirtschaft in Polen (1964), S. 7.
- [103](#) Waren in früheren Jahren bei einem Geburtenüberschuss von 400000 Menschen pro Jahr 900000 emigriert, so wanderten 1937 nur noch 20000 Menschen mehr aus, als aus dem Ausland

zurückkamen. (Polens Agrarreform, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 13. 2. 1937. Die folgenden Zeitungsartikel sind fast alle der Ausschnittsammlung des Bundesarchivs, Bestand »Deutsche Reichsbank« entnommen.)

**104** Buell schreibt, für den polnischen Bauern sei der Verkauf seiner Überschüsse mit einer Art Schuldbewusstsein verbunden, er habe eine »natürliche Aversion gegen die Ausbeutung der Natur im großen Stilk« (S. 203).

**105** Polen von Polen gesehen (1939), S. 73. Das Buch erschien im Auftrag des polnischen Außenministeriums.

**106** Zur Wirtschafts- und Finanzlage Polens, in: Osteuropäische Korrespondenz vom 21. 4. 1926.

**107** Polens Finanzen und Wirtschaft im Zeichen der Amerika-Anleihe, in: Rigasche Rundschau vom 27. 10. 1927.

**108** Ebd. Der »Finanzberater«, der laut Vertrag für die Dauer von drei Jahren weitgehende Kontrolle über die polnische Wirtschaftspolitik ausübte, war Charles S. Dewey, ehemaliger Unterstaatssekretär im US-Finanzministerium. Buell, Poland (1939), S. 127.

**109** Hatte ein Bauer vor dem Ersten Weltkrieg für einen Pflug den Gegenwert von 134 kg Roggen zu bezahlen, so waren es 1937 bereits 273 kg. »10 kg Zucker kosteten (...) vor dem Kriege 46 kg Roggen, heute dagegen 110 kg. Dabei sind noch nicht jene Gebiete berücksichtigt, wo ungünstigere Verkehrsverhältnisse, höhere Transportkosten und beschränkte Absatzmöglichkeiten die Lage der Bauern noch mehr erschweren.« Kattowitzer Zeitung vom 24./25. 12. 1937.

**110** Zu seiner Biographie: Madajczyk, Okkupationspolitik Nazideutschlands (1987), S. 62.

**111** Zit. nach Die Not des polnischen Dorfes, in: Kölnische Zeitung vom 29. 12. 1932.

**112** Buell, Poland (1939), S. 144.

**113** Ebd., S. VI.

**114** Das Industrialisierungsprojekt hieß COP = Centralny Okręg Przemysłowy = Zentrale Industriezone.

**115** Polens Bauernproblem, in: Deutsche Zukunft vom 31. 5. 38; Buell, Poland (1939), S. 161. Im Februar 1939 berichtete die Deutsche Botschaft Warschau, dass das polnische Bevölkerungswachstum für die Jahre 1928 bis einschließlich 1937 4,5 Millionen Menschen betrage, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Industriearbeiter nur um 20000 gestiegen sei. Bericht über die allgemeine Wirtschaftslage in Polen im Jahre 1938; ZSTAP (heute: PAAA), Auswärtiges Amt/68353, Bl. 181f.

**116** Wirtschaftsdienst (Jg. 22) vom 15. 1. 1937.

**117** Nachrichten für Außenhandel (Berlin) vom 25. 8. 1937. Die Volkspartei war aus einem Zusammenschluss der drei »maßgebenden polnischen Bauerngruppen« unter Führung von Wincenty Witos entstanden.

**118** Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen (1948), S. 196.

**119** Der Bund war die 1897 gegründete älteste jüdische Arbeiterpartei in Litauen, Russland und Polen. Nach dem Ersten Weltkrieg war der Bund die mitgliederstärkste politische jüdische Organisation in Polen; er bekämpfte den Zionismus und trat für Gleichberechtigung und kulturelle Autonomie der jüdischen Minderheit ein.

- [120](#) Die Judenfrage wird in Polen akut, in: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 22. 12. 1938.
- [121](#) Wunderlich, Polen in politisch-geographischer Betrachtung (1933), S. 52. Im Jahr 1917 hatte Wunderlich die Herausgabe und Redaktion des offiziellen »Handbuchs von Polen« im Auftrag der deutschen Besatzungsverwaltung besorgt.
- [122](#) Radt, Juden in Polen (1935), S. 22.
- [123](#) Segal, New Poland and the Jews (1938), S. 146.
- [124](#) Mendelsohn, Jews of East Central Europe (1983), S. 28.
- [125](#) Rundfunkrede von Oberst Zygmunt Wenda, Stabschef des »Lagers der Nationalen Einheit«; zit. nach: Polen erstrebt Massenabwanderung der Juden, in: Berliner Börsen-Zeitung vom 22. 12. 1938.
- [126](#) Mendelsohn, Jews of East Central Europe (1983), S. 75.
- [127](#) Die Judenfrage in Polen, in: Neue Freie Presse Wien vom 14. 1. 1938.
- [128](#) Die polnische Innenpolitik, in: Danziger Neueste Nachrichten vom 17. 2. 1939; Segal, New Poland and the Jews (1938).
- [129](#) Die Judenfrage in Polen, in: Neue Freie Presse Wien vom 14. 1. 1938.
- [130](#) Buell, Poland (1939), S. 303.
- [131](#) Mendelsohn, Jews of East Central Europe (1983), S. 74. Die der polnischen Presse entnommenen Zahlen beurteilt Mendelsohn als »wahrscheinlich viel zu niedrig«.
- [132](#) Brechtken, Madagaskar für die Juden (1987), S. 88. Gerichtet wurden solche Forderungen vornehmlich an die britische Regierung mit Verweis darauf, dass auf diese Weise auch die britische Palästina-Politik entlastet würde. Die Emigration der jüdischen Minderheit Polens nach Palästina schien 1936 unmöglich zu werden, nachdem es dort abermals zu – diesmal besonders heftigen – Unruhen der arabischen Bevölkerung gekommen war. Die britische Regierung fürchtete nun einerseits die Ausweitung des Aufstands, andererseits die Hinwendung der arabischen Nationalbewegung zu den Achsenmächten und nahm daher von ihrer Zusage Abstand, jüdische Emigranten aus Polen in Palästina anzusiedeln.
- [133](#) Brechtken, Madagaskar für die Juden (1987), S. 109ff.
- [134](#) Ebd., S. 124f.
- [135](#) Mendelsohn, Jews of East Central Europe (1983), S. 80.
- [136](#) Nach dem Haavara-Abkommen (Ha'avara ist das hebräische Wort für Transfer), das 1933 zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und der Jewish Agency abgeschlossen wurde, zahlten Juden, die aus Deutschland nach Palästina emigrierten, einen Teil ihres Vermögens auf ein Konto bei der Reichsbank. Einen (im Verlauf der Jahre immer geringeren) Teil davon erhielten sie bei ihrer Ankunft in Palästina ausgezahlt, nachdem aus Deutschland für den entsprechenden Betrag Waren nach Palästina exportiert worden waren. Für die Emigranten bestand der Vorteil des Abkommens darin, dass sie ihre Vermögen günstiger als zum offiziellen Devisenkurs transferieren konnten. Der deutsche Fiskus profitierte von der Vereinbarung, weil sie zum einen die jüdische Auswanderung förderte, ohne dass sie knappe Devisen gekostet hätte und zum anderen einen Anreiz dafür schuf, dass die jüdischen Emigranten selbst dafür warben, den Boykott deutscher Waren zu beenden, der zum Schutz der jüdischen Minderheit in Deutschland gedacht war. Feilchenfeld u.a., Haavara-Transfer



nach Palästina (1972).

[137](#) »Mit einem Blankoscheck in der Tasche«, in: Kattowitzer Zeitung vom 4. 4. 1939.

[138](#) Eine Ausnahme ist Alfred Döblins »Reise in Polen« (1987). In dem Buch beschreibt Döblin seine Begegnung mit der jüdischen Welt in Polen im Jahre 1924. Er schildert ohne den sonst verbreiteten westlichen Hochmut die eigene Fremdheit und macht den Versuch, diese Welt aus sich heraus zu verstehen.

[139](#) Wunderlich, Polen in politisch-geographischer Betrachtung (1933), S. 42.

[140](#) Ebd., S. 43.

[141](#) Wingendorf, Polen (1939), S. 91f.

[142](#) Zur Biographie Oberländers: BArch, DC Theodor Oberländer; Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher (1968), S. 292ff.; Der Oberländerprozess (1960).

[143](#) Seraphim (Hrsg.), Polen und seine Wirtschaft (1937), S. 4; ähnlich ders., Wanderungsbewegung des jüdischen Volkes (1940), S. 8.

[144](#) Seraphim (Hrsg.), Polen und seine Wirtschaft (1937), S. 21.

[145](#) Ebd., S. 23.

[146](#) Ebd., S. 35.

[147](#) Oberländer, Überbevölkerung Polens (1935).

[148](#) Zur kritischen Würdigung Seraphims und der deutschen Ostforschung insbesondere: Goguel, Mitwirkung deutscher Wissenschaftler am Okkupationsregime in Polen (1964); Volkmer, Forschung zu Osteuropa (1989), S. 109–214; Burleigh, Germany Turns Eastwards (1988). In allen drei Büchern wird die Rolle untersucht, die die deutsche Ostforschung im Rahmen der nationalsozialistischen Expansionspolitik gegenüber Polen und der Sowjetunion einnahm.

[149](#) Seraphim, Judentum im osteuropäischen Raum (1938).

[150](#) Ebd., S. 129.

[151](#) Ebd., S. 556.

[152](#) Ebd., S. 303.

[153](#) Ebd., S. 291.

[154](#) Ebd., S. 175, 185, 266.

[155](#) Ebd., S. 224.

[156](#) Ebd., S. 287f.

[157](#) Ebd., S. 320.

[158](#) Ebd., S. 354.

[159](#) Ebd., S. 567.

[160](#) Ebd., S. 568.

- 161** Peter-Heinz Seraphim, Polen, das Land der großen Unterschiede, in: Frankfurter Zeitung vom 30. 4. 1939.
- 162** Schramm, Ostjuden als Problem des 19. Jahrhunderts (1968), S. 352. Abendroth gehörte zu den ganz wenigen bundesdeutschen Hochschullehrern, die sich in der Zeit des Kalten Kriegs als aktive Sozialisten verstanden. Er wurde daher 1961 aus der SPD ausgeschlossen und gehörte 1968 zu den Mentoren der Studentenbewegung. Der Baltendeutsche P.-H. Seraphim (1902–1979) lebte damals ebenso wie Abendroth in Marburg und arbeitete am Gottfried-Herder-Institut, wo er allerdings nur seine letzten Berufsjahre verbrachte. In den Jahren zuvor hatte er als Studienleiter und geschäftsführender Direktor der Verwaltungsakademie Industriebezirk in Bochum die Führungskräfte aus dem öffentlichen Dienst und der Wirtschaft des Ruhrgebiets fortgebildet.
- 163** Conze, Überbevölkerung in Polen (1940), S. 40. (Den Hinweis auf diese Arbeit verdanken wir Karl Heinz Roth.)
- 164** Ebd., S. 48.
- 165** Conze, Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas (1953), S. 319–338.
- 166** Wie Anm. 2.
- 167** Brinkmann, Problem der agraren Überbevölkerung (1943), S. 58f. Die Arbeitstagung, auf der dieser Vortrag gehalten wurde, war von Himmlers Berater für Siedlungspolitik, Konrad Meyer, organisiert worden; siehe das folgende Kapitel.
- 168** Ebd., S. 61.
- 169** Oberländer, Überbevölkerung Polens (1935), S. 9.
- 170** Cohn, Theorie des Bevölkerungsoptimums (1934), S. 16ff.
- 171** Die Verwendung mathematischer Formeln erfreute sich unter den Optimumstheoretikern großer Beliebtheit. Noch der banalsten Feststellung verliehen sie damit den Anstrich von Wissenschaftlichkeit und glaubten selbst das »Glücksmaximum und somit das politische Optimum« mathematisch ausdrücken zu können. Laut Gunnar Myrdal lag es dort, »wo das mathematische Produkt aus der Anzahl der Personen und dem durchschnittlichen Glücksniveau sein Maximum erreicht«. Cohn, Theorie des Bevölkerungsoptimums (1934), S. 86.
- 172** Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik, Krisis der Weltwirtschaft (1926), S. 170.
- 173** Mombert, Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsgestaltung (1932), S. 38.
- 174** Ebd., S. 40.
- 175** Helmut Meinhold, Die Aufgaben der Sektion Wirtschaft im Institut für Deutsche Ostarbeit, Manuskript, Januar 1941; BArch, R 52 IV/144, Bl. 41.
- 176** Oberländer, Überbevölkerung Polens (1935), S. 49.
- 177** Helmut Meinhold, Die Industrialisierung des Generalgouvernements (Manuskriptreihe des Instituts für Deutsche Ostarbeit. Nur für den Dienstgebrauch!), Dezember 1941; BArch, R 52 IV/144d, S. 41f.
- 178** Meinhold, Arbeiterreserven des Generalgouvernements (1942), S. 282.
- 179** Ebd., S. 180f.

- [180](#) Meinhold, Überbevölkerung im ehemaligen Polen (1942), S. 132.
- [181](#) Oberländer, Überbevölkerung Polens (1935), S. 51f.
- [182](#) Meinhold, Industrialisierung des Generalgouvernements (1941); BArch, R 52 IV/144d, S. 167.
- [183](#) Ebd., S. 168.
- [184](#) Oberländer, Überbevölkerung Ostmitteleuropa (1943), S. 421f.
- [185](#) Meinhold, Industrialisierung des Generalgouvernements (1941); BArch, R 52 IV/144d, S. 213f.
- [186](#) Nonnenmacher, Wirtschaftsstruktur des galizischen Erdölgebietes (1941), S. 15ff.
- [187](#) Neumann, Behemoth, 1984, S. 190.
- [188](#) Oberländer, Überbevölkerung Ostmitteleuropa (1943), S. 418.
- [189](#) In diesem Zusammenhang ist von Interesse, dass sich das Parteigericht der NSDAP 1937/38 mit dem von studentischer Seite erhobenen Vorwurf einer »bolschewistischen Einstellung« Oberländers auseinandersetzte und den Angegriffenen rehabilitierte. Schriftwechsel aus dem Jahr 1938; BArch, DC Theodor Oberländer.
- [190](#) Demnach war das Land größtenteils nicht in Privatbesitz, sondern gehörte der Dorfgemeinde, die den einzelnen Familien – meist alle fünf Jahre neu – ein Stück Land zur Bebauung zuteilte. Seine Größe richtete sich entweder nach der Anzahl der männlichen Arbeitskräfte oder nach der Zahl der Esser. Wer die Dorfgemeinschaft verließ, verlor sein Recht auf Land.
- [191](#) Die Zahlen differierten je nach Berechnungsgrundlage. So kam auch der im westlichen Ausland angesehene Bevölkerungswissenschaftler Lev J. Lubny-Gerzik zu dem Schluss, dass allein in vier von ihm untersuchten Regionen 14 bis 18 Millionen Menschen überzählig seien. Andere Wissenschaftler gingen demgegenüber von einem Bevölkerungsüberschuss von 7,5 Millionen in der gesamten Sowjetunion aus. L. E. Minc, *Agrarnoe perenasenie i rynek truda v SSSR* (Die agrarische Überbevölkerung und der Arbeitsmarkt in der UdSSR), Moskau/Leningrad 1929; zit. nach Hoffmann, *Überbevölkerung Russlands* (1932), S. 103; Silberkweit, *Analyse und Kritik* (1934); Jugov, *Volkswirtschaft der Sowjetunion* (1929). Jugov verweist darauf, dass »nach den Absichten der Siedlungsverwaltung im Laufe von 10 Jahren 5 Millionen Menschen umgesiedelt werden«. Allerdings stünden dafür nicht genügend Haushaltsmittel zur Verfügung. Jugov selbst hielt die Umsiedlung von 25 bis 30 Millionen Menschen für erforderlich, äußerte aber Zweifel an der praktischen Durchführbarkeit. Letztlich sei eine »allgemeine Industrialisierung und Intensivierung der Volkswirtschaft die einzig radikale und wirklichkeitsnahe Methode« im Kampf gegen das Bevölkerungswachstum. Jedoch würde sie allein selbst bei »amerikanischem Wachstumstempo« kaum ausreichen, um die »Überbevölkerung (zu) absorbieren« (S. 112f.).
- [192](#) Levin, *Russian Peasants and Soviet Power* (1968), S. 507.
- [193](#) Conquest, *Ernte des Todes* (1988), S. 305. Conquest gibt an, dass von einer ukrainischen Bauernbevölkerung zwischen 20 und 25 Millionen ungefähr 5 Millionen verhungerten. Möglicherweise sind diese Zahlen zu hoch. Im Jahr 1943 schätzte ein ukrainischer Autor, dass 2 bis 4 Millionen Menschen in der Ukraine dem Hunger und der Aussiedlung im Rahmen der »Entkulakisierung« zum Opfer gefallen seien. Kubijowytsch, *Siedlungsgeschichte* (1943), S. 80.
- [194](#) Oberländer, Überbevölkerung Ostmitteleuropa (1943), S. 419.
- [195](#) Oberländer, Überbevölkerung Polens (1935), S. 93.

**196** Helmut Meinhold, Die Erweiterung des Generalgouvernements nach Osten. A. Allgemeines (Manuskriptreihe des Instituts für Deutsche Ostarbeit. Nur für den Dienstgebrauch!), Juli 1941; BArch, R 52 IV/144 a, S. 1.

**197** Thalheim, Wanderungen in Krise und Neuaufbau (1942), S. 188.

**198** Ebd., S. 186. Thalheim, 1900 in Reval geboren, war Direktor des Weltwirtschaftsinstituts der Handels-Hochschule Leipzig. Nach dem Krieg baute er das Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin auf und war u.a. Mitglied des Direktoriums des Bundesinstituts zur Erforschung des Marxismus-Leninismus (Institut für Sowjetologie), des Ostkollegs der Bundeszentrale für Heimatdienst, Vorstandsmitglied des Vereins für Sozialpolitik und Mitglied des Forscherkreises im Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen. Thalheim befasste sich nicht nur mit der Mobilität der Bevölkerung, sondern auch mit deren Qualität. In seiner 1941 erschienenen Schrift »Die natürlichen und gesellschaftlichen Grundlagen der Wirtschaft« schrieb er im Kapitel »Die Bevölkerung«: »Der nationalsozialistische Staat weiß aber auch, dass eine Volksvermehrung nur dann wertvoll ist, wenn sie von den erbgesunden Familien getragen ist. Nur diese wird daher gefördert, während die Vermehrung der Erbkranken und der Asozialen (gerade bei den Letzteren war die Kinderzahl früher oft besonders hoch) mit harten, aber für die Zukunft des Volkes notwendigen Mitteln gehemmt wird.«

Thalheim gehörte zu den wenigen deutschen Hochschullehrern, die nach 1945 versuchten, sich mit ihrer Schuld auseinanderzusetzen. Siehe Seeliger (Hrsg.), Braune Universität (1966).

**199** Archiv für Wanderungswesen und Auslandskunde. Studien und Mitteilungen zur Wanderungsbewegung der Kulturvölker und zu ihrer Auswirkung auf Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, vereinigt seit 1940 mit: Deutsche Kultur in der Welt, herausgegeben im Auftrag des Instituts für Auslandskunde und Deutschtum im Ausland von Professor Dr. Hugo Grothe.

**200** Korherr, Europäische Wanderungsströme (1941), S. 210–213.

**201** Loesch, Umsiedlungsbewegung in Europa (1942), S. 36–69. Für seine Huldigung dieses »Umsiedlungswerks« stand Loesch das Geheimmaterial des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums zur Verfügung. Loesch war Direktor des Instituts für Grenz- und Auslandsstudien, dessen Mitarbeiter am Generalplan Ost mitwirkten (siehe S. 396f.).

**202** Gottong, Juden im Generalgouvernement (1940), S. 20. Gottong arbeitete zunächst als Judenreferent in der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge des Generalgouvernements. Unmittelbar vor Erscheinen dieses Aufsatzes hatte er sich mit der Schließung des Warschauer Ghettos beschäftigt; wenige Monate später wurde er Assistent an der Sektion Volkstumsforschung des Instituts für Deutsche Ostarbeit, an dem auch Meinhold und Nonnenmacher beschäftigt waren. Promoviert hatte Gottong bei Hans F. K. Günther und Bruno K. Schultz – zwei führenden Rasse- und Volkstumstheoretikern.

**203** Meyer, Großraumprobleme der Agrarpolitik (1943), S. 5–15.

**204** Zit. nach Buchheim, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars (1958), S. 240.

**205** Himmler über Siedlungsfragen, gelegentlich eines Besuches am 22. 10. 1940 in Madrid; BArch, R 49/20; zit. nach Roth, Generalplan Ost (1985), Dok. 4.

**206** Koehl, RKFDV (1957), S. 45.

**207** Buchheim, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars (1958), S. 275.

**208** Koehl, RKFDV (1957), S. 24.

- 209** Buchheim, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars (1958), S. 276.
- 210** Geheimes Schreiben von Rudolf Creutz an den Höheren SS- und Polizeiführer Danzig-Westpreußen vom 1. 3. 1940; BArch, DC Ulrich Greifelt.
- 211** Ayaß, Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin (1988), S. 43–74.
- 212** Himmler über Siedlungsfragen; wie Anm. 3.
- 213** Greifelt in der Zeitschrift »Siedlung und Wirtschaft«; zit. nach Pressedienst für Wirtschaftsaufbau (Berlin) vom 13. 3. 1944 S. 2.
- 214** Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (1982), S. 284; Monatsbericht der D. U. T. für den Januar 1942; ZSTAP (heute: BArch), 17.02/300, Bl. 2.
- 215** Koehl, RKFDV (1957), S. 84, 236.
- 216** Buchheim, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars (1958), S. 258. Organisatorisch drückte sich das darin aus, dass die Reichsstatthalter bzw. Oberpräsidenten der jeweiligen Gaue zugleich Beauftragte des RKF waren, die jeweiligen Höheren SS- und Polizeiführer aber als ihre Ständigen Vertreter fungierten. Nur im Gau Danzig-Westpreußen und im Generalgouvernement waren die HSSPF selbst unmittelbar Beauftragte des RKF (ebd., S. 249).
- 217** Nach dem Stand vom 1. 8. 1942 gab es Beauftragte des RKF für folgende Regionen: Warthegau, Danzig-Westpreußen, Oberschlesien, Ostpreußen, Generalgouvernement, Steiermark, Kärnten, Lothringen, Luxemburg, Elsass, Tirol-Vorarlberg, Salzburg, Sudetenland, Norwegen, Niederlande, Reichskommissariat Ostland, Südrussland (Kiew) und Frankreich (Buchheim, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars (1958), S. 249f.). Über die Tätigkeit des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums in Slowenien liegt eine ausgezeichnete Regionalstudie vor: Ferenc, Quellen zur nationalsozialistischen Entnationalisierungspolitik (1980).
- 218** Biuletyn Główniej Komisji Badania, Bd. 12 (1960), Dok. 9F.
- 219** Ebd., Dok. 16F.
- 220** Bericht des Höheren SS- und Polizeiführers Warthe vom 18. 12. 1939; ebd., Dok. 23F.
- 221** 1940 erhöhte der RKF die Zahl der Polen und Juden, die für die eingesiedelten Volksdeutschen vertrieben werden sollten (siehe S. 144f.).
- 222** Aus dem »Bericht von Dr. Könekamp – Polenfahrt vom 29. 11. bis 9. 12. 39«; BArch, R 57 neu/31.
- 223** Siehe S. 135f.
- 224** Siehe S. 139f.
- 225** Rajakowitsch war promovierter Jurist, Rechtsanwalt und »alter Kämpfer« in Österreich. »Während des Krieges« war er dem Amt Eichmanns ehrenamtlich »ganztätig zur Verfügung gestellt und wurde zunächst zur Bearbeitung juristischer Fragen bei den Zentralstellen für jüdische Auswanderung in Wien, Prag und Berlin verwendet«. Beim Einmarsch in Polen war er in einer Einsatzgruppe des SD in der Gegend um Krakau dabei; von 1941 bis 1943 bearbeitete er beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei in Den Haag »Judenangelegenheiten«; BArch, DC Erich Rajakowitsch.
- 226** Biuletyn Główniej Komisji Badania, Bd. 12 (1960), Dok. 71F.

- 227** Schreiben Heydrichs an den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Kralsau und an die Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD in Breslau, Posen, Danzig und Königsberg vom 21. 12. 1939; Biuletyn Główniej Komisji Badania, Bd. 12 (1960), Dok. 32F.
- 228** Vermerk des SS-Obersturmführers Franz Abromeit vom 8. 1. 1940; ebd., Dok. 37–39F.
- 229** Gemeint ist hier die elsässische und lothringische Landbevölkerung, die einen französisch-deutschen Dialekt sprach.
- 230** Vermerk über die Besprechung am 4. 8. 1942 über »Richtlinien für die Behandlung von ausgesiedelten Elsässern« zwischen Vertretern des Stabshauptamts des RKF, dem Leiter des Ansiedlungsstabs Straßburg, der Volksdeutschen Mittelstelle, dem RSHA, dem RuS-Hauptamt und der D. U.T.; BArch, DC, Research Günther Stier.
- 231** Besprechung des SS-Gruppenführers von dem Bach mit dem Chef des Rasse- und Siedlungshauptamts der SS am 26. 11. 1939; BArch, DC Friedrich Brehm.
- 232** Brief des Sturmbanners Brehm vom 15. 11. 1940 an einen Kollegen (»Mein lieber Helmut!«); BArch, DC Friedrich Brehm (siehe S. 153ff.).
- 233** Das Aussiedlungstempo Himmlers und des RKF war bereits vor der Besetzung Frankreichs von der Vierjahresplanbehörde abgebremst worden; vor allem unter dem Gesichtspunkt, »dass brauchbare Arbeitskräfte nicht verschwinden«. Sitzung über Ostfragen unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring am 12. 2. 1940 (»Karinhall-Besprechung«); IMG, Bd. 36 (1947), S. 299–307. An der Sitzung nahmen neben v. Krosigk, Himmler, Frank und den Gauleitern der eingegliederten Ostgebiete alle Staatssekretäre des Generalrats des Vierjahresplans teil sowie der Leiter der HTO.
- 234** Brief Brehms vom 3. 11. 1940 an den Leiter der Hauptabteilung Planung und Boden des RKF, Konrad Meyer; BArch, DC Friedrich Brehm.
- 235** Richtlinien für Eindeutschung polnischer Familien des SS-Führers im Rasse- und Siedlungswesen beim Höheren SS- und Polizeiführer Südost; BArch, DC, Research Günther Stier.
- 236** Alte und sieche Personen, die eigentlich »eindeutschungsfähig« waren, galten ausdrücklich »nicht als erwünschter Blutzuwachs«. (BArch, DC, SS-HO/4992) Volksdeutsche waren »grundsätzlich einzubürgern, es sei denn, dass erbbiologische, volkspolitische oder sicherheitspolizeiliche Bedenken bestehen«. (»Zum Entwurf einer Dienstanweisung für die EWZ«, o.D.; BArch, DC, SS-HO/3180–3254.)
- 237** Die »Deutsche Volksliste« in Posen. Bericht über ihre Entstehung und die Entwicklung des Verfahrens, verfasst von Herbert Strickner um die Jahreswende 1942/43, abgedruckt in: Pospieszalski, Niemiecka Lista Narodowa (1949), S. 117; zur Datierung des Berichts ebd., S. 326.
- 238** Aly, Roth, Restlose Erfassung (1984), S. 105–108.
- 239** Niederschrift Himmlers vom 28. 5. 1940, abgedruckt in: VFZG 5 (1957), S. 194–198.
- 240** Ebd.
- 241** Aufzeichnungen Himmlers über die zukünftigen deutschen Bauernsiedlungen vom 24. 6. 1940; zit. nach Ackermann, Himmler (1970), S. 300ff.
- 242** Vermerk über die Äußerungen des Reichsführers SS am 14. 8. 1942 nach seiner Fahrt nach Kiew; zit. nach ebd., S. 273.

- [243](#) Erlass für die Überprüfung und Aussonderung der Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten; Staatsarchiv Katowice, Bodenam/1a, Bl. 53ff.
- [244](#) Die Menschen der Gruppen 1 und 2 der DVL wurden sowohl deutsche Staatsangehörige als auch Reichsbürger, die Gruppe 3 erhielt nur die deutsche Staatsangehörigkeit, aber keinen Reichsbürgerstatus.
- [245](#) Redenotizen Himmlers für einen Vortrag bei der SS- und Polizeiführer-Tagung am 16. 9. 1941 in Hegewald; BArch, NS 19/4009.
- [246](#) Diese Regelungen galten nicht für Juden und »Zigeuner«. Später wurden diese Bevölkerungsgruppen auch formell aus der Kategorie der Schutzangehörigen ausgegrenzt; vgl. z.B. Rundverfügung Nr. 779/42 des Präsidenten des Landesarbeitsamts und Reichstreuhanders der Arbeit in Oberschlesien vom 8. 6. 1942; Staatsarchiv Katowice, Gauarbeitsamt OS/577, Bl. 56.
- [247](#) In Slowenien erklärte der RKF 500000 von insgesamt 800000 Einwohnern zu deutschen Staatsangehörigen auf Widerruf, in Lothringen 500000 von 600000 (Madajczyk, Okkupationspolitik Nazideutschlands (1987), S. 469).
- [248](#) Ngb. Dok., NO-5640/VIII/Rebutt. A.; zit. nach Buchheim, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars (1958), S. 246.
- [249](#) Vermerk vom 7. 5. 1940 »Betr. Planungskarten«; Staatsarchiv Katowice, Bodenam/Id, Bl. 1.
- [250](#) Redenotizen Himmlers zum Vortrag vor den Reichs- und Gauleitern in Berlin am 10. 12. 1940; BArch, NS 19/4007.
- [251](#) Aktenvermerk des Angestellten Schick der Treuhandstelle Kattowitz, Nebenstelle Saybusch, vom 20. Mai 1942; Staatsarchiv Katowice, HTO/9797, Bl. 88.
- [252](#) DAI-Kommission, Bericht Dr. Quiring, Nr. 9, Geheim, Litzmannstadt, den 19. 4. 1940; BArch, R 57neu/15.
- [253](#) Zit. nach Bartoszewski, SS-Obersturmbannführer Karl Adolf Eichmann (1961), S. 13.
- [254](#) Wie Anm. 20.
- [255](#) DAI-Kommission, Bericht Dr. Quiring, Nr. 9, Geheim, Litzmannstadt, den 19. 4. 1940; BArch, R 57neu/15.
- [256](#) Buchheim, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars (1958), S. 259.
- [257](#) Lorenz war außerdem Vorsitzender des Deutschen Auslandswerks und von 1941 an Präsident des Verbands der Deutschen im Ausland (VDA). 1948 wurde er zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt, jedoch im Frühjahr 1955 wieder freigelassen. Er starb 1974.
- [258](#) Koehl, RKFDV (1957), S. 64.
- [259](#) Sandberger war stellvertretender Gruppenleiter im Amt I/E des RSHA. Im Dezember 1941 wurde er zum Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Estland ernannt. Als Leiter des *Einsatzkommandos 1a* der Einsatzgruppe A befahl Sandberger 1942 Erschießungen jüdischer Kinder, Frauen und Männer in der Sowjetunion. Er blieb bis Herbst 1943 Leiter des *Sonderkommandos 1a*. 1948 wurde er in Nürnberg zum Tode verurteilt, 1951 aber begnadigt und freigelassen. Er starb 2010.
- [260](#) BArch, DC Ernst Fähndrich.



[261](#) Geschäftsberichte der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand-Gesellschaft m.b.H. Berlin (D. U. T.) für die Jahre 1940–1943; sie finden sich in der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel.

[262](#) BArch, DC Leo Reichert (Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft des RKF).

[263](#) PAAA, Handakten Luther/Schriftverkehr L-Sch/1940/Bd. 4; ZSTAP (heute: BArch), Film 3890, Aufn. 2443784. Am 10. 12. 1940 rechnete Himmler vor, dass das für die Zwecke des RKF in Polen geraubte Vermögen bereits 3,3 Milliarden Reichsmark betrug. (Wie Anm. 48)

[264](#) In der Zusammensetzung des Aufsichtsrats zeigt sich, welche verschiedenen Interessen in der D. U. T. koordiniert wurden. Es hatten dort Sitz und Stimme: Ministerialrat Dr. Hugo Fritz Berger, der das Reichsfinanzministerium vertrat; Hans Kehrl repräsentierte in Personalunion die Vierjahresplanbehörde und das Reichswirtschaftsministerium; Aufsichtsratsvorsitzender war der Staatssekretär z.b.V. im Auswärtigen Amt Wilhelm Keppler, der lange Zeit Hitlers persönlicher Berater in Wirtschaftsfragen sowie Hauptverbindungsman zwischen der NSDAP und der Wirtschaft gewesen war und der den Freundeskreis Heinrich Himmler mitbegründet hatte. Helfferich, 1932–1946 (1969). Vertreten waren selbstverständlich auch die NSDAP, die Reichsbank, Industrie und privates Bankgewerbe sowie – mit drei Mitgliedern – die SS.

[265](#) Das geschah nach einer Bekanntmachung von Hermann Göring über die Errichtung der Haupttreuhandstelle Ost am 19. 10. 1939, abgedruckt in: Haupttreuhandstelle Ost (1940), S. 5.

[266](#) Siehe Anm. 101.

[267](#) Ratzmann, Wesen und Aufgabe der Treuhandstelle Posen (1940), S. 9.

[268](#) Personalnotiz »Konrad Meyer«, in: Die Bewegung vom 14. 1. 1941.

[269](#) Erlass über die Reichsstelle für Raumordnung vom 26. 6. 1935; RGBL. 1935/I, S. 793

[270](#) Vortrag Konrad Meyers anlässlich der Eröffnung der Ausstellung »Planung und Aufbau im Osten« in Posen am 23. 10. 1941; Nbg. Dok., NO-3348.

[271](#) Buchheim, Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars (1958), S. 274.

[272](#) Schreiben des Siedlungsamts ans RUSHA, z. Hd. von v. Rautenfeld, vom 9. 1. 1943; BArch, DC Friedrich Kann.

[273](#) Protokoll einer Besprechung vom 15. 12. 1939 zwischen SS-Brigadeführer Greifelt (Chef der RKF-Zentrale in Berlin) und Dr. Jarmer (Chef der Reichsstelle für Raumordnung). An dieser Besprechung nahmen außerdem Prof. Dr. Konrad Meyer, Dr. Walter Gebert (RKF) und Oberregierungsrat Dr. Heinrich Siemer teil. Letzterer wurde zum Verbindungsreferenten der Reichsstelle für Raumordnung zum RKF bestimmt. (BArch, DC Ernst Jarmer) 1943 hieß es dann: »Der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums bedient sich« zur Durchführung seiner Aufgabe »im Einverständnis mit der Reichsstelle für Raumordnung der örtlichen Landesplaner, die dazu seine Beauftragten sind«. Ziel dieser Arbeit sei, »sich den Notwendigkeiten für die völkische Existenz lebendig einzufügen (landwirtschaftliche Produktionssteigerung, Stärkung der Rohstoffgewinnung, bessere Wirtschaftsverteilung, Bevölkerungspolitik durch Stärkung der Rasse und ihrer qualitativen und quantitativen Vermehrung, Sicherung der Ernährungs- und Rohstoffgrundlage, zweckmäßige Arbeitsbeschaffung«. Hamm, Grundsätzliches über die Raumordnung (1943), S. 26.

[274](#) Rössler, Institutionalisierung einer neuen Wissenschaft (1987), S. 177–194.

[275](#) SS-Obersturmbannführer Fähdrich auf einem Lehrgang für volksdeutsche Redner vom 6.–14. 9. 1941; BArch, DC Ernst Fähdrich.

[276](#) Der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, Stabshauptamt, und der Generalinspektor für Wasser und Energie (Hrsg.), Richtlinien für die Elektrifizierung in den ländlichen Bereichen der eingegliederten Ostgebiete, Berlin 1943.

[277](#) Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Planungshauptabteilung, Planungsgrundlagen für den Aufbau der Ostgebiete, o.D. (ca. Januar 1940); BArch, R 49/157a, Bl. 15; zit. nach Roth, Generalplan Ost (1985), Dok 1.

[278](#) Vermerk der Hauptabteilung I im Stabshauptamt des RKF vom 29. 1. 1941; BArch, R 49/Anh. III/26, Bl. 17–26.

[279](#) Christaller, Zentrale Orte in Süddeutschland (1933).

[280](#) Rössler, Institutionalisierung einer neuen Wissenschaft (1987), S. 184.

[281](#) Christaller, Zentrale Orte in den Ostgebieten (1941), S. 22ff.

[282](#) Vermerk über eine Dienstreise vom 15. 8.–17. 8. 1940 »I. zur Besichtigung der vom Aufbaustab des Reichskommissars f.d.F.d.V. geleisteten Arbeiten im Warthegau, II. zur Feststellung der Art und Weise der Zusammenarbeit zwischen Landesplanung (Planungsbehörde) und Aufbaustab«; Staatsarchiv Katowice, Land PI GO/S/21, Bl. 3–5.

[283](#) Ebd., Bl. 8.

[284](#) »Die Reichsstudentenführung hat sich mit großem Idealismus in die Aufgabe vertieft. Eine große Anzahl von Studenten haben ihr Studium für längere Zeit unterbrochen, um in diesen Angelegenheiten sich einzuarbeiten (Volkswanderlehrlinge und Volkswandergesellen).« (Ebd., Bl. 5) Nicht nur der Aufbaustab, auch die Landesplanungsbehörde arbeitete »sehr stark mit Studenten, insgesamt etwa 25 Mann. (...) Sie machen Entwürfe für verschiedene Musterdörfer als Studienarbeiten und werden vor ihrer Aussendung in die Dörfer eingehend geschult.« (Ebd., Bl. 7)

[285](#) Tätigkeitsbericht des SS-Untersturmführers Dr. Heidenreich vom 26. 11. 1940 über seine Arbeit beim RKF in Posen; BArch, R 69/455. (Für den Hinweis auf dieses Dokument danken wir Matthias Hamann.)

[286](#) Wie Anm. 80, Bl. 6f.

[287](#) Schreiben des RKF, Stabshauptamt, Hauptabteilung Planung und Boden (d.i. die vormalige Planungsabteilung von Konrad Meyer), vom 21. 10. 1941 an das Generalreferat für Raumordnung in Oberschlesien; Staatsarchiv Katowice, Land PI GO/S/212, Bl. 98f.

[288](#) Brief des Reichsstands des Deutschen Handwerks an die Hauptabteilung Planung und Boden im Stabshauptamt des RKF vom 15. 10. 1941 betreffend den Ansatz von Handwerksbetrieben in ländlichen Bezirken der eingegliederten Ostgebiete; Staatsarchiv Katowice, Land PI GO/S/273, Bl. 17ff.

[289](#) Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien vom 10. 9. 1942 an die Regierungspräsidenten in Kattowitz und Oppeln zur Handhabung der Aufbauverordnung unter Berücksichtigung des Erlasses des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 25. 4. 1942; Staatsarchiv Katowice, RK 11/825, Bl. 94ff.

[290](#) Der Generalkommissar in Reval an den Reichskommissar für das Ostland in Riga, Schreiben vom 13. 8. 1942; Historisches Staatsarchiv Riga, P-70/5/76, Bl. 1.

[291](#) RMBLIV. 5 (1940), Sp. 1519ff.

- [292](#) Rede Himmlers in der SS-Junkerschule Tölz vom 23. 11. 1942; BArch, NS 19/4008.
- [293](#) Meyer, Der Osten als Aufgabe und Verpflichtung (1942), S. 208.
- [294](#) Himmler über Siedlungsfragen (wie Anm. 3).
- [295](#) Einzelheiten zur Biographie Arlts finden sich bei Aly, Roth, Restlose Erfassung (1984), S. 71–74. Formell war zwar Gauleiter Fritz Bracht Beauftragter des RKF in Oberschlesien, die Dienststelle aber leitete Fritz Arlt, der auch den gesamten Geschäftsverkehr mit der Berliner Zentrale abwickelte.
- [296](#) Bericht über die Entwicklung und Tätigkeit der Abt. Ansiedlung für die Zeit vom 10. 7. 1940 bis 31. 5. 1941; Staatsanwaltschaft Dortmund, Ermittlungsverfahren gegen Dr. Fritz Arlt, Js 49/61, Bd. IV, Bl. 131.
- [297](#) Leiter dieser Hauptstelle war Arlts Stellvertreter beim RKF, der Kaufmann Helmut Stutzke. Schreiben Arlts vom 3. 1. 1942; BArch, DC Helmut Stutzke.
- [298](#) Schreiben Stutzkes an SS-Obersturmbannführer Bux vom 12. 2. 1941; BArch, DC Helmut Stutzke.
- [299](#) Vermerk vom 3. 6. 1942; Staatsarchiv Katowice, OPK/140, Bl. 1. Soweit wir sehen, ist von diesem Schriftwechsel nichts mehr erhalten.
- [300](#) Schreiben der UWZ Kattowitz zum organisatorischen Aufbau der Umwanderer-Zentralstelle Kattowitz (o.D.); Staatsarchiv Katowice, RK/4088, Bl. 1ff.

- 301** Schreiben des SD-Abschnitts Kattowitz über eine Rücksprache mit Dr. Arlt vom 8. 5. 1944 in: Documenta Occupationis Teutonicae, Bd. 6 (1983), S. 62ff.
- 302** Vermerk des Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien vom 11. 1. 1944 über eine Vorsprache beim Reichsführer SS am 5. und 6. 1. 1944; Staatsarchiv Kattowice, OPK/140, Bl. 92f.
- 303** Arlt, Siedlung und Landwirtschaft (1942), S. 43. Diese Arbeit erschien als Bd. 10 in der Reihe »Die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten in den eingegliederten Ostgebieten des deutschen Reiches«, die der Geograph Walter Geisler im Auftrag der HTO und des RKF herausgab.
- 304** Ebd., S. 36.
- 305** Ebd., S. 31.
- 306** Ebd., S. 52.
- 307** Landesplaner Ziegler in einem Schreiben an die Mitglieder des Arbeitskreises II (o.D.); Staatsarchiv Katowice, Land PI GO/S/213, Bl. 19.
- 308** Brief Zieglers an Dr. Gerhard Isenberg von der Reichsstelle für Raumordnung vom 13. 7. 1943; Staatsarchiv Katowice, Land PI GO/S/234, Bl. 19f.; Bd. 109, passim, und Bd. 14, Bl. 32f.
- 309** Gerhard Ziegler, Kurzblicke auf meinen Lebenslauf, unveröffentlichtes Manuskript. Von der Reichsstelle für Raumordnung wurde Ziegler im Oktober 1938 als Landesplaner in den Sudetengau geschickt. Seine Versetzung nach Kattowitz – bei gleichzeitiger Verbeamtung – datiert er auf den 1. 7. 1941. Aus den Unterlagen des Staatsarchivs Katowice geht jedoch hervor, dass Ziegler spätestens vom Dezember 1940 an Landesplaner für Oberschlesien war. Staatsarchiv Katowice, Land PI GO/S/467. (Für die Kopie von Zieglers Lebenslauf danken wir Niels Gutschow.)
- 310** Besprechung über die Zusammenarbeit zwischen dem Generalreferenten für Raumordnung beim Oberpräsidenten als Planungsbeauftragtem des RFSS und der Planungsabteilung in der Dienststelle des Beauftragten des RFSS als RKF vom 9. 4. 1941; Staatsarchiv Katowice, Land PI GO/S/212, Bl. 158.
- 311** Vermerk der Landesplanungsgemeinschaft Oberschlesien vom Oktober 1941, betr.: Fertigung von Karten über die wirtschaftliche Raumordnung Oberschlesiens; Staatsarchiv Katowice, Land PL GO/S/71, Bl. 4.
- 312** Vortrag Zieglers vor den Kreiswirtschaftsberatern und dem Führungsstab Wirtschaft in Oberschlesien, Anfang 1943; Staatsarchiv Katowice, Land PI GO/S/37, Bl. 1–16. Zur Rolle von Ziegler und anderen Landschaftsplanern: Wolschke u.a., Regionalistische Freiraumgestaltung (1984), S. 5–45.
- 313** Übersicht über die oberschlesische Bevölkerungsstruktur als erster Beitrag zum Problem des West-Ost-Gefälles. Vertraulich! Zusammengestellt von Fritz Arlt; Staatsarchiv Katowice, OPK/385, Bl. 42.
- 314** So z.B. in den Dörfern Neuberun (Bierun), Bobrek und Grojetz oder ersatzweise (so jedenfalls wünschte es Arlt, um die fruchtbaren Böden von Grojetz für die Landwirtschaft zu erhalten) in Wlosenitz und Zaborze. Vermerk des Bezirksplaners Udo Froese vom 10. 3. 1943 über eine zwei Tage zuvor stattgefundene Besprechung beim Bürgermeister von Auschwitz über die Grenzen des I. G. Farben-Geländes und des Stadtgebietes Auschwitz; Staatsarchiv Katowice, Land PI GO/S 467, Bl. 50. An der Besprechung nahmen insgesamt zwölf Männer teil, darunter Arlt sowie zwei Vertreter des RKF-Bodenamts, der Stadtplaner von Auschwitz, Dr. Ing. Hans Stosberg, und Froese selbst.

**315** Niederschrift über die Besprechung am 15. und 16. 1. 1943 in der Prüfstelle des Reichswohnungskommissars, Berlin; ebd., Bl. 65. Das Protokoll schrieb Regierungsbaurat Töpler aus Kattowitz; u.a. war auch Stosberg zu der Besprechung nach Berlin gereist.

**316** Die KZ-Häftlinge, die für die I. G. Auschwitz arbeiteten, waren in dieser Rechnung offensichtlich nicht mitgezählt worden, da für sie kein Wohnraumbedarf veranschlagt wurde. Ihre Zahl stieg von Ende 1941 bis Ende 1944 von 1000 auf 11000 und damit auf ein Drittel der gesamten Belegschaft des Werks. Roth, I. G. Auschwitz (1989), S. 23.

**317** Wie Anm. 112, Bl. 61.

**318** Schreiben des Regierungspräsidenten vom 29. 5. 1943 zur Planung in Auschwitz; ebd., Bl. 15.

**319** Otto Ambros auf einer Besprechung am 16. 1. 1941 in Ludwigshafen; Nbg. Dok., NI-11784; zit. nach Maier, Mitwirkung der Arbeitsverwaltung (1990), S. 76.

**320** Schreiben der Bergwerksverwaltung Oberschlesien GmbH, Reichswerke Hermann Göring. (Adressat und Datum des Schreibens sind aus dem Dokument nicht ersichtlich.) Staatsarchiv Katowice, Land PI GO/S 467, Bl. 83.

**321** Schreiben des Landrats an den Regierungspräsidenten in Kattowitz vom 22. 12. 1942; ebd., Bl. 78.

**322** Auf eine Neujahrsglückwunschkarte für seine »Gönner und Freunde« zum Jahreswechsel 1941/42 ließ Stosberg folgenden Text drucken: »Im Jahre 1341 bannten schlesische Streiter als Retter des Reiches den Mongolensturm bei Wahlstatt. Im gleichen Jahrhundert erstand Auschwitz als deutsche Stadt. Nach 600 Jahren wendet der Führer Adolf Hitler die Bolschewistengefahr von Europa. In diesem Jahr 1941 wurde der Aufbau einer neuen deutschen Stadt und die Wiederherstellung des alten schlesischen Ringplatzes geplant und begonnen.« Ebd., Bl. 151.

**323** Schreiben des Lagerkommandanten Höß an Landesplaner Ziegler vom 31. 12. 1940; ebd., Bl. 301.

**324** Froese, von seiner Ausbildung her Volkswirt, hatte an der Universität Gießen über den »Wirtschaftswillen im deutschen Hochmittelalter« promoviert und später eine Arbeit über das Kolonisationswerk Friedrichs des Großen geschrieben. Als er sein eigenes Kolonisationswerk, die Raumplanung in Oberschlesien, begann, war er 28 Jahre alt.

**325** So die Besprechung vom 28. 6. 1941, an der Höß, Ziegler, Froese und der Bürgermeister von Auschwitz, Heinrich Gutsche, teilnahmen; ebd., Bl. 180–183. Hin und wieder nahmen auch Fritz Arlt sowie SS-Funktionäre und Baufachleute aus Berlin an solchen Besprechungen teil.

**326** Schreiben Stosbergs vom 25. 2. 1943 an den Regierungspräsidenten in Kattowitz (ebd., Bl. 38–40) und Niederschrift über die Besprechung am 15. und 16. 1. 1943 in der Prüfstelle des Reichswohnungskommissars, Berlin; ebd., Bl. 62. Zu den umweltpolitischen Argumenten: Brief Zieglers an Höß vom 23. 12. 1941; ebd., Bl. 304f.; Zieglers Brief an die Hauptabteilung Planung und Boden des RKF vom 18. 2. 1942; ebd. Bl. 130–132. (Ziegler befürchtete, dass eine geplante KZ-eigene Kläranlage an der Weichsel die Trinkwasserversorgung der Umgebung gefährden könne.)

**327** Der Beauftragte des RFSS als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, SS-Ansiedlungsstab Süd, Die Möglichkeiten der Siedlung 1941 (o.D., ca. Dezember 1940/Januar 1941); BArch, R 49/Anh. III/26, Bl. 96–100, abgedruckt in: Bevölkerungstruktur und Massenmord (1991), S. 34–38.

**328** Dabei handelte es sich zumindest auch um die I. G. Farben, die von Dezember 1940 an ihr

Interesse an der Errichtung einer Produktionsanlage in Auschwitz deutlich gemacht hatten, nicht zuletzt auch wegen der vom RKF geschaffenen bevölkerungspolitischen Voraussetzungen. Das von der I.G. anvisierte Werkgelände stand unter Verwaltung des RKF. Es handelte sich um geraubtes Land, dessen Besitzer zuvor vertrieben worden waren. Siehe Roth, I. G. Auschwitz (1989), S. 14, 17.

[329](#) Erläuternde Skizze zu dem beschriebenen Papier; wie Anm. 125, Bl. 102.

[330](#) Ebd., Bl. 98.

[331](#) Ebd., Bl. 102.

[332](#) Maier, Mitwirkung der Arbeitsverwaltung (1990), S. 175.

[333](#) Archiv der Gedenkstätte Auschwitz, Maurerprozess, Dpr. Mau/7/25398 (= Nbg. Dok., NI-1240), Bl. 13f.

[334](#) Roth, I. G. Auschwitz (1989), S. 18. Am 4. 3. 1941 brüstete sich Karl Krauch, der Generalbevollmächtigte für Sonderfragen der chemischen Erzeugung beim Beauftragten für den Vierjahresplan und Aufsichtsratsvorsitzende der I. G. Farben, damit, dass die Weisung Görings an Himmler sowie dessen Anordnung vom 26. 2. 1941 auf seinen, Krauchs, Antrag zurückgehe. Ebd.

[335](#) Der Präsident des Landesarbeitsamts Schlesien in einem Schreiben vom 12. 3. 1941 an den Reichsarbeitsminister, z. Hd. von Ministerialrat Dr. Richter; zit. nach Maier, Mitwirkung der Arbeitsverwaltung (1990), S. 179f. Das Schreiben des Landesarbeitsamts gibt im Wesentlichen einen Bericht des Arbeitsamts Bielitz wieder, ohne jedoch dessen Datum oder das Datum der darin referierten Besprechung anzugeben. Der Berichterstatter verweist u.a. darauf, dass er mit dem Lagerkommandanten des KZ Auschwitz von sich aus »schon vor einiger Zeit wegen Fragen des Arbeitseinsatzes der Lagerinsassen Fühlung genommen und vollste Übereinstimmung erzielt« habe.

[336](#) Vermerk Butscheks über eine Besprechung in Berlin am 19. 3. 1941; wie Anm. 112, Bl. 104.

[337](#) Czech, Kalendarium von Auschwitz (1989), S. 79.

[338](#) Wie Anm. 94, Bl. 123.

[339](#) Schreiben des Regierungspräsidenten Kattowitz vom 29. 5. 1943 zur Planung in Auschwitz; Staatsarchiv Katowice, Land PI GO/S/467, Bl. 14.

[340](#) Gerhard Ziegler, Kurzblicke auf meinen Lebenslauf, unveröffentlichtes Manuskript, S. 4 (wie Anm. 107).

[341](#) Koehl, RKFDV (1957), S. 236.

[342](#) Rössler, Institutionalisierung einer neuen Wissenschaft (1987), S. 180.

[343](#) Udo v. Schauroth, Frankfurt aus Stahl und Beton (1961), S. 14.

[344](#) Aly, Roth, Restlose Erfassung (1984), S. 71–74.

[345](#) Baedeker, Das Generalgouvernement (1943), S. V f.

[346](#) Ebd., S. XXVII f.

[347](#) Ebd., S. 50.

[348](#) Dietrich Troschke, Polen – »Nebenland des Deutschen Reiches«. Tagebuchblätter 1940–1945 (Manuskript); BArch, Ost-Dok. 13/234. Offensichtlich überarbeitete der Autor seine Aufzeichnungen

nach dem Krieg und schrieb sich selbst dabei die Rolle dessen zu, der ohnehin von Anfang an eigentlich »dagegen« gewesen sei. Erst danach gab Troschke die »Tagebuchblätter« ans Bundesarchiv ab. Doch ist ihm die Kosmetik nur teilweise geglückt, und so sind seine Eindrücke – wir zitieren gerade die, die er für unverfänglich gehalten haben dürfte – dennoch bezeichnend für den Blick, mit dem die deutschen Akademiker, Wirtschafts- und Verwaltungsexperten im besetzten Polen einfielen. (Kürzungen im Text haben wir hier nicht eigens gekennzeichnet.)

[349](#) Bericht des Stadthauptmanns in Reichshof (Rzeszów) für den Monat Oktober 1940 über die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben, in: Faschismus, Getto, Massenmord (1962), S. 186f.

[350](#) Deutsche Ostarbeit, in: Frankfurter Zeitung vom 24. 5. 1941.

[351](#) Personalakte Meinhold; BArch, R 52 N/89. Die Akte ist – ebenso wie die anderen erhaltenen Personalakten des Instituts für Deutsche Ostarbeit – noch im Juli 1945 vom Direktor des Instituts, Wilhelm Coblitz, gesäubert, abgeschlossen und den Amerikanern übergeben worden, um die Harmlosigkeit des Instituts nachzuweisen. Aus Sektionsleitern für Rassenforschung wurden dabei »Historiker« usw.

[352](#) Brief Meinholds vom 9. 3. 1942; BArch, R 52 IV/144.

[353](#) Zeugnis Meinholds für seine Assistentin Erika Bochdam-Löptien; BArch, R 52 IV/144.

[354](#) Helmut Meinhold in der Begründung zum Haushaltsentwurf seiner Sektion für das Rechnungsjahr 1942/43; BArch, R 52 IV/135.

[355](#) Die Aufgaben der Sektion Wirtschaft im Institut für Deutsche Ostarbeit, Manuskript, Januar 1941; BArch, R 52 IV/144.

[356](#) Bericht des Stadthauptmanns der Stadt Krakau (gez. Dr. Krämer) an den Gouverneur des Distrikts vom 10. 8. 1944; Archiv für Neue Akten Warschau, Reg. GG/1344, Bl. 204–209.

[357](#) Vermerk der Hauptabteilung III des Stabshauptamts des RKF vom 4. 7. 1942; BArch, DC Leo Reichert.

[358](#) Mündliche Mitteilung Meinholds vom 23. 11. 1985.

[359](#) Meinhold u.a., Ergänzungsbericht 1936/1937 (1938); Meinhold u.a., Hafenausbau in Büsum, (1937). (Die Arbeiten sind in der Bibliothek des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel vorhanden.)

[360](#) Helmut Meinhold, Rezension von August Lösch: Die räumliche Ordnung der Wirtschaft (Jena 1940), in: Die Burg 3 (1942), Heft 3, S. 360.

[361](#) Kahlich hatte die jüdischen Insassen des Lainzer Versorgungshauses der Stadt Wien untersucht und darüber unter ihrem Mädchennamen Koenner publiziert: Koenner, Bericht über rassenkundliche Aufnahmen an Juden (1940).

[362](#) Brief Plügels an Kahlich vom 22. 10. 1941 (Anton Plügel war der Vorgesetzte von Fliethmann); Universitätsarchiv Krakau, Institut für Deutsche Ostarbeit/70.

[363](#) Brief Kahlichs an Plügel vom 3. 11. 1941; ebd.

[364](#) Brief Fliethmanns an Kahlich, o.D.; ebd.

[365](#) Fliethmann, Bericht über anthropologische Aufnahmen an Judenfamilien (1942), S. 92–111.



- [366](#) Brief Kahlichs an Fliethmann (Kopie o. D.); Universitätsarchiv Krakau, Institut für Deutsche Ostarbeit/70.
- [367](#) Brief des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD in Lemberg an Fliethmann vom 28. 4. 1942; ebd.
- [368](#) Brief Plügels an SS-Hauptsturmführer Schenk vom 23. 4. 1942; ebd.
- [369](#) Brief Kahlichs an Fliethmann vom 11. 3. 1942; ebd.
- [370](#) Brief Fliethmanns an Kahlich vom 13. 5. 1942; ebd.
- [371](#) Brief Kahlichs an Fliethmann vom 8. 4. 1942; ebd.
- [372](#) Brief Fliethmanns an Kahlich vom 13. 5. 1942; ebd.
- [373](#) Brief Kahlichs an Fliethmann vom 4. 6. 1942; ebd.
- [374](#) Ebd.; Fliethmann schied zum 31. 12. 1943 aus dem Institut aus, weil sie geheiratet hatte; sie trug dann den Doppelnamen Fliethmann-Henseling.
- [375](#) Staatsarchiv Prag, URP/dod II/57
- [376](#) BArch, R 57 neu/31. Die französische Besatzungsmacht ernannte Könekamp 1945 zum stellvertretenden Oberbürgermeister von Stuttgart.
- [377](#) Zit. nach Posener Tagebuch des Anatomen Hermann Voss (1987), S. 15–66. Voss wurde nach dem Krieg der angesehenste deutsche Anatom, er lehrte in Halle und Jena und erhielt zahlreiche hohe Auszeichnungen, obwohl die Existenz des Tagebuchs bekannt war.
- [378](#) Friedlander, Jüdische Anstaltspatienten (1989), S. 40.
- [379](#) Dr. Frank verabschiedet Gauamtsleiter Arlt, in: Krakauer Zeitung vom 22./23. 9. 1940. Dank für diesen Hinweis an H. D. Heilmann.
- [380](#) Bericht über den Aufbau der Verwaltung im Generalgouvernement vom Juni 1940; BArch, R 52 II/247, Bl. 182.
- [381](#) Arlt, Vom Sinn und Aufbau des Gruppendezernats Bevölkerungswesen (1940), S. 3ff. (Zumindest das erste dieser drei Hefte umfassenden Reihe erschien in zwei etwas unterschiedlichen Auflagen, ebenso variierte der Reihentitel, er lautet auch Volksbiologischer Informationsdienst.)
- [382](#) Arlt, Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement (1940), S. 41. (Das Heft erschien im September 1940).
- [383](#) Weirauch, Volksgruppen im Generalgouvernement (1942), S. 251.
- [384](#) So zum Beispiel, als Arlt zusammen mit dem Gouverneur des Distrikts Lublin »aus Anlass des Geburtstages des Führers« die katholische Kathedrale von Chelm an die griechisch-orthodoxe Kirche »zurückgab« (Krakauer Zeitung vom 21. 4. 1940).
- [385](#) Bericht über den Aufbau der Verwaltung im Generalgouvernement vom Juni 1940; BArch, R 52 II/247, S. 182.
- [386](#) Arlt, Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement (1940), S. 19.
- [387](#) 86 Waggonen Kleider an Volksdeutsche verteilt. Viertägige Schulungstagung für

Bevölkerungswesen und Fürsorge in Chelm – Kennkartenaktion, die erste bewusst durchgeführte Volkszählung im Generalgouvernement, in: Krakauer Zeitung vom 2. 8. 1940.

[388](#) Arlt, Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement (1940), S. 9.

[389](#) Bericht über den Aufbau der Verwaltung im Generalgouvernement vom Juni 1940; BArch, R 52 II/247, S. 201.

[390](#) Ein Jahr Aufbauarbeit (1940), S. 29.

[391](#) Bericht über den Aufbau der Verwaltung im Generalgouvernement vom Juni 1940; BArch, R 52 II/247, S. 196.

[392](#) Arlt, Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement (1940), S. 24.

[393](#) Ebd., S. 21.

[394](#) Arlt, Ukrainische Volksgruppe (1940), S. 17.

[395](#) Ein Jahr Aufbauarbeit (1940), S. 30.

[396](#) Rundschreiben Gottongs vom 6. 4. 1940 an die Gouverneure der Distrikte, »betr. Richtlinien für die Behandlung der jüdischen Bevölkerung«, abgedruckt in: Faschismus, Getto, Massenmord (1962), S. 55. Gottong war Judenreferent in der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge.

[397](#) Ebd. Gottongs Vorschläge, wer als »Halb-« oder »Volljude« zu gelten habe, hatten umso mehr Gewicht, als die »Erfassung der Juden und Entscheidung über die Zugehörigkeit zum Judentum« zu seinen ureigensten Aufgaben gehörte (ebd., S. 88).

[398](#) In einem Vermerk über die erste Deportation von Juden aus Wien, den der Eichmann-Mitarbeiter Brunner am 18. 10. 1939 schrieb, heißt es: »Mit der gesamten Umsiedlungsaktion werden auch die in der Ostmark befindlichen Zigeuner in Sonderwaggons angeschlossen.« Zit. nach Longerich (Hrsg.), Ermordung der europäischen Juden (1989), S. 52f.

[399](#) Zeugnis für Dr. Fritz Arlt vom 1. 9. 1940; BArch, DC Fritz Arlt.

[400](#) PA Heinz Auerswald; Staatsarchiv Warschau, Amt des Distriktchefs/318/319. Auerswald war am 20. Januar 1942 offensichtlich auch an Beratungen über die »Endlösung der Judenfrage« in Berlin beteiligt. Am 19. 1. 1942 notierte der Vorsitzende des Warschauer Judenrats, Adam Czerniaków: »Mir kam zu Ohren, dass A(uerswald) nach Berlin gerufen wurde. Ständig hege ich Befürchtung, dass den Juden aus Warschau möglicherweise eine massenhafte Aussiedlung droht.« Als Czerniaków vier Tage später den nach Warschau zurückgekehrten Auerswald fragte, »ob es keine neuen Anordnungen aus Berlin gebe«, log dieser ihm vor, er sei »in Privatangelegenheiten« in Berlin gewesen. Drei Tage später erschien Auerswald in den Räumen der jüdischen Gemeinde – zusammen mit einigen SS-Männern, »die Fragen über das Ghetto stellten«. Czerniaków, Im Warschauer Ghetto (1986), S. 219–221.

[401](#) Brief Weirauchs an den Höheren SS- und Polizeiführer Krakau in der »Angelegenheit Dr. Hagen« vom 4. 2. 1943; BArch, NS 19/1210.

[402](#) Aussage Herbert Heinrichs vom 8. 10. 1962; Staatsanwaltschaft Hamburg, 141 JS 573/60.

[403](#) Brustin-Berenstein, Jüdische Soziale Selbsthilfe (1990), S. 172.

[404](#) Bericht von Richard Türk, Leiter der Abt. Bevölkerungswesen und Fürsorge in Lublin, vom 7. 4. 1942; zit. nach Faschismus, Getto, Massenmord (1962), S. 271.

**405** Brief Föhls an seine Berliner »SS-Kameraden« (2. Sturm/6. Standarte) vom 21. 6. 1942; BArch, DC Walter Föhl. Im Protokoll der Wannsee-Konferenz heißt es: »... werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird.« Föhl wurde 1908 in Krefeld geboren, studierte Geschichte, Kunstgeschichte, Anglistik und Philosophie, promovierte 1931 in Wien und trat nach einigen Reisen eine Stelle im Volkskundlichen Museum in Köln an. Anschließend leitete er die Sippenkundliche Beratungsstelle der Stadt. 1936 wurde er Stellvertretender Leiter des Amts für Sippenforschung der NSDAP. In Föhls Dienstleistungszeugnis vom 20. 2. 1943 steht: »Wichtige Erfolge hat Dr. Föhl in der Behandlung der fremden Volkstümer, vor allem in ihren (!) führenden Vertretern erzielt. Politischer Takt und feines Einfühlungsvermögen machten es ihm möglich, die nichtdeutschen Verbindungsleute unserer Verwaltung zu den fremdvölkischen Gruppen trotz der oft unüberbrückbaren Kluft zwischen deren Interessen und den Forderungen der deutschen Verwaltung immer wieder zur Mitarbeit zu bewegen.« (Staatsarchiv Lwow, P-35/12/75, Bl. 67).

**406** Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (1982), S. 299. Weirauch stellte seine Arbeit später als rein karitativ dar. (BArch, Ost-Dok. 13/248) Nach dem Krieg wurde er Ministerialdirigent im Bundesverteidigungsministerium, wo er auch den Sachbearbeiter für »Judenfragen« der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, Herbert Heinrich, unterbrachte. Die deutschen Staatsanwaltschaften stellten sämtliche Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge ein.

**407** Aussage von Wilhelm Hagen am 1. 8. 1962; Staatsanwaltschaft Hamburg, 141 Js 192/62, Bl. 8932ff.

**408** Brief Hagens an Hitler vom 7. 12. 1942; BArch, NS 19/1210. Hagens Protest richtete sich nur dagegen, dass mit den Polen auch so verfahren werde wie mit den Juden. Eingehende bevölkerungspolitische Überlegungen hätten ihn zu der Überzeugung gebracht, »dass wir kein Interesse an der Verringerung der polnischen Volkszahl haben«. Hagen, der 1933 als Sozialdemokrat zunächst aus dem öffentlichen Dienst entfernt worden war, arbeitete dann als niedergelassener Arzt, 1941 wurde er zum Stadtarzt von Warschau, 1956 zum Präsidenten des Bundesgesundheitsamts berufen.

**409** Der Parteigenosse ist Repräsentant des Reiches, in: Krakauer Zeitung vom 7. 8. 1940.

**410** Brief Arlts an Hanns von Krannhals vom 16. 9. 1964; BArch, ZSg 122/8.

**411** Hoffman, Vom Gauamtsleiter zum Jugenderzieher (1968), S. 21f.

**412** Der Gauschulungsleiter, in: Kattowitzer Zeitung vom 19. 2. 1941.

**413** Bericht über den Aufbau der Verwaltung im Generalgouvernement vom Juni 1940; BArch, R 52 II/247, S. 207.

**414** Siehe S. 109, 198.

**415** Sommerfeldt, Abwehrkampf gegen das Ostjudentum (1943), S. 12.

**416** Dies belegt nicht nur die bislang nicht aufgefundene Studie, die Helmut Meinhold gemeinsam mit dem Referenten für Rassenforschung Anton Plügel erarbeitete – »Die Bereinigung der Volkstumsgrenzen« (Manuskriptreihe des Instituts für deutsche Ostarbeit), nachgewiesen in: Die Burg 3 (1942). Heft 3, S. 357 –, sondern auch die Verantwortung Meinholds für zahlreiche Statistiken, in denen Juden, Ukrainer und Polen getrennt aufgeführt sind.

**417** Bericht von Manfred Grisebach über die Reise vom 11. bis 19. 2. 1943; BArch, R 57/1074,

Berichte Grisebach, 11.–19. 2. 1943.

- [418](#) Der Arbeitsbericht der Sektion Rassen- und Volkstumsforschung vom 21. 6. 1944 dokumentiert – wie auch zahlreiche weitere Schreiben in der Akte – die Zusammenarbeit zwischen dieser Sektion und dem Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums (AIPN, IDO/Sektion Rassen- und Volkstumsforschung/Korrespondenz/2).
- [419](#) Brief Arlts an Konrad Meyer vom 18. 3. 1941; BArch, DC Klemens Kleppik. Das Institut wurde mit einer Arbeitstagung (26. bis 28. 3. 1941) eröffnet.
- [420](#) Verschuer, Über die Gründung des Instituts (1941), S. 91f.
- [421](#) Seraphim, Arbeitstagung des Instituts für Deutsche Ostarbeit (1941), S. 177.
- [422](#) Grau, Institut zur Erforschung der Judenfrage (1941), S. 20.
- [423](#) Mitteilung, in: Weltkampf 1 (1941), Heft 3, S. 182.
- [424](#) Coblitz, Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau (1941), S. 90.
- [425](#) Organisationsplan der Rüstungsinspektion Ober-Ost vom 20. 6. 1940; BArch, RW 23/6a, Bl. 8.
- [426](#) Die Polen machten Warschau zur Judenmetropole, in: Krakauer Zeitung vom 22. 7. 1940.
- [427](#) Seraphim, Wirtschaftsstruktur des Generalgouvernements (1941), S. 5.
- [428](#) Ebd., S. 34.
- [429](#) Arlt, Bevölkerungsverhältnisse im Generalgouvernement (1940), Vorbemerkung.
- [430](#) Michael Weichert, Milchome, S. 61; zit. nach Brustin-Berenstein, Jüdische Soziale Selbsthilfe (1990), S. 174.
- [431](#) Anordnung vom 9. 4. 1940. Emmerich war am selben Tag von Frank empfangen worden und trat seinen Dienst sofort an; Frank-Tgb., Eintrag vom 9. 4. 1941. Wir zitieren das Original als »Frank-Tgb.« mit Angabe des Datums des Eintrags nur dann, wenn die zitierte Passage nicht in der stark gekürzten Druckfassung enthalten ist: Präg u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975).
- [432](#) Biehl, Ausgangspunkte des deutschen Aufbauwerkes (1941), S. 18/19.
- [433](#) Präg u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 244.
- [434](#) Ebd., S. 91.
- [435](#) Mündliche Auskünfte von Helmut Meinhold, Harald Hansen und Gerhard Emmerich. Nach dem Krieg wurde Emmerich zwei Jahre lang in Neuengamme interniert. Das Auslieferungsersuchen Polens scheiterte am Widerstand der britischen Militärregierung.
- [436](#) Präg u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 252.
- [437](#) Frank-Tgb., Eintrag vom 1. 8. 1940.
- [438](#) 1. Vollsitzung des Wirtschaftsrats für das Generalgouvernement am 31. 10. 1940; ebd.
- [439](#) Walter Emmerich, Aufbau im neuen Wirtschaftsraum, in: Berliner Börsenzeitung vom 30. 11. 1940.

- [440](#) Rede Franks auf der Wirtschaftstagung des Generalgouvernements vom 6. und 7. 6. 1940; Frank-Tgb.; Prag u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 224–240.
- [441](#) Gespräch Hitler/OKW vom 17. 10. 1939; IMG, Bd. 26 (1947), S. 378ff.
- [442](#) Eine ähnliche Position vertrat auch der Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement, der Hamburger Kaufmann Bruno Streckenbach. Er residierte vom Oktober 1939 bis zum Januar 1941 in Krakau. Seine Aufgabe sei es, sagte er Ende Juli 1940, in Zusammenhang mit dem Madagaskarplan »erst einmal festzustellen, wie viele Juden in dem zur Zeit von Deutschland besetzten Raum vorhanden seien«. Klar sei allerdings, dass das Generalgouvernement keine Menschen mehr aufnehmen könne, da man es mit einer Bevölkerungsdichte von 102 Menschen pro qkm übernommen habe und es nach einem knappen Jahr durch die Aussiedlung und Flucht aus dem annektierten Westpolen schon durchschnittlich 136 Menschen pro qkm zähle. Das Argument leuchtete Greiser, dem Gauleiter des Warthegaus, sofort ein: Er glaubte »auf Grund dieser Sachlage die Feststellung treffen zu müssen, dass das Generalgouvernement nicht in der Lage sei, die 250000 Juden des Ghettos Lodz auch nur interimistisch aufzunehmen«. Prag u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 261f.
- [443](#) Besprechung zwischen Hitler, Bormann, Schirach, Frank und Koch am 2. 10. 1940; IMG, Bd. 39 (1947), S. 425ff.
- [444](#) Schreiben vom 3. 12. 1940; IMG, Bd. 29 (1947), S. 175f.
- [445](#) Das Dokument ist abgedruckt bei Botz, Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien (1975), S. 199.
- [446](#) Frank über eine Besprechung mit Hitler am 4. 11. 1940; Prag u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 302. Eisenblätter, Grundlinien der Politik des Reichs (1969), S. 108.
- [447](#) Personalakten Meinhold, Bochdam-Löptien und Nonnenmacher; BArch, R 52 IV/89/69/82.
- [448](#) Personalvorgang Dr. Helmut Seifert; Archiv für Neue Akten Warschau, Reg. GG/1324/1.
- [449](#) Undatierte Aussage Emmerichs im Auslieferungsverfahren, das Polen 1946 gegen ihn anstregte; AIPN, Nr. 105, Bl. 34; Aussage von Günther Bergemann im Spruchkammerverfahren gegen Emmerich; BArch, Z 42/IV/3801, Bl. 13; Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums vom 7. 3. 1940; BArch, R 7/3460, Bl. 271.
- [450](#) Schreiben der Firma Wolfers & Pontt vom 27. 5. 1940; Staatsarchiv Warschau, Deutsche Handelskammer für Polen/117, Bl. 2.
- [451](#) Schreiben derselben Firma vom 13. 12. 1939; ebd., Bd. 72, Bl. 6.
- [452](#) Prag u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 226.
- [453](#) Frank-Tgb, 1. Vollsitzung des Wirtschaftsrats des Generalgouvernements am 31. 10. 1940.
- [454](#) Vortrag Emmerichs (Sommer 1940); ZSTAP (heute: BArch), Film 59757, Aufn. 817.
- [455](#) Vgl. Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (1982), S. 178. Kreisgroßhändler waren die folgenden deutschen Handelshäuser: Staudt & Co., Berlin; Breckwoldt & Co., Hamburg; C. F. Eckhardt, Fürth; H. A. Lerchen & Co., Berlin; Athen & Haupt, Hamburg; Schütte & Bünemann, Bremen; C. André & Co., Hamburg; Willi Fuhrhop, Hamburg; Fredk. Möller Söhne, Bremen; Deutsch-Westafrikanische Handelsgesellschaft, Hamburg; »Webbers« Gebr. Webendorfer, Hamburg;

Walther C. Többens, Bremen; Jos. Hansen & Söhne, Hamburg; Hansing & Co., Hamburg; Bieling Gebrüder, Hamburg; Heinrich Kramer, Bremen; Dietrich Dirksen, Danzig; Georg Kadgiehn, Bromberg; Edeka, Danzig; H. Hommel Kom.-Ges., Köln; Georg Fröde, Marienburg (Westpr.); Gerhard Eggebrecht, Danzig; Gebr. Weyersberg, Solingen-Ohligs; C. Blies & Co., Berlin-Charlottenburg; Tetzlaff & Wenzel, Danzig; Hugo Claasen, Danzig; Fritz Bogut, Danzig-Schidlitz; C. Woermann, Hamburg; G. L. Gaiser, Hamburg; Dekage Handels-Aktiengesellschaft, Hamburg; Gollücke & Rothfos, Bremen; C. F. Corssen & Co., Bremen; Overbeck & Co. GmbH, Bremen; Schmidt & Luhmann, Bremen; Wilhelm Eicke & Co., Bremen; Carlowitz & Co., Hamburg; Breckwoldt & Co., Bremen; Kunst & Albers, Hamburg; Gesellschaft für Außenhandel mbH., Wien; Adolph Gleue, Hamburg; Louis Delius & Co., Bremen; J. Winckler, Hamburg; Ulrich Thomas, Danzig; Deutsch-Ostafrikanische Gesellsch., Berlin; Oscar H. Jencquel, Hamburg; F. D. Warnholtz, Hamburg.

[456](#) Ostdeutscher Beobachter (Kopie o.D.), ca. Mai 1940.

[457](#) Mitteilung von Harald Hansen vom 15. 8. 1986.

[458](#) Emmerich, Wirtschaft des Generalgouvernements (1942), S. 246.

[459](#) Günther (Geschäftsführer der Gruppe Handel im Generalgouvernement), Einsatz deutscher Großhändler (1942), S. 469.

[460](#) Vgl. Brief Emmerichs an alle Stadt- und Kreishauptleute vom 18. 7. 1940; ZSTAP (heute: BArch), Film 59757, Aufn. 845ff.

[461](#) Der polizeiliche Druck gipfelte in der »Verordnung zum Schutze der Ernteerfassung« vom 31. 7. 1942 (Verordnungsblatt für das Generalgouvernement, Nr. 61). § 2 lautete:

»Mit dem Tode wird bestraft:

1. wer landwirtschaftliche Erzeugnisse aller Art, die der menschlichen und tierischen Ernährung dienen, böswillig beschädigt oder vernichtet,
2. wer der Pflicht zur Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse böswillig nicht nachkommt,
3. wer im Übrigen durch eine strafbare Handlung erhebliche Mengen landwirtschaftlicher Erzeugnisse der behördlichen Verfügung entzieht,
4. wer zu den Nrn. 1 bis 3 mit Strafe bedrohten Verbrechen auffordert oder anreizt.«

[462](#) Witt, Überseefirmen versorgen Europa (1944), S. 428ff. Die Praxis der systematischen Ausplünderung ganzer Länder mit Hilfe deutscher Handelshäuser wurde in den besetzten Gebieten der Sowjetunion fortgesetzt; in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine planten die Deutschen schließlich auch die Einbeziehung niederländischer, dänischer, französischer, belgischer und schweizerischer Großhandelsfirmen.

[463](#) Ebd., S. 431.

[464](#) Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, Dienststelle Generalgouvernement, Die wirtschaftlichen Grundlagen des Generalgouvernements, S. 6; BArch, RW 19 Anh. 1/1349.

[465](#) Siehe das Kapitel »Bevölkerungsökonomie – der Aufstieg einer neuen Wissenschaft«, S. 96f.

[466](#) Meinhold, Industrialisierung des Generalgouvernements (1941); BArch, R 52 IV/144d, S. 43.

[467](#) Meinhold, Arbeiterreserven des Generalgouvernements (1942), S. 280.

[468](#) Löptien-Bochdam, Handelsbetriebe im ehemaligen Polen (1942), S. 10ff.

[469](#) Löptien-Bochdam, Generalgouvernement in statistischen Angaben (1942), S. 394.

[470](#) RKW, Wirtschaftliche Grundlagen des Generalgouvernements, wie Anm. 87, S. 30f. Frank war skeptischer als seine Fachleute: Im September 1940 hatte er noch zu bedenken gegeben, dass »die Juden im Generalgouvernement nicht nur immer verlotterte Gestalten« seien, »sondern ein notwendiger handwerklicher Teil innerhalb des Gesamtgefüges des polnischen Lebens. (...) Wir können den Polen weder die Tatkraft noch die Fähigkeit beibringen, an Stelle der Juden zu treten.« (Frank-Tgb., Eintrag vom 12. 9. 1940).

[471](#) Löptien-Bochdam, Handelsbetriebe im ehemaligen Polen (1942), S. 10–20.

[472](#) Gater u.a., Einheitskostenplan für Industriebetriebe (1942).

[473](#) Refa steht für Reichsausschuss für Arbeitszeitermittlung; gemeint ist ein Verfahren der Arbeitszeitmessung als Grundlage für Rationalisierung der Produktion und Festsetzung von Akkordzeiten.

[474](#) Vgl. zahlreiche Artikel in: Die Wirtschaftliche Leistung 1 (1942)–3 (1944); zunächst leitete Biehl die Zeitschrift, von Heft 4/1943 an Gater.

[475](#) August Heinrichsbauer (Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft), Zur Lage im Generalgouvernement. Bericht über einen Aufenthalt im Generalgouvernement vom 30. 9.–6. 10. 1942; BArch, R 63/206, Bl. 129–148. Ebenso argumentiert Gater, Industrie im GG (1942), S. 138–141.

[476](#) Interessant ist in diesem Zusammenhang die Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe im Frühjahr 1941 durch das Statistische Amt des Generalgouvernements. Dabei wurden die bewirtschaftete Fläche festgestellt und alle auf einem Hof lebenden Personen namentlich erfasst. Sie mussten ihr Alter angeben, den erlernten Beruf und die Arbeitsstelle, soweit sie eine außerhalb des Hofes hatten. Aus dem Urmaterial der Zählung entstand eine »bäuerliche Betriebskarte«. Sie ging direkt an die regional zuständigen Arbeitsämter, die damit die Zahl der »überzähligen Esser« auf einem Hof errechnen und bestimmte Personen gezielt für die Zwangsarbeit erfassen konnten. (Archiv des Statistischen Zentralamts der Republik Polen, Bestand »Statistisches Amt 1939–1945«.)

[477](#) BArch, DC Karl Kuchenbäcker.

[478](#) Kuchenbäcker, Änderung der Ordnung der Agrarstruktur (1941), S. 257–262.

[479](#) Karl Kuchenbäcker, Bodenordnung im Generalgouvernement; das Programm wurde am 20. 5. 1941 vorgelegt; abgedruckt in: Najnowsze Dzieje Polski 8/1965, S. 112–138.

[480](#) Meinhold, Industrialisierung des Generalgouvernements (1941); BArch, R 52 IV/144d, S. 161. Ähnliche Argumentationen, wenn auch oft weniger praktisch ausformuliert, finden sich in der einschlägigen Literatur vielfach, z.B.: Grünberg, Regionale Frage (1944), S. 76–86. Sehr früh – schon im Januar 1940 – wird in der Denkschrift »Rechtsgestaltung deutscher Polenpolitik nach volkspolitischen Gesichtspunkten« entsprechend argumentiert (insbes. S. 17). Diese Denkschrift wurde für den nationalitätenrechtlichen Ausschuss der von Frank geleiteten Akademie für Deutsches Recht erarbeitet. BArch, R 61/243; auch: IMG, Bd. 26 (1947), S. 206ff.

[481](#) Helmut Meinhold, Materialien zum Vergleich der Lohnhöhe im Gebiet des Generalgouvernements und im Altreich, Mai 1944, S. 6; BArch, R 52 IV/144c.

[482](#) Ebd., S. 4.

[483](#) RKW, Wirtschaftliche Grundlagen des Generalgouvernements, wie Anm. 87, S. 6.

[484](#) Ebd., S. 7.



[485](#) Gottong, Juden im Generalgouvernement (1940), S. 20. Siehe Kapitel »Bevölkerungsökonomie – der Aufstieg einer neuen Wissenschaft«, S. 109.

[486](#) Wirtschaftsdienst 26 (1941), S. 18f.

[487](#) Das Memorandum dürfte im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zum Generalplan-Ost vom RKF in Auftrag gegeben worden sein. Die Sektion Landeskunde des Instituts für Deutsche Ostarbeit erhielt auch später Aufträge des RKF (BArch, DC Hans Graul).

[488](#) Helmut Meinhold, Die Erweiterung des Generalgouvernements nach Osten. A. Allgemeines, Juli 1941; BArch, R 52 IV/144a, S. 11.

[489](#) Mündliche Mitteilungen Meinholds am 23. 11. 1985.

[490](#) Meinhold, Erweiterung, S. 19.

[491](#) Jochmann (Hrsg.), Monologe im Führerhauptquartier (1980), S. 74; Aufzeichnung vom 28. 9. 1941.

[492](#) »Selbst in dem relativ dünn besiedelten Nordosten (des Generalgouvernements), nicht ausgeschlossen die Rokitnosümpfe, ist ja die Landwirtschaft übersetzt, sodass (...) hier von einer landwirtschaftlichen Überbevölkerung zu sprechen ist.« Meinhold, Generalgouvernement als Transitland (1941), S. 42.

[493](#) Siehe S. 201.

[494](#) Vor 1918 umfasste Galizien die gesamte südliche und südöstliche Region des späteren polnischen Staats, einschließlich Krakau. Sie stand unter österreichischer Herrschaft. Der »Verwaltungsbezirk Galizien«, der mit der Hauptstadt Lemberg (Lwow) am 1. 8. 1941 dem Generalgouvernement zugeschlagen und neben den Distrikten Warschau, Krakau, Lublin und Radom zum fünften Distrikt des Generalgouvernements wurde, umfasste den östlichen Teil des alten Galizien.

[495](#) Entwürfe zu einem ersten Verwaltungsbericht über den Distrikt Galizien vom 26. 8. 1941; Staatsarchiv Lwow, R-35/12/30, Bl. 33.

[496](#) Bericht des Leiters der Abt. Ernährung und Landwirtschaft in Lemberg vom 15. 10. 1941; Staatsarchiv Lwow, R 35/12/27, Bl. 2.

[497](#) 1960 fabulierte Meinhold über eine »Urlaubsreise«, die ihm damals Gelegenheit gegeben habe, »unmittelbar nach der Besetzung durch die deutschen Truppen (...) mehrere frisch sowjetisierte Betriebe kennenzulernen«. Meinhold, Marktwirtschaft und zentrale Planwirtschaft (1960), S. 15.

[498](#) Meinhold, Betriebsgrößenverhältnisse, S. 139.

[499](#) So der Leiter der Abteilung Raumordnung im Generalgouvernement, Hans-Julius Schepers, der im Oktober 1941 zusätzlich Leiter des Wirtschaftsrats für den Distrikt Galizien wurde; Prag u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 463.

[500](#) Nonnenmacher, Wirtschaftsstruktur des galizischen Erdölgebietes (1941), S. 27. Meinhold kam 1946, als er bereits wieder am wirtschaftlichen Aufbau Westdeutschlands arbeitete und er auch dort Kapitalmangel und Überbevölkerung sah, beispielsweise auf Galizien zurück: »Dieser Lebensstandard, nach westeuropäischen Begriffen bereits unvorstellbar gering, wurde mit jedem zuwachsenden Bevölkerungsteil weiter verringert (...). Mussten unter diesen Verhältnissen in schwächeren Erntejahren mancherorts selbst Teile der Agrarbevölkerung hungern, so hätte demnach eine wesentliche Bevölkerungsvermehrung unter gleicher Kapitallage zum Verhungern von Teilen der

Bevölkerung geführt.« (Der Wirtschaftsplan vom 26. 3. 1946. Bearbeitet im Institut für Weltwirtschaft Kiel. Bearbeiter: Dr. Helmut Meinhold, S. 24.) Wenn Meinhold und Nonnenmacher dennoch forderten, aus der Region landwirtschaftliche Überschüsse herauszupressen, so war ihnen klar, dass dafür »Teile der Bevölkerung« sterben mussten.

**501** Über die Kunsthonigfabrikation berichtete Troschke anonym: Ein Brief aus Galizien (1943), S. 82ff.

**502** Galicol-Chemische- und Nahrungsmittelbetriebe Lemberg. Tätigkeitsbericht bis zum 1. Juli 1942. Ein Ausschnitt aus dem Aufbau der galizischen Wirtschaft, vorgelegt von dipl. oec. Dr. Dietrich Troschke; Staatsarchiv Lwow, R-35/9/647.

**503** Bericht des SS- und Polizeiführers Friedrich Katzmann an den Höheren SS- und Polizeiführer Friedrich-Wilhelm Krüger vom 30. 6. 1943; IMG, Bd. 37 (1947), S. 391–431.

**504** Otto Wächter, Über die politische Führung fremdvölkischer Gebiete; BArch, R 6/597, Bl. 9–16. Wächter war vom Januar 1942 bis Spätsommer 1944 Gouverneur des Distrikts Galizien und schrieb das Papier als eine Art Rechenschaftsbericht im Februar 1945 in Italien nieder.

**505** Seraphim, Judentum (1942), S. 52.

**506** Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion (1981), S. 74–96.

**507** Aufzeichnungen des Unterstaatssekretärs im AA, Martin Luther, vom 21. 8. 1942; Pätzold (Hrsg.), Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung (1987), S. 350.

**508** Vermerk Rademachers vom 3. 7. 1940; Nbg. Dok., NG-2586-B-cont'd.

**509** Laut Franz Neumann stammte »Rosenbergs Idee, die Juden nach Madagaskar zu deportieren« von Paul de Lagarde (1828–1891). Lagarde war Professor für orientalische Sprachen an der Universität Göttingen und »primär für die Formung von Rosenbergs Ideologie verantwortlich«. Gemeinsam war beiden der »Hass auf Katholiken und Juden, auf das allgemeine Wahlrecht und die Aufklärung«. Lagarde, der »die Ausrottung aller semitischen und romanischen Elemente aus der deutschen Sprache und Kultur forderte, (...) war auch der Vorläufer des Mitteleuropa-Gedankens; er sah Deutschlands Zukunft in seiner Expansion nach Polen und Westrussland«. Neumann, Behemoth (1984), S. 181.

**510** Reichssicherheitshauptamt, Madagaskarprojekt (am 15. 8. 1940 dem AA übersandt); PAAA, Inland IIg/177, Bl. 199–219, hier: Bl. 201.

**511** Abteilungsleitersitzung vom 12. 7. 1940; Präg u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 252.

**512** Hillgruber, Hitlers Strategie (1965), S. 254.

**513** Die Ausformulierung des Madagaskarprojekts entstand »auf Anregung und in enger Fühlungnahme« mit dem Auswärtigen Amt unter Federführung von Franz Rademacher. (Aktennotiz Rademachers über die »bisherige Entwicklung des Madagaskarplans des Referats D III« im Auswärtigen Amt vom 30. 8. 1940; PAAA, Inland IIg/177, Bl. 195.) Nach dem Krieg wurde Rademacher Privatsekretär des Hamburger Zigarettenfabrikanten Philipp Reemtsma.

**514** Vermerk Rademachers vom 12. 8. 1940: »Gedanken über die Gründung einer intereuropäischen Bank für die Verwertung des Judenvermögens in Europa«; PAAA, Inland IIg/177, Bl. 228.

**515** Ebd.

- 516** Hillgruber, Hitlers Strategie (1965), S. 246, 252.
- 517** Zusammenstellung der mineralischen Bodenschätze von Madagaskar (gez. Schumacher); PA AA, Inland IIg/177, Bl. 222–224.
- 518** Das Auswärtige Amt verschickte das Gutachten Schumachers und vermutlich auch das Burgdörfers an die Antisemitische Aktion, an das Reichssicherheitshauptamt, die Vierjahresplanbehörde und das Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschland; ebd.
- 519** Diese Fragestellung ergibt sich nicht aus dem Gutachten selbst, sondern aus einer Bemerkung Seraphims über das Madagaskarprojekt; Volkmer, Forschung zu Osteuropa (1989), S. 191.
- 520** Gutachten Friedrich Burgdörfers vom 17. 7. 1940 »Zur Frage der Umsiedlung der Juden«; ZSTAP (heute: BArch), Film 15806, Aufn. 612577–612581.
- 521** Dazu ausführlich Hillgruber, Hitlers Strategie (1965), S. 242–255, hier: S. 249.
- 522** Vermerk Rademachers vom 10. 2. 1942; zit. nach Hillgruber, Hitlers Strategie (1965), S. 254.
- 523** Himmlers Erlass zur »Regelung der Zigeunerfrage« vom 8. 12. 1938, in: Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern 3 (1938), Sp. 2105–2110.
- 524** Schreiben des Chefs des RUSHA Günther Pancke an Heinrich Himmler vom 19. 12. 1938; BArch, DC, SS-HO/2250.
- 525** Schreiben Astels an Himmler vom 14. 6. 1937 und die Antwort Himmlers; zit. nach Ackermann, Himmler (1970), S. 284ff.
- 526** Zit. nach Kaul, Nazimordaktion T4 (1973), S. 63.
- 527** Abgedruckt in: Aly, Medizin gegen Unbrauchbare (1985), S. 32f. Die Niederschrift über diese Sitzung tippte der Plauer Oberbürgermeister Eugen Wörner zur eigenen Gedächtnisstütze offensichtlich selbst (die zahlreichen Schreibfehler sind hier berichtet). Wörners Offenheit dürfte eine Ausnahme gewesen sein. Die entsprechende Passage im Tagebuch des Regierenden Bürgermeisters von Hamburg lautet kurz und kühl: »3. 4. 1941: Vormittags Sitzung im Gemeindetag über Heil- und Pflegeanstalten.« StA Hamburg, Familienarchiv Krogmann I.
- 528** Alfred Döblin, Die Fahrt ins Blaue, in: Badische Zeitung vom 3. 5. 1946; zit. nach Heilmann, Döblins Fahrt ins Blaue (1989), S. 209.
- 529** Aly, Roth, Restlose Erfassung (1984), S. 93f.
- 530** Geschäftsverteilungsplan des RMDI von 1943; Geheimes Staatsarchiv Berlin, Rep. 151/381.
- 531** Schlaich, Lebensunwert? (1947), S. 79.
- 532** Roth u.a., Gesetz über die Sterbehilfe bei unheilbar Kranken (1984), S. 140–175.
- 533** Bericht des T4-Arzt Robert Müller über die Pflegeanstalt Rastatt (Juli 1942); zit. nach Aly (Hrsg.), Aktion T4 (1989), S. 16.
- 534** Meltzer, Problem der Abkürzung lebensunwerten Lebens (1925). Die Antworten, auf die sich Morell bezog, lauteten z.B.:
- »Was soll ich als alleinstehende Frau machen; stelle es zu Ihrer Verfügung, machen Sie, was Sie für am besten halten! Richtiger hätten Sie mir das gar nicht gesagt und hätten das Kind einschlafen lassen.«

»Wären lieber nicht mit dieser Frage behelligt worden. Bei einer plötzlichen Todesnachricht würden wir uns drein ergeben haben. Wie wohl wäre dem Kind schon lange, wenn im Anfangsstadium etwas dafür getan worden wäre.«

»Lieber wäre mir's gewesen, ich hätte nichts davon gewusst.«

»Im Prinzip einverstanden; nur dürften Eltern nicht gefragt werden; es fällt ihnen doch schwer, das Todesurteil für ihr eigen Fleisch und Blut zu bestätigen. Wenn es aber hieße, es wäre an einer x-beliebigen Krankheit gestorben, da gibt sich jedes zufrieden.«

Meltzer interpretierte diese Haltung so: »Gern will man sich selbst und vielleicht auch das Kind von der Last befreien, aber man will seine Gewissensruhe haben.« (Ebd., S. 90.)

[535](#) Zit. nach Roth u.a., Gesetz über die Sterbehilfe bei unheilbar Kranken (1984), S. 123f.

[536](#) Zit. nach Aly, Medizin gegen Unbrauchbare (1985), S. 16.

[537](#) Stichwortprotokoll des Oberlandesgerichtspräsidenten Alexander Bergmann; ebd., S. 26f.

[538](#) Besprechung Hitlers mit Keitel am 17. 10. 1939 »über die künftige Gestaltung der polnischen Verhältnisse zu Deutschland«; IMG, Bd. 26 (1947), S. 377ff.

[539](#) Seraphim, Judenfrage im Generalgouvernement (1940), S. 63.

[540](#) Rede Himmlers vor Gauleitern und anderen Parteifunktionären am 29. 1. 1940; zit. nach Smith u.a. (Hrsg.), Himmler (1974), S. 130.

[541](#) Hitler in einem Gespräch mit dem Journalisten Colin Ross am 12. 3. 1940; zit. nach Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 8 (1961), S. 716.

[542](#) Niederschrift von Martin Bormann vom 2. 10. 1940 über eine Sitzung in Hitlers Berliner Wohnung, an der u.a. Frank, Koch und von Schirach teilnahmen. IMG, Bd. 39 (1947), S. 425ff.

[543](#) Frank berichtete über entsprechende Äußerungen Hitlers vom 4. 11. 1940 und vom Dezember 1940 in einer »Besprechung von Fragen der Einsiedlung von Polen und Juden in das Generalgouvernement« am 15. 1. 1941; Präg u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 327.

[544](#) Ebd., S. 335.

[545](#) Besprechung Hitlers mit Generalfeldmarschall Keitel und General Zeitzler am 8. 6. 1943; BArch, RW 4/507, Bl. 32.

[546](#) Lipinski, Deflation als Mittel der Konjunkturpolitik (1936).

[547](#) Mündliche Mitteilung Meinholds vom 23. 11. 1985.

[548](#) Studentenarbeit im Generalgouvernement, in: Die Bewegung 9 (1941), Folge 20/21, S. 1.

[549](#) Emmerich u.a., Aufgaben der Sektion Wirtschaft (1941), S. 39ff.

[550](#) Grundlinien des industriellen Wiederaufbaus von Groß-Hamburg, bearbeitet im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Bearbeiter Dr. habil. Helmut Meinhold, November 1945.

[551](#) Ebd., S. 12.

[552](#) Ebd., S. 16.

[553](#) Meinhold, Industrialisierung des Generalgouvernements (1941); BArch, R 52 IV/144d, S. 213f.

[554](#) Meinhold, Grundlinien, wie Anm. 13, S. 16f.

[555](#) Der Kaffeegrößhändler Hans Biebow wurde 1902 in Bremen geboren und 1947 in Lodz hingerichtet. Den Posten als Chef der Lodzer Ghettoverwaltung hatte er durch Vermittlung der Industrie- und Handelskammer Lodz und des Staatssekretärs im Reichswirtschaftsministerium erhalten. Aktennotiz von Alexander Palfinger vom 7. 4. 1941; Staatsarchiv Warschau, Der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk Warschau/125.

[556](#) Zur Geschichte des Ghettos: Niederschrift der Beauftragten des Rechnungshofs des Deutschen Reichs über die örtliche Prüfung der Ernährungs- und Wirtschaftsstelle Getto des Oberbürgermeisters der Stadt Litzmannstadt (= Lodz) in Litzmannstadt, Hermann-Göring-Straße Nr. 21; ZSTAP (heute: BArch), Reichsfinanzministerium/B 6159, Bl. 84–103; abgedruckt in: Bevölkerungsstruktur und Massenmord (1991), S. 44–73.

[557](#) Weber, Litzmannstadt (1943), S. 10. Weber war Präsident der Wirtschaftskammer Litzmannstadt und hielt diesen Vortrag am 9. 12. 1942 im Kieler Institut für Weltwirtschaft. Im Verlauf von zwei Jahren war die Zahl der Lodzer Betriebe von 43000 auf 3000 reduziert worden. Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (1982), S. 175.

[558](#) Schreiben des Reichsfinanzministers Schwerin von Krosigk vom 9. 11. 1940 an den Reichsminister des Innern; ZSTAP (heute: BArch), Reichsfinanzministerium/B 6158, Bl. 87f. Der Minister beanstandete außerdem, dass die Ghettobevölkerung nicht »zu den öffentlichen Lasten beitragen«, also keine Steuern zahlen würde.

[559](#) Niederschrift der Beauftragten des Rechnungshofs, wie Anm. 2, Bl. 92f.

[560](#) Wie Anm. 4.

[561](#) Schreiben des Reichsfinanzministeriums an das Reichsinnenministerium vom 29. 8. 1940; ZSTAP (heute: BArch), Reichsfinanzministerium/B 6030, Bl. 14. Die Besprechung, auf der der Kredit beschlossen wurde, hatte schon vor der Abriegelung des Ghettos am 1. 4. 1940 im Reichsinnenministerium stattgefunden, allerdings unter der Prämisse, dass die Lodzer jüdische Bevölkerung sehr schnell evakuiert würde, die Zahl 25 Millionen ist im Protokoll nicht vermerkt, sie ergibt sich aber aus dem Gutachten des Rechnungshofs, Anlage 5 (Bl. 102).

[562](#) Niederschrift der Beauftragten des Rechnungshofs, wie Anm. 2, Bl. 86. Im November war bereits eine Buchprüfung durch das Finanzamt Mitte in Litzmannstadt vorgenommen worden, deren Ergebnisse den Reichsfinanzminister offenbar zu weitergehenden Nachprüfungen veranlasst hatten. Ebd., Bl. 91.

[563](#) Ebd.

[564](#) Ebd., Bl. 88.

[565](#) Ebd., Bl. 97.

[566](#) Dieser Abriss war die Voraussetzung für die hochfliegenden Pläne der deutschen Stadtverwaltung, die den Neubau einer »völlig deutschen Zentralstadt« an der Stelle des alten Lodz vorsahen: »Die jetzt vorhandene Stadt müsste dort völlig abgebrochen werden.« (Vermerk über Besichtigung der Aufbauarbeiten der Stadt Litzmannstadt vom 22. 8. 1940; Staatsarchiv Katowice, Land Pl GO/21, Bl. 1f.) Stadtoberbaudirektor von Lodz wurde im Dezember 1939 Wilhelm Hallbauer, der den Auftrag erhielt: »Machen Sie aus Lodz eine deutsche Stadt!« Dazu forderte er, dass »man nun bewusst die Kernstadt Lodz von fremdem Volkstum reinigt und die (...) Vorstädte aufs stärkste eindeutsch«. Zit. nach Gutschow, Stadtplanung im Warthegau (1993), S. 239f. Hallbauer wurde von

Oktober 1941 an Stadtbaurat und stellvertretender Stadthauptmann in Lwow (Lemberg) (siehe S. 420).

[567](#) Niederschrift der Beauftragten des Rechnungshofs, wie Anm. 2, Bl. 89f.

[568](#) Ebd., Bl. 98.

[569](#) Zit. nach Grabitz u.a., Letzte Spuren (1988), S. 281f.

[570](#) Schreiben des SS-Sturmabführers Höppner, Posen, an das Reichssicherheitshauptamt, z. Hd. Eichmann, vom 16. 7. 1941, nebst Anlage »Lösung der Judenfrage im Reichsgau Wartheland«; zit. nach Pätzold (Hrsg.), Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung (1987), S. 295.

[571](#) Vermerk über eine Ressortbesprechung im Reichsarbeitsministerium mit Vertretern aus den annektierten Gebieten Polens am 28. 11. 1941, betr. jüdische Arbeitskräfte; zit. nach ebd., S. 322.

[572](#) Trunk, Lodzher geto (1962), S. 251–257. Die internen Strukturen des Ghettos verschärften diese Selektionsmechanismen noch. Für die Deportationen wurden vorrangig Ghettobewohner ausgewählt, die nicht aus Lodz stammten und daher über weniger Einfluss und meistens auch über weniger Geld verfügten. Der Anteil der Frauen unter ihnen war in jeder Altersgruppe besonders hoch – höher als ihr Bevölkerungsanteil. Ringelheim, Verschleppung, Tod und Überleben (1992), S. 135–160.

[573](#) Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, Dienststelle Generalgouvernement, Bericht über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Bildung eines jüdischen Wohnbezirks in Warschau, Krakau, den 19. 12. 1940; BArch, RW 19/1499. Autor des Berichts war Gaters Stellvertreter Meder.

[574](#) Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, Dienststelle Generalgouvernement, Die Wirtschaftsbilanz des jüdischen Wohnbezirks in Warschau, Krakau, März 1941, abgedruckt in: Bevölkerungsstruktur und Massenmord (1991), S. 84–138.

[575](#) Referat über die Bildung des jüdischen Wohnbezirks in Warschau. Vortrag am 21. 1. 1941 gehalten von Reichsamtsleiter Schön, Abteilung Umsiedlung des Distrikts Warschau; BArch, RW 19/1499.

[576](#) Die Wirtschaftsbilanz (1941), wie Anm. 20, S. 87.

[577](#) Ebd., S. 102.

[578](#) Ebd., S. 88.

[579](#) Ebd., S. 94.

[580](#) Ebd., S. 93.

[581](#) Ebd., S. 104.

[582](#) Ebd., S. 106–109.

[583](#) Ebd., S. 108f.

[584](#) Ebd., S. 106.

[585](#) Ebd., S. 109f.

[586](#) Ebd., S. 98.

[587](#) Ebd., S. 99.

[588](#) Ebd., S. 112.

[589](#) Ebd., S. 113.

[590](#) Ebd., S. 133.

[591](#) Ebd., S. 135f.

[592](#) Ebd., S. 87, Zusammenfassung.

[593](#) Ebd., S. 138.

[594](#) Ebd.

[595](#) Protokoll der Regierungssitzung vom 3. 4. 1941; Präg u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 344f.

[596](#) Äußerungen von Distriktgouverneur Fischer und Unterstaatssekretär Kundt laut Protokoll der Regierungssitzung vom 19. 4. 1941; ebd., S. 360.

[597](#) Regierungssitzung vom 3. 4. 1941; ebd., S. 344.

[598](#) Durchführungsbestimmungen zur Anordnung des Chefs des Distrikts Krakau vom 3. 3. 1941 über die Bildung eines jüdischen Wohnbezirks in der Stadt Krakau vom 15. 4. 1941, in: Krakauer Zeitung vom 20./21. 4. 1941.

[599](#) Czerniaków, Im Warschauer Ghetto (1986), S. 151 (Eintrag vom 21. 5. 1941). Dort heißt es: »In Krakau hat ein beträchtlicher Teil der jüdischen Bevölkerung Passierscheine und Geschäfte außerhalb des Ghettos.« Siehe auch den beeindruckenden Bericht von Roman Polanski über die Lebensverhältnisse im Krakauer Ghetto; Polanski, Roman Polanski (1984), S. 17–29.

[600](#) Palfinger hatte sich in einer ausführlichen Aktennotiz gegen das Gater'sche Gutachten gewehrt, doch verhallte sein Protest ungehört. Palfinger polemisierte gegen Gaters Berechnungen z.B. mit dem Argument, dass »die Juden Nutztiere« seien, deren Speiseplan von der Natur bestimmt werde, daher seien Bedarfsrechnungen überflüssig. Staatsarchiv Warschau. Der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk Warschau/125 (Fragment). Zu den Spannungen zwischen Palfinger und Gater auch: Czerniaków, Im Warschauer Ghetto (1986), S. 143. (In Czerniakóws nicht vollständig erhaltenen Aufzeichnungen fehlt der hier erörterte Zeitabschnitt zwischen dem 14. 12. 1940 und dem 22. 4. 1941).



[601](#) Kurzmeldung der Krakauer Zeitung vom 21. 5. 1941.

[602](#) Vermerk Bischofs vom 30. 4. 1941; Staatsarchiv Warschau, Der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk in Warschau/II, Bl. 9. Bischof bezeichnete das RKW-Gutachten gegenüber Distriktgouverneur Fischer als »zutreffend« und als »maßgeblichen Ausgangspunkt für die weiteren Erörterungen«.

[603](#) Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (1982), S. 183.

[604](#) AIPN, Reg. GG/Hauptabteilung Arbeit/Abt. Arbeitseinsatz, IX/12, Bl. 20.

[605](#) Archiv für Neue Akten, Warschau, Reg. GG/1414/7 (undatiertes Fragment, ca. März 1941).

[606](#) Im Unterschied zu uns sieht Christopher Browning in Gater einen bedingungslosen Befürworter der Produktivierung des Ghettos. Dass Gater auch den Vorschlag gemacht hat, das Ghetto als ein Mittel zu betrachten, um das Judentum zu »liquidieren«, erwähnt Browning zwar, ohne jedoch daraus Rückschlüsse zu ziehen. Er teilt die mit der Ghettoverwaltung befassten deutschen Fachleute und Politiker in »Produktivisten« (Gater, Emmerich, Bischof) einerseits und »Aushungerer« (Palfinger, Schön, Fischer) andererseits ein, wobei er die Kontroversen zwischen beiden Gruppen betont. Wir gehen dagegen davon aus, dass Gater die in seinem Gutachten benannten verschiedenen Verfahrensmöglichkeiten nicht als Alternativen verstanden hat und sie tatsächlich auch in Kombination angewandt wurden: produktivieren und aushungern. Siehe Browning, Vernichtung und Arbeit (1989), S. 64–69.

[607](#) Z.B. das Schreiben, das Bischof unter der Überschrift »Jüdischer Arbeitsmarkt im Generalgouvernement« vom August 1941 an alle Industrie- und Handelskammern des Reichs schickte; BAarch, R 11/1220. Eines seiner Argumente lautete, es müsse »vermieden werden, dass unnütze Brotesser der Gesamtwirtschaft zur Last fallen«. Den Inhalt dieses Schreibens veröffentlichten auch verschiedene Tageszeitungen, z.B. die Nationalzeitung in Essen vom 26. 8. 1941 (»Jüdischer Arbeitsmarkt im Generalgouvernement«).

[608](#) Vermerk des Statistischen Amtes des Generalgouvernements vom 20. 11. 1941; Archiv des Statistischen Zentralamts der Republik Polen, Statistisches Amt 1940–1944/255.

[609](#) Briefftagebuch für Verschlussachen der Abteilung Raumordnung im Distrikt Warschau; Staatsarchiv Warschau, Abteilung Raumordnung/872.

[610](#) Tatiana Brustin-Berenstein, O hitlerowskich metodach eksploatacji gospodarczej getta warszawskiego (Nationalsozialistische Methoden der wirtschaftlichen Ausbeutung des Warschauer Ghettos), in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego, Warszawa 1953, Nr. 4, S. 3–52. In Auszügen übersetzt und nachgedruckt in: Bevölkerungsstruktur und Massenmord (1991), S. 74–83.

[611](#) Ebd.

[612](#) Staatsarchiv Warschau, Der Kommissar für den jüdischen Wohnbezirk Warschau/I, Bl. 7.

[613](#) Satzung der Transferstelle Warschau vom 14. 5. 1941; PAAA, Inland IIg/199, Bl. 2.

[614](#) Der Begriff Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, der 1957 die Vorläuferorganisation der Europäischen Union bezeichnete, wurde spätestens seit 1942 verwandt. Er diente beispielsweise als Titel einer Vortragsreihe, die der Berliner Gauwirtschaftsberater der NSDAP, die Berliner Industrie- und Handelskammer, die Wirtschafts-Hochschule Berlin und der Verein Berliner Kaufleute in den ersten Monaten des Jahres 1942 gemeinsam organisierten. Die Vorträge sind veröffentlicht in: Funk u.a., Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (1942).

[615](#) Europäische Großraumwirtschaft. Vorträge gehalten auf der Tagung zu Weimar vom 9.–11. 10. 1941, Leipzig o.J., S. IV.

[616](#) Gross, Zur Geschichte der wirtschaftswissenschaftlichen Südosteuropa-Forschung (1979), S. 129.

[617](#) In dem Ausschuss waren außer der SOEG und dem MWT auch die I. G. Farben repräsentiert, das Deutsche und das Wiener Institut für Wirtschaftsforschung, das Reichswirtschaftsministerium, das Institut für Weltwirtschaft in Kiel, die Südostgemeinschaft Deutscher Hochschulen und der Zentralverband der Industrie von Böhmen und Mähren.

[618](#) Geheimprotokoll vom 27. 6. 1942; BArch, R 63/303, Bl. 53–70.

[619](#) Schumann (Hrsg.), Griff nach Südosteuropa (1973), S. 51. Einer der Vorstandsreferenten des MWT, Alfred Sohn-Rethel, schrieb später das Buch »Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus« (1975). Kritisch dazu: Hartmann, Dr. Alfred Sohn-Rethel (1990), S. 44–48; kritisch zu Hartmann: Freytag, Linkes Profilierungselend (1990), S. 14–23.

[620](#) Hartmann, Völkermord gegen soziale Revolution (1985), S. 251. Hartmann analysiert die Großraumkonzepte des deutschen und US-amerikanischen Kapitals in den 1930er- und 1940er-Jahren.

[621](#) Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur (1975), S. 83.

[622](#) Wilmowsky, Aufgaben und Ziele des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (1940), S. 9.

[623](#) Monatsberichte des Wiener Instituts für Wirtschaftsforschung, 15 (1941), Heft 5/6, S. 92; Radandt, Interessen der I. G. Farbenindustrie AG (1988), S. 10–30.

[624](#) Ebd. S. 25.

[625](#) Frangeš, Donaustaaten Südosteuropas (1941), S. 285. Otto Frangeš (1870–1945) war von 1929 bis 1931 jugoslawischer Landwirtschaftsminister und verfügte, wie aus dem zitierten Aufsatz hervorgeht, über enge Verbindungen zu deutschen Wirtschaftsexperten und »Männern der Praxis«. Ebenso wie der Ökonom Mihail Manoilescu, der 1940 für etwa ein Jahr rumänischer Außenminister wurde, zählte er sich zu den »Rufern in der Wüste«, die schon seit Langem für »möglichst weitgehende Bindungen der Agrarstaaten des Südostens an Deutschland und Italien eintraten«.

[626](#) Konzept der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau im Vierjahresplan vom August 1939; BArch, R 25/53, Bl. 1–15.

[627](#) Ebd.

[628](#) Wirtschaftspressekonferenz vom 24. 7. 1940 abends; BArch, Nachlass Backe/9.

[629](#) Predöhl, Stabilisierung und Weltwirtschaft (1941), S. 172.

[630](#) Protokoll der Sitzung des Großen Beirats der Reichsgruppe Industrie vom 3. 10. 1940; zit. nach Eichholtz, Kriegswirtschaft 1 (1984), S. 368ff.

[631](#) Ausarbeitung des Deutschen Instituts für Bankwissenschaft und Bankwesen vom 27. 8. 1940 zu Fragen der Außenwirtschaft und der Währungspolitik nach dem Kriege, abgedruckt in: Bulletin des Arbeitskreises »Zweiter Weltkrieg«, Nr. 1/2, 1971, S. 70. So wurden in Serbien, Bulgarien, Rumänien, der Slowakei und Kroatien in Zusammenarbeit mit der jeweiligen deutschen Botschaft Sozialattachés eingesetzt, deren Tätigkeit das in Berlin residierende Zentralamt für internationale Sozialgestaltung der Deutschen Arbeitsfront koordinierte und die ihre Erfahrungen an das Arbeitswissenschaftliche Institut

der Deutschen Arbeitsfront »zum Einbau in die gesamteuropäische Planung« weitergaben. Ihre Aufgabe bestand u.a. darin, »die fremden Regierungen, führende Persönlichkeiten, die Behörden (...), Presse usw. mit (...) der deutschen Sozialpolitik vertraut zu machen; konkrete sozialpolitische Ziele bei den einzelnen Regierungen in Vorschlag zu bringen und auszudrücken, die nach wirtschaftlichem Zustand der betreffenden Länder, dem Volkscharakter (...) und unterschiedlichen deutschen Interessen vorsichtig abgestimmt werden müssten«. Aktenvermerk von Hans Felix Zeck über die Unterredung mit SS-Obersturmbannführer Smagon am 6. 1. 1944; BArch, R 63/124, Bl. 33f.

[632](#) Peters, Soziale Zukunftsperspektiven (1943), S. 327.

[633](#) Jochmann (Hrsg.), Monologe im Führerhauptquartier (1980), S. 56, Aufzeichnungen vom 10. 8. 1941.

[634](#) Schlotterer, Zusammenarbeit in Europa (1940), S. 944ff.

[635](#) In Jugoslawien betrug die Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe nach der Agrarreform 6,61, in Bulgarien 5 Hektar. Der Prozentsatz der Betriebe unter 10 Hektar lag dort 1934 bei 89,3. Monatsberichte des Wiener Instituts für Wirtschaftsforschung 15 (1941), Nr. 3/4, S. 83.

[636](#) Der Export von Lebensmitteln blieb, so beklagten die deutschen Experten, »hinter den Berechnungen weit zurück«. Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Deutschland und Südosteuropa (1940), S. 89.

[637](#) Ebd., S. 97.

[638](#) Die Wirtschaftsstruktur Rumäniens unter Berücksichtigung der Gebietsabtretungen, in: Ländernachrichten, Kriegsausgabe, 9. 4. 1941, Vowi 4316; ZSTAP (heute: BArch), I. G. Farben/A 366, Bl. 370ff.

[639](#) Wirtschaftsbericht Bulgarien, 2. 3. 1939, Vowi 3216 (Hrsg. I. G. Farben); ZSTAP (heute: BArch), I. G. Farben/A 597/1.

[640](#) Zotschew, Landvolk in Bulgarien (1943), S. 231.

[641](#) Die volkswirtschaftliche Struktur der Slowakei, in: Monatsberichte des Wiener Instituts für Wirtschaftsforschung 15 (1941), Heft 3/4, S. 44. Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche waren auf Höfe unter 20 Hektar verteilt. An anderer Stelle hieß es, dass »die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe (65,6%) Zwergbetriebe bis zu 5 ha seien« (Gross, Slowakei in der Großraumwirtschaft Europas (1944), S. 3).

[642](#) Z.B.: Peter Zatko, Die Entwicklung der slowakischen Industrie (BArch, R 63/128, Bl. 21–30); Slowakei braucht neue Industrien. 325000 Menschen in der Landwirtschaft überzählig, in: Neues Wiener Tagblatt vom 18. 6. 1939.

[643](#) Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Deutschland und Südosteuropa (1940), S. 59.

[644](#) Ebd., S. 60.

[645](#) Reichsforschungsrat, Fachsparte Raumforschung/Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums, Hauptamt Volksdeutsche Mittelstelle (Hrsg.), Der Donau-Karpatenraum (Kartenwerk für den Dienstgebrauch), Stuttgart 1943, Anmerkungen zu Bl. 5 und 6.

[646](#) Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Deutschland und Südosteuropa (1940), S. 26–28.

[647](#) Ebd., S. 31.

[648](#) Ebd., S. 72.

[649](#) Ebd., S. 62.

[650](#) Ebd., S. 76.

[651](#) Zur Frage der künftigen Wirtschaftspolitik gegenüber Südosteuropa. Ausarbeitung der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft beim Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan vom 15. 1. 1941; BArch, R 2/10382, Bl. 27ff.; auszugsweise abgedruckt bei Schumann (Hrsg.), Griff nach Südosteuropa (1973), S. 109f.

[652](#) BArch, R 63/293, Bl. 189. Es handelt sich wahrscheinlich um ein Papier des Zwölferausschusses. Siehe S. 312.

[653](#) Stand und wehrwirtschaftliche Bedeutung der rumänischen Getreidewirtschaft, Geheimstudie für das OKW, ausgearbeitet vom Institut für Weltwirtschaft im April 1939; BArch, RW 19/Anh. I/689, S. 21; Die Bedeutung der südosteuropäischen Getreidewirtschaft und ihre wehrwirtschaftliche Beurteilung, Geheimbericht des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, April 1939, S. 21; BArch, RW 19/Anh. I/572. In schlechten Erntejahren reichte das Getreide in Jugoslawien, Rumänien und Bulgarien nicht einmal für die Eigenversorgung aus. Frangeš, Bevölkerungsdichte als Triebkraft (1939), S. 13, 15.

[654](#) Bericht vom 1. 9. 1942; BArch, R 63/253, Bl. 72–80. Janowsky war Leiter der Abteilung Außenhandel der Wirtschaftsgruppe Groß-, Ein- und Ausfuhrhandel in Berlin und bereiste Südosteuropa in dieser Eigenschaft. Er galt als »ein Freund der Idee der Liquidation bestimmter Industriezweige im Südosten«. Besprechung über Industriepanung vom 30. 3. 1942; BArch, R 63/295, Bl. 104.

[655](#) Es handele sich laut Janowsky nicht »etwa nur um Getreide, Brotfrüchte, Mais und Ölfrüchte«, sondern es gehe auch um »Schlachttiere und tierische Erzeugnisse wie Rinder, Schweine, weiters um Geflügel, Eier, Federn, Daunen, Tierhaare und dergleichen mehr«; ebd.

[656](#) Seraphim, Judentum im osteuropäischen Raum (1938), S. 75, 187f., 206, 266f. Im Sommer 1940 wurde auch im Bericht der Volkswirtschaftlichen Abteilung der I. G. Farben die »agrарische Überbevölkerung« und das »Judentum« in Bessarabien analysiert und festgestellt, dass »das Judentum großenteils Träger russisch-kommunistischer Ideen« sei. Die wirtschaftlichen Kräfte Bessarabiens und der nördlichen Bukowina und ihre Bedeutung für Rumänien, in: Volkswirtschaftliche Abteilung der I. G. Farben (Hrsg.), Ländernachrichten, Kriegsausgabe, 15. 7. 1940; Dt. Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, Kiel, YY 2227.

[657](#) Politischer Bericht der Deutschen Gesandtschaft Bukarest vom 26. 6. 1937 über ein Gespräch mit König Carol über die »Judenfrage«; PAAA, Politische Abteilung/Akten betreffend Judenfragen/Rumänien, Pol IV/347, Bl. 41–46; Politischer Bericht der Deutschen Gesandtschaft in Ungarn (gez. Werkmüller) vom 20. 4. 1937; PAAA, Politische Abteilung/Pol. IV/512; und Bericht vom 26. 7. 1937 über den Einfluß des Judentums im nationalen Leben Ungarns; ebd.

[658](#) Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Deutschland und Südosteuropa (1940), S. 32.

[659](#) Bericht Janowskys, S. 16.

[660](#) Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Deutschland und Südosteuropa (1940), S. 32f.

[661](#) Aufzeichnung vom 2. 12. 1942; PAAA, Akten betreffend Judenfrage in Ungarn 1942–1943, Inland IIg/208, Bl. 45–52.

[662](#) Telegramm Nr. 133 des HSSPF vom 24. 4. 1944; PAAA, Akten betreffend Judenfrage in Ungarn/Sonderaktion 1944, Inland IIg/210, Bl. 14f.

[663](#) Christiansen, Slowakei (1941), S. 669.

[664](#) Bericht Slov. Nr. 15 vom 16. 10. 1941 zur Lage in der Slowakei, S. 2; BArch, RW 29/2. Der Bericht wurde von einem nicht namentlich genannten Vertrauensmann des Aufklärungsausschusses verfasst. Der Aufklärungsausschuss war ein von der Hamburger und Bremer Wirtschaft gegründeter Auslandsnachrichtendienst. Die »Vertraulichen Berichte« wurden an einen ausgewählten Kreis von Empfängern geschickt und sollten sofort nach der Lektüre vernichtet werden. Der hier angeführte Bericht ist einer der wenigen, die sich bisher nachweisen lassen. Der Aufklärungsausschuss arbeitete eng mit dem Hamburger Weltwirtschaftsarchiv zusammen, das seinerseits spätestens seit August 1939 offiziell mit dem Sicherheitsdienst kooperierte und regelmäßig Berichte zum Thema »Beobachtung der Juden« an den Leiter der zuständigen SD-Abteilung, Franz Six schickte. Auch diese Berichte sind bisher nicht aufgefunden worden, ihre Existenz ergibt sich aus dem Schriftwechsel des Reichssicherheitshauptamts mit dem Institut. BArch, R 58/565, Bl. 3–7, 104f.

[665](#) Biehl, Slowakei (1939), S. 1026.

[666](#) Juden im Südosten, in: Berliner Börsenzeitung vom 11. 6. 1941.

[667](#) Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront, Deutschland und Südosteuropa (1940), S. 71.

[668](#) Radandt, Interessen der I. G. Farbenindustrie AG (1988).

[669](#) Die Wiedereingliederung der Süddobrudscha nach dem Vertrag von Craiova und ihre wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, in: Volkswirtschaftliche Abteilung der I. G. Farben (Hrsg.), Ländernachrichten, Kriegsausgabe, 24. 10. 1940; Dt. Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften, Kiel, YY 2227.

[670](#) Das Siedlungswerk von 1942 in Rumänien, in: Raumforschung und Raumordnung 7 (1943), Heft 1/2, S. 62ff. Insgesamt wurden aus der Südbukowina und der Dobrudscha etwa 80000 Deutschstämmige umgesiedelt.

[671](#) Rumäniens Kampf gegen die Juden, in: Frankfurter Zeitung vom 22. 7. 1943.

[672](#) Bericht des Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamts Prof. Dr. Burgdörfer über die Tätigkeit als Beobachter der Allgemeinen Rumänischen Volkszählung 1941; PAAA, Abt. III/HaPol IV b/Akten betreffend Bevölkerungsfragen in Rumänien, Bl. 14f.; Aly, Roth, Restlose Erfassung (1984), S. 82f. Burgdörfer berichtete ferner, dass im Anschluss an die Volkszählung das rumänische Meldewesen sowie die Führung eines Bevölkerungsregisters neu aufgebaut werden sollten. Der mit dieser Aufgabe betraute Statistiker Dr. med. P. Vlad werde sich »demnächst zum Studium des deutschen Meldewesens nach Deutschland begeben«. (Bericht, S. 8f.) Über die Durchführung und die Ergebnisse der rumänischen Volkszählung von 1941 heißt es in dem von der Publikationsstelle Wien in Zusammenarbeit mit dem SD herausgegebenen Buch »Die Bevölkerungszählung in Rumänien 1941« (Geheim, Wien 1943): Ziel der Zählung sei die Schaffung statistischen Grundlagenmaterials für »größere Umsiedlungen und Wanderungsbewegungen«, von »besonderer Bedeutung« sei die »Sonderzählung der Bevölkerung jüdischer Abstammung«, außerdem »fanden noch je eine Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe sowie eine der Handels- und Industrieunternehmen statt«. Auch diese Zählungen zeichneten sich »durch eine besondere Ausführlichkeit der Fragestellung aus«. S. 5–

11.

**673** Seraphim, Bevölkerungs- und Wirtschaftsprobleme (1941), S. 45. Ähnlich Max Biehl: »Die Entjudung des Staatsdienstes und der öffentlichen Dienste sowie der freien Berufe (vor allem Rechtsanwälte, Ärzte, Apotheker) wurde sehr rasch durchgeführt. (...) Seit nun für Slowaken die Aufstiegsmöglichkeiten im Staatsdienst und freien Berufen freigemacht sind, hat sofort ein lebhafter Zustrom der Jugend zu den höheren Schulen eingesetzt.« Biehl, Slowakei (1940), S. 750.

**674** Reichsstelle für Wirtschaftsausbau im Vierjahresplan, Die künftigen Aufgaben der einzelnen europäischen Länder im Rahmen des Großwirtschaftsraums (5. 5. 1941); BArch, R 25/94.

**675** Alfred Maelicke, Fortschreitende Entjudung Europas, in: Die Deutsche Volkswirtschaft 17 (1942/43), S. 1272–1276, abgedruckt in: Bevölkerungsstruktur und Massenmord (1991), S. 151–154.

**676** Maelicke hatte 1936 mit einer Arbeit über das Wirtschaftsberatungsamt der Stadt Berlin promoviert. Während seiner Tätigkeit als Gauwirtschaftsberater befasste er sich im Dezember 1938 eingehend mit der »Veräußerung jüdischer Gewerbebetriebe«. In einer Artikelserie im Wirtschaftsblatt der Industrie- und Handelskammer zu Berlin erläuterte er am 7. 12. 1938 die soeben neu geschaffene Rechtslage für die Arierisierungen und gab den auf günstige Gelegenheiten lauernden »arischen Kaufwerbern« Hinweise, wie und von wem ihre Anträge zur Übernahme jüdischer Geschäfte beurteilt würden. Demnach entschieden Gauwirtschaftsberater, Deutsche Arbeitsfront und Industrie- und Handelskammer in »ausgezeichneter Zusammenarbeit« darüber, welche Antragsteller fachlich und politisch zur Geschäftsübernahme geeignet seien und welche Gewerbebetriebe zwecks Abbau von »Übersetzungserscheinungen« besser stillgelegt als »arisiert« werden sollten. Maelicke, Veräußerung jüdischer Gewerbebetriebe (1938), S. 1634–1636.

**677** Aufzeichnung über die Unterredung zwischen Hitler und Horthy am 18. 4. 1943, Akten zur Auswärtigen Politik, Serie E, Bd. 5 (1978), S. 621–640.

**678** Göring im November 1941 im Gespräch mit dem italienischen Außenminister Graf Ciano, in: Les Archives Secrètes du Comte Ciano 1936–1942, Paris 1948, S. 478; zit. nach Madajczyk, Okkupationspolitik Nazideutschlands (1987), S. 92. Göring unterhielt sich mit Ciano über die Hungersnot in Griechenland und riet ihm, »diese Frage nicht so ernst zu nehmen; in Deutschland würde man sich auch nicht darüber aufregen, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen verhungerten«.

**679** Das geschah schon 1940, und das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bezifferte die fehlenden Getreidemengen in einem Bericht vom 14. 12. 1940 über »Die erste Kriegsernte in Europa« für Kontinentaleuropa (ohne Großbritannien und die Sowjetunion) auf 21,7 Millionen Tonnen, also den Lebensmittelbedarf für fast 50 Millionen Menschen. ZSTAP (heute: BArch), RMEL/2360.

**680** Lehmann, Faschistische Agrarpolitik (1980), S. 948–956; Kutz, Kriegserfahrung und Kriegsvorbereitung (1984), S. 59–82, 135–164; Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges (1979), S. 177–370; Müller, Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg (1983), S. 98–189.

**681** Lehmann, Untersuchungen zur Agrarpolitik (1977), S. 11.

**682** Präg u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 186.

**683** Diese Zahl ergibt sich aus den Berechnungen Backes über den Bevölkerungszuwachs Russlands seit 1914; sie findet sich in der zu Anfang des Kapitels zitierten Bemerkung Görings gegenüber Ciano bestätigt. Neben Backe trieben seine Berater Joachim Riecke und Alfons Moritz diese Planungen voran.



[684](#) Aussage von dem Bach-Zelewski vom 7. 1. 1946 vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, IMG, Bd. 4 (1947), S. 535f.

[685](#) Vortrag Neumanns vor der Verwaltungsakademie Berlin am 29. 4. 1941; Nbg. Dok., NID-13844.

[686](#) Otto Donner, Der Vierjahresplan. Vortrag vor der Verwaltungsakademie Berlin am 29. 4. 1941; Geheimes Staatsarchiv Berlin, Rep. 90 M/36, Bl. 25–48.

[687](#) Herbert Backe, Großer Bericht, S. 40; BArch, Nachlass Backe/3. Tatsächlich hatten die Angriffskriege zu einem »Schwächezustand der deutschen Kriegsernährungswirtschaft« im Frühjahr 1941 geführt.

[688](#) Redekonzept »für Montag, den 20. 5. 40«; ebd., Bd. 5; Melzer, Studien zur Agrarpolitik (1966), S. 268ff.

[689](#) Frangeš gab das Ernährungsminimum 1939 für einen jugoslawischen Bauern mit 300 kg Getreide pro Jahr an (Frangeš, Bevölkerungsdichte als Triebkraft, S. 12); die Vierjahresplanbehörde rechnete 1941 mit 250 kg für einen sowjetischen Bauern; in Getreideeinheiten umgerechnet dürfte der Gesamtverbrauch eines Deutschen bei 400 bis 500 kg Getreide pro Jahr gelegen haben.

[690](#) Goebbels-Tgb., Eintrag vom 1. 5. 1941.

[691](#) Siehe S. 340.

[692](#) Goebbels-Tgb., Eintrag vom 6. 5. 1941.

[693](#) Müller, Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg (1983), S. 157.

[694](#) Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft vom 23. 5. 1941, abgedruckt in: IMG, Bd. 36 (1947), S. 135–157. Die folgenden Zitate entstammen – soweit sie nicht anders gekennzeichnet sind – diesen Richtlinien. Backe veröffentlichte dieselben Thesen – ohne die völkermörderische Dimension ausdrücklich zu nennen – im Vorwort zum 1941 veranlassten amtsinternen Druck seiner 1926 in Göttingen gescheiterten Dissertation: »Europa ist nicht nur im Kriege von den überseeischen Kornmärkten abgehängt, sondern es handelt sich hier um einen ganz grundsätzlichen Vorgang. Dieses Europa muss seine Ergänzung im Osten finden. (...) Damit diese Aufgabe uns gelingt, müssen wir die Struktur der russischen Volkswirtschaft vor dem (Ersten) Weltkrieg kennen. Wir müssen um die Mittel wissen, die zu den Überschüssen führten. (...) Das Fernziel muss Steigerung der Erzeugung sein, die Nahaufgabe steht aber eisern vor uns: ausreichende Überschüsse für Europa zu liefern.« Backe, Russische Getreidewirtschaft (1941).

[695](#) Zit. nach Streit, Keine Kameraden (1978), S. 65.

[696](#) Feldpostbrief von Leutnant Dr. Friedrich Richter, Referent für Ostfragen beim Vierjahresplan, vom 26. 5. 1943. Angesichts der fortgesetzten militärischen Niederlagen plädierte Richter dafür, die Völker der besetzten Teile der Sowjetunion »zu gewinnen«, damit man für »bessere machtpolitische Lösungen« den Rücken frei habe. BArch, R 6/60a, Bl. 1–4.

[697](#) Stenographischer Bericht über die Besprechung Görings mit den Reichskommissaren für die besetzten Gebiete und den Militärbefehlshabern über die Ernährungslage vom 6. 8. 1941; IMG, Bd. 29 (1947), S. 385.

[698](#) Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft vom 23. 5. 1941; IMG, Bd. 36 (1947), S. 135–157.



- [699](#) Zit. nach Eichholtz, Richtlinien Görings (1977), S. 73–111.
- [700](#) Jochmann (Hrsg.), Monologe im Führerhauptquartier (1980), S. 58f. Ganz im Sinne der Ideen Backes äußerte sich Hitler u.a. auch in einem Brief an Mussolini vom 21. 6. 1941 und in einer Unterredung mit dem rumänischen Vizeministerpräsidenten und Außenminister Mihai Antonescu in Berlin am 28. 11. 1941. Müller, Von der Wirtschaftsallianz zum kolonialen Ausbeutungskrieg (1983), S. 157; Hillgruber (Hrsg.), Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler (1967), S. 670.
- [701](#) Jochmann (Hrsg.), Monologe im Führerhauptquartier (1980), S. 63, Eintrag vom 17./18. 9. 1941.
- [702](#) Rede Rosenbergs vom 20. 6. 1941; IMG, Bd. 26 (1947), S. 610ff.
- [703](#) 11. Sitzung des Generalrats vom 24. 6. 1941 unter Vorsitz von Staatssekretär Körner; Nbg. Dok., NI-7474.
- [704](#) Goebbels-Tgb., Eintrag vom 28. 6. 1941.
- [705](#) IMG, Bd. 38 (1947), S. 86ff.
- [706](#) Erlass Görings vom 27. 7. 1941; Staatsarchiv Riga, P-70/5/1, Bl. 2–4. Einer der Mitarbeiter der Zentral-Handelsgesellschaft Ost berichtete uns: »Natürlich hatten wir möglichst viel aus der Sowjetunion herauszuholen; wir hatten sehr viele Möglichkeiten, wir jonglierten mit vier Briefköpfen: Je nachdem traten wir entweder als Zentral-Handelsgesellschaft Ost auf oder als Wehrwirtschaftsstab Ost, als Vierjahresplan oder als Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.« Das Deutsche Getreidekontor finanzierte im Übrigen nach dem Krieg die Verteidigung von Walter Emmerich im Auslieferungsverfahren, das Polen gegen ihn angestrengt hatte. Mitteilung von Harald Hansen vom 15. 8. 1986.
- [707](#) Sitzung des Wirtschaftsführungsstabs Ost am 31. 7. 1941; BArch, RW 31/11., Bl. 104f.
- [708](#) Aufzeichnung des Ministerialrats Görnert; zit. nach Streit, Keine Kameraden (1978), S. 143.
- [709](#) Aufzeichnungen des Generalmajors Hans Nagel vom 16. 9. 1941 über dieselbe Sitzung; IMG, Bd. 36 (1947), S. 105ff.
- [710](#) Der großdeutsche Freiheitskampf. Reden Adolf Hitlers, Bd. 3, München 1943, S. 97.
- [711](#) Zit. nach Eichholtz, Richtlinien Görings (1977), S. 93.
- [712](#) Staatsarchiv Hamburg, Familie Krogmann I/Carl Vincent Krogmann/Tagesberichte/chronologische Serie/C 14 IX, 1941. Berichterstatte war wahrscheinlich der leitende Finanzbeamte Hans Glade.
- [713](#) Auch R.-D. Müller führt aus, »dass die deutsche Besatzungsmacht nicht vom Problem der Ernährungsfrage überrollt worden ist, sondern – wie im Fall der Judenvernichtung ebenfalls – der Krieg und aus ihm scheinbar resultierende Sachzwänge bewusst ausgenutzt werden sollten, um Völkermord zu begehen«. Müller, Unternehmen Barbarossa (1984), S. 187.
- [714](#) Fernschreiben der Einsatzgruppe A aus Reval an das Reichssicherheitshauptamt, Ämter III und IV, vom 6. 11. 1941; Historisches Zentralarchiv Riga, P-1026/1/12a.
- [715](#) Kriegsverwaltungschef Riecke auf der Wirtschaftspressekonferenz vom 3. 2. 1942; ZSTAP (heute: BArch), 24.01 (Beauftragter für den Vierjahresplan)/22/1.
- [716](#) Einladung vom 16. 5. 1942 zu einer Besprechung im Führerhauptquartier am 23. 5. 1942 (Geheime Kommandosache); ZSTAP (heute: BArch), Aufn. 870500.

- [717](#) Wir stützen uns in diesem Abschnitt ausschließlich auf das Buch von Streit, Keine Kameraden (1978), hier: S. 128. Die Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz des Vierjahresplans leitete Werner Mansfeld.
- [718](#) Brief vom 26. 8. 1941; zit. nach Streit, Keine Kameraden (1978), S. 131.
- [719](#) Ebd., S. 134f.
- [720](#) Ebd., S. 142.
- [721](#) Ebd., S. 144.
- [722](#) So der Bericht des Wirtschaftstabs Ost für den 16.–30. 9. 1941; ebd., S. 145.
- [723](#) Ebd., S. 157f. Eduard Wagner gehörte später zu den Verschwörern des 20. Juli 1944.
- [724](#) Ebd., S. 143.
- [725](#) Backe, Nahrungsfreiheit Europas (1942), S. 11; zweite, ergänzte Auflage, Leipzig 1943; die dritte, gekürzte Auflage erschien 1957 in der Schriftenreihe des Instituts für Geozologie und Politik unter dem Titel: Kapitalismus und Nahrungsfreiheit, eingeleitet von Rolf Hinder, Bad Godesberg 1957.
- [726](#) BArch, Nachlass Backe/5.
- [727](#) Die Zukunftsmöglichkeiten in der Ukraine und in den Gebieten zwischen Don und Kaukasus, vorgelegt vom Reichsamt für Wirtschaftsausbau (einem Amt der Vierjahresplanbehörde) am 26. 10. 1942; BArch, R 25/42.
- [728](#) Vgl. auch Kettenacker, Hitlers's Final Solution (1986), S. 73–96.
- [729](#) Bericht des Rüstungsinspektors Ukraine an den Chef des WiRü-Amtes im OKW vom 2. 12. 1941 (»Der Bericht ist von OKV Rat Prof. Seraphim abgefasst«); IMG, Bd. 32 (1947), S. 71ff. Möglicherweise in Unkenntnis der bereits ausgearbeiteten, noch weit über die Ukraine hinausreichenden deutschen Siedlungspläne, vielleicht aber auch, weil er im Interesse zukünftiger Siedler die einheimische Bevölkerung zumindest zum Teil als Arbeitskräfte erhalten wollte, machte sich Seraphim darüber Gedanken, »wer denn hier eigentlich Wirtschaftswerte produzieren soll (...), wenn wir die Juden totschießen, die Kriegsgefangenen umkommen lassen, die Großstadtbevölkerung zum erheblichen Teile dem Hungertode ausliefern« und »im kommenden Jahre auch einen Teil der Landbevölkerung durch Hunger verlieren werden«. (Ebd.)
- [730](#) Redekonzept »für Montag den 20. 5. 40«; BArch, Nachlass Backe/5.
- [731](#) Notiz über die Besprechung mit Staatssekretär Backe am 6. 3. 1937; BArch, DC Herbert Backe. Ganz anders urteilte 1949 der Geschäftsführende Vorstand der Max-Planck (bis 1945: Kaiser-Wilhelm)-Gesellschaft, als deren Erster Vizepräsident Backe von 1941 bis 1945 amtierte hatte: »... untadelige und vornehme Gesinnung ... persönlich uneigennützig ... Unterstützung der Forschung und Erhaltung ihrer Unabhängigkeit ... großes Ansehen in allen wissenschaftlichen Kreisen ...« (Brief des Geschäftsführenden Vorstandes der Max-Planck-Gesellschaft, unterschrieben von Dr. Ernst Telschow, vom 3. 1. 1949; BArch, Nachlass Backe/9).
- [732](#) Siehe S. 234.
- [733](#) Es handelte sich um den Berliner Wolfgang Abel, einen Schüler Eugen Fischers; zit. nach Heiber, Der Generalplan Ost (1958), S. 281–325, hier: S. 312ff.
- [734](#) Anlage zum Schreiben des Wehrmachtsbevollmächtigten beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren (General Erich Friderici) zum Thema »Das tschechische Problem«; zit. nach Die

Vergangenheit warnt (1960), S. 45.

[735](#) Denkschrift der Landwirtschafts- und Ernährungsabteilung des Amts des Reichsprotektors vom 11. 2. 1941; zit. nach ebd., S. 118f.

[736](#) Rede des Reichshauptstellenleiters Nutzenberger auf einer Großkundgebung in Iglau am 8. 8. 1941; zit. nach Kárný u.a., *Od Neuratha k Heydrichovi* (1989). S. 342f.

[737](#) Meyer, *Landvolk* (1941), S. 93–99.

[738](#) Ebd.

[739](#) Merkblatt Nr. 1 des OKW über die Verhältnisse in den neuen Ostgebieten vom 16. 5. 1941, *Heeres-Verordnungsblatt* 23 (16. 6. 1941), Teil C, Nr. 508; veröffentlicht in: Müller, *Industrielle Interessenpolitik* (1981), S. 117.

[740](#) Siehe Heiber, *Generalplan Ost* (1958); die dort abgedruckten Dokumente spiegeln einen Teil der Diskussion des Plans im Reichssicherheitshauptamt und im Ostministerium wider.

[741](#) Madajczyk, *Generalplan Ost* (1962), S. 391–442; dort ist das gesamte Dokument abgedruckt.

[742](#) RKF, *Kurzer Überblick über Osteuropa*; Archiv der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hannover), Sowjetunion/63017.

[743](#) Wladimir von Poletika, *Naturverhältnisse und Agrargeographie in der Sowjetunion*, o.D.; BArch, RW 19, Anh. I/1550.

[744](#) Meyer, *Bodenordnung als volkspolitische Aufgabe* (1940).

[745](#) Backe, *Stand und Aussichten der deutschen Ernährungswirtschaft*, (1942), S. 10. Backe und Himmler waren sich über die Politik der Germanisierung im besetzten »Ostraum« einig: Backe begrüßte es »ganz besonders, dass der Reichsführer SS Himmler durch den ihm vom Führer erteilten Auftrag als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums bei der großen Aufgabe der Neubesiedlung des Ostens entscheidend an der Aufgabe des Bauerntums teilnimmt«. Umgekehrt erklärte Himmler 1943 auf der Tagung der SS-Gruppenführer in Posen: »Wenn die SS zusammen mit den Bauern, wir zusammen mit unserem Freund Backe dann die Siedlung im Osten betreiben, großzügig, mit Schwung und revolutionärem Drang, dann werden wir in 20 Jahren die Volkstumsgrenze um 500 Kilometer nach Osten herauschieben.« Zit. nach Lehmann, *Faschistische Agrarpolitik* (1980), S. 954.

[746](#) Jochmann (Hrsg.), *Monologe im Führerhauptquartier* (1980), S. 59 (19. 8. 1941).

[747](#) Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront (Hrsg.), *Durchdringung des Ostens in Rohstoff- und Landwirtschaft* (1987), S. 96–134.

[748](#) Zit. nach Madajczyk, *Generalplan Ost* (1962), S. 437. Meyer hatte in diesem Zusammenhang bereits 1940 ein umfangreiches Forschungsprojekt der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung initiiert; es trug den Titel »Untersuchung der Aussiedlungsmöglichkeiten aus dem Klein- und Zwergbauerntum der Realteilungsgebiete Mittel- und Westdeutschlands sowie der Siedlerreserven an nachgeborenen Bauernsöhnen und Landarbeitern«. Eine Untersuchung für die Rheinprovinz zählte dort allein 165280 potentielle »Betriebs- und Einzelsiedler«. In dieser Untersuchung werden viele Details und innenpolitische Voraussetzungen und Konsequenzen des Generalplans Ost diskutiert (Busch, *Raumordnung durch landwirtschaftliche Umsiedlung* (1943), S. 137). Eine ähnliche Zielsetzung wird in den hier nur beispielhaft angeführten Aufsätzen dargelegt, die als Exposés für Forschungsförderung und größer angelegte Untersuchungen zu verstehen sind: Brinkmann, *Gesundung der bauerlichen*

Verhältnisse (1940); Hesse, Gesundheit des schwäbischen Lebensraumes (1940); Klute, Beurteilung der Ackernahrung (1940); Sauermann, Voraussetzungen und Möglichkeiten der Verlagerung von Industriegebieten (1940).

[749](#) Dr. Gottfried Müller, (geheimer) Entwurf (Raumordnungsskizze) zur Aufstellung eines Raumordnungsplanes für das Ostland vom 17. 11. 1942; Historisches Zentralarchiv Riga, P-69/1a/3, Bl. 161.

[750](#) Madajczyk, Generalplan Ost (1962), S. 431.

[751](#) Zit. nach Heiber, Generalplan Ost (1988), S. 314f.

[752](#) Zit. nach Madajczyk, Generalplan Ost (1962), S. 436.

[753](#) Wie Anm. 18.

[754](#) Das ergibt sich aus der Stellungnahme Wetzels zum Generalplan Ost; Heiber, Generalplan Ost (1958), S. 297.

[755](#) Madajczyk, Generalplan Ost (1962), S. 409.

[756](#) Ebd., S. 411.

[757](#) Zit. nach ebd., S. 413.

[758](#) Rede Himmlers vor den Oberabschnittsführern und Hauptamtschefs in Berlin am 9. 6. 1942; zit. nach Smith u.a. (Hrsg.), Himmler (1974), S. 159.

[759](#) Bericht des Chefs des Wirtschaftsstabs Ost, Generalleutnant Schubert; zit. nach Streit, Keine Kameraden (1978), S. 144.

[760](#) So das Anschreiben Meyers an Himmler zur Neufassung des Generalplans Ost vom 28. 5. 1942 (BArch, NS 19/1739, Bl. 4)

[761](#) Kurze Zusammenfassung der Denkschrift Generalplan Ost vom 28. 5. 1942; BArch, NS 19/1739, Bl. 5.

[762](#) Zit. nach Madajczyk, Generalplan Ost (1962), S. 433.

[763](#) Jochmann (Hrsg.), Monologe im Führerhauptquartier (1980), S. 55 (8./11. 8. 1941); dazu auch BArch, R 6/23.

[764](#) Zit. nach Madajczyk, Generalplan Ost (1962), S. 435.

[765](#) Ebd., S. 433.

[766](#) Ebd., S. 435.

[767](#) Ebd., S. 437.

[768](#) Bericht über die Sitzung am 4. 2. 1942 im Ostministerium »über die Fragen der Eindeutschung, insbesondere der baltischen Länder«; zit. nach Heiber, Generalplan Ost (1958), S. 296.

[769](#) Zit. nach Madajczyk, Generalplan Ost (1962), S. 440. Ohne die »hinzugewonnenen« Esten und Letten wurde also die Zahl der Siedlungswilligen mit 4,15 Millionen Menschen veranschlagt. In einer früheren Fassung des Generalplans Ost oder auch in einer dazugehörigen Stellungnahme des Reichssicherheitshauptamts, so ergibt sich aus Wetzels Kritik, war die Zahl der siedlungswilligen

Deutschen noch mit 4,5 Millionen kalkuliert worden, die sich im Laufe von dreißig Jahren auf zehn Millionen erhöhen sollte. Wetzel hielt diese Zahl für unrealistisch und glaubte, dass man nur mit acht Millionen rechnen könne. Heiber, Generalplan Ost (1958), S. 300. In der Fassung des Generalplans vom Juli 1942 sind also zum einen die Siedlerzahlen deutlich niedriger angesetzt worden, zum anderen wurde der beabsichtigte Realisierungszeitraum – vermutlich auf Intervention Himmlers – von 30 auf 25 Jahre verkürzt.

[770](#) Zit. nach Madajczyk, Generalplan Ost (1962), S. 440.

[771](#) Aufzeichnung über die Besprechung am 29. 1. 1942 unter Vorsitz von Otto Bräutigam; Nbg. Dok., NG 5035.

[772](#) Dr. Erhard Wetzel (1903–1975) hatte Jura studiert, trat im Mai 1933 in die NSDAP ein und wurde 1936 Amtsgerichtsrat in Potsdam und anschließend Mitarbeiter im Rassepolitischen Amt der NSDAP, bis er 1941 als Dezernent für Rassenpolitik in das Ostministerium überwechselte. Heiber, Generalplan Ost (1958), S. 286.

[773](#) Ebd., S. 300–306.

[774](#) Siehe ebd., S. 365.

[775](#) Zit. nach Heiber, Generalplan Ost (1958), S. 318f.

[776](#) Picker, Hitlers Tischgespräche (1976), S. 453.

[777](#) Besprechung über die Endlösung der Judenfrage im Reichssicherheitshauptamt am 6. 3. 1942; Nbg.-Dok., NG 2586.

[778](#) Protokoll vom 27. 10. 1942; Nbg.-Dok., NG 2586-M.

[779](#) Skizze Claubergs über ein Forschungsinstitut für Fortpflanzungsbiologie, die am 27. 5. 1941 Himmler vorgelegt wurde; BArch, DC Carl Clauberg.

[780](#) Zit. nach Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer (Hrsg.), SS im Einsatz (1957), S. 357ff.

[781](#) Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus (1986), S. 452–456.

[782](#) Zit. nach Mitscherlich u.a., Medizin ohne Menschlichkeit (1983), S. 237. Wenige Tage später wandte sich ein anderer rassenhygienisch engagierter Arzt an Himmler – mit dem Hinweis auf dasselbe Medikament und ähnlicher Begründung: »Da zu den dringlichen Aufgaben unserer nationalsozialistischen Rassen- und Bevölkerungspolitik die Verhinderung der Fortpflanzung Erbuntüchtiger und rassisch Minderwertiger gehört ...« (ebd., S. 239).

[783](#) Brief Brandts an Clauberg vom 10. 7. 1942; zit. nach Komitee (Hrsg.), SS im Einsatz (1957), S. 361.

[784](#) Brief Claubergs an Himmler vom 7. 7. 1943; zit. nach ebd., S. 362ff.

[785](#) Mitscherlich u.a., Medizin ohne Menschlichkeit (1983), S. 242.

[786](#) Aussage des Gaustabsamtsleiters Bertus Gerdes vom 20. 11. 1945; IMG, Bd. 32 (1947), S. 297.

[787](#) Zit. nach Auschwitz (1981), S. 135. Dort findet sich auch die Aussage von Rudolf Höß, wonach »Himmler die Clauberg-Methode zur Liquidierung und biologischen Vernichtung des polnischen und tschechischen Volkes anwenden wollte«.

[788](#) Zit. nach Heiber, Generalplan Ost (1958), S. 308.

[789](#) Ebd., S. 316f.

[790](#) Ebd., S. 311f.

[791](#) Ebd., S. 307. Im November 1942 verfasste Wetzel eine Denkschrift »Zur Frage der Eindeutschbarkeit der Völker des Ostlandes« und im März 1943 »Richtlinien zur Frage der Eindeutschbarkeit der Esten, Letten und Litauer«. In beiden Papieren formulierte er Ziele und Fristen für die Eindeutschung der baltischen Völker. In diesem Zusammenhang schrieb der Leiter des Sonderdezernats Deutsche Ostpolitik im Ostministerium, Werner Hasselblatt, am 21. 12. 1942 an Wetzel: »Ich freue mich besonders, mich mit Ihnen gegenüber den vielen Ungeduldigen einig zu wissen im Zeichen der Warnung des klugen alten Tschuangtse: Mein Freund, Du siehst das Ei und willst schon den Hühnerbraten essen ...« (BArch, R 6/160, Bl. 21). Es bestand Einigkeit, dass das »positive rassische Äußere« alleine nicht genüge, vielmehr »zwingend« auch »die Leistungsfähigkeit und Haltung« des möglicherweise einzudeutschenden »Probanden« geprüft werden müsse (ebd., Bl. 8). Für die Selektionsschritte des Eindeutschungsvorgangs entwickelte Hasselblatt eine spezielle Nomenklatur: Homo genere et ingenio praestans (Der rassisch und persönlich Vollwertige), Homo germanisando dignus (Der Eindeutschungswerte), Homo germanisabilis atque germanisandus (Der Eindeutschbare und somit Einzudeutschende), Homo germanisatus (Der Eingedeutschte).

[792](#) Zit. nach Heiber, Generalplan Ost (1958), S. 293f. Heiber merkt an: »Dr. Gerhard Teich war Assistent an diesem Institut. In der von ihm bearbeiteten Zusammenstellung »Völker, Volksgruppen und Volksstämme auf dem ehemaligen Gebiet der UDSSR« finden wir als Helfer mit Dank erwähnt: Das Rassenamt des RUSHA, Prof. v. Mende, SS-Staf. B. K. Schultz und schließlich auch Dr. Wetzel.« Leiter des in Berlin-Steglitz residierenden Instituts für Grenz- und Auslandsdeutschtum war Prof. Karl C. v. Loesch.

[793](#) Ebd., S. 296.

[794](#) Das Oberkommando der Wehrmacht unterhielt die Stelle des »Bevollmächtigten des OKW für Siedlungsfragen (BW Sied)«. BW bedeutet: Bevollmächtigter der Wehrmacht. Über die Tätigkeit dieser Dienststelle ist wenig bekannt; jedenfalls sollte sie die Siedlungsmöglichkeiten für Wehrmachtsangehörige sichern und propagieren. Die personelle Zusammensetzung dieser Stelle findet sich im Wehrmachtsfernsprechverzeichnis, Stand 1. 1. 1943 (BArch, RHD 46/3). 1943 existierte z.B. in Kaunas (Kauen bzw. Kowno) ein Siedlungsreferent des OKW, Oberstleutnant Linke, der seine Aufgabe so beschrieb: »OKW hat ähnlich wie in den eingegliederten Ostgebieten und Ostpreußen nunmehr auch für Litauen ein Siedlungsreferat eingerichtet. Dieses Referat wird durch laufende Mitteilungen aller WBKs, Wehrmachts-, Fürsorgeoffiziere und Wehrkreisverwaltungen über die Möglichkeiten unterrichten, Kriegsversehrte im Ostland (besonders in der sogenannten Siedlungsbrücke in Litauen) zum Einsatz zu bringen. Es sind bereits, wie in dem Zusammenhang mitgeteilt wurde, einige Fälle auf diese Weise eingesetzt.« Vermerk der Abteilung II – Raumordnung des RKO vom 30. 4. 1943; Historisches Zentralarchiv Riga, P-70/5/8, Bl. 156f. Ebenfalls 1943 gab das Oberkommando der Wehrmacht ein umfängliches gedrucktes Kompendium heraus: Bestimmungen über die Erfassung, Zuführung und Betreuung der siedlungswilligen Kriegsteilnehmer für die wiedergewonnenen Siedlungsräume, Berlin 1943 (ein Exemplar findet sich in der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig).

[795](#) Historisches Zentralarchiv Riga, P-1018/1/2, Bl. 26–33. Auf der ersten Seite dieses Berichts hatte Reichskommissar Hinrich Lohse vermerkt: »Der Bericht ist ausgezeichnet. Er ist dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und den Generalkommissaren in Kauen und Riga zur Kenntnis zu bringen!« Trampedach war Regierungsrat in der Abteilung Politik des Reichskommissariats.



**796** Der Leiter einer rassenpolitischen Prüfungskommission, Dr. Günther Holtz, hielt z.B. mehr als die Hälfte der Bevölkerung Estlands und Lettlands für eindeutschungsfähig, in Litauen allerdings »bestenfalls ein Drittel«. Geheimprotokoll eines Vortrags von Holtz vom 26. 10. 1942 und der anschließenden Diskussion über die Ergebnisse der Musterung von RAD-Freiwilligen. Historisches Zentralarchiv Riga P-68/1a/19, Bl. 95. An der Diskussion nahmen außer Holtz vom Sonderdezernat Rassenpolitik des Ostministeriums noch 13 weitere Männer teil, darunter der erwähnte Friedrich Trampedach, Ministerialrat Dr. Werner Essen von der Abteilung für Raumordnung im Reichskommissariat Ostland sowie die Herren Lutter, Buchholz, Dr. Steiniger und Dr. Lenz aus der Abteilung Politik des Reichskommissariats.

**797** Hermann Schlau, Rassenpolitische Erwägungen zur Umvolkung der Letten, Arbeitspapier vom 15. 2. 1942 (im Folgenden »Schlau«); Historisches Zentralarchiv Riga, P-70ds/5s/89, Bl. 3. Schlau war Oberstabsarzt der Wehrmacht in Posen.

**798** Stellungnahme des Kreisleiters für Rassenpolitik, SS-Obersturmführer Dr. med. Hans Thomas Meyer, vom 20. 8. 1941 (im Folgenden »Meyer«); Historisches Zentralarchiv Riga, P-70ds/5s/89, Bl. 16. Nach Ansicht Meyers gab es im Westen Lettlands »rassisch wertvollere Aufsaugungsgebiete«, während er den Osten als »rassisch minderwertigere Verdrängungsgebiete« klassifizierte. Ebd., Bl. 15.

**799** Bericht des Gebietskommissars in Dünaburg vom 15. 2. 1944; Historisches Zentralarchiv Riga, P-1018/1/43, Bl. 74–86. In dem Bericht heißt es weiter: »Es sind über 90000 bäuerliche Betriebe im Gebiet vorhanden, darunter ca. 40000 Einkuhalterbetriebe, die praktisch für die Erzeugung ausfallen, weil sie kaum so viel erzeugen und anbauen, als sie selber verzehren.« Da in der zweiten Kriegshälfte Massenaussiedlungen vorsichtiger gehandhabt werden mussten und gleichzeitig im Reich Arbeitskräfte fehlten, war die Konsequenz dieser politischen Linie, dass aus Lettgallen besonders viele Menschen zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert wurden.

**800** Geheimprotokoll eines Vortrags von Holtz vom 26. 10. 1942, wie Anm. 65, Bl. 95.

**801** Schlau, Bl. 2–4.

**802** Volkspolitische Überlegungen zur Frage der Eindeutschung der Völker des Ostlandes; Historisches Zentralarchiv Riga, P-70/5/8, Bl. 111–121. Diese »sehr beachtliche Denkschrift« übersandte Ministerialrat Essen am 8. 2. 1943 dem Reichskommissar für das Ostland. Verfasst hatte sie ein nicht näher genannter »volkspolitisch erfahrener Bekannter« Essens.

**803** Meyer, Bl. 17.

**804** Denkschrift von Friedrich Gollert über »das künftige Schicksal des Generalgouvernements« vom 29. 3. 1943; YIVO, OccE: 2–74, abgedruckt in: Bevölkerungsstruktur und Massenmord (1991), S. 145–151.

**805** Ebd.

**806** Schreiben des SS- und Polizeiführers Lublin (SS-Hauptsturmführer Hellmut Müller) an den Chef des Rasse- und Siedlungshauptamts in Berlin vom 15. 10. 1941; zit. nach Biuletyn Główniej Komisji Badania, Bd. 13 (1960), S. 13–16; Ausführungen Himmlers am 13. und 14. 3. 1942 in Krakau über die Ziele des »ersten Fünfjahresplans der Umsiedlung nach dem Kriege«; IMG, Bd. 26 (1947), S. 410.

**807** Schreiben Himmlers an Greifelt vom 12. 6. 1942; BArch, NS 19/1739, Bl. 13.

**808** Schreiben des Reichssicherheitshauptamts, IV B 4a (gez. Günther) an die Zweigstelle Zamość der UWZ Posen (Krumey) vom 6. 11. 1942, abgedruckt in: Biuletyn Główniej Komisji Badania, Bd. 13 (1960), S. 8F.



- [809](#) Schreiben des Reichssicherheitshauptamts, IV B 4a (gez. Heinrich Müller) an Himmler vom 31. 10. 1942 »Betrifft: Evakuierung von Polen im Distrikt Lublin (Zamość) zur Platzschaffung für die Ansetzung von Volksdeutschen«, abgedruckt in: *Biuletyn Głównej Komisji Badania*, Bd. 13 (1960), S. 9F–10F.
- [810](#) Siehe S. 195.
- [811](#) Czech, *Kalendarium von Auschwitz* (1989), S. 358ff.
- [812](#) Ebd., S. 427ff.
- [813](#) Darauf aufmerksam machten Krausnick, *Judenverfolgung* (1965), S. 439 und Adler, *Verwalteter Mensch* (1974), S. 224–226.
- [814](#) Der Fahrplan dazu findet sich in: Hilberg, *Sonderzüge nach Auschwitz* (1981), S. 212. Ein weiterer Zug verkehrte ebenfalls im Dreieck Zamość/Berlin/Auschwitz; andere Züge desselben Fahrplans pendelten zwischen Ghettos und Vernichtungslagern, und wieder andere transportierten volksdeutsche Umsiedler zu den durch den Generalplan Ost bestimmten Siedlungsorten.
- [815](#) Ein Dorf erwacht zu neuem Leben. Auslandsdeutsche Bauern werden im Gebiet von Zamość angesiedelt, in: *Warschauer Zeitung* vom 3. 1. 1943; zit. nach Madajczyk (Hrsg.), *Za mojszczyzna – Sonderlaboratorium SS*, Bd. 1 (1977), S. 278–286. Die zweisprachige Edition umfasst knapp 500 Dokumente zu diesem Umsiedlungsverbrechen. In kleinerem Maßstab fand ein ähnliches Umsiedlungsprojekt in der Nähe von Schitomir (Hegewald) statt. Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland* (1958). In den »Siedlungsstützpunkt« Cherson/Nikolajev wurden 1941/42 genau 1655 Deutsche eingesiedelt, in Dnjepropetrowsk, das offensichtlich 1942 auch zum Siedlungsstützpunkt erklärt wurde, waren es 5376 Deutsche. BArch, DC, SS-HO, 5645.
- [816](#) Schreiben Meyers an den Präsidenten der DFG, SS-Oberführer Prof. Mentzel, vom 13. 4. 1942; BArch, R 73/13127 (Konrad Meyer).
- [817](#) BArch, R 73/13230 (Herbert Morgen).
- [818](#) BArch, R 73/1037.
- [819](#) Wie Anm. 85. Boesler wird dort als Meyers Vertreter genannt.
- [820](#) Fernschreiben Himmlers an Greifelt vom 18. 5. 1943; BArch, R 26 IV/vorl.33, Bl. 65.
- [821](#) Protokoll der Wirtschaftstagung vom 22. 7. 1941, insbesondere die Eröffnungsrede Franks und das Referat des Geschäftsführenden Leiters der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft; Frank-Tgb.
- [822](#) Ebd.
- [823](#) Referate gehalten auf der Regierungssitzung in Warschau am 15. 10. 1941; Staatsarchiv Warschau, Amt des Distrikts Warschau/132, Bl. 26.
- [824](#) Ebd., Bl. 26–37.
- [825](#) Schreiben des Reichsarbeitsministers an die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in der Reichswirtschaftskammer vom 11. 11. 1941; BArch, R 11/1220, Bl. 237.
- [826](#) Regierungssitzung vom 15. 10. 1941, Bl. 10, 3, 12, 18; wie Anm. 3.
- [827](#) Vgl. die Äußerungen Emmerichs auf der Sitzung vom 16. 10. 1941, Frank-Tgb.

- [828](#) Mündliche Mitteilung des sowjetischen Historikers Julian Schulmeister, Lwow, am 22. 5. 1988.
- [829](#) Ebd.
- [830](#) Szende, Jude in Polen (1944), S. 229.
- [831](#) Ebd.
- [832](#) Schreiben des Judenrats von Lemberg an den Stadthauptmann, z. Hd. Stadtbaudirektor Hallbauer, vom 27. 5. 1942; Staatsarchiv Lwow, R-37/4/140, Bl. 21.
- [833](#) Mündliche Mitteilung Schulmeisters.
- [834](#) Protokoll der Besprechung vom 10. 1. 1942; Staatsarchiv Lwow, R-37/4/110, Bl. 63ff.
- [835](#) Polizeidirektor Dr. Ullrich und der Kommandant der Ordnungspolizei Major Weise.
- [836](#) Oberarbeitsführer Umbeck.
- [837](#) Hallbauer, zunächst Stadtbaudirektor von Wilhelmshaven, hatte sich ab Ende 1939 als Stadtbaudirektor in Litzmannstadt damit beschäftigt, aus Lodz eine »deutsche Stadt« zu machen. Vom Oktober 1941 an arbeitete er jeweils zwei Wochen in Lodz und zwei Wochen in Lemberg, erst ab März 1942 ganz in Lemberg. Gutschow, Stadtplanung im Warthegau (1993), S. 232–258; siehe auch die tageszeitung vom 8. 10. 1990. In Lemberg agierte Hallbauer hauptsächlich als Vertreter des Stadthauptmanns; als Stadtbaudirektor regelte er vor allem den Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter zum Wegräumen von Trümmern und zu anderen öffentlichen Arbeiten.
- [838](#) Der Judenrat hatte »die mit Lichtbild versehenen Anträge auf die für das Generalgouvernement vorgeschriebene Kennkarte für Juden bei der Unterabteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge einzureichen«.
- [839](#) Um zu verhindern, dass die Möbel aus den Wohnungen gestohlen würden, bevor die deutschen Behörden sie offiziell an Reichsdeutsche und »hilfswillige« Ukrainer übergeben könnten, sollten die jüdischen Wohnungsinhaber Lemberg erst dann »verlassen«, wenn das Wohnungsamt über ihre Wohnungen und den Hausrat verfügt habe.
- [840](#) Vermerk der Stadtverwaltung Lemberg vom 20. 1. 1942; Staatsarchiv Lwow, R-37/4/516, Bl. 32.
- [841](#) Letzteres geschah hin und wieder gegen den Willen der lokalen Behörden, die sich dann darüber beschwerten, dass ihnen »die Juden weggenommen« worden seien – nicht weil sie gegen deren Deportation oder Ermordung etwas einzuwenden gehabt hätten, sondern weil sie darin eine Einschränkung ihrer Entscheidungsbefugnisse sahen.
- [842](#) Anordnung von Stadthauptmann Höller vom 25. 3. 1942; Staatsarchiv Lwow, R-37/4/140, Bl. 41f.; Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden (1982), S. 152.
- [843](#) Szende, Jude in Polen (1944), S. 241.
- [844](#) Berichte der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge; Staatsarchiv Lwow, R-24/1/123.
- [845](#) Staatsarchiv Lwow, R-24/1/123, Bl. 98.
- [846](#) Wie Anm. 22, Bl. 41. Bevor Höller im Februar 1942 nach Lemberg kam, war er Kreishauptmann in Krakau-Land gewesen.

[847](#) Das drückte sich u.a. darin aus, dass die Ghettobevölkerung – auch in anderen Städten Galiziens – sich zwecks Registrierung vor einer Deportation auf dem Sammelplatz vor dem Arbeitsamt einzufinden hatte, wo die Opfer der nächsten »Umsiedlungsaktion« herausgesucht wurden; so z.B. am 7. 9. 1942 in Kolomea, einer Kreisstadt im Südosten Galiziens. Bericht eines Leutnants der Schutzpolizei an den Kommandeur der Ordnungspolizei im Distrikt Galizien vom 14. 11. 1942; zit. nach Hilberg, Sonderzüge nach Auschwitz (1981), S. 194ff.

[848](#) Szende, Jude in Polen (1944), S. 240.

[849](#) Szende berichtete, dass für einen verhältnismäßig sicheren Arbeitsplatz bei der Altstofferrfassung bis zu 5000 Mark gezahlt wurden. Ebd., S. 210.

[850](#) Reitlinger, Endlösung (1956), S. 306. Denjenigen, die versuchten, sich mit Hilfe von gefälschten Arbeitspapieren vor der Deportation zu retten, ließen die deutschen Behörden »eine ›Sonderbehandlung‹ zuteil werden«. Ebd., S. 285.

[851](#) Bericht des SS- und Polizeiführers Friedrich Katzmann an den Höheren SS- und Polizeiführer Friedrich-Wilhelm Krüger vom 30. 6. 1943; IMG, Bd. 37 (1947), S. 394.

[852](#) Vermerk von Oberregierungsrat Walter Labs vom 16. 1. 1942 über ein Gespräch mit Werner Feldscher, einem Judenreferenten im Reichsinnenministerium; BArch, R 6/74, Bl. 54.

[853](#) Ebd.

[854](#) Schreiben Heydrichs; Nbg. Dok., 709-PS.

[855](#) Zit. nach Lochner (Hrsg.), Goebbels Tagebücher (1948), S. 114.

[856](#) Schreiben Heydrichs vom 2. 4. 1942, referiert in einem Vermerk des Reichsfinanzministeriums über die Finanzierung der Maßnahmen zur Lösung der Judenfrage vom 14. 12. 1942; BArch, R 2/1222, Bl. 226.

[857](#) Übersicht der Maßnahmen gegen Juden in den besetzten Gebieten (Rademacher) vom 23. 5. 1942; PAAA, Politik/Serbien/36/Bd. 1.

[858](#) 1941 ermittelten die Statistiker der SS und des Ostministeriums »genau« 4803072 sowjetische Juden; Völker, Volksgruppen und Volksstämme (1942).

[859](#) Telefonnotizen Himmlers vom 30. 11. und 1. 12. 1941; BArch, NS 19/1438, Bl. 59f.

[860](#) Berichte von Dr. Werner Koeppen aus dem Führerhauptquartier; BArch, R 6/34a, Bl. 34.

[861](#) Karný u.a., Deutsche Politik im Protektorat (1997), S. 141.

[862](#) Es handelt sich hier wohlgemerkt nicht um Mordtaten der SS, sondern der deutschen Ordnungspolizei, also den »grünen« Schupos, die im Deutschen Reich den Straßenverkehr regelten etc. Bericht des Kommandeurs der Ordnungspolizei im besetzten Lettland vom 23. 12. 1941; Historisches Zentralarchiv Riga, P-70/5/44, Bl. 29–37.

[863](#) Präg u.a. (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs (1975), S. 389.

[864](#) Vermerk zur Besprechung zwischen Frank und Rosenberg vom 14. 10. 1941; ebd., S. 413.

[865](#) Aly, Medizin gegen Unbrauchbare (1985), S. 45f.

[866](#) Unterredung Hitlers mit dem stellvertretenden Staatschef des Unabhängigen Staates Kroatien

am 21. 7. 1941; Hillgruber (Hrsg.), Staatsmänner und Diplomaten (1967), S. 611.

[867](#) Aly, Roth, Restlose Erfassung (1984), S. 55–90.

[868](#) Vermerk von Walter Labs, wie Anm. 32. Dieses Drängen Heydrichs drehte Eichmann wie vieles andere in seiner Rechtfertigungsschrift »Ich, Adolf Eichmann« (1980) ins Gegenteil um. (S. 147f.)

[869](#) Vermerk der Abteilung II des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete »Betr.: Besprechung am 29. Januar 1942« (gez. Lindemann); BArch, R 6/74, Bl. 77. Über die Besprechung existieren mindestens zwei Protokolle; das zweite (gez. Schmitz, Nbg. Dok., NG 5035) gibt den hier wichtigen Punkt ähnlich wieder.

[870](#) BArch, R 6/74, Bl. 79.

[871](#) Protokoll der Besprechung vom 10. 1. 1943; Staatsarchiv Lwow, R-37/4/110, Bl. 61.

[872](#) Frank-Tgb., Protokoll der Regierungssitzung vom 3. 4. 1941.

[873](#) BArch, RW 23/3.

[874](#) Vorläufige Materialsammlung zur Frage der Rationalisierung der gewerblichen Wirtschaft des Generalgouvernements, zusammengestellt von RR Schulte-Wissermann im September 1942; AIPN, Regierung des Generalgouvernements/Staatssekretariat/1/48.

[875](#) BArch, RW 23/2.

[876](#) Planmäßige Steigerung der wirtschaftlichen Leistung, in: Die wirtschaftliche Leistung 2 (1943), Heft 1, S. 7–9.

[877](#) Robert, Industrielle Rationalisierung (1942/43), S. 871.

[878](#) Die wirtschaftliche Leistung 3 (1944), Heft 7, Juli, S. 1.

[879](#) Rede Himmlers vor den Reichs- und Gauleitern in Posen am 6. 10. 1943; zit. nach Smith u.a. (Hrsg.), Himmler (1974), S. 170.

[880](#) »100 Einwohner je qkm und doch zu viel. Generalgouvernement hat über 1,5 Mill. überschüssige Arbeitskräfte in Reserve«, in: Brüsseler Zeitung vom 10. 11. 1942. Der Artikel referiert eine in der Zeitschrift *Die Burg* veröffentlichte Untersuchung Meinholds über die Zahl »überschüssiger Arbeitskräfte« im Generalgouvernement und stützt sich offensichtlich auf ein zusätzliches Gespräch mit Meinhold.

[881](#) Bräuning, Landwirtschaft im Generalgouvernement (1943), S. 23.

[882](#) Kudyba, Veränderung der polnischen Wirtschaft (1950), S. 158.

Hannah Arendt benennt zwar den Massenmord als eine Form der Bevölkerungspolitik, ohne diesen Gedanken jedoch weiter auszuführen. Sie schreibt: »Der Satz »Du sollst nicht töten« versagt gegenüber einer Bevölkerungspolitik, die systematisch oder fabrikmäßig darangeht, die »lebensuntauglichen und minderwertigen Rassen und Individuen« oder die »sterbenden Klassen« zu vernichten, und dies nicht als einmalige Aktion, sondern offenbar in einem auf Permanenz berechneten Verfahren. Die Todesstrafe (für die in Nürnberg angeklagten Täter) wird absurd, wenn man es nicht mit Mördern zu tun hat, die wissen was Mord ist, sondern mit Bevölkerungspolitikern, die den Millionenmord so organisieren, dass alle Beteiligten subjektiv unschuldig sind.« Arendt, Elemente totaler Herrschaft (1958), S. 256.

[883](#) Baumann, Modernity and the Holocaust (1989), S. 66.

**884** Kriegstagebuch des Wirtschafts- und Rüstungsstabes; BArch, RW 19/165, Bl. 165 (im Text ist die Rede von »Herr v. Hilgener«, Brack hatte aber nur einen Mitarbeiter namens v. Hegener).

**885** Dafür exemplarisch: Eberhard Jäckel, Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlussbildung und Verwirklichung, Stuttgart 1985.

**886** Eine wichtige Ausnahme haben wir seinerzeit übersehen: Max Weinreich, Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany's Crimes Against the Jewish People, Yale University Press 1946.

**887** Ergänzend dazu aus der Sicht der Umsiedlungspraktiker und mit bestätigenden Ergebnissen: Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a.M. 1995.

**888** Susanne Heim, Götz Aly, Die Ökonomie der »Endlösung«. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: Sozialpolitik und Judenvernichtung. Gibt es eine Ökonomie der Endlösung? (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 5), Berlin 1987, S. 11–90, hier: Editorial, S. 9.

**889** Wolfgang Schneider (Hrsg.), »Vernichtungspolitik«. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland, Hamburg 1991.

**890** Yad Vashem Studies XXIV (1994).

**891** Christian Gerlach, Krieg, Ernährung, Völkermord, Hamburg 1998; derselbe, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland, Hamburg 1999.

## Über Götz Aly & Susanne Heim

*Götz Aly* absolvierte die Deutsche Journalistenschule, studierte Politologie und Geschichte. Als Mitbegründer redigierte er 1984–1992 die Bände 1–10 der »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik«; 1985–1988 leitete er das Projekt »Täterbiographien« am Hamburger Institut für Sozialforschung; 2002–2010 gehörte er zu den Initiatoren und Herausgebern des Editionsprojekts »Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945«.

*Susanne Heim* arbeitete nach dem Studium der Politik- und Literaturwissenschaft am Hamburger Institut für Sozialforschung, promovierte in Berlin zum Dr. phil. und war Leiterin des Forschungsprogramms der Max-Planck-Gesellschaft »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus«. Seit April 2005 ist sie Projektleiterin des Editionsprojekts »Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945«.

# Impressum

Die Zeit des Nationalsozialismus

Eine Buchreihe

Begründet und bis 2011 herausgegeben von Walter H. Pehle

Überarbeitete Neuauflage der Erstausgabe von 1991

Erschienen bei FISCHER Ebooks

Frankfurt am Main, Juni 2013

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2013

Coverabbildung: Bundesarchiv Koblenz

Covergestaltung: buxdesign, München

Abhängig vom eingesetzten Lesegerät kann es zu unterschiedlichen Darstellungen des vom Verlag freigegebenen Textes kommen.

Dieses E-Book ist urheberrechtlich geschützt.

ISBN 978-3-10-402572-8



# Abonnieren Sie Ihren persönlichen Newsletter der Fischer Verlage

## Ihre Vorteile:

Wir informieren Sie jederzeit über

- unsere Neuerscheinungen
- Lesungen und Veranstaltungen in Ihrer Nähe
- Neuigkeiten von unseren Autorinnen und Autoren
- Gewinnspiele u. v. m.

Unter allen  
Neu-Abonnenten  
verlosen wir  
monatlich  
ein Buchpaket

Melden Sie sich jetzt online an auf  
[www.fischerverlage.de/newsletter](http://www.fischerverlage.de/newsletter)



LOVELYBOOKS

Wie hat Ihnen das Buch ›Vordenker der Vernichtung‹  
gefallen?

Schreiben Sie hier Ihre Meinung zum Buch

Stöbern Sie in Beiträgen von anderen Lesern

**Der Social Reading Stream**  
Ein Service von LOVELYBOOKS  
*Rezensionen - Leserunden - Neuigkeiten*

© aboutbooks GmbH

Die im Social Reading Stream dargestellten Inhalte stammen von Nutzern der Social Reading Funktion (User Generated Content).

Für die Nutzung des Social Reading Streams ist ein onlinefähiges Lesegerät mit Webbrowser und eine bestehende Internetverbindung notwendig.

# Inhaltsverzeichnis

[\[Cover\]](#)

[\[Haupttitel\]](#)

[Einleitung](#)

[Die Politik der »Entjudung«](#)

[Pogrom und Rationalisierung](#)

[Modell Wien](#)

[Ein Modell macht Schule](#)

[Der Vierjahresplan](#)

[Der Blick nach Osten](#)

[Schwellenland Polen](#)

[Wirtschaftskrise und Antisemitismus](#)

[Deutsche Ostforschung, »Überbevölkerung« und »Judenfrage«](#)

[Bevölkerungsökonomie – der Aufstieg einer neuen Wissenschaft](#)

[Das Bevölkerungsoptimum](#)

[Die »Überbevölkerung« in der Sowjetunion](#)

[Von der Auswanderung zur »Ordnungsumsiedlung«](#)

[Krieg und Umsiedlung](#)

[»Auflösung der alten Ordnung«](#)

[Vertreibung und Eindeutschung](#)

[Umsiedeln im annektierten Westpolen](#)

[»Vernünftiger Gesamteinsatz«](#)

[Atomisierung und soziale Hierarchie](#)

[Planungsgebiet Auschwitz](#)

[»Wir haben Ungeheures geleistet!« – Ein biographischer Nachtrag](#)

[Herrenmensch – ein Lebensgefühl](#)

[Baedekers Generalgouvernement](#)

[Einberufung zum Osteinsatz](#)

[Tabula rasa](#)

[Emanzipation](#)

[Vernichtungswille](#)

[Das Generalgouvernement – ein deutsches Aufbauwerk](#)

[»Bevölkerungswesen und Fürsorge«](#)

[Zusammenarbeit](#)

[Wirtschaftsaufbau](#)

[Hamburger Raubzüge](#)

[»Entjudung« und neuer Mittelstand](#)

»Die Bevölkerungszahl wird herabgesetzt«  
Der Anschluss Galiziens – Vernichtung als Voraussetzung  
Pläne und Erfahrungen des Jahres 1940  
Das Madagaskarprojekt  
Die Morde an den deutschen Geisteskranken  
Zwischenüberlegung  
Die Ökonomisierung der Ghettos  
Lodz – Probleme des »zweckmäßigen Arbeitseinsatzes«  
Warschau – »Der Wert eines Juden«  
»Menschenüberschuss« im Großraum  
Deutscher Führungsanspruch in der »Europäischen  
Wirtschaftsgemeinschaft«  
Südosteuropa  
Großraumpolitik gegen Minderheiten  
Der Krieg gegen die Sowjetunion und die Vernichtung von »zig Millionen«  
Menschen  
Geplante Hungersnöte  
Schonung des deutschen Steuerzahlers  
Massenmord als Konsens  
6000 tote Kriegsgefangene täglich  
»Raumenge – Volksdezimierung«  
Der Generalplan Ost  
Planungshorizonte bis zur Krim  
12,4 Milliarden Arbeitsstunden für den »Aufbau«  
Massenmord und Geburtenkontrolle  
»Umvolkung« und Selektion  
Das Projekt Zamość  
Nachträge  
Ghettopolitik im Zeichen der »Endlösung«  
»Abschiebung schon im nächsten Jahr«  
Lemberg: Das Ende der »Produktivierung«  
Die Wannseekonferenz  
»Überbevölkerung« nach dem Beginn des Völkermords  
Ergebnis  
Chronologie – Versuch einer Periodisierung  
I Expansion, Enteignung und Zwangsauswanderung März 1938 bis  
August 1939  
II Bevölkerungspolitik im Krieg: »Euthanasie« und Umsiedlung  
August 1939 bis August 1940  
III Die Situation des Patts Oktober 1940 bis April 1941

[IV Entscheidungen über Deportationen und Massenmorde April 1941 bis Juli 1941](#)

[V Der Übergang zum systematischen Massenmord an den europäischen Juden August 1941 bis Juli 1942](#)

[Nachwort zur Neuauflage](#)

[Anhang](#)

[Literaturhinweise](#)

[Verzeichnis der Abkürzungen](#)

[Mittel- und Osteuropa](#)

[\[Anmerkungen\]](#)

[Über Götz Aly & Susanne Heim](#)

[\[Impressum\]](#)

[\[www.fischerverlage.de\]](#)

[\[LovelyBooks Stream\]](#)

# Inhaltsverzeichnis

[Cover]	2
[Haupttitel]	2
Einleitung	3
Die Politik der »Entjudung«	11
Pogrom und Rationalisierung	11
Modell Wien	18
Ein Modell macht Schule	24
Der Vierjahresplan	28
Der Blick nach Osten	38
Schwellenland Polen	41
Wirtschaftskrise und Antisemitismus	47
Deutsche Ostforschung, »Überbevölkerung« und »Judenfrage«	52
Bevölkerungsökonomie – der Aufstieg einer neuen Wissenschaft	59
Das Bevölkerungsoptimum	61
Die »Überbevölkerung« in der Sowjetunion	68
Von der Auswanderung zur »Ordnungsumsiedlung«	71
Krieg und Umsiedlung	75
»Auflösung der alten Ordnung«	75
Vertreibung und Eindeutschung	82
Umsiedeln im annektierten Westpolen	90
»Vernünftiger Gesamteinsatz«	96
Atomisierung und soziale Hierarchie	101
Planungsgebiet Auschwitz	105
»Wir haben Ungeheures geleistet!« – Ein biographischer Nachtrag	115
Herrenmensch – ein Lebensgefühl	117
Baedekers Generalgouvernement	117
Einberufung zum Osteinsatz	120
Tabula rasa	123
Emanzipation	127



Vernichtungswille	131
Das Generalgouvernement – ein deutsches Aufbauwerk	134
»Bevölkerungswesen und Fürsorge«	134
Zusammenarbeit	141
Wirtschaftsaufbau	144
Hamburger Raubzüge	150
»Entjudung« und neuer Mittelstand	154
»Die Bevölkerungszahl wird herabgesetzt«	159
Der Anschluss Galiziens – Vernichtung als Voraussetzung	163
Pläne und Erfahrungen des Jahres 1940	168
Das Madagaskarprojekt	168
Die Morde an den deutschen Geisteskranken	174
Zwischenüberlegung	181
Die Ökonomisierung der Ghettos	195
Lodz – Probleme des »zweckmäßigen Arbeitseinsatzes«	196
Warschau – »Der Wert eines Juden«	203
»Menschenüberschuss« im Großraum	215
Deutscher Führungsanspruch in der »Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft«	215
Südosteuropa	222
Großraumpolitik gegen Minderheiten	227
Der Krieg gegen die Sowjetunion und die Vernichtung von »zig Millionen« Menschen	233
Geplante Hungersnöte	235
Schonung des deutschen Steuerzahlers	242
Massenmord als Konsens	244
6000 tote Kriegsgefangene täglich	249
»Raumenge – Volksdezimierung«	252
Der Generalplan Ost	254
Planungshorizonte bis zur Krim	254
12,4 Milliarden Arbeitsstunden für den »Aufbau«	260
Massenmord und Geburtenkontrolle	263
»Umvolkung« und Selektion	272

Das Projekt Zamość	278
Nachträge	283
Ghettopolitik im Zeichen der »Endlösung«	286
»Abschiebung schon im nächsten Jahr«	286
Lemberg: Das Ende der »Produktivierung«	290
Die Wannseekonferenz	294
»Überbevölkerung« nach dem Beginn des Völkermords	304
Ergebnis	309
Chronologie – Versuch einer Periodisierung	318
I Expansion, Enteignung und Zwangsauswanderung März 1938 bis August 1939	318
II Bevölkerungspolitik im Krieg: »Euthanasie« und Umsiedlung August 1939 bis August 1940	321
III Die Situation des Patts Oktober 1940 bis April 1941	326
IV Entscheidungen über Deportationen und Massenmorde April 1941 bis Juli 1941	329
V Der Übergang zum systematischen Massenmord an den europäischen Juden August 1941 bis Juli 1942	332
Nachwort zur Neuauflage	338
Anhang	346
Literaturhinweise	347
Verzeichnis der Abkürzungen	366
Mittel- und Osteuropa	371
[Anmerkungen]	372
Über Götz Aly & Susanne Heim	427
[Impressum]	428
[www.fischerverlage.de]	429
[LovelyBooks Stream]	431